

WŁADYSŁAW BARTOSZEWSKI

STETER TROPFEN HÖHLT DEN STEIN?

WAS ICH ZU DEN DEUTSCHEN UND ÜBER DIE DEUTSCHEN
IN EINEM HALBEN JAHRHUNDERT GESAGT HABE

Herausgegeben von

Marcin Barcz, Małgorzata Preisner-Stokłosa, Igor Kąkolewski und Piotr Bachurzewski



Władysław Bartoszewski

**Steter Tropfen höhlt den Stein?
Was ich zu den Deutschen
und über die Deutschen
in einem halben Jahrhundert
gesagt habe**

Władysław Bartoszewski

**Steter Tropfen höhlt den Stein?
Was ich zu den Deutschen
und über die Deutschen
in einem halben Jahrhundert
gesagt habe**

**Herausgegeben
von
Marcin Barcz, Małgorzata Preisner-Stokłosa,
Igor Kąkolewski und Piotr Bachurzewski**

Zentrum für Historische Forschung Berlin
der Polnischen Akademie der Wissenschaften
2022

Publikationsreihe: *Wendepunkte und Persönlichkeiten des Dialogs. Aus der Geschichte der deutsch-polnischen Verständigung*, Band 2

Herausgeber: Prof. John Connelly, Dr. Maciej Gugąła, Prof. Igor Kałolewski, Dr. Burkhard Olschowsky, Dr. Dominik Pick, Prof. Maren Röger, Dr. habil. Magdalena Saryusz-Wolska, Dr. Marcin Wiatr, Dr. habil. Robert Żurek

Die Originalausgabe erschien unter dem Titel, *Kropła drąży skałę? Co mówiłem do Niemców i o Niemcach przez ponad pół wieku*, Wydawnictwo Naukowe PWN, Warszawa 2011.

Lektorat: Benjamin Voelkel
Umschlagentwurf: LogoScript sp. z o.o.
Satz: LogoScript sp. z o.o

Abbildung auf dem Umschlag: Władysław Bartoszewski vor den Flaggen Polens und der Europäischen Union, Fotografie: Grzegorz Rogiński

Die Publikation wurde gefördert mit Mitteln des Leibniz-Instituts für Bildungsmedien | Georg-Eckert-Instituts in Braunschweig, der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Zentrums für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften.

© Copyright for the German edition by Polnische Akademie der Wissenschaften and Piotr Bachurzewski

DOI: 10.24425/140494

ISBN 978-83-66847-23-1

1. Ausgabe, Berlin – Warschau 2022

Polska Akademia Nauk
pl. Defilad 1
00-901 Warszawa

Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften
Majakowskiring 47
13156 Berlin
www.cbh.pan.pl
info@cbh.pan.pl

Die Online-Fassung ist zugänglich unter:
<https://publikacje.pan.pl/dlibra>

Reihe

Wendepunkte und Persönlichkeiten des Dialogs. Aus der Geschichte der deutsch-polnischen Verständigung Band 2

Die Reihe *Wendepunkte und Persönlichkeiten des Dialogs. Aus der Geschichte der deutsch-polnischen Verständigung*, herausgegeben vom Zentrum für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften, umfasst Publikationen, welche die Spezifik der deutsch-polnischen Beziehungen und insbesondere dialogische Prozesse im 20. Jahrhundert behandeln. Mit dieser Reihe möchten wir Biografien, Memoiren und andere Schriften über Personen veröffentlichen, die mehr oder weniger bekannt sind und im öffentlichen Diskurs selten Beachtung finden. Sie haben in der Regel einen wichtigen Beitrag zur Verständigung zwischen beiden Gesellschaften und Staaten geleistet. Darüber hinaus werden Monografien zur deutsch-polnischen Geschichte mit ihren Verflechtungen und europäischen Bezügen in diese Reihe aufgenommen.

Seria

Przełomy i ludzie dialogu. Z historii polsko-niemieckiego porozumienia tom 2

Seria wydawnicza *Przełomy i ludzie dialogu. Z historii polsko-niemieckiego porozumienia*, wydawana przez Centrum Badań Historycznych Polskiej Akademii Nauk w Berlinie, obejmuje publikacje książkowe poświęcone specyfic polsko-niemieckich relacji w XX w., a zwłaszcza dialogu między obydwojma narodami i państwami. W niniejszej serii przedstawiamy biografie, wspomnienia i inne teksty o ludziach – niekiedy mało znanych i rzadko zauważanych w szerszych debatach publicznych – którzy wnieśli istotny wkład do porozumienia między Polakami i Niemcami. Prezentujemy też monografie ukazujące wspólną polsko-niemiecką historię w szerszym, europejskim kontekście.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Herausgeber	11
Vorwort (Timothy Garton Ash)	13
Steter Tropfen höhlt den Stein? Was ich den Deutschen und über die Deutschen in mehr als einem halben Jahrhundert gesagt habe	15
Ein Pole über die jungen Deutschen	25
Zwei Deutsche über Polen. Zwanzig Jahre nach dem Krieg	31
Donnerstag in München, Sonnabend in Bonn	37
Zu Besuch in Köln	43
Nicht nur über Hamburg	49
9. Die schreckliche Vergangenheit überwinden. Ein Pole sieht die Bundesrepublik	61
Das Verfahren gegen Hahn	65
Die Vergangenheit bewältigen	73
Als Historiker sehe ich etwas anders	81
Das Warschauer Ghetto – wie es wirklich war. Zeugenbericht eines Christen	89
Vorwort zu Tradition und Zukunft im Denken von Polen und Deutschen (Hans Maier)	109
Tradition und Zukunft im Denken von Polen und Deutschen	111
Ein Gejagter, der nicht zum Jäger wurde (Hans Maier)	121
Kein Frieden ohne Freiheit	125
Noch ist Polen nicht verloren. Ein Gespräch mit Władysław Bartoszewski	139
Ein Freund Polens. Alois Mertes zur Erinnerung	157
Wir vergeben und bitten um Vergebung	161
Gleichgültigkeit ist ein Feind des Friedens	163

Wie sieht die Bilanz der Beziehungen von Polen und Deutschen 50 Jahre nach dem Kriege aus?	169
Polen und seine Nachbarn. Bemerkungen zur polnischen Außenpolitik	187
Laudatio auf den Träger des Romano Guardini Preises (Bischof Karl Lehmann)	195
Polen und Deutsche im neuen Europa	201
Die neue Chance Europas (Jean-Marie Lustiger)	211
Wenn das Vaterland das erste Wort des Polen ist, so ist Freiheit das zweite	217
Ein polnischer Träumer (Kurt Oesterle)	221
Gegen das Vergessen – für ein Miteinander heute und morgen	225
Ein neuer Anfang für die Völker. Anmerkungen zu Europa aus polnischer Sicht	247
Auf dem Weg nach Europa	253
Einführung (Erwin Teufel)	257
Der schwierige Weg der deutsch-polnischen Aussöhnung und die vielversprechende Perspektive an der Jahrhundertsschwelle	261
Angesichts der neuen Freiheit in Ostmitteleuropa	279
Die Geschichte gibt Hoffnung	285
Den Lebensprinzipien treu	297
Angst vor der Großmacht? Deutschland und Polen nach dem Umbruch	303
Der Mensch – ein ungeschriebenes Wesen	311
Der böse Geist Europas. Über Polens schwierige Geschichte mit Preußen	317
Der Auftrag der Literatur	325
Versöhnung: Verpflichtung und Wagnis	329
Herausforderungen und Dilemmata. Deutsche und Polen bei der Gestaltung der zukünftigen Europäischen Union	337
Politik und Moral – Erfahrungen, Erwartungen, Hoffnungen	345
Die deutsch-polnischen Beziehungen: gestern, heute, morgen	359
Die Hoffnung	375
Polen, Europa, USA	377

Persönliche Reflexionen zur deutsch-polnischen Nachkriegsgeschichte	387
Im Gedenken an Sinti und Roma	395
Entschädigungen für ehemalige Zwangsarbeiter	399
Wochenkommentar für die deutsche Redaktion von Radio Vatikan, 10. Juni 2006	407
Wochenkommentar für die deutsche Redaktion von Radio Vatikan, 17. Juni 2006	411
Die Freundschaft muss aufgebaut werden	413
Nicht gegeneinander, sondern zusammen	419
Wochenkommentar für die deutsche Redaktion von Radio Vatikan, 3. März 2007	425
Wochenkommentar für die deutsche Redaktion von Radio Vatikan, 17. März 2007	427
Wochenkommentar für die deutsche Redaktion von Radio Vatikan, 24. März 2007	429
Wochenkommentar für die deutsche Redaktion von Radio Vatikan, 31. März 2007	431
Über eine freundschaftliche Nachbarschaft	433
Polen und Deutsche – heute und morgen	437
Arbeit und Freiheit – zwei Grundrechte	443
Wochenkommentar für die deutsche Redaktion von Radio Vatikan, 27. Oktober 2007	445
„Der arme Tusk“	447
Die deutsch-polnischen Beziehungen zur Zeit des Pontifikats von Paul VI. (1963–1978)	453
Der Erinnerung auf die Sprünge helfen, die Wirklichkeit gestalten . . .	465
Europäische Gedenkkultur angesichts der Erfahrung von Konzentra- tionslager und Völkermord	469
Weimar – der Wille zum Dialog	477
Das Glas der Vernunft	481
Doppelgedächtnis	485

Wochenkommentar für die deutsche Redaktion von Radio Vatikan, 18. Oktober 2008	491
Europa der Werte und der Grundrechte. Reflexionen zur europäischen Innenpolitik	493
Hans-Gert Pöttering – Träumer, Visionär, Realist	499
Das Schicksal des Brückenbauers	503
Der höchste Wert – die Freiheit	507
Genugtuung und Dialogbereitschaft	511
Erziehung ohne Vorurteile	513
Europas demokratische Wurzeln und Werte. Aus den Erfahrungen eines Zeitzeugen	517
Berlin, die Stadt meiner Erinnerungen	527
Errungenschaften und Verpflichtungen	529
Demokratische Legitimation der Europäischen Union und gemeinsame Werte als Grundlage der EU-Reform	531
Optimismus bewahren. Polen und Deutschland in der Europäischen Union	539
Die unterschätzte Normalität	545
Manchmal lohnt es sich, frech zu sein	549
Ein Denkmal, das die Mauer zum Einsturz brachte	557
Das Tor ist offen	559
Die Summe der Errungenschaften vieler Menschen	565
Wir, Deutsche und Polen, haben Vertrauen zueinander gefasst	567
Solidarität im eigenen Interesse	571
Auf dem richtigen, gemeinsamen Weg	579
Statt eines Nachworts (Marcin Barcz)	581

Vorwort der Herausgeber

Władysław Bartoszewski – polnischer Historiker, während der deutschen Besatzung Häftling in Auschwitz, engagiert im Widerstand und bei der Hilfe für verfolgte Juden, nach dem Zweiten Weltkrieg Mitglied der antikommunistischen Opposition in Polen, in den Jahren des Stalinismus politischer Häftling, katholischer Publizist, Wegbereiter der deutsch-polnischen Aussöhnung, Befürworter der Wiedervereinigung Deutschlands und Protagonist des Dialogs zwischen Polen und Juden – ist auch in Deutschland eine bekannte Persönlichkeit. Dazu hat nicht nur sein politisches Engagement vor und nach der Wende von 1989 beigetragen, nicht nur seine zweimalige Amtszeit als polnischer Außenminister oder zahlreiche und freundschaftliche Kontakte mit deutschen Politikern und Personen des öffentlichen Lebens, sondern auch seine ins Deutsche übertragenen Artikel und Bücher.¹ Seine Lehrtätigkeit als Gastprofessor an der Ludwig-Maximilians-Universität in München, der Universität Augsburg und der Katholischen Universität Eichstätt, die ihm verliehenen Ehrendoktorwürden der Universitäten in Großbritannien und in den Vereinigten Staaten, zahlreiche Medaillen, Würdigungen und Preise – darunter als Gerechter unter den Völkern oder der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels – machten Bartoszewski zu einem der im Ausland bekanntesten Polen der Jahrtausendwende.

Steter Tropfen höhlt den Stein? Was ich zu den Deutschen und über die Deutschen in einem halben Jahrhundert gesagt habe ist die deutsche Ausgabe eines 2011 in Polen von Władysław Bartoszewski publizierten Bandes mit Essays, Pressebeiträgen, Interviews, öffentlichen Vorträgen und offiziellen Reden, die aus verschiedenen Anlässen entstanden und sich an verschiedene Adressaten richteten: an die Aktivisten der deutsch-polnischen Annäherung, an die Mitglieder katholischer Kreise und an deutsche und europäische

¹ Auf Deutsch sind bisher erschienen u. a.: *Der Todesring um Warschau 1939–1944* (1969); *Das Warschauer Ghetto wie es wirklich war. Zeugenbericht eines Christen* (1983); *Herbst der Hoffnungen: Es lohnt sich, anständig zu sein* (1983); *Aus der Geschichte lernen? Aufsätze und Reden zur Kriegs- und Nachkriegsgeschichte Polens* (1986); *Uns eint vergossenes Blut. Juden und Polen in der Zeit der Endlösung* (1987); *Kein Frieden ohne Freiheit. Betrachtungen eines Zeitzeugen am Ende des Jahrhunderts* (2000); *Die deutsch-polnischen Beziehungen – gestern, heute und morgen* (2002); *Und rei uns den Hass aus der Seele* (2005), *Mein Auschwitz* (2015).

Politiker. Die Texte widmen sich einerseits dem Zweiten Weltkrieg, seinen langfristigen Folgen und dem deutsch-polnischen Dialog in der Nachkriegszeit, andererseits enthalten sie Betrachtungen über die europäische Integration in der Zeit der Jahrhundertwende sowie die Rolle Polens und Deutschlands in der Europäischen Union. Vor allem die letztgenannten Überlegungen, in denen der Autor die Symptome einer Krise der demokratischen Ordnung und die ansteigende Welle von Populismus vorherzusehen scheint, die wir gegenwärtig in Europa und auf der Welt beobachten, geben Anlass zu tieferen Reflexionen über die historischen Kapitel des vergangenen „Jahrhunderts der Gewalt“ und über unsere Gegenwart.

Manchen Beiträgen in diesem Band gehen Władysław Bartoszewski gewidmete Einführungen voraus, verfasst von bekannten politischen Persönlichkeiten und Intellektuellen aus Deutschland und Europa. Zum Teil sind die hier veröffentlichten Texte bereits auf Deutsch erschienen. Da sie zuvor teilweise dokumentarischen Zwecken dienten, wurden sie für die vorliegende Ausgabe redaktionell überarbeitet, wofür sich die Herausgeber bei Benjamin Voelkel herzlich bedanken. Zahlreiche andere Texte wurden von Marcin Barcz aus dem Polnischen übersetzt.

Die Herausgeber möchten auch allen Menschen in Deutschland und in Polen danken, die es ermöglicht haben, dass dieses Buch erscheinen konnte. Unser besonderer Dank gilt Frau Anita Baranowska-Koch für ihre unermüdlichen Initiativen zur Popularisierung des Wissens über das Leben und Wirken von Władysław Bartoszewski. Wir hoffen, dass der vorliegende Band, der zum 100. Geburtstag des vor sieben Jahren verstorbenen Autors erscheint, zur Reflexion über die Geschichte und den gegenwärtigen Stand der deutsch-polnischen Beziehungen sowie über den Platz und die Rolle beider Völker im zusammenwachsenden Europa beiträgt.

Marcin Barcz, Małgorzata Preisner-Stokłosa, Igor Kąkolewski und Piotr Bachurzewski

Vorwort

Władysław Bartoszewski ist ein Phänomen von europäischem Rang. Nie werde ich mein erstes Treffen mit ihm vergessen. Im Jahre 1979, in einem überfüllten Warschauer Restaurant, teilte er mir mit lauter Stimme mit, dass „der Niedergang des sowjetischen Imperiums zu Beginn des 21. Jahrhunderts“ zu erwarten sei. Das in der Öffentlichkeit zu erklären, dazu noch laut, war für mich – gleich nach meiner Rückkehr aus der DDR – ungewöhnlich und beeindruckend. Was den Termin betrifft, hat er sich nur um zehn Jahre geirrt.

Das vorliegende Buch ist Zeugnis eines wichtigen Lebensabschnitts dieses großen Mitteleuropäers. Es ist ein Zeugnis dessen, was in der deutschen Geschichte am schlimmsten war und was Władysław Bartoszewski am eigenen Leib erfahren musste. Zugleich aber ist es ein – sehr bewegendes – Zeugnis dessen, was am besten war. Es ist wohl schwierig, in der Vergangenheit ähnliche Beispiele von belasteten, vergifteten und blutgezeichneten Beziehungen zwischen zwei Völkern zu finden, wie es die zwischen Polen und Deutschen waren; aber auch nur wenige Völker haben es geschafft, von einem derart schwierigen Ausgangspunkt eine so hohe Ebene von Normalität zu erreichen – eine ganz neue Normalität, die aus historischer Perspektive fast unnatürlich erscheint. Ganz allgemein kann man sagen, das ist das Ergebnis der Arbeit von vierzig Jahren, insbesondere aber der vergangenen zwei Jahrzehnte.

Wenige Menschen haben dazu einen so bedeutenden intellektuellen und politischen Beitrag geleistet wie Władysław Bartoszewski. Sie halten die Dokumentation einer besonderen Beziehung in den Händen, verfasst von einem besonderen Menschen.

*Timothy Garton Ash
Oxford, April 2011*

Steter Tropfen höhlt den Stein? Was ich den Deutschen und über die Deutschen in mehr als einem halben Jahrhundert gesagt habe

Was und wann ich den Deutschen gesagt habe, was und wann den Polen über die Deutschen und über Deutschland, das hängt unmittelbar mit dem Lauf der großen historischen Ereignisse zusammen, die seit meinen frühesten Lebensjahren entscheidenden Einfluss auf meine gesamte Biografie, auf mein Denken und Handeln hatten. Es wäre wohl unnötig, meine Empfindungen in Bezug auf den deutschen Staat zu schildern und meine Urteile über denselben zu begründen. Mit dem Angriff am 1. September 1939 brachte er massenhaft Unglück über die Polen und die Bürger vieler anderer Länder Europas. Ich war damals ein ganz normaler, empfindsamer junger Mensch mit vielfältigen Interessen, aber einem bescheidenen Wissen über die Welt. Das war kurz nach der Reifeprüfung und vor Beginn des Studiums. In dieser Situation, unabhängig davon, was ich von den Okkupanten dachte, fand ich mich auf einmal – genau wie alle anderen ringsum – in einer besonderen Lage wieder. In der abschließenden Etappe der heute aus den Nürnberger Prozessen und aus Archivunterlagen bekannten AB-Aktion, d. h. der sog. Außergewöhnlichen Befriedungsaktion auf dem Gebiet des Generalgouvernements, wurde ich gegen Ende September 1940 in das Konzentrationslager Auschwitz deportiert – als Pole, politischer Häftling Nummer 4427. Zur Zeit meiner Verhaftung im Rahmen dieser präventiven Terroraktion war ich ein einfacher, aber ganztags angestellter Mitarbeiter des Polnischen Roten Kreuzes in Warschau. Das ermöglichte es dem Polnischen Roten Kreuz, sich u. a. für meine Entlassung beim Internationalen Roten Kreuz einzusetzen. Deshalb wurde ich am 8. April 1941 aus Auschwitz freigelassen. Hätte ich nicht solches Glück gehabt, hätte es keine weiteren Kapitel in meinem Leben gegeben und damit auch nicht dieses Buch.

Die Erfahrungen des 18- und 19-jährigen Polen in Auschwitz und in der Zeit einer gewissermaßen aufgezwungenen gesundheitlichen und politischen Quarantäne nach der Freilassung gaben Anlass zu einer frühreifen, sachlichen und moralischen Reflexion über grundlegende Fragen: Wie soll

mein Leben weitergehen, was soll ich machen, welche Schlussfolgerungen soll ich ziehen aus den eigenen Erlebnissen und dem eigenen Wissen? Bei den Entscheidungen, die ich als 20-Jähriger treffen musste, unterstützen mich ungewöhnliche und phantastische Menschen: Zofia Kossak, Priester Jan Zieja und um eine halbe Generation oder mehr ältere und klügere Freiheitskämpfer mit verschiedenen parteipolitischen Ansichten, die in Abteilungen der Hauptkommandantur der Heimatarmee oder in der Vertretung der Exilregierung tätig waren. Ein gemeinsamer Gedanke und eine Aufgabe beflügelten uns alle: Wir müssen diesen Krieg würdig überleben, mit unseren Taten das Gute fördern und einen Beitrag leisten zum Sieg der gerechten Sache über die Kräfte des Terrors und des Verbrechens, des nahezu direkt vor unseren Augen stattfindenden Völkermordes an Juden, Polen und anderen Slawen.

Der alltägliche Widerstand gegen das Böse bestimmte also meine Reflexionen, meine Gespräche und – seit Ende 1942 – auch meine in der Untergrundpresse für die Landsleute publizierten Texte über die Deutschen und über Deutschland. Von Anfang an bewegte ich mich unter Menschen, die zu unterscheiden versuchten zwischen der mörderischen Doktrin des „Dritten Reiches“ mit ihren Praktiken und der verallgemeinernden Beurteilung von all jenen, die als Deutsche geboren worden waren (genauso wie wir als Polen) und die nicht immer (wenn auch leider zu oft) aus eigenem Willen an der Durchführung der Verbrechen mitwirkten. Als ehemaliger KZ-Häftling wusste ich sehr gut, dass unter demselben System auch viele Deutsche litten, schon Jahre vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurden sie vom eigenen Staat ihrer Freiheit und Rechte beraubt. Ich wusste, dass Häftlinge deutscher Nationalität in Dachau, Buchenwald, Sachsenhausen, Oranienburg oder Ravensbrück zu den ersten Opfern des verbrecherischen Systems gehörten, dem auch wir uns ab Herbst 1939 widersetzen mussten. In der Warschauer Widerstandsbewegung traf ich auf Menschen aus katholischen, aber auch aus sozialdemokratischen und liberalen Kreisen, die – soweit das möglich war – angespannt und ohne die Hoffnung aufzugeben die politischen Entwicklungen im „Dritten Reich“ verfolgten. Besonders zuversichtlich stimmte sie das nicht. Wir kannten (meist aus den Berichten von BBC, also aus London) vereinzelte mutige Taten wie die Predigten Bischof von Galens in Münster, der sich von der Kanzel aus den Taten des NS-Parteiapparates widersetzte. Wir kannten die Widerstandsaktionen der jeweiligen katholischen und evangelischen Geistlichen, und schließlich erreichte uns im Februar 1943 die Nachricht vom tragischen Ende der Widerstandsgruppe Weiße Rose aus Münchener Studentenkreisen – von der Todesstrafe durch Enthauptung Hans und Sophie

Scholls und mancher anderer Mitglieder dieser Widerstandsbewegung, die aus moralischer Sorge um die Würde und Reinheit des eigenen Volkes entstanden war. All das gab jedoch keinen Grund zur Hoffnung. Ohne auch nur einen Augenblick lang an der Niederlage des „Dritten Reiches“ zu zweifeln, diskutierten wir als Studenten darüber, was nach dem Krieg kommen würde, über die Zukunft von Menschen, die in den Krieg verwickelt und von dem Krieg betroffen waren, sowohl als Opfer als auch als Täter. Wir waren entschieden überzeugt von der Richtigkeit der von den Alliierten angekündigten – besonders zum Jahreswechsel 1942/1943 – strengen Bestrafung jener, die an den Verbrechen schuld waren. Offen blieben jedoch moralische und soziale Fragen im Zusammenhang mit Begriffen wie Rache und Strafe, Hass, Gerechtigkeit oder Verantwortung – also all dem, was mit dem Wiederaufbau einer besseren zukünftigen Welt zusammenhing, die auf anderen Grundlagen basieren sollte als jene, die nicht im Stande war, die Tragödie des Zweiten Weltkrieges zu verhindern.

Mit diesem bescheidenen geistigen und intellektuellen Rüstzeug begann für uns, die ganze Kriegsgeneration (darunter verstehe ich vor allem Menschen, die in der Zweiten Polnischen Republik geboren wurden und aufwuchsen, aber auch die Jüngeren, die erst in den fünf Kriegsjahren bewusst zu denken begannen), eine in Polen völlig neue, sehr schwierige und – wie sich herausstellen sollte – fast ein halbes Jahrhundert andauernde Etappe der Freiheitsberaubung, des Souveränitätsverlusts und anderer existenzgefährdender Bedrohungen. Nach den schlimmsten Erfahrungen des nationalsozialistischen und sowjetisch-stalinistischen Systems, der von diesen praktizierten biologischen Massenvernichtung von ganzen Gruppen ausgewählter Menschen, kamen Jahre, in denen man nicht täglich um sein eigenes Leben oder zumindest um seine eigene Freiheit fürchten musste. Nach dem Tod von Josef Stalin und Lawrenti Berija (dem Chef der sowjetischen Geheimdienste, gest. 1953 in Moskau) wurde zur Zeit des sogenannten Tauwetters in Osteuropa ab 1955 – auch dank dem aktiven Beitrag von vielen Menschen guten Willens und aufgeklärten Intellektuellen – unter neuen Bedingungen überlegt, was in diesem Teil der Welt und Europas mit uns, den Bewohnern der Gebiete zwischen Bug und San im Osten und Oder und Neiße im Westen, werden sollte. Wie sollte es mit dem ideologisch und imperial geteilten Europa weitergehen?

Mein weiteres Interesse für die deutsche Thematik – nach den Erfahrungen des Warschauer Aufstands 1944, mit einem umfangreichen Wissen über Massenverbrechen der deutschen Okkupanten während und nach dem Aufstand – fand aktiven Ausdruck in meiner Teilnahme an einer breitangelegten Exhumierungs- und Identifizierungsaktion von Opfern der

NS-Gräueltaten in der Gegend um Warschau, d. h. in der Stadt selbst und rund um die Stadt. Ich habe mich 1946 mehrere Monate lang sehr intensiv damit beschäftigt. Gleichzeitig schrieb ich darüber, was geschehen ist, informierte die Leser und war so an der Mitgestaltung der öffentlichen Meinung in Polen beteiligt. Als die Menschen das Ausmaß der Kriegstragödie völlig begriffen haben, waren sie zutiefst schockiert. Mein Interesse galt sowohl der tragischen Vernichtung der polnischen Juden, der Ausrottung der polnischen Eliten als auch der Zerstörung Warschaus – der einzigen europäischen Hauptstadt, die während des Krieges in diesem Ausmaß zerstört wurde. Ich interessierte mich auch für die unmittelbaren sozialen und persönlichen Folgen dieser Ereignisse für Menschen verschiedener Generationen.

Im ersten Jahrzehnt der neuen Post-Jalta- und Post-Potsdam-Ordnung in Polen wurde ich für sechseinhalb Jahre der Freiheit beraubt und verbrachte die Zeit entweder in Arrestzellen des damaligen Ministeriums für Öffentliche Sicherheit oder in Gefängnissen in Warschau, Rawicz und Racibórz. Dort fehlte mir nicht nur der Zugang zu Archiven, sondern überhaupt zu öffentlichen Informationsquellen. Deutschland sah ich damals nur durch das Prisma meiner Kriegserfahrungen oder durch den gemeinsamen Gefängnisaufenthalt mit deutschen Häftlingen, die als Mitschuldige an NS-Kriegsverbrechen verurteilt waren (meist zu Recht). Das Potsdamer Abkommen und die Zwangsaussiedlung der deutschen Bevölkerung aus einigen Teilen Polens waren mir so gut wie unbekannt. Als ich 1955 in ein quasi normales Leben in der Volksrepublik Polen zurückkehrte, gehörten diese Fragen für uns ehemalige Häftlinge und ihre Familien, ähnlich wie für die meisten um die eigene Lebensgrundlage besorgten Menschen, zu den historisch abgeschlossenen und wenig interessanten Kapiteln.

Mit der Komplexität der Lage in Europa und auf der Welt begann ich mich also erst in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre zu befassen, unter den Bedingungen einer allmählichen Stabilisierung der deutschen Teilung, nach der Entstehung des Satellitenstaates DDR und der Gründung der Bundesrepublik Deutschland unter Aufsicht und Kontrolle der Westmächte. Ab Ende der 1950er Jahre widmete ich meine publizistischen Texte und erste historische Facharbeiten vor allem der neuesten Geschichte Polens, darunter der gemeinsamen deutsch-polnischen Geschichte im Wissen um die tragische „Gemeinschaft“ von Tätern und Opfern. Die Gefängnisjahre verstärkten meine Neigung, menschliche Taten, Haltungen und Verhaltensweisen unabhängig von Nationalität, Konfession oder Bildungsgrad zu beurteilen, stattdessen mögliche Verhaltensänderungen und Wiedergutmachungsversuche, ein Bewusstsein für die eigene Schuld und gerechte Strafe, aber auch das angetane Leid und verübte Unrecht stärker zu berücksichti-

gen. Zu dieser Zeit nahm ich in Krakau eine Zusammenarbeit mit dem nach langer Unterbrechung wieder erscheinenden sozial-kulturellen Wochenblatt *Tygodnik Powszechny* auf, das ab Ende Dezember 1956 mit Unterstützung der katholischen Kirche und ab 1958 unter der persönlichen Ägide des Bischofs, Intellektuellen, Dichters, Schriftstellers und Denkers Karol Wojtyła herausgegeben wurde. Dort fand ich meine geistige Heimat in einem Kreis von Menschen mit ähnlichen Ansichten in den wichtigsten Fragen – etwa, was die Wertehierarchie oder das Engagement für eine geistige und kulturelle Souveränität Polens betraf, unabhängig vom „Brückenbauen“ zwischen Menschen und unabhängig von der politischen Wirkung anderer, uns fremder Wertesysteme.

Bis zu diesem Zeitpunkt war ich noch nie in Deutschland gewesen. Mehr noch: Abgesehen von den Peinigern und Kapos im Konzentrationslager hatte ich nur deutsche Mithäftlinge in dem – zur Abwechslung – kommunistisch-stalinistischen Gefängnisapparat kennengelernt, die jedoch alle aus nationalsozialistischen Kreisen stammten. Aus heutiger Perspektive scheint es mir selbst schwer vorstellbar, aber „normale“ Deutsche lernte ich unter den Bedingungen freier zwischenmenschlicher Kontakte erst als über 30-Jähriger kennen. Einen Anlass dazu gaben Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts die Besuche deutscher Gäste in den Klubs Katholischer Intelligenz in Warschau oder Krakau und in der Krakauer Redaktion des *Tygodnik Powszechny*, mit dem ich ab Sommer 1957 zusammenarbeitete und für den ich seit dem Frühling 1961 als Redaktionsmitglied tätig wurde. Das war meine hauptberufliche Erwerbstätigkeit. Aber es bedeutete mir viel mehr als nur eine Einkommensquelle: den Kontakt zu einem bestimmten Menschenkreis, der mich seitdem geprägt hat und dem ich viel verdanke.

Die ersten deutschen Gäste, die ich in Krakau und Warschau kennenlernte, waren Mitglieder der 1958 in der DDR entstandenen Aktion Sühnezeichen, die auf evangelische Initiative und mit Unterstützung mancher besonders aktiver Menschen aus kleineren katholischen Kreisen der DDR regelmäßige Kontakte mit Polen pflegten. In meinem Interesse für Deutschland, neben dem Studium von Archivunterlagen und der Arbeit an Fachpublikationen (meine erste Buchveröffentlichung war *Prawda o von dem Bachu* [Die Wahrheit über von dem Bach]¹) taucht damit ein neues Element

¹ Władysław Bartoszewski, *Prawda o von dem Bachu* [Die Wahrheit über von dem Bach], Warszawa 1961. Unter gleichlautendem Titel erschienen auch Ausgaben in deutscher, englischer und französischer Übersetzung: ders., *Erich von dem Bach*, Warszawa 1961.

auf und eröffnet ein neues Kapitel der persönlichen Kontakte mit den Deutschen, wie sie zur damaligen Zeit waren, zu Beginn der 1960er Jahre, vor einem halben Jahrhundert. Ich nahm damals eine langjährige Dokumentationsarbeit auf – die zugegebenermaßen keine leichte und unter damaligen Bedingungen eine nicht vielversprechende Aufgabe war –, vor allem in Anlehnung an das Archiv des West-Instituts in Posen, die Warschauer Hauptkommission zur Untersuchung der NS-Verbrechen in Polen und an zahlreiche persönliche Kontakte mit den Lesern meiner Presseartikel in *Stolica* und *Tygodnik Powszechny* Ende der 1950er und in den 1960er Jahren. Diese Arbeit führte nicht nur zu populären Publikationen wie *Palmiry* (Warschau 1969 und 1976) oder *Straceni na ulicach miasta. Egzekucje w Warszawie 16 X 1943–26 VII 1944* ([Hingerichtet auf den Straßen der Stadt. Exekutionen in Warschau 16.10.1943–26.7.1944], Warschau 1970), sondern auch zu dem fundamentalen Dokumentationsband *Der Todesring um Warschau 1939–1944* (deutsche Ausgabe: Interpress Verlag 1969). Dieses Buch ist eines der Beispiele, die heute illustrieren, was ich den Deutschen – obwohl nicht nur den Deutschen – über den Zweiten Weltkrieg und die Besetzung der polnischen Hauptstadt sagte. Es hatte ein reales und konkretes Echo, denn 1973 wurde ich von der westdeutschen Staatsanwaltschaft zu einem der Anklagezeugen im Prozess gegen Ludwig Hahn berufen, und der Text der deutschen Ausgabe von *Der Todesring um Warschau 1939–1944*, den die Staatsanwaltschaft ursprünglich nur aus einem Manuskript noch vor Erscheinen des Buches kannte, wurde offiziell als Beweismaterial im Verfahren gegen diesen Hauptvertreter des deutschen NS-Terrorapparates in Warschau und in dem sogenannten Distrikt Warschau aufgenommen. Meine damalige Arbeit erweckte auch das Interesse deutscher zeithistoriker und anderer seriöser Publizisten. Dies wiederum hatte Einfluss auf den Umfang und die Intensität meiner persönlichen Kontakte mit vielen Menschen guten Willens in Deutschland seit den 1960er Jahren. In den Kreisen des *Tygodnik Powszechny* und der Znak-Gruppe, die sich ideologisch bzw. gewissermaßen auch organisatorisch unter dem Schutz von Erzbischof Kardinal Karol Wojtyła befanden, sah man einen Willen und eine Bereitschaft zum Bau von Brücken auf der Basis von gemeinsamen moralischen Werten und der Offenheit für eine ehrliche historische Debatte zwischen Polen und Deutschen. Ereignisse wie das Memorandum der Evangelischen Kirche in Deutschland *Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn* vom 1. Oktober 1965 und wenig später der Brief der polnischen katholischen Bischöfe an ihre Glaubensbrüder in der Deutschen Bischofskonferenz vom 18. November 1965 waren deutliche Signale eines Wandels im Denken und in der

Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Während der Amtszeit von Bundeskanzler Willy Brandt gab es in diesem Prozess einen Fortschritt aus anderen, nicht kirchlichen Gründen, der für die Entwicklung des Bewusstseins nicht nur in Polen und in der Bundesrepublik Deutschland von Vorteil war, sondern auch in der Deutschen Demokratischen Republik, also in einem Staat ohne jede Eigenständigkeit und Souveränität im Bereich der öffentlichen Meinungsbildung und -äußerung. Das Bewusstsein von der tragischen Geschichte gab mir im Alltag den Impuls, mich auf verschiedene Art zu engagieren, nicht ganz ohne Hoffnung, dass dies irgendwann konkrete Ergebnisse bringen würde. Unterdessen war in den 1960er und 1970er Jahren das Wissen über die Verbrechen des Nationalsozialismus und des damaligen deutschen Staates an den europäischen Juden (darunter an Millionen polnischer Juden) bereits fest verankert im sozialen und politischen Leben Deutschlands. Zu Beginn der 1960er Jahre arbeitete ich auch an einer Dokumentation der Verbrechen aus der Zeit 1939–1945 an Juden – Staatsbürgern Polens oder anderer Staaten – auf polnischem Gebiet. Besondere Aufmerksamkeit widmete ich dabei zwischenmenschlicher Solidarität und der Beteiligung polnischer Christen an der Rettung der zum Tode verurteilten Juden. Das Ergebnis dieser Arbeit, die ich mit Unterstützung der Redaktion des *Tygodnik Powszechny* durchführte, war das Buch *Ten jest z ojczyzny mojej. Polacy z pomocą Żydom 1939–1945*², aber auch andere populäre Publikationen, wie *Vergossenes Blut uns verbrüdert*.³ Ein erster Vorbote des langsam herannahenden Endes des Kalten Krieges war aus polnischer Sicht die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki im Sommer 1975 mit ihren politischen Folgen. Für denkende Menschen war sie ein Signal oder sogar ein Impuls zum intensiveren Engagement im Bereich der Meinungsfreiheit – auch in Bezug auf historische Fachpublikationen, darunter solche zum Thema der tragischen und komplizierten Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges.

² Ders., *Ten jest z ojczyzny mojej. Polacy z pomocą Żydom 1939–1945* [Der ist aus meiner Heimat. Polen, die Juden halfen 1939–1945], Kraków 1967; zweite, erweiterte Aufl. Kraków 1969; neueste Aufl. Warszawa 2007; englische Übers.: ders., *Righteous Among Nations. How Poles Helped The Jews 1939–1945*, London 1969.

³ Dieses Buch mit Ausschnitten aus früheren Publikationen von Władysław Bartoszewski wurde 1970 vom polnischen Interpress Verlag nur in Fremdsprachen herausgegeben. Auf Deutsch: ders., *Vergossenes Blut uns verbrüdert*, Warschau 1970; auf Englisch: ders., *The blood shed unites us*, Warsaw 1970; auf Französisch: ders., *Le sang versé nous unit*, Varsovie 1970. Im Fischer Verlag ist eine neue deutsche Ausgabe unter dem leicht veränderten Titel *Uns eint vergossenes Blut* erhältlich (Anm. d. Red.).

Auf die psychologische Beschleunigung in den deutsch-polnischen Beziehungen hatte die Wahl des polnischen Kardinals Karol Wojtyła zum Papst am 16. Oktober 1978 bestimmt einen großen Einfluss. Sie wurde begleitet von einer sehr deutlichen Emanzipierung der intellektuellen bzw. wissenschaftlichen Eliten und einer solidarischen Zusammenarbeit der Arbeiterschicht mit akademischen Kreisen im Rahmen des sogenannten August-Umbruchs 1980 und der Entstehung der ersten unabhängigen Gewerkschaft im Ostblock infolge von Ereignissen an der polnischen Ostseeküste. Die Gründung und die rasante Entwicklung der „Solidarność“ lösten in unterschiedlichen Kreisen Deutschlands einerseits Bewunderung und Akzeptanz aus, andererseits aber auch Angst und Beunruhigung unter deutschen Politikern. Die Einführung des Ausnahmezustands bzw. des sogenannten Kriegszustands im Dezember 1981 in Polen durch die Junta von General Jaruzelski (übrigens gegen das Recht der Volksrepublik Polen) bremste zwar weitgehend die Emanzipierung in innenpolitischen Fragen, wurde jedoch zum Meilenstein der Verständigung zwischen Menschen mit ähnlichen Wertevorstellungen in Polen und Deutschland. Die demokratische Opposition in Polen akzentuierte in ihren Aussagen und schriftlich formulierten Texten aus den 1970er und 1980er Jahren deutlich die Bedeutung einer deutsch-polnischen Verständigung, nicht nur für Polen und Deutsche, sondern für ganz Europa.

Steter Tropfen höhlt also allmählich den Stein. Die Ereignisse der Jahre 1989–1991, die wir erlebten und als deren Teilnehmer ich mich zumindest moralisch fühlte, waren gewissermaßen die letzte Etappe der Vergangenheit und läuteten die Anfänge einer neuen Ära in Europa ein: die sogenannte Verständigung am Runden Tisch in Polen am 5. April 1989; die Parlamentswahl am 4. Juni 1989 (zum ersten Mal in Polen seit 1938 auch zum Oberhaus, dem Senat) mit dem für die ganze Welt überraschenden Ergebnis einer Befreiung von der Einparteienherrschaft der Kommunisten; der symbolische Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 gerade zur Zeit des wichtigen politischen Besuchs von Bundeskanzler Helmut Kohl in Polen; die formelle Vereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990. Die Ereignisse in der Tschechoslowakei, in Ungarn, in Rumänien, Bulgarien, in den baltischen Staaten, in der Ukraine und in Weißrussland – all diese Veränderungen, die zur allmählichen (bis 1991) Entstehung einer neuen Gestalt Ostmittel- und Südosteuropas führten, waren in den Augen der Polen Teil der Wiederherstellung einer moralischen Ordnung, sie stehen für die wichtigsten Werte in der Geschichte von Völkern, die alle von ähnlichen Sehnsüchten, Gedanken und Hoffnungen angetrieben waren.

Zu jener Zeit kam ich formell ins Rentenalter. Aber nur formell. Viele der in diesem Buch abgedruckten Texte entstanden, als ich – zwischenzeitlich Botschafter Polens in Österreich (1990–1995), Außenminister (von März bis Dezember 1995), Senator und Vorsitzender der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten und Europäische Integration (von Oktober 1997 bis Juni 2000) und gleichzeitig Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe, erneut Außenminister (von Juli 2000 bis Oktober 2001) – meinen 90. Geburtstag erreichte. Das scheint mir ein guter Grund zu sein, in konsequent chronologischer Reihenfolge an die Erfahrungen des vergangenen halben Jahrhunderts zwar nur einer, dafür aber wichtigen Sache zu erinnern: Was ich den Deutschen und über die Deutschen in mehr als einem halben Jahrhundert gesagt und geschrieben habe.

Eine gewisse Dosis an Skeptizismus, ob der sprichwörtliche Tropfen, der den Stein höhlt, tatsächlich zu einem für die Polen und für die Deutschen – ich meine hier denkende Menschen guten Willens – befriedigenden Ergebnis führte, ist angebracht. Oder befinden wir uns mitten in einem historischen Prozess? Möge das Jahr 2011, das 20-jährige Jubiläum des beständigsten Traktats der bisherigen deutsch-polnischen Geschichte, zum Anlass für eine reife Reflexion darüber werden.

Władysław Bartoszewski
Warschau, im April 2011

Ein Pole über die jungen Deutschen¹

Im Sommer dieses Jahres [1965] besuchte Władysław Bartoszewski, Redaktionsmitglied der polnischen Wochenzeitung Tygodnik Powszechny, die der katholischen Abgeordnetengruppe „Znak“ nahesteht, die Bundesrepublik. Er folgte, wie schon sein Kollege Stefan Kisielewski vor einigen Jahren, einer Einladung unserer Zeitschrift. Sein erster Bericht, den wir hier abdrucken, erschien in Nr. 45 des Tygodnik Powszechny vom 7. November 1965.

Die jungen Deutschen, die während oder nach dem Kriege geboren wurden, bilden heute fast 40 Prozent der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik; etwa 10 Prozent sind Menschen, die während des Zweiten Weltkrieges noch Kinder waren. Die Frage, wie das wirkliche Gesicht dieser Jugend aussieht, beschäftigte mich ununterbrochen während meiner vierwöchigen Reise durch die Bundesrepublik. Ich versuchte in Köln, Bonn, Düsseldorf und Hamburg, in Frankfurt und in München bei Gesprächen mit Jugendlichen, aber auch mit Schriftstellern und Publizisten, Geistlichen und Politikern eine Antwort auf diese Frage zu finden. Ich hörte Klagen über das mangelnde Interesse an politischen und öffentlichen Problemen und anerkennende Worte für die sachliche und nüchterne Einstellung der jungen Deutschen gegenüber Problemen des heutigen Lebens. Ich hörte scharfe Verurteilungen der religiösen und ideologischen Gleichgültigkeit und lobende Worte über die „Europäisierung“ der jungen Generation, die Leichtigkeit, mit der sie Kontakte zu Menschen anderer Nationalität, anderen Glaubens oder anderer Überzeugungen anknüpft. In all diesen Sätzen steckt zweifellos ein Teil der Wahrheit. Einem Ausländer fällt sofort der Wandel des äußeren Typs und der Lebensweise der deutschen Jugend auf, zumal wenn man es mit dem vergleicht, was ein Durchschnittspole mit dem Begriff des Deutschen gewöhnlich zu verbinden pflegte. Man erlebt unbeschwertes sicheres Benehmen; an Stelle der früheren Arroganz ist Höflichkeit und Freundlichkeit gegenüber dem Ausländer getreten. Die jungen Leute sind geschmackvoll gekleidet; die schlanken Mädchen und Jungen unterscheiden sich in nichts von Schweden, Engländern oder Franzosen und erinnern vor allem an ihre amerikanischen Altersgenossen. Die ältere Generation hält die

¹ Władysław Bartoszewski, „Ein Pole über die jungen Deutschen“, in: *Dokumente. Zeitschrift für übernationale Zusammenarbeit* 6/1965, S. 477–480.

Jugend häufig für leichtsinnig und nur an Geselligkeit, Sport, Film und leichter Musik interessiert – ähnlich wie schließlich auch in anderen Ländern. Man wirft ihr fehlendes Interesse für Uniformen und das Marschieren vor. Viele junge Menschen neigen nämlich heute dazu, die Uniform nur als Arbeitskleidung zu betrachten, die man nicht unbedingt auf der Straße tragen muss. Die Zahl der Kandidaten für die Offiziers- und Unteroffizierslaufbahn ist im Vergleich zum Bedarf der Bundeswehr noch immer zu klein, daher führt man eine recht lebhaft propagandistische und Werbeaktion durch. Es fehlt dagegen nicht an Freiwilligen unter den ehemaligen Wehrmachtangehörigen. Nur dass sie inzwischen älter geworden sind und sich vorwiegend als Kompanieführer und für höhere Dienstgrade eignen. Ein Publizist – einer der besten Kenner der Probleme der Bundeswehr – sagte mir, dass wahrscheinlich zum ersten Male in der Geschichte Deutschlands die Rekruten keinen übermäßigen Offensivgeist zeigen. Zum Thema des Offizierskorps schwieg er diskret ...

Man sollte natürlich diese Krise hinsichtlich des militärischen Interesses nicht überbewerten, denn sie ist vor allem verknüpft mit der Liebe zum hohen Lebensstandard, den Bequemlichkeiten und Privilegien. Gleichzeitig jedoch scheint die westdeutsche Jugend im Vergleich zu ihren Eltern kritischer und skeptischer zu sein, wenn es darum geht, sich für etwas zu engagieren. „Die Jugend ist entschieden negativ eingestellt gegenüber jeglicher Diktatur, und wenn sie bereit ist, für irgendetwas zu kämpfen, dann nur für ihre Freiheit und Unabhängigkeit“, versicherte mir ein bekannter Publizist von dem der CDU nahestehenden *Rheinischen Merkur* in Köln. Das Gleiche hörte ich in der Redaktion des *Spiegel* in Hamburg. Von verschiedenen Seiten machte man mich darauf aufmerksam, dass nach der überstürzten Verhaftung der *Spiegel*-Redakteure im Oktober 1962 die Jugend leidenschaftlich protestiert hat, wobei sie gegen die Missachtung der Bürgerrechte Sturm lief. Die deutschen Pädagogen sind der Meinung – ich zitiere die Ansicht des Rektors der Pädagogischen Hochschule in Hannover, Professor Walter Jaide, die er im Hamburger Fernsehen vertrat –, dass höchstens 10 Prozent der Jugend an politischen Fragen interessiert sind, etwa 40 Prozent über die notwendigen Voraussetzungen für ein Interesse an diesen Problemen verfügen, sich jedoch skeptisch zurückhalten, während die restlichen 50 Prozent Schwierigkeiten haben, die Grundregeln des politischen Lebens zu begreifen – Resultat mangelnder Vorbereitung in den Schulen – oder aber die Politik völlig unbekümmert betrachten. Die akademische Jugend ist viel stärker an Berufsaussichten und Verdienstmöglichkeiten interessiert als an politischen Problemen und sogar an den praktischen Fragen des Lebens. Der bekannte Publizist und Autor von Dokumentarsendungen des Hambur-

ger Fernsehens, Jürgen Neven-du Mont, stellte beispielsweise in einem interessanten Programm, das der Problematik des politischen Interesses der Jugend gewidmet war („Politisch Lied – ein garstig Lied?“ vom 1. Juni 1965) fest, dass sogar bei den Wahlen zum Studentenparlament die Zahl der Wählenden selten 50 Prozent erreicht. Bei der Schuljugend zeigen sich höchstens 15 Prozent an politischen Problemen interessiert. Neven-du Mont sieht in solchen Erscheinungen eine Bedrohung für die Zukunft der demokratischen Ordnung in der Bundesrepublik. Er steht mit der Sorge nicht allein; sie wird von vielen Intellektuellen in Westdeutschland geteilt. Der politische Nachwuchs ist daher vor allem in den Reihen der Jugendorganisationen der drei großen Parteien zu finden. Die Jugendorganisation der SPD – Die Falken – zählt etwa 130 000 Mitglieder, die zur CDU/CSU gehörende Junge Union hat 93 000 Mitglieder, während die FDP-Organisation Jungdemokraten 30 000 Mitglieder zählt. Die Jugend, die in diesen Organisationen zusammengefasst ist, hat häufig viel fortschrittlichere Ansichten als die „Alten“ und stimmt mit ihnen oftmals nicht überein. Ein berühmtes Beispiel dafür war der außerordentlich scharfe Angriff gegen Franz Josef Strauß in der Mai-Ausgabe 1965 der Monatszeitschrift *Civis* (CDU), wobei man so weit ging zu behaupten, dass die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Strauß mit Hitler vergleiche („der ähnlich sprach und später den Befehl zum Schießen gab“).

Diskussion mit Studenten

Andererseits darf man nicht vergessen, dass in den letzten Jahren in der Bundesrepublik die Entwicklung einer Jugendorganisation forciert wird, die sich „Deutsche Jugend des Ostens“ nennt, über 150 000 Mitglieder zählt und sich keineswegs auf die Jugendlichen beschränkt, die aus den ehemals deutschen Gebieten im Osten stammen. Zu ihren Aufgaben gehört die Propagierung des Wissens über den Osten als eines künftigen Expansionsgebiets der Deutschen, und in ihren äußeren Formen und Parolen knüpft sie an extrem nationalistische Traditionen an. Interessant ist auch, dass die der Zahl nach kleine, jedoch sehr laute und chauvinistische Nationaldemokratische Partei Deutschlands mit Stolz darauf verweisen kann, dass 40 Prozent ihrer Mitglieder unter 35 Jahre alt sind (*Die Zeit* vom 14.5.1965). Die Jugend denkt heute ungern an die Vergangenheit Deutschlands, die für sie heute *nur* noch Geschichte ist. Eine allerdings unglaublich wenig bekannte Geschichte! Die Geschichte Deutschlands nach 1918 wird in den Schulen meist nur flüchtig

behandelt – darauf machten mich viele einflussreiche Persönlichkeiten aufmerksam. Natürlich hängt viel von der Person des Lehrers ab, aber der größte Teil dieser Lehrer (und Eltern!) gehört zu einer Generation, die nicht frei ist von Komplexen hinsichtlich des Zweiten Weltkriegs. In der Hinsicht haben die Jugendlichen, die den Auschwitz-Prozess im Saal des Gallus-Hauses in Frankfurt verfolgten, innerhalb weniger Tage mehr über die Geschichte ihres Volkes gelernt als in vielen Schuljahren. Zur Begegnung mit einer Gruppe von Studenten, die verschiedene akademische Organisationen an der Universität in Köln repräsentieren, fuhr ich gemeinsam mit Dr. Heinz Linnerz, dem Chefredakteur der Zeitschrift *Dokumente*. Die bedeutende Zweimonats-Zeitschrift ist den Problemen übernationaler Zusammenarbeit gewidmet; Gespräche mit ihren Mitarbeitern verleihen eine echte Befriedigung und lassen wieder an die Möglichkeit glauben, eines Tages doch noch eine gemeinsame Sprache mit den Bewohnern jenes Landes zu finden, das zwischen Rhein und Elbe liegt. Das ungezwungene Gespräch in kleinem Kreis begann in der Universität und wurde später bei einem Glas Wein bis spät in die Nacht in einem typischen Kölner Lokal fortgesetzt. Ich wollte erfahren, was meine jungen Gesprächspartner (es waren sechs, darunter der politische Referent des Allgemeinen Studentenausschusses sowie die Leiterin des Kulturamtes beim Kölner AStA) über den gegenwärtigen Stand der deutsch-polnischen Beziehungen und ihre Aussichten für die Zukunft denken.

Ihr Wissen über das gegenwärtige Polen umfasste vor allem unser kulturelles Leben, an erster Stelle den Film. Sie kannten den *Kanal*, *Das Messer im Wasser*, *Das schielende Glück*, die *Mutter Johanna von den Engeln*; sie wussten weiter über unsere Bildhauer und Musiker Bescheid, und sie lesen auch die Monatszeitschrift *Polen*. Sie haben auch vom Buch *An dieser Stelle Europas* von Stefan Kisielewski gehört, einige hatten es gelesen. Sie fragten nach der Organisation und Arbeit der polnischen Hochschulen und nach dem Leben unserer akademischen Jugend. Sie fragten nach Besuchsmöglichkeiten und bedauerten, dass „Polen alle Deutschen und den ganzen westdeutschen Staat als Imperialisten und Revanchisten“ betrachtet. Die Erläuterung unseres tatsächlichen, differenzierten Standpunktes und ein Gespräch über die historischen und politischen Gründe für unser Misstrauen waren interessant und notwendig. Wichtigster Punkt der Diskussion wurde die Grenze an Oder und Neiße, die auf charakteristische Weise alle anderen wichtigen moralischen und politischen Fragen in den Hintergrund rücken ließ. Die Jugend zweifelte eigentlich kaum, dass die augenblickliche Situation praktisch nicht rückgängig gemacht werden kann. Sie begriff auch die moralische Begründung des polnischen Standpunktes in dieser Angelegenheit. Gleichzeitig war es jedoch notwendig, genau zu erläutern, warum

ein Zusammenleben mit einer deutschen Minderheit für die Nachbarn Deutschlands unmöglich wurde und warum man in Potsdam den Entschluss fasste, jenen Teil der deutschen Bevölkerung, die nicht vor der sich nähernden Front geflüchtet war, auszusiedeln. Unter meinen Gesprächspartnern waren Studenten, die in Gleiwitz oder Liegnitz geboren wurden und als Kinder diese Städte verließen. Sie gaben zu, dass die Orte für sie heute emotional fern liegen.

Einerseits – andererseits

Die Meinungen waren jedoch geteilt in Bezug auf die Politik der Bundesregierung in der Frage der deutsch-polnischen Grenze. Man vertrat die Ansicht, dass die Bundesrepublik ausdrücklich auf territoriale Forderungen gegenüber Polen verzichten müsse; das sei von großer Bedeutung für die Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern. Andererseits wiederholte man den offiziellen Standpunkt der Bundesrepublik, dass die Frage der Grenzen erst auf einer Friedenskonferenz entschieden werden könne. Alle meine Gesprächspartner bewerteten jedoch die Chance für irgendeine Initiative von Seiten der Bundesregierung in dieser Angelegenheit als sehr pessimistisch. Die Studenten wiederholten immer wieder, dass man in Polen den Einfluss und die Tätigkeit der Vertriebenen-Organisationen sowie die Rolle der Vertriebenenpresse überbewerte, die „niemand liest und die man kaum kaufen kann“. Sie begriffen nicht ganz die Tatsache, dass diese Zeitschriften und Zeitungen in Massen verschickt werden auf dem Wege des Abonnements und dass diese gehässigen Blätter durch Regierungsstellen mitfinanziert werden.

Genau an dem gleichen Tag und zur gleichen Stunde, in der wir unser Gespräch führten, fand in einem anderen Stadtteil Kölns eine politische Versammlung statt, deren Aussage eindeutig war: der Chefredakteur des extrem chauvinistischen Blatts *Deutsche National- und Soldatenzeitung*, Dr. Gerhard Frey, sprach dort über die „Gerechtigkeit für Deutschland“. Die jungen Leute behaupteten, dass Versammlungen dieser Art weder sie noch ihre Freunde interessierten. Ich hatte keinen Grund, ihnen nicht zu glauben; aber ich konnte nicht zugeben, dass es moralisch und politisch gleichgültig sei, ob man solcher Art Veranstaltungen zulasse.

Wir trennten uns freundlich in der Hoffnung, dass wir uns vielleicht eines Tages wieder begegnen. Einige meiner Gesprächsteilnehmer haben die Absicht, Polen zu besuchen ...

Durch Köln führte mich unter anderem ein siebenundzwanzigjähriger Sohn wohlhabender Gutsbesitzer aus der Gegend von Schneidemühl. Er sagte mir: „Würde ich dort noch in Vorkriegsverhältnissen leben, wäre ich ein reicher Mann; aber ich bedaure es nicht, dass ich hier lebe – mehr noch: Ganz bewusst würde ich auf ein Leben in jenen Gebieten verzichten, wenn ich wüsste, dass dies eine Verbesserung der Beziehungen zwischen Deutschen und Polen zur Folge haben könnte.“ Es ist erstaunlich, wie viele derartige Äußerungen man in der Bundesrepublik bei Gesprächen unter vier Augen hört, vor allem mit jungen Menschen, und wie selten sie ein Echo in der Öffentlichkeit finden.

Zwei Deutsche über Polen. Zwanzig Jahre nach dem Krieg¹

In einem kleinen Haus in der Möhlstraße 26, weit abseits des Stadtzentrums von München, befindet sich eine der wichtigsten wissenschaftlichen Einrichtungen der BRD – das Institut für Zeitgeschichte, das zu dem Zeitraum 1918–1945 forscht. Die Institution beschäftigt über 30 Personen, darunter zwölf wissenschaftliche Mitarbeiter; das Jahresbudget beträgt eine halbe Million D-Mark (125 000 Dollar). An der Spitze des Instituts steht Dr. Helmut Krausnick, der Autor einer Reihe von angesehenen Schriften zum Zweiten Weltkrieg und zugleich Chefredakteur der in Historikerkreisen bekannten wissenschaftlichen Zeitschrift *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*. Die institutseigene Bibliothek umfasst 50 000 Bände in verschiedenen Sprachen, darunter auch in Polen herausgegebene Bücher. In dem reichhaltigen Archiv befinden sich u. a. Dokumente von besonderem Wert für polnische Forscher wie z. B. die Akten des Oberkommandos der Wehrmacht im Generalgouvernement. In den letzten Jahren sind unter der Ägide des Instituts im Rahmen einer Sonderbuchreihe, herausgegeben von Dr. Martin Broszat, zehn Bände von Studien und monografischen Arbeiten erschienen. Dieser kaum 40-jährige Wissenschaftler der jüngeren Generation, von sympathischem Äußeren und von überdurchschnittlicher Erudition, was Osteuropa betrifft, gehört heute zu den besten Kennern der schwierigen und komplizierten Thematik der deutsch-polnischen Beziehungen. Das Ergebnis seiner Forschung auf diesem Gebiet sind u. a. zwei Bücher: *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik* und *Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945* sowie kleinere Aufsätze und eine Expertise zum Verfahren gegen die Kriegsverbrecher von Auschwitz, präsentiert vor dem Gericht in Frankfurt am Main.

Das erste Buch von Broszat war eine Stimme der Anklage gegen die preußische Politik in Bezug auf den polnischen Staat und das polnische Volk. Wir finden dort folgende Äußerungen zur deutschen Außenpolitik der Vor-Hitler-Zeit in den ersten Jahren unmittelbar nach dem Ersten

¹ Władysław Bartoszewski, „Dwaj Niemcy o Polsce. Dwadzieścia lat po wojnie“ [Zwei Deutsche über Polen. Zwanzig Jahre nach dem Krieg], in: *Tygodnik Powszechny* 4/1966, S. 3. Deutsche Übersetzung: Marcin Barcz.

Weltkrieg, insbesondere zu damaligen Rachedenken in der Weimarer Republik: „Subventionierte Wissenschaft und Publizistik trugen in den zwanziger Jahren erheblich dazu bei, die antipolnische Stimmung in Deutschland anzufachen und die These der notwendigen Grenzrevision weiter zu verfestigen. Je länger man aber daran festhielt, die Revision der Ostgrenzen zu proklamieren, ohne dass konkrete Ansatzpunkte für eine Realisierung dieses Ziels bestanden, um so sicherer mussten die erweckten falschen Hoffnungen über kurz oder lang in der Form nationaler Opposition sich gegen die Regierungen der Weimarer Republik selbst wenden.“²

Das zweite Buch von Broszat, das sich mit der Theorie und Praxis der NS-Politik im besetzten Polen befasst, ist ursprünglich (1961) in einer geringen Auflage in der bereits erwähnten Reihe des Instituts für Zeitgeschichte erschienen. Seit drei Monaten ist in den Buchhandlungen eine neue, ergänzte Auflage dieses Werkes erhältlich, erschienen ist sie in der populären Fischer-Bücherei. Der Autor ist sich der Tatsache vollkommen bewusst, dass die Ereignisse der Jahre 1939–1945 auf dem Gebiet Polens vielen heutigen Lesern in der BRD geradezu „unglaublich“ erscheinen können. Schuld daran ist ein Mangel an entsprechenden Publikationen im Verlauf der langen Nachkriegszeit, schuld sind übrigens auch ein gewisser psychologischer Druck und politische Tendenzen. „Demgegenüber sind im polnischen Bewusstsein die Jahre deutscher Besetzung im Zweiten Weltkrieg als eine überaus schicksalsschwere, selbsterlittene geschichtliche Erfahrung der gesamten Nation nicht vergessen, und durch eine beträchtliche Zahl von zeitgeschichtlichen Publikationen erneut in der Erinnerung festgehalten worden“, erklärt Broszat sachgerecht im Vorwort zum Buch. In Anbetracht dieser Lage, bei dem „Versuch, fünf Jahre deutscher Politik in Polen in ihren wesentlichsten Aspekten darzustellen“ konzentriert sich der Autor auf Fakten, die beweisen sollen, dass Polen (anders als z. B. Frankreich oder Norwegen) „fünf Jahre lang Anwendungsgebiet und Exerzierfeld radikaler völkisch-nationalsozialistischer Weltanschauungstheorie und -politik wurde“.³ Bei diesem Darstellungsversuch stützt sich Broszat vor allem auf deutsche Quellen, dabei nimmt er den Aufwand auf sich, einen genaueren Blick auf die Methoden der deutschen Politik in Polen in den Jahren 1939–1945 zu werfen, angefangen mit den ersten, unpräzisen Konzepten administrativer Gestaltung der besetzten Gebiete im Herbst 1939 bis hin zu den letzten Polizeimaßnahmen gegen Polen, die nach dem Warschau-

² Martin Broszat, *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, revidierte und erweiterte Ausgabe, Frankfurt am Main 1972, S. 231.

³ Martin Broszat, *Nationalsozialistische Polenpolitik 1939–1945*, Stuttgart 1961, S. 6.

er Aufstand massenhaft in Konzentrationslager deportiert wurden. Er schreibt von der „Einverleibung“ eines Teils Polens in das „Dritte Reich“, die einherging mit wildem Terror (Aktionen des sogenannten Selbstschutzes, Morde in Bromberg, Massenexekutionen in vielen Ortschaften Vorpommerns, im Posener Land, in Schlesien). Er stellt die Organisations- und Personalstruktur der Besatzungsmacht dar, unterscheidet dabei zwischen administrativen und polizeilichen Ebenen, berücksichtigt die besondere Rolle der sogenannten Reichskommissare für die Festigung deutschen Volkstums. Er schreibt über die Einrichtung von Ghettos, Arbeits- und Konzentrationslagern oder über die „wirtschaftsunternehmerische Betätigung der SS“. In seiner genauen Darstellung der Umsiedlungsmethode der polnischen Bevölkerung aus dem „Reich“ in das Generalgouvernement zeigt Broszat die Grausamkeit der angewandten Maßnahmen auf, übrigens in Anlehnung an Zeugenaussagen der Deutschen selbst. So lesen wir z. B. über die Aussiedlung der Bewohner eines Dorfes im „Wartheland“ durch eine SA-Gruppe mit Unterstützung lokaler Volksdeutscher im Jahre 1940: „[...] kurz vor Mitternacht wurden die Leute aus den Betten herausgejagt. Dann kam der Befehl, binnen einer halben oder dreiviertel Stunde mit einem Gepäck von 30 kg reisefertig zu sein. Es wurde dort furchtbar gehaust. Heiligenbilder, Kruzifixe wurden zerbrochen und in den Kehrriech geworfen. Die Polen mußten in ihren eigenen Wagen in die Kreisstadt fahren und kamen dort hinter Stacheldraht.“⁴

Ein separates Kapitel widmet sich den Deportationen polnischer Arbeiter zur Zwangsarbeit nach Deutschland und ihrer Behandlung. In knapper Form, aber mit eingehender Gründlichkeit, wurden die Fragen der Ausnahmegesetzgebung für Polen im „Dritten Reich“ und im Generalgouvernement sowie die Methoden der NS-Sicherheitspolizei dargestellt. Darüber hinaus führt Broszat eine ganze Reihe von Fakten und Zahlen zur NS-Politik in Bezug auf die katholische Kirche an und betont, dass „polnische Geistliche in den Konskriptionslisten der Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei, die im Herbst 1939 die Dezimierung und Ausschaltung der polnischen nationalen Führungsschicht und Intelligenz in die Wege leiteten, an vorderster Stelle standen“⁵. (An dieser Stelle lohnt es sich, daran zu erinnern, dass Broszat 1959 ein mehrere Dutzend Seiten umfassendes Gutachten über „die Verfolgung der polnischen katholischen Geistlichen in den Jahren 1939–1945“ vorlegte, dessen interessanter Inhalt dem polnischen Publikum größtenteils unbekannt ist).

⁴ Ebd., S. 97.

⁵ Ebd., S. 158.

Über einige Stellungnahmen von Dr. Broszat könnte man bestimmt diskutieren (z. B. in Bezug auf die Gründe für die Auseinandersetzung zwischen Hans Frank und der lokalen politischen Führung im Generalgouvernement und in Berlin oder über die Rolle der Wehrmacht im Besatzungsalltag). Auf die besondere Bedeutung seiner Arbeit über die nationalsozialistische Polenpolitik deutet sowohl die Fülle des Quellenmaterials als auch die eiserne Logik der Schlussfolgerung hin: „Das Fazit deutscher Polenpolitik im Zweiten Weltkrieg bleibt dennoch erschreckend. Es wird darauf ankommen, es zur Kenntnis zu nehmen und nicht moralisch verrechnen zu wollen mit eigenem deutschen Nachkriegsschicksal.“ Zu seinen Schlussfolgerungen gehören mit Sicherheit die letzten Worte aus dem Buch, mit denen der deutsche Forscher prägnant feststellt: „[...] die nationalsozialistische Polenpolitik wirtschaftete nicht nur sich selbst zugrunde, sie verwirtschaftete auch den historischen Rechtsgrund deutscher Stellung im Osten“.⁶

Diesem „Rechtsgrund“ – den wir, nebenbei gesagt, aus unterschiedlichen Gesichtspunkten betrachteten und betrachten – und besonders der heutigen Realität auf den Gebieten an der Oder und Neiße ist ein anderes Buch gewidmet. Es ist einige Wochen nach dem Buch von Martin Broszat in derselben Fischer-Bücherei erschienen. Ich meine die Dokumentensammlung *Deutschlands Osten – Polens Westen?* von Dr. Hansjakob Stehle, einem früheren Korrespondenten der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* in Warschau (in den Jahren 1957–1962) und heute einem der führenden Publizisten des seriösen Hamburger Wochenblattes *Die Zeit*. Stehle ist bekanntlich auch der Autor des in Deutschland anerkannten Buches *Nachbar Polen*. Dieses 1963 herausgegebene Werk ist zwar sehr kontrovers, präsentiert dem deutschen Leser aber eine ganze Fülle von wertvollen Informationen über unser Land. Stehle vertritt die Meinung, dass die offizielle deutsche Politik in Bezug auf die Oder-Neiße-Linie zu den paralysierenden Relikten des letzten, durch Hitler entfachten Krieges gehört. Gegenwärtig ist die Oder-Neiße-Linie die tatsächliche Ostgrenze der deutschen Siedlungsgebiete in Europa. Östlich dieser Flüsse leben seit 20 Jahren ausschließlich Polen. Mittlerweile ist das ein praktisch unabwendbarer Stand der Dinge. Für eine bessere Analyse und Darstellung von Fakten im Zusammenhang mit der heutigen Situation dieser Gebiete hat Stehle im Sommer 1964 eine längere Reise mit einer Fernsehkamera durch Polen unternommen. Er besuchte u. a. Olsztyn, Gdańsk, Słupsk, Koszalin, Kołobrzeg, Szczecin, Gorzów, Kostrzyn, Zielona Góra, Zgorzelec, Wrocław, Opole und Bytom. Dabei bewegte er sich völlig

⁶ Ebd., S. 192.

frei, ohne den Vorschlägen der polnischen Staatsmacht zu folgen, sprach mit Dutzenden Menschen verschiedenen Alters, unterschiedlicher Bildung und Ansichten. Im Endeffekt ist eine einstündige Fernsehreportage entstanden, die zunächst am 2. Oktober 1964 in der BRD und anschließend am 15. Dezember 1964 auch in Polen ausgestrahlt wurde. Die Reportage von Stehle erweckte in Deutschland großes Interesse und rief heftige – sowohl positive als auch negative – Reaktionen hervor. Nach einem der Münchener Meinungsforschungsinstitute war während der Sendung fast die Hälfte aller Fernsehgeräte in der BRD eingeschaltet, dabei beurteilten 17 Prozent der Zuschauer die Reportage als hervorragend, 56 Prozent als gut, 21 Prozent als genügend, nur drei Prozent als mittelmäßig und zwei Prozent als sehr schlecht. Daraus geht hervor, dass drei Viertel der deutschen Zuschauer das von Stehle gezeichnete Bild der heutigen Lage in den Gebieten an Oder und Neiße entschieden positiv aufgenommen haben. Das Buch *Deutschlands Osten – Polens Westen?* enthält einen vollständigen Text der Fernsehreportage, eine Auswahl der interessantesten Kommentare und Besprechungen in der deutschen und polnischen Presse, Aussagen westdeutscher Journalisten zur Lage der polnischen Westgebiete (insbesondere die Reportage von Dettmar Cramer, des Berliner Korrespondenten der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, der im Sommer 1964 seine Geburtsstadt Łębork besuchte, und einen Artikel der Warschauer Korrespondentin derselben Zeitung, Angela Nacken, über die Woiwodschaften Szczecin und Koszalin) sowie eine Zusammenfassung des Referats, das Stehle im November 1964 in Westberlin anlässlich einer Einladung von lokalen Aussiedlerorganisationen gehalten hat. In diesem Referat machte der deutsche Publizist u. a. darauf aufmerksam, dass vor dem Krieg westlich der Oder und Neiße nur 8,8 Prozent der Gesamtbevölkerung Deutschlands lebten, heute dagegen im Westen Polens 26 Prozent der polnischen Bevölkerung wohnen; er führte daneben auch zahlreiche Argumente von politischer, ökonomischer und psychologischer Natur an. Im Anhang des Buches wurden einige interessante Dokumente veröffentlicht, darunter die Ergebnisse einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Jahr 1965 zur Meinung der Aussiedler in Bezug auf die Chancen einer Rückkehr an ihren früheren Wohnort. Während im Jahre 1953 noch 77 Prozent der Aussiedler Hoffnung auf eine Rückkehr hatten, ist ihre Anzahl 1965 auf 34 Prozent gesunken. Auf die konkrete Frage, ob sie bereit seien, in den Osten zurückzukehren, sollten – so die rein theoretische Annahme – die Grenzen zu Polen und anderen Ländern für Ausreisewillige, die sie einst verlassen hatten (UdSSR, Tschechoslowakei), geöffnet werden, erklärten sich nur 18 Prozent der Aussiedler dazu bereit. Zu den interessantesten Teilen der Publikation von Stehle gehört jedoch das einleitende

Kapitel mit dem vielsagenden Titel „Linie oder Grenze“, in dem der Autor eine eindeutig negative Antwort auf folgende Fragen gibt: Gibt es noch eine Chance, dass die Oder-Neiße-Linie nicht zur deutschen Ostgrenze wird? Gibt es heute bedeutende Befürworter der Rückkehr zu den Grenzen des deutschen Staates von 1937? Wollten die Alliierten 1945 den früheren Verlauf der deutschen Grenzen bewahren?

Die fast zeitgleiche auflagenstarke Publikation der beiden besprochenen Bücher über Polen in einem seriösen und aktiven westdeutschen Verlag ist kein Zufall, sondern das Ergebnis eines wachsenden Interesses in der Öffentlichkeit der BRD. Man darf hoffen, dass die Lektüre dieser beiden, von einer groß angelegten Werbekampagne begleiteten Bücher jeden intelligenten deutschen Leser zum Nachdenken veranlasst und ihm zugleich hilft, manche grundlegende Wahrheiten über die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen zu verstehen.

Donnerstag in München, Sonnabend in Bonn¹

Den 12. Mai 1966. Wieder in der Bundesrepublik Deutschland. Ich bin hier schon im Mai des vergangenen Jahres gewesen, genau zum zwanzigsten Jahrestag der Niederlage eines Staates, der in der Folge eines von den eigenen Anführern entfachten Krieges zum ersten Mal seit der napoleonischen Epoche den Durchmarsch von Siegerarmeen und langjährige militärische Besatzung erfahren hatte. Der Jahrestag gab zugleich eine besonders gute Gelegenheit zur Konfrontation der heutigen Realität in der Bundesrepublik Deutschland mit den Vorstellungen, Ansichten und Sorgen, die einerseits geschichtlich begründet sind, andererseits aus der typischen Erfahrung eines Polen resultieren, der die Jahre deutscher Besatzung in Warschau erlebte. Diese Konfrontation war natürlich nicht einfach: trotz Dutzender Gespräche mit öffentlichen oder politischen Aktivisten, mit Literaten, Journalisten, mit „normalen“ Menschen, die ich bei gesellschaftlichen Anlässen, im Hotel, im Zug, im Café oder auf der Straße getroffen habe, ist es mir nicht gelungen, zufriedenstellende Antworten auf manche der mich beschäftigenden Fragen zu bekommen. Zu den besonders wertvollen Erfahrungen gehörten jedenfalls Begegnungen und Diskussionen mit den Jugendlichen. Ihre Aussagen und Meinungen haben mir nach der Rückkehr in die Heimat erlaubt, eine typische Frage zu bejahen: Haben sich die Deutschen überhaupt verändert? Der Artikel „Junge Deutsche westlich der Elbe“, veröffentlicht zunächst in *Tygodnik Powszechny* (45/1965, S. 1–2) und später in der Kölner Zeitschrift *Dokumente* (6/1965, S. 477–480), stieß auf Interesse in der BRD; darüber zeugten die von mir erhaltenen Briefe, verfasst in einem zu Diskussion und weiteren Kontakten einladenden Ton.

Der jetzige Besuch in München gab mir eine Gelegenheit zu neuen Begegnungen mit der akademischen Jugend: Professor Oskar Rögele, der Leiter des Instituts für Kommunikationswissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität hat mir eine Vorlesung über die polnische Untergrundpresse in den Jahren 1939–1945 vorgeschlagen. Die Idee, den jungen

¹ Władysław Bartoszewski, „Czwartek w Monachium, sobota w Bonn“ [Donnerstag in München, Sonnabend in Bonn], in: *Tygodnik Powszechny* 34/1966, S. 6. Deutsche Übersetzung: Marcin Barcz.

Deutschen über die polnische Konspiration zu erzählen, erschien mir zwar sehr verlockend, aber zugleich auch sehr riskant. Wie wird das Thema von Studenten aufgenommen, die sich weder an die Kriegsjahre erinnern noch die Komplexität der Situation in Polen kennen? Kann eine solche Vorlesung für sie überhaupt interessant und das Thema verständlich sein?

Der Sitz des Instituts ist das moderne Amerika Haus am Karolinenplatz, noch bis vor Kurzem eine Kultur- und Propagandastelle der Vereinigten Staaten. Gegenwärtig wird das Bauwerk von verschiedenen Institutionen benutzt. Dort befindet sich die reichhaltige Institutsbibliothek, dort arbeitet auch Prof. Rögele. Die Vorlesung sollte jedoch im Hauptgebäude der Universität stattfinden. Eine der wichtigsten Alleen Münchens, die Ludwigstraße, erweitert sich hier zu einem Platz, dessen Teil unmittelbar vor dem Haupteingang zum Universitätsgebäude den Namen der Geschwister Scholl trägt.

Die Geschwister Scholl ... Deutsche Universitäten wurden in den 1930er Jahren von fanatischen Nationalsozialisten beherrscht. Die Universität München war in dieser Hinsicht nicht anders als andere Hochschulen im „Dritten Reich“. Und doch ist gerade an dieser Universität während des Krieges eine akademische Widerstandsbewegung gegen Hitler entstanden. Die Gruppe der sog. Weißen Rose war mit manchen katholischen Zentren in der bayerischen Hauptstadt verbunden. Ihre Mitglieder betrieben Informationskampagnen unter der akademischen Jugend, dem Militär, in künstlerischen und wissenschaftlichen Kreisen Münchens. Eine besondere Rolle spielten in den Jahren 1942–1943 der 25-jährige Medizinstudent Hans Scholl und seine 21-jährige Schwester Sophie, Studentin der Biologie und Philosophie. Ihr geistiger Anführer war der Philosophieprofessor Kurt Huber. Die Studenten riefen zum Widerstand gegen Hitler auf, zu einer „Erneuerung des tief verwundeten deutschen Geistes“, wie es in einem der von ihnen verbreiteten Flugblätter hieß. Erschüttert durch die Sinnlosigkeit des Krieges und die Katastrophe von Stalingrad, stellten sie sich öffentlich gegen den damaligen bayerischen Gauleiter Giesler: auf seine brutale und in der Form vulgäre öffentliche Ansprache an die akademische Jugend reagierten sie mit lauten Rufen und drängten die ihn umgebenden Gestapo- und SS-Männer aus dem Hörsaal. Am 18. Februar 1943 warfen Sophie und Hans Scholl die Flugblätter in den Lichthof der Universität. Von einem Hausmeister denunziert und verhaftet, standen sie schon vier Tage später vor Gericht und wurden zum Tode verurteilt. Beide wurden am gleichen Tag enthauptet. Etwas später wurde auch Professor Huber mit anderen Mitgliedern der Weißen Rose hingerichtet. Solche Erinnerungen überkommen einen beim Anblick der Gedenktafel für die Geschwister

Scholl und andere Mitglieder der Weißen Rose, wenn man mit der Geschichte des Zweiten Weltkrieges einigermaßen vertraut ist

Mit der Erinnerung an ihren Kampf und ihren Tod begann ich meinen Vortrag in einem großen, bis auf den letzten Platz mit Studenten gefüllten Hörsaal. Danach sprach ich über die von den Besatzern angerichteten Verwüstungen in der polnischen Kultur, über die Anfänge der polnischen Unabhängigkeitsbewegung, über die Organisation und Methoden unserer Geheimpresse in den Jahren des Zweiten Weltkrieges, über Herausforderungen bei Redaktion, Herstellung und beim Austragen, über ihre Verbreitung und ihren Einfluss auf die Gesellschaft. Ich beschäftigte mich etwas genauer den Zeitschriften, die im polnischen Untergrund auf Deutsch erschienen und für Deutsche vorgesehen waren. Ein Dutzend Fotokopien der Umschlagseiten verteilte ich im Saal. Es fanden sich ziemlich viele Diskussionswillige, und die ohne Verlegenheit gestellten Fragen deuteten auf eine viel bessere als von mir erwartet Kenntnis der Thematik: Wie war es möglich, eine solch breit angelegte Redaktionstätigkeit unter dem Terror der Gestapo zu entfalten? Wer arbeitete in der Untergrundpresse? Wie stellte man sich damals die Zukunft Polens vor?

Am Nachmittag kehrte ich an die Universität zurück. Vor dem Gebäude drückte mir jemand ein Flugblatt des Sozialdemokratischen Hochschulbundes in die Hand mit einer Einladung zu einem Diskussionsabend unter den Schlagworten der „deutschen Realpolitik“, des „Widerstands gegen die Sondergesetzgebung“, der „Beendigung des grausamen Krieges in Vietnam, der diesem Land weder Frieden noch Demokratie bringen kann“ und der „zeitgeistgerechten Reform des Hochschulwesens“.

Die Fragen und Erklärungen während des Seminars in einer kleineren Runde als am Vormittag – mit ein paar Dutzend Studenten – kreisten um die Probleme der gegenwärtigen Presse in Polen, ihre Vielfalt, ihre Auflagenstärke, die Ausbildung der Journalisten. Auch diesmal wurden sachliche und intelligente Fragen gestellt: z. B. über den Bekanntheitsgrad der westlichen Presse in Polen.

Auch jenseits des Hörsaals gab es viele Gelegenheiten zu individuellen Gesprächen, und zwar nicht nur mit den Studenten der Kommunikationswissenschaft. Beim Mittagessen mit Prof. Hans Maier, dem Leiter des Lehrstuhls für Staatswissenschaft, sprachen wir im Kreis einiger Assistenten und Studenten über die Perspektiven der Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen. Man hat mich ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass drei bedeutende akademische Jugendverbände – der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS), der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) und der Liberale Studentenbund Deutschlands (LSD) –

in ihren offiziell verabschiedeten Erklärungen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze fordern.

Alle meine Gesprächspartner brachten ein freundliches Interesse an Polen zum Ausdruck, aber fast alle äußerten die zu weiteren Diskussionen nötige Überzeugung, dass Polen gar keine Verständigung mit Deutschland wolle. Sie waren auch entschieden der Meinung, dass die westdeutsche Öffentlichkeit in unserem Land völlig ungerechtfertigt als antipolnisch und rachsüchtig gelte.

Den 14. Mai 1966. Die Plakate luden zum Marktplatz ein, wo um 15.30 Uhr das alljährliche Treffen der Aussiedler und „Heimatvertriebenen“ beginnen sollte: die Deutschland-Kundgebung 1966 in Bonn. Für diese Jahreszeit war der Tag außerordentlich warm, es war Sonnabend, also ein freier Tag für Beamte und Fabrikarbeiter. Tausende Bewohner Bonns verließen die Stadt mit Zügen und Autos, um ins Wochenende zu starten. Gleichzeitig kamen über Tausend Buse und Hunderte Autos aus der ganzen BRD mit den Teilnehmern der Kundgebung an. Sie versammelten sich in vorbildlicher Ordnung und marschierten zum Markt, der sich schon lange vor dem angekündigten Termin der Veranstaltung zu füllen begann.

Zum ersten Mal sollte ich nun Zeuge einer Kundgebung der Aussiedler sein, die ich bisher nur aus der Berichterstattung und von Fotos der Presse kannte. Ich war überwiegend umgeben von Menschen im Alter von 50 Jahren und mehr. Jüngere Gesichter waren hauptsächlich unter den Funktionären mit Armbinden zu sehen. Es gab auch kleinere Gruppen von Jugendlichen in verschiedenen Regionaltrachten. Unter zahlreichen Transparenten mit politischen und ökonomischen Parolen (z. B. mit Forderungen nach einer Entschädigung in der Höhe von „mindestens 20 Pfennig für jede Reichsmark“ des im Osten verlorenen Besitzes) fielen einige durch besonders originellen Inhalt auf: „Wir verzichten auf die evangelischen Bischöfe“ (eine Anspielung auf das Memorandum der Evangelischen Kirche in Deutschland), „Gott wird auch die Denkschrift der Evangelischen Kirche richten“, „12. Mai 1966: 150 Millionen für Israel, 12. Mai 1966: Israel anerkennt die Oder-Neiße-Linie“ (in Bezug auf die Kredite der BRD-Regierung für den Staat Israel und die offizielle Anerkennung der Grenze an der Oder und Neiße durch Israel), „Vertreibung und Luftbomben sind kein Urteil Gottes“.

Beim Beginn der Kundgebung füllten rund 70 000 Menschen den Markt und benachbarte Straßen. Ein Netzwerk von Megafonen erlaubte es, auch außerhalb des Marktes den Ansprachen zuzuhören. Für mich erschienen sie als ein Meisterwerk von Demagogie und Verlogenheit. Zugegebenermaßen zerstreute sich noch während der Kundgebung eine große

Zahl der Teilnehmer in der Stadt und zog die Gespräche mit angetroffenen Landsleuten den offiziellen Ansprachen der Organisatoren vor. Aber Tausende Menschen verharrten stur und geduldig auf dem Marktplatz, riefen an entsprechenden Stellen „Es lebe!“ und an anderen „Pfui!“. Die Sanitäter des Roten Kreuzes leisteten in über 420 Fällen erste Hilfe (darunter gab es 100 Fälle von Ohnmacht, ein 71-jähriger Teilnehmer der Versammlung ist an Ort und Stelle gestorben).

In der Zwischenzeit fanden in der Nähe des Marktes, nicht weit entfernt von dem Mittelpunkt der Ereignisse, zwei voneinander unabhängige Gegendemonstrationen der Studenten und Gymnasiasten statt. Vor dem Institut für Psychologie der Universität Bonn versammelten sich ca. 250 Studierende der katholischen und evangelischen Theologie. Mit einer Genehmigung des Rektors demonstrierten sie schweigend unter dem Motto der Versöhnung mit Polen. Auf ihren Transparenten standen folgende Appelle: „Versöhnung geht vor Rechtsanspruch“, „Versöhnung schafft Frieden“, „Wiederholt alte Fehler nicht!“.

Gleichzeitig trat eine Gruppe der sozialistischen Studenten, von dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund unterstützt, vor ein paar Dutzend Schülern des Beethoven-Gymnasiums in Bonn mit Transparenten auf. Darauf waren verschiedene politische Appelle, manchmal nicht ohne Sarkasmus, zu sehen: „Wir fordern: auch Togo bleibt deutsch“, „Karl der Große – Deutschland in Grenzen von 800“, „Friede in Grenzen von 1945“, „Für Recht auf Heimat für Polen“, „Auschwitz niemals vergessen“, „Bund der Vertriebenen – eine Minderheit“, „80 000 sind nicht für das ganze deutsche Volk repräsentativ“.

Ich stand in der Menge, ein Dutzend Meter von beiden demonstrierenden Parteien entfernt. Verärgerte Gruppen von Aussiedlern beschimpften die Jugend, nannten sie „Agenten Moskaus und Ulbrichts“, „kommunistische Schweine“, „Bolschewiken“. Die Studenten und Schüler wurden auch tätlich angegriffen, herumgezerrt, man hat ihnen die provisorischen Plakate aus den Händen gerissen. Ich sah ältere Menschen, die die Transparente in Stücke rissen und schreiend zertrampelten. Ich sah einen wohlhabend aussehenden Herren mit dem Äußeren eines soliden Beamten, der laut ausrief: „Kameraden! Ein paar Starke! Kommt her, wir beseitigen diese Schurken!“ Die Jugend verhielt sich bewunderungswürdig ruhig, ließ sich nicht provozieren, die zerstörten Transparente wurden gleich durch neue ersetzt. Ich sah Schüler, die im Protest nur Papierfetzen mit dem Wort „nein“ in den Händen hielten. Eine auf dem Platz Am Hof versammelte Gruppe von Polizisten beobachtete zunächst passiv das Geschehen, später schritt sie aktiv gegen die Jugend ein. Es kam zu Faustschlägen und Tritten. Ausländische

Korrespondenten aus vielen Ländern, darunter Amerikaner und Engländer, fotografierten und filmten die Ereignisse. Unterdessen setzten die Redner auf dem Podium ihre Ansprachen in Anwesenheit von mehreren Bundestagsabgeordneten und des Vertriebenenministers fort.

Die Gruppe der Studenten der katholischen und evangelischen Theologie zog sich später in die Hl. Kreuz Kirche am Kaiserplatz zurück, wo sie gemeinsam an einer Friedens- und Versöhnungsmesse teilnahmen. Der Abend auf dem Markt ging mit dem Lied „Deutschland, Deutschland über alles ...“ zu Ende. Zum ersten Mal seit zwanzig Jahren hatte ich eine Gelegenheit zu hören: „... von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt ...“

Am Montag sprach ich mit Theologiestudenten, den Mitorganisatoren der Gegendemonstration am Sonnabend. Zu der Begegnung kam es auf Initiative meiner katholischen und evangelischen Gesprächspartner, die von einem amerikanischen Korrespondenten zufällig erfahren hatten, dass ich Zeuge der Ereignisse in Bonn war. Sie haben mich nachdrücklich gebeten in Polen zu wiederholen, dass ihre schweigende Demonstration ein Appell um „bedingungslose Versöhnung mit Polen und mit anderen östlichen Nachbarn“ bedeutete.

Ein paar Hundert Demonstranten mögen sehr wenig sein, es waren aber Vertreter der jungen Intellektuellen, entschlossen alle Konsequenzen ihrer Entscheidungen zu tragen. Und auch wenn diese Entscheidungen nicht populär sind, folgen sie zumindest der Stimme des menschlichen und zivilgesellschaftlichen Gewissens.

Zu Besuch in Köln¹

Rund 58 Millionen Passagiere im Jahr nutzen den Kölner Hauptbahnhof. 810 Züge fahren täglich auf der Hohenzollernbrücke über den Rhein. Es gibt 120 internationale Eisenbahnverbindungen in die wichtigsten Metropolen Europas – London, Paris, Den Haag, Brüssel, Rom, Wien, Athen, Belgrad, Warschau und Moskau. Unweit des Stadtzentrums verläuft ein Autobahn-teilstück auf der Route London–Balkan; hier münden auch andere Auto-bahnen und kreuzen sich einige wichtige Straßenverbindungen. Von dem von Köln und Bonn gemeinsam genutzten Flughafen Wahn kann man direkt ohne Zwischenlandung nach New York reisen, ganz zu schweigen vom eu-ro-päischen Binnenverkehr. All das sichert Köln den Rang eines Knoten-punktes von europäischem Rang und entspricht der Rolle der Stadt im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben der BRD. Die am Rhein gelegene Altstadt mit ihrer 2000-jährigen Tradition erstrahlt nun, vergleichbar ihrer früheren Pracht, in moderner Form.

Die besondere wirtschaftliche und kulturelle Position im frühen Mit-telalter verdankte Köln, die damalige Hauptstadt von Niedergermanien, der großen Metropole Rom. Hier befand sich ein Hafen der römischen Rhein-flotte, hier wurde um das Jahr 310 die erste feste Brücke erbaut, wodurch die auf dem linken, westlichen Ufer gelegene Stadt mit der rechtsrheini-schen Festung Divitia (dem heutigen Stadtteil Deutz) verbunden werden konnte. Im Jahre 313 war Köln schon Bischofssitz und um das Jahr 800 erhob Karl der Große die Stadt in den Rang eines Erzbistums. Zu ihrer Blütezeit im 12. und 13. Jahrhundert war die Stadt größer als Paris oder London und erreichte eine Einwohnerzahl von über 40 000. In der Hanse, die den nordeuropäischen Handel monopolisierte, spielte Köln (ab 1367) eine herausragende Rolle, vor allem im sogenannten Rheinviertel.

Im 19. Jahrhundert, zur Zeit der intensiven Industrialisierung Euro-pas, als die Eisenbahnrouten schnell ausgebaut wurden und sich die Dampf-schiffahrt auf dem Rhein entwickelte, wurde Köln zu einem der wichtigsten

¹ Władysław Bartoszewski, „Wizyta w Kolonii“ [Zu Besuch in Köln], in: *Tygodnik Powszechny* 36/1966, S. 3. Deutsche Übersetzung: Marcin Barcz.

Industrie-, Handels- und Finanzzentren in Deutschland. Die Zahl der Einwohner stieg rasant von 75 000 um das Jahr 1840 auf 630 000 beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Eine Gefahr für die Existenz und Bedeutung der Stadt stellten erst die Kriegsunternehmungen des „Dritten Reiches“ dar: Bombenangriffe der Alliierten legten 75 Prozent der Stadt in Schutt und Asche. Nahezu die gesamte Bevölkerung musste Köln verlassen, am Tag der Kapitulation Deutschlands im Jahre 1945 hausten in den Ruinen nur 5 Prozent der früheren Einwohner.

Mit einer Einwohnerzahl von 840 000 ist das heutige Köln nach Berlin, Hamburg und München die viertgrößte Stadt Deutschlands. Von über 400 000 Berufstätigen arbeiten rund 182 000 in der Industrie und der Gewerkschaft, 113 000 im Handel, im Verkehrswesen, im Bankwesen und in der Versicherungsbranche (hier sind über 50 große und mittlere Versicherungsgesellschaften ansässig, Hunderte Vertretungen und Filialen von deutschen und ausländischen Institutionen nicht eingerechnet). Der Handel ist größtenteils auf internationale Kontakte eingestellt, die von rund 1600 Kölner Firmen unterhalten werden (ungefähr 800 sind hauptsächlich im Export tätig). Nicht ohne Bedeutung ist die Lage am Rhein und die damit verbundenen Transportmöglichkeiten: über 10 000 Schiffe mit 6 bis 7 Millionen Tonnen Waren werden jährlich in insgesamt fünf Häfen innerhalb der Stadt umgeladen. Der Schwerpunkt der Kölner Industrie liegt auf der Herstellung von Kabeln und Stahlseilen, dem Bau von Brücken und Fahrzeugen, der Energieindustrie, aber auch einer hochentwickelten Gummiindustrie, Pharmazie und Chemieindustrie (insbesondere Farbenindustrie), Mineralölherstellung, Nahrungsmittelindustrie und natürlich – der Parfümerie und Kosmetik. Den nicht eingeweihten Touristen wird natürlich interessieren: Wie kam es zur Weltkarriere von Eau de Cologne ...

Als Wilhelm Mühlens, der einer angesehenen Bankiersfamilie entstammte, im Jahre 1792 heiratete, so heißt es, fand sich unter den zahlreichen Geschenken eine unscheinbare Pergamentrolle – die Gabe eines unbekanntenen Mönchs aus dem Orden der Kartäuser. Notiert war darauf eine alte Rezeptur für die Zubereitung von *aqua mirabilis* – einem Wunderwasser. Der junge Mühlens probierte die Rezeptur aus, und damit fing alles an: im Haus in der Glockengasse, später (in der napoleonischen Epoche) mit der Nummer 4711 versehen, begann die Produktion des duftenden Wassers, dessen Ruhm sich bald in ganz Europa ausbreitete. Der Name Eau de Cologne, zusammen mit der Nummer des alten Hauses der Mühlens-Familie, wurde dem Wunderwasser von Offizieren der Napoleon-Armee gegeben. Die Rezeptur von „4711 Echt Kölnisch Wasser“ wird bis heute streng geheim gehalten. Der jetzige Firmeneigentümer, Ferdinand Mühlens, über-

wacht persönlich die Zusammenstellung der Komponenten für die goldene Essenz. Denn das Unternehmen „4711“ ist eine Goldgrube: Der Umsatz der Firma verfünffachte sich in den letzten 30 Jahren. Die Nutzfläche der während des Krieges zu vier Fünfteln zerstörten und danach im Stadtteil Ehrenfeld wiederaufgebauten Fabrik beträgt 58 000 Quadratmeter.

Über 80 Prozent der insgesamt 1300 Mitarbeiter sind Frauen, die vor allem am Fließband arbeiten. Ein Großteil von ihnen ist mit der Fabrik durch eine Familientradition verbunden. Vielleicht bemerkt man in diesem Unternehmen deshalb nicht (was in der BRD eher eine Ausnahmeerscheinung ist) die für Köln und noch mehr für die Industrieregionen in Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg charakteristische massenhafte Beschäftigung von ausländischen Arbeitskräften. Immerhin sind die heute über 1 300 000 Ausländer, die höflich als „Gastarbeiter“ bezeichnet werden, ein unabdingbarer Bestandteil des wirtschaftlichen Lebens der BRD. Nahezu ein Drittel von ihnen sind Italiener, aber auch Griechen, Spanier, Jugoslawen und Türken machen jeweils über 10 Prozent aus. Das zieht unausweichlich die Frage nach sich, wie viele Probleme sozialer Natur aufgrund unterschiedlicher Sitten und Erziehung damit verbunden sein müssen, welche komplizierte Situationen ergeben sich aus dem zeitweiligen Zusammenleben von Angehörigen derart unterschiedlicher Zivilisations- und Kulturkreise, von Katholiken, Orthodoxen, Muslimen, die aus finanziellen Gründen für einige Jahre in ein für sie sprachlich und kulturell völlig fremdes Umfeld geworfen wurden, fern von ihren Familien und in manchen Fällen verantwortlich für die Erziehung der eigenen italienischen, griechischen oder Spanischen Kinder in deutschen Städten. Schon die Lektüre der deutschen Presse zeichnet ein ausreichendes Bild der damit verbundenen Konflikte und Schwierigkeiten. Das aber ist ein ganz anderes Thema.

Köln führt drei Kronen im Wappen, die symbolisch mit der Tradition der Heiligen drei Könige – Caspar, Melchior und Balthasar – verbunden sind. Ihre Gebeine wurden 1164 von dem Erzbischoff von Dassel aus Mailand gebracht und ziehen seit Jahrhunderten unzählige Pilger an. Heute befinden sie sich in einem goldenen Sarkophag hinter dem Hauptaltar des Kölner Doms.

Der berühmte Dom, erbaut im Laufe von 600 Jahren (die Grundsteinlegung erfolgte im Jahre 1248, die Bauarbeiten wurden erst 1880 beendet), der in der Endphase des Zweiten Weltkrieges stark beschädigt wurde, gehört zu den verhältnismäßig wenigen mit Pietät restaurierten Kulturdenkmälern in einem Land, wo kriegszerstörte Gebäude üblicherweise durch supermoderne Bauten ersetzt werden. Der Dom ist ein wahres Bindeglied zwischen der Vergangenheit und der Gegenwart Kölns und zugleich ein

monumentaler Akzent im Stadtbild, sichtbar von weit entfernten Autobahnen, von Schiffen auf dem Rhein und aus durchfahrenden Zügen. Die Besichtigung des Doms gehört zu den Ritualen aller offiziellen Staatsbesuche – in den letzten Jahren wurden u. a. der Kaiser von Abessinien Haile Selassie, die Präsidenten Kennedy und de Gaulle und im Mai des vergangenen Jahres Königin Elisabeth II. und Prinz Eduard durch den Dom geführt. Tausende Touristen aus der ganzen Welt kommen hierher, alle möglichen Sprachen, nicht nur europäische, sind hier zu hören. Die schiere Größe des Gebäudes ist beeindruckend und überwältigend: die Deckenhöhe des Hauptflügels beträgt 43,5 Meter, die Länge der Kirche 144 Meter, die Breite 61,5 Meter und die Fläche 7914 Quadratmeter; die Türme ragen 157 Meter in die Höhe (der Turm der Marienkirche in Krakau ist 81 Meter hoch). In der Nähe des Doms ist das sog. Dionysos-Mosaik aus dem 2. Jh. n. Chr. zu bewundern, ein bunter Boden einer römischen Villa, der vor über 20 Jahren zufällig bei Bauarbeiten am Dom entdeckt wurde.

Im Schatten des Doms drängen sich einem Gedanken an die Vergangenheit der Stadt auf, die Teil der großen geistigen Geschichte Europas ist: In Köln lebte und lehrte der bekannte mittelalterliche Mystiker Meister Eckhart. In Köln lehrte und starb Duns Scotus, ein Philosoph und franziskanischer Theologe, einer der berühmtesten Vertreter der späten Scholastik. Auch der heilige Albertus Magnus, der Lehrer von Thomas von Aquin, einer der talentiertesten Gelehrten des Mittelalters, verbrachte seine letzten Lebensjahre in der Stadt.

Beim Spaziergang durch Köln überzeugt sich der Besucher jedoch schnell, dass in der Stadt nicht nur die in vergangenen Jahrhunderten erbauten mittelalterlichen, barocken und neogotischen Kirchen zu bewundern sind, sondern auch überwältigend schöne moderne Sakralbauten, errichtet hauptsächlich in den 1950er Jahren. Die Werke der modernen Kirchenarchitektur, die in Köln im Verlauf der letzten Jahre von namhaften Architekten (etwa von den Professoren Dominikus Böhm und Rudolf Schwarz, von Fritz Schaller, Karl Band, Hans Schilling, Gottfried Böhm, Emil Steffen, Joachim Schurmann und anderen) entworfen wurden, erfreuen sich verdientermaßen großer Bekanntheit.

Die Struktur der Stadt ist einfach und übersichtlich. Der historische Teil liegt überwiegend in einem Halbbogen am Rhein, umgeben von den Kölner Ringen, deren einzelne Abschnitte nacheinander verschiedene Etappen der

deutschen Geschichte wiedergeben. Dazu zählen der Ubierring (von dem Namen eines germanischen Stammes, der vor Christi Geburt am Rhein wohnte), der Karolingerring, der Sachsenring, danach folgt der Barbarossa-platz und anschließend der Hohenstaufenring, der Habsburgerring, der Hohenzollernring, der Kaiser-Wilhelm-Ring, der Hansaring und schließlich etwas Gegenwartsnäheres: der Ebertplatz und der Theodor-Heuss-Ring. In dem von erwähnten breiten und verkehrsreichen Straßen eingeschlossenen Teil der Stadt befinden sich sowohl wichtige historische Objekte (kirchliche und bürgerliche) als auch moderne Bauten: die Oper, das Theater, das neue Rathaus, verschiedene Presseredaktionen und natürlich der Hauptbahnhof. Hier verläuft die lange und schmale Hohe Straße, die nach dem Krieg gänzlich wiederaufgebaute zentrale Einkaufsmeile, mit Geschäften und Warenhäusern, am Tag und am frühen Nachmittag ist sie überfüllt, abends nahezu ausgestorben. Nachtlokale und Bars, teuer und wie in vielen Städten hauptsächlich auf ausländische Gäste eingestellt, befinden sich überwiegend in der Nähe des Rings. Die Einheimischen besuchen lieber bescheidenere (und billigere) Lokale mit Spezialitäten der lokalen Küche (dazu gehören u. a. leckere Sahneheringe mit Kartoffeln, zu den beliebtesten Getränken gehört leichtes Bier der Marke „Kölsch“). Und noch eine kulinarische Überraschung für Nichteingeweihte: als „Kölner Kaviar“ wird hier Blutwurst mit Zwiebel und Brot verkauft, und ein Gast, der in naiver Überzeugung einen „halben Hahn“ bestellt, bekommt statt Hühnerfleisch ein Roggenbrötchen mit gutem holländischen Käse.

Die Einwohner Kölns gelten als einfach im Umgang, gesprächsfreudig und gastfreundlich. Zweifelsohne steht das in gewisser Verbindung mit dem andauernden großen Besucherstrom. Während der Hochsaison trifft man im Stadtzentrum auf Scharen von Touristen – überwiegend Amerikaner, aber auch Franzosen und Skandinavier. Polen sind hier eine Seltenheit. Für einen durchschnittlichen Stadtbewohner, der ja weder polnische Korrespondenten aus dem nahen Bonn noch Mitarbeiter der Polnischen Handelsvertretung mit Sitz in Köln trifft, ist die Begegnung mit einem Polen eine kleine Sensation. Viele Vertreter der intellektuellen Kreise bewiesen bei Gesprächen mit mir ganz gute Kenntnisse des polnischen Films, der bildenden Kunst, der Musik, seltener der Gegenwartsliteratur (eine Ausnahme stellt der recht bekannte Sławomir Mrozek dar, einer der jüngeren

polnischen Autoren). Das Wissen über andere Lebensbereiche in Polen begrenzte sich auf die Nachrichten der Presse. Im Vergleich zum Vorjahr ist mir ein deutlich stärkeres und oft wohlwollendes Interesse für polnische Themen aufgefallen.

Nachdem sie erfahren haben, woher ich komme, wunderten sich zufällige Gesprächspartner – ein Mitarbeiter einer Drogerie, ein Uhrmacher, ein Verkäufer in einer Bücherei, Expedientinnen in manchen Geschäften, Taxifahrer –, dass es „den Polen überhaupt erlaubt ist, in die BRD zu reisen“, und erkundigten sich später nach Möglichkeiten für Rundreisen in Polen. Andere Fragen bezogen sich meistens auf die materiellen Lebensbedingungen in unserem Land. Man hat mir auch überall versichert, dass „die Mehrheit der normalen Leute gegenüber Polen positiv eingestellt ist und nichts anderes will, als gute Beziehungen mit den Polen“. Dieselben Gesprächspartner gaben allerdings auch zu, dass sie die „große Politik“ nicht interessiert und waren mir gegenüber nicht imstande, den Sinn von vielen politischen Schritten und Äußerungen zu begründen oder zu erklären, die für einen Polen mit solch optimistischen (und wahrscheinlich ehrlichen) Meinungen und Bekundungen kaum zu vereinbaren sind. Auf Schritt und Tritt versuchte man mich zu überzeugen, die Demonstrationen der Vertriebenenverbände und die Äußerungen von extrem nationalistischen Gruppen nicht zu ernst zu nehmen, denn „das geht im Grunde niemanden an“ und man müsse doch „Verständnis für die Gefühle der Aussiedler“ aufbringen. Eingedenk meiner jüngsten Beobachtungen auf der Kundgebung in Bonn war ich gezwungen, derartige Kommentare mit einer gewissen Skepsis aufzunehmen ...

Nicht nur über Hamburg¹

Am 19. Mai [1966] bin ich am Flughafen Fuhlsbüttel gelandet. Schon bei einem kurzen Zwischenstopp in Hamburg im vergangenen Jahr erschien mir die Stadt aus vielen Gründen interessant und ein wenig anders als viele Städte. Diesmal verbrachte ich mehr als zehn Tage hier, u. a. um einen Beitrag für das Fernsehen vorzubereiten. Von der Redaktion der regelmäßig ausgestrahlten publizistisch-politischen Sendung *Panorama* wurde ich eingeladen, über meine Eindrücke vom Aufenthalt in der BRD zu berichten. Man hat mir dabei die Auswahl von Materialien und Gesprächspartnern sowie jede Freiheit in meinen Kommentaren zugesichert, begrenzt nur durch den ca. 15-minütigen Zeitrahmen. Der Regisseur und das technische Team von *Panorama* begleiteten mich von nun an einige Tage bei meinen Erkundungen und bei Gesprächen: Viele Szenen wurden auf den Straßen und im Hafen gedreht, in Privatwohnungen, in einem Kaufhaus, in einer Buchhandlung, in einer Schule, an der Universität und in Büros berühmter Persönlichkeiten. Davon bekommen die Zuschauer letztendlich nur 10 oder 15 Prozent der Aufnahmen zu sehen, dennoch waren die Dreharbeiten für mich keine Zeitverschwendung – ich machte neue Beobachtungen und Erfahrungen.

An einem Arbeitstag fuhren wir vormittags nach Hamburg-Neuengamme. Die Ortschaft zählt ca. 4000 Einwohner, beschäftigt hauptsächlich in Gärtnereien und in der Landwirtschaft. Sie macht einen wohlhabenden, ruhigen, ein bisschen verschlafenen Eindruck. Bodenständige und tüchtige Menschen wohnen hier. Es war allerdings nicht immer so ruhig in der Gegend von Neuengamme.

Am Rand einer Siedlung, gleich neben der Straße, ragt ein Mahnmal empor, seiner äußeren Form nach dem Schornstein eines Krematoriums ähnlich. Entlang einer Mauer aus grauen Steinbrocken wurde im Gras eine Reihe von Platten mit Namen vieler europäischer Länder gelegt. Unter ihnen finde ich auch eine mit dem Wort POLSKA. Eine Aufschrift auf der Mauer informiert bündig und wahrheitsgetreu: „In den Jahren 1933–1945 litten

¹ Władysław Bartoszewski, „Nie tylko o Hamburgu“ [Nicht nur über Hamburg], in: *Tygodnik Powszechny* 43/1966, S. 2–3. Deutsche Übersetzung: Marcin Barcz.

hier und in den Außenkommandos des Konzentrationslagers Neuengamme 100 000 Menschen. Von ihnen wurden 55 000 Männer, Frauen und Kinder aus vielen Nationen durch die Nationalsozialisten getötet“. Im Weiteren folgen zehn Zeilen von Namen der Außenlager und Arbeitskommandos, die den Bürgern fast aller Länder des einst besetzten Europas bekannt sind.

In Neuengamme gibt es eine Pfarrkirche, sie ist evangelisch, denn dort wohnen ausschließlich Protestanten. Ich beschloss, den Pfarrer zu besuchen. Er wohnt in einem Haus neben der Kirche, ist jung, sieht sympathisch aus. Der unerwartete Besuch überrascht ihn. Einem Polen begegnet er wohl zum ersten Mal im Leben. Für eine Weile setzen wir uns an den Tisch. Das anwesende Fernseheteam scheint ihn ein bisschen verlegen zu machen, trotzdem meidet er das Gespräch nicht. Er spricht sichtbar bedacht, fast unsicher, aber mit einem ehrlichen Unterton. Ich frage ihn unumwunden was die Neuengammer davon halten, was hier vor über 20 Jahren geschehen ist. Ist ihnen das Ausmaß des verübten Verbrechens bewusst? Ahnen sie, dass die Asche Tausender Menschen auf den umliegenden Feldern verstreut und im Wasser versenkt wurde?

Ich bin erst seit vier Jahren hier. [Früher wohnte ich nicht in Neuengamme, und während des Krieges war ich ein Kind.] In den Gesprächen, die ich führen kann mit alten Neuengammern sind sie sehr zurückhaltend auf dem Gebiet. Wenn es mir mal gelingt, hindurch zu stoßen, dass sie also mir dann erzählen, was früher war, dann wird für mich klar, dass es wirklich nur sehr wenig ist, was sie gewusst haben damals. Es wird heute erzählt, dass in der Zeit damals wöchentlich ein oder zwei Transporte mit geschlossenen, plombierten Waggons hier durchfuhren. Was da drin war, wusste keiner, und sie wagten auch nicht, dahinter zu kommen, weil man irgendwie merkte, das ist gefährlich. Im Übrigen ist hier ja das Mahnmal, das vor einem halben Jahr neu errichtet wurde, in erster Linie – so empfinden wir es – für die Neuengammer da. In unserer Neuengammer Bevölkerung, die tagsüber auf dem Lande arbeitet, die sehen täglich dieses riesige Mahnmal da stehen und für die ist es also ein Pfahl im Fleisch. Das sticht doch immer und erinnert immer wieder an eine blutende Wunde.

Der Pfarrer ist sehr freundlich. Er begleitet mich auf dem Weg zum früheren Lagergelände, obwohl er wenig Zeit hat: Bald kommen die Kinder zum Religionsunterricht. Er scheint aber nicht ganz zu begreifen (vielleicht ist er dazu gar nicht in der Lage?), was ein Pole meiner Generation denken und empfinden muss, wenn er sich eingedenk eines solchen Gespräches das Verhältnis zwischen den Gründen und den Folgen der gar nicht so lang zurückliegenden Tragödie im Bewusstsein der Einwohner dieser ruhigen Ortschaft bei Hamburg vorstellt.

Die „Freie und Hansestadt Hamburg“ – wie der offizielle Name lautet – hat den rechtlichen Status eines eigenständigen Bundeslandes mit einer Fläche von 747 Quadratkilometern (zum Vergleich beträgt die Fläche von Warschau zusammen mit umliegenden Gemeinden 427 Quadratkilometer) und 1 857 000 Einwohner. Diese beachtliche Größe erreichte Hamburg übrigens erst durch die Änderung der administrativen Grenzen während der Zwischenkriegszeit. Hitler und der Zweite Weltkrieg kamen die Stadt teuer zu stehen. Zahlreiche Bombenangriffe kosteten 55 000 Menschen das Leben. Für die alliierten Flieger wurde Hamburg zum Versuchsfeld einer neuen Strategie, des sogenannten Flächenbombardements, die später auch bei den Angriffen auf andere deutsche Städte zum Einsatz kam. Von 562 000 Wohnungen wurden 293 000 vernichtet. Heute, nach 21. Jahren, sind die Spuren dieser Verwüstung nur schwer zu erkennen, abgesehen von einstigen Baugebieten, die heute als Grünflächen und Parkplätze (335 000 Autos) genutzt werden.

Der Wiederaufbau begann im zu drei Vierteln zerstörten Hafen. Im Hafenbecken und in der Elbe lagen rund 3000 versenkte Schiffe. Die Investitionen der vergangenen 20 Nachkriegsjahre in den Hamburger Hafen belaufen sich auf eineinhalb Milliarden D-Mark. (375 Millionen US-Dollar). Das Ergebnis ist nicht zu übersehen: Die Fläche des heutigen Hafens erstreckt sich über ein Gebiet von ca. 100 Quadratkilometern. In Hinsicht auf seine technische Ausstattung (Fläche der Lager- und Kühlräume, Anzahl der Kräne usw.) steht er an erster Stelle unter den europäischen Häfen, hinsichtlich seines Warenumsatzes liegt er auf Platz fünf weltweit nach New York, London, Rotterdam und Antwerpen.

Jedes Kind in Hamburg weiß, dass die Stadt – obwohl sie ja keine Küstenstadt ist (sie liegt 100 Kilometer von der Mündung der Elbe in die Nordsee) – ihren Reichtum und ihre Bedeutung in der BRD, in Europa und in der Welt eben dem Hafen verdankt. Nicht zufällig haben über 60 Konsulate und ausländische Handelsvertretungen gerade in Hamburg ihren Sitz.

In den Hamburger Hafenwerften allein arbeiten rund 25 000 Menschen (in anderen Industriezweigen, größtenteils ebenfalls mit dem Leben des Hafens verbunden, ca. 240 000; im Handel, im Bankwesen und in Versicherungen über 210 000). Die Besichtigung des Hafens gehört zum Pflichtprogramm eines jeden Touristen. Ich sah dort u. a. japanische und türkische Schiffe, den venezolanischen Tanker „Texaco“ (einen der Weltgrößten), sowjetische Schiffe, das polnische Schiff „Hanka Sawicka“ und – nicht ohne Verwunderung – eine Fahne mit einem weißen Kreuz auf rotem

Hintergrund. Hamburg ist der Heimathafen der schweizerischen Handelsflotte, die von hier aus in die weite Welt ausläuft.

Zu lokalen Sehenswürdigkeiten gehört das Ritual, ankommende Schiffe zu begrüßen und abfahrende zu verabschieden. Es findet in der Ortschaft Schulau statt, an der Elbe nördlich von Hamburg. Hunderte Menschen versammeln sich auf dem Kai oder im Kaffeehaus am Ufer. Von dort aus ertönen aus Lautsprechern täglich vom frühen Morgen bis zum Sonnenuntergang Grußworte für die Mannschaften aller vorbeifahrenden Schiffe in ihrer jeweiligen Muttersprache. Dies wird begleitet von Informationen über das Schiff, seine Tragfähigkeit, seinen Heimathafen und den Zielort. An einem Mast wird die Fahne des entsprechenden Landes gehisst, es ertönt die passende Nationalhymne, die Schiffe antworten mit einem Salut. Während einiger Stunden, die ich an einem Sonntag in Schulau verbrachte, kam zwar gerade kein polnisches Schiff vorbei, aber ich war Zeuge dieser feierlichen Zeremonie bei einem großen sowjetischen Frachter sowie einigen skandinavischen, nordamerikanischen und deutschen Schiffen.

Die alten Einwohner von Hamburg legen, ungeachtet ihrer sozialen oder beruflichen Verhältnisse, in Gesprächen mit einem Ausländer gern besonderen Wert auf Traditionen, darunter die weltanschauliche oder religiöse Toleranz. Diese Behauptung stimmt ohne Vorbehalte in Bezug auf vergangene Jahrhunderte; bis heute leben in Hamburg viele bürgerliche Familien mit fremdanmutenden Namen, seit Langem eingessene Nachfahren von Flüchtlingen aus Holland oder Frankreich. Ein anderes Problem wäre die Frage, ob und wie weit sich das „rote“ Hamburg der Weimarer Republik während des Nationalsozialismus von anderen Großstädten des „Dritten Reiches“ unterschied, was die durchschnittliche Einstellung seiner Bewohner betraf (zugegeben: schon in den Jahren 1933–1934 kamen hier zahlreiche linke Aktivisten in Gefängnisse und Konzentrationslager). Im heutigen Alltagsleben beruht die Besonderheit der Hamburger Traditionen wohl hauptsächlich auf verschiedenen Kontakten der Stadt mit dem Ausland und einer vermutlich damit verbundenen, deutlich spürbaren liberalen Atmosphäre, wie sie sich im Urteil über Ereignisse und Menschen zeigt. Die große Anzahl von Versammlungen, Kongressen und internationalen Ausstellungen, die das ganze Jahr über stattfinden, verleiht der ohnehin welt-offenen Hafenstadt einen noch kontaktfreudigeren Charakter. Aber auch das Geld hat hier eine viel größere Bedeutung als irgendwo sonst in der BRD.

Die lokale Elite gilt als besonders exklusiv und homogen, sie steht in einem krassen Gegensatz zu wissenschaftlichen, literarischen oder publizistischen Kreisen an der Universität, in seriösen Verlagsfirmen, in der Presse, dem Rundfunk und dem Fernsehen.

Es wäre eine zu weitgehende Vereinfachung, die Rolle Hamburgs ausschließlich auf ein Hafen- und Handelszentrum zu reduzieren. In der Stadt gibt es rund 130 Verlagshäuser, hier ist die größte westdeutsche Nachrichtenagentur – die Deutsche Presseagentur (DPA), ein Unternehmen mit Zeitungsverlagen und Rundfunkredaktionen – ansässig. Hier erscheint die sehr kontroverse, aber auch auflagenstärkste politische Zeitschrift der BRD – das Wochenmagazin *Der Spiegel*. Seine Redaktion teilt sich das große Pressehaus mit der Redaktion von *Die Zeit*, einer, wie der Untertitel verlautbart, „Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Handel und Kultur“, die sich selbst nicht ohne Grund als „Das deutsche Weltblatt“ definiert. Auf der anderen Seite hat in Hamburg der mächtige Axel-Springer-Konzern seinen Sitz. Er verlegt viele auflagenstarke illustrierte Magazine und das täglich in über 4 Millionen Exemplaren verkaufte Boulevardblatt *Bild-Zeitung*. Die *Bild-Zeitung* ist übrigens ein besonderes Phänomen in diesem 55 Millionen Einwohner zählenden Staat, wo keine seriöse Zeitung auf eine Auflagenhöhe von einer halben Million Exemplaren hoffen kann.

Hier ist ein kurzer Diskurs notwendig. In der westdeutschen Presselandschaft überwiegen lokale bzw. regionale Tageszeitungen wie z. B. die *Westdeutsche Allgemeine Zeitung* im Ruhrgebiet (mit einer Auflage von ca. 400 000), das vergleichbar auflagenstarke *Hamburger Abendblatt* oder der *Kölner Stadt-Anzeiger*. Tageszeitungen von überregionaler, nationaler Reichweite gibt es in der BRD wohl nur drei: die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (180 000–230 000 Exemplare), die in München erscheinende *Süddeutsche Zeitung* mit einer etwas geringeren Auflage und schließlich *Die Welt* aus dem Hause Springer, eine in Hamburg erscheinende Tageszeitung, die ihren ursprünglich liberalen Charakter jedes Jahr mehr verliert und immer deutlicher nach rechts tendiert, bis hin zur Zusammenarbeit mit ehemaligen Redakteuren der nationalsozialistischen Presse.

Während meines Aufenthalts in der BRD schenkten die seriösen Blätter sowohl der deutlich stärkeren Aktivität der rechtsradikalen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) als auch neuen öffentlichen Auftritten

von Gerhard Frey, dem Chefredakteur der berüchtigten *Deutschen National- und Soldatenzeitung* viel Aufmerksamkeit. Ferdinand Raft, ein Berichterstatter von *Die Zeit*, beschrieb z. B. unter dem vielsagenden Titel „Freiheit von Gerhard Frey“ (Nr. 19 vom 6. Juni 1966) den Verlauf einer in Oberhausen von der lokalen Volkshochschule organisierten öffentlichen Debatte. Den Saal füllten größtenteils speziell aus Dortmund, Duisburg und Wesel herbeigebrachten lokale NPD-Aktivisten, „wohlsituierte Herren“, wie Raft mit einer Prise Ironie feststellt. Eine Gruppe junger Leute protestierte umsonst gegen die geplante Ansprache von Frey, wenig geholfen hat auch ein offener Brief in dieser Angelegenheit an die Oberbürgermeisterin Luise Albertz, notabene eine Bundestagsabgeordnete der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD). An der Versammlung beteiligte sich sogar der stellvertretende Vorsitzende der Freien Demokratischen Partei (FDP) in Bayern Josef Ertl, ebenfalls ein Bundestagsabgeordneter.

Frey sagte u. a., ohne dass das Publikum protestiert hätte: „Wir brauchen Atomwaffen für die Bundeswehr. Nur ein Gleichgewicht von Angst gibt die Sicherheit. Unsere zivile Kernforschung ist so weit fortgeschritten, dass wir in einem halben Jahr eine Atommacht werden können.“ Er scheute auch nicht vor heiklen Themen: „Sechs Millionen ermordete Juden ist eine Übertreibung. Es macht einen wesentlichen Unterschied, ob es sechs, fünf oder vier Millionen waren, und es macht uns einen großen Unterschied, ob wir für eine oder sechs Millionen Juden zahlen.“ Aus einer Gruppe von Claqueuren ertönte enthusiastischer Applaus. Das war wohl sogar für den Abgeordneten Ertl zu viel, der kurz zuvor öffentlich Höflichkeiten mit dem Chefredakteur der *Deutschen National- und Soldatenzeitung* ausgetauscht hatte: „Die hier zu Wort kommenden Meinungen zu beobachten, macht einem richtig Angst“. Es kam auch zu einer Reaktion aus dem Saal: „Diese Versammlung hat zumindest eine gute Seite: endlich werden die Nazis und Neonazis hier in Oberhausen demaskiert.“ Darauf Frey: „Auf diese Beleidigung kann man nur antworten, dass Sie ein Kommunist sind.“ Es folgten weitere entschlossene Repliken: „Menschen, die hier applaudieren, darf man keine Atomwaffen in die Hand geben“, oder: „Manchen fehlen nur die Nagelstiefel, und alles wäre wie früher“, und schließlich: „Anscheinend haben demokratische Parteien noch nicht bemerkt, in welcher Gefahr sie hier sind.“

Die Organisatoren der Veranstaltung, die der „politischen Bildung“ hatte dienen sollen, waren konsterniert angesichts der grenzenlosen Frechheit des Referenten. Aber wie der Berichterstatter von *Die Zeit* abschließend beschreibt, wurde Frey beim Ausgang von einem jungen Mädchen, der politischen Redakteurin einer Schulzeitung vom Oberhausener

Gymnasium, angesprochen. Sie bat ihn um ein Ansichtsexemplar der *National- und Soldatenzeitung*, was ihr auch großzügig versprochen wurde. Das trojanische Pferd blieb in der Stadt.

Ungefähr zur gleichen Zeit veröffentlichte Prof. Erwin K. Scheuch, Leiter des Instituts für Vergleichende Sozialwissenschaften an der Universität Köln, in der *Süddeutschen Zeitung* (Nr. 112 vom 11. Mai 1966) eine interessante Analyse der rechtsradikalen Tendenzen in der BRD. Prof. Scheuch ist der Meinung, dass das Wahlergebnis der NPD in der Bundestagswahl am 19. September 1965 ca. 2 Prozent der Stimmen kein wahres Bild der Einstellung der Wähler gegenüber der rechtsradikalen Bewegung abgibt. Im Oktober und November 1965 führte das Institut für Vergleichende Sozialwissenschaft und das Institut für Politikwissenschaft der Universität Köln zusammen mit dem Meinungsforschungsinstitut Emnid eine Umfrage über die Chancen des „Rechtsradikalismus“ in der BRD durch. Zweitausend als repräsentativ für die öffentliche Meinung eingestufte Personen wurden befragt nach ihrer Einstellung zu einer liberalen oder autoritären Struktur des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens. Um die Sache jedoch nicht vereinfacht auf Themen der Vergangenheit und der NSDAP (die überwiegend negativ bewertet werden) zu reduzieren, entschlossen sich die Soziologen, eine Frage zu der gegenwärtig agierenden Partei nationalsozialistischen Zuschnitts zu stellen. „Eine halbe Million der Wähler stimmten in der Bundestagswahl für die NPD. Würden Sie es begrüßen, wenn eine solche Partei in der Zukunft stärker wird, oder sind Sie dagegen?“ 72 Prozent der Befragten sprachen sich gegen eine stärkere NPD aus, aber 9 Prozent wünschten ihr einen Stimmenzuwachs, und unter 19 Prozent der Unentschlossenen befinden sich – so glaubt Prof. Scheuch – ebenfalls NPD-Sympathisanten. Daraus lässt sich seiner Meinung nach schließen, dass sich das tatsächliche Potenzial der Befürworter und Freunde dieser rechtsradikalen Partei in der BRD auf ca. 15 Prozent beläuft. Zu den charakteristischen Phänomenen gehört auch die Tatsache, dass, während andere rechtsradikale Parteien der Nachkriegszeit in der BRD vor allem für Menschen über 50 Attraktiv waren, die NPD neben dem gleichen Sympathisantenkreis auch viele Befürworter in der Altersgruppe der 18- bis 21-Jährigen hat. Interessant ist auch eine Bemerkung konfessioneller Natur: Bis jetzt hat die rechtsradikale Bewegung weniger Unterstützer unter Katholiken, als unter Mitgliedern von anderen Kirchen. Ihre soziale Basis besitzt die Partei unter Angehörigen freier Berufe sowie Schülern und Studenten. Sehr niedriger Unterstützung erfreut sich die NPD – bisher – auf dem Lande und in Beamtenkreisen. Als typische Eigenschaften der NPD-Sympathisanten zählt Prof. Scheuch auf: „eine Bewunderung für die Individualität des

starken Menschen, mangelnde Toleranz gegenüber anderen Anschauungen, Ablehnung der aktuellen Regierungspolitik“.

Prof. Scheuch erinnert daran, dass die Unterstützung für rechtsradikale Gruppierungen in der BRD auch in den vergangenen Jahren auf ca. 10–15 Prozent geschätzt wurde. Er ist der Meinung, dass dieser Prozentsatz ungefähr der Zahl der rechten Extremisten in der letzten Phase der NS-Zeit in Deutschland entspricht. Weil aber viele ehemalige Nazis inzwischen nicht mehr leben, ist der Kölner Soziologe der Meinung, dass, auch wenn es keine Zunahme von extremen Rechten gibt, trotzdem neue Sympathisanten von extremen, autoritären und antiparlamentarischen Tendenzen hinzukommen. Den Einfluss der NPD auf die Altersgruppe der 18- bis 21-Jährigen erklärt er mit einem Mangel an politischen Alternativen für unzufriedene oder enttäuschte junge Leute, also kurz gesagt: mit dem Fehlen einer seriösen und aktiven Oppositionsbewegung. Die Zahl der Unzufriedenen ist noch relativ begrenzt, kann aber erheblich steigen mit einer fortschreitenden Annäherung der SPD an die regierende CDU, was sich vorteilhaft für die Extremisten auswirkt. Prof. Scheuch deutete darauf hin, dass sich z. B. die bisherigen Wähler der in Hamburg regierenden SPD gar nicht immun gegen den Einfluss der radikalen NPD erwiesen haben, und zwar seit die SPD fast alle Gesellschaftsschichten anspricht.

Ich stelle diese Einsichten etwas genauer dar, weil ich in diesem Jahr ähnliche Einschätzung der Lage und der Perspektiven von national-radikalen Bewegungen in der BRD mehrmals von verschiedenen ernstzunehmenden und verantwortungsvollen Gesprächspartnern zu hören bekam. Das bewegte mich auch dazu, das Thema der NPD im Gespräch mit dem Senator Heinz Ruhnau anzusprechen.

In Hamburg (genau wie in Bremen) regiert der Senat, ein Äquivalent der Landesregierungen in anderen Bundesländern der BRD. Der Senat wird von dem Landesparlament berufen, das hier Bürgerschaft heißt und in allgemeiner Wahl gewählt wird. Der Vorsitzende des Hamburger Senats, also der Ministerpräsident der Landesregierung, trägt den Titel des „Ersten Bürgermeisters“. Heinz Ruhnau ist Senator (Landesminister) für Inneres und Mitglied der SPD. Er ist 37 Jahre alt und stammt aus Danzig. Als auf der Westerplatte die ersten Schüsse fielen, war er 10 Jahre alt. Danzig verließ er 1946 als 17-Jähriger.

In einem Gespräch mit mir, organisiert von der Redaktion der Fernsehendung *Panorama*, antwortete er auf die Frage, wie er den relativ starken Zuwachs der rechtsextremistischen Kräfte in Hamburg beurteile:

Der relativ schnelle Zuwachs ist vielleicht doch etwas übertrieben. Wir haben einen Prozentsatz von 3,9 bei der letzten Bürgerschaftswahl. Wir haben zwar einen absoluten Stimmenzuwachs von 20 000 auf 36 000, aber ich glaube nicht, dass dieses Ergebnis sehr sensationell ist. Man muss sich damit abfinden, dass es in jeder Gesellschaft extreme Positionen gibt. Und eine solche extreme Position ist beispielsweise auch diese. Es ist sehr schwierig, die Anhängerschaft der NPD zu analysieren, jedenfalls zum heutigen Zeitpunkt. Aber man darf wohl nicht den Fehler machen, dass es sich bei der Anhängerschaft nur um Unbelehrbare handelt. Das wäre meiner Meinung nach falsch.

Am 26. Mai besuchte ich eines der Hamburger Gymnasien im Stadtteil Fuhlsbüttel, wo eine Unterrichtsstunde der 10. Klasse einer offenen Debatte über die deutsch-polnischen Beziehungen gewidmet wurde. Der Lehrer, der den Unterricht leitete, hatte 1965 zusammen mit einer Gruppe von 24 Pädagogen aus Hamburg an einer Rundreise durch Polen teilgenommen (notabene veröffentlichte er interessante, wenn auch bestimmt kontroverse Eindrücke von dieser Reise in der Zeitschrift *Westermanns Pädagogische Beiträge*).

Mit dem Ertönen der Schulklingel betraten wir das Klassenzimmer. Zu den ersten und zugleich wohl interessantesten (weil spontanen, wenn auch ein bisschen chaotischen) Aussagen kam es, noch bevor das Fernsehteam die Geräte installieren konnte und bevor das – im Grunde gut gemeinte – Einschreiten des Lehrers den Unterricht in geordnete Bahnen leitete. Ich notierte getreu die Worte der 16- bis 17-jährigen Mädchen und Jungen aus Hamburg, um sie – so wie sie fielen – unseren Lesern präsentieren zu können.

Der Lehrer begann mit der Feststellung: „Wir lernen relativ wenig über Polen, im Gegensatz zu dem, wie viel an polnischen Schulen über Deutschland gelehrt wird. Die polnische Nationalhymne heißt *Noch ist Polen nicht verloren ... Was glaubt ihr? Warum ist das so? Was meinen die Polen damit?*“

Die Schüler meldeten sich gern zu Wort, sie sprachen, ohne lange überlegen zu müssen, ihre kurzen Aussagen führten bisweilen zu scharfen Wortwechseln untereinander (waren das Meinungen aus ihren Familienhäusern, aus der Schule?):

- Die Polen hatten Angst vor fremder Unterdrückung.
- Dass die Polen Angst vor der BRD haben beweist, wie wenig sie die heutigen Deutschen kennen.
- Weil sie sich an die Deutschen erinnern, wie sie früher waren!

- Welche Gründe haben die Polen, sich vor uns zu fürchten? Ist es berechtigt, Angst vor uns zu haben?
- Es ist berechtigt. Bei uns gibt es viele Nazis in der NPD (der Name dieser Partei wurde von einem der Schüler erwähnt, ohne dass es von dem Lehrer oder mir veranlasst wäre).
- Die Nazis sind eine Minderheit.
- Du sagtest, dass die Nazis eine Minderheit sind, aber 1929 waren sie auch eine Minderheit.
- Vor uns brauchen sich die Polen nicht zu fürchten, aber vor einigen Kreisen in der Regierung schon.
- Und wie ist es 1933 gewesen, als Hitler die Macht ergriff? Wie ist es zu diesem Unglück gekommen?
- Das hing mit der Diktatur zusammen.
- Es gab viele Arbeitslose ...
- Es gab viele Menschen, die es zuließen, dass der Führer den Staat regierte. Es gibt noch immer manche, die mit der Demokratie nicht zufrieden sind.
- Ich habe gehört, dass in Polen die Nachrichten über Deutschland verdreht werden.
- Aber auch bei uns wird eine bestimmte Richtung angegeben!

Eine Frage an mich lautete:

- Kann man sich in Polen darüber informieren, was in anderen Ländern passiert?

Ich antworte eingehend und frage meinerseits, wie weit die Schüler, ihre Eltern und ältere Kollegen darüber informiert sind, was wirklich in Polen passiert, was und warum ihrer Meinung nach die Polen über die Deutschen und über die BRD denken?

Als erstes antwortet ein Mädchen:

- Meine Eltern haben Vorurteile gegen die Polen.
- Manche Menschen bei uns sind zu bequem, um sich überhaupt damit zu beschäftigen.
- Unsere Geschichtslehrbücher verdrehen zum Teil das Bild.
- Um sich in etwas zu orientieren, muss man es sehen, muss man reisen, und wir kennen Polen nicht.
- Es ist nicht gut, dass die Jugend in politischen Dingen immer gleichgültiger wird. So kann es zu einer Diktatur kommen.

Und auf einmal die Aussage eines Jungen: NPD sind Nazis!

Der Lehrer: Jede Behauptung muss man beweisen können. Übrigens ist diese NPD in Deutschland jetzt unbedeutend.

- Und wie sieht ihre Unterstützung unter Jugendlichen aus?

Ich schalte mich mehrmals in die Diskussion ein, stelle Fragen oder erteile Antworten.

Nach dem Unterricht wurde das Fernsehteam natürlich nach dem Sendetermin gefragt. Viele Schüler waren später wahrscheinlich enttäuscht, weil die Qualität der Aufnahmen aus dem Klassenzimmer letztendlich zu schlecht war. Der Lehrer lud mich herzlich zu sich nach Hause ein, was ich zeitlich aber nicht mehr einrichten konnte.

Aus der lokalen Presse in Hamburg erfuhr ich, dass Bischof Johannes von Rudloff in einer seiner Mai-Predigten Bezug auf das Verhältnis der Deutschen zu den Polen nahm und von notwendiger Opferbereitschaft zugunsten Polens sprach. Der Wortlaut der Pressenotiz erweckte mein Interesse, und so beschloss ich, ihren Wahrheitsgehalt selbst zu verifizieren. Ich bat die Kollegen vom Hamburger Fernsehen, um eine Audienz bei dem Bischoff zu bitten und das Gespräch in unseren Film aufzunehmen.

Bischof von Rudloff, der Bischofsvikar in Hamburg, empfing mich am 27. Mai in seiner Residenz in der Danzigerstraße 52c. Seine Exzellenz im Alter von rund 70 Jahren erklärte sich nach einem kurzen einleitenden Gespräch bereit, vor laufender Kamera seine Meinung zu dem mich interessierenden Thema zu äußern. Während das Fernsehteam die Aufnahmen vorbereitete, hatten wir die Gelegenheit, einige Fragen aus der Vergangenheit der deutsch-polnischen Beziehungen anzusprechen. Der Bischof erinnerte sich u. a. daran, dass er vor dem Ersten Weltkrieg während seines Studiums am Priesterseminar Bromberg besuchte und damals auch polnische Kleriker und Priester kennenlernte. Als Antwort auf meine Frage, wie er die Position der deutschen Katholiken im Kontext der Bereitschaft zur deutsch-polnischen Annäherung bzw. wie er im Allgemeinen die Lage und die Chancen in diesem Bereich beurteile, stellte der Bischof fest:

Ich bin der Ansicht, dass eine Versöhnung mit dem polnischen Volke nur möglich ist, wenn wir als Deutsche auch bereit sind, Verzicht und Opfer zu bringen. Und weil das polnische Volk ein katholisches Volk ist, meine ich, dass wir katholische Christen in Deutschland besondere Verpflichtungen hätten, diese Bereitschaft, Opfer zu bringen und Verzicht zu leisten, auch innerlich zu erfassen und auch uns innerlich darauf vorzubereiten. Welche Opfer zu bringen sind und welche Verzichte, das liegt auf einer anderen Ebene. Ich meine so: Wenn sie von uns gefordert werden, dann müssen wir bereit sein, auch Ja dazu zu sagen, vom ganzen Herzen des Friedenswillens und des Versöhnungswillens, eben aus christlichen Motiven.

Ich verließ das Bischofspalais, verabschiedet mit allen guten Wünschen für meinen weiteren Weg.

Am nächsten Tag flog ich nach London. Als ich nach zwei Wochen wieder nach Hamburg zurückkehrte, war der Film fast fertig geschnitten. Behalten hat man u. a. die Aufnahmen aus Neuengamme und einen Ausschnitt aus dem Gespräch mit dem Pfarrer, ebenso die Aussage von Senator Ruhnau. Meine Eindrücke aus der Versammlung der Heimatvertriebenen in Bonn (siehe Beitrag *Donnerstag in München, Sonnabend in Bonn*) wurden wahrheitsgetreu wiedergegeben, und unmittelbar im Anschluss zeigte man mein Gespräch mit seiner Exzellenz, Bischof von Rudloff. In dem Film fanden sich auch viele Straßenaufnahmen in alten und neuen Stadtteilen: vor dem Theater, am Zeitungsstand, in der Buchhandlung und in der Eingangshalle des riesigen Gebäudes des Axel-Springer-Presskonzerns in der Kaiser-Wilhelm-Straße. Ich war dort kurz stehen geblieben vor einer im Durchgang präsentierten Karte mit den Umrissen Deutschlands in den Grenzen von 1937 mit markiertem Verlauf der Nachkriegsgrenzen und daneben der Aufschrift: „Niemals!“

Den Film fing ich mit den Worten an: „Ein Pole besucht Deutschland, mindestens ein Pole meiner Generation, mit sehr gemischten Gefühlen. Das ist, glaube ich, verständlich. In meiner Heimatstadt Warschau wurde jeder zweite Einwohner während des Zweiten Weltkrieges entweder ermordet oder ist gefallen. Also war die Reise nach Deutschland für mich keine leichte Entscheidung. Trotzdem bin ich überzeugt, dass es äußerst wichtig ist, die Deutschen persönlich kennenzulernen, mit ihnen zu sprechen, und zwar nicht nur mit Politikern und Intellektuellen, sondern auch mit den durchschnittlichen deutschen Menschen ...“

Die schreckliche Vergangenheit überwinden. Ein Pole sieht die Bundesrepublik¹

Ein Pole besucht Deutschland, mindestens ein Pole meiner Generation, mit sehr gemischten Gefühlen. Das ist, glaube ich, verständlich. In meiner Heimatstadt Warschau wurde jeder zweite Einwohner während des Zweiten Weltkrieges entweder ermordet oder ist gefallen. Also war die Reise nach Deutschland für mich keine leichte Entscheidung. Trotzdem bin ich überzeugt, dass es äußerst wichtig ist, die Deutschen persönlich kennenzulernen, mit ihnen zu sprechen, und zwar nicht nur mit Politikern und Intellektuellen, sondern auch mit den durchschnittlichen deutschen Menschen.

Meine Verbindungen mit Deutschland waren in den Vorkriegsjahren vor allem die zur deutschen Kultur. So erinnerte ich mich, als ich entlang des Rheins fuhr, sofort an ein Gedicht aus meiner Warschauer Schulzeit:

Die Luft ist kühl und es dunkelt,
Und ruhig fließt der Rhein;
Der Gipfel des Berges funkelt
Im Abendsonnenschein.

Die schönste Jungfrau sitzet
Dort oben wunderbar,
Ihr goldnes Geschmeide blitzet,
Sie kämmt ihr goldenes Haar.

In meiner damaligen Bibliothek waren Heine, Schiller und Goethe, und meine Abiturarbeit habe ich 1939 über Lessings *Minna von Barnhelm* geschrieben. Die Vergangenheit ist lebendig geblieben. Doch nicht nur die Erinnerung an die Schulzeit, an die Quellen der deutschen Kultur. Auch die Erinnerung an die schrecklichen Jahre. Wenn man durch Deutschland

¹ Kommentar von Władysław Bartoszewski für die Fernsehsendung *Panorama* von Joachim Fest, aufgenommen in Hamburg und Bonn im Mai 1966, ausgestrahlt vom NDR am 18. Juli 1966.

reist, dann wird man immer wieder daran erinnert. Auf dem Weg meiner Reise aus Österreich lag eine kleine Ortschaft – Murnau. In Deutschland sagt ihr Name kaum einem etwas. Bei uns, in Polen, ist er dagegen gut bekannt, ähnlich wie die Namen von Hunderten anderen deutschen Ortschaften. In Murnau befand sich ein Kriegsgefangenenlager, in dem während der fünf Kriegsjahre ein paar Tausend polnische Offiziere gefangen gehalten wurden. Natürlich war ihr Schicksal nicht das schlimmste. Es gibt viele andere Ortschaften, die sich auf viel grausamere Art in unsere Erinnerung eingepägt haben; Ortschaften, in denen sich Vernichtungslager und Konzentrationslager befanden, so wie hier in Neuengamme. Diese Vergangenheit bleibt lebendig. Wenn ich zum Beispiel die Zeitungen lese, wenn ich an den Prozess in Frankfurt denke, wenn ich höre, wie die Gerichte oft milde die ungeheuren Verbrechen gegen die Menschheit beurteilen, fällt es mir schwer zu vergessen. Es ist für mich unbegreiflich, dass in Deutschland der Mörder eines Taxifahrers oft härter verurteilt wird als ein Massenmörder aus der NS-Zeit.

Ich glaube, wir müssen die schreckliche Vergangenheit überwinden. Das ist unsere Pflicht. Aber was ich hier gesehen habe, hat mich oft daran zweifeln lassen, ob alle Menschen – mindestens die der Generation über 40 – verstehen, wie groß die Verantwortung ist, die ihre Generation trägt. Wenn ich jetzt in Deutschland höre, dass eine Reihe hoher Würdenträger der Nazi-Zeit wieder in hohen und höchsten Positionen der Verwaltung und Wirtschaft dieses Landes sitzen, dann lässt mich das natürlich nicht kalt.

Was mir charakteristisch zu sein scheint, ist, dass ich in fast allen Großstädten Hindenburg-Straßen und andere ähnliche Straßennamen gefunden habe, also Namen, die verbunden sind mit unrühmlichen Traditionen. Gerade hier, in der SPD-Regierten Stadt Hamburg, erstaunte mich das sehr, denn Hindenburg war es doch, der die SPD verraten hat. Bei uns, in Polen, pflegen wir auch geschichtliche Traditionen, aber wir pflegen und kultivieren die Traditionen des Widerstandskampfes, die Tradition der alten Freiheitskämpfer, Aufstände gegen Großmächte, die Polen geteilt haben in der Vergangenheit.

Ich habe eine große Menge von verschiedenen illustrierten Zeitungen gesehen und ich muss feststellen, dass es nicht schade ist, dass wir in Polen Zeitungen solcher Art nicht haben. Auch diese sogenannten Groschenhefte – wie mir scheint, ein hier heftig umstrittenes Problem – existieren bei uns gar nicht. Es ist für mich ein Trost, dass unsere Erziehung relativ frei ist von diesem Einfluss.

Wenn ich an den Kiosken die *Deutsche National- und Soldatenzeitung* finde, dann kann mir das als Pole nicht gleichgültig sein. Diese Zeitung

verbreitet schlimmsten Antisemitismus, nur in einer etwas getarnteren Form als früher. Auch Verachtung gegen alle Slawen, gegen Polen, Tschechen, Russen. Ich habe mit großer Angst gehört, dass die *Deutsche Nationalzeitung* weit verbreitet ist in der Bundesrepublik, sogar im Offizierskorps der Bundeswehr. Ich kann mir das nicht erklären, es ist mir einfach nicht egal, dass eine solche Zeitung bis heute ohne Schwierigkeiten in Deutschland verkauft wird.

Merkwürdig war für mich in der Bundesrepublik auch das Ausmaß der Werbung. Es scheint mir fast unmenschlich zu sein, all diese Inserate, all die Plakate, all die Prospekte, die ich in Tageszeitungen täglich gefunden habe. Es ist nicht leicht, die Folgen dieser Wohlstandsgesellschaft schon jetzt abzusehen, aber bestimmt wird es künftig Folgen psychologischer Natur, aber auch wirtschaftlicher Natur geben. Was heute schon charakteristisch ist, die Bücher, die Theaterkarten, die Kinokarten sind wesentlich teurer als in unserem viel ärmeren Staat im Osten. Das halte ich für einen Mangel. Denn natürlich sind die allgemeine Bildung und das Interesse für die Kultur eng miteinander verbunden. Aufgefallen ist mir in Deutschland sofort der starke Wiederaufbau. Natürlich war mir das bekannt, aber immerhin. Für mich als Warschauer war besonders erstaunlich, dass nur selten die alten Kulturdenkmäler wiederaufgebaut wurden, im Gegensatz zu uns [Polen], wo sehr viele zerstörte Stadtteile nach historischem Vorbild wieder errichtet wurden. In Deutschland, finde ich, entstand durch diesen neuen Stil eine sachlichere, unpersönlichere Atmosphäre in den wiederaufgebauten Städten. Die modernen, oft sehr schönen Häuser lassen nichts mehr von der Vergangenheit, der Kultur und Architektur, spüren.

Außerdem, die Bundesrepublik macht den Eindruck eines Landes von satten Menschen, von sehr satten Menschen, gut angezogen, im Wohlstand lebend. Dieser Eindruck wurde mir unter anderem auch auf einer Versammlung bestätigt, die ich zufällig in Bonn miterlebte – das Deutschlandtreffen der Heimatvertriebenen. Als ich in Bonn auf dem Bahnhof ankam, empfing mich ein freundliches Schild, „Willkommen in Bonn“. Doch die dann folgenden sieben Stunden waren sehr schwer für mich. Bei uns herrscht oft die Meinung, dass in der Presse die Berichte von solchen Versammlungen etwas übertrieben sind. Heute muss ich leider feststellen, dass dies überhaupt nicht der Fall ist. Ich bin in Bonn pessimistischer geworden, als ich es zuvor war. Was ich hier auf dem Marktplatz gesehen habe, kann der großen Sache der Versöhnung leider nicht dienen. Ich verstehe sehr gut das persönliche Leiden dieser Menschen, die ausgesiedelt wurden. Wir Polen verstehen solche Probleme im Allgemeinen wahrscheinlich besser als verschiedene andere Völker. Doch ich muss sagen, dass ich nicht verstehen kann, was zum

Beispiel Landsmannschaften wie „Weichsel-Warthe“ bedeuten. Ist das der Rechtsanspruch auf die Grenzen von 1914? Mir schien hier in Bonn, dass die Heimatvertriebenen, meistens ältere Leute, ausgenutzt werden und zudem – das muss ich offen sagen – belogen. Auf der Versammlung habe ich verschiedene Parolen und Plakate gesehen, die für mich exotisch waren. Wenn ich zum Beispiel gelesen habe „Rettet die deutschen Ostgebiete vor dem Untergang“, war das für mich ganz unverständlich. Denn diese Gebiete wurden durch den Zweiten Weltkrieg zerstört, vor zwanzig Jahren. Inzwischen sind sie längst wieder aufgebaut, und zwar von uns [Polen], mit unseren Kräften. Aber ich habe hier Hassparolen gehört, die sich nicht nur gegen Polen, sondern auch gegen die Tschechen und sogar gegen die Israelis richten, was mich sehr erschüttert.

Glücklicherweise fand ich am Rande der Versammlung eine größere Gruppe der akademischen Jugend und Schüler des Beethoven-Gymnasiums. Sie trugen Transparente mit Parolen, meist aus der von uns sehr positiv bewerteten EKD-Denkschrift oder aus den Briefen der deutschen und polnischen Bischöfe. Also Friedens- und Versöhnungsparolen. Die jungen Leute haben sich absolut ruhig und zurückhaltend benommen. Trotzdem wurden sie verprügelt, und zwar nicht nur von Heimatvertriebenen, sondern auch von Polizisten. Ich hörte ältere Männer schreien: „Kameraden, kommt hierher! Wir werden die Schurken beseitigen!“ Oder: „Ihr seid Agenten der Polen und Russen!“ Die Fotos, die ich hier machte, sind für mich sehr traurige Beweise der Verhetzung. Doch es gab auch Tröstliches, denn es gibt Kräfte, die genug Zivilcourage besitzen, klar und öffentlich ihre Meinungen zu äußern.

Für mich war die Gesinnung der deutschen akademischen Jugend, die ich in vielen Gesprächen in Köln, Bonn und München erlebt habe, am wichtigsten. Mir schien diese Jugend sehr modern, sehr europäisch, mit großem Interesse für die verschiedensten Probleme. Anstelle der früheren Arroganz gerade der jungen Deutschen ist Höflichkeit und Freundlichkeit gegenüber den Ausländern getreten. Sie unterscheiden sich nicht von ihren Altersgenossen in anderen Ländern, von Schweden, von Franzosen, von Engländern. Es fehlt ihnen wahrscheinlich das Interesse für Uniformen und für das Marschieren. Das wird ihnen in Deutschland oft vorgeworfen. Ich kann ihnen das nicht übel nehmen. Die meisten von ihnen, glaube ich, haben die Folgen des Zweiten Weltkrieges besser verstanden und klügere Schlussfolgerungen daraus gezogen als ihre Eltern.

Das Verfahren gegen Hahn¹

Am 2. Mai 1972 begann in Hamburg das Gerichtsverfahren gegen Ludwig Hahn (auf der Anklagebank sitzt neben ihm auch Thomas Wippenbeck, ehemaliger Aufseher im Pawiak-Gefängnis), das jetzt nach dreizehn Wochen zu Ende geht; die Verkündung des Urteils wird Anfang Juni erwartet. Wer ist Ludwig Hahn? Was hat er getan und wofür muss er sich vor Gericht verantworten?

Er wurde 1908 in Eitzen bei Lüneburg geboren, das Jurastudium an den Universitäten in Jena und Göttingen schloss er 1932 mit einem Dokortitel ab. Schon als 22-jähriger Student trat er der NSDAP und der SA bei, 1933 der SS. In den folgenden Jahren machte der junge Jurist eine Blitzkarriere im nationalsozialistischen Sicherheitsdienst. Bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bekleidete er als SS-Sturmbannführer das Amt des Leiters der Gestapo-Stelle in Weimar. Im Kriegseinsatz in Polen befehligte er das Einsatzkommando 1/1, eine Sondereinheit der politischen Polizei und Teil der sog. Einsatzgruppe I, einer Formation, die im September und Oktober 1939 zahlreiche Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung in Schlesien und in der Gegend um Krakau und Rzeszów verübte. Von Ende Oktober bis Ende Dezember 1939 leitete Hahn die Gestapo-Stelle im besetzten Rzeszów, von Anfang Januar bis August 1940 war er Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD für den Distrikt Krakau. Zu dieser Zeit war er u. a. für das Gefängnis in der Montelupich-Straße und die berüchtigten Arrestzellen der Pomorska-Straße in Krakau zuständig, daneben auch für verschiedene Gestapo-Filialen, u. a. in Zakopane, Tarnów und Przemyśl. Hahn gehörte zu den Vollstreckern der sogenannten AB-Aktion (Außerordentliche Befriedungsaktion), d. h. Massenmorden an der polnischen Intelligenz und den Führungsschichten der Gesellschaft durch Massenexekutionen und Deportationen nach Auschwitz.

Bis Ende August 1941 amtierte er ein Jahr lang in Bratislava. Von dort aus kehrte Hahn nach Polen zurück, um eines der verantwortungsvollsten

¹ Władysław Bartoszewski, „Sprawa Hahna“ [Das Verfahren gegen Hahn], in: *Tygodnik Powszechny* 23/1973, S. 6. Deutsche Übersetzung: Marcin Barcz.

Polizeiämter zu übernehmen: Er wurde Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD für den Distrikt Warschau. Dies fiel in eine Zeit der höchsten militärischen Erfolge des „Dritten Reiches“, als u. a. der Ablauf eines der größten Verbrechen in der Geschichte beschlossen wurde, die sog. Endlösung der Judenfrage. Zugleich kristallisierten sich die Methoden der weiteren erfolgreichen Beseitigung der polnischen Gesellschaft im Generalgouvernement heraus. Im Machtbereich von Hahn befanden sich jetzt über drei Millionen Menschen allein in Warschau und in den umliegenden Kreishauptmannschaften Warschau, Garwolin, Grójec, Łowicz-Skierniewice, Mińsk Mazowiecki, Ostrów Mazowiecka, Siedlce, Sochaczew-Grodzisk, Sokołów-Węgrów. Während der ununterbrochenen, über dreijährigen Amtszeit in Warschau (zweimal befördert, letztendlich zum SS-Standartenführer), leitete Hahn folgende Terror- und Exterminierungsaktionen:

- Straßenrazzien (Verhaftungen), in deren Folge Tausende zufällig ausgewählter Opfer in Gefängnissen landeten, um später in Konzentrations- oder Arbeitslager deportiert zu werden;

- Massenverhaftungen mit sofortiger Erschießung an Ort und Stelle (Hahn unterzeichnete mindestens 29 Bekanntmachungen über Exekutionen an der Bevölkerung in den Jahren 1942–1944);

- Verhaftungen von Tausenden namentlich ausgewählten Personen, die verdächtigt wurden, Aktivitäten gegen die Besatzer nachzugehen, oder die lediglich einer bestimmten, besonders verhassten sozialen bzw. beruflichen Gruppe angehörten (Lehrer, Priester, Staatsanwälte, Schriftsteller und Künstler, Mitglieder von politischen und gesellschaftlichen Organisationen aus der Vorkriegszeit), sie wurden anschließend zur Deportation in Konzentrationslager oder zur Hinrichtung in geheimen Exekutionen verurteilt;

- massenhafte Anwendung von Folter an Verhafteten und Verdächtigen durch Polizeieinheiten ohne Rücksicht auf Geschlecht und Alter, sowohl während der Verhöre in der Gestapo-Zentrale als auch in Gefängnissen im Zuständigkeitsbereich des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes.

Mit dem Ausbruch des Warschauer Aufstands begann ein neues Kapitel in der Biografie von Hahn. Die nach dem Krieg vor der polnischen Staatsanwaltschaft abgegebene Zeugenaussage seines unmittelbaren Vorgesetzten, des SS- und Polizeiführers von Warschau, Paul Otto Geibel, wie auch viele andere Quellen belegen eine direkte Verantwortung Hahns für die konsequente, dem Willen Himmlers entsprechende Ermordung der Zivilbevölkerung (darunter alter Menschen, Frauen und Kinder) im Süden Warschaus (in der Umgebung des Unia-Lubelska-Platzes), wo die ihm damals unterstellten Einheiten der Polizei aktiv waren. Nach dem Krieg

wurden in dieser Gegend Exhumierungen von menschlicher Asche durchgeführt, den einzigen Überresten der verbrannten Leichen jener Opfer, die auf Hahns Befehl während des Aufstands im sogenannten Polizeidistrikt erschossen wurden. Das gerichtsmedizinische Protokoll stellt den Fund von 5578 Kilogramm Asche von verbrannten Menschen fest, der Tatort liegt im Bereich der Stationierung und der „Aktivität“ der von Hahn geleiteten Einheiten der Sicherheitspolizei.

Damit gehört also Hahn zu den NS-Hauptkriegsverbrechern, verantwortlich für Massenmorde an der Warschauer Bevölkerung. Der Leiter des Reichssicherheitshauptamtes, Ernst Kaltenbrunner, schätzte seine vielseitige Erfahrung, pedantische Arbeitsmethode und Führungsqualitäten. Heinrich Himmler würdigte ihn am 9. Oktober 1944, ein paar Tage nach der Niederschlagung des Warschauer Aufstands, mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse, das normalerweise für Verdienste im Kampfeinsatz an der Front verliehen wurde.

Auf Antrag Polens stand der Name Hahn seit 1946 auf der internationalen Liste der Kriegsverbrecher, er selbst verschwand aber ohne jede Spur. Im Jahr 1950 informierte die britische Verwaltung die polnische Militärvertretung über die erfolglose Suche nach dem Verbrecher. Hahn tauchte 1955 auf, ließ sich unter seinem richtigen Namen zusammen mit seiner Familie bei Hamburg nieder und arbeitete als stellvertretender Direktor eines Versicherungsunternehmens. Er war sich absolut sicher, straffrei davonzukommen, erwähnte sogar vor vielen Menschen seine Kriegskarriere als Leiter von Polizeiagenturen in Warschau. Im Zuge der Vorbereitungen zum Eichmann-Prozess im Jahr 1960 erschien der Name Hahn immer öfter in der internationalen Presse, begleitet von Vorwürfen der Mitverantwortung für Verbrechen im Warschauer Ghetto.

Am 8. Juli 1960, fünfzehn Jahre nach Kriegsende, leitete schließlich die Hamburger Staatsanwaltschaft eine Untersuchung im Fall Hahn ein. Diese Untersuchung dauerte insgesamt elf Jahre. In der Zwischenzeit befand sich der verdächtige SS-Standartenführer 1961 ein paar Tage und vom 7. Dezember 1965 bis zum 21. Dezember 1967 in Untersuchungshaft. Während des Prozesses war er auf freiem Fuß. Dutzende Zeugen wurden verhört – Polen, Deutsche und Juden. Es wurden mehr als hundert Aktenordner angelegt. Die Staatsanwälte aus Hamburg besuchten einige Male Polen und wurden dort von der Hauptkommission zur Untersuchung der NS-Verbrechen unterstützt. Sie reisten sogar ins ferne Israel. Letztendlich beschränkt sich die Anklageschrift in dem jetzt zu Ende gehenden Prozess vor dem Geschworenengericht im Landgericht Hamburg auf die Verbrechen, die auf Hahns Befehl im Warschauer Pawiak-Gefängnis und teilweise in dem Gestapo-Haupt-

quartier in der Szuch-Allee an Polen und Juden begangen wurden. Die Hamburger Staatsanwaltschaft führt weiterhin eine Untersuchung im Fall der Verbrechen im sogenannten Polizeidistrikt während des Warschauer Aufstandes, der Beteiligung an Deportationen von über 300 000 Juden aus Warschau in das Vernichtungslager Treblinka im Sommer 1942 sowie der Beteiligung an der endgültigen Niederschlagung des Warschauer Ghettos im April und Mai 1943. Diese Untersuchung sollte – theoretisch – zu neuen Anklagen und zur Einleitung weiterer Gerichtsprozesse gegen Hahn führen.

Hahn wird aufgrund der Paragraphen 211 und 357 des Strafgesetzbuches der BRD angeklagt, in beiden Fällen geht es um die Bestrafung von Mordfällen, also die Tötung von Menschen „aus niedrigen Motiven“, und um die Verantwortung für die Taten der Untergebenen. Paragraph 211 sieht eine lebenslange Haftstrafe vor, d. h. die höchste Strafe in der bundesdeutschen Gesetzgebung.

Hahn gibt seine Schuld nicht zu, er lehnt auch die meisten ihm vorgeworfenen Taten ab oder interpretiert sie anders. Die ihn belastenden Zeugenaussagen lehnt er ab oder ignoriert sie einfach. Er hat zwei Pflichtverteidiger (zwei andere verteidigen Wippenbeck). Über seine Schuld oder Unschuld wird das Hamburger Gericht entscheiden, das sich aus drei Berufsrichtern und sechs Geschworenen zusammensetzt.

Zu den Richtern gehören: Dr. Helmut Plambeck (geb. 1929) als Vorsitzender, Berichterstatter Axel Bartels (geb. 1935) und Gerichtsassessor – Frau Helga Manolakis (geb. 1938). Unter den Geschworenen befinden sich: der Beamte Erich Krumreich (geb. 1929), der Fabrikmeister Waldemar Finke (geb. 1910), der Desinfektor Gustaw Pfaffenberger (geb. 1912), die Handelsvertreterin Emmi Lüdemann (geb. 1909), der Chauffeur Heinrich Henck (geb. 1911) und die Hausfrau Marta Albers (geb. 1904). Die Anklage erhebt Oberstaatsanwalt Dr. Erwin Grosse (geb. 1933). In seinem Plädoyer am 4. und 8. Mai äußerte Dr. Grosse die Meinung, dass im Verlauf des Gerichtsverfahrens die Schuld Hahns gemäß der Anklageschrift in Bezug auf folgende Verbrechen vollständig bewiesen wurde:

- die Ermordung aller Häftlinge der III. Abteilung im Pawiak-Gefängnis nach der sog. Meuterei im Juli 1944;
- die Erteilung des Befehls zur Ermordung von 40 jüdischen Pawiak-Häftlingen als Vergeltung für die Flucht anderer jüdischer Häftlinge aus dem Gefängnis;

– die Selektion von einigen Hundert Juden, die von der Gestapo hinterhältig in das Hotel Polen in der Długa-Straße in Warschau gelockt wurden, mit dem falschen Versprechen, ihnen eine Ausreise mit Pässen neutraler Staaten zu ermöglichen, und die Erteilung des Befehls zu ihrer Ermordung im Juli 1943;

– die Anordnung der Deportation von Tausenden Häftlingen aus Warschau in verschiedene Konzentrationslager, insbesondere in das Lager Auschwitz, in Kenntnis dessen, dass diese Häftlinge dort ermordet werden, sowie persönlich erteilte Befehle zu ihrer Ermordung in Konzentrationslagern;

– die Erteilung des Befehls an Gestapo-Mann Erich Müller, einen jüdischen Informanten in der Szuch-Straße zu erschießen.

Der Staatsanwalt verzichtete also in seinem Plädoyer auf die Anklage wegen Massenexekutionen von Pawiak-Häftlingen auf den Straßen Warschaus sowie die Folter und Tötung der Häftlinge während der Verhöre in der Gestapo-Zentrale, was mit Hahns Wissen oder auf seinen direkten Befehl geschehen musste. Es fehlt bislang an Unterlagen, die die Gründe für diese Stellungnahme des Staatsanwalts erklären. Es steht immerhin fest, dass er in seinem Plädoyer eine lebenslange Haftstrafe für Ludwig Hahn forderte.

Der Verlauf des Gerichtsverfahrens gegen Hahn ist ein deutliches Beispiel für die Diskrepanz zwischen der Schuld und der möglichen Strafe, zwischen den Grenzen menschlicher Erinnerung und der Konfrontation von persönlichen Erfahrungen der Opfer des NS-Systems, eines Systems der Lügen und Verbrechen, mit den Anforderungen der Gerichtsprozedur im gegenwärtigen Rechtsstaat. Die am Hahn-Verfahren beteiligten Berufsrichter waren bei Kriegsende jeweils sechzehn, neun und sieben Jahre alt; als der Krieg begann, waren sie kleine Kinder. Der Staatsanwalt in diesem Gerichtsverfahren war während der Aktivität Hahns in Warschau neun, zehn, elf Jahre alt ... Die Richter gehören damit zur jungen westdeutschen Generation, die frei ist von psychologischen Faktoren, die aus einer bewussten Teilnahme am öffentlichen Leben in den Jahren der stärksten Dominanz des Nationalsozialismus resultieren könnten. Dieselben Bedingungen bewirken jedoch gleichzeitig, dass viele Begriffe aus der Zeit der Besatzung dem Gericht hauptsächlich aus der Analyse der Dokumente bekannt sind. Diese

Analyse ist meistens detailliert und die Sorgfalt bei den Zeugenverhören so eingehend, dass sie den Laien zuweilen das Bild der damaligen Ereignisse verschleiert. Es bleibt schließlich die Frage der menschlichen Vorstellungskraft, und die Gerichtsmitglieder sollen hier über Fakten entscheiden, die wirklich schwer vorstellbar – wenn auch für die Opfer ganz offensichtlich – sind.

Alle Mitglieder des westdeutschen Gerichts besuchten Warschau zum ersten Mal im Dezember 1972 und zum zweiten Mal im Januar 1973, um im Rahmen der sog. Rechtshilfe an Verhören von einigen polnischen Zeugen, die nicht nach Hamburg kommen konnten, durch das Gericht der Woiwodschaft Warschau und die polnische Staatsanwaltschaft teilzunehmen. Die Besucher aus der BRD nutzten den Aufenthalt in Warschau, um Orte und Objekte zu besichtigen, deren Namen sie tagtäglich in den Akten begegnen: das Gebäude in der Szuch-Allee, wo die Gestapo residierte und wo im Keller Menschen gefangen gehalten und gefoltert wurden, das Pawiak-Gefängnis (besser gesagt seine in ein Museum umgewandelten Überreste), das Gebiet des früheren Warschauer Ghettos und den Friedhof der Exekutionsopfer bei dem Dorf Palmiry im Kampinos-Nationalpark. Sie waren auch in Auschwitz, wohin auf den Befehl von Hahn Tausende Männer und Frauen aus Warschau geschickt worden waren. All das wird ihr Wissen über die Realität der Besatzungszeit in Polen wahrscheinlich vertieft haben.

Es ist schwer vorstellbar, dass irgendein logisch denkender Mensch, der über ein Grundwissen von den Funktionsmechanismen der politischen Polizei in einem totalitären Staat und von den Absichten der NS-Politik gegenüber Polen verfügt (dabei sind das durchaus in der wissenschaftlichen Literatur klar umrissene Themen), noch irgendwelche Zweifel an dem moralischen Antlitz und der Schuld des NS-Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes in der besetzten polnischen Hauptstadt haben könnte – und zwar unabhängig von verschiedenen Interpretationen seines Kompetenzbereiches.

Aber: das Gericht in Hamburg entscheidet nicht über das moralische Antlitz des SS-Standartenführers Ludwig Hahn und auch nicht über die Gesamtheit seiner Aktivitäten (weil sich, wie bereits erwähnt, das jetzt laufende Gerichtsverfahren mit einer ganzen Reihe von Vorwürfen nicht auseinandersetzt). Das Gericht urteilt auch nicht über den NS-Terror gegen die Bevölkerung im besetzten Warschau. Es versucht nur, den Faktenstand innerhalb der Grenzen der Anklageschrift zu bestimmen, die nur einen sehr engen Ausschnitt der Realität in Polen und Warschau jener Jahre abbildet. Sicherlich ist das im gegebenen Rahmen eine sehr schwer zu lösende Aufgabe. Keine von den Richtern in Hamburg getroffene Entscheidung wird das

zutiefst verletzte Moralegefühl von unzähligen Menschen völlig befriedigen können, die unter der Polizeigewalt von Hahn dahinvegetieren und leiden mussten, stets in Angst um das Schicksal und den Verlust ihrer Nächsten. Kein Urteil kann auch jene Menschen auferstehen lassen, die den Märtyrertod im Pawiak-Gefängnis starben, im Keller unter den Büros der Szuch-Allee oder in Auschwitz, wohin sie aus dem Pawiak-Gefängnis gebracht wurden. Trotzdem wird eine gerechte Verurteilung Hahns (auch in den Grenzen des aktuellen Gerichtsverfahrens) von großer Bedeutung sein.

Das zu Ende gehende Gerichtsverfahren ist nämlich in der Geschichte der westdeutschen Justiz der erste Prozess um die Massenmorde an der Bevölkerung der polnischen Hauptstadt. Man könnte ihn – gewissermaßen vereinfachend – als den ersten „Warschau-Prozess“ bezeichnen. Eine ehrliche und von gutem Willen gekennzeichnete Entwicklung der Beziehungen zwischen unseren Gesellschaften, ein Versuch, die tragische und gar nicht so lang zurückliegende Vergangenheit zu bewältigen, sind nur unter den Bedingungen einer klaren Perspektive und einer grundlegenden Faktenbeurteilung möglich. Die Strafe für die abscheulichen Verbrechen, die in den Augen von Völkern keiner Verjährung unterliegen dürfen und unterliegen sollten, wird noch einmal daran erinnern, dass man unschuldige Menschen nicht rechtswidrig gefangen halten, foltern und töten darf und dass solche Taten, auch nach Jahrzehnten, nur Abscheu erwecken und Protest auslösen und in zivilisierten Ländern eindeutig verurteilt werden müssen. In diesem Sinne kann dem Urteil im Fall Hahn eine historische Bedeutung zukommen, nicht nur in den polnisch-westdeutschen Beziehungen.²

² Am 5. Juni 1973 wurde L. Hahn zu 12. Jahren Haft verurteilt und 1975 – nach einem weiteren Gerichtsverfahren – zu einer lebenslangen Haftstrafe.

Die Vergangenheit bewältigen¹

Einem Kreis von Menschen guten Willens gegenüber, der zudem in der Suche nach Methoden und Handlungsmodellen für die Herstellung ehrlicher Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern konkrete Ergebnisse aufzuweisen hat, erübrigt es sich wohl, die Notwendigkeit weiterer Bemühungen in dieser Richtung eigens zu begründen.

Die Tatsache, dass wir heute hier zusammen sind, zeigt doch u. a., dass wir im Verständnis des moralischen Gewichts der Aufgabe, der wir uns aus freien Stücken widmen, übereinstimmen. Auch die gegenseitige Hochachtung, das Wohlwollen, der gute Wille, das Bemühen, sich in die Denkweise und in gewisse psychologische Bedingtheiten wechselseitig hineinzuversetzen, stehen in unserem Falle außer Frage. Uns allen liegt doch irgendetwas auf der Seele: persönliche Erfahrungen, Beobachtungen und Bedenken, das Gefühl, den Zeitgenossen wie den Nachfahren moralisch verpflichtet zu sein, vielleicht auch eine Schuld den Kriegsopfen gegenüber.

Möglich, dass die Situation unserer deutschen Gäste unter mancherlei Hinsicht hier noch schwieriger und verwickelter ist als die unsrige, wenn gleich – gewiss aus anderen Gründen – auch wir es ganz sicher nicht leicht und einfach haben. Ich möchte in diesem Zusammenhang mit Nachdruck betonen, dass ich bewusst darauf verzichte, von dieser und jener Seite zu sprechen, wo es darum geht, über unsere bisherigen Beziehungen, d. h. über die Beziehungen zwischen Znak und Pax Christi, nachzudenken. Hier gibt es nach meinem Verständnis weder eine deutsche noch eine polnische „Seite“; hier gibt es nur eine Gemeinschaft von Menschen, die ähnlich fragen und dasselbe schwere Ziel anstreben. Von zwei voneinander getrennten Seiten kann man eher in einem anderen Sinne sprechen: auf der einen Seite

¹ Władysław Bartoszewski, „Die Vergangenheit bewältigen“, in: *Auf dem Weg zur Versöhnung. Deutsche und polnische Katholiken im Gespräch* [Veröffentlichungen der Pax Christi, Nr. 16], hg. v. Deutschen Pax-Christi-Sekretariat, Frankfurt am Main 1979, S. 29–34. Vom 29. November bis zum 1. Dezember 1974 fand in Maków Podhalański (Polen) eine Diskussion der polnischen Znak-Gruppe mit der westdeutschen Pax Christi statt, es war das dritte Treffen im Rahmen der 1972 initiierten Reihe der sogenannten Auschwitz-Seminare. Władysław Bartoszewski hielt eines der Hauptreferate, das hier abgedruckt wird. Die polnische Fassung ist in *Tygodnik Powszechny* 50/1974 erschienen (Anm. d. Red.).

jene Deutschen und Polen, die um die Notwendigkeit einer echt menschlichen Verständigung wissen, die bereit sind, dafür zu arbeiten und sich dafür abzulagen, und auf der anderen Seite jene Deutschen und Polen, die das bislang nicht für erforderlich hielten, die Notwendigkeit nicht fühlen oder sie gar in Abrede stellen.

Die Bemerkungen, die ich im Folgenden machen möchte, beziehen sich auf die Art der tragischen Belastungen der deutsch-polnischen Beziehungen der jüngsten Vergangenheit und zwar in dem Sinne, was davon unbedingt gewusst werden soll, was kein Ausweichen zulässt, und das deswegen nicht, weil es hier um allgemeine Wahrheiten geht, etwa um die Vergiftung der menschlichen Natur als solcher oder um die ständige Wiederkehr des Bösen (ja des Verbrechens) im Verhalten der Gesellschaften und Staaten anderen Gesellschaften und Staaten gegenüber, sei es vor langer Zeit, sei es in naher Vergangenheit, sei es heute. Es scheint zudem die Gefahr zu drohen, dass man sich übermäßig weit von den Fakten entfernt und konkrete Details verloren gehen: das, was an einem bestimmten Ort zu einer bestimmten Zeit in einer bestimmten Absicht geschehen ist. Daher ist es wohl nötig, bestimmte Feststellungen, die mit unserer gemeinsamen Vergangenheit zu tun haben, zu skizzieren und in eine Ordnung zu bringen. Mir schwebt dabei ein Kanon eines notwendigen Minimalwissens vor, der die Ereignisse umfasst, die 30 oder 40 Jahre zurückliegen. Ereignisse, die nicht nur über das Schicksal von Millionen von Menschen, auch nicht nur der Deutschen und Polen, sondern das ganzer Völker entschieden. Trotz der militärischen Entscheidung des Zweiten Weltkriegs im Mai 1945 ging doch die Saat des Bösen auf und vergiftete grundlegende Normen für die Beziehungen zwischen den Menschen und den Völkern, und das in gewissem Maße bis zum heutigen Tag; denken wir nur an die Situation der Menschen, an die psychologischen, sozialen und politischen Folgen dessen, was in Mitteleuropa in den dreißiger und vierziger Jahren unseres so herrlich zivilisierten Jahrhunderts geschah.

Mindestens seit neun Jahren, d. h. seit meiner ersten Reise in die Bundesrepublik Deutschland und aufgrund meiner dort gemachten Beobachtungen, bin ich – ähnlich wie manche meiner erfahreneren Kollegen – darum bemüht, die Aufmerksamkeit der polnischen Öffentlichkeit, insbesondere die der Leser des *Tygodnik Powszechny*, darauf zu lenken, wie verwickelt die Einstellung der damaligen jungen deutschen Generation zum Problem der deutsch-polnischen Beziehungen war und dass es notwendig ist, sich im Blick auf die Motive des Denkens und Handelns westlich der Elbe von jedem Schema frei zu machen. Doch andererseits festigten Beobachtungen und Erfahrungen dieser Reise und weiterer Aufenthalte in

Deutschland, zudem zahlreiche Gespräche mit Deutschen, die sich in Polen besuchsweise aufhielten, auch die Analyse von Buch- und Pressepublikationen, in mir die Meinung, dass manche grundlegenden Elemente, ohne die unsere Aufgabe in ihrer Kompliziertheit überhaupt nicht verstanden werden kann, nicht vergessen werden dürfen, wollen wir einen neuen und besseren Anfang setzen.

Zu einem solchen Kanon eines notwendigen Minimalwissens gehören folgende Fakten:

- 1933 übertrug das deutsche Volk aus Gründen, die hier nicht zur Debatte stehen, den Nationalsozialisten in freien parlamentarischen Wahlen die Regierungsgewalt. Die Hitlerpartei erreichte diesen Durchbruch und ihren politischen Aufstieg völlig legal, ohne Revolution, als Ergebnis einer Mehrheits- und nicht einer Minderheitsentscheidung, ohne jede Einmischung fremder Kräfte oder Mächte, wie dies im 20. Jahrhundert gar nicht selten in anderen Ländern der Fall war, denen ein politisches System mit Gewalt gegen den Willen des Volkes aufgezwungen wurde.

- Die deutsche Regierung vertrat 1933 ein ganz klar formuliertes ideologisches Konzept; die Grundlagen (ja selbst eine Reihe deutlicher Absichten) der nationalsozialistischen Bewegung waren bekannt oder doch für jeden, der sich dafür interessierte, zugänglich.

- Die Regierung des „Deutschen Reiches“ erfreute sich auch in den folgenden Jahren der entschiedenen und überzeugten Unterstützung seitens der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes, und dies, obwohl sie viele evident unmenschliche Züge hatte wie z. B. die Errichtung von Konzentrationslagern für andersdenkende Deutsche. Auch die Aggressionshandlungen des „Dritten Reiches“ gegen die Tschechoslowakei, gegen Österreich und gegen Litauen (Memel) fanden im deutschen Volk die gleiche ungeheuchelte und massive Unterstützung.

- Auch die Einführung und Anwendung einer unmenschlichen Gesetzgebung wie z. B. die in ihrem Sinn zweifellos verbrecherischen „Nürnberger Gesetze“ vom 15. September 1933 fanden im deutschen Volk denselben Rückhalt.

- In den 1930er Jahren wurde zudem seitens der NSDAP und der Reichsregierung im vollen Einverständnis mit dem deutschen Volk eine demoralisierende nationalistische Hetze betrieben, durch die die deutsche Minderheit in der Tschechoslowakei und später in Polen in ihrer Stimmung und in ihren Ansichten mit dem Ziel manipuliert wurde, spektakuläre politische Wirkungen zu erzielen und Eroberungen zu rechtfertigen. Viele einfache Menschen, denen die Politik fern lag und die bis dahin loyale Bürger der Länder waren, in denen sie lebten und wirkten, gerieten so in morali-

sche Konfliktsituationen. Auf tragische Weise wurde dies für viele dieser Menschen zur Ursache jener Schicksalsverstrickung im Jahre 1945. Selbst die wiederholt proklamierten Parolen nationalsozialistischer Doktrin wurden auf augenfällige Weise manipuliert; ein klares Beispiel hierfür ist der Übergang von einem radikalen Antikommunismus zu einem Pakt mit der UdSSR im August und September 1939, als sich dies als hilfreich und notwendig erwies, und dann später der Bruch dieses Abkommens und die Aggression im Juni 1941.

– Polen wurde im September 1939 das erste Opfer einer unverhohlenen und durch keinen Vorwand mehr gerechtfertigten Aggression, wie das noch beim Einmarsch in Österreich und in die Tschechoslowakei der Fall gewesen war. Diese Aggression geschah seitens der legalen deutschen Regierung mit Unterstützung der öffentlichen Meinung. Immer war es das Ziel von Kriegshandlungen, auf dem Wege der Eroberung für sich territoriale und materielle (insbesondere ökonomische) Vorteile zu gewinnen. Eine ähnliche Konzeption verfolgten auch Hitler und die Regierung des „Dritten Reiches“ während des Zweiten Weltkrieges gegenüber Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Norwegen und anderen Staaten. Allein gegenüber Polen und dem polnischen Volk galt eine andere Konzeption, die man nur mit der gegenüber der jüdischen Bevölkerung in Europa vergleichen kann. Ziel des Einfalls in Polen war die Ausrottung, war die völlige Vernichtung, war der Völkermord.

Bereits auf einer Besprechung mit Befehlshabern der Wehrmacht vom 22. August 1939 stellte Hitler fest, die Hauptaufgabe sei nicht die Eroberung, sondern „die Zerstörung“ Polens, und er forderte von den „Offizieren und Soldaten der Wehrmacht“ ein brutales Vorgehen; ohne jede Spur von Mitleid sollten sie die Polen töten und das Land in Schutt und Asche legen. Folge dieser Befehle und ihrer strikten Einhaltung waren die tausendfachen Verbrechen an der polnischen Zivilbevölkerung noch während der Kampfhandlungen, u. a. die Bombardierung offener Städte, kleiner Städtchen und einzelner Siedlungen, ein Präzedenzfall, der sich an der deutschen Bevölkerung furchtbar rächen sollte, als sich nach einigen Jahren das Kräfteverhältnis der am Kriege beteiligten Staaten umkehrte.

– Die Besetzung Polens hatte nichts zu tun mit den für solche Fälle vorgesehenen Normen internationalen Rechts und irgendwelcher Gesetzgebung zivilisierter Völker. Sie lässt sich, was die angewandten Methoden und die Folgen betrifft, auch nicht sinnvoll mit der Besetzung irgendeines anderen Staates in Europa vergleichen. Der deutsche Leser verfügt heute zu diesem traurigen Thema über ein von deutschen Historikern erarbeitetes umfangreiches und verlässliches Material, und sei es nur die grundlegende Arbeit von Prof. Martin Broszat vom Münchener Institut für Zeitgeschichte

Nationalsozialistische Polenpolitik 1933–1945. Es ist allerdings offensichtlich, dass das Vorhandensein und die Verfügbarkeit gewisser Quellen und wertvoller historischer Arbeiten nicht im Geringsten deren Kenntnis und Verbreitung im gesellschaftlichen Bewusstsein entspricht. Den Mann auf der Straße erreichen eher unsolide, manchmal demagogische, ja selbst aggressive Publikationen.

– Die Okkupation zeigt für Juden und Polen in unserem Land eine traurige Bilanz: Nur im besetzten Polen waren alle Hochschulen und allgemeinbildenden Oberschulen geschlossen. Nur im besetzten Polen war jede wissenschaftliche und künstlerische Tätigkeit verboten.

Die Vernichtung polnischen Kulturguts währte (in den einzelnen Städten und Ortschaften) bis in die letzten Stunden der Okkupation. Hitlers Staat brach bereits zusammen, Hunderttausende fielen in Deutschland den Bomben und anderen Kriegseinwirkungen zum Opfer, als im Januar 1945 entschiedene Nazis beim Herannahen der Front noch Zeit genug fanden, um vor dem Rückzug beispielsweise große polnische Bibliotheken wie die öffentliche Bibliothek der Stadt Warschau zu verbrennen. Es war das ein konsequenter, infernalzerstörungswille. Das Bewusstsein davon ist in der polnischen Gesellschaft lebendig, und es gibt auch keinen ersichtlichen Grund, warum all dies im Sinne eines Faktenwissens vergessen oder mit Stillschweigen übergangen werden sollte. Diese nihilistische Einstellung zur Situation, dieses „après nous le déluge“, vor allem aber die absolut unmenschliche Haltung seitens der nationalsozialistischen Machthaber verschonten nicht einmal die eigene Bevölkerung. Bei einer Betrachtung des sehr schweren und menschlich gesehen tragischen Geschicks der sog. Heimatvertriebenen darf nicht vergessen werden, dass es sich dabei in erster Linie – wenn es um das Gebiet innerhalb der gegenwärtigen Grenzen des polnischen Staates geht – um Flüchtlinge und durch die legale Macht des deutschen Staates Zwangsevakuierete handelt.

Haben wir den Mut, daran zu erinnern, wie die Situation in Ostpreußen, Pommern und Schlesien während des Winters 1944/45 aussah?

Die weiteren Aktionen, Menschen deutscher Nationalität aus dem Gebiet zu entfernen, das sich nun aufgrund des seitens der Großmächte in Potsdam abgeschlossenen Vertrages innerhalb der Grenzen des gegenwärtigen polnischen Staates befindet, war in der Tat bereits eine Aussiedlung. Unabhängig davon, dass die gesellschaftliche Integration dieser Kategorie Deutscher in Deutschland in einem gewissen Maße gelungen ist, woran u. a. die christlichen Kirchen einen großen Anteil haben, muss man sagen, dass dieser Teil des deutschen Volkes einen sehr hohen Preis für die verbrecherische Praxis des „Dritten Reiches“ zahlte, dessen Regierung

sich – wie wir wissen – tatsächlich der Unterstützung durch das Volk erfreuen konnte.

Als Christen kennen wir nicht den Begriff der Kollektivschuld. Ganz recht: Eine Kollektivschuld gibt es nicht. Aber es gibt doch so etwas wie Kollektivursachen; und es gibt Kollektivwirkungen der nationalsozialistischen Vergangenheit. Auch gibt es eine Kollektivscham. Aus diesem Grund erwachsen oft die Minderwertigkeitsgefühle, die sehr dicht an Überempfindlichkeit und Aggression grenzen können.

Ich glaube, es war im ganzen gesehen nicht so sehr politisch als vielmehr moralisch begründet, dass die einander folgenden Regierungen der Bundesrepublik nach 1949 diese als Nachfolgestatut des „Dritten Reiches“ verstanden und daher ein großes Gewicht darauf legten, in den Grenzen des Möglichen das den Umsiedlern widerfahrne Unrecht wiedergutzumachen, ein Unrecht, das diese als Folge des durch das „Dritte Reich“ verschuldeten Zweiten Weltkrieges betroffen hatte.

Das polnische Volk bringt in seiner Masse für das Los der vom Krieg betroffenen Menschen wohl weit mehr christliches und humanes Verständnis auf als viele andere weniger leidgeprüfte Nationen. Die polnische Gesellschaft hatte auch keinerlei Einfluss auf die letzte Entscheidung über die politische Gestalt der Nachkriegslandschaft in diesem Teil Europas; diese Entscheidung wurde allein von den Großmächten gefällt, zunächst in Teheran, dann 1945 in Potsdam. Man dachte jedoch – ohne Rücksicht auf die programmatischen politischen Ansichten – bereits im Kriege an eine bedeutende territoriale Entschädigung des polnischen Nachkriegsstaates im Norden und Westen für die empfindlichen Einbußen, die Polen seitens des Aggressors erlitten hatte. Der Lauf der Ereignisse brachte es mit sich – gedacht ist an die Polenpolitik des „Dritten Reiches“ und die spätere Entscheidung der Großmächte –, dass der polnische Staat, der dem Deutschen Reich vom 1. September 1939 an bis in die letzten Kriegsstunden hinein einen erbitterten Widerstand geleistet hatte, aus diesem Krieg mit einem Verlust von 6 Millionen ermordeter und gefallener Bürger und ca. 70 000 Quadratkilometern Bodenfläche hervorging. Diese Bilanz ist – wie man sieht – für einen Siegerstaat, der um eine gerechte Sache kämpfte, eher tragisch.

In der Geschichte soll man nicht mit dem Wörtchen „wenn“ operieren, denn das führt zu keinen exakten und wissenschaftlich wie politisch brauchbaren Schlüssen. Aber bei einer einfachen, rein menschlichen Überlegung zu manchen Problemen der Geschichte unserer Völker in den letzten 40 Jahren – und das besonders in Gesprächen mit Deutschen unseres Vertrauens – können wir uns nicht für einen Moment der bitteren Reflexion

entziehen: Wenn 1933 und in den folgenden Jahren die Regierung des „Dritten Reiches“ nicht jene unaufhaltsame Lawine der Ereignisse in Gang gebracht hätte, dann wäre das Leben von Millionen Polen und Deutschen gerettet worden. Mehr noch: das Leben unserer beiden Völker und ihrer Staatswesen sowie das noch vieler anderer Völker und Staaten wäre anders verlaufen und hätte bis heute eine andere Gestalt angenommen.

Bei dem Versuch solch bitterer Bilanz sollte man jedoch auch fragen: was weiter und wie? – Der gute Wille und das große Bemühen gerade seitens der deutschen Sektion von Pax Christi um eine Bewältigung der schlechten Vergangenheit im Verhältnis unserer beiden Völker veranlassen mich, offenherzig zu reden.

Die polnische Gesellschaft anno 1974 hat zur Bundesrepublik Deutschland keine feindliche Einstellung; es gibt auch keine allgemeine Abneigung diesem Land gegenüber. Dagegen besteht – verständlicherweise – ein ziemliches Misstrauen, auch ein weitgehendes Unverständnis; doch finden in der öffentlichen Meinung die wirtschaftlichen und technischen Leistungen der Bundesrepublik Anerkennung und in Kreisen der Intelligenz registriert man mit Zufriedenheit jedes positive Zeichen im Bereich der Theologie, des künstlerischen Schaffens, der gesellschaftlichen Tätigkeit. Kontakte zur Bundesrepublik sind nicht unpopulär; niemand, der das Positive an Deutschland wahrnimmt, wird deswegen schief angesehen oder gerät in einen schlechten Ruf. Das gilt keineswegs nur und vor allem für die Jugend. Im Gegenteil: Viele aus der vom Krieg betroffenen Generation suchen aus Ideellen, zumeist katholischen Beweggründen eine Plattform für den Dialog und sind bestrebt, eventuelle Unterschiede im Denken und in der Sicht der Probleme seitens der Deutschen zu verstehen.

Nur: das alles hat nichts zu tun und kann nichts zu tun haben mit einer Verdrängung der Vergangenheit, damit, die Tatsachen vom Tisch zu fegen, als habe es sie nie gegeben. Wir wollen miteinander reden und einander verstehen, trotz dieser Vergangenheit und auch deswegen, weil sie eine schreckliche Lehre ist. Wir wollen, dass unsere deutschen Freunde oder jene, die uns wirklich nahe sein möchten, begreifen, dass nichts von dem, was war, *per non est* behandelt werden kann. Daher legen wir ein so großes Gewicht auf die Gestaltung der deutschen Schulbücher zur neuesten Geschichte, darauf, was jeder Junge und was jedes Mädchen in der Deutschen Bundesrepublik über Polen für den Zeitraum 1939–45 und über die deutsch-polnischen Beziehungen ganz allgemein erfährt. Daher sehen wir in der Frage der Entschädigung der Opfer der Konzentrationslager nicht nur ein ökonomisches, sondern vor allem ein moralisches Zeichen, ein Zeichen des guten Willens.

Es fehlt heute nicht an Deutschen, die sich bewusst sind, dass nebst der „Endlösung der Judenfrage“ das polnische Problem als historische Hypothek auf dem deutschen Volk lastet, ob es dies wahrhaben will oder nicht. Es gibt aber auch solche, die bemüht sind, eben das mit politischen Parolen zu übertönen und die aus Schwarz Weiß machen. Und es gibt schon Stimmen, die selbst die Verbrechen von Auschwitz leugnen, wo doch ganz Auschwitz nur *pars pro toto* für eine bestimmte historische Situation repräsentativ ist und diese zur Erscheinung bringt; die Verbrechen im Zweiten Weltkrieg waren – wie man weiß – leider nicht auf Auschwitz beschränkt.

Der Brief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder vom November 1965 ging über den damaligen durchschnittlichen gesellschaftlichen Bewusstseinsstand und die moralische Reife der polnischen Katholiken weit hinaus. Doch in den folgenden Jahren verstanden die polnischen Katholiken in ihrer überwiegenden Mehrheit den Standpunkt jenes weit-sichtigen Aktes seitens des Polnischen Episkopats. Die Antwort der deutschen Bischöfe spiegelte in gewisser Weise den moralischen Reifegrad der deutschen Katholiken. Es ist unsere Hoffnung, dass die vergangenen neun Jahre auch hier große Veränderungen erbrachten zugunsten der Bewältigung der Vergangenheit und der Versöhnung, wofür Sie und wir arbeiten.

Als Historiker sehe ich etwas anders¹

Radio Freies Europa: Władysław Bartoszewski, Schriftsteller und Zeithistoriker, Generalsekretär des am 13. Dezember [1981] suspendierten Polnischen PEN-Clubs, erteilte dem westdeutschen ZDF ein Interview über die Lage in Polen. Es war noch vor der Freilassung von Lech Wałęsa und vor dem Tod von Leonid Breschnew, genau am 10. November [1982], am Tag von Demonstrationen und angekündigten Streiks in Polen gegen die Auflösung der „Solidarność“. Die im Interview angesprochenen Probleme bleiben aber immer noch ganz aktuell, deshalb geben wir hier die Fragen wieder, die Redakteur Michael Albus an Władysław Bartoszewski stellte, und die Antworten des polnischen Intellektuellen.

Michael Albus: Ein Oppositioneller mit ihrer Vergangenheit steht nach dem Stipendium des westdeutschen Wissenschaftskollegs vor der Wahl: Entweder in Rente gehen und den Kampf aufgeben oder in Anlehnung an die gesammelten Erfahrungen weiter kämpfen. Sagen Sie bitte, was erfüllt Sie zu diesem Zeitpunkt, am 10. November, mit der größten Sorge um Polen?

Władysław Bartoszewski: Ich sehe für mich keine Wahl. Wenn ich nicht direkt kämpfen kann, dann kann ich zumindest nachdenken und innehalten. Und wenn ich nachdenke, dann beunruhigt mich unter den jetzigen Bedingungen vor allem der große Unterschied zwischen dem persönlichen Engagement, der Opferbereitschaft und dem Idealismus der breiten Massen auf der einen und den realistischen politischen Möglichkeiten in meiner Heimat auf der anderen Seite.

M. A.: Wird dieser Unterschied größer oder kleiner?

W. B.: Das werden wir mit der Zeit sehen. Momentan ist der Unterschied sehr groß. Vielleicht waren unsere Vorstellungen, Erwartungen, Träume zu mutig und die Möglichkeiten in der Realität – gelinde ausgedrückt – zu begrenzt.

¹ Dieses Interview ist nur in polnischer Fassung erhalten geblieben, wie es am 20. November 1982 von Radio Freies Europa gesendet wurde. Der vorliegende Text ist eine Übersetzung aus dem Polnischen und damit ein Versuch, die Originalversion des ZDF-Gesprächs vom 10. November 1982 zu rekonstruieren (Anm. d. Red.).

M. A.: Ist die Auflösung der „Solidarność“ am 9. Oktober ein Sieg oder eine Niederlage? Auf einem der Flugblätter der „Solidarność“ steht, das Verbot sei auf lange Sicht ein Sieg der „Solidarność“. Was halten sie davon?

W. B.: Ich bin nicht nur Schriftsteller, sondern auch Zeithistoriker. Und als Historiker sehe ich die menschliche Aktivität etwas anders. Ich kann darauf nicht nur als Zeitgenosse blicken, als jemand, der zur gleichen Zeit lebt. In diesem Sinne bin ich der Meinung, dass die Sache der „Solidarność“ schon jetzt gewonnen hat. Diese Sache, die Sache der „Solidarność“, der in ihr oder um sie versammelten und von ihr repräsentierten Bewegungen, wurde zur Nationalsache erklärt. Auch jetzt, im neuen Gesetz über Gewerkschaften, bezeichnet die Regierung diese neuen Gewerkschaften als „unabhängig“ und „selbstverwaltet“. Diese Begriffe wurden übernommen, das sind doch Bezeichnungen aus der Zeit von vor zwei Jahren. Sie gehören bereits zum Wortschatz einer ganzen jungen Generation in Polen.

M. A.: In der Öffentlichkeit im Westen überlegt man sich, ob die „Solidarność“ eigentlich eine Gewerkschaft war oder eine gut organisierte Unabhängigkeitsbewegung?

W. B.: Freie Gewerkschaften waren für sich schon ein Schritt zu größerer Freiheit. Wo verläuft aber die Grenze zwischen größerer Freiheit und voller Unabhängigkeit? Und was bedeutet überhaupt Souveränität im heutigen Europa? Das ist schon eine andere Sache ...

M. A.: Hat die „Solidarność“ Fehler gemacht?

W. B.: Natürlich, jede gesellschaftliche Bewegung macht irgendwelche Fehler. Ein Fehler, den ich sehe: ein zu starker Glaube der „Solidarność“ an sich selbst, ein zu starkes Vertrauen in Möglichkeiten, die sich als unbeständig erwiesen haben. Aber über andere, wirkliche oder wahrscheinliche Fehler kann ich jetzt nicht diskutieren. Anständige Menschen diskutieren nicht in Abwesenheit der Betroffenen, und bekanntlich ist in Polen noch immer die Mehrheit der Anführer und Mitglieder der „Solidarność“ inhaftiert. Weil sie nicht hier sind, kann ich über ihre Fehler nicht diskutieren.

M. A.: Was denken sie über die wirkliche Lage in Polen am 10. November? Über die Aufrufe zu den Streiks und Demonstrationen? Ist das ein Weg, der zu etwas führt?

W. B.: Welcher Weg zu etwas geführt hat, kann man erst mit einem gewissen Abstand beurteilen. Ich war und bin gegen Gewaltanwendung. Aber nicht jeder Protest ist Gewaltanwendung.

M. A.: Ich denke natürlich, dass die gegenwärtige Lage an die Worte von Primas Glemp erinnert. Am 1. November sagte er in Italien zu den ange-

kündigten Demonstrationen, die Kirche sei wegen möglicher Konsequenzen entschieden gegen diese Initiative. „Ich befürchte“, sprach Erzbischof Glemp, „dass der Streik eine große Gefahr darstellen kann“.

W. B.: Ich teile die Meinung von Erzbischof Glemp, wenn er sich vor negativen Konsequenzen fürchtet. Diese negativen Konsequenzen kann man aber nicht genau vorhersagen. Was passiert, liegt nicht nur in den Händen der Gesellschaft, sondern auch der Regierenden. Ich bin der gleichen Meinung wie das Oberhaupt der polnischen Kirche, dass die ganze Lage in Polen genau bedacht werden muss. Das Amt des Primas verlangt es, sich zu allen Ansichten und allen Problemen auf eine möglichst verantwortungsvolle Weise zu äußern. Wenn es um den Primas geht, so hat er selbst mehrmals beide Seiten – auch die Seite der Regierung – vor einer Gewaltanwendung gewarnt, und er war bis zum 9. Oktober, d. h. bis zur Auflösung der „Solidarność“ eindeutig gegen diesen Schritt. Darüber hinaus sagte der Primas genauso klar wie der Papst und wie die anderen polnischen Bischöfe, dass man zwar eine Organisation auflösen kann, aber die Ideen, die Begriffe, die Tendenzen bleiben lebendig. Der Primas hat auch die Polen zum Leben und Wirken im Geiste der „Solidarność“ aufgerufen, auch ohne „Solidarność“-Führung. Das bedeutet sehr viel, wenn nicht organisatorisch, dann moralisch und gesellschaftlich.

M. A.: Die „Solidarność“, das waren vor allem junge Menschen, nicht älter als 30. Sie hatten keine Ahnung von Geschichte und nicht eine solche Lebenserfahrung wie Ihre Generation. Das ist eine Schwäche bei jedem politischen Akteur. Warum ist es nicht gelungen, ihnen Geschichtskennntnisse oder Lebenserfahrung zu vermitteln?

W. B.: Sie sprechen verschiedene Probleme an. Vor allem bestand die „Solidarność“ nicht hauptsächlich aus jungen Menschen. Der „Solidarność“ gehörten 9 bis 10 Millionen Bürger des polnischen Staates an, also sowohl die junge, die mittlere als auch die ältere Generation. In diesem Land, in meinem Land, dominieren jetzt zahlenmäßig die Jungen. Zwei Drittel der Bevölkerung sind jünger als 35. So kam es, dass die Jungen eine größere Rolle in den Gewerkschaften spielten, denn die Arbeiter sind mehrheitlich jung oder in einem mittleren Alter. Diese jungen Menschen waren hingebungsvoll und opferbereit. Sie waren aktiv. Die Jungen besitzen, wie überall auf der Welt, auch bei uns keine Erfahrungen. Ich muss hier jedoch darauf hinweisen, dass sich die jungen Menschen bei uns nicht so sehr von der älteren Generation unterscheiden wie im Westen. In Polen ist der Unterschied zwischen den Generationen nicht so groß wie in Deutschland, Frankreich, auch in Amerika oder in Skandinavien.

M. A.: Woran liegt das in Polen?

W. B.: Ein junger Arbeiter und sein Vater oder ein junger Student und sein Vater bzw. eine junge Studentin und ihre Mutter, also Menschen im Alter von 20, 22, 25 Jahren und die 45-, 48-, 50-Jährigen hören zwar andere Musik, lesen oft andere Bücher, aber wenn es um nationale Themen geht, um die Probleme des Landes, gibt es zwischen ihnen nur Unterschiede in Bezug auf das Temperament. Ihre grundlegenden Ziele sind gleich, sie gehen auf denselben Wegen, in die gleiche Richtung. Sie gehen zusammen. In diesem Sinne haben die jungen Leute keine eigenen historischen Erfahrungen, weil sie sie nicht haben können, sie haben aber in einem viel stärkeren Maße ein historisches Bewusstsein und sind geprägt durch polnische Traditionen, als das in einem anderen Volk denkbar wäre, etwa unter ihren Altersgenossen in Deutschland, England oder Frankreich. Ein junger Pole, ob Student oder Arbeiter, besucht Friedhöfe, schätzt die nationalen Denkmäler, legt Blumen oder Kränze an Gedenkstätten nieder. Und gleichzeitig studiert er ganz normal, besucht Vorlesungen, arbeitet, führt sein eigenes Leben. Tanzt in der Diskothek, aber seine politischen und historischen Reflexionen kreisen um dieselben Orte wie die politischen und historischen Reflexionen seiner Eltern.

M. A.: Vielleicht bin ich falsch informiert, aber es scheint mir, dass trotz dem, was sie gesagt haben, die Mehrheit der jungen Polen eine viel schärfere Reaktion auf die Ereignisse der letzten zwei Jahre fordert.

W. B.: Das ist eine Frage des Temperaments und der Strategie. Die Jungen auf der ganzen Welt, auch in französischen oder deutschen politischen Parteien, fordern eine andere Strategie. Sie fordern ein härteres Vorgehen.

M. A.: Noch ein Beispiel, das vielleicht besser den Sinn meiner Frage illustriert. Und zwar das Verhalten der jungen Menschen in der Kirche. Ihre Einstellung zur Kirchenhierarchie. Bekanntlich finden immer mehr junge Menschen und immer mehr Priester eine gemeinsame Sprache. Sie verstehen den Standpunkt von Primas Glemp und den Bischöfen nicht, die alles, was gerade passiert, als einen Anlass zur Belehrung nehmen und sagen, dass es zu Gewalt kommen kann, dass Vorsicht geboten ist. Auf lange Sicht ist das eine für die Kirche gefährliche Situation.

W. B.: Ich teile ihre Meinung nicht. Neue Bewegungen entstanden und entwickelten sich schon zur Zeit von Kardinal Wyszyński, als Bischof Glemp noch nicht Primas war. Sie, als deutscher Journalist und Katholik, bemerkten damals, dass polnische Arbeiter und Studenten niemanden wegen einer anderen Weltsicht verprügelten. Sogar in den letzten schwierigen Monaten.

Die Jungen waren temperamentvoll, aber sie waren gegen das Blutvergießen und gegen Gewaltanwendung. Ähnlich wie Sie bin ich der Meinung, dass junge Priester oft besser die jungen Leute verstehen, doch dieses Phänomen beobachten wir auf der ganzen Welt. Aber wir als eine Kirche, als eine Gemeinschaft der Gläubigen und als ein Volk sehen in diesen vermeintlichen Differenzen keine Bedrohung. Viele unsere Bischöfe sind sehr beliebt und werden geschätzt, geschweige denn der Papst Johannes Paul II., Jahrgang 1920, also eine ganze Generation älter als Lech Wałęsa, der bald 40. wird und damit nicht zur jüngsten Generation gehört – und doch wurde er zum Idol für das ganze Volk.

M. A.: Ich komme zu einem anderen Thema, der Rolle der Kirche in Polen. Die Kirche in Polen wäre unvorstellbar ohne den polnischen Papst in Rom. Wie schätzt Papst Johannes Paul II. die Rolle der Kirche in Polen ein? Sie kennen ihn so gut, dass sie diese Frage beantworten können.

W. B.: Stimmt, vorher muss ich Sie aber darauf hinweisen, dass Johannes Paul II. bereits der sechste Papst im Verlauf meines Lebens ist.

M. A.: Aber der erste Pole ...

W. B.: So ist es, der erste Pole; aber der sechste Papst, also Pius XI., Pius XII. und weitere. Meine Erinnerung reicht bis in die Zwischenkriegszeit, als Pius XI., Achille Ratti, bis 1939 im Vatikan war. Die römisch-katholische Kirche in Polen war damals dieselbe Kirche wie heute, auch ohne den polnischen Papst. Man sollte das nicht überbewerten, obwohl die Persönlichkeit des aktuellen Papstes eine wichtige Rolle in Polen spielt. Übrigens nicht nur in Polen. Die römisch-katholische Kirche in Polen spielt eine besonders wichtige Rolle seit dem Zweiten Weltkrieg. Im Vergleich mit den Jahren vor dem Krieg kann ich behaupten – denn ich war schon damals, nach meiner im Mai 1939 bestandenen Reifeprüfung, ein vollberechtigter Bürger und bewusster Katholik –, dass die Kirche vor dem Krieg keine derart bedeutende Rolle spielte wie heute.

M. A.: Auf welchem Weg erreichte die Kirche ihre gegenwärtige Position?

W. B.: Durch gemeinsames Leiden mit dem Volk. Über 2600 römisch-katholische Geistliche und vier Bischöfe kamen in deutschen Konzentrationslagern ums Leben. Ein römisch-katholischer Priester war damals in Polen ein Freund, ein Kamerad, ein Kollege, ein Genosse des Arbeiters, des Bauern, des Studenten, des Akademikers. Er war einer von uns. Die römisch-katholischen Priester waren damals unsere Leute, im KZ und während des Aufstands, in guten wie in schlechten Tagen. Das brachte der Kirche in Polen weitere große Errungenschaften. Es floss das Blut der Hoffnung, nicht nur das Blut von Ma-

ximilian Kolbe, sondern auch das Blut von Tausenden unbekanntem Priestern, Klerikern, Ordensschwestern und gläubigen katholischen Laien in den Konzentrationslagern. Danach saßen in den düsteren Jahren des kommunistischen Polen bis zu Stalins Tod Hunderte römisch-katholische Priester in Gefängnissen. Sie waren unsere Brüder, unsere Kollegen. Sie litten. Durch dieses Leiden erlangte damals die römisch-katholische Kirche in Polen ihre Größe. Durch die menschliche Solidarität, durch die menschliche Nachsicht gegenüber anderen. Ich möchte nochmals betonen, dass der Papst oft im Gedenken zu dieser Zeit zurückkehrt. Nicht nur in seiner Ansprache 1979 in Auschwitz, während seiner Pilgerreise nach Polen, sondern auch hier und jetzt, anlässlich der Seligsprechung von Maximilian Kolbe. Johannes Paul II. weiß, dass die Wurzeln des Glaubens der heutigen Generation untrennbar mit den Erfahrungen und dem Leiden der damaligen Zeit verbunden sind.

M. A.: Und jetzt möchte Johannes Paul II. zum zweiten Mal nach Polen zurückkehren, am 18. Juni. Denken sie, dass dieser Termin eingehalten wird? Dieser Termin, dieses Datum wurde doch fast zu einer Drohung, der Pressesprecher der Regierung, Urban, sagte, der Papst könne nicht kommen, wenn keine Ruhe im Land herrsche.

W. B.: Ich denke, weder Sie noch ich sollten als Katholiken dem so viel Aufmerksamkeit schenken, was der Regierungssprecher Urban sagt, sondern vielmehr dem, was der Heilige Vater selbst sagte. Er sagte schon einige Male, dass er die Freilassung von allen Verhafteten und Verurteilten in Polen als notwendig ansieht. Als notwendig für die gesellschaftliche Ruhe. Ich glaube und ich bin tief davon überzeugt, dass der Papst bei diesen grundlegenden Ansichten bleibt.

M. A.: Geht es hier auch um die Rolle der Kirche in dem eigenen Land des Papstes? In den letzten zwei Jahren, im vergangenen Jahr, vor dem 9. Oktober, wandte sich die Kirche wiederholt an die Regierung, warnte die Regierung vor der Auflösung, dem Verbot der „Solidarność“. Jetzt ist es geschehen. Befindet sich die Kirche nicht in einer gefährlichen Situation, wird sie auf längere Sicht im eigenen Land nicht kompromittiert?

W. B.: Ich erinnere Sie wieder daran, dass ich Historiker bin, ein Gegenwartshistoriker. Die Geschichte wird bald zeigen, wer recht hatte. Jene, die warnten, oder jene, die diese Warnungen ignorierten. Ich bin ruhig. Die Taktik der Kirche, das Warnen vor Gewaltakten und vor Drohungen, vor voreiligen Schritten gewisser politischer Kräfte, werden in der Zukunft gut verstanden und beurteilt. Und jetzt? Im Augenblick ist in Polen die Kirche der einzige Zufluchtsort und die einzige Quelle der Zuversicht für die breiten Massen.

M. A.: Aber ich bitte Sie, der Bewegungsraum der Kirche ist in Polen in den letzten Wochen und Monaten sehr eng geworden. Was Konkretes kann die Kirche in der gegenwärtigen Lage denn tun?

W. B.: Sie haben recht, dass der Bewegungsraum der Kirche in letzter Zeit kleiner geworden ist, aber ich erinnere daran, dass sich dieser Wirkungsbereich nicht nur auf materielle Aspekte und konkrete Anlässe beschränkt. Die Kirche hat auch andere Aufgaben, die gar nicht kleiner geworden sind, im Gegenteil. Manche von diesen Aufgaben, die Bildungsmission, moralische und karitative Aufgaben, sind nicht kleiner geworden. Für die Kirche ist es in der heutigen Lage nur immer schwieriger, sie zu erfüllen, aber diese Schwierigkeiten werden die Kirche nie davon abhalten, ihren eigenen Weg zu gehen. Nie. Unter gewissen Bedingungen können Schwierigkeiten der Kirche sogar helfen. Wenn das Volk, wenn die Gesellschaft merkt, dass die Kirche unter Druck steht, dass sie auf Widerstand stößt, dann wird sich unser Volk, unsere polnische Gesellschaft noch stärker mit der Kirche solidarisieren. Die Kirche bekommt dann sogar Unterstützung seitens von Ungläubigen, was übrigens schon früher oft passierte. In dem Lager, in dem ich interniert war, gingen auch Ungläubige zur Messe, um ihre Solidarität mit den Kollegen oder mit dem Bischof auszudrücken. Sie gingen nicht, um zu beten, sondern um mit ihrer Anwesenheit einfach Solidarität zu demonstrieren. Um dort zu sein. Sie bekundeten ihre Solidarität nicht nur den Mithäftlingen, sondern auch dem Priester, dem Vertreter eines freien polnischen Gedankens, nicht nur dem Vertreter der römisch-katholischen Kirche.

M. A.: Trotzdem scheint es mir, dass der Primas in einer schwierigen Lage ist, wenn es um die Suche nach einem Ausdruck für die Position der Kirche unter den gegenwärtigen Umständen geht. Vor ein paar Tagen sagte Primas Glemp das öffentlich in einer seiner Predigten. Mir schien, dass er das sagen musste. Stimmt das?

W. B.: Wo steht geschrieben, dass der Primas von Polen unter einfachen Bedingungen arbeiten muss? In den letzten zweihundert Jahren befanden sich unsere Kirchenhäupter meist in einer schwierigen Lage. Gründe dafür gab es viele. Es hatte jedoch zur Folge, dass die gläubigen Polen inzwischen damit umgehen können. Zweitens, der Primas sagte deutlich, dass die römisch-katholische Kirche Friedensarbeit leisten möchte und nach Frieden strebt. Kein Bischof auf der Welt hätte die gegenwärtige Lage und die Anspannung anders darstellen oder beurteilen können. Drittens, der Primas warnte zwar die temperamentvolle Jugend, aber betonte gleichzeitig, dass die Kirche die konkreten Entscheidungen den Personen und Organisationen überlässt, dass die Kirche politische Parteien oder Gewerkschaften weder

ersetzen will noch kann. Die Kirche bleibt bei uns gewissermaßen ein Schirmherr für verschiedene Aktivitäten von Menschen und gesellschaftlichen Bewegungen, sofern diese Aktivitäten dem Geist der Nächstenliebe folgen. Dem Geist einer rein menschlichen Solidarität, einer Solidarität ohne jede Führung.

M. A.: Noch ein Blick in die Zukunft. Im Februar sagte Erzbischof Glemp, dass in diesem Tunnel, er meinte die gegenwärtige Lage in Polen, kein Licht zu sehen sei. Kein Ausgang. Aber, so fuhr er fort, wir müssten Geduld haben, wir müssten durchhalten. Und das Flugblatt der „Solidarność“, das ich am Anfang zitierte, verkündet auch, dass eine Zeit gekommen sei, die wir überstehen müssten. Ich kann mir vorstellen, dass diese Worte nach Zuversicht klingen, weil sie konkret sind. Was soll aber in Polen weiter geschehen? Wie sieht der polnische Traum von der Zukunft aus?

W. B.: Als gläubige Katholiken spielen wir nicht mit Voraussagen und Prophezeiungen. Ich kann ihnen nur sagen, dass es eine Zeit zum Handeln gibt und eine Zeit zum Denken. Und auch eine für Reflexion. Es gibt eine Zeit, sich auf die Zukunft vorzubereiten, das hat die Kirche immer gut verstanden. Und das verstehen auch bei uns die denkenden Menschen. Persönlich bin ich der Meinung, dass Gott nicht auf der Seite der Stärkeren steht. Ich bin tief davon überzeugt, und daran glaube ich stark, dass das Leiden immer ein Ziel hat. Das bezieht sich sowohl auf das Leid des Einzelnen als auch das Leid ganzer Gesellschaftsgruppen oder Völker. Es gibt eine Gerechtigkeit in der Geschichte. Ich glaube an eine Hierarchie der Werte, in der ein Recht aller Völker auf ein Leben in Würde und Freiheit verankert ist. Der in Polen geborene große jüdische Denker Martin Buber, auch in Deutschland gut bekannt, sagte einmal: „Der Erfolg ist keiner der Namen Gottes“. Trotzdem glaube ich, dass wir, Menschen guten Willens, bereit Opfer zu tragen, unsere Ziele erreichen. Wenn nicht zu unseren Lebzeiten, dann später. Ein Volk, eine Gesellschaft lebt nicht nur zur Zeit eines Papstes, eines Bischofs oder eines Erzbischofs. Ein Volk muss leben. Und ein katholisches, westliches Volk an dieser Stelle Europas, an diesem Ort der Welt, von dem Johannes Paul II. so schön während seiner Pilgerreise nach Spanien sprach, wird auch diese Probe bestehen und die nächsten. Wenn sie kommen ...

Das Warschauer Ghetto – wie es wirklich war. Zeugenbericht eines Christen¹

Von der Redaktion: *Nach dem Krieg verbrachte Bartoszewski sechseinhalb Jahre in polnischen Gefängnissen. Nach Verhängung des Kriegsrechts 1981 war er für vier Monate interniert. Bartoszewski veröffentlichte zehn Bücher und über 400 wissenschaftliche Abhandlungen zu zeitgeschichtlichen Themen, insbesondere zu den deutsch-polnischen und jüdisch-polnischen Beziehungen. Kürzlich erhielt er den Gottfried-von-Herder-Preis für das Jahr 1983. Z. Zt. hält sich der Autor am Wissenschaftskolleg in Berlin auf. Für Frühjahr 1984 ist seine Rückkehr nach Polen vorgesehen. Nachstehender Beitrag ist ein Vortrag, den er auf Einladung der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit im Februar 1983 in Bonn gehalten hat. Es handelt sich dabei um Auszüge aus seinem Buch Herbst der Hoffnungen. Es lohnt sich, anständig zu sein, das im August 1983 im Herder Verlag erscheinen wird.*

In diesem Jahr wurde insbesondere in Israel und in Polen des 40. Jahrestages des Warschauer Ghetto-Aufstandes gedacht. In Polen waren die offiziellen Feiern von Anfang an umstritten: Der letzte noch lebende Ghetto-Kämpfer, der Arzt Marek Edelman, seinerzeit Präsidiumsmitglied von „Solidarność“ im Gebiet Lodz, hatte sich frühzeitig gegen eine Teilnahme an den Feierlichkeiten ausgesprochen. [...] Die Tatsache, dass es Lech Wałęsa verwehrt wurde, am Warschauer Mahnmahl einen Kranz niederzulegen, dass dies jedoch Vertretern der PLO gestattet wurde, mag die Intentionen der derzeitigen polnischen Führung hinreichend kennzeichnen. Den Stellenwert, der dem Warschauer Ghetto-Aufstand nicht nur in der jüdischen Geschichte zukommt, vermögen derlei Manipulationen nicht zu beeinträchtigen. Die Kämpfer des Ghettos – fast ausnahmslos sehr junge Männer und Frauen – waren sich der Tatsache, dass ihr Aufstand mit einer Niederlage enden musste, voll bewusst. Ihr Beispiel führte im Laufe des Jahres 1943 zu weiteren jüdischen Aufständen (in Tschernostochau, Białystok, Będzin, ja selbst im Vernichtungslager Treblinka und im Lager Sobibor). Ungeachtet seiner von vornherein besiegelten Ausweglosigkeit zählt dieser Aufstand zu den großartigen, ja trostreichen Ereignissen der jüngeren Geschichte.

¹ Władysław Bartoszewski, „Das Warschauer Ghetto – wie es wirklich war. Zeugenbericht eines Christen“, in: *Kontinent. Ost-West-Forum* 3/1983, S. 24–36. Eine gekürzte Fassung erschien auch in *Zur Debatte* 3/1983, S. 8–10. Gesamter Text: Władysław Bartoszewski, *Das Warschauer Ghetto – wie es wirklich war*, mit einem Vorwort von Stanisław Lem, Frankfurt am Main 1983.

Meine Heimat ist Polen und meine Geburtsstadt Warschau. Im Jahre 1939 war jeder zehnte Einwohner Polens und jeder vierte Einwohner Warschaus ein Jude. In Polen fanden auch zahlreiche Flüchtlinge Schutz, die vor den Naziverfolgungen in Deutschland und Österreich in meiner Heimat Zuflucht suchten.

Die ersten Bomben der Hitlerschen Luftwaffe fielen auf Warschau. Die Stadt wurde am 1. September 1939 bombardiert und nach einigen Tagen bereits von der sie einkreisenden Hitler-Armee unmittelbar bedroht. Von den Eindrücken jener in Warschau erlebten schweren Tage blieben mir besonders die Opferbereitschaft und die Hingabe in Erinnerung, mit welcher die Juden einschließlich ihrer für gewöhnlich in völliger Isolation von der polnischen Umgebung lebenden orthodoxen Glaubensbrüder Schulter an Schulter mit uns freiwillig Barrikaden errichteten und am Kampf teilnahmen. Nach der einige Wochen dauernden Belagerung musste Warschau als einer der letzten Orte, die Widerstand leisteten, kapitulieren.

Damals nahmen die tragischen Jahre der Okkupation ihren Anfang, die, wie man bald wusste, für Polen und Juden gleichermaßen schwer sein würden. Das Problem des Schicksals einer so großen Massierung jüdischer Bevölkerung im besetzten Polen und damit der Chance und der Versuche, sie zu retten, kann nicht betrachtet werden, ohne die Lebensbedingungen des polnischen Volkes zu kennen, die anders und bedeutend schwieriger waren als zum Beispiel jene der Franzosen, Belgier, Holländer oder Dänen. Nur die Völker der besetzten Länder Osteuropas waren neben den Juden im Fall eines Sieges Hitlers zur völligen Ausrottung verurteilt.

Während des Nürnberger Prozesses wurde Himmlers sogenannter Generalplan Ost der Öffentlichkeit bekanntgegeben, demzufolge 50 Millionen Slawen, darunter etwa 20 Millionen Polen, nach dem Sieg über die Sowjetunion zwangsweise nach Sibirien umgesiedelt und die polnische Intelligenzschicht völlig beseitigt werden sollten.

Die Pläne für die Vernichtung der Juden in Polen wurden von den Nationalsozialisten in solch perfider Weise durchgeführt, dass sowohl die jüdische Gemeinschaft als auch wir Übrigen bis zum Ende des Jahres 1941 über die grauenvolle Situation und über die endgültigen Absichten der Nazis keine völlige Klarheit hatten.

Todesstrafe für Hilfe an Juden

Im Frühsommer 1941 kehrte ich mit einigen hundert anderen aus dem Konzentrationslager Auschwitz freigelassenen Männern nach Warschau zurück. Im Zuge einer Massenaktion, die sich gegen die Intelligenzschichten Warschaus richtete, war ich im Jahre 1940 verhaftet und als politischer Gefangener Nummer 4427 ins Lager verbracht worden. Ich war damals kaum neunzehn Jahre alt, aber bald sammelte ich über mein Alter hinaus bittere Erfahrungen, obwohl dies eine Zeit war, in der man noch keine Gaskammern und Massentötung, sondern nur den „normalen“ Erschöpfungstod durch übermäßige, die Kräfte übersteigende Arbeit, unvorstellbaren Hunger und bestialische Schläge kannte. Vor meiner Verhaftung war ich Angestellter des Polnischen Roten Kreuzes im besetzten Warschau. Die Probleme der karitativen Tätigkeit und der Hilfeleistung für durch Kriegshandlungen geschädigte Personen waren mir somit keineswegs fremd. Im Lager, wo ich das tiefste menschliche Elend sah und erlebte, gewann ich die Überzeugung, dass die Probleme der Hilfeleistung an die Geschädigten und Opfer des Naziterrors als die allerwichtigsten zu betrachten wären.

Vor meiner Einlieferung nach Auschwitz gab es in meiner Heimatstadt noch kein Ghetto. Die Trennung eines Teiles von Warschau durch eine drei Meter hohe Mauer und die zwangsweise Ansiedelung einer halben Million Menschen innerhalb dieser waren die bedeutendsten Änderungen, die ich dort nach meiner Rückkehr vorfand. Auf der „arischen“ Seite der Mauer lebten in der polnischen Gemeinschaft illegal einige tausend, ja vielleicht mehr als zehntausend Juden, die Tauf- und Geburtsurkunden, auf „arische“ Namen lautender gefälschter Arbeits- und Kennkarten, eines Daches über dem Kopf und oft auch finanzieller Hilfe bedurften. Meine erste Berührung mit dem Problem der Hilfeleistung an die im Untergrund Lebenden (es war dies in den Wintermonaten 1941/42) betraf gerade die Beschaffung von Dokumenten für Leute, die ich nicht persönlich, sondern nur von einem Foto kannte, welches auf diese Dokumente geklebt wurde. Mit der Versorgung der Juden, die sich inner- und außerhalb von Warschau versteckt hielten, und mit gefälschten Dokumenten beschäftigten sich übrigens damals viele Angehörige der verschiedenen Untergrundorganisationen sowie auch katholische Geistliche. Mitte 1942 kam ich mit zwei im Polen der Vorkriegsperiode geschätzten Persönlichkeiten in Berührung, die in ganz verschiedenen ideologisch-politischen Bereichen tätig waren: Die eine von ihnen, Zofia Kossak-Szatkowska, war eine in Europa bekannte katholische Schriftstellerin, die seit Anfang der Nazi-Okkupation illegal in Warschau

lebte und wegen ihrer antinazistischen Einstellung vor dem Krieg von der Gestapo gesucht wurde; die zweite, Wanda Krahelska-Filipowicz, stand während ihrer Studentenjahre sozialistischen Kreisen nahe und verübte als junge Studentin vor dem Ersten Weltkrieg das berühmte Bombenattentat auf den damaligen russischen Statthalter von Warschau, General Skallon. Die beiden führten schon seit vielen Monaten eine geheime Rettungsaktion für die Flüchtlinge aus den Ghettos, vor allem für Frauen und Kinder, durch, die in der Bereitstellung von materiellen Mitteln, Dokumenten und Unterkünften bestand. Ihr großer Bekanntenkreis und ihre soziale Autorität waren ihnen dabei von großem Nutzen. Sie widmeten sich mit großer Hingabe und ganzem Herzen der Sache und begrüßten mit Freude jeden Menschen, der das Risiko wagte, an dieser Aktion mitzuwirken. Ich traf mit Zofia Kossak sofort ein Übereinkommen und wirkte seither oftmals als Verbindungsmann zwischen ihr und verschiedenen Personen, sowohl Polen als auch Juden, mit denen sie zusammenarbeitete; ich übermittelte Dokumente und Geld und nötigenfalls Warnungen.

Die Fluchtversuche aus dem Ghetto wurden im Laufe der Zeit immer häufiger. Die Zahl der Juden, die sich unter der polnischen Bevölkerung und mit ihrer Hilfe versteckten, stieg beträchtlich. Diese Tatsache, den Nazis zweifellos bekannt, veranlasste sie zu Repressalien. Die Verordnung von Hans Frank vom 15. Oktober 1941 besagte: „Juden, die den ihnen zugewiesenen Wohnbezirk unbefugt verlassen, werden mit dem Tode bestraft. Die gleiche Strafe trifft Personen, die solchen Juden wissentlich Unterschlupf gewähren [...]. Anstifter und Gehilfen werden wie Täter, die versuchte Tat wird wie die vollendete bestraft.“ Der Verkauf oder das Verschenken von Lebensmitteln, ja selbst das Überreichen eines Glases Wasser an einen Verdurstenden, wurden bereits als Hilfeleistung an die Juden betrachtet. Unter solchen Bedingungen zog jeder Versuch, den Verfolgten zu helfen, bereits in der Zeit vor deren Massenvernichtung das Risiko der Ausrottung ganzer Familien nach sich, weil die Nazis in diesem Fall für gewöhnlich das Prinzip der Kollektivverantwortung anwendeten.

Selbst der Ordnungsdienst salutierte

In den letzten Monaten des Jahres 1941 und zu Beginn des Jahres 1942 trafen in Warschau, Krakau und anderen Zentren des polnischen Widerstandes im Landesinneren Nachrichten über Massenerschießungen von Juden ein, die in den ersten Monaten nach dem am 22. Juni 1941 begonnenen Krieg gegen die UdSSR in den von den Deutschen besetzten Gebieten statt-

gefunden hatten. Sie berichteten von Massenexekutionen im Gebiet von Białystok, in Wilna, in der Stadt Nowogródek und der Wojewodschaft Nowogródek, in Polesie und Wolynien, in Lemberg und der Wojewodschaft Lemberg, auch in Stanisławów und Tarnopol.

Im Dezember 1941 hatte man das Vernichtungslager Kulmhof (in Chełmno am Ner) „in Betrieb genommen“, wo man Männer, Frauen und Kinder aus den kleinen Städten des „Warthegaus“ und aus dem Ghetto von Lodz in den Tod schickte.

Am 20. Januar 1942 fiel in Berlin – wie bekannt – die Entscheidung über die „Endlösung der Judenfrage“. Die Menschen, die bisher nicht imstande waren sich vorzustellen, dass die völlig grundlose Ermordung Tausender unschuldiger Frauen, Männer und Kinder möglich sei, hatten im Laufe des Jahres 1942 die letzten Illusionen verloren. Die Deutschen begannen mit der vollständigen Liquidierung der Ghettos in verschiedenen Teilen Polens, indem sie deren Bewohner unter dem Vorwand der Umsiedlung in die neugeschaffenen Vernichtungslager Treblinka, Sobibor, Belzec, Auschwitz-Birkenau und Majdanek verschickten. Am 22. Juli 1942 betrat SS-Hauptsturmführer Hoefle mit Gefolge die jüdische Gemeinde in Warschau. Man erklärte, dass – von einigen Ausnahmen abgesehen – die Juden ohne Unterschied von Alter und Geschlecht „nach Osten“ ausgesiedelt werden sollen. Der letzte Satz im Tagebuch Adam Czerniakows, des Vorsitzenden des Judenrates im Ghetto Warschau, vom 23. Juli 1942: „3 Uhr. Bis jetzt sind 4000 zum Transport. Bis 4 Uhr haben es laut Befehl 9000 zu sein“. Keine volle Stunde nach der Niederschrift dieser Worte nahm sich Adam Czerniakow das Leben. Am selben Tage ging der erste Transport mit Bewohnern des Warschauer Ghettos ab in das Vernichtungslager Treblinka II.

Am 4. August 1942 schrieb der bekannte Arzt, Pädagoge und Schriftsteller Janusz Korczak, damals im Warschauer Ghetto, in sein Tagebuch:

Ich habe die Blumen gegossen, die armen Pflanzen des Waisenhauses, die Pflanzen des jüdischen Waisenhauses. Die verbrannte Erde atmete auf. Der Wachposten hat meiner Arbeit zugesehen. Ob ihn meine friedliche Arbeit um 6 Uhr morgens reizt oder ihn rührt? Er steht und guckt. Die Beine breit auseinandergestellt. [...] Die Blätter, an denen ich mitgearbeitet habe, sind geschlossen, eingestellt worden, pleite gegangen. Der Herausgeber hat sich das Leben genommen, er war ruiniert. Und das alles nicht, weil ich Jude bin, sondern weil ich im Osten geboren wurde. Es könnte ein schwacher Trost sein, dass es auch dem stolzen Westen nicht besser geht. Es könnte sein, aber es ist es nicht. Niemandem wünsche ich Schlechtes. Ich kann das nicht. Ich weiß nicht, wie man das macht. [...] Ich gieße Blumen. Meine Glatze im

Fenster – so eine schöne Zielscheibe. Er hat einen Karabiner. Warum steht er und schaut ruhig zu? Er hat keinen Befehl. Vielleicht war er im Zivilleben Lehrer auf einem Dorf, vielleicht Notar, Straßenfeger in Leipzig, Kellner in Köln? Was würde er machen, wenn ich ihm mit dem Kopf zunicken würde? Freundlich mit der Hand zuwinkte? Vielleicht weiß er nicht einmal, dass es so ist, wie es ist? Es kann sein, dass er erst gestern von weither gekommen ist ...

Am 5. August 1942 – wie Dr. Adolf Berman, der links-zionistische Widerständler im Warschauer Ghetto berichtete – „trieb man während einer grausamen Blockade einer Reihe von Straßen im ‚Kleinen Ghetto‘ die Kinder aus ihrem provisorischen Quartier (das Waisenhaus musste dreimal umziehen), und zusammen mit vielen tausend Menschen jagte man sie auf den Umschlagplatz. Korczak hatte viele Male – bis zum Schluss – die Gelegenheit, sich zu retten und heimlich das Ghetto zu verlassen. Er nahm sie nicht wahr, er verließ die Kinder nicht. Es verließ sie auch seine langjährige engste Mitarbeiterin Stefania Wilczyńska nicht. Ein Augenzeuge der letzten Augenblicke des Korczak-Waisenhauses vor Abtransport in die Gaskammern von Treblinka, Nachum Remba, ehemaliger Sekretär der jüdischen Gemeinde in Warschau, vermerkte in seinem Bericht, der aufbewahrt und erhalten geblieben ist im Geheimen Archiv des Warschauer Ghettos, das Dr. Emanuel Ringelblum angelegt hatte:

Dicht bei dicht lief die Menschenmenge, mit Peitschenschlägen angetrieben. Plötzlich befahl Herr Sz. (Szmeling – der jüdische Kommandant des Umschlagplatzes), die Heime wegzuführen. An der Spitze des Zuges war Korczak! Nein! Diesen Anblick werde ich nie vergessen. Das war kein Marsch in die Waggons, das war ein organisierter stummer Protest gegen das Banditentum! Im Gegensatz zur dichtgedrängten Menge, die wie Vieh zur Schlachtbank lief, begann nun ein Marsch, wie es ihn bisher noch nie gegeben hat. Alle Kinder waren in Viererreihen angetreten, an der Spitze Korczak, die Augen zum Himmel gerichtet, an den Händchen fasste er zwei Kinder, er führte den Zug. Die zweite Abteilung führte Stefania Wilczyńska, die dritte Broniatowska (ihre Kinder hatten blaue Rucksäcke), die vierte Abteilung führte Szternfeld aus dem Internat in der Twarda Straße ... Selbst der Ordnungsdienst war stillgestanden und salutierte. Als die Deutschen Korczak sahen, fragten sie: „Wer ist der Mensch?“

Die Heldentat Janusz Korczaks, der mit den Kindern, die er betreute und die er nicht verlassen wollte, nach Treblinka in den Tod ging, wurde schon nach einigen Tagen zur Legende.

6. August 1942. Das *Biuletyn Informacyjny* (Nr. 31) bemerkt im Bericht über den Fortgang der Liquidierung des Ghettos: Wenngleich man schon in

der ersten Woche der „Aktion“ ca. 50 Waggons täglich an der Rampe auf dem Umschlagplatz bereitgestellt hatte, so „sind es gegenwärtig, im Zusammenhang mit der Zunahme der Zahl der Deportierten, viel mehr. In die Waggons werden 100 bis 150 Menschen geladen, man stößt sie mit Gewehrkolben hinein. Vor der Verladung findet die Selektion der Opfer statt. Frauen werden von Männern getrennt. Kinder entreißt man den Müttern und steckt sie in gesonderte Waggons.“

„Jedes menschliche Wesen hat ein Recht auf Nächstenliebe“

In den ersten Augusttagen 1942 gab die konspirative katholische sozialerzieherische Organisation „Front für die Wiedergeburt Polens“ in 5000 Exemplaren ein spezielles Flugblatt mit dem Titel „Protest“ heraus. Sein Verfasser, die bedeutende katholische Schriftstellerin Zofia Kossak-Szatowska, appellierte an die Herzen und Gewissen aller Polen, die an Gott glauben, ebenso an all jene, die bisher den Juden gegenüber nicht wohlgesinnt waren, eine moralisch eindeutige Position gegenüber dem Verbrechen zu beziehen:

[...] Die Welt schaut auf dieses Verbrechen, das schrecklicher ist als alles, was die Geschichte bisher erlebt hat, und – schweigt. Millionen wehrloser Menschen werden inmitten allgemeinen, unheimlichen Schweigens hingeschlachtet. Es schweigen die Henker, sie brüsten sich nicht mit dem, was sie tun. England und Amerika erheben nicht ihre Stimme, es schweigt sogar das einflussreiche internationale Judentum, das doch früher so empfindlich auf jedes Vergehen gegen die eigenen Leute reagierte. Es schweigen auch die Polen. Die Polen, die politischen Freunde der Juden, beschränken sich auf einige Zeitungsmeldungen, die polnischen Gegner der Juden bekunden Mangel an Interesse für eine ihnen fremde Angelegenheit. Die sterbenden Juden sind von lauter, sich die Hände in Unschuld waschenden Pilatusen umgeben ... Wir wollen keine Pilatusse sein! Wir können aktiv nichts gegen die deutschen Metzeleien unternehmen, wir können nicht helfen, niemanden retten – aber wir protestieren aus der Tiefe des Herzens derer, die von Mitleid, Entrüstung und Grauen ergriffen sind. Diesen Protest verlangt Gott von uns, Gott, der nicht erlaubt hat zu töten. Ihn verlangt das christliche Gewissen. Jedes Wesen, das sich Mensch nennt, hat ein Recht auf Nächstenliebe. Das Blut Wehrloser schreit zum Himmel nach Rache. Wer nicht mit uns diesen Protest unterstützt – der ist kein Katholik!

Am 13. August 1942 lesen wir im Organ der geheimen AK (Armia Krajowa, Heimatarmee) *Wiadomości Polskie* (Nr. 14–15) in einem umfangreichen Artikel unter dem Titel „Hinter den Ghettomauern“:

Die Ausrottung von Millionen Menschen aus rein rassistischen Gründen wirft ein schlechtes Licht auf die Ideologie, aus der heraus diese Morde als ihre Folge, ja, Ausgeburt und letzte Konsequenz erwachsen sind. Nach 2000 Jahren Siegeszug der Lehre Christi von der Nächstenliebe und nach noch längeren Zeiträumen, in denen alle Religionen der Welt das Gebot gepredigt haben, „Du sollst nicht töten“, lebt im Herzen Europas ein Volk, das sich christlich nennt und im Namen des Christentums angeblich gegen bolschewistische Gottlosigkeit kämpft, das solche Unmenschlichkeit verübt ... Man muss vielleicht bis in das finstere Mittelalter oder noch weiter – bis zu den vorgeschichtlichen Höhlenmenschen – zurückgehen, um verwandte, tierische Neigungen zu entdecken. Dafür fehlen alle Begriffe in der menschlichen Sprache!

Die polnische konspirative Leitung des Zivilkampfes gab Mitte September 1942 in der geheimen Presse des Widerstandes in Polen folgende Erklärung ab:

Neben der Tragödie, die das vom Feind dezimierte polnische Volk durchmacht, dauert auf unseren Gebieten seit nahezu einem Jahr ein ungeheuerliches, planmäßiges Abschachten der Juden an. Dieser Massenmord ist in der Weltgeschichte ohne Beispiel, im Vergleich mit ihm verblassen alle uns aus der Geschichte bekannten Grausamkeiten. Säuglinge, Kinder, Jugendliche, Erwachsene, Alte, Krüppel, Kranke, Gesunde, Männer, Frauen, jüdische Katholiken und Juden jüdischen Glaubensbekenntnisses werden ohne jeden anderen Grund, nur wegen der Zugehörigkeit zum jüdischen Volk, mitleidslos ermordet, mit Gas vergiftet, lebend begraben und aus Obergeschossen aufs Straßenpflaster geworfen – wobei sie vor dem Tode noch die zusätzliche Pein des langsamen Dahinsiechens, die Hölle der Erniedrigung und der Qual, der zynischen Misshandlung durch die Henker durchmachen. Die Zahl der auf diese Weise umgebrachten Opfer übersteigt eine Million und wird von Tag zu Tag größer.

Da die Leitung des Zivilkampfes dem nicht aktiv entgegenwirken kann, erhebt sie im Namen des ganzen polnischen Volkes Protest gegen das an den Juden begangene Verbrechen. In diesem Protest vereinigten sich alle politischen und gesellschaftlichen Organisationen Polens. Genauso wie im Falle der polnischen Opfer trifft die physische Verantwortung für diese Verbrechen die Henker und ihre Helfershelfer.

Erste organisierte Hilfeleistung

Am 21. September 1942 ist die „große Liquidierungsaktion“ des Warschauer Ghettos im großen und ganzen abgeschlossen. In ihrem Verlauf deportierte man über 310 000 Männer, Frauen und Kinder aus dem Ghetto in den

Tod, hauptsächlich nach Treblinka II. Offiziell waren jetzt etwa nur noch 35 000 Personen, die in verschiedenen für die Deutschen arbeitenden Werkstätten beschäftigt waren, in dem bedeutend verkleinerten Ghetto Gelände am Leben. Tatsächlich aber blieben noch annähernd 70 000 Juden innerhalb der Mauern der Ghettos am Leben, abgesehen von jenen, die sich unter der polnischen Bevölkerung versteckt hielten. Bedingt durch den steigenden Naziterror und das allgemeine Elend waren die individuellen Hilfsakte seitens der Menschen guten Willens nicht ausreichend. Eine umfangreiche Hilfsaktion war dringend notwendig. Während auf jüdischer Seite die im Untergrund tätigen zionistischen Organisationen und der BUND (Jüdische Arbeiterpartei, antizionistisch ausgerichtet, 1897 in Wilna gegr.) mit dem Ziel einer gemeinsamen Aktion gegen den Feind eine Verständigung erzielten, gelang es uns auf der polnischen Seite während der Sommer- und Herbstmonate des Jahres 1942, die Zustimmung einiger Untergrundorganisationen zur Schaffung einer gemeinsamen illegalen Institution für die Hilfeleistung an die Juden zu erreichen. Ich hatte Gelegenheit, an der Schaffung dieser Organisation seit den ersten Anfängen teilzunehmen, und konnte persönlich bei der Fühlungnahme mit den Vertretern des BUND und der zionistischen Organisationen im Herbst 1942 in Warschau mitwirken.

Im Dezember 1942 konstituierte sich die neue Organisation formell unter dem Namen „Hilfsrat für Juden“ (Rada Pomocy Żydom). Für den laufenden Gebrauch wurde gleichzeitig der Deckname ŻEGOTA angenommen, um in der Korrespondenz und den Gesprächen das gefahrbringende Wort „Juden“ zu vermeiden.

Das historische Datum, Dezember 1942, stellte den Beginn der Zusammenarbeit der Polen und Juden zum Zweck der Rettung einer möglichst großen Zahl von Menschen vor dem über das ganze jüdische Volk vom nationalsozialistischen Deutschland verhängten Todesurteil dar. Die bemerkenswerte Entwicklung des Hilfsrates für die Juden in den nachfolgenden Kriegsjahren, die Teilnahme von neuen politischen Gruppen (zum Beispiel des sozialistischen linken Flügels), die Schaffung von reibungslos arbeitenden Zweigstellen in Krakau und Lemberg sind Ereignisse, die einer besonderen Würdigung bedürfen.

Ein versteckt lebender Jude musste wenigstens über eine Geburtsurkunde, eine Arbeitskarte und eine sogenannte Kennkarte verfügen. Die Geburtsurkunden konnten für die im Versteck Lebenden leicht durch die Pfarrer beschafft werden, die zur Ausfertigung der Dokumente die Namen jener verstorbenen Personen benutzten, deren Ableben in den Pfarrbüchern nicht vermerkt worden war. Die Kennkarten und Arbeitskarten wurden fabriziert, und zwar auf diese Weise: Auf den mit Hilfe von polnischen

Beamten entwendeten Blankoformularen wurde ein falscher „arischer“ Name für den Juden eingesetzt, der sich außerhalb des Ghettos versteckt hielt. Bei zufälligen Straßenkontrollen – und man darf nicht vergessen, dass die Ausweiskontrolle von Passanten auf der Straße damals in Polen zur täglichen Ordnung gehörte – genügte ein solches Dokument im allgemeinen, insbesondere bei Frauen.

Repressionen

Schwieriger als die Versorgung der im Versteck lebenden Menschen mit falschen Papieren war die Beschaffung eines Wohnraumes für sie. Der Grund hierfür lag nicht allein in der Tatsache, dass auf der Gewährung von Unterschlupf für Juden die Todesstrafe stand, sondern darin, dass die Wohnverhältnisse der überwiegenden Mehrzahl der polnischen Familien während der Okkupation überaus schlecht waren und dass nahezu jedes Haus durch die Inhaftierung zumindest eines Familienmitglieds in Nazigefängnissen, in Lagern belastet oder bedroht war. Sowohl die Wohnungen der polnischen Intelligenz als auch die des Stadtproletariats waren zu allen Tages- und Nachtzeiten von Haussuchungen bedroht und wurden überwacht. Gestapo und SS-Abteilungen auf der Suche nach versteckten Reserveoffizieren, geflüchteten Kriegsgefangenen oder nach beim Arbeitsamt nicht registrierten Jugendlichen fanden oftmals versteckte Juden.

Dies hatte in der Regel tragische Folgen: Josef Burzmiński, Zahnarzt aus Przemyśl, berichtete während des Eichmann-Prozesses in Jerusalem, wie er Zeuge der Ermordung einer achtköpfigen Familie durch die Nazis wurde, weil im Haus dieser Familie ein einziges jüdisches Kind versteckt war. Professor Kazimierz Kolbuszewski, der hervorragende Literaturhistoriker und ehemalige Dekan der humanistischen Fakultät in Wilna, wurde in Lemberg 1942 wegen Hilfeleistungen für seine früheren jüdischen Studenten verhaftet und im Jahre 1943 im Lager Majdanek ermordet; zahlreiche Bauernfamilien in vielen Ortschaften wurden für die Gewährung eines Unterschlupfes an Juden erschossen. Ich selbst erinnere mich noch deutlich des Tages, an dem Bekannte in meine, durch verschiedene konspirative Kontakte belastete Wohnung einen Flüchtling aus dem Lager Lemberg-Janowska, den Buchhändler Maurycy Gelber aus Lemberg, brachten. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, da ich selbst die Absicht hatte, die Wohnung zu verlassen, weil ich mich begründeterweise bedroht fühlte. Ich musste zusätzlich für ihn Schutz und Zuflucht suchen. Um bloß diesem

einzigem Mann zu helfen, mussten einige meiner Bekannten und eine Anzahl anderer anständiger, aber völlig fremder Menschen in die Angelegenheit eingeweiht werden. Der Flüchtling überlebte all dies glücklicherweise und lebt jetzt unter einem anderen Namen in den Vereinigten Staaten.

Trotz größter Bemühungen konnte jedoch nicht jeder gerettet werden. Ein Beweis hierfür ist das Schicksal von Emanuel Ringelblum, der, nachdem er im Jahr 1943 mit Hilfe von Polen aus dem Vernichtungslager gerettet worden war, im März 1944 gemeinsam mit rund dreißig anderen Juden und der gesamten polnischen Familie, die ihnen in Warschau Zuflucht gewährt hatte, ermordet wurde.

Der jüdische Untergrund formiert sich

In der zweiten Hälfte des Jahres 1942 zeichnete sich bei den bis dahin geretteten und in geschlossenen Wohngebieten zusammengedrängten Juden deutlich der Entschluss ab, im Fall von weiteren Mordaktionen den Nazis Widerstand zu leisten. Die bereits im Sommer 1942 im Warschauer Ghetto bestehende Untergrund-Kampforganisation wurde mit Unterstützung von Menschen verschiedener Weltanschauung, des mittleren und linken Flügels der Zionisten sowie des BUND umgestaltet. Am 2. Dezember 1942 nahm diese Organisation den offiziellen Namen „Jüdische Kampforganisation“ (*Żydowska Organizacja Bojowa*, ŻOB) an, unter welchem sie später ruhmvoll in die Geschichte der europäischen Widerstandsbewegung einging. Die Beweggründe der jungen Leute, deren Alter zwischen zwanzig und dreißig Jahren lag und die die Kampforganisation ins Leben riefen, waren idealistische: „Wir wollen nicht unser Leben retten. Wir wissen, dass keiner von uns lebendig hier herauskommt, aber wir wollen die menschliche Würde retten“, erklärte im Herbst 1942 der Vertreter der Jüdischen Kampforganisation Arie Wilner. „Erinnert euch, dass wir, die jüdische Zivilbevölkerung, uns an der Front des Kampfes um Freiheit und Menschlichkeit befinden!“, lautete einer der ersten Aufrufe der Jüdischen Kampforganisation vom Dezember 1942.

Gegen Ende 1942 wurde bei der Vertretung der polnischen Regierung, die im besetzten Lande tätig war, ein besonderes Referat geschaffen, welches von dem Judenreferat der militärischen Organisation Heimatarmee sämtliche Kontakte, also die Verbindungen zu den jüdischen politischen Kämpfern sowie die karitativen Angelegenheiten übernehmen sollte. Die AK – die Heimatarmee – sollte sich aber weiterhin mit den Fragen der

Kampforganisation beschäftigen. Der Leiter des neuentstehenden Referats „Jan“ schlug mir die Funktion seines Vertreters vor, da ich bereits seit einigen Monaten über Verbindungen sowohl zu den Zionisten als auch zum BUND verfügte. Ich nahm diese Funktion aus dem Gefühl der Notwendigkeit heraus an, hegte aber die Befürchtung, ihr nicht voll gewachsen zu sein, weil ich gleichzeitig im Hilfsrat für Juden verbleiben sollte.

Seit Anfang 1943 verband ich also zwei Funktionen: die Tätigkeit eines Mitgliedes des Rates, der alle sozialen Organisationen in sich vereinigte, und die Obliegenheiten des Stellvertreters des Repräsentanten der polnischen Regierung für jüdische Fragen. Dies änderte jedoch nicht viel an meinen Beziehungen zu den Menschen; ich traf weiterhin die Vertreter der polnischen Untergrundbewegung und der Geheimorganisationen, die mit ihr zusammenwirkten. Von diesem Zeitpunkt bis zum Ausbruch des allgemeinen Warschauer Aufstandes im Jahr 1944 gingen durch die Untergrundzelle, in der ich arbeitete, sämtliche Funkprüche und Berichte der jüdischen Untergrundbewegung nach England, den Vereinigten Staaten und nach Palästina, an die Funktionäre des Jüdischen Weltkongresses, an die Zionistische Weltorganisation und an den BUND in der freien Welt sowie auch die Geldbeträge, die von diesen Organisationen für die Juden in Polen überwiesen wurden.

Uns, einer Gruppe von Menschen aus der polnischen Untergrundbewegung, die auf der „arischen“ Seite mit den Vertretern der jüdischen Widerstandsbewegung ständig in Berührung stand, schienen die zutiefst ideellen Beweggründe der Tätigkeit und Ziele der jüdischen Organisation überaus charakteristisch. Im Winter 1942/43 machten wir in einer Versammlung des Hilfsrates für Juden den Vertretern der Untergrundbewegung einen Vorschlag zur Rettung der Ghettos. Wir machten uns erbötig, auf der „arischen“ Seite unter der polnischen Bevölkerung Verstecke für die noch am Leben gebliebenen, in kultureller, intellektueller und sozialer Hinsicht aktiv wirkenden Menschen und für die Kinder ausfindig zu machen. Die Jüdische Kampforganisation und die mit ihr verbundenen politischen Faktoren der Untergrundbewegung der Ghettos setzten sich mit diesem Vorschlag auseinander und gaben eine negative Antwort, wobei sie den Standpunkt vertraten, dass sämtliche erwachsene Bewohner des Ghettos an der Selbstverteidigung und am Kampf teilnehmen sollten.

Sie beschlossen, dass nur Kinder und jene Einzelpersonen, die mit Rücksicht auf ihr Alter oder auf ihren Gesundheitszustand bei der Organisation des Ghettos ohne Nutzen sein würden, gerettet werden sollten. Diese Haltung unserer Freunde jenseits der Mauer erweckte in uns die größte Hochachtung, wiewohl gegen sie sicherlich Einwände erhoben

werden konnten. In eben diesem Zusammenhang hielt ich es wiederholt für richtig, sowohl während des Krieges als auch nach dessen Ende, Menschen, die das Problem des Aufstandes des Warschauer Ghettos nicht näher kannten, darauf aufmerksam zu machen, dass man diesen monatelang systematisch vorbereiteten Kampf nicht als einen Akt der Verzweiflung betrachten konnte, der in Ermangelung eines anderen Ausweges gewählt wurde. Im Gegenteil: Die wichtigsten Organisatoren und Führer des Ghettoaufstandes waren Menschen, die jede Möglichkeit hatten, ihr eigenes Leben zu retten, die über sichere Kontakte mit der polnischen Untergrundbewegung verfügten und die besten Aussichten hatten, unter der polnischen Bevölkerung den Krieg zu überleben. Die Führer der damaligen jüdischen Widerstandsbewegung in Warschau fassten den Entschluss eines bewaffneten Kampfes vor allem aus ideellen Gründen und bereiteten ihre Schicksalsgenossen in moralischer Hinsicht darauf vor.

„Wir werden uns zu einer Armee verbinden“

Anfang April 1943 sandten die Organisationen *Hechaluz* und *Haschomer* durch unsere Vermittlung ein Funktelegramm folgenden Inhalts nach Tel Aviv (zu Händen Tabenkins und Jaaris, der Führer der *Chaluz-* und *Schomer-*Bewegung in Palästina): „Die am Leben gebliebenen Anhänger kämpfen um die Ehre des überlebenden Judentums in Polen.“ Anielewicz selbst, der vierundzwanzigjährige Befehlshaber der Jüdischen Kampforganisation, appellierte damals an die Juden Warschaus: „Große Scharen von uns, Tausende, mögen sich in Bereitschaft halten. Wir werden uns zu einer Armee verbinden. Gleichgültig, wer du bist und wie du denkst – wenn du eine stolze Seele und ein Herz hast, das nicht vom schmutzigen Gift der Straße verdorben wurde, komm zu uns! Stelle dich Schulter an Schulter mit uns im Kampf um das Leben dieser hoffnungslosen, zum Tode verurteilten Massen.“

Als bald erfuhren wir, dass am 13. März das tragische Schicksal der jüdischen Gemeinschaft in Krakau besiegelt wurde. Nach den im Juni und Oktober 1942 durchgeführten „Aussiedlungen“ in die Vernichtungslager blieben in dem dortigen Ghetto noch etwa 10 000 Menschen am Leben.

Jetzt wurde ein Teil von ihnen – die für arbeitsfähig Erklärten – auf der Stelle ermordet oder in den Tod, nach Auschwitz, verschickt; ein Teil wurde in das Lager Plaszow bei Krakau gebracht, wo sie zu todbringender Sklavenarbeit eingesetzt wurden.

Die alarmierenden Nachrichten aus Krakau verstärkten unsere Erregung in Warschau. Wir waren uns nach den Erfahrungen der vorangegangenen Jahre dessen völlig bewusst, dass bei den von Berlin zentral geleiteten Vernichtungsaktionen der Nazis eine verbrecherische Konsequenz vorherrschte und dass in Kürze das Warschauer Ghetto, das noch insgesamt 70 000 Einwohner zählte, an der Reihe sein würde. Mittlerweile verloren die Mitglieder der beiden jüdischen Kampfgruppen, der Jüdischen Kampforganisation und des Jüdischen Militärverbandes, keine Zeit: Das System der Kellerverstecke und Befestigungen wurde systematisch ausgebaut; nach der von der geheimen polnischen Militärorganisation, der Heimatarmee, erhaltenen Anleitung wurden in beträchtlicher Menge Zündflaschen und Handgranaten hergestellt.

Der Frühling des Jahres 1943 kam früh, die Apriltage waren freundlich und im Allgemeinen warm, auf den Straßen Warschaus herrschte ein verhältnismäßig starker Verkehr. Die christlichen Osterfeiertage standen vor der Tür, ebenso das Pessachfest. Am Palmsonntag, dem 18. April 1943, verbreiten sich in Warschau Gerüchte, dass in den nächsten Stunden irgendeine große Polizeiaktion im Ghetto erfolgen solle. Im Morgengrauen des 19. April – am Tage des 14. Nissan, *Erew Pessach* – rückten 850 SS-Männer und 16 Offiziere der Waffen-SS unter dem Schutz von Panzern und zwei Panzerwagen in das Ghetto ein und bewegten sich durch die Nalewkistraße – die Hauptschlagader des jüdischen „Wohnbezirks“ – in der Richtung zum Zentrum des Ghettos. Schon nach Zurücklegung von einigen hundert Metern begegneten sie einem unerwarteten Widerstand: Die Jugendlichen der Jüdischen Kampforganisation warfen Handgranaten und Zündflaschen aus den Fenstern der umliegenden Häuser. Einer der Panzer wurde getroffen und ging in Flammen auf; auf der Straße fielen zwölf Nazis, und die SS-Kolonnen zog sich eiligst aus dem Ghetto zurück.

Nach zwei Stunden nahmen die Deutschen die Kampfaktion wieder auf, diesmal mit größerer Vorsicht und größerem Kräfteinsatz. Das Kommando übernahm der Generalmajor der Polizei, SS-Brigadeführer Jürgen Stroop.

Eine der ungewöhnlichsten Episoden im unterjochten Europa

Im Rahmen dieser kurzgefassten Erinnerungen ist es schwierig, ein so umfangreiches und schon oftmals literarisch behandeltes Thema wie das des wochenlang währenden Kampfes der Juden gegen die Deutschen in War-

schau zu behandeln. Dieser Kampf gehört zweifellos zu den ungewöhnlichsten und heldenhaftesten Episoden in der Geschichte des von Hitler unterjochten Europas. Ich werde mich hier mehr auf persönliche Erinnerungen beschränken. Ich lebte zu jener Zeit in einem nördlich vom Ghetto gelegenen Vorort Warschaus. Am Morgen des 19. April, unmittelbar nachdem ich meine Wohnung verlassen hatte, erfuhr ich von Straßenbahnern von dem Kampf im Ghetto. In der Stadt zirkulierten bereits Gerüchte über von den Juden zerstörte Panzer, und man sprach mit der größten Genugtuung laut über die Verluste, die den Deutschen von den Verteidigern des Ghettos zugefügt wurden. Ich begab mich sofort in ein Lokal der Untergrundbewegung, das der Sitz des Jüdischen Referats der Delegierten der polnischen Exilregierung war und als einer der ständigen Plätze für unsere Zusammenkünfte mit den Mitarbeitern der jüdischen Untergrundbewegung diente.

Zufälligerweise befand sich gerade dieses Lokal in einer Entfernung von einigen hundert Metern von der drei Meter hohen Mauer des Ghettos nächst der Bonifraterskastraße. Das Ghetto widerhallte vom lärmenden Geknatter der Maschinengewehre, und von Zeit zu Zeit erfolgten laute Explosionen. In der Nähe der Mauer hielten sich in dichten Reihen die SS-Männer, die Polizei und die Hilfstruppen der Kollaborateure auf. Alle Augenblicke fuhren Panzer und Autos mit Nachschub für die Nazis vorüber, während die deutschen Ambulanzwagen in die entgegengesetzte Richtung fuhren. Während des Gesprächs mit Leon Feiner und später mit Adolf Berman, die bald in das Lokal kamen, hörten wir immer wieder neue Detonationen. Diese stammten von einer Batterie der leichten Artillerie der Wehrmacht, die auf einem Platz in der Nähe des Ghettos Aufstellung genommen hatte und in einer nach allen Regeln der Kriegskunst geführten Aktion gegen die Aufständischen eingesetzt wurde.

„Die Bevölkerung Warschaus verfolgt den Kampf mit Bewunderung“

An irgendeine persönliche Fühlungnahme mit den Kämpfern im Ghetto, das von einem starken deutschen Kordon umgeben war, war jetzt nicht zu denken. Berman und Feiner gingen nach kurzer Beratung mit uns in die Stadt, um sich möglichst genau über die Lage zu orientieren, da es galt, Informationen auf dem Funkweg sofort nach dem Westen zu übermitteln. Nachmittags lieferte uns Berman das erste Kommuniqué des Jüdischen Nationalkomitees, das auf der „arischen“ Seite ausgearbeitet wurde.

Mittlerweile nahmen die Ereignisse ihren Lauf. Am Abend unternahm eine etwa zwanzigköpfige Abteilung polnischer Soldaten der Heimatarmee – auf Anordnung des Kommandos des Warschauer Kreises der Heimatarmee – einen Angriff auf die Ghettomauer und versuchte, diese mit Explosivstoff zu sprengen. An der Mauer entbrannte ein erbitterter Kampf zwischen der kleinen Gruppe mit Maschinenpistolen und Granaten bewaffneter Polen und den vielfach stärkeren Formationen der SS und der Polizei. Das Ergebnis war unschwer vorauszusehen: Es wurden zwar einige deutsche Polizisten getötet und die Mauer beschädigt, aber zwei Soldaten der polnischen Untergrundbewegung fielen im Kampf, vier wurden schwer verletzt, und der Rest musste sich zurückziehen. Die erste polnische Kampfhandlung an der Ghettomauer hatte also eher moralische als militärische Bedeutung.

In dem Funktelegramm, das uns am zweiten Tag des Ghettoaufstandes zur Übermittlung an die Londoner Adresse Dr. Ignacy Schwarzbarts und Szmul Zygielbojms übergeben wurde, stellten dessen Verfasser, Feiner und Berman, fest: „In der ganzen Stadt große Erregung. Die Bevölkerung Warschaus verfolgt den Kampf mit Bewunderung und mit eindeutiger Sympathie für das kämpfende Ghetto.“ Und in dem am 28. April 1943 übermittelten Radiogramm hieß es:

Die Haltung der Verteidiger erweckt unter der Bevölkerung des Landes Bewunderung und unter den Deutschen Beschämung und Wut [...]. Sofortige erfolgreiche Hilfe liegt jetzt ausschließlich in der Macht der Alliierten. Im Namen der Millionen schon gemordeten Juden, im Namen jener, die jetzt verbrannt und massakriert werden, im Namen der heldenhaft Kämpfenden und unser aller zum Tode Verurteilten rufen wir die ganze zivilisierte Welt auf: Jetzt und nicht im Halbdunkel der Zukunft möge der mächtige Gegenschlag der Alliierten gegen den blutrünstigen Feind in der einzig verständlichen Sprache der Vergeltung geführt werden.

Wendepunkt in der jüngeren Geschichte des jüdischen Volkes

Leider blieben diese Appelle wie auch einige weitere ähnlichen Inhalts erfolglos. Die Bedingungen, unter welchen wir selbst lebten, schlossen jede Möglichkeit zu helfen aus – Hilfe zu bringen lag nicht in unserer Macht. Für die wichtigste durchführbare Aufgabe hielten wir demnach die regelmäßige Nachrichtenübermittlung an den Westen, um diesen über die Geschehnisse in Warschau zu informieren, sowie die systematische Beeinflussung der

polnischen öffentlichen Meinung zwecks Gewinnung einer möglichst großen Zahl von Personen, die geneigt wären, das große Risiko auf sich zu nehmen, Flüchtlingen Hilfe und Zuflucht zu gewähren. Diese Beeinflussung erfolgte sowohl durch persönliche Fühlungnahme als auch auf dem Wege der Untergrundpresse.

Man lenkte die Aufmerksamkeit auf die wichtige geschichtliche und moralische Bedeutung des Ghettoaufstandes: Dies war die erste Auflehnung einer Stadt in der Geschichte der europäischen Widerstandsbewegung, der erste aufrührerische Kampf im Zentrum einer Millionenstadt, in welchem eine deutsche Garnison von mehreren zehntausend Mann stationiert war. Und schließlich war diese Erhebung auch ein Wendepunkt in der Geschichte des jüdischen Volkes im Zeitabschnitt der Okkupation, ein Phänomen, das die Absichten und Erwartungen selbst der Organisatoren und Führer der Kämpfe um ein beträchtliches übertraf. Ich erinnere mich noch deutlich an den Eindruck, den der Brief Anielewicz's auf uns machte. Das Schreiben wurde von ihm am 23. April 1943, also am fünften Tag des Ghettokampfes, verfasst und war an seinen Vertreter und Freund Jitzchak Cukierman auf der „arischen“ Seite gerichtet:

Das, was wir erleben, übersteigt unsere verwegenen Vorstellungen. Die Deutschen flüchteten zweimal aus dem Ghetto. [...] Das Wichtigste ist dies: Der Traum meines Lebens ist in Erfüllung gegangen – ich erlebte die jüdische Selbstverteidigung im Warschauer Ghetto in ihrer ganzen Pracht und Größe!

In ernster Stimmung lenkten die Untergrundblätter die Aufmerksamkeit der polnischen Bevölkerung auf das Heldentum der kämpfenden Juden und appellierten an diese, den Kampf zu unterstützen. Am 5. Mai 1943, noch während die Kämpfe in Warschau andauerten, sprach im Londoner Rundfunk der damalige Ministerpräsident der polnischen Exilregierung, General Sikorski, und stellte mit Nachdruck fest:

Wir sind Zeugen des größten Verbrechens der Menschheitsgeschichte. Wir wissen, dass ihr den gemarterten Juden jede in eurer Macht stehende Hilfe angedeihen lasst. Ich danke euch dafür, Landsleute, in meinem und der Regierung Namen. Ich bitte euch, ihnen auch weiterhin jede erdenkliche Hilfe zu gewähren und gleichzeitig dieser unmenschlichen Grausamkeit Einhalt zu gebieten.

Wir kolportierten den Text dieses Aufrufes, der als Flugblatt gedruckt wurde; außerdem brachten wir im Namen des Hilfsrates für Juden ein zweites, besonderes Flugblatt heraus, in dem sowohl die Worte des Ministerpräsi-

denten Sikorski als auch der bereits Anfang Mai 1943 veröffentlichte Appell des Geheimvertreterers der Regierung in der Heimat, betreffend die Hilfeleistung an die vom Tode Gezeichneten, enthalten waren.

Rettung der eigenen Menschenwürde

Mittlerweile steckten die Deutschen ein Haus nach dem anderen in Brand, eroberten die befestigten Bunker, töteten auf der Stelle Tausende von Menschen, und diejenigen, die sie lebendig gefangennahmen, brachten sie in die Vernichtungslager. Am 13. Mai 1943 nahm sich Szmul Zygielbojm, Führer des BUND und ehemaliger Stadtrat von Warschau, in der Emigration in London das Leben, um auf diese tragische Weise gegen das Schweigen und die Untätigkeit der Welt gegenüber den Naziverbrechen in Polen zu protestieren. Zu diesem Zeitpunkt hatte der hoffnungslose Kampf im Warschauer Ghetto schon sein Ende erreicht.

Am 16. Mai 1943 meldete General Stroop telegrafisch an General Krüger in Krakau: „[...] Das ehemalige jüdische Wohnviertel Warschaus besteht nicht mehr. Mit der Sprengung der Warschauer Synagoge wurde die Großaktion um 20.15 Uhr beendet. [...] Gesamtzahl der erfassten und nachweislich vernichteten Juden beträgt insgesamt 56065.“

Der Stab der Jüdischen Kampforganisation ergab sich nicht lebend den Händen des Feindes. Mordechaj Anielewicz und seine engsten Kampfgenossen nahmen sich am 8. Mai 1943 im von SS-Männern umstellten Bunker in der Mila Straße 18 das Leben. Einigen zehn Teilnehmern der Kämpfe im Ghetto gelang es, mit Hilfe von Polen durch unterirdische Kanäle auf die „arische“ Seite zu entkommen. Unter den auf diese Weise Geringerreteten befanden sich u. a. auch die Mitglieder des Stabes der Jüdischen Kampforganisation.

Im Bericht Stroops über die Vernichtung des jüdischen Wohnbezirks in Warschau, der für die höheren SS- und Polizeiführer im Generalgouvernement sowie für Heinrich Himmler bestimmt war, werden einige Male Akte bewaffneten Zusammenwirkens von Polen und Juden, die im Ghetto kämpften, erwähnt, ebenso Angriffe auf Stellungen der Nazis außerhalb des Ghettos durch „polnische Banditen“. In den Tagesmeldungen über die Kämpfe im Ghetto vermerkte er ebenfalls die Ergreifung und Hinrichtung einiger zehn Polen an Ort und Stelle, die mit den Juden zusammengearbeitet haben.

Diese Erinnerungen an die Jahre des Grauens, die sich natürlicherweise nur auf eine Auswahl von Problemen beschränken, möchte ich mit einem Geständnis beenden. Zu den wertvollsten Erlebnissen meines Lebens viele Jahre nach dem Krieg gehörte der Augenblick, als ich im Oktober 1963 nach der Entzündung des ewigen Feuers in der Krypta auf dem Berg des Gedenkens (Har Hazikaron) Jerusalem (in Yad Vashem) neben dem symbolischen Grab, in dem die Asche der Opfer des jüdischen Volkes aus sämtlichen nationalsozialistischen Konzentrationslagern bestattet ist, die Eidesformel in hebräischer und, nachher wiederholt, in polnischer Sprache hörte, die mit folgenden Worten endete:

Wir gedenken der heldenhaften Taten der Ghettokämpfer, der Untergrundkämpfer, der Partisanen und Soldaten, die dem Leitspruch des Kampfes gegen die übermächtigen Kräfte des Feindes zur Rettung der Ehre ihres Volkes folgten. Mit Ehrerbietung gedenken wir jener, die mit Würde und Beharrlichkeit ihr Menschsein verteidigten; jener, die im Namen der heiligsten menschlichen Ideale und unter Lebensgefahr den Juden Hilfe leisteten.

Ich dachte damals an alle meine Freunde und Mitarbeiter, Polen und Juden, mit denen ich das Glück hatte, gemeinsam für eine Sache zu arbeiten, in der wir in jenen Tagen nicht bloß das Problem der Rettung des Lebens anderer, sondern auch die Frage der Rettung der eigenen Menschenwürde erblickten.

Heute, aus der Perspektive von 40 Jahren, steht als Testament des Leidens und Martyriums, der Tränen und des Blutes der Opfer des Warschauer Ghettos und der Lager das Bewusstsein, dass unzählige Menschen im letzten Weltkrieg Opfer eines planmäßig propagierten nationalen und Rassenhasses geworden sind. Der Sinn des Lebens der großen Menschenfamilie kann auf Dauer nur durch das Bemühen erhalten werden, alles, was Menschen trennt, durch aktive Verteidigung der natürlichen Rechte der menschlichen Person auf ein von Angst freies und würdiges Leben zu überwinden, durch die nie verlöschende Erinnerung an alles, was Menschen verband und verbindet.

Hans Maier

Vorwort zu Tradition und Zukunft im Denken von Polen und Deutschen¹

Władysław Bartoszewski empfängt am 5. Oktober 1986 in der Paulskirche zu Frankfurt am Main den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 1986. Aus diesem Anlass gibt das Zentralkomitee der deutschen Katholiken den Vortrag von Bartoszewski *Tradition und Zukunft im Denken von Polen und Deutschen – Einige Bemerkungen zur Lage*, den er vor der Vollversammlung am 11. November 1983 gehalten hat, neu heraus, um ihn einer noch breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

In der Bekanntgabe des Stiftungsrates für den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, dass Bartoszewski zum diesjährigen Friedenspreisträger gewählt worden sei, heißt es u. a.: „Seit über 40 Jahren kämpft er gewaltlos als leidenschaftlicher Pole, leidenschaftlicher Katholik und leidenschaftlicher Humanist für seine Heimat. Sein Leben ist beispielhaft für praktische Friedensarbeit.“ Die Schriften und Reden Bartoszewskis, auch dieser Vortrag, bestätigen das. Bartoszewskis leidenschaftlicher Kampf für die Menschenrechte und für den Frieden sind begründet in seinem tiefen Glauben. Sein Patriotismus hat seine Wurzeln in der jahrhundertealten Tradition der Freiheitskämpfe des polnischen Volkes. „Die Begriffe Vaterland und Freiheit bilden für einen Polen weiter eine unauflösliche Einheit.“ Sein Humanismus schließlich, der nicht nur in seinen Worten zum Ausdruck kommt, sondern den er auch mit dem Einsatz seines eigenen Lebens bezeugt hat, ist getragen von einer hohen Moral, deren Quelle wiederum sein Glaube ist.

Bartoszewskis Vortrag lässt noch andere, nicht weniger wichtige Wesenszüge des Friedenspreisträgers erkennen. Bartoszewski ist ein durch nichts zu erschütternder Optimist. Auch KZ-Haft, Gefängnis, Internierung und Gefährdung des eigenen Lebens konnten diesem Optimismus nicht beikommen. Als Historiker gilt sein ganzes Streben einer besseren Zukunft. Es ist jedoch kein blinder Optimismus, der Bartoszewski kennzeichnet, sondern der Optimismus, der aus dem eigenen Leben und geschichtlicher

¹ Hans Maier, „Vorwort“, in: Władysław Bartoszewski, *Tradition und Zukunft im Denken von Polen und Deutschen*, Bonn 1986.

Erfahrung die Realitäten der Gegenwart genau zu analysieren versteht. Fast selbstverständlich ist es, dass der Optimist Bartoszewski gleichzeitig auch ein leidenschaftlicher Europäer ist. Er träumt nicht nur für seine Heimat Polen „von einer Rückkehr in unser größeres Vaterland Europa“, er arbeitet schon heute daran, dass dieses Europa Wirklichkeit wird. Schließlich und nicht zuletzt ist Bartoszewski ein Pionier der deutsch-polnischen Verständigung und Versöhnung. Kaum eine seiner zahlreichen Veröffentlichungen lässt dies so deutlich erkennen wie dieser Vortrag.

Was Bartoszewski kennzeichnet, ist seine geistige Unabhängigkeit gegenüber allen Zeitströmungen und Machtverhältnissen. Er gehörte niemals zu den Herrschenden, er stand immer auf der Seite der Schwachen, der Unterdrückten. Bei allen Ehrungen, die Bartoszewski mit Recht in den letzten Jahren zuteil wurden, bleibt er bescheiden. Es geht ihm nicht um seine Person, sondern um die Sache, für die er kämpft: um Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit als Grundlage des Friedens.

Diese Publikation ist der bescheidene Dank des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, den wir unserem langjährigen Freund Władysław Bartoszewski schulden. Wir gratulieren ihm herzlich zum Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 1986!

Tradition und Zukunft im Denken von Polen und Deutschen¹

Ich möchte meine heutigen Ausführungen – die als Bemerkungen zur Lage und als persönliche und in gewissem Sinne auch als subjektive Formulierungen eigener Erfahrungen und Beobachtungen gedacht sind – mit einem Zitat aus einem eigenen, fast genau vor neun Jahren gehaltenen Vortrag anfangen. Im Jahre 1974 nämlich, in der Zeit, als Kardinal Wojtyła Erzbischof von Krakau war, hat eine der nachfolgenden Begegnungen zwischen der polnischen katholischen Znak-Gruppe, die dem Kardinal nahestand, und der Pax-Christi-Bewegung – Deutsche Sektion stattgefunden. Als einer der damaligen Referenten habe ich meinen Beitrag mit den Sätzen geschlossen:

Der Brief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder vom November 1965 ging über den damaligen durchschnittlichen gesellschaftlichen Bewusstseinsstand und die moralische Reife der polnischen Katholiken weit hinaus. Doch in den folgenden Jahren verstanden die polnischen Katholiken in ihrer überwiegenden Mehrheit den Standpunkt jenes weit-sichtigen Aktes seitens des polnischen Episkopats. Die Antwort der deutschen Bischöfe spiegelte in gewisser Weise den moralischen Reifegrad der deutschen Katholiken. Es ist unsere Hoffnung, dass die vergangenen neun Jahre auch hier große Veränderungen erbrachten zugunsten der Bewältigung der Vergangenheit und der Versöhnung, wofür Sie und wir arbeiten.

Heute sind neun Jahre vorüber, eine sehr kurze Zeit in der Geschichte der Völker, eine lange Zeit im Leben einer Menschengeneration. Und ich wage zu sagen: Wir – die polnischen und die deutschen Katholiken, wir, Menschen gemeinsamen Glaubens und gemeinsamer Hoffnung – haben enorm viel erreicht, viel mehr, als man mit normalem menschlichem Verstand erwarten konnte. Drei Wochen vor dem letzten Konklave, am 24. September 1978, hat der damalige Erzbischof von Krakau, Kardinal Karol Wojtyła, im Dom von München gepredigt:

¹ Władysław Bartoszewski, *Tradition und Zukunft im Denken von Polen und Deutschen*, Bonn 1986.

Wir wollen alle gemeinsam diesem Rufe folgen, der Stimme des Evangeliums, die zu uns im Zeugnis von Menschen unseres Jahrhunderts spricht. Wir sind, geliebte Brüder und Schwestern, gemeinsam in den Weinberg gerufen. Wir kennen den Wert und den Preis eines jeden Menschenlebens, des deutschen wie des polnischen; wir wissen es, dank dieses Rufes. Lasset uns unser Leben dem Evangelium gemäß gestalten. Lasset uns dem Evangelium die Gestalt unseres Lebens geben – mag es auch noch so unbeholfen geschehen. Schauen wir auf die Geschichte unserer Völker und suchen wir den Weg zueinander, den Weg, auf den Gott uns ruft.

Knapp sechs Monate später hat derselbe Mensch, als Papst Johannes Paul II., in der ersten Enzyklika seines Pontifikats *Redemptor Hominis* auf universelle Weise diesen Weg genauer bezeichnet und näher beschrieben, insbesondere in dem dritten Teil der Enzyklika „Der erlöste Mensch und seine Situation in der Welt von heute“. In dieser päpstlichen Lehre haben die polnischen Leser – nicht nur gläubige Katholiken, sondern weite Kreise der polnischen Gesellschaft Anno Domini 1979 – die wortwörtliche Bestätigung ihrer menschlichen und nationalen Rechte und Bestrebungen gefunden: frei, würdig und im Frieden leben zu können. Die Worte des Papstes, der in Erinnerung rief, dass sich „fast alle heutigen Staaten“ verpflichtet haben, die Menschenrechte zu beachten, die „in der ganzen Welt zum Grundprinzip aller Bemühungen um das Wohl der Menschen werden“, haben die polnischen Katholiken sehr ernst genommen und verstanden. Ebenso die päpstliche Mahnung:

Letztlich führt sich der Frieden zurück auf die Achtung der unverletzlichen Menschenrechte – *opus iustitiae pax* –, während der Krieg aus der Verletzung dieser Rechte entsteht und noch größere derartige Verletzungen nach sich zieht. Wenn die Menschenrechte in Friedenszeiten verletzt werden, ist dies besonders schmerzlich und stellt unter dem Gesichtspunkt des Fortschritts ein unverständliches Phänomen des Kampfes gegen den Menschen dar, das auf keine Weise mit irgendeinem Programm, das sich selbst als *humanistisch* bezeichnet, in Einklang gebracht werden kann.

Im polnischen Denken an die Vergangenheit und über die Zukunft ist der Begriff des Friedens in der Hierarchie der moralischen Werte tief verwurzelt, und andererseits ist diese Hierarchie eindeutig durch die jahrhundertelange katholische Tradition geprägt. Der Frieden gehört für die Polen ohne Zweifel zu den kostbarsten Gütern der Menschheit. Niemand kann ihn mehr ersehen als die Schwachen und Kleinen, d. h. gerade die, die immer besonders bedroht sind und sein werden. Aber wie jedes Gut muss auch der Frieden Gegenstand sorgsamer Maßnahmen und Bemühungen sein, die die Voraussetzungen, unter denen er möglich ist, sichern. Eine Schlüsselbedeutung

kommt daher der Vergegenwärtigung dessen zu, was Frieden ist und was er nicht ist. Wie verbessert man die Möglichkeiten für den Frieden, wie können sie verstärkt werden?

Der wahre Frieden kann nur in Wahrheit, Gerechtigkeit und Freiheit bestehen – denken die Polen. Unter anderen Voraussetzungen kann keine Rede von Frieden sein. Höchstens von einer vorübergehenden Vermeidung kriegerischer Handlungen, was nicht dasselbe ist. Die Bewahrung des Friedens erfordert die aufmerksame Beobachtung und richtige Erkenntnis der Expansionstendenzen der Gewalt. Sie fordert die scharfsinnige Voraussicht der unumgänglichen Konsequenzen dieser Expansion für den Einzelmenschen, für die Gesellschaftsordnung, für die humanistische Kultur und Zivilisation. Wie gegen jede drohende Krankheit muss man auch gegen die Bedrohung des Friedens eine entschiedene und wirksame prophylaktische Stellung einnehmen. Der Begriff „Frieden um jeden Preis“ – für eine Gruppe von Menschen oder Staaten – verhöhnt die Grundlagen der Freiheit und Demokratie. Er beschwört eine schlimme Realität; denn er bedeutet, sich jeder Brutalität unterzuordnen, damit auch Mord und Mordbefehl. Er bedeutet die Bereitschaft zur Kapitulation vor einer Aggression ohne Rücksicht auf die Folgen, die sich eventuell daraus für andere ergeben. Das, was Propagandisten für einen Frieden um jeden Preis als Akt der Vernunft, des pragmatischen Denkens, ja sogar der Menschenliebe erachten, ist in erster Linie die latente Bereitschaft, Tyrannei, Gewalt, Brutalität – vielleicht sogar das Verbrechen – zur Vermeidung eines „größeren Übels“ zu akzeptieren.

Man verwechsle nicht den Begriff Frieden mit dem der bequemen Ruhe. Es drängt sich die alte Feststellung auf, dass vollkommene Ruhe nur auf Friedhöfen herrscht. Dies ist aber nicht die Ruhe freier und glücklicher Menschen, um die es uns geht. Niemand anderer als Heinrich Heine hat einmal gesagt: Wenn das erste Wort des Polen Vaterland ist, dann ist das zweite: Freiheit. Heute ist diese Bemerkung, obwohl mehrere Generationen dazwischen liegen, immer noch aktuell. Die Begriffe Vaterland und Freiheit bilden für einen Polen weiter – wie vorher – eine unauflösliche Einheit.

„Die Besonderheit des Geschichtsbewusstseins ist die intellektuelle und gefühlsmäßige Fähigkeit des Menschen, politische Lebensvorgänge im Bereich seiner Umwelt in historische Zusammenhänge einzuordnen, zu begreifen und sich insoweit dann auch mit ihnen zu identifizieren [...]“, schreibt ein deutscher Historiker, Dr. Hans Helmut Kuhnke² und stellt fest:

² Hans Helmut Kuhnke, „Die Rolle der Stiftungen und das Geschichtsbewusstsein“, in: *Geschichte und Geschichtsbewusstsein*, hg. v. Oswald Hauser, Göttingen/Zürich 1981.

„Die gegenwärtige und zukünftige notwendige Ordnung menschlicher Gemeinschaft kann auf Dauer nicht auf abstrakten, nur rationalen Prinzipien, also losgelöst vom geschichtlichen Ursprung, aufgebaut werden. Staaten und Völker ohne Geschichtsbewusstsein gibt es nicht.“

In seinem wissenschaftlichen Beitrag über *Geschichtsbewusstsein in Polen* behauptet mit Recht Dr. Richard Breyer vom Johann-Gottfried-Herder-Institut in Marburg: „Es ist, als ob die aktiv gewordene Arbeiterschaft sehr bewusst und eindeutig Lehren aus der Geschichte gezogen hat; ihr Gewerkschaftsführer beschwor die tragischen bewaffneten Kämpfe seiner Väter und mahnte, den Notstand der Nation in gewaltloser Zucht zu überstehen, um neue nationale Tragödien zu verhindern.“³

Die Juroren des diesjährigen Friedensnobelpreises haben gerade diese Eigenschaften von Lech Wałęsa – denn er ist doch der hier erwähnte „Gewerkschaftsführer“ – richtig beurteilt und gewürdigt. Es ist an der Zeit, sich die Frage zu stellen, ob und, wenn ja, wie das polnische Geschichtsbewusstsein die deutsch-polnischen Beziehungen zur Zeit beeinflusst oder mitgestaltet. Wie sehen die patriotisch denkenden Polen, katholischen Polen, also die überzeugende Mehrheit der jetzigen polnischen Gesellschaft, unsere Beziehungen in der Zukunft?

Hier muss man zunächst mit voller Klarheit feststellen: Infolge des hohen natürlichen Zuwachses der Bevölkerung und des frühzeitigen Todes der älteren, in der Zeit des Krieges hart geprüften Generation haben zur Zeit ungefähr zwei Drittel des polnischen Volkes, die nach dem Zweiten Weltkrieg oder in der Zeit des Krieges geboren worden sind, keine persönlichen Erfahrungen und Erlebnisse aus der in der deutsch-polnischen Geschichte kritischen Epoche. Die überwiegende Mehrheit der jetzigen Polen ist also in dem Staat zwischen Bug und Oder, zwischen Tatragebirge und Ostseeküste geboren oder erzogen worden. Die Mehrheit dieser Leute weiß auch genau, dass ihr Leben und ihr Schicksal durch die Folgen des Zweiten Weltkrieges bedingt sind, womöglich bis zum Ende ihres Lebens. Trotzdem schaut man jetzt auf die Ursachen und grausamen Erfahrungen der Nation im Zweiten Weltkrieg ohne ein so starkes persönliches Engagement wie vorher. Es versteht sich aber von selbst, dass die Existenz Polens in den jetzigen Grenzen außer Diskussion bleibt. In dem Deutschlandbild der gegenwärtigen Polen sind aber große Veränderungen vor sich gegangen. Das moralisch erschreckende Sprichwort „Solange die Welt besteht, wird der Deutsche nie dem Polen ein Bruder sein“ verliert mit jedem Jahr mehr an Bedeutung. Man

³ Richard Breyer, „Das Geschichtsbewusstsein der Polen“, in: *Geschichte und Geschichtsbewusstsein*, hg. v. Oswald Hauser, Göttingen/Zürich 1981.

muss aber auch eindeutig klar sagen, dass in Polen die Überzeugung weiterexistiert – und das nicht nur in der offiziellen Propaganda – die Bundesrepublik und nicht weniger die Deutsche Demokratische Republik würden, wenn das Weltkräfteverhältnis die gegenwärtigen Realitäten in Europa nicht schützte, nicht unbedingt darauf verzichten, diese mit Gewalt zu verändern. Diese Gedanken kommen nicht aus dem Feindbild der „bösen Deutschen“, vielmehr aus der Unsicherheit des hart geprüften polnischen Volkes. Man will Vertrauen haben, aber nicht nur die Schatten der Vergangenheit, auch die psychologischen und politischen Erwägungen der zeitgenössischen deutschen Denker zwingen zum Nachdenken. Niemand anderer als Golo Mann hat in seiner weitbekannten *Deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts* überlegt:

Die Struktur der Gesellschaft hat sich geändert; ob auch die tiefsten Charakterzüge, wer kann es wissen? Was den deutschen Charakter seit hundert Jahren bezeichnete, war seine Ungeformtheit, seine Unberechenbarkeit. Er konnte einmal hochvernünftig und friedlich erscheinen; und dann wieder, plötzlich, ganz anders. Friedrich Nietzsche hat vom „Täuschevolk“ gesprochen. Und schon haben wir Publizisten, die empfehlen, zu einer Politik der nationalen Autonomie zurückzukehren, die großen Machtblöcke oder die Stücke der sich auflösenden Machtblöcke gegeneinander auszuspielen und im rechten Augenblick die Polen aus ihren wiedergewonnenen Gebieten zu vertreiben.

– Wenn das möglich wäre und getan würde, so wären auch ganz andere Dinge möglich und würden auch ganz andere Dinge getan werden. Bei den „Grenzen von 1937“ würde man so wenig stehen bleiben, wie man 1939 bei ihnen stehen blieb.

– Wird das sein?

Ich weiß es nicht. Ich weiß, dass es auch für einen Deutschen nicht wünschenswert ist. Ein zweites „Großdeutschland“ würde die Deutschen selber so wenig glücklich machen, wie das erste sie machte, von anderen Völkern zu schweigen.⁴

Die riesige materielle und moralische Hilfe des deutschen Volkes, der Kirchen und der Menschen in den Jahren 1980–1981–1982 bis heute ist in Polen überall sehr geschätzt worden und war für die breite Masse ein eindeutiger und überzeugender Beweis der freundlichen, humanen und brüderlichen Einstellung und Haltung zahlreicher deutscher Familien und Menschen aus der Bundesrepublik. Das Ausmaß der psychologischen Wirkung dieser Hilfe kann man nicht überschätzen! Wenn man die Psyche der

⁴ Golo Mann, *Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Frankfurt 1982.

Polen versteht, kann man erst die Wichtigkeit der Beweise dieses guten Willens und dieser menschlichen Solidarität richtig beurteilen. Und diese Aktivität deutscherseits hat sich gerade in der Zeit entwickelt, in der die Äußerungen gewisser offizieller Vertreter der damaligen deutschen Politik (1981–1982) die Leute in Polen mehr gekränkt als erfreut haben.

Die richtige Beurteilung dieser Lage kann man in einem Heft von Reinhold Lehmann und Rudolf Hammerschmidt: *Kein Frieden ohne Freiheit*, 1982 herausgegeben von der Pressestelle der Deutschen Bischofskonferenz, finden. Dort hat Reinhold Lehmann in seinem Artikel „Das polnische Experiment geht weiter“ das Problem anschaulich geschildert:

Die Polen verstehen ihren Kampf nach der alten Parole: *Für unsere und eure Freiheit*. Man wird in wenigen Jahren besser verstehen, warum die Polen ihren Kampf um mehr Freiheit auch als einen Kampf für unsere Freiheit verstehen. Aber: Was an Hilfe nach Polen hineinrollt, rollt in Kategorien der Solidarität und der Freiheit wieder zu uns zurück. Denn die polnische Krise macht nicht nur die gesamte östliche Krise sichtbar, sondern auch die tiefe Krise des Westens.

Noch lange wird man in Polen über die Hilfe der Deutschen sprechen, die ungerufen kam. In Polen denkt man in langen Zeitabständen, in geschichtlichen Kategorien, in die Vergangenheit zurückgewandt, aber auch in die Zukunft. Dass dies langfristig mit Frieden zu tun hat, mit Frieden, der in den Köpfen und Herzen der Menschen beginnt, das ist der „Neuen Friedensbewegung“ zu spät einsichtig geworden. Sie hatte hier eine Chance gehabt, den Druck von der Straße in die Parlamente hinein in ein Zeichen der Freiheit zu verwandeln, ohne die Friede nicht möglich ist. Sie hat versäumt, ein geistiges und materielles Zeichen für Polen zu geben.

Am Rande dieser Bemerkung darf man feststellen, dass der durchschnittliche Pole das einseitige Interesse der überwiegenden Mehrheit der deutschen Friedensbewegung für die Dritte Welt bei gleichzeitigem Mangel an Interesse z. B. für die Lage der polnischen Arbeiter oder für die Probleme der litauischen Katholiken kaum begreifen kann.

Die seriöse historische Diskussion über die gemeinsame europäische Zukunft der Polen und der Deutschen hat in den letzten Jahren – Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre – in Polen wichtige Impulse bekommen. Die Zeit der relativen Freiheit in den 15 bis 16 Monaten der gesellschaftlichen geistigen Selbstverwaltung war an der Weichsel auch in diesem Sachkomplex fruchtbar gewesen. Die größte, vielleicht historische Rolle spielte hier und wird womöglich weiterspielen die Aussage des Dozenten Jan Józef Lipski, eines polnischen Literaturwissenschaftlers (geb. 1926, Kriegsteilnehmer), der in einem hervorragenden Essay *Zwei Vaterlän-*

der – zwei Patriotismen mit großem Mut „heiße Eisen“ angepackt hat – die Problematik der Vaterlandsliebe, des berechtigten Patriotismus und andererseits des Nationalismus und der Xenophobie der Polen. Lipskis Behauptungen waren und bleiben in vielen Punkten umstritten; jedoch hat sich bisher niemand in Polen mit solcher Ehrlichkeit und moralischen Empfindlichkeit unter anderem zum Problem der deutsch-polnischen Beziehungen in der neuesten Zeit geäußert.⁵ „Fremdenfeindlichkeit und nationaler Größenwahn nähren und stützen sich gegenseitig“, sagt Lipski, und fährt fort.

Wir wissen, was Polen seitens der Russen und der Deutschen erlitten hat, das kann aber die Überschreitung der Grenzen von Dummheit und Hass gegenüber diesen Völkern nicht rechtfertigen; durch Dummheit und Hass schadet ein Mensch und ein Volk vor allem sich selbst. [...] Moralische Probleme zu übersehen, bloß weil es so bequem ist, ist moralisch verderblich und verwerflich. [...] Es musste aber der Augenblick kommen – wenn wir im Bereich der christlichen Ethik und der westeuropäischen Zivilisation bleiben wollen –, um zu sagen: Wir vergeben und wir bitten um Vergebung. In einer Lage, da das Volk geknechtet war, sagte dies die höchste unabhängige moralische Autorität, die uns geblieben ist: die polnische Kirche. Diesen Satz müssen wir – ungeachtet aller Ressentiments, die auf tatsächlich erlittenem Unrecht beruhen – als den unseren anerkennen. Um ihn zu übernehmen, genügt bereits sein moralischer Inhalt. Aber neben dem moralischen hat er auch einen nationalen und kulturellen Inhalt: Als eine Nation, die sich dem westlichen Mittelmeer-Kulturkreis zugehörig fühlt, träumen wir von einer Rückkehr in unser größeres Vaterland Europa. Daher die Notwendigkeit einer Aussöhnung mit den Deutschen, die schon in diesem Europa sind und darin bleiben werden. Dass die polnischen Bischöfe ihren deutschen Amtsbrüdern die Hand entgegenstreckten, war die mutigste und weitestblickende Tat der polnischen Nachkriegsgeschichte. Der Appell des polnischen Episkopats an den deutschen stellt vor allem ein Problem, das sich nicht umgehen lässt, wenn man dem Christentum treu bleiben will: das Problem auch unserer Schuld gegenüber den Deutschen. Den Polen scheint eine solche Darstellung der Dinge unerträglich – und das ist auch unschwer zu verstehen, denn die Proportionen sind absolut unvergleichlich. Man darf sich aber nicht mit einer Bagatellisierung der eigenen Schuld abfinden, selbst dann nicht, wenn sie unvergleichlich viel geringer ist als die fremde. Wir haben uns daran beteiligt, Millionen Menschen ihrer Heimat zu berauben, von denen die einen sicherlich sich schuldig gemacht haben, indem sie Hitler unterstützten, die anderen, indem sie seine Verbrechen tatenlos geschehen ließen, andere nur dadurch, dass sie sich nicht zu dem Heroismus eines Kampfes gegen die furchtbare Maschinerie aufraffen

⁵ Den vollständigen Text des Essays von Lipski siehe: „Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen. Bemerkungen zum nationalen Größenwahn und zur Xenophobie der Polen“, mit einer Einführung von Gotthold Rhode, in: *Kontinent* 22/1982, S. 7–48.

konnten, und das in einer Lage, als ihr Staat Krieg führte. Das uns angetane Böse, auch das größte, ist aber keine Rechtfertigung und darf auch keine sein für das Böse, das wir selbst anderen zugefügt haben; die Aussiedlung der Menschen aus ihrer Heimat kann bestenfalls ein kleineres Übel sein, niemals eine gute Tat. Sicherlich wäre es ungerecht, wenn ein Volk, überfallen von zwei Räufern, zusätzlich noch alle Kosten dafür zahlen sollte. Die Wahl eines Auswegs, der, wie es scheint, eine geringere Ungerechtigkeit ist, die Wahl des kleineren Übels darf dennoch nicht unempfindlich machen gegen sittliche Probleme. Das Böse ist Böses und nicht Gutes, selbst wenn es ein geringeres und nicht zu vermeidendes Böses ist. Denn so ist es nun einmal: Entweder will man Christ sein – oder nicht; wenn man einer ist, weiß man, dass der Grundsatz der Sippenhaft nichts mit der Ethik zu tun hat, zu der wir uns bekennen; dass, selbst wenn wir das kleinere Übel wählen mussten, wir es nicht ein Gutes nennen dürfen; dass Böses zufügen sittliche Verpflichtungen auferlegt, auch wenn der, dem wir Böses antun, uns hundertmal mehr Böses zugefügt hat und sich obendrein nicht allzu stark zur Wiedergutmachung genötigt fühlt.

Der Grundsatz geringerer Ungerechtigkeit, die Notwendigkeit, das Leben für Millionen Polen einzurichten, die zwangsweise ihre Heimat in den Ostgebieten der Zweiten Republik verlassen hatten, ist im übrigen die einzige Rechtfertigung für das, was geschehen ist. Auf keinen Fall ist es gerechtfertigt durch geschichtliche Gründe, die sehr zweifelhaft sind. [...] In Polen spukt der Mythos vom *Drang nach Osten*, der von der dummen und verbrecherischen Mythologie des wilhelminischen Deutschland übernommen wurde. Mit seiner Verbreitung durch die polnische Publizistik hat sich einmal Antoni Golubiew im *Tygodnik Powszechny* in einem viel zu wenig beachteten Artikel auseinandergesetzt: er müsste zur Grundlektüre der polnischen Intelligenz gehören. Es ist bekannt, dass die Westgrenze der Ersten Republik Jahrhunderte hindurch eine der friedlichsten und stabilsten in Europa gewesen ist. Die Eroberungen des Kreuzritterstaates haben kaum einen Bruchteil der mittelalterlichen deutschen Geschichte ausgemacht. Dagegen schreibt man bei uns nicht gern davon und erinnert sich nicht gern daran, was wir zivilisatorisch und kulturell den Deutschen verdanken [...]

Und zum Schluss:

Die Furcht und das Misstrauen, die ein großer Teil der Polen den Deutschen gegenüber empfinden, sind verständlich. Es wäre leichtsinnig, sich darauf zu verlassen, dass in Deutschland im Verhältnis zu uns die Giftstoffe des Nationalismus spurlos verschwunden seien, die von der Bismarck-Wilhelminischen Ära – und, wenn einer will, auch schon früher, vom Beginn des 19. Jahrhunderts an – zutage traten. Es fehlt nicht an Fakten – die im übrigen durch unsere amtliche Propaganda über ihr tatsächliches Verhältnis im Leben des heutigen Deutschland aufgebauscht werden –, die dafür sprechen, dass wir eine mögliche Bereitschaft eines Teiles der Deutschen zu einem Rückfall verfolgen müssen. Gleichzeitig aber müssen wir alles tun, was möglich ist,

um von unserer Seite die besten Voraussetzungen zu schaffen für eine Versöhnung unserer Völker. Vor allem müssen wir manches in uns selbst und in unserem geschichtlichen Bewusstsein ändern, damit dieses möglich wird.

Gegen den Autor dieses Textes war im Winter 1981/82 eine wilde Propaganda in den kommunistischen Massenmedien in Polen entfesselt worden. Er wurde fast des „Landesverrates“ beschuldigt. Professor Gotthold Rhode, ein weitbekannter deutscher Historiker, äußert die Überzeugung, dass Lipskis Gedanken zum Problem der Überwindung der Klischees im historischen Denken „gewiss mehr zu einer echten Verständigung der Völker beitragen können, als es Deklarationen und offizielle Besuche zu tun vermögen. Der großen Tradition humanitären Denkens in Polen, die im 16. Jahrhundert mit den ersten gedruckten Werken in polnischer Sprache beginnt, wird hier ein neues wichtiges Glied hinzugefügt.“ Ich teile voll diese Meinung von Professor Rhode und bin tief überzeugt, dass die von Lipski vorgeschlagene Dialogebene für uns, Christen und Katholiken, eine richtige Ebene des weiteren Dialogs und der weiteren Annäherung der Polen und der Deutschen ist und sein könnte. Andererseits möchten wir die tief moralisch begründete Mahnung von Karl Jaspers in Erinnerung behalten, der schon 1960 gesagt hat:

Die Besinnung verlangt die Anerkennung der Folgen eines Krieges, für dessen Anzettelung durch den Hitlerstaat und Durchführung durch die Generäle wir als Bürger des Staates, der dieses tat, haften. Nach dem verbrecherischen Unrecht der Heraufführung dieser Weltkatastrophe, die wir nicht, vor allem nicht vor 1933, mit allen Kräften verhindert haben, sind wir, die wir mit dem Hitlerstaat nichts Böses taten, vielleicht selber zu den Verfolgten gehörten, nicht moralisch schuldig, müssen aber politisch mithaften. Haftung ist nicht Schuld. Ertragen der Folgen ist nicht Strafe. Man kann sich nicht auf ein Recht berufen, das sich von etwas ableitet, das durch solchen Krieg unwiderruflich zerstört ist. Die Würde des vernünftigen Menschen liegt darin, dass er sich eingesteht, was geschehen und was getan ist. Die Würdelosigkeit bloßen Lebens liegt darin, einen Strich unter das Vergangene zu machen, zu vergessen und weiterzuleben aus dem bloßen Anspruch gegenwärtigen Daseins. Die Würdelosigkeit steigert sich, wenn die sogenannte Bewältigung der Vergangenheit in Forderungen an andere endet.⁶

Offen gesagt: Ich sehe eine wichtige Aufgabe deutscher und polnischer Patrioten, bewusster Europäer und Katholiken, in der vollen moralischen

⁶ Karl Jaspers, *Freiheit und Wiedervereinigung. Über Aufgaben deutscher Politik*, München 1960.

Unterstützung der Gedanken, die ebenso von Lipski wie von Jaspers – von Menschen also, die Mut hatten, harte moralische Forderungen an das eigene Volk zu stellen – formuliert worden sind, ganz im Interesse einer besseren europäischen Ordnung und eines zukünftigen Miteinanderlebens der kommenden Generationen unserer beiden Völker im 21. Jahrhundert und darüber hinaus.

Hans Maier

Ein Gejagter, der nicht zum Jäger wurde¹

„Wisset, dass man von mir nicht auf eine langweilige, gewöhnliche, gemeine Art reden darf. Das verbiete ich standhaft ... Diejenigen, die sich erlauben, von mir langweilig und vernünftig zu reden, bestrafe ich grausam; ich sterbe ihnen im Munde ...“ Es ist ein polnischer Autor, der so redet, Witold Gombrowicz² – und er gibt mir das Stichwort für meine Laudatio auf Władysław Bartoszewski, den polnischen Historiker, Publizisten, Zeitzeugen, dem der Börsenverein in diesem Jahr den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels verleiht.

In der Tat: langweilig über Bartoszewski zu reden – das dürfte selbst einem Artisten der Verhaltenheit nicht gelingen. Zu grell ist diese Biografie, zu drastisch sind die Wechselfälle dieses Lebens. Was diesem Mann seit 1939 widerfahren ist, was er erlebt und überlebt hat, das ist schier unglaublich: eine ganze Kette böser Überraschungen, tödlicher Gefahren, mühsamer Rettungen, die Geschichte eines immer wieder (und mit Mühe) noch Davongekommenen, Candide in der Todesmühle des 20. Jahrhunderts ... Vernünftig im Sinn der Alltagsvernunft kann man von Bartoszewski auch nicht reden, er ist kein Fall aus dem Lehrbuch der Psychologie. Denn ist es, menschlicher gesprochen, nicht wider alle Vernunft, dass ein so Gepeinigter, Verfolgter seinen Widersachern nicht mit Hass und Verachtung heimzahlt, sondern ihnen mit Überlegenheit, Offenheit, Neugier, ja mit Versöhnlichkeit, mit freiem und großzügigem Lachen begegnet?

[...] Ein Gejagter, der nicht zum Jäger wurde ... Ein Chronist des Leidens und der Selbstbehauptung ... Historie als Epitaph, als Totengeschichte. Doch ich muss von Władysław Bartoszewski noch in einer anderen Weise sprechen, ich muss ihn aufrufen nicht nur als Schilderer polnisch-deutscher Vergangenheit, sondern auch als Zeugen polnisch-deutscher Ge-

¹ Auszüge aus der Laudatio von Hans Maier, gehalten am 5. Oktober 1986 in Frankfurt am Main anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an Władysław Bartoszewski. Nach: Hans Maier, „Ein Gejagter, der nicht zum Jäger wurde“, in: *Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 1986. Ansprachen zur Verleihung*, Frankfurt am Main 1986, S. 21–39.

² Witold Gombrowicz, *Die Tagebücher*, Bd. 1, Pfullingen 1970, S. 125.

genwart und Zukunft. Denn hat er nicht seit den sechziger Jahren immer wieder Deutschland besucht? Hat er nicht mit vielen Deutschen gesprochen, hat er nicht auch als einer der ersten Polen sein Verständnis für die harten menschlichen Erfahrungen der deutschen Vertriebenen geäußert? Hat er nicht in vielen Vorträgen und Vorlesungen – in Berlin, Eichstätt, München, in Frankfurt, Köln, Bonn – und in vielen Büchern eine wachsende Hörer- und Leserschaft gefunden, vor allem unter jungen Leuten?

Gestalt und Werk Bartoszewskis erinnern uns Deutsche an verschütete Möglichkeiten des polnisch-deutschen Gesprächs. Deutsche und Polen waren ja nicht immer Angstgegner im Lauf einer von Krisen und Katastrophen beherrschten Geschichte, es gab Perioden friedlicher und neugieriger Nachbarschaft, Zeiten des Austauschs, des Handels, der Durchdringung und Vermischung.

[...] Soll dies nun das Ende sein? Soll es künftig zwischen Deutschen und Polen nur feindselige Erinnerungen, nur Anspruch und Argwohn auf beiden Seiten geben? Oder ist auch zwischen Völkern ein neuer Anfang möglich wie zwischen Individuen?

Das Gespräch zwischen Polen und Deutschen ist in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten wieder aufgenommen worden. Ja, es ist von Jahr zu Jahr lebhafter und intensiver geworden. Wissenschaftlicher, literarischer, künstlerischer Austausch ist in Gang gekommen. Die Kirchen haben Versöhnungsbotschaften ausgetauscht. Junge Menschen lernten einander kennen. Viele Personen haben sich in diesem Gespräch engagiert: Ich nenne auf polnischer Seite Autoren wie Gombrowicz, Różewicz, Wirpsza, Lem, Herbert und den Kreis um die Krakauer Zeitschrift *Tygodnik Powszechny* – auf deutscher Seite Namen wie Karl Dedecius, Gotthold Rhode, Heinrich Böll und Reinhold Lehmann. Die Deutschen wissen heute weit mehr von Polen als noch in den sechziger und siebziger Jahren. Sie haben die Geschehnisse der letzten Jahre mit angehaltenem Atem verfolgt: den Kampf der Danziger Werftarbeiter um Freiheit und soziale Gerechtigkeit, die kecke, hochherzige Figur des Lech Wałęsa, den wagemutigen Versuch der Gründung freier Gewerkschaften im monolithischen Ostblock, die Solidarität der polnischen Intellektuellen, deren maßgeblicher Sprecher Władysław Bartoszewski als Generalsekretär des polnischen PEN war, den Besuch des Papstes in seiner polnischen Heimat. Und wenn unsere offizielle Politik jener mutigen Selbstbehauptung von „Solidarność“ und den Opfern des Kriegsrechts einiges schuldig geblieben ist – in der deutschen Bevölkerung, und zwar in breiten Kreisen, ist doch etwas in Bewegung geraten. Nicht nur ein Strom praktischer Hilfe kam in Gang; auch emotional hat sich eine Zuwendung zu Polen angebahnt; man spürte von Neuem, dass in Polen

auch unsere Sache – die Sache der Freiheit, der Menschenrechte – verhandelt wurde. So wie es die Aufständischen in Polen vor 150 Jahren formuliert hatten, als sie sich, Solidarität heischend, an Europa wandten; „Für unsere und eure Freiheit!“

An dieser neuen Begegnung von Polen und Deutschen hat der Mann, den wir heute ehren, einen wesentlichen Anteil. Er hat schon früh das Gespräch mit den Deutschen gesucht; besonders haben ihn die jungen Deutschen interessiert, die während des Krieges oder danach geboren wurden. Als er 1965 zum ersten Mal in die Bundesrepublik kam – ich lernte ihn damals in München kennen –, da war ihm keine Diskussion mit jungen Leuten zu viel. Mit vorsichtiger Sympathie hat er in *Tygodnik Powszechny* seinen Landsleuten über die neue deutsche Jugend berichtet, über den Wandel des äußeren Typs und der Lebensweise, über ihr unbeschwertes sicheres Benehmen, über die Höflichkeit und Freundlichkeit gegenüber dem Ausländer, die an die Stelle früherer Arroganz getreten sei.³

Bartoszewski ist ein keineswegs bequemer Mann. Er ficht zäh für seine Ansichten. Er liebt den Streit und trägt ihn aus. Gängige Meinungen reizen ihn zum Widerspruch. Im Kreis der allzu schwerelos Friedensbewegten wirkt er in seinem harten Realismus manchmal wie ein Steinerner Gast. Für ihn zählt nicht der gute Wille, sondern das Tun des Guten. Er glaubt auch nicht, dass die Barbarei an Partei-, Staats-, Volksgrenzen beginnt oder endet: Der Kampf gegen sie wird im eigenen Herzen geführt. Er sagt: Es gibt kein Leben um jeden Preis. Frieden kann nur aus Zivilcourage erwachsen. Mit Hitler und Stalin konnte und durfte man keinen Frieden machen. Es gibt Situationen, in denen man sich dem Strom entgegenstellen muss. Und: Es sind immer nur wenige, die die Kraft dazu haben.

Władysław Bartoszewski hat vieles gewagt in seinem Leben: Kopf und Kragen, bürgerliche Sicherheit, Glück und Karriere. Er hat unbeugsamen Mut bewiesen. Mut – das Wort geht uns so leicht über die Lippen in unserer westlichen, reichen, freien Welt. Aber als verfolgter Pole den noch viel mehr verfolgten Juden zu helfen, als Opfer des NS-Terrors an der polnisch-deutschen Versöhnung mitzuarbeiten, als Wissenschaftler und Schriftsteller für die Freiheit der Meinung und die Freiheit der Kirche zu streiten – dazu gehört Mut.

Eines ist sicher: Sollte die deutsch-polnische Versöhnung gelingen, wird Władysław Bartoszewski einer ihrer Pioniere, ihrer Gründerväter gewesen sein. Man ruft so oft nach Vorbildern. Er ist eins. Wir gratulieren Władysław Bartoszewski zum Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 1986!

³ Vgl. *Tygodnik Powszechny* vom 7. Nov. 1965; dt. in: *Dokumente* 6/1965, S. 477 ff.

Kein Frieden ohne Freiheit¹

Die Laudatio von Professor Hans Maier nehme ich mit umso größerer Dankbarkeit und Rührung an, als ich nicht vergessen habe, dass Hans Maier als Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken zu jenen deutschen Intellektuellen gehörte, die im Dezember 1981, als ich mit vielen anderen der Freiheit beraubt war, an die Behörden der Polnischen Volksrepublik mit der Forderung herantraten, mich und meine Freunde aus der Haft zu entlassen.

Die Zuerkennung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels war für mich ebenso überraschend wie erfreulich. Und da ich gewohnt bin, Inhalt und Sinn der mir zuerkannten Auszeichnungen ernst zu nehmen, erachte ich den Friedenspreis als äußerst verpflichtend für mich. Unter den bisherigen Trägern dieses Preises fehlt es ja nicht an Persönlichkeiten, die in hohem Maße zur Formung von grundlegenden Begriffen auf den Gebieten der Sozialmoral beigetragen haben: Ideen vom Menschen, von den Zielen seines Daseins, von den erhabenen Idealen der Freiheit und des Friedens, von den Erfahrungen aus der Geschichte und den Perspektiven künftiger geschichtlicher Entwicklung. Es fehlt nicht an Menschen, die durch ihre Worte und Werke einen nicht geringen Einfluss auf mein eigenes Leben ausgeübt haben, aber vor allem durch ihre Haltung im Augenblick der endgültigen Entscheidung – ich denke an Dr. Henryk Goldszmit, Janusz Korczak, einen der stillen Helden unseres Jahrhunderts. In den ersten Jahren, in denen der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels verliehen wurde, ehrte man Persönlichkeiten, die heute schon auf den Ehrentafeln der europäischen Kultur verzeichnet sind: Albert Schweitzer, Romano Guardini, Martin Buber, Reinhold Schneider und Karl Jaspers. Im letzten Jahrzehnt finden sich unter den Trägern dieses Preises auch Menschen mit anderen, besonderen Erfahrungen, die für unsere Epoche bezeichnend sind: Leszek Kołakowski, Lew Kopelew und Manès Sperber. Mit dem in diesem Raum im

¹ Dankesrede von Władysław Bartoszewski, gehalten aus Anlass der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels am 5. Oktober 1986 in Frankfurt am Main. Władysław Bartoszewski, „Kein Frieden ohne Freiheit“, in: *Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 1986. Ansprachen zur Verleihung*, Frankfurt am Main 1986, S. 21–39.

Oktober 1983 vorgetragenen moralischen und politischen Testament des inzwischen verstorbenen Manès Sperber identifiziere ich mich ganz.

Es ist mir besonders angenehm, dass mein unmittelbarer Vorgänger als Friedenspreisträger 1985 Teddy Kollek gewesen ist, der Bürgermeister von Jerusalem; jener Stadt, die für mein Empfinden nicht nur die heilige Stadt dreier Religionen – der mosaischen, der christlichen und der islamischen – war und ist, sondern auch die Stadt der ganzen Menschheit. Ein Mann also, der sein tiefstes patriotisches Empfinden für sein eigenes Volk und seinen Staat mit echter Wertschätzung für Menschen anderer Bekenntnisse, anderer Nationalitäten, anderer Anschauungen verbindet.

Nie wurde in Europa so viel wie heute vom Frieden gesprochen, von der Notwendigkeit des Friedens, von der Verteidigung des Friedens, von der Friedensliebe. Manchmal drängt sich die Angst auf, dass in der Flut von Äußerungen und Deklarationen, Beschwörungen und Parolen zu diesem Thema der wahre – also der tiefere – Sinn des eigentlichen Begriffes verloren geht. Es entsteht geradezu der Verdacht, dass es in vielen Fällen mehr um eigene Ruhe und Bequemlichkeit geht als um den Frieden und dass der Begriff des Friedens ein Gegenstand der Manipulation geworden ist. Wir bedienen uns seiner immer häufiger, aber wir denken immer seltener über die Bedingungen nach, die zu erfüllen sind, um FRIEDEN zu einem gemeinsamen Begriff für die gesamte zivilisierte Menschheit zu machen. Dabei hat doch einer der größten deutschen Geister des 20. Jahrhunderts, Karl Jaspers, hier in der Paulskirche in seiner Friedenspreisrede drei Grundsätze formuliert, deren Tiefe und Einfachheit im Lichte heutiger Erfahrungen noch deutlicher sind als 1958:

„Erstens: Kein äußerer Friede ist ohne den inneren Frieden der Menschen zu halten. Zweitens: Friede ist allein durch Freiheit. Drittens: Freiheit ist allein durch Wahrheit.“ Und ganz eindeutig:

Erst die Freiheit, dann der Friede in der Welt! Die umgekehrte Forderung: Erst Friede, dann Freiheit täuscht. Denn ein durch Zufall oder durch Despotie oder geschickte Operation oder durch Angst aller Beteiligten für den Augenblick bestehender äußerer Friede ist nicht ein im Grunde des Menschen selbst gesicherter Friede. Er würde aus dem faktischen Unfrieden, der Unfreiheit der einzelnen bald wieder zum Kriege führen. [...] Wollen wir Freiheit und Frieden, so müssen wir in einem Raum der Wahrheit uns begegnen, der vor allen Parteiungen und Standpunkten liegt, vor unseren Entscheidungen und Entschlüssen.

Ich gehöre der Generation an, die noch im Schatten der Erfahrungen des Ersten Weltkrieges erzogen und in früher Jugend von der die menschliche

Vorstellung übersteigenden Bewährungsprobe des Zweiten Weltkrieges gezeichnet wurde. Aber ich gehöre auch dem Volk an, das nach ungewöhnlich hart erlittener Unfreiheit im 19. Jahrhundert und nach einem kurzen Augenblick des Atemholens seit 1939 in seiner Existenz bedroht ist. Darum wohl hat die Sache des Friedens für mich ein besonderes Gewicht. Aber aus demselben Grund ist sie für mich auch untrennbar von der Sache der Freiheit des einzelnen Menschen und verschiedener Gruppen, von Glaubensfreiheit und Weltanschauungsfreiheit, von der Freiheit in der Wahl des Ortes und der Form des Lebens, der Wahl des politischen und wirtschaftlichen Systems, von der Freiheit des Wortes und dem Freisein von Angst. So lange diese Existenzbedingungen der Menschen nicht erfüllt sind, so lange sie nicht einmal auf unserem alten europäischen Subkontinent erfüllt sind, der sich auf die Tradition von so vielen Generationen von Menschen beruft, die aus gemeinsamen Quellen der Kultur und Zivilisation schöpften, so lange werden wir die Fundamente eines dauernden Friedens nicht sichern. Selbst dann nicht, wenn wir uns ihnen in einigen Ländern nähern würden.

In den Büchern des Alten Testaments finden wir die Warnung Moses', die er seinem Volk nach Jahren schwerer Erfahrungen zurief: „Denk an die Tage der Vergangenheit, lerne aus der Geschichte.“ (Dtn 32,7). Die Generation, der ich angehöre, hat mit eigenen Augen die Mauern und Drahtverhaue gesehen, welche die Menschen trennten: die Mauern des Ghettos von Warschau und anderswo, die Mauer, die jahrelang quer durch Jerusalem lief, und die Mauer, die bis heute Berlin teilt. Es scheint das Wichtigste zu sein, all das zu unterstützen, was die Menschen verbindet, und sich all dem zu widersetzen, was die Menschen gegen ihren Willen trennt.

Kein Volk, kein Staat, keine Regierung und keine Partei besitzt ein Patent für Humanismus, Menschlichkeit und Edelmut, auch nicht für fehlerfreies Handeln. Aber es ist auch niemand in der heutigen Welt dazu verurteilt, für immer die Unterdrückung als Form der Machtausübung zu akzeptieren. Viele Staaten haben es recht gut verstanden, Lehren aus der Geschichte zu ziehen, vor allem aus der Erfahrung, dass keine Idee des Hasses oder des imperialistischen Hochmuts sich bezahlt macht. Das Verkünden oder heimliche Praktizieren von Grundsätzen des Rassen-, Völker-, Glaubens- oder Klassenhasses wie überhaupt des Hasses irgendwelcher Gruppen gegen andere Menschen führt in eine Sackgasse. Man könnte dies als Binsenwahrheit erachten, aber ist dies auch mit Sicherheit ein völlig überwundenes Problem, eines, das nicht mehr existiert, nicht mehr aktuell ist in den internationalen Verhältnissen und in den inneren Zuständen mancher Staaten der gegenwärtigen Welt? Hat sich die politische Mentalität der Großmächte in genügendem Maße geändert? Ist eine reale Bereitschaft

zum Kompromiss erkennbar, zu ehrlichem Verzicht auf die Erweiterung politischer und militärischer Einflussnahmen unter offensichtlicher oder geheimer Anwendung von Gewaltmitteln, Diversion und Terror? Dies alles in einer Zeit, in welcher die freie Entfaltung von wirtschaftlichen, kulturellen, wissenschaftlichen Beziehungen und die Freiheit der Kontakte zwischen den Menschen in höherem Maße das Wohl vieler Völker garantieren könnten als das verbissene Verharren bei traditionellen und – so möchte man meinen – längst kompromittierten Methoden der Gewalt.

Es wird im Allgemeinen als unbestritten erachtet, dass in Europa auf dem ersten Platz der gemeinsamen Werte der Mensch steht, sein Leben, sein Wohl, seine Zukunft. Angesichts der Erfahrungen der Zeitgeschichte wagt wenigstens niemand, dies laut in Frage zu stellen, und schon das allein deutet auf einen gewissen Fortschritt hin. Der Mensch soll also in dieser Welt Ziel sein und nicht Werkzeug. Die Staaten, die sozialen Organisationen, die politischen Parteien sollen dem Menschen dienen und nicht er ihnen. Zu den Parolen des 18. Jahrhunderts: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit hat sich die sehr realistisch verstandene Parole der sozialen Gerechtigkeit gesellt, also einer Ordnung, die die Anerkennung der Rechte der arbeitenden Menschen und die Sicherung von würdigen Lebensumständen garantiert. Aber gleichzeitig war doch dieses seinem Ende entgegengehende 20. Jahrhundert ein Jahrhundert schrecklicher Verbrechen am Menschen im Namen wahnsinniger Ideen. Und es wird gewiss in der Geschichte ein Jahrhundert der Massenvernichtung von Menschen unter dem Kryptononym „Endlösung der Judenfrage“ oder unter anderen verschlüsselten Bezeichnungen bleiben, aber auch ein Jahrhundert der Konzentrationslager, geschaffen an verschiedenen Orten zu verschiedenen Zeiten von Menschen für Menschen.

Die ganze zivilisierte Welt verurteilt in den letzten Jahrzehnten die Unterdrückung der Regierten durch die Regierenden. Leider gelang es uns bisher aber nicht, die Institution der Gewissenshäftlinge, Folterungen durch politische Polizei, Unterdrückung wegen einer Konfession oder einer Weltanschauung, Mord an Priestern verschiedener Konfessionen und verschiedene Arten von Zwangsarbeitslagern und Konzentrationslagern nur noch aus der Literatur zu kennen. Nicht genug davon, der Fortschritt der Medizin führte im 20. Jahrhundert zu zwangsweiser Isolation und Misshandlung von Menschen in psychiatrischen Anstalten, sofern sie Ansichten vertreten und verkünden, die der Ideologie und den Interessen der Macht widersprechen. Der Begriff der Freiheit des Wortes – untersucht in vielen Ländern, beschrieben in hunderten von Arbeiten von Politologen, Soziologen, Kommunikationswissenschaftlern – wird noch immer in den verschiedenen

europäischen Ländern ganz unterschiedlich interpretiert. Die primitive Überzeugung, dass das Fernhalten der Menschen von den Informationsquellen und dem freien Nachrichtenumlauf eine diskussionsfreie Beherrschung von Menschengruppen oder Völkern erleichtern werde und somit deren widerspruchslose Annahme einer einheitlichen Formel oder eines einheitlichen politischen und ideologischen Rezeptes erleichtert, kann auf dem heutigen Stand der Entwicklung der Massenkommunikationsmittel als Nativität, wenn nicht gar als Nonsens erachtet werden. Und doch besteht eine solche Praxis. Man kann jedoch als sicher annehmen, dass, wenn sie auch noch eine Zeitlang die angestrebten Resultate erbringen mag, sie sich doch in der Geschichte nicht verwirklichen und schließlich vorübergehen wird. Sie wird dereinst in ebenso unrühmlichem Licht erscheinen wie die Sklaverei.

Eine unbestrittene und glückliche Tatsache ist, dass wir in Europa – wiewohl leider nicht in der ganzen Welt – seit mehr als vierzig Jahren das Phänomen Krieg zwischen einzelnen Staaten nicht kennen. Ich würde jedoch zögern, die Situation in einigen Ländern Europas, in denen die besonders brutale Erscheinung des organisierten Terrors stets aufs Neue blutige Opfer in der Bevölkerung hinterlässt, mit dem schönen Wort FRIEDEN zu bezeichnen. Es könnte scheinen, dass diesem düsteren, verbrecherischen Treiben entgegenzutreten eines der wichtigsten Ziele der aufrichtig idealistischen Jugend sein müsste, die in verschiedenen europäischen Organisationen der Friedensbewegung wirkt. Es kann ja überhaupt nicht die Rede von Glaubwürdigkeit irgendwelcher Organisationen oder politischer Parteien sein, welche in ihren Programmen oder auch unterbewusst das Naturrecht und die aus ihm resultierenden Rechte missachten wie das Grundrecht zu leben und Leben zu verteidigen, das dem Menschen niemand schenken oder wegnehmen darf.

Hass, Feindschaft und Verachtung Menschen gegenüber haben auch heute verschiedene Gesichter, der Terrorismus ist nur eines davon. Aber wir kennen auch andere Gefährdungen der moralischen Ordnung. So praktiziert man zum Beispiel, angeblich um sogenanntes größeres Übel zu verhindern, nicht selten Nachgiebigkeit gegenüber der Übermacht und der Verletzung der grundsätzlichen Rechte des Menschen. Den Antisemitismus kleidet man gelegentlich in die falsche Maske des sogenannten Anti-Zionismus, was die Manipulation mit niederen Instinkten und das Wachrütteln von verschiedenen Ressentiments ermöglicht. Eine eigenartige Form der Menschenverachtung ist auch das apodiktische Festsetzen von Grenzen der Freiheit für die anderen, die pragmatische Nonchalance in der Behandlung unterdrückter Völker. Wie hell und eindeutig klingt vor diesem Hintergrund

die Stimme des Papstes Johannes Paul II., der in seiner ersten Enzyklika *Redemptor Hominis* das Wesen der Menschenrechte als Fundament des Lebens im Frieden aufgegriffen hat:

Letztlich führt sich der Frieden zurück auf die Achtung der unverletzlichen Menschenrechte – *opus iustitiae pax* –, während der Krieg aus der Verletzung dieser Rechte entsteht und noch größere derartige Verletzungen nach sich zieht. Wenn die Menschenrechte in Friedenszeiten verletzt werden, ist dies besonders schmerzlich und stellt unter dem Gesichtspunkt des Fortschritts ein unverständliches Phänomen des Kampfes gegen den Menschen dar, das auf keine Weise mit irgendeinem Programm, das sich selbst als *humanistisch* bezeichnet, in Einklang gebracht werden kann. Wenn aber nun trotz dieser Voraussetzungen die Menschenrechte auf verschiedene Weise verletzt werden, wenn wir Zeugen von Konzentrationslagern, von Gewalt und von Torturen, von Terrorismus und vielfältigen Diskriminierungen sind, so muss das eine Folge anderer Verbindungen sein, die die Wirksamkeit der humanistischen Voraussetzungen in jenen modernen Programmen und Systemen bedrohen oder auch zunichte machen.²

Indem er die Eigenschaften meiner Person formulierte, hat der Stiftungsrat für den Friedenspreis es für richtig gehalten, mich einen leidenschaftlichen Katholiken, einen leidenschaftlichen Polen und einen leidenschaftlichen Humanisten zu nennen. Diese ehrenvollen Bezeichnungen schöpfte man – so denke ich – aus einem Text des von mir hoch geschätzten Heinrich Böll, der mir 1983 in einem Rundfunk-Feuilleton liebenswürdigerweise seine freundliche Aufmerksamkeit schenkte. Ich bekenne offen, dass ich mich für einen leidenschaftlichen Menschen halte. Andere, mir zugeschriebene Eigenschaften sind ebenfalls richtig. Ich bin nämlich in Polen, also in Europa, geboren und wurde später in einer katholischen Kirche getauft. Ich erwähne hier nicht zufällig Polen, Europa und die Kirche, denn die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Kreis von Tradition und Kultur, also auch zu dem, was hier Humanismus genannt wurde, verbindet mich untrennbar sowohl mit meiner Volkszugehörigkeit und der Tradition der Kirche, der ich angehöre, als auch mit dem gesamten Gedanken- und Kulturgut des Abendlandes. Ein ungemein wichtiges Element dieses Kulturgutes scheint mir die allen Europäern gemeinsame, durch Jahrhunderte gestaltete Wert- und Begriffshierarchie zu sein, welche Menschen über sprachliche, nationale und staatliche Grenzen hinweg näher zueinander brachte und verband. Ich denke daran, was Millionen von Menschen in Europa gemeinsam war: die Selbstverständlichkeit von Begriffen wie Freiheit, Menschenwürde, Ehr-

² *Redemptor Hominis*, XVII, § 17.

furcht vor dem Leben, die negative Einstellung gegenüber allen Formen der Übermacht und Gewalt, die Solidarität mit den Verfolgten, die Sorge für die Schwachen und Wehrlosen, ein besonders ausgeprägter Schutz für Mutter und Kind. Für junge Menschen, die vor dem Zweiten Weltkrieg in Polen erzogen wurden, waren dies selbstverständliche, in ganz Europa, also auch bei ihren Nachbarn, allgemein verpflichtende Werte. Der September 1939 und die folgenden Jahre waren daher nicht nur eine Periode von Leidenserfahrung und Opferbereitschaft im Kampf um die Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes, sondern auch der Versuch, diese moralische Ordnung zu verteidigen. Die Praxis des Totalitarismus innerhalb der feindlichen Okkupation versuchte nämlich, diese Ordnung zu zertrümmern.

Die polnische Intelligenz, seit vielen Generationen in enger Verbindung mit den besten Kulturtraditionen Europas erzogen, voller Hochachtung für die Errungenschaften des abendländischen Geistes – auch des deutschen – stellte sich in den Jahren des Zweiten Weltkrieges oftmals die Frage, wie es überhaupt zu dem hatte kommen können. Auf welchem Humus konnte die Frucht dieses tiefen Hasses, dieser seelenlosen Grausamkeit gereift sein, wie sie die Vertreter des damaligen „Deutschen Reiches“, des damaligen Machtapparates, die herrschende nationalsozialistische Partei, ihre Enthusiasten, Anhänger oder auch nur blind gehorchende Menschen in den besetzten Gebieten Polens im Alltag repräsentierten? Wir warteten auf die Stimmen der Solidarität der deutschen christlichen Kirchen, auf Anzeichen der Ernüchterung, Zeichen menschlichen Protestes gegen die extremen Grausamkeiten, denen die „Untermenschen“ – als welche die Slawen – und das „Ungeziefer“ – als welches die Juden eingestuft wurden – zum Opfer fielen. Uns erreichten Nachrichten von mutigen Protesten mancher katholischer und evangelischer Priester, sowie von der Gruppe um die Geschwister Scholl und, in der letzten Kriegsphase, auch von der Bewegung des 20. Juli gegen das nationalsozialistische System. Doch wir horchten vergeblich auf wenigstens einen einzigen eindeutigen Satz zur Verteidigung der geschlagenen und unterjochten Völker, auch des polnischen Volkes.

Wir stellten uns die Frage nach der Zukunft der Deutschen, der moralischen Zukunft der deutschen Gesellschaft nach diesem Krieg, dessen Ende unserer unverbrüchlichen Überzeugung nach eine furchtbare Niederlage des Bösen und den Sieg der Ideale der Freiheit und der Gerechtigkeit bringen müsste. Ich gebe zu, dass wir damals mit großer Skepsis die Möglichkeit der Veränderung eines Volkes in real vorstellbarer Zeit erwogen, eines Volkes, das einem Hitler die Macht anvertraut hatte und das nun zu den christlichen Werten Europas zurückkehren sollte. Das deutsche Volk hat

wahrlich einen gewaltigen Preis für den von Deutschen hervorgerufenen Krieg bezahlt: Menschenopfer, territoriale Verluste sowie die Teilung. Und doch haben die Achtung gebietende Mühe, die Arbeit, die Opferwilligkeit von Millionen Deutschen und vor allem die tiefgreifende politische Umkehr (der Anschluss an die großen Demokratien des Westens: Großbritannien, die Vereinigten Staaten von Amerika, die schon in den Jahren 1939 bis 1941 die Gefahr des Nationalsozialismus für die Welt und für Deutschland richtig eingeschätzt hatten) es geschafft, dass der Wiederaufbau des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens zwischen Elbe und Rhein verhältnismäßig sehr schnell vorangegangen ist. Nicht Schritt halten damit konnte die moralische Bewältigung der Vergangenheit und das Erkennen von Konsequenzen, die unumgänglich notwendig waren für die psychische Gesundheit und das Prestige der Deutschen sowie für die Wiederkehr zur so schmerzlich vergewaltigten Hierarchie der gemeinsamen europäischen Kulturwerte. Sie, sehr geehrter Herr Bundespräsident, sagten am 8. Mai 1985 anlässlich des vierzigsten Jahrestages des Kriegsendes im Geiste der moralischen Ehrlichkeit, die allerhöchster Wertschätzung würdig ist:

Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.

Trotz allem, was unverändert in meiner Erinnerung geblieben ist – der Erinnerung eines Polen mit Erfahrungen und Kenntnissen aus den Jahren des Krieges und der Okkupation – hat meine jetzt mehr als zwanzigjährige Erfahrung in Kontakten mit Deutschen es mir ermöglicht, aufs Neue an die Menschen in diesem Land zu glauben, an ihre Fähigkeit und Bereitschaft, Gutes zu tun. Dabei spielten und spielen die Initiativen und Bemühungen vieler Intellektueller eine große Rolle, die schöne, humane Einstellung und viele namenlose Werke von Menschen guten Willens, aber auch Aktivitäten von Institutionen, etwa der christlichen Kirchen, sozialer, kultureller und wissenschaftlicher Organisationen und Vereine, sowie auch – vielleicht vor allem – die Bemühungen junger Deutscher mit offenen Augen und wachen Herzen, die in ihren polnischen Altersgenossen Partner, ja, vielleicht künftige Freunde sehen.

Schon in der ersten Hälfte der sechziger Jahre spielten die Initiativen der von der Evangelischen Kirche in Deutschland ins Leben gerufenen Aktion Sühnezeichen eine wichtige Rolle wie auch die der deutschen Sektion der internationalen Organisation Pax Christi und später das leise, aber engagiert agierende Maximilian-Kolbe-Werk. Im Jahr 1965 wurde die Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland veröffentlicht. In derselben Zeit beschäftigte sich eine Gruppe katholischer Intellektueller, die unter dem Namen Bensberger Kreis bekannt ist, mit der Problematik des deutsch-polnischen Verhältnisses. Im November 1965, gegen Ende des Zweiten Vatikanischen Konzils, fassten die polnischen katholischen Bischöfe einen Entschluss von historischer Bedeutung: Sie reichten mit ihrem an die katholischen deutschen Bischöfe gerichteten Brief als erste die Hand zur Versöhnung. Im Dezember 1965 antworteten die deutschen Bischöfe auf die Botschaft. Diese und viele andere Schritte, darunter vor allem die Kontakte unabhängiger polnischer Intellektueller mit verschiedenen sozialen und kulturellen Organisationen in der Bundesrepublik, trugen zur Schaffung eines sozialen Klimas bei, das es den Politikern ermöglichte, einen weiteren Schritt zu tun: Der Vertrag zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen vom 7. Dezember 1970, war zweifellos ein politischer Akt von großer Bedeutung, der sich in gewissem Grad auf das wachsende Vertrauen und in hohem Maß auf die Besserung des Schicksals von Hunderttausenden von Menschen und auf die Belebung der Beziehungen zwischen Deutschen und Polen, zwischen Polen und Deutschen auswirkte. Aber wenn ich meine eigenen Erfahrungen in der sogenannten Friedensarbeit analysiere, muss ich dennoch auf der Behauptung beharren, dass das Wichtigste nicht das ist, was Politiker bereit sind zu erklären und zu unterschreiben – obwohl man das nicht unterschätzen soll –, sondern, was im Empfinden, im Gewissen, im Intellekt der Menschen verschiedener Völker vor sich geht, wie weit das stereotype Denken vom anderen, der Egoismus, ja sogar Egotismus, überwunden wird. Wie weit etwa das Verständnis reift, dass das Land auf beiden Seiten von Rhein, Elbe, Oder und Weichsel, in dem wir hier und jetzt leben, in den Generationen unserer Enkel und Urenkel weiterhin der Wohnort und der Ort des gemeinsamen – besseren oder schlechteren – Daseins von Menschen ist und sein wird, die lernen müssen, miteinander auszukommen. Und wenn dies in dem Verhältnis der Deutschen zu den Polen und Polen zu den Deutschen wegen der derzeitigen Teilung Deutschlands und Teilung Europas schwieriger sein mag als zwischen anderen europäischen Völkern, so ist dies doch eine der großen Aufgaben, denen unsere Generation verpflichtet ist: nicht nur trotz der Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs, son-

dern eben wegen dieser Erfahrungen, welche bewiesen haben, dass das Denken in extremistischen Kategorien, Kategorien der Überheblichkeit oder des einseitigen Übergewichtes nirgendwohin führt, die überwiegende Mehrheit der heute lebenden Deutschen und Polen ist nach dem Zweiten Weltkrieg geboren. Das dispensiert die Älteren nicht, ihr Tatsachenwissen an die Nachkommen zu überliefern. Das Verbergen oder entstellen historischer Fakten führt zu nichts.

Die sogenannte Bewältigung der Vergangenheit ist vor allem durch das Näherrücken und das gegenseitige bessere Verständnis von möglichst vielen Menschen erreichbar. Die völlige Aussöhnung von Völkern ist – wie aus vielen historischen Erfahrungen hervorgeht – ein psychologisch und gesellschaftlich viel schwierigerer und langsamerer Prozess als die eventuelle politische Verständigung von Staaten. Öffentliche Erklärungen von Institutionen und Verträge von Politikern sollten eher Wege für die natürlichen und spontanen Kontakte der Menschen untereinander öffnen und verbreitern, als dass man sie schon als die Problemlösungen an sich betrachtet.

Ich habe nicht die Absicht, hier die sogenannten heiklen Probleme zu umgehen. Ich verstehe vollkommen, dass dazu für viele Deutsche das Problem der Oder-Neiße-Gebiete gehört. Die heutige Besiedlung dieses Territoriums durch rund elf Millionen Polen muss man als unmittelbare Folge des vom „Dritten Reich“ verursachten Zweiten Weltkriegs erachten. Ich erlaube mir, mich hier abermals auf Ihre Aussage, Herr Bundespräsident, in der Gedenkstunde im Deutschen Bundestag am 8. Mai 1985 zu berufen, die für viele von uns – sowohl Deutsche als auch Polen – psychologisch und moralisch von entscheidender Bedeutung ist:

Hitler wollte die Herrschaft über Europa, und zwar durch Krieg. Den Anlass dafür suchte und fand er in Polen. Am 23. Mai 1939 – wenige Monate vor Kriegsausbruch – erklärte er vor der deutschen Generalität: „Weitere Erfolge können ohne Blutvergießen nicht mehr errungen werden [...] Danzig ist nicht das Objekt, um das es geht. Es handelt sich für uns um die Erweiterung des Lebensraumes im Osten und Sicherstellung der Ernährung [...] Es entfällt also die Frage, Polen zu schonen, und bleibt der Entschluss, bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen... Hierbei spielen Recht oder Unrecht oder Verträge keine Rolle.“

Am 23. August 1939 wurde der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt geschlossen. Das geheime Zusatzprotokoll regelte die bevorstehende Aufteilung Polens. Der Vertrag wurde geschlossen, um Hitler den Einmarsch in Polen zu ermöglichen. Das war der damaligen Führung der Sowjetunion voll bewusst. Allen politisch denkenden Menschen jener Zeit war klar, dass der

deutsch-sowjetische Pakt Hitlers Einmarsch in Polen und damit den Zweiten Weltkrieg bedeutete. Dadurch wird die deutsche Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges nicht verringert. Die Sowjetunion nahm den Krieg anderer Völker in Kauf, um sich am Ertrag zu beteiligen. Die Initiative zum Krieg aber ging von Deutschland aus, nicht von der Sowjetunion. Es war Hitler, der zur Gewalt griff. Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bleibt mit dem deutschen Namen verbunden.

Während dieses Krieges hat das nationalsozialistische Regime viele Völker gequält und geschändet. Am Ende blieb nur noch ein Volk übrig, um gequält, geknechtet und geschändet zu werden: das eigene, das deutsche Volk. Immer wieder hat Hitler ausgesprochen: wenn das deutsche Volk schon nicht fähig sei, in diesem Krieg zu siegen, dann möge es eben untergehen. Die anderen Völker wurden zunächst Opfer eines von Deutschland ausgehenden Krieges, bevor wir selbst zu Opfern unseres eigenen Krieges wurden.

Flüchtlinge, Heimatvertriebene, Umsiedler, Spätaussiedler – sie alle gehören zu den Opfern des Krieges, ebenso wie jene Polen, die infolge des Zweiten Weltkrieges ihre eigentliche Heimat in Lemberg, Wilna oder anderswo im europäischen Osten verloren haben. Die tragisch verwickelten historischen und politischen Umstände führten dazu, dass die Polen vielleicht besser als viele andere Völker in Europa in der Lage sind, die Leiden und Schwierigkeiten der Menschen zu verstehen, die gezwungen waren, ihre Heimatorte zu verlassen. Sie verstehen auch das Problem der Spaltung eines Volkes, weil sie es selbst erlebt haben. Den Menschen ihre unmittelbare Heimat zu entziehen, ist nie eine gute Tat, sondern immer eine böse Tat, selbst wenn man keinen anderen Ausweg aus einer bestimmten historischen und politischen Lage sieht. Die Polen, die aus dem Osten Polens nach Niederschlesien oder Hinterpommern kamen, haben in den ersten Monaten nach dem Krieg gewiss mehr die Tragik ihres eigenen Schicksals empfunden als die Freude über den Sieg.

Wenn mir – dem damals kaum neunzehnjährigen Polen aus Warschau, der im Winter 1940 vor Kälte, Hunger und Angst zitternd auf dem Appellplatz von Auschwitz gesichts- und namenlos als „Schutzhäftling Pole Nr. 4427“ stand – jemand gesagt hätte, dass ich im Verlauf eines einzigen Lebens den Wandel der überwiegenden Mehrheit der Deutschen zu einer Gesellschaft, die sich von humanitären Regeln leiten lässt und in einem rechtmäßigen europäischen Staat der parlamentarischen Demokratie lebt, erleben werde, so hätte ich das wahrscheinlich als optimistische Träumerei eines Utopisten angesehen. Und die Möglichkeit einer Anerkennung der Polen durch Deutsche, das Abgehen vom bereits im 19. Jahrhundert allgemein angenommenen und später aufrecht erhaltenen Stereotyp, dass der

Pole schon von Natur aus ein niedriger stehender Mensch als der Deutsche sei, schien damals wenig wahrscheinlich. Und obwohl man bis heute diskutieren könnte, ob und in welchem Ausmaß die Stereotypen im Denken der Deutschen über die Polen und der Polen über die Deutschen überwunden worden sind, so scheint doch die schöne Feier, die wir heute in diesem historischen Gebäude erleben, ein nicht ganz bedeutungsloses Ereignis auf dem Weg jener Wandlungen zu sein, die Hoffnungen erwecken und ein wenig Optimismus gestatten. Da wurde einer jener Polen, die man damals vergeblich versuchte zu erniedrigen und der Menschenwürde zu berauben, durch das hohe Gremium, das zweifellos die Elite der heutigen deutschen Gesellschaft repräsentiert, als jenes Preises für würdig erachtet, der für Friedensarbeit verliehen wird.

In der Entscheidung der Jury, die den Wert jener Aktivitäten unterstreicht, die die Anwendung von Gewalt und Hass ablehnen, sehe ich eine mittelbare Anerkennung des Weges aller meiner Landsleute – und es sind ihrer viele Millionen –, die mit großer Opferbereitschaft, in stillem Widerstand und dabei mit weit größerem Realitätssinn, als man ihn oft den Polen zuschreibt, ihre Stimme zur Verteidigung der ethischen und sozialen Grundwerte erheben. Sie fordern die Achtung der Rechte des Menschen auf ein würdiges und freies Leben und somit die Achtung der Rechte der Arbeiter, der Angestellten und der Bauern auf gemeinsame Verwaltung des eigenen Landes. Ich denke an die mächtige soziale Bewegung, der nur in dem kurzen Zeitabschnitt von einigen Monaten eine von der Staatsgewalt der polnischen Volksrepublik akzeptierte Tätigkeit genehmigt worden war – bekannt unter dem Namen „Solidarność“, Solidarität. Ich denke auch an diejenigen, die bis heute im Namen derselben moralischen und ideellen Grundsätze gewaltlos kämpfen, immer wieder in Gefängnisse kommen und anderen Beschränkungen und Schwierigkeiten ausgesetzt sind. Das Entstehen der Gewerkschaft „Solidarność“ und die damit verbundene Entwicklung einer sozialen Bewegung waren *sui generis* Ausdruck und Fortsetzung jener Freiheitsliebe, die die Polen in der Geschichte schon mehrfach bewiesen haben. Die Ideen dieser Bewegung, ihre Tätigkeit zum Wohl der arbeitenden Menschen, ihr hartnäckiges Trachten, strittige Probleme auf dem Weg des ehrlichen Dialogs zu lösen, unterstützt Papst Johannes Paul II., eine große Autorität unserer Tage, eindeutig in seinen Äußerungen.

Im Verlauf der letzten paar Jahre haben sehr viele Menschen guten Willens in Deutschland im Geiste der Nächstenliebe und der Solidarität dem polnischen Volk Hilfe geleistet. Die volle psychologische Bedeutung dieser Tatsache wird sich vielleicht in der Zukunft als noch wichtiger erweisen als ihre unzweifelhafte materielle Bedeutung.

Der deutsche Osteuropahistoriker Professor Jörg K. Hoensch behauptet in seiner vor drei Jahren veröffentlichten *Geschichte Polens* bei der Erörterung der aktuellen Lage Polens und der Polen:

[...] dass sich in Polen eine moderne, reife, strukturierte und selbstbewusste Gesellschaftsformation herausgebildet hat, die ein lebendiges Traditionsbewusstsein, ein hingebungsvoller Patriotismus und eine tiefe emotionale Bindung an den Katholizismus mit der wechselvollen Geschichte der Nation verbindet. Das Wissen um die Meisterung der vielfältigen, die Eigenstaatlichkeit und die ethnische Substanz Polens bedrohenden Gefahren in der Vergangenheit, die Überzeugung, über die vornehmsten Tugenden der abendländisch-christlichen Kultur zu verfügen, die ungebrochene Lebenskraft und Regenerationsfähigkeit, der Bildungseifer und die nationale Solidarität untereinander sind Garanten für die konstruktive Bewältigung der weiterhin gravierenden Probleme der Gegenwart.³

Mag sein, dass diese Einschätzung allzu optimistisch ist. Aber auf jeden Fall rechnen die Polen auf das Verständnis und die Solidarität des deutschen Volkes, die ein wichtiger Faktor beim Bau von Brücken zwischen unseren Völkern werden können. Vielleicht wird es auch mir gegeben sein, daran weiter mitzuarbeiten.

³ Jörg K. Hoensch, *Geschichte Polens*, Stuttgart 1983, S. 337.

Noch ist Polen nicht verloren. Ein Gespräch mit Władysław Bartoszewski¹

Am 6. Oktober wird der polnische katholische Zeitgeschichtler und Publizist Władysław Bartoszewski mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet. Bartoszewski (Jahrgang 1922) lebt gegenwärtig in Deutschland. Er lehrte im vergangenen Semester in Eichstätt und im Studienjahr 1986/87 in München. Professor Bartoszewski, der im polnischen Widerstand aktiv war und zahlreichen Juden das Leben rettete, wurde von den Nazis verhaftet und vorübergehend nach Auschwitz gebracht. Er musste auch unter kommunistischer Herrschaft insgesamt ca. sieben Jahre in Gefängnissen verbringen. Zum letzten Mal wurde er bei Verhängung des Kriegsrechts 1981 verhaftet. Wir befragten Bartoszewski zur gegenwärtigen Lage Polens und zu den Problemen, die sich aus der speziellen „geopolitischen Lage“ des Landes bezüglich möglicher künftiger Entwicklungen ergeben. Die Fragen stellten Fritz Csoklich und David Seeber.

Ein autobiografischer Erfahrungsbericht Bartoszewskis – Wer ein Leben rettet, rettet die ganze Welt. Die Erfahrung meines Lebens – (141 S. 16,80 DM) ist soeben bei Herder, Freiburg – Basel – Wien erschienen.

Herder-Korrespondenz: Herr Professor Bartoszewski, welche Einschätzung von Ihrer polnischen Heimat haben Sie zur Zeit? Nach den großen Hoffnungen, die man an „Solidarność“ geknüpft hat, scheint es zu einer Pattstellung gekommen zu sein. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Situation?

Bartoszewski: Ich sehe die ganze polnische Nachkriegsgeschichte in Form einer Sinuskurve. Es gibt wellenartige Aufstiege und wellenartige Abstiege, um nicht zu sagen Pleiten. Man geht hoch, man sinkt, man versucht aufs Neue. Die Hauptfrage bleibt, wo nach dem Auf- und Abstieg jeweils der niedrigste Punkt ist, ob nach dem jeweils nächsten Abstieg der niedrigste Punkt höher ist als nach dem vorausgegangenen Abstieg. Vergleicht man so die Situationen innerhalb der Zeit seit 1944/45, so war der niedrigste Punkt nach keiner Niederlage so niedrig, wie der Ausgangspunkt oder der jeweils vorausgegangene Tiefpunkt war. Insofern bin ich nicht sehr pessimistisch.

¹ „Noch ist Polen nicht verloren. Ein Gespräch mit Władysław Bartoszewski“, in: *Herder-Korrespondenz* 10/1986, S. 471–479.

D. h., ich bin pessimistisch auf der kurzen Welle, auf der langen Welle bin ich eher optimistisch.

HK: Wo liegt für Sie dann kurz- und mittelfristig das eigentliche Problem?

Bartoszewski: In der Situation der Regierenden selbst. Es würde die Regierenden in Polen ein Stück voranbringen, wenn sie verschiedene Reformen einleiteten und sich zu einer offeneren Haltung gegenüber der Bevölkerung bekenneten. Aber man weiß noch nicht recht, ob diejenigen, die hinter ihnen stehen, anders als es gegenwärtig im Westen häufig gesehen wird, dies auch wollen. Natürlich wären sie dazu imstande, aber ob sie es wollen? So tun die Regierenden lieber nichts; denn tun sie etwas, bringen sie ihre Machtposition in Gefahr. Bei der jetzigen Lage, angesichts der tiefgehenden psychologischen Krise in Polen, müsste aber etwas geschehen, denn Partei und Regierung haben selbst noch 1981/82 gesagt, dass manche Forderungen der Arbeiterklasse berechtigt waren. Also müssten sie Folgerungen ziehen. Doch wagen sie das nicht.

„Wir können eine gewisse Zeit überleben“

HK: Die Gesamtentwicklung aber, sagen Sie, geht nach oben; worauf stützen Sie diese Einschätzung?

Bartoszewski: Darauf, dass sich die breite Masse der Bevölkerung – das sieht jeder, der Polen ein wenig kennt und mit den Leuten im Lande spricht – sich mit der Situation, wie wir sie jetzt haben, einfach nicht abfindet. Am wenigsten die Angehörigen der jungen Generation, die im System aufgewachsen sind, die jungen Arbeiter, die jungen Studenten, die Oberschüler. Sie wollen voran und sind hart und unnachgiebig. Man könnte sich nur eine fähige kommunistische Partei wünschen, die imstande wäre, auf sie einzugehen, akzeptable Kompromissformeln zu finden ...

HK: Aber die gibt's nicht, diese Partei ...

Bartoszewski: Die gibt's nicht ...

HK: Ihr Land dürfte sogar der ungünstigste Fall für eine fähige kommunistische Partei sein, weil die gesellschaftlichen Gegenkräfte stark sind und sie trotz Machtmonopol nicht mit der Solidarität der Bevölkerung rechnen kann ...

Bartoszewski: ... und weil die kommunistische Partei in Polen überhaupt keine Tradition hat. In der ČSSR z. B. haben die Kommunisten schon vor 1938/39 eine gewisse Rolle gespielt. In Ungarn unter Béla Kun ganz kurz

am Anfang auch. Im Polen der Vorkriegszeit hatten Kommunisten einen gewissen Einfluss, aber höchstens bei nationalen Minderheiten. Die Partei war klein und zur Illegalität verurteilt. Zudem hatte nur Polen eine lange gemeinsame Grenze mit der Sowjetunion. Das förderte das Ansehen der Kommunisten – vom Einfluss der Kirche einmal ganz abgesehen – ebenfalls nicht. Man sagte damals, es sei leicht, in Italien oder in Paraguay Kommunist zu sein, aber nicht an der russischen Grenze.

HK: Es gibt die versteinerte Partei und die Sowjetunion als unmittelbaren Nachbarn, der offenkundig nicht daran denkt, Polen aus seinem Bündnis-system zu entlassen. Worauf gründen sich also Ihre Hoffnungen?

Bartoszewski: Wir können eine gewisse Zeit überleben, solange im Ostblock noch alles unverändert bleibt. Ich rede nicht gern über sowjetische Politik, ich bin da kein Fachmann. Ich habe seinerzeit in westlichen Medien, in bürgerlichen, nicht in kommunistischen, gelesen, Andropow sei ein liberaler Mensch. Ich weiß nicht, ob die gegenwärtige sowjetische Führung liberal ist. Es gibt Journalisten im Westen, die meinen es. Die Polen bezweifeln das, auch weil sie näher an den Sowjets leben. Aber es besteht die Hoffnung oder vielmehr die Sicherheit, dass imperiale Systeme in der Geschichte nie über Jahrhunderte unverändert geblieben sind. Und ich weiß auch, dass Völker immer bereit waren, für ihre Freiheit zu kämpfen, und dass sie die Veränderungschancen, die sich ihnen boten, auch nutzten. Und Polen hat in den 40 Jahren der Existenz des realen Sozialismus schon so viel Freiheit errungen wie sonst kein Land im östlichen Europa. Auf dem Gebiet der Geistes- und der Glaubensfreiheit z. B. haben die Polen doch eine unvergleichlich bessere Situation als jedes andere Volk im Ostblock.

HK: Aber eine wirkliche Weiterentwicklung kann es für Polen wie für andere Ostblockländer nur geben, wenn innerhalb des Ostblocks insgesamt eine Entwicklung stattfindet ...

Bartoszewski: Es muss nicht alles von der Sowjetunion ausgehen. Ich sehe schon auch Unterschiede, was die Entwicklungsmöglichkeiten der Völker des Ostblocks betrifft. Bulgarien und Polen, das ist nicht dasselbe, Rumänien und Ungarn auch nicht. Da macht man es sich im Westen zu einfach, wenn man bloß sagt: Ostblock, Ostblock. Die Völker, die völlig anders sind in ihren Traditionen, sind doch immerhin 100 Millionen Menschen mit ihren Wünschen, Werten, Hoffnungen. Von daher sage ich noch einmal, wie ich schon zur Zeit von „Solidarność“ gegenüber westlichen Zeitungen, u. a. gegenüber dem sensationslüsternen *Spiegel*, gesagt habe: Polen brauchte eine fähige kommunistische Partei, die Partner sein kann und Rückgrat und Rückendeckung hat. Sie hat jetzt Rückendeckung, also besteht auch

international eine Chance. Aber ob Rückendeckung bedeutet, dass die großen Verbündeten ihr wirklich vertrauen, oder ob sie ihr nur vertrauen, weil sie sicher sind, dass sie nichts macht, das ist die große Frage.

„Man kann nichts reformieren ohne die polnische Gesellschaft“

HK: Wie sehen Sie als Pole die jetzige sowjetische Führung? Sind von Gorbatschow nicht doch neue Entwicklungen zu erwarten?

Bartoszewski: Die Ära Gorbatschow hat erst begonnen. Selbst die klügsten Kreml-Astrologen und Sowjetologen wissen im Grunde wenig darüber. Nach zwei Jahren kann man reden über sein freundliches Gesicht und die Hüte, die seine Frau trägt, aber noch keine seriöse Analyse betreiben. Die Sowjetunion ist ein riesiges Land und machtpolitisch mit keinem anderen vergleichbar. Sie ist eine unklare Größe für alle Völker der Welt, auch für die Amerikaner. Was sollen da wir Mittel- und Osteuropäer sagen über Wesen, Sein und Schein. Die UdSSR ist erst ein siebzigjähriger Staat. Die russische Tradition ist sehr viel älter, aber die Sowjets haben alle weltpolitischen russischen Ziele seit dem 18. Jahrhundert erreicht oder überschritten. Wir müssen die weltpolitische Kontinuität im Denken der sowjetischen Führer beachten; aber wir wissen nicht, wie die Geschichte entscheidet. Für Polen jedenfalls gilt noch mehr als für jedes andere Land: Man kann nichts reformieren ohne die polnische Gesellschaft, ohne das Vertrauen der Menschen. Dieses Vertrauen war 1981 noch da. Es wird schwer sein für die jetzige Führung, es wieder zu gewinnen. Vielleicht gelingt es einmal einer anderen Gruppe in der Partei. Aber selbst Wałęsa und seine Berater wissen, dass sie sich in harter Gesellschaft befinden und dass ihre Dialogbereitschaft bei den eigenen Leuten auf Grenzen stößt; denn die Polen sind sehr empfindsam in puncto Ehre und Würde ...

HK: Ist die Situation in Polen nicht auch deswegen so schwierig, weil auf der einen Seite beachtliche Erfolge erzielt worden sind (Meinungsfreiheit, kulturelle Eigenständigkeit u. a.), auf der anderen Seite aber die wirtschaftlichen Schwierigkeiten so groß sind, dass die jungen Leute, die wenig Aussicht haben, mehr zu verdienen und ihren Lebensstandard zu verbessern, in die Resignation getrieben werden? Dieser Zwiespalt fällt doch auf, das Gefühl: Man kann sich relativ frei äußern, aber das System ist nicht reformierbar; deswegen bleibt nur Emigration, die innere oder äußere.

Bartoszewski: Aber nicht allein aus wirtschaftlichen Gründen, sondern die wirtschaftlichen und politischen hängen zusammen. Ich gebe aber zu: Die Situation ist geprägt von einer Art Doppelleben. Die Mehrheit lebt so, wie man leben muss, und will zugleich völlig anders leben, kann aber überhaupt nichts erreichen, nicht aufsteigen usw. Dieses Leben mit gespaltener Seele ist bedrohlich. Aber solange die politische Führung nicht einen offeneren Kurs steuert und kompetente Fachleute, Wirtschaftler, Technokraten mitwirken und mitentscheiden lässt, sondern sich weiter nur im Teufelskreis der eigenen Nomenklatura bewegt und nach der einen abgewirtschafteten Gruppe jeweils die nächste unfähige nach oben kommt, wird sich daran nicht viel ändern.

HK: Aber zu diesem Teufelskreis gehört auch, dass gerade die fähigen Leute, über die die Nation verfügt, sich dem System nicht zur Verfügung stellen wegen der ideologischen Gegensätze, und das perpetuiert den von Ihnen geschilderten Kreislauf: Die Elite ist antikommunistisch, die Partei pflanzt jeweils ihre eigene Unfähigkeit fort, und das verfestigt das System ...

Bartoszewski: Die Elite will nichts mit dem Kommunismus zu tun haben, aber wir sind nicht antikommunistisch. Wenn ich jemanden nicht liebe, bedeutet das nicht, dass ich ihn hasse. Die Bekämpfung der Ideologie ist für unsere Leute überhaupt nicht interessant. Uns interessieren die Machtverhältnisse an dieser Stelle Europas mit dem riesigen Nachbarn und seinen Traditionen. Aber es ist nicht wahr, dass die Leute bei uns – unter den Existenzbedingungen des gegenwärtigen Systems – nichts tun wollen für den Staat. Ob mit Gomułka oder Gierek, stets gab es diese Bereitschaft zur Mitwirkung. Und „Solidarność“ ist kein Gegenbeweis, sondern der beste Ausdruck dafür. Aber wenn die eine Seite überhaupt keine freidenkenden, selbstständigen Leute duldet ...

HK: Damit sind wir wieder am Ausgangspunkt. Worauf gründen sich die Hoffnungen angesichts dieser Situation? Es gibt kaum konkrete Ansätze, es gibt keine Alternativen zum Regime. Was sind also die Hoffnungen, die man haben kann? Ist das der lange Atem, den Polen im Verlauf seiner Geschichte immer wieder gezeigt hat?

Bartoszewski: Der lange Atem ist ziemlich genau das, was viele von uns denken. Wir müssen diese Tradition weitertragen, sie an die junge Generation weitergeben und uns bemühen, die Fähigkeit dafür bei ihnen zu erhalten. Und gerade diesbezüglich meine ich, hat sich etwas im positiven Sinne verändert. Bis 1978/79 waren wir völlig im Unklaren darüber, was die Leute denken. Intellektuelle, Wissenschaftler, Schriftsteller, Journalisten, auch Kirchenleute wussten überhaupt nicht, was die 8 bis 10 Millionen Arbeit-

nehmer der mittleren und jüngeren Generation und deren Familien für Vorstellungen haben und inwieweit sie fähig sind, etwas zu unternehmen. Dann wurde Karol Wojtyła zum Papst gewählt und kam 1979 als Papst zum ersten Mal nach Polen. Und da zeigte sich, wie zum ersten Mal in einem kommunistisch regierten Land Millionen Menschen in Ruhe und Würde und ohne jeden Aufruhr freiwillig auf die Straßen gingen, um dem Papst zuzujubeln. Da sahen dann die Leute: ja, der und der aus demselben Ort, aus demselben Kreis, aus demselben Betrieb hat die gleichen oder ähnliche Beweggründe. Und so erfuhren die Leute nach all dem Schweigen und Einander-unbekannt-Bleiben: Wir sind doch jemand, ein Volk mit gemeinsamen Idealen und Zielen.

HK: Indirekt war das die Geburtsstunde von „Solidarność“ ...

Bartoszewski: Jedenfalls wäre ohne dieses Ereignis eine Entwicklung gleicher Intensität und Breitenwirkung nicht möglich gewesen, obwohl schon nach der Helsinki-Konferenz einiges in Bewegung gekommen war. Das Klima an den Universitäten hatte sich bereits stark verändert. Erst dann kam „Solidarność“, dann das Kriegsrecht. Und jetzt kann man im Westen hören: Die neue staatlich gegründete und geforderte Gewerkschaft habe bereits wieder 4 bis 5 Millionen Mitglieder, und das sei das endgültige Ende der Idee einer freien Gewerkschaft. In Wirklichkeit bedeutet das überhaupt nichts. Im Sommer 1980 hatte die alte kommunistische Gewerkschaft, die praktisch identisch war mit den Gewerkschaften in der DDR oder in der ČSSR, rund 10 Millionen Mitglieder. Wenige Wochen später waren es nur noch ein paar Hunderttausend. Fast alle liefen zu „Solidarność“ über. Das zeigt: Die einfachen Leute denken immer pragmatischer, als wir es uns vorstellen. Sie fragen sich: Geht's oder geht's nicht? Und wenn sie den Eindruck haben, es geht, machen sie es. Auf jeden Fall haben wir die Fähigkeit entwickelt, uns pragmatisch und ohne Gewaltanwendung zu organisieren. Das war und bleibt für uns die wichtigste Erfahrung: Wir sind fähig, unsere Werte zu bewahren, wenn nötig auch schweigend, und sind fähig, uns zu verteidigen – gewaltlos.

„Der Westen hat uns völlig enttäuscht“

HK: Aber wachsen nicht auch die Rachegefühle aus einem Empfinden der Ohnmacht heraus, dass selbst eine so gewaltige Bewegung wie „Solidarność“ wenigstens nach außen hin mit einem Federstrich ausgetilgt werden konnte und die Regierung trotz ihrer Schwäche aufgrund der weltpoliti-

schen Konstellation die Macht hat, den Willen des Volkes einfach zu ignorieren?

Bartoszewski: Natürlich wird es gefährlich, wenn die Bevölkerung gezwungen ist, noch tiefer in den Untergrund zu gehen. Der Papst (und die Kirche in Polen) sieht diese Gefahr, gerade deswegen mahnt er ständig zu Gewaltfreiheit. Aber Resignation? Da würde ich unterscheiden. Die alten Leute sagen wohl: Wir werden so sterben müssen. Es wird sich nicht mehr viel ändern in der Geschichte. Die jungen nicht. Sie haben Erwartungen, und erfüllen sie sich nicht in einer Generation, dann in der nächsten oder in der übernächsten.

HK: Wäre der langfristigen Entwicklung ein anderer Ansatz nicht dienlicher gewesen: nicht unabhängige Gewerkschaften, aber eine allmähliche Reform der Staatsgewerkschaften durch mehr Mitwirkung von unten, durch personelle Erneuerung, auch über veränderte Wahlverfahren? Zumindest im Westen wird diese These immer wieder vertreten ...

Bartoszewski: Ich kenne die Theorie, „Solidarność“ hätte sich systemkonformer verhalten sollen, dann wäre sie weiter gekommen. Ich sage dazu: Man muss erstens für eine solche Strategie einen Partner finden, mit dem sich ehrlich agieren und verhandeln lässt. Und das war unten oft schwieriger als oben, weil die unten vor denen oben gezittert haben und durch einen bloßen Telefonanruf ihren Posten verlieren konnten. Und zweitens: bitte, was von unten wirklich möglich war, wurde auch geprüft. Aber die staatliche Gewerkschaft, die sich noch 1980 praktisch auflöste, war bereits so schwach und auch in den gewählten Gremien so unterwandert, dass sie, realistisch betrachtet, keine Basis sein konnte. Jerzy Holzer hat das in seinem kritischen, aber nicht überkritischen „Solidarność“-Buch alles dargestellt. (Jerzy Holzer: *„Solidarität“. Die Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen*, Verlag C. H. Beck, München 1985). Nach meiner Meinung bestanden dafür die Chancen in Polen nur theoretisch. Die Situation unterscheidet sich einfach zu sehr von der anderer Ostblockländer. In der Sowjetunion, in Bulgarien, auch in der DDR: Gab es dort überhaupt je die Möglichkeit, in Alternativen zu denken? In Polen gab es sie.

HK: Sie haben Ungarn nicht genannt; dort ging die Alternative 1956 gründlich schief, aber allmählich hat sich doch ein „Kompromiss“ herausentwickelt. Und es herrscht dort heute wenigstens ein etwas liberaleres Klima als früher.

Bartoszewski: Aber nur wirtschaftlich ...

HK: ... vielleicht nicht nur wirtschaftlich ...

Bartoszewski: Ich glaube nicht. Die dortige Situation der Kirche beweist das Gegenteil, und die Lage der Intellektuellen auch. Ich möchte keine Namen nennen, aber ich habe Freunde in Ungarn, Schriftsteller, mit denen ich in Kontakt bin. Einer von ihnen sagte mir in Berlin 1983, als wir zusammen den Papstbesuch in Polen am Fernseher verfolgten: „Hunderttausende zu mobilisieren, unentgeltlich, nur für irgendwelche Ideen, ist bei uns gegenwärtig überhaupt nicht möglich.“ Außerdem sind solche Vergleiche historisch völlig falsch: 1956 ist in Ungarn eine ganze Generation ausgeblutet. Und Hunderttausende wurden nach Russland verschleppt – in einem 10-Millionen-Land. Nachher haben sie resigniert. Die Polen haben sich nach dem Krieg – gegen die ihnen nachgesagte Tradition – ganz ruhig und frei von extremen Tendenzen verhalten. Aber sie haben bis heute nicht vergessen, was 1944/45 geschehen ist, wie uns heimgezahlt wurde für unsere Treue als Verbündete, für den Widerstand eines ganzen Volkes gegen die fremde Macht. Wir haben nicht vergessen, dass wir einfach abgegeben wurden in die Hemisphäre *eines* Alliierten, der zudem 1939 bei der Teilung des polnischen Staates Komplize war. Wir sind keine Romantiker, aber damit haben wir uns nie abgefunden.

HK: Es gibt also eine schwere Enttäuschung nicht nur über die Sowjetunion und über den Osten, sondern offenkundig auch über den Westen?

Bartoszewski: Der Westen hat uns völlig enttäuscht. Gegenüber der Sowjetunion gab es keine Enttäuschung, von dort her geschah alles erwartungsgemäß. Oder man hatte – 1945 – viel Schlimmeres erwartet: die Annexion an die Sowjetunion, oder dass Millionen nach Sibirien verschleppt würden; einige Hunderttausende waren's ja auch.

„Der Papst warnt auch“

HK: Wirken die Enttäuschungen über den Westen – wenigstens latent – nach wie vor nach?

Bartoszewski: Die Jungen schauen traditionsgemäß in die Richtung, wo sie noch oder wo sie heute Verbündete vermuten, in Richtung England oder Amerika. Sie gehen, wenn sie können, in die Bundesrepublik, um sich eine Existenz aufzubauen. Sie sind pragmatisch genug, um zu wissen, dass dies in Italien oder Spanien, wo man doch die Leute sympathisch findet, wenig Sinn hat. Sympathien sind Sympathien, Möglichkeiten sind Möglichkeiten. Das können junge Leute schon beurteilen, heute auch in Polen. Aber mehr

als auf jedes europäische Land richten sich die Hoffnungen auf Amerika. Die Vereinigten Staaten sind in Polen ungemein populär, und sie sind es heute mehr denn je. Man hat in Polen sogar die Schuld an Jalta fälschlicherweise lange Zeit Churchill bzw. den Briten angelastet, obwohl man genau wusste, dass die Beweggründe dafür von Russland kamen, dass England pleite war und dass Amerika als einzige Macht zu einem härteren Vorgehen in der Lage gewesen wäre. Für die Polen sind die Amerikaner gut, wenn auch naiv.

HK: Sie haben die Rolle des Papstes beim Entstehen von „Solidarność“ bereits angesprochen. Macht der Papst – aus jetziger Perspektive gesehen – die Lage Ihres Landes chancenreicher, oder trifft eher das Gegenteil zu?

Bartoszewski: Sie ist chancenreicher geworden, jedenfalls bezweifelt das kein Pole, auch die Regierung nicht, und erst recht nicht die Sowjetunion. Moskau hat gleich verstanden, dass der Mann ein Unglück ist für Osteuropa, von seinem Standpunkt aus natürlich.

HK: Gerade das kann umschlagen, im Ergebnis das genaue Gegenteil bewirken ...

Bartoszewski: Die Polen sehen in ihm den höchsten Beistand des Heiligen Geistes als Wiedergutmachung für den verlorenen Krieg, für Jalta, für alle Erniedrigungen, Demütigungen und Verluste. Den Beistand zu haben von jemandem, der Pole ist, der Autorität hat, der eine Hoffnung geworden ist für die ganze Ostblockfamilie – man merkt die Veränderungen in den letzten Jahren in Ungarn, in der ČSSR und selbst in Litauen und in der Ukraine –, das stärkt, weckt enorme Hoffnungen.

HK: ... stärkt Hoffnungen, aber schwächt er damit möglicherweise – gegen seinen Willen – die Geduld?

Bartoszewski: Er warnt auch. Er hat direkt gewarnt vor Verzweiflungstagen, vor Gewaltanwendung. Er hat auch gewarnt vor der Emigration. Er ermahnte die jungen Leute, nicht wegzugehen. Und die Kirche insgesamt tut das auch, das ist wichtig. Die Leute hören auf ihn, das stärkt uns.

HK: Nächstes Jahr wird der Papst zum dritten Mal nach Polen kommen. Was wird das Bestimmende dieses Besuches sein? Was erwarten Sie von ihm?

Bartoszewski: Dazu etwas Präzises zu sagen, ist für mich im Augenblick schwierig. Ich konnte die Entwicklung der letzten Monate nicht direkt beobachten, und ich kehre erst nach dem Papstbesuch nach Polen zurück. Ich glaube, der Papstbesuch wird nichts Besonderes bringen im praktischen Sinn des Wortes. Das darf auch nicht erwartet werden. Aber eine Stärkung der bisherigen Linie gewaltfreien Glaubens, Hoffens und gewaltfreien Han-

delns im Sinne gesellschaftlich aktiver Solidarität der Menschen: Das wird das Entscheidende sein. In keinem anderen Land – jedenfalls in Europa – haben Papstbesuche so große Bedeutung wie in Polen. Der Papst ist schließlich der einzige mündige und ganz freie Pole. Er kann zu den Menschen, zu den Herzen sprechen wie sonst keiner im Lande. Und er trägt zugleich die oberste Verantwortung für die Weltkirche, was die Leute verstehen ...

„Die Frage ist, ob es der Kirche gelingt, die nächste Generation religiös tief genug zu erziehen“

HK: Stärkung gewaltfreien Handelns, lässt sich das auf die Dauer durchhalten?

Bartoszewski: Der gewaltfreie, aber nicht passive Widerstand ist unsere gegenwärtige Methode. Sie sollten ihre Wirkung nicht unterschätzen. Ein Beispiel: Ein Ordenspriester mit 10, 15 Leuten mit einem Transparent fordert die Freilassung bestimmter politischer Häftlinge oder setzt sich für einen Wodkaverkaufsfreien Tag ein. Um was immer es geht, es sind moralische Beweggründe. Die Leute werden verhaftet – mit ihnen der Priester. Sie machen keine Aussage, verteidigen sich nicht. Sie werden zu Geldstrafen oder Gefängnis verurteilt, kommen wieder frei und erhalten Zulauf. Und alle kommen den Behörden wie Gandhi – aber nicht in Indien, sondern in Polen.

HK: Aber wächst nicht gerade im jungen Klerus die Ungeduld über die festgefahrene Situation? Es gibt ja immer wieder Konflikte, auch mit den eigenen Kirchenoberen.

Bartoszewski: Das ist in der ganzen Welt so. Aber das moralische Gefüge hält, solange dieser Papst lebt und in der Kirche sich überhaupt Autorität durchsetzt. Man denkt im Westen oft, die Polen seien ein Volk mit angeborenen anarchistischen Tendenzen, sie erkennen überhaupt keine Autorität an. Das ist nicht so. Aufgezwungene Staats- und Standesautorität von Offizieren oder Landgrafen bedeutet ihnen nichts. Aber die Gebote anerkannter Autoritäten befolgen sie treu bis zum Tod ...

HK: Ist die Autorität des Episkopats, der Kirche überhaupt, wenn wir vom Papst einmal absehen, im Lande selbst gegenwärtig stärker oder schwächer als vor „Solidarność“?

Bartoszewski: Ich glaube, mindestens von außen gesehen, stärker, einfach weil es überhaupt keine Alternative zu ihr gibt. Und es gibt auch keine vergleichbare Autorität, die etwas bewirken könnte. Jeder, der eigenständig et-

was machen, etwas arrangieren, irgendeine kulturelle oder sonstige Aktivität entwickeln will, die vom Staat nicht vorgesehen ist, muss es in der Kirche oder an ihren Rändern tun. Will ein bestimmter Techniker oder Ökologe, der nicht durch die Behörden bevorzugt ist, einen Vortrag halten über ein Thema, das ihm wichtig ist, oder irgendwelche Ideen vortragen, so kann er dies nur in einer Pfarrgemeinde. Dorthin kommt er auch, ob er gläubig ist oder nicht.

„Schattenseiten, aber auch enorme Chancen“

HK: Wobei das für die Kirche auf Dauer eine nicht nur angenehme Rolle sein dürfte ... Sie muss Dinge übernehmen oder auf sich nehmen, die mit ihrer Sendung nur entfernt zu tun haben ...

Bartoszewski: Es ist eine äußerst schwierige Rolle. Und die Bischöfe – sie sind ja keine Kinder, sondern erwachsene Menschen mit ihren je eigenen Vorstellungen – sehen das oft recht unterschiedlich oder verfolgen auch unterschiedliche Taktiken. Die einen wollen vorpreschen, anheizen, organisieren, die anderen halten sich stärker zurück, überlassen die Initiative einzelnen Gruppen, auch Ordensleuten, Dominikanern, Jesuiten usw. Dabei ist der Bischof oft nicht zufrieden mit dem, was sie tun. Er kann dann gegenüber den Behörden sagen: Ich? Nein, bei mir gibt es so etwas nicht.

HK: Sie sagten, von außen sei die Autorität der Kirche gestärkt, ist die Kirche auch nach innen gestärkt?

Bartoszewski: Es kommt darauf an, ob man von der Größe der Organisation her denkt oder an die Vertiefung dessen, was sie tut: Es gibt natürlich auch bei uns sehr unterschiedliche Kirchengemeinschaften und Leute, die sich mit sehr verschiedenen Zielen an die Kirche anhängen. Aber die Kirche kann heute die Leute nicht danach beurteilen, ob sie dreimal in der Woche zur Andacht oder zur Messe kommen oder höchst selten. Das machte man im Mittelalter. Heute macht das ein kluger Bischof oder Pfarrer nicht. Selbstverständlich gibt es da Schattenseiten, aber es ergeben sich damit auch enorme Chancen, gerade bei jungen Leuten. Dennoch sehe ich das Hauptproblem nicht in der Organisation der Seelsorge, des Kirchenbaus usw., nicht einmal in den öffentlichen Wirkungsmöglichkeiten der Kirche, sondern in der Frage, ob es der Kirche gelingt, auch die Generation, die jetzt zur Schule geht, religiös tief genug zu erziehen und so an sich zu binden, wie es ihr in den letzten 20, 30 Jahren gelungen ist.

HK: Hat die Kirche während der letzten Jahre auch Personen und Kreise stärker angesprochen, die sie früher nicht erreichte, oder gibt es zugleich

mit einer Art Zugehörigkeit aus politischen Gründen auch eine Tendenz der inneren Distanzierung?

Bartoszewski: Eine Distanzierung in größerem Ausmaß als Folge von Enttäuschung, nein, das sehe ich nicht. Im Gegenteil. Mir erscheint ein Punkt besonders interessant. Unter staatsatheistischer Führung hat eine Minderheit, aber es waren doch Tausende von Familien, vor allem Funktionärsfamilien, ihre Kinder nicht mehr taufen lassen. Das war neu in Polen. In den letzten zehn, besonders in den letzten fünf Jahren gibt es nun eine starke Strömung, sich taufen zu lassen, besonders unter den 30- bis 40-Jährigen, aber auch bei Älteren. Darunter sind auch sehr bekannte Leute: Schriftsteller, Schauspieler, Filmleute, meist Akademiker, keine Juden oder Protestanten, sondern Leute, die bisher *ohne* Glaubenszugehörigkeit gelebt haben. Niemand hat sie gerufen oder von ihnen etwas verlangt. Die Kirche redet nicht viel darüber. Aber es gibt inzwischen in jeder polnischen Großstadt speziell dafür beauftragte Seelsorger.

HK: Besonders in konservativen Kreisen der Bundesrepublik wird Primas Glomp wegen einer angeblich zu weichen, zu kompromisslerischen Haltung gegenüber Partei und Regierung scharf kritisiert. Verfolgt der Primas einen zu nachgiebigen Kurs? Oder muss man nicht sagen, da letztlich doch beide Seiten auf Kooperation angewiesen sind, bringt Kompromissbereitschaft auf längere Sicht mehr als ein auf die Dauer nicht durchzuhaltender Konfrontationskurs?

Bartoszewski: Die Beurteilung der Handlungen des Primas ist nicht einfach. Und die Frage, wie die Kirche ihre Ziele in einer bestimmten Gesellschaft am besten erreichen kann, ist überhaupt kompliziert. Ich finde, die Handlungsweise eines Bischofs in einem autoritären System zu beurteilen, sind nur Leute berechtigt, die selbst in einem autoritären System geprüft wurden und die Prüfung halbwegs bestanden haben. Natürlich kann man in einem ungefährlichen demokratischen Umfeld darüber urteilen, was z. B. in Paraguay zu tun oder zu lassen ist. Ich halte das nur nicht für sehr sinnvoll. Und gerade Leute in Deutschland, die keine Banditen und keine Verbrecher, aber naiv und anfällig für autoritäre und totalitäre Mächte waren, finde ich, sollten sich in solchen Urteilen zurückhalten. Aber davon abgesehen: Es gibt andere schwierige kirchliche Ämter, in Nordirland z. B.; aber es gibt kein so schwieriges Amt in einem vergleichbaren Land mit 35 Millionen Katholiken. Ob in seiner Situation eine Politik der kleinen Schritte das Richtige ist oder ob ein anderer Weg besser wäre und ob die Position Glomps zu kompromisslerisch ist, wer will das von außen beurteilen. Das menschliche Leben ist immer ein Kompromiss. Der Vatikan redet auch mit allen möglichen Leuten.

„Auch Primas Wyszyński wurde schwer getadelt“

HK: Zwischen dem Papst und Glemp, Spannung oder Arbeitsteilung?

Bartoszewski: Fragen Sie den Papst und den Primas. Ich bin bei ihren Gesprächen nie dabei gewesen ...

HK: Aber Sie haben eine Meinung dazu ...

Bartoszewski: Dieser Papst hat Kardinal Glemp praktisch vom Kaplan zum Bischof und Kardinal gemacht. Man kann das natürlich in erster Linie kirchenrechtlich sehen. Es hat dafür sicher auch Gründe gegeben, die wir heute nicht kennen müssen und die erst die Historiker richtig verstehen werden, wenn sie in 50 oder 100 Jahren die Akten studieren. Im übrigen bin ich der Meinung, dass man den Führungsstil und die „Politik“ eines Bischofs in so exponierter Lage nicht von ein paar Jahren her beurteilen kann. Primas Wyszyński, damals noch nicht einmal Kardinal, wurde auch schwer getadelt, als er 1950 von sich aus, ohne vatikanische Rückendeckung, mit der kommunistischen Führung verhandelte. Es hieß, die Kirche werde so keine zehn Jahre überleben. Im Vatikan lief man Sturm. Pius XII. war unzufrieden. 15 Jahre später war Kardinal Wyszyński eine Säule der Kirche und ein Held.

HK: Aber ist der polnische Primas durch den Papst aus Polen nicht auf jeden Fall in einer besonders schwierigen Lage. Wyszyński konnte sich noch vehement dagegen wehren, dass der Vatikan direkt mit dem Staat verhandelte. Jetzt aber besteht die Neigung, in allem direkt mit dem Papst und nicht mit dem Primas zu reden ... Und der Papst scheint es nicht ungern zu sehen, wenn er direkt mit Polen befasst wird.

Bartoszewski: Er hat recht ...

HK: Wer, der Papst?

Bartoszewski: Ja, klar: der Papst. Sie können aber natürlich auch schreiben: Der Papst hat nicht recht. Ich akzeptiere das dann als Ihre Meinung. Nur bitte ich Sie, einen Unterschied zu bedenken: Wyszyński war damals schon ein alter Fuchs. Und die Italiener im Vatikan kannten sich in der Psyche der Kommunisten, der osteuropäischen Kommunisten, nicht so gut aus. Gegenwärtig hat der Papst im Vatikan aber viel mehr direkte Erfahrung als die jungen Bischöfe in Polen ...

HK: Wir fragten nur deswegen, weil wir den Eindruck haben, Glemp stehe jeweils fast notwendig schlecht da, weil im Zweifelsfall immer die höhere Autorität in Rom als die eigentlich entscheidende ins Spiel gebracht wird.

Bartoszewski: Sie haben recht. Die Leute in Polen sehen erwartungsgemäß in Richtung Vatikan. Er hat das letzte Wort. Aber der Vatikan hat auch stets gesagt – und der Papst hat es bei seiner zweiten Polenreise bestätigt: Die kollektive Kirchenführung ist gegenwärtig in Polen die richtige Führung; auf diese Weise soll dem Primas geholfen werden. Und die Leute haben dies verstanden. Die Briefe und Erklärungen der Bischofskonferenz haben ein hohes Ansehen. Der Primas trägt gewiss große Lasten, größere, als er nach außen hin zugibt. Aber er hat die polnische Kirche in diesen letzten fünf Jahren zusammengehalten, und diese ist dabei nicht schwächer geworden. Mehr kann man von einem Bischof nicht erwarten. Im übrigen meine ich, Ausländer sollen sich da überhaupt nicht einmischen. Deutsche nicht, Italiener nicht, Franzosen nicht ...

„Schon über Krankheiten reden zu können ist gesundheitsfördernd“

HK: Herr Professor Bartoszewski, wenn wir Sie richtig verstehen, sehen Sie Ihre Lebensaufgabe darin, Erfahrungen, schmerzliche Erfahrungen an die junge Generation weiterzugeben. Wie aber Erfahrungen an Menschen weitergeben, die keine vergleichbaren gemacht haben?

Bartoszewski: Die Frage ist berechtigt. Jeder Familienvater, jeder Lehrer weiß, dass die Weitergabe von Erfahrungen schwierig ist. Das ist bei geistigen, gesellschaftlichen, politischen Erfahrungen der Völker nicht anders. Es sind meist wenige, die Mehrheit ist vielfach nicht in der Lage, einem solche Erfahrungen „abzunehmen“. Trotzdem bleibt nichts anderes übrig, als diese immer wieder weiterzutragen und einsichtig zu machen. Man kann natürlich fragen, ob es so etwas wie Erfahrungen der Völker, die in die eigene Tradition eingehen, überhaupt gibt. Aber sehen Sie, bisher haben die größten Erfahrungen die Völker gesammelt, die unterdrückt worden sind. Die Juden z. B. Kein kluger jüdischer Politiker wird sagen, die Erfahrung spiele keine Rolle: Wir sind moderne Leute, was gehen uns frühere Zeiten an. Ich glaube, dass viele Völker, z. B. die Juden in ihrer langen Geschichte wie auch mein Volk, die Polen, in den letzten zwei Jahrhunderten, besondere Erfahrungen gemacht haben. Das ist keine lange Zeit. Aber wenn Erfahrungen schmerzlich sind, sind sie auch immer lehrreich. Und denke ich an mein Volk, so hat dieses mit seinen schmerzlichen Erfahrungen auch immer Verständnis gefunden – bei Minderheiten. In diesem Sinne

fühle ich mich einfach verpflichtet, meine Erfahrungen als Teil der Erfahrungen meines Volkes weiterzugeben.

HK: Sie sind von den Nazis eingesperrt worden, waren vorübergehend in Auschwitz, waren gut sieben Jahre in Gefängnissen der kommunistischen Machthaber, wurden nach dem 13. Dezember 1981 vorübergehend interniert. Sie waren, wie Sie selbst sagen, „berufsmäßiger Widerständler“ gegen alles Totalitäre. Es ist Ihr Anliegen, was Sie erlebt, und die Schlüsse, die Sie daraus gezogen haben, gerade auch an die junge Generation im Westen weiterzugeben. Welchen Rat geben Sie?

Bartoszewski: Für einen Polen, aber auch für einen Tschechen, Ungarn oder Litauer ist die westliche Demokratie eine Traumlösung oder jedenfalls die bestmögliche Gesellschaftsausstattung in der gegenwärtigen Welt. Welche Lücken diese Ausstattung hat, wo es Probleme gibt, wissen Sie selbst besser als ich. Als Zuschauer, Beobachter, auch als akademischer Lehrer im Umgang mit jungen Leuten, besonders in der Bundesrepublik, habe ich den Eindruck, dass die Westeuropäer – bei den Jungen verständlich, weil es ihnen gut geht – schon wieder ein wenig vergessen haben, was totalitäre Systeme bedeuten. Man hat lange auf Spanien und Portugal gesehen. Aber diese Länder haben nicht so lange unter autoritären Bedingungen gelebt wie Osteuropa unter totalitären. Viele leben noch, die den Faschismus oder das NS-System erlebt haben und wissen, was sie erlebt haben. Die meisten Mittel- und Westeuropäer haben dank der Amerikaner und Briten durch die Entwicklung der Machtverhältnisse in der Welt den unverdienten Preis der Demokratie erhalten. Sie sind jedoch erstens meist überhaupt nicht dankbar dafür, und zweitens sehen sie nicht ein, wie glücklich sie sind.

HK: Durch was ist die Demokratie im Westen bedroht?

Bartoszewski: Ich sehe sie nicht bedroht durch mögliche Diktatoren oder Diktaturen. Es gibt unseriöse Gestalten überall, sogar in den so sehr demokratischen skandinavischen Ländern. Aber die sind nicht das Problem. Bedroht ist die Demokratie im Westen durch gewisse nihilistische oder doch weitgehend extreme Tendenzen, häufiger von der linken, gelegentlich auch von der rechten Seite. Jedenfalls glaube ich, dass gegenwärtig, wenn sich auch auf dem rechten Spektrum Extreme tummeln, destabilisierende Wirkungen stärker von radikalisierten Linken ausgehen ...

HK: Können Sie das konkretisieren?

Bartoszewski: Ich glaube, gewisse Nachwirkungen von 1968 sind noch nicht überwunden. Es gibt so manche ehemalige Marxisten-Leninisten, die inzwischen gelernt haben, in der Demokratie trotz ihrer Mängel einen

Schatz zu sehen, den es zu bewahren gilt. Aber es gibt auch andere: solche, die mit Gewaltanwendung und Terrorismus liebäugeln. Was wollen sie mit ihrer Auflösung des Staates? Ich sehe gerade da nihilistische Tendenzen. Sie sind vermutlich weiter verbreitet, als für gewöhnlich angenommen wird. Mir ist wichtig: 1. Die Leute müssen verstehen, dass keine Demokratie bestehen kann, wenn gegen die demokratische Ordnung Gewalt angewendet wird. Und: Demokratie ist Herrschaft durch gewählte Mehrheiten. Dieses Prinzip muss akzeptiert werden. 2. Eine Demokratie muss kontrollierbar bleiben. Die Welle von Korruption, wie wir sie gegenwärtig in Österreich, in der Bundesrepublik, in Italien oder auch in anderen Ländern erleben, finde ich schlimm. Aber Affären werden in Demokratien bekannt. Viel schlimmer wäre es, sie würden nicht bekannt. Das unterscheidet die Demokratie von autoritären Systemen: Dort darf über Krankheiten des Systems nicht geredet werden. Aber schon über Krankheiten reden zu können ist gesundheitsfördernd.

HK: Bringt da Tschernobyl nicht eine wenigstens kleine Wende auch im Osten. Wenigstens ein bisschen informieren mussten in dem Fall – auch die eigene Bevölkerung – selbst die Sowjets, und Ihre eigene polnische Regierung hat eigentlich recht rasch reagiert ...

Bartoszewski: Ja, ein bisschen. Aber bald wird alles erledigt sein. Ein paar Schuldige haben das Parteibuch verloren, einige Leute gute Posten; das ist alles ...

„Vorsichtig, aber ganz konsequent kitzeln“

HK: Und was raten Sie Ihren eigenen Landsleuten und überhaupt den Menschen in Osteuropa im Umgang mit „ihrem“ politischen System?

Bartoszewski: Vielleicht darf ich ein Bild gebrauchen, ein biblisches. Denn biblische Bilder enthalten wie Bilder überhaupt wichtige Erfahrungen nicht nur für Christen, sondern für Menschen überhaupt. Sie wissen, der Prophet Jonas wurde in kritischer Lage von einem Walfisch verschluckt. Gott sei Dank war der Walfisch relativ gutmütig im Vergleich zu anderen aggressiven Wesen in der Weltgeschichte. Er hat den Propheten ausgespuckt, freigelassen, jedenfalls hat der Prophet überlebt. Es gibt von Zeit zu Zeit solche Walfische in der Geschichte, die etwas verschlucken. Sie schlucken sogar enorm viel. Die Frage ist, wie sich Völker und Staaten in solcher Lage verhalten sollen. Man kann hoffen, dass der Walfisch auch sie ausspucken

mus. Aber was lässt sich in der Übergangszeit tun? Man kann den Walfisch in seinem Bauch mit Fingerspitzengefühl, also vorsichtig, aber ganz konsequent kitzeln und sich nicht verdauen lassen. Dann bekommt man die Chance. Ich glaube, das haben wir Polen begriffen.

HK: Sie haben über Ihr Land einmal gesagt: Unsere Stärke ist unser Gedächtnis. Kann das große Gedächtnis gerade für eine Nation wie die Polen mit ihrer schweren, leidvollen Geschichte nicht auch zu einer Last werden?

Bartoszewski: Ganz im Gegenteil! Polen verdankt dem eine besondere nationale Weltgesinnung, die im Vergleich zu anderen Völkern viel ausgeprägter ist. Wir haben eine Kontinuität der Tradition und zugleich eine offene Option. Wir fühlen uns Rom verbunden, dem Christentum, und als slawisches und ostmitteleuropäisches Volk dem Westen. Selbst die Kommunisten bestreiten diese Tradition nicht, auch wenn sie sie anders deuten. Außerdem haben wir aus der Geschichte gelernt. Wir haben Geduld, sind toleranter und pragmatischer geworden, toleranter auch gegenüber Kommunisten. Die Kirche praktiziert diese Geduld; der Papst gibt uns Hoffnung. Ich denke, dass dies auf die Dauer auch für andere Länder im Ostblock, für die Tschechen, die Rumänen, die Ungarn etwas bedeutet.

HK: Herr Professor, noch eine vielleicht zu sehr in die ferne Zukunft ausgreifende Frage: Die Blockbildung Ost-West hat Europa in feindliche Lager gespalten. Sie hat aber auch lange schwelende Konflikte zwischen verschiedenen Völkern in Ost und West unterdrückt bzw. neutralisiert. Was müssen wir an Versöhnung unter den europäischen Völkern „leisten“, damit, wenn die Blockbildung sich lockert, wir nicht wieder in die alten Konflikte zurückfallen?

Bartoszewski: Ihre Sorge ist nicht unbegründet. Es gibt solche Konflikte latent auch jetzt: z. B. zwischen Rumänien und Ungarn. Oder schon sehr viel offener: in Jugoslawien. Deswegen rede und schreibe ich so viel über den Abbau von Vorurteilen zwischen Völkern. Unter den Bedingungen der Freiheit werden sich lang andauernde Konflikte – polnisch-ukrainische, polnisch-litauische – nur durch eine föderative Lösung überwinden lassen. Man kann darüber streiten, wie rasch das geht und ob eine wirtschaftliche und politische Union erstrebenswert ist. Aber es bleibt nur die föderative Lösung. Russische Rechte sollen dadurch nicht bedroht werden, aber die Russen müssen sich damit abfinden, dass es auch andere Völker mit ihren eigenen Traditionen gibt: Polen, Ukrainer, Litauer. Damit muss sich auch das Denken über die Zukunft der Kirchen, der Religionen, des Glaubens verbinden. Denn auch die religiösen Traditionen sind verschieden und waren oft Mitverursacher von Konflikten. Was wir für Versöhnung tun kön-

nen? Was östliche Intellektuelle unter den Bedingungen der Freiheit im Westen jetzt schon tun: miteinander reden, Vorurteile abbauen muss auf breiterer Basis möglich werden. Das Verlangen nach offenen Kontakten zwischen Menschen in Ost und West und zwischen Ost und West darf kein Traum bleiben.

Ein Freund Polens. Alois Mertes zur Erinnerung¹

Aus der Tageszeitung, die er mir nach Warschau schicken ließ, erfuhr ich vom Tode Alois Mertes'. Es war die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, die ich täglich las, seitdem er mir in meinem devisenarmen Land ein kostenloses Abonnement vermittelt hatte. Das ist sicherlich in den Augen eines uninformierten Beobachters eine Kleinigkeit, aber in unserer Lage sind solche Zeitungen wichtig, so wichtig wie das tägliche Brot. Dass Alois Mertes sich um solche „Kleinigkeiten“ trotz seiner vielen Arbeit kümmerte, beweist das menschliche Format, das ihn auszeichnet.

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt und Bundestagsabgeordnete Alois Mertes war mir seit Mitte der siebziger Jahre bekannt. Vorher hatte ich nur verschiedene Dinge über ihn gehört, unter anderem, dass er zu den „Hardlinern“ gegenüber Polen zähle. Eine Bekannte von Alois Mertes, eine deutsche Berufsdiplomatin, vermittelte den ersten Kontakt zwischen ihm und mir. Sie war der Meinung, Alois M. solle sich mehr in Richtung Polen orientieren, nachdem er sich durch seine diplomatische Tätigkeit in Moskau und durch seine Studien zu einem profunden Kenner der Sowjetunion entwickelt hatte. Als ein Mensch, der aus der Eifel kam, der nicht in den ehemaligen deutschen Ostgebieten geboren wurde, hatte er keinen natürlichen Vorsprung in der Kenntnis der Mentalität unseres polnischen Volkes.

Alois Mertes, das wusste ich, gehörte 1972 zu den Gegnern der Ratifizierung der Ostverträge. Er hatte andere Lösungen im Auge, Lösungen einer europäischen Dimension, unter der Voraussetzung größerer Durchlässigkeit der Grenzen, der stärkeren Beachtung der Menschenrechte, der teilweisen Revision dessen, was die Sieger- und Großmächte in Jalta und Potsdam beschlossen hatten. In meiner ersten Begegnung mit Alois Mertes sprachen wir über die besondere Stellung Polens innerhalb der europäischen Geschichte, über die geostrategische Lage, die letztlich auch zur Ausrufung des Kriegsrechtes am 13. Dezember 1981 führte. Vor allem aber versuchte ich zu erläutern, wie man mit polnischen Gesprächspartnern umgeht, mit ihnen spricht – und welche Haltungen die „Gegenseite“ nur ver-

¹ Władysław Bartoszewski, „Ein Freund Polens“, in: Philipp Jenninger (Hg.), *Alois Mertes zur Erinnerung. Ansprachen und Nachrufe*, Bonn 1986, S. 61–64.

ärgern und nicht zuletzt auch verschrecken würden. Dabei war Mertes jederzeit gegenwärtig, welche Hypothek Hitler-Deutschland in meinem Land hinterlassen hat, dass es noch vieler Kontakte bedarf, um die Gräben zuzuschütten, die in den Jahren des Krieges und der Okkupation entstanden sind.

Dass wir bei diesen ersten Kontakten schon ein wenig zueinander gefunden hatten, zeigte sich zwei bis drei Jahre später. Es muss im Jahre 1978 gewesen sein, als der Sohn von Alois Mertes, Klaus Mertes, zu mir nach Warschau kam. Er reiste mit einer kleinen Gruppe von Jesuiten-Studenten. Alois Mertes, der Vater, hatte mich seinem Sohn empfohlen und in mir offensichtlich einen zuverlässigen Gesprächspartner über die politische, gesellschaftliche und kirchliche Lage in meinem Land gesehen. Wir sprachen mehrere Stunden miteinander.

Als im August 1980 in Polen die freie Gewerkschaft „Solidarność“ entstand, da hatten sich unsere Kontakte schon intensiviert. Wir führten verschiedene Gespräche. Als ich durch die polnische Kriegsregierung am 13.12.1981 interniert wurde, gehörte Alois Mertes zu den ersten Deutschen, die sich nach meiner Gesundheit und den Chancen meiner Freilassung erkundigten. Durch meine Frau, die mich an meinem „Verbannungsort“ in Jaworze (ehemals Gabbert) in Hinterpommern besuchen durfte, wusste ich um diese Erkundungen von Alois Mertes durch die Deutsche Botschaft in Warschau. Schließlich wurde ich im April 1982 entlassen und erhielt sofort ein Telegramm, in dem auch die Frage stand, ob meine Freilassung, die zum Glück endgültig war, nur vorübergehend sei, wie die Presse anfangs berichtet hatte. Alois Mertes schrieb mir damals, die Umstände meiner Verhaftung, der Standpunkt gegenüber den Behörden, mein Brief an den Innenminister, General Kiszczak, dies alles sei in der Bundesrepublik wohl bekannt. Er, Mertes, teile meine Empörung über die mir zuteil gewordene Behandlung. Er hoffe, dass die Behörden nun ein Einsehen hätten und auf die ungerechtfertigte Forderung nach meiner Rückkehr ins Lager Jaworze verzichteten. Zum Schluss schrieb Alois Mertes: „Ihnen und Ihrer tapferen Frau gilt mein Gebet und gelten alle meine guten Wünsche in diesen Tagen schwerer Prüfung.“ Zum Glück konnte der deutsche Botschafter, Negwer, in einem Fernschreiben vom 5.5.1982 an das Auswärtige Amt und Herrn Alois Mertes mitteilen, dass meine Freilassung endgültig war. Ich schrieb ihm meinen aufrichtigen Dank für alle Bemühungen. Kurze Zeit später schrieb ich Alois Mertes, dass ich entlassen wurde, ohne irgendwelche Bedingungen zu erfüllen oder Erklärungen unterschrieben zu haben: „Ich glaube, dass alle internationalen Interventionen, darunter die von deutscher Seite und von der Seite der jüdischen Weltorganisationen und Inter-

ventionen der katholischen Kirche in Polen eine ziemlich große Rolle bei der Entscheidung für meine Freilassung gespielt haben.“ Was weiter kommen wird, so schrieb ich, das wisse ich nicht. Es sei jedoch nicht ausgeschlossen, dass ich für ein akademisches Jahr nach West-Berlin kommen werde. Zum Schluss schrieb ich nochmals: „Ich danke Ihnen von ganzem Herzen für Ihre ganz persönliche Haltung und Ihren freundschaftlichen Einsatz in meiner Sache und verbleibe in christlicher Verbundenheit.“

Im Herbst 1982, als ich tatsächlich ein Stipendium des Wissenschaftskollegs in West-Berlin erhalten hatte, traf ich Alois Mertes im Auswärtigen Amt in Bonn zu einem längeren Erfahrungsaustausch. Als Gewerkschaftsführer Lech Wałęsa im Jahr 1983 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, sahen Alois Mertes und ich uns zu einer einstündigen Fernsehrunde mit Journalisten am 5. Oktober 1983 im Westdeutschen Rundfunk in Köln.

Es war für mich menschlich ein großes Erlebnis, dass wir uns in der Einschätzung der polnischen Lage verstanden, als Menschen, als Christen und als Europäer. Ende 1984 kehrte ich nach Polen zurück, schon in der Gewissheit – wenn die Behörden es erlauben würden –, nach Deutschland zu kommen, um in Bayern eine Gastprofessur zu übernehmen. Wir blieben gelegentlich in Kontakt – bis mich schließlich die Nachricht von seinem Tode erreichte.

Dass die Familie von Alois Mertes anstatt Blumen um eine Spende für das Maximilian-Kolbe-Werk (Hilfe für KZ-Opfer in Polen) gebeten hatte, zeichnet den Verstorbenen nachträglich aus. Jede Familie bemüht sich in solchen Augenblicken, den letzten Wunsch des Verstorbenen zu erfüllen. Diese Bitte an die Trauernden sehe ich als ein Zeichen der Sympathie für die Opfer des Nationalsozialismus und als einen Beweis, wie Alois Mertes die deutsch-polnische Frage und die Frage des Verhältnisses zwischen den beiden Völkern ans Herz gewachsen war.

Sein Sohn Klaus schrieb mir, dass sein Vater bis zuletzt großes Interesse an Polen gezeigt hatte, dass er in den letzten Stunden laut über die deutsch-polnischen Fragen nachgedacht hat. Klaus Mertes schrieb mir auch, dass seine Familie die Nachricht von der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 1986 an einen Polen, an mich, mit großer Freude aufgenommen hat.

Ich dachte in dem Moment der Bekanntgabe dieses moralisch so hohen Preises an viele Freunde in Deutschland, nicht zuletzt an Alois Mertes, einen aufrechten christlichen Politiker, einen humorvollen und intelligenten Gesprächspartner, einen Diplomaten von hohem Format, einen Freund!

Wir vergeben und bitten um Vergebung¹

Im Mai 1965, sechs Monate vor dem Brief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder, besuchte ich zum ersten Mal für einige Wochen die Bundesrepublik Deutschland auf Einladung katholischer Kreise, aber zugleich im nahen Kontakt mit Personen aus dem unmittelbaren Umfeld der evangelischen Kirche. Ich war nicht der Erste, vor mir ist u. a. Stanisław Stomma dorthin gereist oder Stefan Kisielewski aus der Redaktion des *Tygodnik Powszechny*, mit der ich schon damals verbunden war. Es war ein kritischer Moment, ein Umbruch im Denken der katholischen und evangelischen Intellektuellenkreise stand kurz bevor angesichts der notwendigen Suche nach Formulierungen, die es ermöglichen würden, die deutsch-polnischen Beziehungen in ein neues Licht – in ein völlig neues Licht – zu stellen.

Es war alles nicht so einfach, denn ich kam nach Deutschland in einer Zeit des großen wirtschaftlichen Aufbruchs, als die ökonomischen Fragen andere Themen in den Schatten stellten, obwohl natürlich nicht überall. Meine Eindrücke waren differenziert, aber bei Weitem nicht nur negativ. Als ich nach der Rückkehr nach Polen im Herbst 1965 diese Eindrücke veröffentlichen wollte, stieß ich auf unvorhergesehene Schwierigkeiten mit der Zensur. Schließlich gab ich mich nur mit einer Reihe von Vorlesungen über meine Eindrücke aus Deutschland in den Klubs der Katholischen Intelligenz zufrieden. Es waren immerhin die Eindrücke eines Vertreters der Kriegsgeneration, eines früheren Auschwitz-Häftlings und eines ehemaligen Soldaten der Heimatarmee, also eines gewissermaßen glaubwürdigen und den Deutschen gegenüber nicht einseitig zugeneigten Menschen. Erst Anfang November 1965 ist es mir schließlich doch gelungen, in *Tygodnik Powszechny* einen einzigen Beitrag unter dem Titel „Junge Deutsche westlich der Elbe“ zu veröffentlichen. Bis heute habe ich keinen Grund, mich der dort enthaltenen Formulierungen und Beobachtungen zu schämen. Es war ein Versuch, den generationstypischen Blick auf die Deutschen zu differenzie-

¹ Auszug aus der Sendung von Witold Pronobis zum 25. Jahrestag des Briefes der polnischen Bischöfe, ausgestrahlt von Radio Freies Europa am 28. Oktober 1990. Übersetzung: Marcin Barcz.

ren. Ich berichtete dort über Deutsche, die nach dem Zweiten Weltkrieg geboren wurden, Gymnasiasten oder Studenten, denen zwar ein Verständnis für solche Probleme fehlte, die aber andererseits frei waren von gewissen Vorurteilen, von einer allgemeinen negativen Sicht auf die Nachbarn im Westen und im Osten.

Gleichgültigkeit ist ein Feind des Friedens¹

Die Begriffe und Worte „gedenken“ und „trauern“ sind fast so alt wie die menschliche Erfahrung des Todes, Verlust der Nächsten, das Leiden, die hilflose Angst und vor allem die Grausamkeit des Krieges. Diese Grausamkeit hat Europa (und nicht nur Europa) in so extremem Ausmaß schon zweimal in unserem Jahrhundert erfahren. Zweimal also, und das während des Lebens der ältesten noch lebenden Zeugen und Teilnehmer der beiden großen Kriege, ohne Dutzende Lokalkriege, Bürgerkriege, Revolutionen, Aggressionen, Repressalien, Gewalt und Morde, die die Menschen den Menschen angetan haben, zu erwähnen. Man darf die schmerzlichen menschlichen Erfahrungen in der Geschichte der vorigen Jahrhunderte nicht bagatellisieren, aber erst unser Jahrhundert hat neben einer in ihrem Umfang und ihrem Tempo unfassbaren Entwicklung der Naturwissenschaften und Technik zugleich in ihrem Umfang unermessliche Methoden der Massenmorde an ganzen Völkern und Volksgruppen gebracht.

In diesem Jahrhundert wurde man mit der wahnsinnigen Interpretation der Begriffe: „Rasse“ und „Klassenkampf“ konfrontiert, und in der Folge hat man das unmenschliche Leid, den Märtyrertod vieler Millionen Frauen, Kinder und Greise erleben müssen. Neue Kriege führten fast in dem gleichen Ausmaß zum Tod der Zivilbevölkerung, wie Soldaten im Kampf starben.

Die Deutschen erinnern sich in diesem Jahr, dem Jahr 1992, an die vor fünfzig Jahren verlorene Schlacht um El Alamein und an den Anfang der dramatischen, besonders blutigen und schrecklichen Winterschlacht um Stalingrad; sie gedenken auch der Opfern der großen Bombardierungen der Städte durch die Alliierten. Die Völker des britischen Commonwealth gedenken ihrer Opfern in Nordafrika, bei der Verteidigung Ägyptens. Die Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion verbinden das Datum 1942 mit

¹ Gedenkrede zum Volkstrauertag 1992, gehalten von Władysław Bartoszewski in der Feierstunde des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge am 15. November 1992 in der Philharmonie Berlin. Veröffentlicht in: Presse- Und Informationsdienst der Bundesregierung, Bonn 1992, Nr. 123, hier abgedruckt nach dem Redemanuskript aus dem Archiv des Autors.

den schweren Verlusten im Kampf an der Wolga, mit dem Kampf um Stalingrad. Für Polen war das Jahr 1942 das vierte in Folge unter der schweren Okkupation, unter der unbegrenzten NS- und Gestapo-Verwaltung. Für Holländer, Luxemburger, aber auch für viele Slowaken, Franzosen und Deutsche war dieses Jahr das Jahr der ersten großen Deportationen ihrer Mitbürger, Juden, in die Gaskammern von Auschwitz-Birkenau. Eben im Jahr 1942, am 8. August, wurde eine der bekanntesten Breslauerinnen der Welt, Dr. Edith Stein, aus Westerbork in Holland hierher gebracht und getötet. Sie wurde als Schwester Theresa Benedicta vom Kreuz seliggesprochen. Für Polen und Juden ist das Jahr 1992 ein Gedenkjahr für Dr. Janusz Korczak – Henryk Goldszmit (posthum wurde ihm 1972 der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels verliehen), der wie Edith Stein auch Anfang August 1942 in dem Vernichtungslager Treblinka, zusammen mit den Waisenkindern, die er betreute, vergast worden ist. Es ist auch ein Jahr des schrecklichen Gedenkens an die Inbetriebnahme der Vernichtungsstätten Birkenau, Belzec, Sobibor, Majdanek und an die ganze von SS-General Globocnik durchgeführte „Aktion Reinhardt“ – das war der Deckname für die Vernichtung der europäischen Juden auf polnischem Territorium.

Und es ist vielleicht kein Zufall in der moralischen Ordnung der Geschichte, dass in demselben Jahr 1942 in Münchener Universitätskreisen eine geheime Widerstandsgruppe gegründet wurde, die dann unter dem Namen „Weiße Rose“ bekannt wurde. Die Geschwister Scholl und ihre Kommilitonen waren von der edlen Sorge um den moralischen Zustand und die Zukunft des eigenen Volkes, das ihnen teuer war, motiviert. Die Saat des Bösen sollte in den kommenden Jahren des Zweiten Weltkriegs ihre tragischen Früchte tragen.

Goebbels wahnsinnige Losung, den totalen Krieg zu führen, also gegen die ganze demokratische Welt zu kämpfen, ohne auf die Mittel Rücksicht zu nehmen, hat sich auf unbeschreibliche Weise an Millionen unschuldiger Menschen gerächt. Mit Bedacht hat vor drei Jahren der Vorsitzende der Deutschen Katholischen Bischofskonferenz, Bischof Professor Karl Lehmann, aus demselben Anlass, dem Volkstrauertag, über Millionen von Soldaten gesprochen, die „in kaum lösbare Gewissenskonflikte gestürzt und in die Untaten des Krieges und Gewalt verstrickt“ wurden. Gleichzeitig sprach er über die „Opfer des tapferen Widerstandes, der Menschen aus vielen und verschiedenen geistigen Lagern einte“.

Das deutsche Volk hat wahrlich einen gewaltigen Preis für die am 1. September 1939 entfesselte Weltkatastrophe bezahlt: Menschenopfer, derer wir heute gedenken, territoriale Verluste sowie die langjährige schmerzliche Teilung des Landes.

Und doch haben Achtung gebietende Mühe, Arbeit und Opferwilligkeit von Millionen von Deutschen und vor allem die tiefgreifende politische Umkehr (der politische Anschluss an die großen Demokratien des Westens: Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika) bewirkt, dass der Wiederaufbau des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lebens zwischen Elbe und Rhein verhältnismäßig sehr schnell vorangegangen ist. Nicht ganz Schritt halten damit konnte die moralische Aufarbeitung der Vergangenheit und das Erkennen von Konsequenzen, die unumgänglich notwendig waren für die psychische Gesundheit und das Prestige der Deutschen sowie für die Wiederkehr zur so schmerzlich vergewaltigten Hierarchie der gemeinsamen europäischen Kulturwerte.

Am Anfang dieses neuen Weges des freien Teils des deutschen Volkes standen zwei knappe, aber vielversprechende Sätze des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Die dann folgende Praxis in dem neuen deutschen Rechtsstaat hat die moralische und psychologische Grundlage für die friedliche und würdige Entwicklung weiterer Generationen von Deutschen in der Nachkriegszeit gelegt. Elf Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg und sieben Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland hat aber einer der größten – wie ich meine – deutschen Politiker des 20. Jahrhunderts, der Architekt der deutsch-französischen Versöhnung und des neuen Anfangs zwischen Deutschland und dem Staat Israel – Konrad Adenauer – in seiner Rede zum Volkstrauertag 1956 gewarnt: „Das, was wir als das Vermächtnis der Gefallenen ansehen sollen – die Mahnung, Frieden auf Erden zu halten – ist noch nicht erfüllt. Wir wollen nicht müde werden, die Welt wissen zu lassen, dass wir Deutschen gewillt sind, die aus den schicksalsschweren Jahren genommene Erkenntnis wirken zu lassen und immer wieder bereit zu sein zur Versöhnung und zum Frieden.“

Hier drängt sich der Gedanke auf, dass die völlige Aussöhnung von Völkern – wie viele historische Erfahrungen es zeigen – ein psychologisch und gesellschaftlich viel schwierigerer und langsamerer Prozess ist als die politische Verständigung von Staaten. Öffentliche Erklärungen von Institutionen und Verträge von Politikern sollten eher Wege für die natürlichen und spontanen Kontakte der Menschen untereinander eröffnen und diese fördern, als dass man sie schon als die Problemlösungen an sich betrachtet.

Adenauers Hinweis und Erklärung guten Willens vor 36 Jahren wurden durch den Lauf der geschichtlichen Ereignisse bestätigt: heute, im Jahre 1992, gibt es gute Gründe, um die dauerhafte Versöhnung zwischen Franzosen und Deutschen, aber auch zwischen Deutschen und Polen wahrzunehmen.

Der Versöhnung der Staaten folgt die Versöhnung der Menschen. Meine 30-jährige Erfahrung im nahen und ständigen Kontakte mit den Menschen in Deutschland hat mir ermöglicht, aufs Neue an die Menschen in diesem Land zu glauben, an ihre Fähigkeit und Bereitschaft, Gutes zu tun. Dabei spielten und spielen die Initiativen vieler Intellektueller eine große Rolle, die Bemühungen der Schriftsteller, Journalisten, Priester, Lehrer, Studenten, die schöne, humane Einstellung und viele namenlose Werke von Menschen guten Willens, aber auch Aktivitäten von Institutionen, etwa der beiden christlichen Kirchen, sozialer, kultureller und wissenschaftlicher Organisationen, Vereine, Stiftungen sowie auch, und vielleicht vor allem, die Bemühungen junger Deutscher mit offenen Augen und wachen Herzen, die in ihren ausländischen Altersgenossen, auch im Osten, Partner, ja, vielleicht künftige Freunde sehen.

Im Allgemeinen aber dürfen wir nicht vergessen, dass die richtige Versöhnung der Menschen und jedes einzelnen Menschen mit der aufrichtigen Versöhnung mit sich selbst beginnt und von der sorgfältigen Prüfung der eigenen Bereitschaft zum sozialen und menschlichen Engagement abhängt. Denn der Gegenpol des menschlichen Engagements ist die Gleichgültigkeit, die „Ohne mich“-Haltung, die zu weit gehende Bequemlichkeit und geistige Faulheit.

Und die wichtigste Voraussetzung zum Frieden – hier und jetzt – ist auch nicht die Gleichgültigkeit, sondern die Fähigkeit zum aktiven Nachdenken über die bessere Zukunft der Menschen, ein Nachdenken, das wir alle den Opfern von Krieg und Gewalt schuldig sind.

Gerade in einer Zeit der Unruhe und verwirrter Gemüter scheint sich die Menschheit der Notwendigkeit einer geordneten Wertehierarchie, einer universalen Ordnung von Rechten und Pflichten bewusst zu werden. Die Rechte des Gewissens und die entsprechenden Pflichten sollten an erster Stelle in dieser Ordnung stehen. In diese Pflichten werden andere Menschen, Gruppen, Nationen und die internationale Völkerfamilie mit einbezogen.

Diese gemeinsame Wertehierarchie war für Millionen Menschen in Europa – bewusst oder weniger bewusst – von Begriffen wie Freiheit, Menschenwürde, Ehrfurcht vor dem Leben geprägt, aber auch durch die negative Einstellung gegenüber allen Formen der Übermacht und der Gewalt, wie sie sich in Solidarität mit Verfolgten, der Sorge um die Schwachen und Wehrlosen, oder einem besonders ausgeprägten Schutz von Mutter und Kind zeigt. Zu diesen Werten, die uns allen wichtig sind und wichtig sein müssen, gehört zweifellos auch der Wille zum Frieden, zum friedlichen Zusammenleben der Menschen.

Das Problem eines echten und dauerhaften Friedens stellt sich aber einerseits auf der Gewissensebene. Zu einem empfindlichen und ruhigen Gewissen gehört die Bereitschaft zur Offenheit und zur Toleranz. Gewisse Erfahrungen der letzten Monate müssen uns schmerzlich und deutlich klar machen, dass die Intoleranz in jedem Sinne dieses Begriffes eine sehr ernste Bedrohung für den inneren und äußeren Frieden der Gesellschaft und des Staates darstellt: sei es die religiöse Intoleranz, sei es die Intoleranz gegenüber „Fremden“. Es besteht andererseits in der jetzigen Welt und in dem gegenwärtigen geschichtlichen Augenblick die dringende Notwendigkeit zum Schutze jedes Menschen – seiner Sicherheit und Würde – mit Rechtsmitteln; zugleich muss jeder Mensch sorgfältig dazu erzogen werden, seinem Gewissen zu folgen im Kontakt mit jedem anderen Menschen, also – zu umfangreicher Toleranz.

Hoyerswerda, Rostock, Sachsenhausen – um nur diese drei Beispiele *pars pro toto* zu nennen – können nicht den neuen Anfang eines dunklen Kapitels der europäischen Geschichte bedeuten. Und die Reaktionen der Meinungsführer und der besten Menschen dieses Landes lassen uns glauben, dass das deutsche Volk diese Bedrohung unterbinden und bewältigen wird. Jeder Freund dieses Landes, und ich bekenne mich als einer von ihnen, wünscht den Deutschen aus dem Gebiet der fünf östlichen Bundesländer, die – ähnlich wie die Polen, die Tschechen, die Slowaken, die Ungarn, die Rumänen, die Balten – eine unendlich schwere langjährige Probe zu bestehen hatten, eine ruhige und fruchtbare sozialgesellschaftliche Entwicklung, möglichst schnelle Genesung und ein Erwachen zur Demokratie. Jeder Freund dieses Landes und jeder Befürworter des besseren vereinigten Europa im 21. Jahrhundert ist umso mehr beunruhigt, umso tiefer betroffen, wenn er nicht nur von Hassparolen erfährt, was schlecht genug ist, sondern auch Zeuge der Gewaltanwendung gegen Touristen, gegen Gastarbeiter, gegen Asylbewerber, gegen „Fremde“ wird, Zeuge der Schändung von Gräbern und Gedenktafeln der unglücklichsten Opfer der NS-Gewalt – der Juden.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Dieser Satz des deutschen Grundrechts hat die Hoffnung der Überlebenden des Zweiten Weltkrieges geweckt. Jede Infragestellung dieses Prinzips kann und wird unabsehbare psychologische Folgen haben und die schlimmsten Assoziationen wecken. Es kann also keine Toleranz für Intoleranz geben und keine Gleichgültigkeit angesichts des Bösen – wenn wir den Opfern der Kriege und der Gewalt auf würdige Weise den ewigen Frieden wünschen und wenn wir selbst unsere Kinder und Enkelkinder im Frieden auf dieser Erde wollen leben sehen.

Gilt dies nur für Deutschland und die Deutschen? Erinnern uns die letzten Symptome des Chauvinismus, des Hasses, der Verachtung und der leichtsinnigen Gleichgültigkeit – die Wiederholung der beunruhigenden Signale – nicht verhängnisvollerweise an die schwärzesten Jahre der neuesten Geschichte Europas im Westen und im Osten? Zwingen uns diese Ereignisse nur zur Reflexion – oder zu etwas mehr?

Als ehemaliger Häftling beider totalitärer Systeme – des nationalsozialistischen und des kommunistischen – fühle ich mich, wenn auch schmerzlich, verpflichtet, hier im freien und vereinten Berlin, warnend die Stimme für ganz Europa zu erheben: Wehren wir den Anfängen! Gleichgültigkeit ist ein Feind des Friedens.

Wie sieht die Bilanz der Beziehungen von Polen und Deutschen 50 Jahre nach dem Kriege aus?¹

Sehr geehrter Herr Bundespräsident! Sehr geehrte Frau Präsidentin des Bundestages! Sehr geehrter Herr Präsident des Bundesrates! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Sehr geehrter Herr Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichtes! Exzellenzen! Meine Damen und Herren!

Ein halbes Jahrhundert ist es her, seit der blutigste und grausamste Krieg in der Geschichte Europas zu Ende ging: der Krieg, der am 1. September 1939 mit der Aggression des „Dritten Reiches“ auf Polen und des Feldzugs gegen Polen, das das erste Opfer war, begann und am 8. Mai 1945 mit der bedingungslosen Kapitulation vor den Vertretern der Vier Mächte in Europa beendet wurde, die mit dem Gang der Ereignisse – seit 1941 – die Hauptlast der Kriegsführung übernommen und über sein Schicksal entschieden hatten. Für Polen dauerte der Krieg 5 Jahre, 8 Monate und 8 Tage. Während dieser ganzen Zeit haben Hunderttausende von Polen zu Lande, zu Wasser und in der Luft gemeinsam mit anderen Armeen der Alliierten für ein einziges Ziel gekämpft – die Wiedererrichtung ihres freien und souveränen Staates in einem freien demokratischen Europa. In der letzten Phase des Zweiten Weltkrieges haben insgesamt etwa 600 000 Polen in regulären Einheiten aller Staaten der Alliierten gekämpft und einige Hunderttausend in der Untergrundarmee in Polen selbst.

Richard von Weizsäcker hat in seiner Rede am 8. Mai 1985 ausgeführt: „Seinem Schicksal gemäß hat jedes Volk dabei seine eigenen Gefühle. Sieg oder Niederlage, Befreiung von Unrecht und Fremdherrschaft oder Übergang zu neuer Abhängigkeit, Teilung, neue Bündnisse, gewaltige

¹ Rede von Władysław Bartoszewski, Außenminister der Republik Polen, gehalten anlässlich der Sonderveranstaltung „Gedenken des Deutschen Bundestages und Bundesrates an das Ende des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“ am 28.04.1995 in Bonn. Władysław Bartoszewski, „Wie sieht die Bilanz der Beziehungen von Polen und Deutschen 50 Jahre nach dem Kriege aus?“, in: *Gedenken des Deutschen Bundestages und des Bundesrates an das Ende des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft*, hg. v. Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit, Bonn 1995, S. 13–36.

Machtverschiebungen – der 8. Mai 1945 ist ein Datum von entscheidender historischer Bedeutung in Europa.“

Dieser heute schon klassische Text von Richard von Weizsäcker gehört zu den Leistungen des politischen und moralischen deutschen und europäischen Denkens. Bei allem Vorbehalt, das Wort „historisch“ überstrapazieren, ist es meiner Meinung nach wohl angebracht, wenn er diesen Begriff mit dem Datum des 8. Mai 1945 in Verbindung bringt.

Ein halbes Jahrhundert nach jenem Tage und an der Schwelle zu einem neuen halben Jahrhundert der Geschichte Europas scheint es sinnvoll zu sein, das Augenmerk auf eine gänzlich neue Etappe in den Beziehungen zwischen Deutschen und Polen im Rahmen der sich neu gestaltenden Gemeinschaft der Völker und Staaten Europas zu richten. Und so wurde es heute möglich, dass der Außenminister Polens im deutschen Parlament auf Einladung dieser höchsten Vertretung des gesamten deutschen Volkes spricht. In meiner Dankesrede für den mir zuerkannten ehrenvollen Friedenspreis des Deutschen Buchhandels habe ich am 5. Oktober 1986 in der Frankfurter Paulskirche gesagt, dass „die Polen auf jeden Fall mit dem Verständnis und der Solidarität der deutschen Bevölkerung rechnen, die zum wichtigen Faktor beim Brückenbau zwischen unseren Völkern werden können.“ Ich schloss damals meine Dankesworte mit dem optimistischen Satz der Hoffnung: „Vielleicht wird es auch mir vergönnt sein, daran weiter mitzuwirken.“ Gesagt wurde dies drei Jahre vor dem Fall der Berliner Mauer.

Am Vorabend des 50. Jahrestages des Kriegsausbruchs, am 31. August 1989, hatte ich Gelegenheit, an einer einstündigen ARD-Sendung im Gespräch mit Willy Brandt teilzunehmen. An der Spitze der neuen polnischen Regierung stand damals schon der erste nichtkommunistische Ministerpräsident der Länder des ehemaligen Ostblocks. Die neue Ära in der Geschichte Mittel- und Osteuropas war bereits eröffnet worden, aber die Berliner Mauer stand noch fest. Unsere damaligen Äußerungen im Fernsehen bewegten sich im Rahmen eines gemäßigten Optimismus.

Heute ist es schon fünfeinhalb Jahre her, dass die Berliner Mauer zum Einsturz gebracht wurde: In Kürze wird der fünfte Jahrestag der Vereinigung Deutschlands begangen werden.

Man kann darüber diskutieren, wie es zu diesen Veränderungen gekommen ist: Welche Rolle hierbei die erste organisierte oppositionelle Gewerkschaftsbewegung „Solidarność“ in Osteuropa spielte sowie andere Widerstandsgruppen in Polen und der Tschechoslowakei und auch in Ungarn und in der DDR, die ohne Gewaltanwendung einen ständigen Druck ausübten, um den totalitären Machthabern bewusst zu machen, dass Reformen notwendig sind, und auch, welche Rolle die Tatsache spielte, dass

man sich selbst im Kreml bewusst machte, dass diese Reformen unausweichlich seien.

Die Abrechnungen mit der Vergangenheit sind häufig ein Akt des Mutes. Mutig und – was hier klar gesagt werden muss – dem damaligen Stand des historischen Bewusstseins und der moralischen Bereitschaft der meisten Polen weit voraus waren die versöhnlichen Worte der polnischen Bischöfe an die Katholiken in Deutschland und die zur Versöhnung ausgestreckte Hand im November 1965. Ein Ausdruck des achtungswürdigen historischen Mutes war auch die spontane Geste des deutschen Bundeskanzlers Willy Brandt, als er im Dezember 1970 in Warschau vor jenem Denkmal niederkniete, das dem Gedenken an die Opfer und die Kämpfer des Ghettos gewidmet ist. Nicht leicht war auch die Entscheidung des polnischen Präsidenten Lech Wałęsa, zu den Feierlichkeiten aus Anlass des 50. Jahrestags des Warschauer Aufstands im vergangenen Jahr trotz Widerständen eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung das deutsche Staatsoberhaupt einzuladen; der Warschauer Aufstand 1944 ist im kollektiven polnischen Gedächtnis nämlich nicht nur fixiert als eine bewaffnete Konfrontation, sondern auch als ein Akt der bewussten Barbarei: der Ausrottung der Zivilbevölkerung der polnischen Hauptstadt und der planmäßigen Zerstörung dieser gesamten Stadt auf Befehl Hitlers. Mutig und aufrichtig waren die Worte des Bundespräsidenten Roman Herzog, die er bei den Feierlichkeiten am 1. August 1994 in Warschau an das polnische Volk richtete. Viele Polen empfanden sie als die echte und lang erwartete Antwort des höchsten Vertreters Deutschlands auf die Botschaft der polnischen Bischöfe von 1965. Die Präsidenten Polens und Deutschlands überzeugten damals sogar die Skeptiker, dass Jahrestage, die trennen, gleichzeitig einen Impuls für die Gestaltung einer besseren Zukunft geben können, einer Zukunft, die verbinden wird. Meine heutige Anwesenheit in diesem Hause verstehe ich als einen weiteren Schritt auf demselben Weg.

Es scheint an der Zeit zu sein, sich heute folgende Fragen zu stellen: Wie sieht die wahre Bilanz der Beziehungen von Polen und Deutschen 50 Jahre nach dem Kriege aus? Wie weit ist es Gesamteuropa gelungen, die unmittelbaren und langfristigen Folgen dieses Krieges zu überwinden?

Die Historiker können die Schuld einzelner Politiker messen und verspätete Möglichkeiten dafür suchen, die 1939 den Frieden hätten retten können. Unabhängig davon, inwieweit die westlichen Demokratien damals versagten und – wie im Fall der Tschechoslowakei ein Jahr zuvor in München – dem Egoismus der Politik eines „appeasement“ erlagen, so war trotzdem der unmittelbare Anlass des Krieges die aggressive Naziideologie, deren Durchsetzung die Absprache zwischen Hitler und Stalin ermöglichte.

Der Ribbentrop-Molotow-Pakt vom 23. August 1939 zusammen mit dem Geheimprotokoll, das die Einflusszonen des „Dritten Reiches“ und der UdSSR festlegte, entschied über das Schicksal des polnischen Staates und einiger anderer Staaten Mittel- und Osteuropas.

Natürlich hätten die Polen sich 1939 passiv mit ihrem Schicksal abfinden, keinen Widerstand leisten und nicht kämpfen können, wodurch vielleicht ein Teil der Opfer verschont geblieben wäre. Jedoch hätten sie dadurch aufgehört, ein Subjekt in der europäischen Politik zu sein. Dieses entschiedene polnische „Nein“ gegenüber Hitler bewirkte den Eintritt Großbritanniens und Frankreichs in den Krieg und ermöglichte in der Folge die Entstehung der Anti-Hitler-Koalition. Den Polen fiel es zu, an allen Fronten Europas zu kämpfen, im Westen, im Süden und im Osten, auch in Nordafrika, zu Wasser und in der Luft, an verschiedenen Punkten der Welt.

Im besetzten Polen dagegen errichteten Polizei- und Verwaltungsbehörden des „Dritten Reiches“ in den Jahren 1940 bis 1942 Konzentrationslager für Polen und Vernichtungslager für Juden. Zum historischen Symbol dieses Systems wurden Bezeichnungen, die im Laufe der Zeit zu Begriffen wurden, welche mit der neuen Qualität des Verbrechens in Verbindung stehen: mit dem Völkermord. Um nur einige von vielen zu nennen, waren dies Auschwitz-Birkenau, Kulmhof, Treblinka, Majdanek, Sobibor, Belzec, aber auch Groß-Rosen und Stutthof. Und so vernichtete man ca. 3 Millionen polnischer Juden und etwa 3 Millionen Juden, die Staatsbürger anderer Länder waren; sie wurden durch die Nazis in den Vernichtungslagern ermordet, die durch den Terrorapparat von Hitlers Staat zu einem beträchtlichen Teil auf dem okkupierten Territorium Polens errichtet wurden. Zu Opfern des blutigen Terrors wurden ebenfalls über 2 Millionen polnischer Christen. Jeder vierte polnische katholische Priester und jeder vierte polnische Wissenschaftler, jeder fünfte polnische Lehrer wurde Opfer des Verbrechens. Diese Zahlen enthalten nicht die schweren Prüfungen von 2,3 Millionen Menschen, die aus ihren Häusern zwangsumgesiedelt wurden, sowie von über 2,5 Millionen polnischer Zwangsarbeiter und etwa 200 000 polnischer Kinder, die zu Germanisierungszwecken verschleppt wurden und von denen drei Viertel niemals zu ihren Familien nach Polen zurückkehrten.

Die Tatsache, dass Polen 1945 nicht als einer der Siegerstaaten anerkannt wurde, war – wie heute allgemein bekannt ist – ein politisches Zugeständnis der Westalliierten an Stalin. Die Beschlüsse von Jalta bezüglich Polens waren der Anfang der Teilung Europas in zwei Blöcke. Der polnische Staat wurde um einige hundert Kilometer nach Westen „verschoben“, wodurch letztendlich sein Territorium um ein Fünftel verkleinert wurde. Die Westalliierten legalisierten die neue polnische Ostgrenze, was bedeutete,

dass die UdSSR praktisch alles erlangte, was sie infolge der Vereinbarungen mit dem „Dritten Reich“ in den Jahren 1939 bis 1940 zugesprochen bekommen hatte. Polen wurden die ehemaligen deutschen Ostgebiete zuerkannt, was teilweise ein Ausgleich sein sollte für die Gebietsverluste zugunsten der UdSSR. Im Endergebnis blieben Polen von 389 000 km² Fläche nach dem siegreichen Krieg lediglich 312 000. In dieser Situation wurde die Grenze an Oder und Neiße für die Polen und ihren Staat zu einer Existenzfrage. Auf der Potsdamer Konferenz beschlossen die Siegermächte die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung östlich von Oder und Neiße. Die Westalliierten gingen davon aus, dass die Sowjetunion in Polen freie Wahlen zulassen werde. In Polen erachtete man dies von Anfang an als eine gefährliche Illusion bzw. als eine besondere Art von „Realpolitik“ d. h. „eine gründlich durchdachte Illusion“. Die politisch denkenden Polen waren eher auf das Schlimmste gefasst. Und sie haben sich leider nicht geirrt. Ende Februar 1945 wurden die höchsten Vertreter der polnischen politischen Parteien unter dem Vorwand, Verhandlungen über die Durchsetzung der Beschlüsse von Jalta abzuhalten, nach Moskau eingeladen. Sie wurden dort hinterlistig verhaftet, vor Gericht gestellt und verurteilt. Dies waren lediglich die ersten Früchte jener „Realpolitik“ gegenüber Stalin.

Es ist wahr, dass die UdSSR seit Juni 1941 die gewaltige Last des Kampfes gegen die Deutschen trug und Opfer brachte, die mit den Verlusten der Alliierten unvergleichlich waren. Dies darf nicht vergessen werden. Und deshalb hatte die Stimme Stalins auch mehr Gewicht als die seiner Partner. Zur Wahrheit gehört aber auch die Tatsache, dass die UdSSR nach Jalta den Staaten Mittel- und Osteuropas ein System aufzwang, das unsere Völker des Selbstbestimmungsrechts beraubte. Und so wurde „Jalta“ für Polen – und nicht nur für Polen – zum Symbol für die Sanktionierung des Grundsatzes, dass die Großmächte über die Grenzen und inneren Angelegenheiten anderer Staaten entscheiden. „Jalta“ brachte neue Elemente der Feindschaft in die Beziehungen zwischen den Staaten ein, und das ist immer ein Vorbote von Destabilisierung.

Ein eigentümliches Paradox in dieser Situation ist, dass „Jalta“ auch vorübergehend zur Aufrechterhaltung des internationalen Gleichgewichts beigetragen hat, denn die Verankerung der Bundesrepublik in der westlichen Staatengemeinschaft kam der Errichtung der vertrauenerweckenden Demokratie in diesem Staate zugute. Den Deutschen gelang es in beträchtlichem Maße, ihre in politischem Sinne verstandene „Mittellage“ zwischen Ost und West zu verändern. Daher müssten sie auch besser als jeder andere die gegenwärtigen Bemühungen Polens um die Integration in den Westen verstehen.

Von der „Stunde Null“ zu reden hat in Polen erst ab 1989 einen Sinn. Damals ergaben sich nämlich Voraussetzungen und Chancen für die Lösung der grundlegenden Dilemmata der polnischen Politik. Seit fünf Jahren betreibt Polen eine selbstständige Außenpolitik und ist zu einem vollkommen souveränen Subjekt auf der europäischen Bühne geworden.

Es ist somit höchste Zeit dafür, sämtliche politischen Chancen zu nutzen, die sich durch den Umbruch von 1989 ergeben haben. Es sind dies für Polen dieselben Chancen, die Westdeutschland schon 1949 erlangte. Und diesen Unterschied sollte man bedenken.

Vor 50 Jahren wurde fast alles nur Mögliche unternommen, um den polnisch-deutschen Antagonismus zu verfestigen. Dies gehörte zu den grundlegenden Zielen der Polenpolitik Stalins, der die Kommunisten zu Architekten des „polnischen Nationalstaates“ machte, die die Unverletzlichkeit der polnischen Westgrenze und die territoriale Integrität in seiner Nachkriegsgestalt garantierten. Heute leben in diesen Gebieten bereits weitere Generationen von Polen, die angesichts der neuen europäischen Lage einen besonderen Beitrag für die Beziehungen zwischen dem demokratischen Polen und dem vereinten Deutschland, für den Prozess der Verständigung und der Aussöhnung zwischen Polen und Deutschen leisten können.

NS-Deutschland sprach den Juden das Recht auf Leben ab. Den Polen sprach es das Recht ab, Mensch zu sein, und behandelte sie als „Untermenschen“, für die es keinen Platz in der gesamteuropäischen Kultur gab. Das stalinistische Nachkriegssystem verabreichte den Polen – ähnlich wie den Deutschen in der DDR – eine „antinationalistische“ Therapie, die sich nicht nur gegen einen Nationalismus, sondern auch gegen die gesamte polnische Tradition, Kultur und historische Identität richtete. Das „doppelt verwundete“ Volk musste Abwehrreaktionen entwickeln, die manchmal auch zu Überempfindlichkeiten führten. In den Beziehungen zu den Deutschen ergab sich eine zusätzliche Schwierigkeit aus den noch nicht vernarbten Kriegswunden und der Infragestellung der Grenze an Oder und Neiße seitens der Bundesrepublik Deutschland sowie aus den Beziehungen zu dem „ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaat“ – der DDR –, die nicht frei waren von einer Komponente aus Verlogenheit und Misstrauen. Aus der Sichtweise vieler Deutscher dagegen erschien Polen mit seinen 1945 nach Westen verschobenen Grenzen geradezu als ein Kriegsbenefiziat. Polen wurde zu einem bequemen Objekt, an dem man seine eigenen Kriegsfrustrationen abreagieren konnte, und „dank“ Polen konnte man sogar ein Opferbewusstsein in der deutschen Bevölkerung bilden und schüren. Da es keinen offiziellen politischen Dialog gab, konnte man dieses Handeln grenzenlos betreiben, ohne die Fakten sowie die Meinung des Partners zu

berücksichtigen. Die Aussiedlungsproblematik dominierte für viele Jahre das Polenbild in Deutschland.

Während des Kriegs und nach seiner Beendigung mussten Millionen von Menschen ihre Heimat verlassen. Für viele Polen waren dies die Gebiete jenseits des Bugs und für viele Deutsche die Gebiete östlich von Oder und Neiße. Diese beiden Gruppen von Menschen konnten nicht miteinander reden; und wenn es dazu gekommen wäre, so hätten sich beide Völker beträchtlich früher verständigen und verstehen können. Aber die polnischen Aussiedler aus dem Osten konnten in diesen Fragen nicht einmal einen Monolog führen. Und wenn sie sich in den polnischen Westgebieten ansiedelten, so kamen sie nicht als Sieger dorthin, sondern sie betrachteten sich als Opfer des Krieges, den sie niemals gewollt und dessen Ausbruch sie nicht verschuldet hatten.

Der Umbruch von 1989 schaffte Möglichkeiten für eine offene politische Diskussion. Da man nun über das Schicksal der Aussiedler aus Wilna und Lemberg sprechen darf, ist es auch leichter, die menschliche Dimension des Dramas der Aussiedlungen aus Breslau oder Stettin zu erblicken. Die rechtlich-politische Regelung der Wiedervereinigung und der deutschen Grenzen bewirkte, dass heute ein Gespräch über die „verlorene Heimat“ keinerlei Befürchtungen um die Friedensordnung in Europa hervorrufen muss.

Polen hat seine politische Souveränität wiedererlangt. Es gelang auch zu seiner geistigen Souveränität. Ihr Maß ist das Gefühl der moralischen Verantwortung für die ganze Geschichte, in der es – wie immer – helle und dunkle Seiten gibt. Als Volk, das vom Krieg besonders heimgesucht wurde, haben wir die Tragödie der Zwangsumsiedlungen kennengelernt sowie die damit verbundenen Gewalttaten und Verbrechen. Wir erinnern uns daran, dass davon auch unzählige Menschen der deutschen Bevölkerung betroffen waren und dass zu den Tätern auch Polen gehörten.

Ich möchte es offen aussprechen: Wir beklagen das individuelle Schicksal und die Leiden von unschuldigen Deutschen, die von den Kriegsfolgen betroffen wurden und ihre Heimat verloren haben.

Wir erinnern uns an die mit großem Mut formulierten Sätze des heute nicht mehr lebenden bedeutenden polnischen Denkers und Essayisten Jan Józef Lipski, jenes exponierten polnischen Sozialdemokraten, der 1981 voller Bitternis sagte:

Wir haben uns daran beteiligt, Millionen Menschen ihrer Heimat zu berauben, von denen die einen sicherlich sich schuldig gemacht haben, indem sie Hitler unterstützten, die anderen, indem sie seine Verbrechen

tatenlos geschehen ließen, andere nur dadurch, dass sie sich nicht zu dem Heroismus eines Kampfes gegen die furchtbare Maschinerie aufraffen konnten, und das in einer Lage, als ihr Staat Krieg führte. Das uns angetane Böse, auch das größte, ist aber keine Rechtfertigung und darf auch keine sein für das Böse, das wir selbst anderen zugefügt haben; die Aussiedlung der Menschen aus ihrer Heimat kann bestenfalls ein kleineres Übel sein, niemals eine gute Tat.

Bezug nehmend auf die Verschwörung von Hitler und Stalin gegen den Frieden im Jahre 1939 fährt Lipski fort:

Sicherlich wäre es ungerecht, wenn ein Volk, überfallen von zwei Räubern, zusätzlich noch alle Kosten dafür zahlen sollte. Die Wahl eines Auswegs, der, wie es scheint, eine geringere Ungerechtigkeit ist, die Wahl des kleineren Übels darf dennoch nicht unempfindlich machen gegen sittliche Probleme. Das Böse ist Böses und nicht Gutes, selbst wenn es ein geringeres und nicht zu vermeidendes Böses ist.

Ich identifiziere mich vollkommen mit den Thesen meines verstorbenen Freundes Jan Józef Lipski, mit dem ich zusammen in der demokratischen Opposition aktiv war. Ich möchte daran erinnern, dass dieser Text damals eine hitzige Diskussion unter den denkenden Polen hervorrief. Ich denke auch, dass es nicht gut war, dass die Zivilcourage des Verfassers dieser Worte damals in Deutschland nicht voll wahrgenommen wurde.

Für das „offizielle“ Polen, die Volksrepublik Polen, war jede Stimme aus der Bundesrepublik Deutschland ein feindliches oder verdächtiges Signal, und die Ereignisse der ersten Monate und Jahre nach dem Kriege stellten ein politisches und historisches Tabu dar. Eher gefragt war das Feindbild und Jonglieren mit historischen Fakten je nach Bedarf der Innenpolitik.

Zum Glück jedoch kam es schon einige Jahre nach dem Kriege, nach dem Tod Stalins und Berijas, noch in der Chruschtschow-Ära, sowohl von polnischer wie von deutscher Seite zu parallel laufenden Initiativen für inoffizielle Kontakte zwischen denkenden Menschen guten Willens. Diese Kontakte knüpfte man hauptsächlich in intellektuellen Kreisen an sowie in Kreisen und Gruppen, die ihre geistige Heimat und ihr Engagement in den christlichen Kirchen verankert hatten. Vorreiter waren auf der deutschen Seite schon zu Beginn der sechziger Jahre die Jugendgruppen von Aktion Sühnezeichen aus der damaligen DDR und die hartnäckig nach Wegen des Dialogs suchenden Mitglieder der deutschen Sektion von Pax Christi aus der Bundesrepublik. In Köln scharte sich ein Kreis von Menschen um die deutsch-französische Zeitschrift *Dokumente*, und aus einem dieser ge-

wichtigen Diskussionsforen erwuchs in den sechziger Jahren der Bensberger Kreis. Beide trugen gewiss zur Entstehung einer Atmosphäre bei, in deren Folge im Mai 1965 die Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland entstand, ein für jene Zeit mutiger Versuch einer Analyse der Lage. Und im November und Dezember 1965 folgte der Briefwechsel des polnischen und des deutschen Episkopats der katholischen Kirche. Nicht alle Initiativen, Institutionen und Personen können aufgezählt werden, die in Deutschland einen Beitrag zur Schaffung von Voraussetzungen für die Verständigung und in besonderem Maße zu einer positiven Korrektur des Polenbildes und der polnischen Angelegenheiten zumindest in einem Teil der deutschen Öffentlichkeit geleistet haben.

Von polnischer Seite gehörten zu den ersten nicht offiziellen Emissären des guten Willens und des Dialogs, vor allem mit dem Bensberger Kreis und dem Zentralkomitee der Deutschen Katholiken, Menschen, die mit den Klubs der katholischen Intelligenz in Warschau, Krakau und Breslau, den Redaktionen der Zeitschriften *Tygodnik Powszechny*, *Znak* und *Więź* verbunden waren. Gewisse Ergebnisse brachten auch die Kontakte, die manche Intellektuelle, die mit den offiziellen Strukturen der kommunistischen Partei in Polen verbunden waren, mit deutschen politischen Kreisen unterhielten.

Zu den wichtigsten Daten seit der Errichtung von Handelsvertretungen 1962 in Köln und Warschau auf der Basis der Gegenseitigkeit gehört unbestreitbar der Vertrag der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland über die Grundlagen ihrer gegenseitigen Beziehungen vom 7. Dezember 1970, was deutscherseits das Werk der Regierung Brandt und Scheel war. Zu Beginn der achtziger Jahre, in den Monaten der Entwicklung der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung „Solidarność“ in Polen und danach mit der Einführung des Kriegsrechts und der Militärdiktatur im Dezember 1981, war die Situation in Polen dramatischen Veränderungen ausgesetzt. Für die 10 Millionen Menschen zählende „Solidarność“-Bewegung war damals die Politik der Bundesregierung nicht in vollem Umfang klar und in gewissem Sinne enttäuschend. Die breite Öffentlichkeit in Deutschland dagegen, beide christliche Kirchen, zahlreiche gesellschaftliche Einrichtungen, bedeutende Kreise von Intellektuellen und spontane Bürgerinitiativen gaben ein lebendiges Zeugnis von materieller und moralischer Unterstützung für die Polen in Not. Das enorme Interesse daran, was sich in Polen tat, war in Deutschland nur vergleichbar mit der historischen Welle von Wohlwollen und Interesse, die anderthalb Jahrhunderte früher, in den Jahren 1830 bis 1832, für Angelegenheiten der Polen aufgebracht wurden. Das führte in der Folge ohne Übertreibung zu einem neuen Bild der deutschen Bevölkerung in den Augen der Polen.

Zum politischen Durchbruch in den deutsch-polnischen Beziehungen führten jedoch die Tatsachen und Entscheidungen der Jahre 1989/90, und in ihnen erblicken wir den Grundstein und die dauerhafte Basis für gegenwärtige und künftige Beziehungen zwischen unseren Staaten. Ich denke hier an den Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Polen im November 1989, der durch die denkwürdigen Berliner Ereignisse am 9. November unterbrochen, dann aber fortgesetzt und abgeschlossen wurde. Die polnische Öffentlichkeit begriff die Rückkehr des deutschen Bundeskanzlers nach Warschau als wichtigen politischen Schritt, der die Bedeutung der Beziehungen zwischen unseren Staaten und Völkern an der Schwelle zu einer neuen Ära in der Geschichte akzentuierte. Gewürdigt wurde auch die Begegnung in Kreisau, und wahrgenommen wurde der Friedensgruß, den Bundeskanzler Helmut Kohl und der Ministerpräsident der polnischen Regierung, Tadeusz Mazowiecki, während der Heiligen Messe austauschten.

Die gemeinsame Erklärung, die von beiden Regierungschefs am 14. November 1989 in Warschau unterzeichnet wurde, der Vertrag zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze, der am 14. November 1990 in Warschau unterzeichnet wurde, sowie der Vertrag zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, der am 17. Juni 1991 in Bonn unterschrieben wurde, bildeten nach unserer Wahrnehmung in Polen, aber auch in der Einschätzung der Staaten in der Welt den Abschluss der tragisch belasteten Zeit in den gegenseitigen Beziehungen von Deutschen und Polen, eine optimistische Vorankündigung eines neuen Gefüges im Rahmen der gemeinsamen europäischen Ordnung.

Der Begriff Europa lässt sich meiner Meinung nach nicht auf den rein geografischen Terminus verengen. In der Geschichte der Völker und Staaten dieses Kontinents hat dieser Begriff eine zivilisatorische Bedeutung angenommen. Er wurde zu einem kollektiven Symbol von fundamentalen Werten und Prinzipien. Europa, das bedeutet vor allem die Freiheit der Person, die Menschenrechte – politische und ökonomische. Das ist eine demokratische und von Bürgern getragene Ordnung. Das ist der Rechtsstaat. Das ist die effektive Wirtschaft, die sich auf individuelles Unternehmertum und Initiative stützt. Gleichzeitig ist es die Reflexion über das Schicksal der Menschen und die moralische Ordnung, die den jüdisch-christlichen Traditionen und der unvergänglichen Schönheit der Kultur entspringt.

Ein so verstandenes Europa war mit dem geografischen Europa nicht immer deckungsgleich. Zu Anbeginn der europäischen Geschichte war das Athen des Perikles Europa. Heute gehören zu den Erben der europäischen

Zivilisation auch weit entfernt liegende Länder auf anderen Kontinenten wie die Vereinigten Staaten, Kanada und Australien.

Europa betrachten wir demnach als Zivilisationskreis. Die Zugehörigkeit zu Europa, das ist eine im Laufe der Geschichte bewusst vollzogene Wahl und Fixierung der obigen Werte. Die Tatsache, dass diese Werte zum Lebensfundament von Völkern auf anderen Kontinenten wurden, zeugt von ihrer Offenheit, vom Geist der Toleranz und des Dialogs. Die europäische Gesellschaft ist eine „offene Gesellschaft“. Europa relegiert keine Völker aus seiner Gemeinschaft und isoliert sie nicht. Völker, die zum geografischen Europa gehören, können sich höchstens selbst aus der europäischen Zivilisationsgemeinschaft isolieren, so wie dies vor einigen Jahrzehnten die totalitären Staaten Sowjetrussland und das Deutschland Hitlers taten.

Aber das gegenwärtige Deutschland, dieser demokratische Rechtsstaat, beweist, dass nicht nur eine Rückkehr in diese Gemeinschaft möglich ist, sondern dass man in ihr auch einen guten Platz einnehmen kann. Das zutiefst demokratisierte Deutschland ist zu seiner konstruktiven Rolle in der europäischen Geschichte und Kultur zurückgekehrt und bildet heute einen tragenden Pfeiler im gegenwärtigen Europa. So sehen die Polen das heutige Deutschland, und in diesem Vertrauen der Polen zu dem demokratischen Staat und dem deutschen Volk ist das Geheimnis einer raschen Entwicklung gutnachbarschaftlicher Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem jetzt unabhängigen Polen verborgen.

Die Rückkehr Deutschlands zu Europa markieren bekanntlich solch grundlegende Daten wie 1949 die Gründung der Bundesrepublik Deutschland, danach ihre Aufnahme in die NATO 1955 und die Mitgründung der EWG 1957. Polen beginnt seine Rückkehr nach Europa nicht aus eigenem Verschulden erst 40 Jahre später, 1989. Es ist schon assoziiertes Mitglied in der Europäischen Union und assoziierter Partner in der Westeuropäischen Union sowie aktiver Teilnehmer des Nordatlantischen Rates der Zusammenarbeit und der Partnerschaft für den Frieden.

In Zeiten, als wir im geografischen Europa verblieben waren, gehörten wir – nicht aus eigenem Entschluss – zu einer Zone von anderen Werten und Standards, haben aber unsere europäische Genealogie bewahrt. Die Zugehörigkeit zu den europäischen Werten, die ebenfalls unsere Kernwerte sind, musste zum Widerstand und zum Aufbegehren gegen das sowjetische System führen. Diese Zugehörigkeit leitet uns heute strategisch in Richtung Integration in die europäischen und euroatlantischen Strukturen.

Ein halbes Jahrhundert an Erfahrung aus den Jahren 1939 bis 1989 zwingt Polen dazu, nach solchen multilateralen Strukturen zu suchen, die ihm die Gewähr dafür bieten, den wirtschaftlichen und zivilisatorischen

Rückstand aufzuholen und einen würdigen Platz unter den Völkern Europas und der Welt einzunehmen sowie internationale Sicherheit zu erlangen, die keinem der Nachbarn und keinem anderen europäischen Land zum Nachteil gereicht. Für solche Strukturen, die es erlauben, obige Ziele auf der Basis der Wertegemeinschaft und von institutionellen Lösungen zu verwirklichen, erachtet Polen vor allem die NATO, die Europäische Union und die Westeuropäische Union.

Polen strebt in die NATO als ein Bündnis, deren Vertragspartner im Gründungsvertrag den Wunsch zum Ausdruck bringen, „mit allen Völkern und allen Regierungen in Frieden zu leben“, und den Willen, „die Freiheit, das gemeinsame Erbe und die Zivilisation ihrer Völker, die auf den Grundsätzen der Demokratie, der Freiheit der Person und der Herrschaft des Rechts beruhen, zu gewährleisten“, sowie die Entschlossenheit, „ihre Bemühungen für die gemeinsame Verteidigung und für die Erhaltung des Friedens und der Sicherheit zu vereinigen“. Das fast 50-jährige Bestehen des Bündnisses hat bestätigt, dass diese Feststellungen keine Worthülsen geblieben sind.

Polen strebt in die Europäische Union, weil es sich mit ihren fundamentalen Zielen solidarisch erklärt. Auch wir sind geleitet, ähnlich wie die Begründer der Römischen Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft von 1957, „in dem festen Willen, die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker zu schaffen“, und genauso wie jene entschlossen, „durch diesen Zusammenschluss der Wirtschaftskräfte Frieden und Freiheit zu wahren und zu festigen“. Und wir antworten auf die Aufforderung zur Teilnahme an den Bemühungen als ein Volk, das diese Ideale teilt.

Voll und ganz teilen wir auch den Standpunkt der Unterzeichnerstaaten des Vertrages über die Europäische Union von 1992 hinsichtlich der „historischen Bedeutung der Überwindung der Teilung des europäischen Kontinents und der Notwendigkeit, feste Grundlagen für die Gestalt des zukünftigen Europas zu schaffen“, die „das Bekenntnis zu den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und Rechtsstaatlichkeit“ bestätigen, unter dem Blickwinkel der Vertiefung „der Solidarität zwischen ihren Völkern unter Achtung ihrer Geschichte, ihrer Kultur und ihrer Traditionen“ sowie in Sachen Fortsetzung des Prozesses „zur Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas“.

Die gemeinsame Geschichte von Polen und Deutschen ist eine schwierige Geschichte. Wir müssen möglichst schnell jene Zeit aufholen, die durch Misstrauen, Verachtung, Feindschaft und Krieg verloren gegangen ist. So verstehe ich den Sendungsauftrag des heutigen demokratischen Polen, seiner Regierung und meinen eigenen Auftrag gegenüber Deutschland.

Meine persönliche Lebenserfahrung enthält schmerzliche Erlebnisse und reichhaltige Beobachtungen. Dazu gehören acht Jahre bitterer Praxis in Gefängnissen und Lagern der Nazis und Kommunisten. Bis heute sage ich manchmal selbstironisch, dass die Diktatoren mich schlichtweg nicht leiden konnten, was letztlich auf voller Gegenseitigkeit beruht.

Die Leiden der Menschen, deren hilfloser Zeuge ich häufig in den jungen Jahren meines Lebens gewesen bin, die Ausrottung der Elite meines Volkes und der in seinen Ausmaßen und Methoden beispiellose Massenmord an allen Juden regten dazu an, sich dem Bösen ohne Rücksicht auf die geringen Chancen zu widersetzen. Es ist mir vergönnt gewesen, an den Versuchen zur Rettung von mit dem grausamen Tode bedrohten Menschen teilzunehmen. Die Erfahrungen dieser wenigen furchtbaren Jahre, das Wissen um die Konzentrationslager, die Folterstätten und Gaskammern haben für mich ein für alle Mal die Entscheidung für meinen weiteren Lebensweg mit sich gebracht: gegen Hass, gegen Diskriminierung von Menschen, aus welchen Gründen auch immer – Rasse, Klasse, Nationalität oder Religion –, auch gegen intellektuelle Gewalt, wozu die Lüge in der Geschichte gehört und der Mangel an Toleranz gegenüber Andersdenkenden. Auf diesem Wege habe ich viele Freunde getroffen und seitens vieler Menschen guten Willens nicht nur in meinem Lande, sondern auch in Israel, in den Vereinigten Staaten, hier in Deutschland, in Österreich und anderswo eine solidarische Unterstützung und Vertrauen erfahren. Die Erfahrungen meines Lebens, die Erfahrungen eines Brückenbauers geben mir gewiss das Recht dazu, hier und heute folgenden Appell zu formulieren: für ein rasches Handeln und Nutzen der riesigen Chance, die sich beiden Völkern für die Annäherung, die Harmonisierung der politischen Interessen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zum gegenseitigen Vorteil bietet.

Es fehlte in Polen nie an Menschen, die die in der Bundesrepublik nach dem Kriege sich vollziehenden tiefen demokratischen Veränderungen erkannt haben, die mit dem wirtschaftlichen Aufschwung verbunden waren und die eine gut funktionierende freie Marktwirtschaft mit sich brachte. Die Leute aus der polnischen demokratischen Opposition haben schon in den siebziger Jahren eine Chance in der Vereinigung Deutschlands nach demokratischen Prinzipien erblickt, weil sie Europa an Polen und Polen an Europa herangeführt hätte, dessen integraler Bestandteil eben ein vereintes Deutschland gewesen wäre. Wirklichkeit wurde dies nach 1989. Man kann sagen, dass die Überwindung der Teilung Europas auf symbolischer Ebene in Berlin begonnen wurde, als die Berliner Mauer fiel. Dieser Prozess schreitet voran. Damit er jedoch erfolgreich ist, muss er einige fundamentale Voraussetzungen erfüllen:

Erstens muss er auf dem dauerhaften Fundament gemeinsamer europäischer Werte basieren. Vor allem die Akzeptanz dieser Werte sollte über die Zugehörigkeit zu Europa und den Institutionen, die seine Identität definieren, entscheiden.

Zweitens. Unter den europäischen Werten erachten wir, die Polen, Offenheit gegenüber jenen Menschen als den wichtigsten Wert, die durch ihre alltägliche von Entbehrungen nicht freie und hartnäckige Arbeit zugunsten von Veränderungen einen Beweis dafür liefern, dass sie bereit sind, der gemeinsamen europäischen Sache zu dienen. Wir meinen, dass der Fortschritt im Bereich der Reformen in den postkommunistischen Staaten eng verbunden sein sollte mit der entsprechenden Intensität des Integrationsprozesses gegenüber diesen Staaten.

Drittens. Seitens unserer westlichen Partner, auch Deutschlands, möchten wir klar den Willen erkennen, die europäischen sowie euroatlantischen Institutionen zu öffnen und zu erweitern. Wir hoffen, dass im Westen nicht wiederum ein enger „Realismus“ dominiert im Sinne von „Einflusszonen“, „Puffern“ oder Anerkennung von „historischen Interessen“ der Nachbargroßmächte, die in Jalta Triumphe gefeiert haben.

Aus dem Obigen ergibt sich eine weitere, vierte Bedingung, nämlich dass der nach Osten ausgerichtete Integrationsprozess nicht angehalten wird. Wir wollen weder alte noch neue europäische Teilungen. Wir wünschen einen ständigen Fortschritt des europäischen Einigungsprozesses, zu dem die kürzlich erfolgte und besondere Etappe, die Vereinigung Deutschlands, gehört.

Die prowestliche Orientierung der polnischen Politik bedeutet keine Abkehr vom Osten. Die Russische Föderation, die Ukraine und Weißrussland sind und bleiben unsere wichtigen Nachbarn. Das Streben Polens nach Mitgliedschaft in den euroatlantischen Strukturen bedeutet nicht die Vernachlässigung von Instrumenten zur Schaffung von Solidarität und Sicherheit für alle Völker unseres Kontinents. Das Engagement Polens im Bereich der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ist dafür der beste Beweis. Ein Beispiel für die Schaffung neuer Konstruktionen, die die alten Teilungen und Blöcke überwinden, ist die Zusammenarbeit Polens mit Deutschland und Frankreich im Rahmen des sogenannten Weimarer Dreiecks. Diese besondere Form der Zusammenarbeit von Staaten der EU mit einem Land aus dem Bereich der ehemaligen sowjetischen Dominanz ist ein Symbol der Versöhnung von drei großen europäischen Völkern. Das frühere Gebiet der großen europäischen Kriege transformiert sich zu einem Pfeiler der Sicherheit des Kontinents. Dies sind nach unserem Verständnis die unverzichtbaren Voraussetzungen für die

Verwirklichung der Konzeption Europa bzw. gar der Rückkehr Europas zu sich selbst: zu seinen zivilisatorischen Quellen, zum Geist seiner Geschichte, zum Wesen seiner gegenwärtigen Herausforderungen.

Auf dem gemeinsamen Wege zu einem guten Zusammenleben in Europa im zweiten halben Jahrhundert seit den furchtbaren Erfahrungen, denen wir heute unsere Überlegungen widmen, im 21. Jahrhundert, haben wir schon erhebliche Fortschritte gemacht. Eine wichtige Bedeutung hat hier die Gestaltung der Alltäglichkeit, die Entwicklung der Kontakte zwischen den Menschen auf beiden Seiten von Oder und Neiße, das Aufgreifen gemeinsamer Aufgaben und konkreter Projekte in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Ökologie. Diese Alltäglichkeit und Normalität zwischen Deutschen und Polen schätze ich ganz besonders. Ich glaube, wir vergessen manchmal zu leicht, wie weit entfernt wir von einer solchen Normalität noch unlängst waren. Als Leistung von besonderem Gewicht in unseren gegenseitigen Beziehungen betrachte ich die weitgehende Regelung der Minderheitenprobleme. Die Lösungen, die wir im deutsch-polnischen Vertrag von 1991 gefunden haben, basieren auf den internationalen Standards und den KSZE-Dokumenten. Ihr Leitmotiv ist das übergeordnete Prinzip der Loyalität eines Angehörigen der Minderheit gegenüber dem Staat, in dem er lebt und dessen Bürger er ist. Dies schafft die richtige Verhaltensebene sowie die Entwicklungsgrundlage für die sprachliche und kulturelle Identität der Angehörigen der Minderheit.

Die deutsch-polnischen Regelungen und ihre Umsetzung werden heute von vielen anderen Staaten als gutes Modell zur erfolgreichen Lösung von Minderheitenproblemen betrachtet, handelt es sich doch um ein Problem, das in der Vergangenheit nicht nur vom Hitlerregime auf zynische Weise ausgenutzt wurde. Auch heute gehört es leider zu den konflikträdigsten und gefährlichsten Themen auf unserem europäischen Kontinent.

Seit 1989 wurde in der Lage polnischer Bürger, die Angehörige der deutschen Minderheit sind, ein unbestrittener deutlicher Fortschritt erzielt. Diese Meinung teilen ebenfalls die Betroffenen. Nach Möglichkeit gewähren polnische Stellen auch materielle Hilfe, insbesondere für Kulturprojekte, beim Sprachunterricht und bei der Unterstützung von Verlagen. Besondere Privilegien in der Wahlordnung zum Parlament erleichterten fünf Vertretern der deutschen Minderheit den Einzug in den Sejm und Senat der Republik Polen.

Die gegenwärtige Lage schafft auch bessere Voraussetzungen für Polen und Personen polnischer Abstammung in Deutschland. Besonders wichtig wäre hier die richtige Wahrnehmung von Problemen und Bedürfnissen dieser Gruppe in bundesdeutschen politischen Kreisen. Es geht ebenfalls

um eine praktische Hilfe der entsprechenden Stellen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene für die „Polonia“ im Bereich ihrer kulturellen Arbeit, beim Polnischunterricht sowie bei der Selbstdarstellung in den Medien. Die bestehenden Probleme sind und werden schrittweise gelöst. Dafür bedarf es auf der einen Seite der Bereitschaft und Offenheit und auf der anderen Seite des Verantwortungsgefühls für die entsprechende Richtung bei der Gestaltung der gegenseitigen Beziehungen seitens aller beteiligten Personen und Einrichtungen in unseren beiden Staaten. Es gibt eine echte Chance dafür, dass jene Personen in Polen und in Deutschland, die ihre Bindungen zum jeweils anderen Land verspüren, künftig zu einer dauerhaften Brücke der deutsch-polnischen Verständigung und Zusammenarbeit werden. Es gibt heute keinerlei grundlegende Streitfragen in den deutsch-polnischen Beziehungen. Wir haben viele Mechanismen zur Lösung laufender Probleme erarbeitet. Wir haben neue Institutionen geschaffen, die die bilateralen Kontakte bereichern wie z. B. das Deutsch-Polnische Jugendwerk, deutsch-polnische Stiftungen, die Europäische Universität „Viadrina“ in Frankfurt an der Oder oder die Wirtschaftsförderungsgesellschaft. Es entwickelt sich die Zusammenarbeit der Euroregionen, die Grenzübergänge bauen wir aus, um wenigstens teilweise dem lawinenartigen Anstieg im Grenzverkehr und beim Warentransport gerecht werden zu können. Die vertraglichen Regelungen und das enge Netz von bilateralen Einrichtungen machen unsere Beziehungen stabil und in beträchtlichem Maße unabhängig von politischer Unentschlossenheit und von Erschütterungen. Wir haben jedoch noch längst nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Beträchtlich mehr zu tun wäre für die Förderung der Kontakte zwischen der Bevölkerung beider Länder, für den deutsch-polnischen Jugendaustausch – das Jugendwerk –, der die neue Etappe in den gegenseitigen Beziehungen symbolisieren und die Annäherung beider Völker beleben sollte.

Es ist nicht meine Aufgabe, meine Damen und Herren, die Diskussion zu bewerten, die hier seit einigen Wochen um den 8. Mai 1945 geführt wird, insbesondere den Deutschen eine Antwort auf die Frage zu empfehlen, ob dies für sie ein Tag der Befreiung oder der Niederlage, ein Tag der Freude oder der Trauer gewesen ist. Die Antwort auf diese Frage hinge vor allem vom Bewusstseinsstand jener Menschen ab, die damals lebten und handelten. Voll verständlich ist ihr Schmerzgefühl wegen des Verlustes von Angehörigen, jedoch schwer zu respektieren wäre ein Schmerzgefühl wegen des verlorenen Krieges; denn zusammen mit dem durch das „Dritte Reich“ verlorenen Krieg hat auch jenes System verspielt, das für viele Völker Vernichtung und Unglück brachte, ebenfalls den Deutschen selbst. Als einer der Zeitzeugen kann ich die Dramatik der Worte nachempfinden, die vor zehn

Jahren durch den deutschen Patrioten und Europäer Richard von Weizsäcker ausgesprochen wurden:

Es war Hitler, der zur Gewalt griff. Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bleibt mit dem deutschen Namen verbunden. Während des Krieges hat das nationalsozialistische Regime viele Völker gequält und geschändet.

Am Ende bleibt nur noch ein Volk übrig, um gequält, geknechtet und geschändet zu werden: das eigene, das deutsche Volk. Immer wieder hat Hitler ausgesprochen: Wenn das deutsche Volk schon nicht fähig sei, in diesem Krieg zu siegen, dann möge es eben untergehen. Die anderen Völker wurden zunächst Opfer eines von Deutschland ausgehenden Krieges, bevor wir selbst zu Opfern unseres eigenen Krieges wurden.

Diese Worte machen die logische Abfolge von Ursache und Wirkung deutlich. Für viele Opfer jener Zeit und deren Familien ist der 8. Mai bis heute ein Tag der Reflexion darüber, ob der Beginn des Bösen und der Vorbote des Unglücks der 30. Januar 1933 war oder erst die juristisch fixierten Prinzipien der unmenschlichen Diskriminierung von Menschen, nämlich die Nürnberger Gesetze von 1935, oder auch das erste aggressive Vorgehen des „Dritten Reiches“ gegenüber den Nachbarstaaten. Sicher ist jedenfalls, dass die ersten Schüsse des Zweiten Weltkrieges gegen die Polen und den polnischen Staat am 1. September 1939 abgefeuert wurden und dass der an diesem Tag entfesselte Krieg auf den Ruinen von Berlin und anderen deutschen Städten am 8. Mai 1945 beendet wurde. Ich habe an diesem Krieg, den ich nicht gewollt habe, selbst teilgenommen, und ich bin, wie ich meine, in der Lage, verschiedene individuelle Argumente und Erfahrungen der Menschen zu verstehen; jedoch auch nach Ablauf eines halben Jahrhunderts fühle ich mich verbunden mit den Opfern von Aggression und Gewalt, mit den Opfern von Unterdrückung und Verbrechen. Ich kann nicht in einem Atemzug Opfer und Täter nennen oder auch jene, die das Böse passiv akzeptiert haben. Ich denke, dass eine solche Unterscheidung im Interesse von uns allen liegt, uns, den Menschen guten Willens, die wir besorgt sind wegen jedweder Brutalität zwischen Menschen und Völkern, wo immer wir sie im heutigen Europa, in der heutigen Welt erblicken.

Das Gedenken und die historische Reflexion müssen unsere Beziehungen begleiten. Sie sollten dafür jedoch nicht Hauptmotivation sein, sondern den Weg bereiten für die gegenwärtigen und in die Zukunft gerichteten Motivationen. Die Beziehungen unserer Völker und Staaten haben heute eine europäische Dimension erlangt. Unsere Nachbarschaft wird in hohem Maße darüber entscheiden, ob und wann das geteilte Europa zusammenwachsen wird. Die Zusammenarbeit beider Staaten im geeinten Europa

gehört heute zu den wichtigsten Zielen und Begründungen unserer bilateralen Beziehungen. Sie verleiht ihnen den Sinn und liefert dafür vielerlei Motivationen – mit Blick auf die junge Generation von Polen und die junge Generation von Deutschen, auf die, so walte Gott, glücklichen Menschen des 21. Jahrhunderts.

Polen und seine Nachbarn. Bemerkungen zur polnischen Außenpolitik¹

1. Es klingt wie eine Paradoxie, aber alle Staaten, mit denen Polen bis 1989 benachbart war, verschwanden von der Karte Europas. Die DDR hörte auf zu existieren. Die Tschechoslowakei zerfiel in zwei Staaten: Die Tschechische und die Slowakische Republik. Die östliche Grenze Polens ist wiederum in vier Abschnitte aufgeteilt worden, die den Staaten entsprechen, die auf den Trümmern der Sowjetunion entstanden sind, nämlich die Ukraine, Weißrussland, Litauen und Russland. Die längste Grenze hat Polen jetzt mit der Tschechischen Republik (790 Kilometer), danach kommt die Grenze mit der Slowakei (rund 540 Kilometer), dann mit der Ukraine (529 Kilometer), mit Deutschland (467 Kilometer), mit Weißrussland (416 Kilometer), mit der Russischen Föderation im Norden (210 Kilometer) und mit der Republik Litauen (103 Kilometer).

Die Zahl der Nachbarn Polens erhöhte sich in diesem Zeitraum von drei auf sieben. Wichtig sind jedoch nicht nur quantitative Veränderungen, die sich mit der Zahl der Nachbarn verbinden, sondern auch qualitative Veränderungen, die das Wesen des Staates, seine innere Struktur und sein politisches Umfeld betreffen.

Das Jahr 1989 hat den außenpolitischen Standort Polens völlig verändert. In den vergangenen Jahrhunderten war Polen ein Land der Mitte, ein Land zwischen Ost und West, das durch seine geopolitische Lage nicht selten zum Opfer der Auseinandersetzungen, aber auch der Annäherung zwischen den Mächten in beiden Teilen des Kontinents wurde.

Polen war geostrategisch immer wichtig; das Drama seiner Geschichte in den letzten Jahrhunderten bestand aber darin, dass es von den Nachbarn nicht als Verbündeter, sondern eher als eine faktische oder zumindest virtuelle Einflusszone gesehen wurde. So wurde Polen mehrmals zum Schauplatz der Rivalitäten zwischen den mächtigeren Nachbarn, Deutschland und Russ-

¹ Vortrag, gehalten von Außenminister Władysław Bartoszewski an der Ludwig-Maximilians-Universität München am 13. Oktober 1995. Władysław Bartoszewski, „Polen und seine Nachbarn. Bemerkungen zur polnischen Außenpolitik“, in: *Zeitschrift für Politik. Organ der Hochschule für Politik München* 1/1996, S. 67–73.

land. Die Teilung Polens im 18. Jahrhundert, der Ribbentrop-Molotow-Pakt im August 1939 und schließlich die Unterwerfung unter die sowjetische Dominanz waren Folgen jenes „Dazwischenseins“ Polens.

Vor diesem Hintergrund gesehen, hat die Entwicklung der letzten Jahre in Europa für Polen eine ganz besondere Bedeutung. Sie bringt die Chance mit sich, die Hauptfrage der polnischen Politik der letzten Jahrhunderte, die Frage der „geostrategischen Zugehörigkeit“ neu zu stellen und neu, dem Staatsinteresse gemäß, zu lösen.

Ich möchte auf zwei wesentliche Faktoren hinweisen, die den neuen außenpolitischen Standort Polens bestimmen. Der erste ist die Tatsache, dass Polen im Osten mit jenen neuen Staaten eine gemeinsame Grenze hat, die aus der Sowjetunion hervorgegangen sind. Polen ist selbstverständlich daran interessiert, dass diese Staaten ihre Unabhängigkeit bewahren und ihren souveränen Platz in Europa finden. Wir halten das für wichtig, nicht nur für unser Land. Die Form des künftigen europäischen Sicherheitssystems wird bedeutend auch davon abhängen, wie sich die Ukraine, Weißrussland und die baltischen Staaten weiterentwickeln.

Der zweite Faktor ist die Tatsache, dass wir nach der Wiedervereinigung Deutschlands im Westen einen demokratischen stabilen Nachbarn bekommen haben und dass wir dadurch auch ein direkter Nachbar der Europäischen Union und der NATO geworden sind. Diese „neue Nachbarschaft“ lässt in vielen Bereichen auf eine deutsch-polnische Interessengemeinschaft bauen, sie gibt auch der polnischen Außenpolitik eine wichtige Orientierung.

In den Kreisen der demokratischen Opposition in Polen wusste man schon in den siebziger Jahren, dass ein demokratisches, souveränes Polen ohne deutsche Einheit und Freiheit kaum vorstellbar ist. Heute weiß man auch, dass, so wie die Integration von Westeuropa ohne ein deutsch-französisches Zusammenwirken nicht möglich gewesen wäre, Europa nach dem Fall des Eisernen Vorhangs die deutsch-polnische Zusammenarbeit braucht, sei es um stabil zu bleiben oder um die Sicherheitszone nach Osten zu erweitern.

Die polnische Bevölkerung weiß die Unterstützung Deutschlands für die polnischen Bestrebungen um die Mitgliedschaft in der NATO und in der Europäischen Union zu schätzen. Das Ansehen der Deutschen steigt in den Augen der Polen immer mehr. Ich meine, dass die Veränderung in den deutsch-polnischen Beziehungen eine der positivsten Wandlungen in der gegenwärtigen europäischen Geschichte ist. Nichtsdestoweniger können wir uns nicht damit zufriedengeben, wir dürfen uns nicht zurücklehnen. Unser langfristiges Ziel sind bilaterale Beziehungen, die mit denen zwischen Deutschland und Frankreich vergleichbar wären.

Besondere Bedeutung messen wir der trilateralen Zusammenarbeit mit Deutschland und Frankreich im Rahmen des Weimarer Dreiecks bei. Wir möchten, dass der deutsch-französische Dialog, der die Triebkraft der europäischen Integration ist, nach und nach auch unseren Staat miteinschließt. Polen ist das größte jener Länder, die sich um die Mitgliedschaft in der Europäischen Union bemühen, es verfügt über das größte demografische und wirtschaftliche Potenzial. Polen liegt dabei an der Verlängerung der Linie Paris–Berlin, sozusagen auf der geostrategischen Hauptlinie Europas, und bildet somit eine natürliche Ergänzung des europäischen Gebäudes. Ich bin überzeugt, dass Polen durch die enge Zusammenarbeit mit Deutschland und Frankreich zum Prozess der europäischen Integration viel beitragen und diesem Prozess Dynamik verleihen kann.

2. Polen legt großen Wert auf die regionale Zusammenarbeit in Mitteleuropa, die wir als eine notwendige Ergänzung der Integrationsprozesse sehen. Polen gehört zu den Ländern der Region, die keine Grenzkonflikte und keine Probleme mit Minderheiten haben. Die regionale Zusammenarbeit betrachten wir als den Weg zur Vertiefung der Stabilität in der Region und zur Überwindung der bisherigen wirtschaftlichen und kulturellen Teilung Europas.

Die Zusammenarbeit zwischen vier ostmitteleuropäischen Staaten: Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei, welche die „Visegrád-Gruppe“ genannt wurden, brachte das Mitteleuropäische Freihandelsabkommen, CEFTA, das sich seit einiger Zeit schon erfolgreich entwickelt. In Kürze schließt sich Slowenien den vier Gründerstaaten an, was zur Folge haben wird, dass CEFTA zu einem Freihandelsmarkt wird, den über 70 Millionen Menschen bewohnen: Dieser Markt wird ab 1998 praktisch die Form der wirtschaftlichen Integration annehmen.

Der 1992 gegründete Ostseerat ist unserer Meinung nach eine gut funktionierende Institution im Bereich des sogenannten neuen Regionalismus. Er trägt zur Überwindung der früheren ideologischen und politischen Teilung, die im Ostseegebiet existierte, bei. Ähnlichen Sinn und Wirkung hat auch die Mitteleuropäische Initiative, an der auch westliche Staaten – Österreich und Italien – aktiv teilnehmen.

3. Gehört Polen zu Europa, findet es seinen Platz in den westlichen politischen, wirtschaftlichen sowie militärischen Institutionen? Dies ist die Schlüsselfrage nicht nur für mein Land, sondern, wie ich glaube, auch für die westeuropäischen Staaten.

Die Diskussion über die Grenzen Europas, über die Aufteilung des Kontinents in einen östlichen und westlichen Teil, ist keine neue Diskussion.

Vor einem halben Jahrhundert wurde diese Problematik unter anderen von Arnold Toynbee, Gonzaque de Reynold, sowie von Oskar Halecki, dem polnischen Wissenschaftler, der in New York arbeitete, aufgegriffen. Halecki fragte damals: Besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen dem östlichen und westlichen Teil des historischen Europa, und, wenn ja, wo verläuft die innere Linie der Teilung?

Obwohl er mit ihm polemisierte, führte Halecki als Antwort den Standpunkt des tschechischen Historikers Jaroslav Bidlo an, der im Jahre 1933 erklärte, dass die Teilung in West- und Osteuropa im Dualismus der Geschichte des Kontinents, in der Teilung in den katholischen und orthodoxen Teil, aber nicht in der unterschiedlichen geografischen Lage ihre Wurzeln hat. Heute, über ein halbes Jahrhundert später, werden diese Fragen erneut gestellt. Wo verläuft die Scheidelinie des Kontinents? Welche Faktoren oder Kriterien sollen über die Zugehörigkeit zum Westen entscheiden? Die Antwort auf diese Fragen hat offensichtliche politische Konsequenzen, und darum nimmt die Diskussion darüber oft einen emotionalen Ton an.

4. In meiner Rede im Bundestag im April 1995 sagte ich auf der feierlichen Sitzung anlässlich des fünfzigsten Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges, dass nicht die Gebirge, Meeresküsten oder Wasserscheiden über die Grenzen der europäischen Zivilisation bestimmen. Die Grenzen Europas sind Grenzen einer gewissen Offenheit, die aus fundamentalen Rechten, die im achtzehnten Jahrhundert „Natturrechte“ genannt wurden, hervorgeht. Diese Rechte liegen den heutigen regionalen und überregionalen Organisationen, solchen wie der Europäischen Union und dem Atlantischen Bündnis, zugrunde.

Papst Johannes Paul II. sagte in einer seiner Homilien, dass Polen nicht nach Europa zurückkehren müsse, weil es seit Jahrhunderten in Europa liege und es nie verlassen habe. Polen hat Europa mit großer Anstrengung und großen Opfern mitgestaltet. Die Geschichte Polens ist mit der Geschichte Westeuropas verflochten. Kulturell gehörte Polen zum Einflussbereich der lateinischen Kultur. Es teilt das Wertesystem der westlichen Zivilisation, der die Demokratie und die Achtung der Menschenrechte zugrunde liegen. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass Polen – nicht aus eigener Schuld – die letzten fünfzig Jahre von Europa getrennt war. „Asien fand sich am Elbeufer ein“, schrieb Konrad Adenauer in einem Brief im März 1946. Die Geschichte zeigte jedoch, dass die Wirkung der kommunistischen Ideologie nur oberflächlich war und dass die polnische Bevölkerung den traditionellen westlichen Werten treu blieb. Es ist kein Zufall, dass eben in Polen, mit der Entstehung der „Solidarność“, der Zerfall des kommunistischen Systems be-

gann, der dann auf alle Staaten des sogenannten Ostblocks übergegriffen hat. Die Distanz zu Europa, die Polen zu überwinden hat, ist nicht die Distanz zu einem fremden Wertesystem, es ist eher eine Distanz zu politischen Institutionen und wirtschaftlichen Standards. Die Rückkehr zu ihnen wird die Rückkehr Polens auf seinen historischen Platz bedeuten.

5. Durch den Abschluss des Europa-Abkommens mit der EG im Dezember 1991 und den Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union im April 1994 hat Polen den Weg in die westlichen Institutionen eingeschlagen. Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union und in der NATO wird unseren neuen Platz in Europa als den eines demokratischen und modernen Staates festigen. Sie wird die Triebkraft der wirtschaftlichen Entwicklung und des zivilisatorischen Aufstiegs sein. Sie wird uns Vorteile bringen, sie wird aber auch für die Märkte, für den Wohlstand und für die Sicherheit und Stabilität des ganzen Kontinents einen wichtigen Impuls darstellen.

Die Aufnahme der Staaten Zentraleuropas in die Europäische Union vergrößert erheblich die Ausmaße des Binnenmarktes und somit seine Kraft und Konkurrenzfähigkeit. Auch die Sicherheit der westlichen Staaten wird sich erhöhen. Deswegen soll die Stabilität, die Konsolidierung der Demokratie und der Marktwirtschaft in Mitteleuropa auch im Interesse der Staaten der Europäischen Union liegen. Wie der Vorsitzende der Europäischen Kommission, Jacques Santer, auf dem Forum des Europäischen Parlaments feststellte: „Unabhängig von den Schlussfolgerungen, zu denen wir bei der Frage der Erweiterung der Union kommen, [...] dürfen wir nie die Vorteile vergessen, die uns die Entwicklung dieser Länder und ihre Integration in die Europäische Union bringt.“

Die Staaten der Europäischen Union bestätigten im Dezember 1994 auf dem Treffen des Europäischen Rates in Essen den Willen, die assoziierten Länder einzugliedern; sie haben zugleich unterstrichen, dass die Aufrechterhaltung der Reformtendenzen eine Garantie für den Erfolg der Integration in die Europäische Union sein wird.

Polen hat ein entsprechendes Niveau an Stabilität seiner politischen Institutionen schon erreicht. Die Reformen in Polen werden vom Konsens aller politischen Kräfte begleitet. Über 67 Prozent der Bevölkerung spricht sich für die Integration Polens in die Europäische Union aus. Es besteht auch eine breite gesellschaftliche Unterstützung für unsere Integrationsbestrebungen.

Die Angleichung der Wirtschaft Polens und des polnischen Rechtssystems an die EU-Maßstäbe bleibt eines der schwierigsten Unternehmen, das wir in den nächsten Jahren durchzuführen haben. Wir sind aber auf gutem Weg. Zu unseren Errungenschaften gehört die Realisierung der

grundsätzlichen Reformen, die unser Land der Marktwirtschaft näher bringen und die mit den Mechanismen der Europäischen Union übereinstimmen. Wir haben eine der höchsten Wachstumsraten in Europa erreicht und die Phase der makroökonomischen Stabilität begonnen; zudem gleichen wir unsere Gesetzgebung an die am meisten entwickelten Staaten der Europäischen Union an.

Wir vertreten den Standpunkt, dass das für Polen günstigste Modell der Integration das Modell „schnelle Mitgliedschaft, lange Anpassungszeit“ darstellt. Es ist keine neue Lösung. Dieser Grundsatz wurde erfolgreich gegenüber Griechenland, und dann gegenüber Spanien und Portugal angewandt. Ich glaube, dass wir alle Gründe dafür haben, eine ähnliche Behandlung zu erwarten. Unsere Anpassungsprozesse werden leichter und schneller verlaufen, wenn wir uns innerhalb der Union befinden. Wir möchten den Anfang des neuen Jahrtausends als den Termin der Aufnahme Polens in die Europäische Union sehen. So wollen wir auch den Zeitplan der Integrationsaktivitäten gestalten. Seit den Römischen Verträgen bedienen sich die Gemeinschaften bei der Durchführung ihrer Ziele immer eines Zeitplans, und es ist uns nicht klar, warum unser Wunsch so wenig Verständnis findet.

Polen misst seiner Mitgliedschaft im Atlantischen Bündnis, das die Teilnahme der Vereinigten Staaten und Kanadas an der Gestaltung einer neuen Ordnung in Europa garantiert, große Bedeutung bei. Wir akzeptieren in vollem Umfang die Werte, die in der Präambel des Washingtoner Vertrages zum Ausdruck kommen, und wir wollen einen eigenen Beitrag zum Aufbau einer Welt leisten, der die Prinzipien von Demokratie, Achtung des Rechts und Verteidigung des gemeinsamen Erbes zugrunde liegen. Mit Genugtuung begrüßen wir den vor Kurzem veröffentlichten Beschluss der NATO-Mitglieder, dass die Entscheidung über die Erweiterung der NATO unumkehrbar ist. Wir akzeptieren die dort vertretene Meinung, dass die NATO, ergänzt durch die Europäische Union, die Westeuropäische Union und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, das Hauptelement der Architektur des europäischen Sicherheitssystems bilden soll. Wir werden danach streben, unsere militärischen und zivilen Strukturen an den Anforderungen der Mitgliedschaft in dieser Organisation auszurichten. Wir müssen die Schritte unternehmen, die ein schnelles Erreichen der politischen, organisatorischen und militärischen Kompatibilität und Interoperabilität mit der NATO ermöglichen werden. Wir sind bereit, den uns zufallenden Teil der Verpflichtungen auf dem Gebiet der gemeinsamen Verteidigung zu übernehmen und uns an den *peace-keeping*- und *peace-enforcement*-Einsätzen zu beteiligen.

Unser Streben nach einer Mitgliedschaft in der NATO ist gegen keinen Staat gerichtet. Aber nur die NATO ist imstande, uns aus der sicherheitspolitischen „grauen Zone“ zu verhelfen und unsere Region vor den alten Machtrivalitäten zu schützen. Und dafür brauchen wir die NATO-Mitgliedschaft. Wir sind überzeugt, dass der Prozess der Erweiterung des Bündnisses nach Osten die politische Stabilität festigen und feste Bedingungen für die Entwicklung der Demokratie und der Marktwirtschaft in diesem Teil Europas schaffen wird.

Polen betrachtet die Westeuropäische Union (WEU) sowohl als den europäischen Pfeiler der NATO als auch als Verteidigungskomponente der Europäischen Union. Diese Organisation stellt ein wichtiges Bindeglied zwischen der NATO und der Europäischen Union dar.

Die WEU nahm sich zuletzt die wichtige Aufgabe vor, die europäische Verteidigungspolitik zu definieren. Die WEU-Mitglieder tragen nach der Erklärung der Minister auf dem Gipfel in Noordwijk im November vorigen Jahres die Verantwortung für die Sicherheit und Verteidigung der Bürger und Territorien der Mitgliedsstaaten sowie für die Stärkung von Sicherheit und Stabilität auf dem Gebiet von ganz Europa. Im Interesse der WEU-Mitglieder liegt auch die Erhaltung der Stabilität im Mittelmeerraum sowie die Beteiligung an der Förderung der Sicherheit und Demokratie in der ganzen Welt.

Polen teilt diese Prioritäten der europäischen Sicherheitspolitik. Es ist bereit, sich an den Aufgaben der WEU zu beteiligen. Wir haben beschlossen, die polnischen Schnelleingreiftruppen, die sowohl im NATO-Hauptquartier als auch im WEU-Sekretariat angemeldet worden sind, nach den NATO-Maßstäben zu bilden. Wir sehen Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen der Militärindustrie Polens und jener der WEU-Mitglieder. Wir möchten unsere Militärindustrie an die gemeinsamen Produktionsvorhaben anschließen.

Der Aufbau des Sicherheitsmodells kann nicht ohne Beteiligung der im Osten des Kontinents liegenden Staaten, insbesondere der wichtigsten von ihnen – Russland und die Ukraine –, vorgenommen werden. Russland darf kein Vetorecht im Prozess der NATO-Erweiterung haben. Es darf aber auch nicht das Gefühl haben, von Europa isoliert und ausgegrenzt zu werden. Es ist eines der heute sicherlich grundsätzlichen weltpolitischen Probleme, beides zu vermeiden. Ebenfalls in unserem Interesse ist es, dass der Prozess der NATO-Erweiterung, soweit das möglich ist, harmonisch verläuft. Die NATO-Erweiterung muss aber auch in Russland als unumkehrbar begriffen werden, sonst werden sich dort immer wieder Kräfte finden, die glauben werden, mehr gewinnen zu können als es zu gewinnen gibt.

Unsere Beziehungen mit Russland, trotz grundsätzlicher Differenzen bezüglich der neuen Sicherheitsarchitektur in Europa, sind besser, als sie vielleicht auf den ersten Blick erscheinen. Die Wirtschaftsbeziehungen entwickeln sich relativ gut, der Personenverkehr zwischen unseren Staaten nimmt zu. Polen ist auf jeden Fall daran interessiert, gute, partnerschaftliche Beziehungen mit dem großen Nachbarn im Osten zu haben.

Für besonders wichtig halten wir auch unsere Beziehungen mit der Ukraine. Die Ukraine betreibt eine Politik der Festigung ihrer Staatlichkeit. Die Unabhängigkeit dieses Staates wird das Schlüsselement der politischen Ordnung in der Region sein. Polen entwickelt mit der Ukraine sowohl politische als auch wirtschaftliche Kontakte. Sie müssen weiter ausgebaut werden. Sehr wichtig für die Zukunft dieses Staates wäre ein stärkeres wirtschaftliches Engagement der hochentwickelten Länder.

6. Ich möchte hier in Bayern noch einmal die Worte von Papst Johannes Paul II. zitieren, der in Santiago de Compostela sagte: „Die Seele Europas bleibt heute noch vereint, weil Europa, außer, dass es gemeinsame Anfänge hat, auch gemeinsame christliche und menschliche Werte pflegt, die es auszeichnen, etwa die Würde des Menschen, Gerechtigkeit und Freiheit, Arbeitsamkeit, Unternehmungsgest, Familienliebe, Achtung vor dem Leben, Toleranz, Streben nach der Zusammenarbeit und Frieden.“ Polen betrachtet sich als Teil dieser „europäischen vereinten Seele“, teilt mit Europa gemeinsame Werte und fühlt sich ihnen seit Jahrhunderten verpflichtet.

Bischof Karl Lehmann

Laudatio auf den Träger des Romano Guardini Preises¹

„Wir machen alle andere Erfahrungen. Das hängt von vielen Faktoren ab. Ich habe mich entschieden, einen Weg zu gehen, der manchem außergewöhnlich erscheint. Ich bin deshalb kein Held. Aber ich habe in extremen Situationen Erfahrungen machen können, die ich [...] weitergeben möchte“, so schreibt der Romano Guardini Preisträger des Jahres 1995 über sein Leben. In der Tat ist es fast unglaublich, was dieser Mann, der heutige Außenminister der Republik Polen, seit 1939 erfahren hat. Es ist die Geschichte eines immer wieder Verfolgten, der jedoch – Gott sei Dank – das Glück hatte davonzukommen. Aber er hat gerade deshalb nie vergessen, wie viele ihr Leben verloren haben und grausam hingeschlachtet worden sind.

Er weiß auch vom „ungeheuren Risiko der Retter“.² „Normal“ ist in diesem Leben fast nur die Kindheit. „Ich habe Schreckliches, fast Unbeschreibliches in über 60 Jahren erlebt, Trotz allem bleiben mir glückliche Kindheitserinnerungen, Erinnerungen an ein Warschau, die Hauptstadt Polens, das nach 123 Jahren Teilung und Zerteilung wieder eine freie Republik wurde. Ich bin ein Kind dieser freien Republik, drei Jahre nach der Neugründung des polnischen Staates, nach der Wiederauferstehung des polnischen Adlers geboren. Wir waren die ersten, die in einem freien Staat zur Welt kamen – und erzogen wurden“.³ Kindheit und Jugend sind mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939 jäh zu Ende. Bereits

¹ Seit 1970 unternimmt es die Katholische Akademie in Bayern, den angesehenen Romano Guardini Preis an verdiente und außergewöhnliche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu verleihen. Im Rahmen der Jahresfeier der Akademie am 13. Oktober 1995 in München wurde der polnische Außenminister Władysław Bartoszewski mit dieser Auszeichnung geehrt. Bei der Preisverleihung hielt der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, die hier abgedruckte Laudatio. Karl Lehmann, „Laudatio auf den Träger des Romano Guardini Preises“, in: *Zur Debatte. Themen der Katholischen Akademie in Bayern* 5–6/1995, S. 3–5.

² Władysław Bartoszewski, *Das Warschauer Ghetto – wie es wirklich war*, Frankfurt 1986, S. 116.

³ Władysław Bartoszewski, *Erfahrungen meines Lebens. Herbst der Hoffnungen*, Freiburg 1989, S. 18.

ein Jahr später wird der 18-jährige Bartoszewski bei einer Razzia gegen die polnische Intelligenz in Warschau von der SS verhaftet und ins Lager Auschwitz verschleppt. Es ist wie ein Wunder, dass er im April 1941 aus dem Lager entlassen wird. Im Frühsommer 1942 gehört Bartoszewski zu den Mitbegründern der Hilfsaktion für die verfolgten Juden in der katholischen Widerstandsgruppe „Front für die Wiedergeburt Polens“. Er erlebt aus nächster Nähe 1943 den Aufstand der Juden im Warschauer Ghetto und hilft als stellvertretender Leiter im Judenreferat der Delegatur der Londoner Exilregierung vielen jüdischen Landsleuten bei der Flucht und im Versteck. Als Oberleutnant der Heimatarmee nimmt er am Warschauer Aufstand im Herbst 1944 teil. Die polnische Hauptstadt wird in Schutt und Asche gelegt, 200 000 Einwohner finden den Tod. Am anderen Weichselufer steht ungeführt die sowjetische Armee.

Schon früh hat Bartoszewski Informationen über Nazi-Verbrechen in Warschau an Polen und Juden gesammelt. Er hat das Material systematisch bearbeitet und an die Exilregierung weitergegeben. So war er bestens gerüstet, um nach dem Krieg für die Untersuchung der Nazi-Verbrechen zu arbeiten. Mehrfach wird der unbeugsame Journalist verhaftet (1946–1948, 1949–1954). Bevor die ersten Auslandsreisen ab 1963 – nicht zufällig geht die allererste zur Pflanzung eines Baumes bei Yad Vashem nach Jerusalem – möglich werden, gibt es immer wieder Schikanen, Hausdurchsuchungen und mannigfache Verletzungen der Freiheit. Als Professor Bartoszewski schon ein international sehr bekannter und mit manchen Anerkennungen bedachter Zeuge und Historiker der schlimmen Besatzungszeit ist, wird er im Rahmen der Ausrufung des Kriegsrechtes am 13. Dezember 1981 interniert und kommt auf Druck vor allem auch israelischer Freunde im April 1982 wieder frei. Immer wieder ist dieses Leben durch die elementare Beraubung der Freiheit geschädigt.

Es ist das Geheimnis dieses Lebens, dass Władysław Bartoszewski deswegen nicht bitter geworden ist. Seine Antwort darauf ist immer wieder die gleiche. Hans Maier hat sie uns in seiner großen Würdigung zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels im Jahre 1986 übermittelt: „Ich habe Glück gehabt, großes Glück. Ich bin, trotz allem, am Leben geblieben. Und wenn ich lebe, dann bedeutet das für mich, dass ich anderen helfen muss.“ Er hat nie auf Rache und Vergeltung gesonnen, sondern hat sich entschlossen, den Teufelskreis der Gewalt zu durchbrechen.

Bartoszewski hat dies zuerst dadurch getan, dass er sich gegen das Vergessen wehrte. Er ist Autor ungezählter zeitgeschichtlicher Abhandlungen und ist einer der großen Historiker der Besatzungszeit in Polen. Er hat

die beiden Warschauer Aufstände erforscht und hat damit unersetzliche Quellen für jeden Forscher über jene Zeit gerettet und der Nachwelt bewahrt. Aber er ist nicht einfach nur Chronist, sondern hat mit einem leidenschaftlichen Einsatz gegen das Verdrängen gekämpft.

„Eine der schlimmsten Gefahren für das Zusammenleben der Menschen sind die Gleichgültigkeit und der Opportunismus. Sie sind oft böser als das Böse. In ihnen liegen die Wurzeln des Bösen. Das gilt sowohl für den Privatbereich als auch für die Politik. Vielleicht ist viel mehr politisch im Leben, als wir ahnen. Vielleicht ist die Gleichgültigkeit der Grund dafür, warum durch zu starke Anpassungsfähigkeit so viel Leiden in der Welt ist.“⁴ Wie wenige andere hat er schonungslos Erpressertum und Verrat in den eigenen Reihen, der Juden und der Polen, gebrandmarkt. Stets hat er sich bis zur Erzürnung gewehrt, wenn Henker und Opfer miteinander verglichen worden sind. Immer wieder ist Bartoszewski in die ganze Welt hinausgezogen, gerade auch nach Deutschland, um zu sagen, was war, um aufzuklären, nicht zuletzt die Jugend. Bartoszewski ist unerbittlich, wenn es um die Wahrheit geht. Darum sagt er Dinge, die immer wieder überraschen. So straft er jeden Antisemitismus Lügen, wenn er über die Juden schreibt: „Juden haben mich nie verhört, Juden haben mich nie geprügelt, Juden haben mich nie gefoltert. Das können nicht alle meine Landsleute von sich sagen. Juden sind für mich eine hoffnungsvolle Perspektive.“⁵

Die letzte Verwurzelung des ganzen Schaffens von Bartoszewski in einer unzerstörbaren Leidenschaft für Gerechtigkeit und Wahrheit hat diesem Mann eine fast unendliche Kraft zum Widerstand gegeben. Auch wenn er nie gelegnet hat, selber Angst zu haben, hat er alle Angst überwunden. Darum hat er unermüdlich den Opfern geholfen und zugleich die Taten der Verfolger minutiös festgehalten. Es ist gerade faszinierend, wie unpatetisch und leidenschaftslos objektiv der Historiker Bartoszewski sein kann und wie eindringlich der Zeitzeuge spricht und mahnt, stärker als jeder Moralist, Bartoszewski kann darum auch kein bequemer Mann sein. Er liebt den Streit und trägt ihn aus. Er ist skeptisch gegenüber allen Parolen. Darum zählt für ihn nicht so sehr der gute Wille, sondern das Tun des Guten. Mit Henkern darf man keinen Frieden schließen. Darum gibt es auch Situationen, wo man sich dem Strom entgegenstellen muss, Bartoszewski weiß ohne Überheblichkeit und elitäres Gehabe, dass dies immer nur wenige sind. Es gehört zu den Grunderfahrungen dieses Lebens, in Fragen der Ge-

⁴ Władysław Bartoszewski, *Wer ein Leben rettet, rettet die ganze Welt*, Freiburg 1986, S. 10.

⁵ Ebd., S. 78.

rechtigkeit und Menschenwürde keine Kompromisse einzugehen. Vielleicht ist es das gewichtigste Wort, das Bartoszewski uns hinterlässt: Es gibt kein Leben um jeden Preis. „Leben um jeden Preis, das ist eine Schande. Es gibt kein Leben um jeden Preis. Leben um jeden Preis, das ist der Kampf in der Natur, das ist der Stärkere, wenn er den Schwächsten angreift, und wenn dann der Schwächste bereit ist, alles zu machen und sich zu unterwerfen. Das ist unmenschlich.“⁶

Das Erstaunliche ist, dass Bartoszewski in all diesen Sinnlosigkeiten und Torturen, ohne viel darüber zu sprechen, dem Leben einen hohen Sinn abgewinnen kann. So ist ein wichtiges Motto seines Lebens: „Es lohnt sich, anständig zu sein.“⁷ So bekennt er auch: „Die Erfahrung meines Lebens lautet, auch wenn ich nach Israel komme: Ich bin geborener Optimist, trotz der Leichenberge, die ich gesehen habe, trotz der Verbrennungsöfen, vor denen ich stand. Wenn ich nicht so optimistisch wäre, wäre ich schon tot. Vielleicht fällt es mir leichter als anderen, immer wieder einen neuen Anfang zu machen. Das ist sicher auch die Gnade meiner robusten Natur. Ich danke Gott für diese Gnade.“⁸

Bartoszewski hat sich stets zur Kirche gezählt, ohne deswegen Scheuklappen zu tragen, und sich zu Gott bekannt, durchaus im Wissen um viele Rätsel, die bleiben. Er verleugnet nicht seine fromme Mutter: „Vielleicht verdanke ich den Gebeten meiner Mutter viel, die im Kriege schon tiefgläubig war, die nun ihre Zuflucht bei Gott und im Gebet gesucht hat. Es kann schon sein.“⁹ Es ist ein Glaube, der durch viele Feuer hindurchgegangen ist und keine großen Worte macht. Romano Guardini ist sicher ein anderer Mensch gewesen. Auch er hat freilich, ohne lebensgefährlich verfolgt zu werden, Nachstellungen erfahren. Sein Berliner Lehrstuhl wurde aufgehoben. Die Zeit des Krieges bedeutete für ihn ein tiefes Verstummen. Er war gewiss weniger der Mann des aktiven Widerstandes, aber der schonungslosen Aufdeckung von Unwahrheit und Unrecht. Darum gibt es so vieles Gemeinsame zwischen dem Preisträger 1995, Władysław Bartoszewski, und Romano Guardini. Beide wussten vor allem, dass man die Person und Menschenwürde nur durch konsequentes Hören auf die Stimme des Gewissens und Gott selbst retten kann. Beide wissen, dass es am Ende um ein „Unbedingtes“ geht, das nicht verschachert werden darf, und dass darum immer die Unterscheidung der Geister not tut: Würde oder Knechtschaft; Wahrheit

⁶ Bartoszewski, *Erfahrungen*, S. 107.

⁷ Ebd., S. 10.

⁸ Bartoszewski, *Wer ein Leben rettet*, S. 78.

⁹ Bartoszewski, *Erfahrungen*, S. 111.

oder Lüge; Leben oder Untergang; Geist oder Gewalt. Jemand hat zu Recht einmal gesagt, für Władysław Bartoszewski gebe es keinen Preis und kein Lob, die seiner würdig wären. Das Beste, was wir geben können, ist der Romano Guardini Preis.

Herzlichen Glückwunsch und herzlichen Dank!

Polen und Deutsche im neuen Europa¹

Eminenzen, Exzellenzen, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde – ich habe sehr viele Freunde in diesem Raum, auch persönliche –, ich werde niemanden mit Namen nennen, aber alle wissen, worum es geht. Zunächst muss ich danken. Danken ist nicht leicht, das heißt, es ist leicht und auch wieder nicht leicht, denn sich auf dem Niveau zu bedanken, auf dem die Reden gehalten worden sind, ist nicht leicht, und nur Danke schön zu sagen, ist viel zu wenig. Da muss man einen Mittelweg suchen und ein bisschen abweichen. Ich wollte eigentlich kein wissenschaftliches Referat halten. Ich habe den Romano Guardini Preis nämlich nicht als Minister bekommen, und Ihnen droht deswegen kein ministeriales und sicher kein diplomatisches Referat. Also habe ich vorgesehen, über „Polen und Deutsche im neuen Europa“, über Verständigung und Versöhnung zu reden. Im Rahmen des zeitlich Möglichen werde ich aber einige mehr persönliche Gedanken und Überlegungen formulieren, denn die wunderbare Rede von Herrn Bischof Lehmann und alle darauf folgenden Reden waren ziemlich persönlich, Gott sei dank, sehr sympathisch, offen, menschlich, freundlich. Ich habe das alles so verstanden, und ich muss mich auch revanchieren auf ähnliche Weise.

Also einige Bemerkungen zur Sache. Man hat mich hier schön charakterisiert; ich muss das ein bisschen relativieren. Es war mir nämlich im Leben leichter, mich zu widersetzen als mich zu beugen. Ich habe oft Angst gehabt, aber ich habe in dieser Angst nie eine ausreichend gute Begründung gefunden, nichts zu tun. Nichts zu tun ist nämlich oft unwürdig, aber immer langweilig. Und ich wollte mich nicht langweilen, ich wollte einfach etwas tun. Außerdem habe ich in einer Epoche gelebt, in der ringsum viele bedeutende Leute, die leider nicht mehr leben, zu beobachten waren; auch habe ich Bekanntschaft gemacht mit vielen Vorbildern. Und das bedeutete, dass ich mir oft die Frage gestellt habe: Wenn jemand etwas tun

¹ Ansprache Władysław Bartoszewskis aus Anlass der Verleihung des Romano Guardini Preises der Katholischen Akademie in Bayern, gehalten am 13. Oktober 1995 in München. Władysław Bartoszewski, „Polen und Deutsche im neuen Europa“, in: *Zur Debatte. Themen der Katholischen Akademie in Bayern* 5–6/1995, S. 5–7.

muss oder soll, aus moralischen, politischen, prinzipiellen Gründen, warum dann nicht du?

Im Jahre 1983 habe ich im deutschen Kulturkreis den ersten schönen Preis bekommen, den Gottfried-von-Herder-Preis in Wien, dann 1986 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, wo mein Freund Prof. Hans Mayer eine wunderbare Rede gehalten hat, die ich bis heute von Zeit zu Zeit mit Rührung durchsehe. In diesen beiden Fällen habe ich überlegt: Es ist schön; ich freue mich, ich bedanke mich; bin ich aber eigentlich würdig, diesen Preis zu bekommen? Nun, ich habe die Preise angenommen – was sollte ich tun? Dann habe ich mir ganz hart, fast brutal gesagt: Ich weiß nicht, ob ich das genau in diesem Umfang und auf diesem Niveau verdient habe, aber ich weiß, ich darf um Gottes willen nicht versagen. Das verpflichtet; das ist schon eine Ehrensache bei einem erwachsenen Mann, und so ist es gelaufen. Immer aufs Neue muss man sich entscheiden und etwas Neues tun. Diese viel gelobte Rede vor dem Deutschen Bundestag, es ist für mich eine Freude, dass ich sie gehalten habe. Aber bis kurz vor dieser Rede habe ich mir selbst ein paar Versionen aufgeschrieben, und ich war immer unsicher, wie ich das im Endeffekt gestalten sollte, nicht, was die Prinzipien angeht, sondern die Ausdrucksformen. Wenn es gelungen ist, dann schön. Jetzt weiß ich: Es war richtig.

Beim Thema „Polen und Deutsche im neuen Europa“ muss man gerade in Deutschland mit der Würdigung der deutschen Menschen anfangen. Ich betätige mich in diesem Bereich sozusagen ein bisschen länger als 30 Jahre. Meine ersten Kontakte knüpfte ich Anfang der sechziger Jahre mit den DDR-Deutschen aus der Aktion Sühnezeichen, mit Lothar Kreyszig, den ich nicht vergessen habe, mit Günter Särchen, der mich vor Kurzem in Warschau im Ministerium besucht hat – ganz glücklich, dass er einen Minister besucht. Wir haben damals beide Angst gehabt als Ostblock-Bürger, bei all diesen halblegalen Aktivitäten und Treffen. Man muss hier auch die Leute aus dem Bensberger Kreis nennen und die wunderbaren, halbverrückten Leute aus der internationalen Organisation Pax Christi, deutsche Sektion, mit meinem alten Freund Reinhold Lehmann an der Spitze. Zu nennen sind auch die Leute aus dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken – ganz unterschiedliche, so hochplazierte wie Bernhard Vogel, aber auch andere, auch Friedrich Kronenberg und Vincens Lissek und viele andere. Und die Leute aus dem Maximilian-Kolbe-Werk, die schon vor mehr als 20 Jahren, Anfang der siebziger Jahre, den Mut gehabt haben, auf die Opfer der Konzentrationslager hinzuweisen. *Pars pro toto* habe ich nur die Namen einiger Leute genannt, von denen manche noch am Leben sind, andere nicht mehr.

Der Fluch der bösen Tat

Im Endeffekt muss ich sagen: Es ist in Deutschland überall bekannt, was man den Juden angetan hat, und das ist richtig so. Es ist nie zu viel, über die wahre grausame Geschichte der Menschen zu reden. Nur, man vergisst andere Sachen relativ leicht. So haben meine Studenten in München von mir erfahren, dass in Dachau 858 römisch-katholische polnische Priester umgebracht worden sind, insgesamt 2700 römisch-katholische Priester, darunter vier Bischöfe. Die Fakten sind wenig bekannt. Man muss über alle Fakten reden, über den Anfang, die Entwicklung. Am Anfang war das Böse, und wenn jemand so anfängt, kennt das keine Grenzen. Der Fluch der bösen Taten – so war es auch. Vergessen habe ich nichts. Ich bin auch der Meinung: Wenn man vergisst, schätzt man die Opfer nicht genug. Die Christen dürfen nicht vergessen. Sie vergessen an Allerseelen nicht die Verstorbenen, sie vergessen ihre Familien nicht, sie pflegen die Gräber – das sind Formen, die uns verbinden. Man darf nicht vergessen! Eine andere Sache ist, welche Schlussfolgerungen man daraus zieht. Eine bekannte polnische Schriftstellerin hat knapp nach dem Kriege geschrieben: „Die Menschen haben den Menschen das angetan.“ Das ist der Kern der Sache: Nicht die Deutschen haben den Polen, sondern die Menschen haben den Menschen das angetan. Menschen, die oft auch getauft, katholisch getauft und nicht immer Ungeheuer und Teufel gewesen sind, die aber auf die eine oder andere Weise pervertiert sind im Laufe des Lebens.

Sehr viele Leute kennen die Autobiografie des Auschwitz-Kommandanten Höß. Diese Autobiografie hat das Münchener Verlagshaus dtv verlegt, das Institut für Zeitgeschichte in München hat sie wissenschaftlich vorbereitet. Der Mensch Rudolf Höß war ein guter Familienvater und hat dann in Polen vor Gericht heftig gestritten. Man hat ihm nämlich vorgeworfen, er als Kommandant trage die Verantwortung für die Ermordung von 4 Millionen Menschen. Er hat sich zäh verteidigt und gesagt: Nein, nur für anderthalb Millionen. Später hat sich erwiesen, der perfekte Lagerkommandant hatte recht. Jetzt wissen wir: In Auschwitz selbst wurden nicht 4 Millionen Menschen umgebracht, sondern „nur“ ungefähr anderthalb Millionen. Er hat also recht gehabt – nur, was für eine Perversität, im Angesicht des Galgens darum zu streiten, ob man die Verantwortung für vier oder nur für anderthalb Millionen Tote trage! Das sind die Geheimnisse der menschlichen Seele.

Aber das ist vergangen, und wir leben für die Zukunft, nicht für die Vergangenheit. Die christliche Praxis kennt den Begriff des Neuanfangs

durch die Sakramente, durch die Bekehrung der Menschen, durch Umkehr im Leben. Wenn wir mehr oder weniger Christen sind – getauft sind wir fast alle –, dann müssen wir auch überlegen, wo wir uns befinden und wohin wir wollen. Ich muss sagen, die Christen haben auch eine große Rolle gespielt bei dem Wiederaufbau der Beziehungen zwischen Polen und Deutschen. Man macht es sich oft politisch einfach und sagt: Bundeskanzler Willy Brandt ist nach Warschau gefahren, hat alles reguliert und ist auf die Knie gefallen. Das war eine wunderbare Geste, das war mit Ernst bedacht, und sicher war das ein Mensch, der aus Überzeugung handelte. Aber, so wissen wir jetzt, schon Ende der fünfziger Jahre, 1957, nach der Entlassung Kardinal Wyszyńskis aus der Haft der Kommunisten in Polen, hat Konrad Adenauer, haben aber auch die Kardinale Frings und Döpfner Klaus Otto Skibowski beauftragt, diskrete, geheime Gespräche in Polen zu führen über die Perspektive der Hilfe und Zusammenarbeit. Das zeigt, wie groß dieser alte Adenauer gewesen ist als Mensch, welche Perspektive er gehabt hat. Und diese weite Perspektive, die heute Herr Kollege Kinkel genannt hat, mit den Polen wie mit den Franzosen, die ist damals auch mitgeprägt worden durch diesen bedeutenden deutschen Politiker. Danach sind verschiedene Kontakte nicht immer so geheim gelaufen, Kontakte zwischen Pax Christi und der Znak-Gruppe in Polen, Kontakte im Umfeld der Redaktion des *Tygodnik Powszechny*, wo ich die große Ehre hatte, der jüngere Redaktionskollege Bischof Wojtyła zu werden. Dieser ist rund 18, 20 Monate älter als ich; wir sind also dieselbe Generation, haben in ähnlichen Schulen gelernt, haben dieselben Schulbücher benutzt und wurden identisch geformt – nur er mit besserem Ergebnis. Wenn es um den Nährboden, um die Erziehung geht, ist es für mich kein Zufall, dass ich gerade in diesem Milieu Verständnis und Bestätigung für die Absichten gefunden habe, den Deutschen näherzukommen. Und das ist auch Tatsache. Leute aus unserem Milieu waren etwa der vor einer Woche verstorbene Mieczysław Pszon, Jerzy Turowicz, Stanisław Stomma und Tadeusz Mazowiecki, der erste postkommunistische polnische Ministerpräsident. Wir haben schon Anfang der sechziger Jahre verstanden: Es gibt kein freies Polen ohne vereinigtes Deutschland; es gibt aber kaum Möglichkeiten für Deutschland, sich zu vereinigen ohne Konsens mit dem polnischen Volk. Dies haben kluge Menschen im Laufe der Zeit begriffen, und das war das Fundament für die gemeinsame Zukunft der Polen und Deutschen im neuen Europa.

Neuanfang und Umkehr

Mehrere Fakten sind gut bekannt, nicht alle genau bekannt. Vincens Lissek berichtet in seinem Artikel, den er für ein Gedenkbuch für Pszon vorbereitet hat, über die ersten Kontakte des Zentralkomitees 1957 in Wien mit polnischen Katholiken. Wir wissen alle über die erste Wallfahrt von Pax Christi nach Auschwitz 1964, die durch Alfons Erb, den Vizepräsidenten von Pax Christi, zur Solidaritätsspende für ehemalige polnische KZ-Häftlinge bei Pax Christi führte. Wir wissen über das Memorandum der Evangelischen Kirche vom Frühjahr 1965 und über die Briefe der polnischen und deutschen Bischöfe vom November und Dezember 1965. In diesem Jahr jährte sich ebenso zum 30. Mal das Memorandum der Evangelischen Kirche, eine sogenannte EKD-Denkschrift, und die erwähnten Briefe der Bischöfe. Das sind für mich Daten und Gedenktage von ebenso großer Bedeutung wie große politische Gedenktage, ja noch mehr, denn diese Gedenktage haben das Fundament für die neue Zukunft, für den neuen Anfang mitgeschaffen.

Sicher, der Brief der polnischen an die deutschen Bischöfe wurde in Polen nicht überall akzeptiert, auch bei den Kirchenleuten, auch bei den Kaplänen der katholischen Kirche nicht. Aber nach wenigen Jahren haben sie die Deutschen schon nicht mehr gerügt, dass der Brief verfasst worden ist. Jetzt gibt es kaum Leute, die noch nicht vergessen haben, dass sie dagegen waren. Jetzt sind alle die sprichwörtlichen Väter des Erfolges. Jetzt sagen alle: Bitte, das haben doch unsere Bischöfe geschaffen, das haben die deutschen Bischöfe beantwortet. Ich bin auch Zeithistoriker; es wäre viel zu sagen. Wolfgang Grycz hat kürzlich sehr interessante Beiträge in dem „Ost-West-Informationsdienst des Katholischen Arbeitskreises für zeitgeschichtliche Fragen“ veröffentlicht. Er hat neue Quellen auch aus den Dokumenten des polnischen Sicherheitsdienstes und der Partei, die jetzt zugänglich geworden sind, ausgewählt und abgedruckt, zum Beispiel Protokolle der Gespräche mit polnischen Bischöfen von damals. Sie zeigen, wie geschickt Erzbischof Wojtyła, Bischof Kominek und Bischof Jop sich damals verhalten und auf welche Weise sie sich prinzipiell der Unterstellung widersetzt haben, sie hätten gegen das Interesse des Staates gehandelt. Das sind sehr interessante Informationen, die bei uns auch nicht bekannt waren und erst jetzt zugänglich geworden sind, in diesem Jahr. Durch die Dokumentation von Wolfgang Grycz sind sie jetzt auch in Deutsch zugänglich.

Ich war immer der Meinung, und das kann ich beweisen. Es war noch „der frühe Gorbatschow“ am Werk, als ich in Frankfurt/Main am 5. Oktober 1986 in meiner Dankrede gesagt habe: „Die Generation, der ich angehö-

re, hat mit eigenen Augen die Mauern und Drahtverhaue gesehen, welche die Menschen trennten, die Mauern der Ghettos von Warschau und anderswo, die Mauer, die jahrelang quer durch Jerusalem lief, und die Mauer, die bis heute Berlin teilt. Es scheint das Wichtigste zu sein, all das zu unterstützen, was die Menschen verbindet, und sich all dem zu widersetzen, was die Menschen gegen ihren Willen trennt.“ Ich habe das gesagt, und es gibt für Polen nichts Schlimmeres, als eine Trennung mit Ghetto-Mauern zu vergleichen. Ich habe absichtlich die Mauer in Berlin mit Ghetto-Mauern verglichen, mit der Mauer der Faschisten, der menschenfeindlichen Elemente. Nun, ich war Bürger der Polnischen Volksrepublik, und es ist mir überhaupt nichts passiert.

Meine Damen und Herren, 1989 hat man auch einen Grundstein gelegt. Dieser ist in Vergessenheit geraten, weil einfach die Entwicklung 1989 so schnell gelaufen ist für die Deutschen, für die Polen, danach für die Tschechen und andere. Das war menschlich und ganz gut verständlich, wenn man an die Neuigkeiten gedacht hat und natürlich engagiert war in der laufenden Entwicklung. Schon im August 1989, es war in der Gründungsphase der ersten postkommunistischen Regierung in Polen – gebildet wurde sie im September 1989 mit Mazowiecki an der Spitze – hat eine Gruppe von 23 katholischen polnischen Intellektuellen und 20 katholischen deutschen Intellektuellen die gemeinsame Erklärung „Für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in Europa“ abgegeben.

Diese Erklärung wurde im August 1989 in Bonn und gleichzeitig in Krakau in dem genannten *Tygodnik Powszechny* veröffentlicht. Wir haben darin – ich war einer der Signatäre – zum ersten Mal mit klarer Stimme geredet, nicht nur über Opfer in Polen, sondern auch über deutsche Opfer der Nachkriegsordnung, des Stalinismus, auch auf polnischem Territorium. Wir haben uns damals berufen auf „die mutigen, befreienden Worte der polnischen Bischöfe von 1965 und die bejahende Antwort der deutschen Bischöfe“. Wir haben damals geschrieben, dass diese Briefe das Verhältnis zwischen unseren Völkern entscheidend verändert haben, dass wir einander mit anderen Augen sehen. Seither sind wir manchen Schritt aufeinander zugegangen. Auch heute gilt, was Joseph Kardinal Höffner zum Abschluss des Besuchs der deutschen Bischöfe 1980 in Warschau festgestellt hat: „Wir dürfen nicht vergessen, was an Schrecklichem und Unmenschlichem zwischen unseren Völkern geschehen ist. Wir dürfen aber auch den Blick nicht ausschließlich zurückwenden. Die Aufgabe der Zukunft lautet: Europa im Geiste Jesu Christi erneuern.“

Weggefährten

Ähnlich hat es vielmals der 1978 gewählte Papst, der doch zufällig Pole, aber unser gemeinsamer Heiliger Vater ist, formuliert: in Santiago de Compostela, vor den Vereinten Nationen und bei seiner ersten Apostolischen Reise durch Deutschland im November 1980. Einige von uns haben ihn damals begleitet; in diesem Haus hat Tadeusz Mazowiecki mit mir „unter den Fittichen von Dr. Henrich“ gewohnt, auch einige andere Gäste, während der Papst selbstverständlich beim Erzbischof gewohnt hat. Jene Erklärung haben von deutscher Seite mehrere Personen unterschrieben, die bis heute eine bedeutende Rolle im geistigen und politischen Leben Deutschlands spielen: die genannten Dr. Kronenberg und Dr. Lissek aus dem Zentralkomitee, Prof. Hans Maier aus München, Dr. Werner Remmers, Dr. Bernhard Vogel und Rita Waschbüsch. Diese Leute sind weiter aktiv und machen ihre Arbeit im selben Versöhnungsgeist. Es ist von Bedeutung, dass man diese Persönlichkeiten heute erwähnt, aus dem bedeutenden Anlass der Verleihung des Romano Guardini Preises. Sie haben das sehr verdient. In einem Beitrag meines Freundes Mazowiecki habe ich einen interessanten Hinweis gefunden, den ich gerne wiederhole. Wie bekannt, fand die erste historische Reise des deutschen Bundeskanzlers nach Polen im November 1989 statt. Diese Reise musste Kohl unterbrechen, und dann haben die Leute in Warschau gewettet: Er wird nicht zurückkehren. Ich habe ein paarmal mit ihm danach über diese Tage gesprochen, zuletzt in diesem Sommer ganz locker am Seeufer im Salzkammergut. Immer aufs Neue habe ich ihm die Frage gestellt, wie er das alles damals verstanden und gedacht hat. Er hat mir gesagt: Natürlich musste ich nach Berlin, das ist klar, aber natürlich wollte ich zurück. Es ist nicht wichtig, dass der deutsche Bundeskanzler damals die Reise unterbrechen musste und nach Berlin geeilt ist; das ist selbstverständlich. Wichtig und von Bedeutung ist, dass er zurückgekehrt ist. Das haben ihm die Polen nicht vergessen, dass und auf welche Weise er diese Reise beendet hat.

Kohl und Mazowiecki haben eine gemeinsame Erklärung unterschrieben, die längste, 78 Punkte umfassende außenpolitische Erklärung von Polen und Deutschen seit Otto III. Und in dieser Erklärung finden wir einen für uns hier bedeutenden Satz: „Gemäß dem tiefen und seit langem bestehenden Wunsch ihrer Völker werden beide Seiten bei der Entwicklung gemeinsamer zukunftsorientierter Beziehungen danach streben, die Wunden der Vergangenheit durch Verständigung und Versöhnung zu heilen.“ Das ist keine übliche diplomatische Sprache. Das ist eine moralisch und weltan-

schaulich fundierte Sprache, wenn man in einem solchen Dokument, nicht im Kontext irgendwelcher juristisch fundierter Verträge, über Versöhnung und Verständigung redet. Das war nur eine Erklärung, noch kein Abkommen; dieses ist, wie wir wissen, erst ein, zwei Jahre danach gekommen. Mazowiecki schreibt, und das hat er auch in seiner Rede vor dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken im Mai 1995 gesagt: „Ich bin mir dessen nicht ganz sicher, aber ich glaube, dass damals das Wort Versöhnung zum ersten Mal in ein politisches Dokument gelangte.“ Das war für ihn von großer Bedeutung; er hat das nicht vergessen.

Maschinerie des Leids

Viele von uns reden nicht gerne über eigene „schmerzliche“ Probleme aus der Zeit des Krieges. Ich rede gerne über die Geschichte; ich erwähne die allgemeine Problematik. Aber auch ich rede relativ wenig über meine eigenen Probleme. Wie bescheiden und andeutend hat Mazowiecki vor dem Zentralkomitee als seinem Freundeskreis im Mai 1995 über die Nazipraxis gesagt: „Diese Maschinerie funktionierte bis zum Schluss, auch dann noch, als deutsche Städte bereits erobert wurden. Bis zum Ende dauerte ebenfalls die menschliche Tragödie, das Warten auf jene, die nicht wiederkehrten. Das kennen Tausende deutsche Ehefrauen und Mütter. Ich werde meine eigene Mutter nicht vergessen, die Tag für Tag vergeblich auf die Rückkehr meines älteren Bruders wartete, der während der Evakuierung des Konzentrationslagers Stutthof umkam.“ Und weiter der Satz: „Menschen haben Menschen dieses Schicksal bereitet.“

Ist es ein Zufall, dass Bartoszewski, KZ-Insasse der frühen Stunde, und Mazowiecki, der hier zum ersten Mal erwähnt, wie er den älteren Bruder verloren hat, gerade in der Gruppe gewesen waren, die unbedingt die möglichst schnelle Überwindung der bestehenden Kluft und möglichst viele weitere Schritte in Richtung Versöhnung zwischen Polen und Deutschen wollte? Das war ein Auftrag, den jeder von uns hat, ohne mit dem anderen zu reden; ich habe nie mit Mazowiecki geredet über seinen umgebrachten Bruder, sondern habe es aus diesem Text erfahren. Jeder von uns hat ähnlich gedacht. Wenn es diese Opfer schon gegeben hat, wenn Tausende Mütter unterschiedlicher Nationalität umsonst gewartet haben, muss man ein für alle Mal Schluss machen damit. Das ist die moralische Grundlage der deutsch-polnischen Zukunft.

Glaubwürdigkeit

Die politische Grundlage hat Herr Minister Kinkel schon erwähnt; ich werde das nicht weiter entwickeln. Es geht um die Glaubwürdigkeit dieser Freundschaft. Die Polen sind spontane Leute, sie glauben gerne an die Freundschaft. Die Polen glauben jetzt in der überwiegenden Mehrheit an den guten Willen, sehr viele an die Freundschaft der Deutschen, nicht unbedingt aller Deutschen. Auch nicht alle Polen lieben die Deutschen; das wäre gegen die Natur. Aber ich muss sagen, es sind sehr viele Leute bei uns, die tief an diese neue Beziehung, an diesen neuen Anfang glauben. Ich meine, der deutsche Einsatz und Beistand auf unserem Weg in die Europäische Union und auch in das Sicherheitssystem sind von großer Bedeutung gerade hier in Deutschland. Der französische und der britische Beitrag wären selbstverständlich auch wichtig – das ist eine andere Sache. Aber der deutsche Beitrag ist nicht selbstverständlich und wird mit Enthusiasmus aufgenommen.

Viel liegt im Moment schon im Interesse beider Völker, nicht nur im polnischen Interesse: der Weg der Polen und der Deutschen im neuen Europa. Und die Polen waren immer treue Verbündete, oft zu treue Verbündete. Die bayerische Infanterie und polnische Ulanen vor Moskau, mit Napoleon – es gibt solche Bilder in der Fürstbischöflichen Residenz in Freising. Die Polen haben bis zum Ende in Italien zusammen mit den Engländern gegen die Wehrmacht gekämpft, auch nach Jalta, nach dem Februar 1945. Sie waren einfach dazu verpflichtet; sie waren Verbündete. Es lohnt sich, solche Verbündete zu haben. Und wenn sich etwas lohnt und dazu moralisch richtig ist, was wollen wir mehr!

Jean-Marie Lustiger

Die neue Chance Europas¹

In Berlin hat die Vorsehung Władysław Bartoszewski und mich zum ersten Mal einander begegnen lassen. Weder er noch ich ahnten damals, dass Heinrich Heine, der an der Universität Berlin sein Jurastudium absolviert hatte, uns eines Tages wieder in Düsseldorf, seiner Geburtsstadt, zusammenführen und uns damit die Gelegenheit zur Weiterführung unseres Austauschs bieten würde. Unsere Gespräche anlässlich unserer ersten Begegnung kreisten um die deutsche Nation und die Freiheit, Ost und West und das „Gemeinsame Haus“ Europa. Es war am 26. Mai 1990, während des Katholikentages, in jenen schicksalsschweren und geschichtsträchtigen Tagen, an denen die Berliner Mauer endgültig abgerissen wurde.

Wie hätte wohl der junge Heinrich Heine aus den Jahren um 1825 auf diese Ereignisse und diese Wende im Schicksal Deutschlands reagiert? Oder der spätere Autor von *Deutschland. Ein Wintermärchen* und *Atta Troll. Ein Sommernachtstraum*?

Ich kann mir vorstellen, dass seine süß-saure Ironie und sein unausrottbarer Glaube an den politischen Sieg der die Freiheit garantierenden Vernunft angesichts von Władysław Bartoszewskis Bericht über Auschwitz und Birkenau verstummt wären.

Hätte er dann wohl noch die ersten Verse der Loreley gesäuselt und sein Ideal der Freiheit zu den „Märchen aus alten Zeiten“ gezählt? Hätte er dennoch weiter nach dem Sinn seiner untröstlichen Trauer gesucht?

Ich weiß nicht, was soll es bedeuten,
Daß ich so traurig bin;
Ein Märchen aus alten Zeiten,
Das kommt mir nicht aus dem Sinn.

Hätte er dies getan, so würde ich mich wohl hüten, ihn darauf hinzuweisen, um die Grausamkeit seiner Lage nicht noch zu verschärfen, dass in den

¹ Laudatio auf Władysław Bartoszewski, gehalten anlässlich der Heinrich-Heine-Preisverleihung am 13. Dezember 1996 in Düsseldorf. Jean-Marie Lustiger, „Laudatio auf Władysław Bartoszewski“, in: Joseph A. Kruse (Hg.), *Heine-Jahrbuch 1997*, 36. Jahrgang, Stuttgart/Weimar 1997, S. 242–247.

deutschen Schulbüchern seit 1936 dieses Gedicht mit folgender Anmerkung abgedruckt war: „Dichter unbekannt“.

Zwar schien es unmöglich, die Loreley aus dem deutschen Gedächtnis auszumerzen; aber den Namen Heinrich Heines, den Autor des Gedichtes, aus der deutschen Dichtung herauszureißen, dies schien kein Ding der Unmöglichkeit zu sein. In diesem Zunichtemachen des Namens des Dichters kündigte sich die kurz darauf einsetzende Vernichtung der Juden unheilvoll an.

Wie hätte wohl Heine auf die Worte des SS-Hauptsturmführers Karl Fritsch, des Lagerkommandanten von Auschwitz, reagiert, der an einen Konvoi von Neuankömmlingen folgenden, von Władysław Bartoszewski überlieferten Satz richtete: „Ja, seht Ihr den Kamin da drüben? Der einzige Weg in die Freiheit führt für Euch durch den Schornstein!“ Und etwas weiter schließt Bartoszewski, mit Bezug auf sein eigenes Schicksal: „Frei? Frei von Auschwitz wurde ich eigentlich bis heute nicht. Das darf man nicht vergessen.“

Dennoch sind es dieselbe Freiheitsliebe und derselbe Glaube an deren Möglichkeit, die Heine und Bartoszewski miteinander verbinden. Beide sind von der gemeinsamen Überzeugung von der unabdingbaren Würde jedes einzelnen Menschen getragen. Es ist diese Grundüberzeugung, die die Verleihung des Heinrich-Heine-Preises an den ehemaligen Häftling des Konzentrationslagers Auschwitz mit folgender Begründung rechtfertigt:

„Władysław Bartoszewski hat durch seinen lebenslangen Kampf für Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Frieden und Völkerverständigung im Sinne Heinrich Heines gewirkt. Der Historiker, Publizist und ehemalige Außenminister der Republik Polen, von Nationalsozialisten und Kommunisten wegen seines mutigen Widerstandes gleichermaßen verfolgt, hat seinen Glauben an den Sinn eines leidenschaftlichen Handelns zum Nutzen der Menschheit stets unter Beweis gestellt.“

Zunächst aber obliegt mir die Pflicht, in wenigen Strichen den Lebenslauf des Laureaten zu skizzieren. Gegen wie viele Widerstände musste dieser 1922, drei Jahre nach der Neugründung des polnischen Staates, in Warschau geborene Mann seinen Traum von einem Leben in Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit verteidigen! Am 22. September 1940, im Alter von 18 Jahren, wurde der damalige Angestellte beim Polnischen Roten Kreuz ins Konzentrationslager Auschwitz eingeliefert. Nach seiner Entlassung aus dem Lager, im April 1941, beteiligte er sich aktiv im Untergrund am Widerstand gegen die deutsche Besatzungsmacht. Als Soldat der Heimatarmee (Armia Krajowa) schrieb er für die Untergrundblätter und wurde so zu einem der Gründer der katholischen Widerstandsorganisation Front der

Wiedergeburt Polens (Front Odrodzenia Polski). Sehr früh schon begann er, Informationen über die von den Nazis an Polen und Juden begangenen Verbrechen zu sammeln und an die Exilregierung in London weiterzuleiten. Als stellvertretender Leiter im Judenreferat der Delegatur der Londoner Exilregierung war er an vielen Hilfsaktionen für die verfolgten Juden beteiligt. Im Dezember 1942 nahm er an der Gründung des Hilfsrats für Juden (Żegota) in Warschau teil. In einem Buch über Juden und Polen im Widerstand 1934–1944, herausgegeben im S. Fischer Verlag, beschreibt er, als Zeuge und Historiker, mit einer bemerkenswerten Genauigkeit das Drama des Unternehmens der polnischen Judenvernichtung. Als Oberleutnant der Heimatarmee nahm er am Warschauer Aufstand 1944 teil.

Aber auch nach dem Ende des Krieges blieb seinem Traum von einem Leben in Freiheit lange Zeit die Erfüllung versagt. Auch den neuen kommunistischen Machthabern in Polen waren seine journalistischen Tätigkeiten und sein leidenschaftliches gesellschaftliches und politisches Engagement missfällig. So wurde er mehrfach verhaftet, und im Zeitraum der Jahre 1946–1954 verbrachte er mehr als sechs Jahre im Gefängnis. Auch wenn der inzwischen als Publizist und Historiker international bekannt gewordene Professor seit dem Jahre 1963 die Erlaubnis zu Auslandsreisen erhalten hatte und mehrmals als Gastprofessor an deutschen Universitäten, etwa in München, Eichstätt und Augsburg, tätig war, so holten ihn die Schatten der Vergangenheit immer wieder ein. Zum letzten Mal nach der Ausrufung des Kriegsrechtes im Jahre 1981, die ihm eine mehrmonatige Internierung bescherte. Nach dem Zusammensturz des kommunistischen Regimes wurde er der erste Botschafter des freien Polens in der Republik Österreich, und im Frühjahr 1995 wurde ihm das Amt des Außenministers der Republik Polen übertragen.

Seine vielseitige publizistische und wissenschaftliche Arbeit kreist um ein einziges Grundthema: Kampf wider das Vergessen. Dieser Kampf ist nicht nur lebenswichtig für den Historiker, sondern für die Menschheit überhaupt. Kampf wider das Vergessen und Lebensrettung gehen in Bartoszewskis Denken und Leben eine unauflösliche Verbindung ein.

„Wer ein Leben rettet, rettet die ganze Welt“, lautet einer seiner Schlüsselsätze. Lebensrettung aber verlangt einen Preis, unter Umständen die Preisgabe des eigenen Lebens. Unermüdlich und unerbittlich erinnert uns Bartoszewski an diese harte Wahrheit, die in unserer schnelllebigen und leichtfertigen Zeit gerne in Vergessenheit gerät.

Noch ein letztes Merkmal dieses außergewöhnlichen Lebens verdient im Rahmen dieser Laudatio eine besondere Erwähnung. Es ist gewiss kein Zufall, dass das jüdische Institut Yad Vashem in Jerusalem unseren Preisträger

mit dem Ehrentitel eines „Gerechten unter den Völkern der Welt“ ausgezeichnet hat. Mehr als die zahlreichen anderen Auszeichnungen und Ehrentitel, mit denen er bedacht wurde, erinnert dieser Titel daran, in welchem hohen Maße Władysław Bartoszewski sein Leben in den Dienst der Völkerverständigung und der Versöhnung gestellt hat. So war in seinen Augen der Einsatz für die Verständigung zwischen Deutschen und Polen nicht nur eine moralische Aufgabe, sie war auch ein Ausdruck seines politischen Realismus und des Bewusstseins von der Wichtigkeit gutnachbarlicher Beziehungen zwischen beiden Ländern.

Heinrich Heine, dessen wenig freundliche Einstellung zum Christentum eine wohlbekannte Tatsache ist, hätte auch an diesen Punkten Anlass zur Verwunderung gehabt, weil die Ideen und Werte der Aufklärung und der Französischen Revolution – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Gerechtigkeit und Toleranz –, für die er gekämpft hatte, in einem zeitgenössischen Zeugen des christlichen Glaubens einen unerwarteten Verbündeten gefunden haben. Den unverbrüchlichen Glauben an diese Werte, dies haben Heine und Bartoszewski, über alle Unterschiede hinweg, gemeinsam.

Es waren die Ideale der Julirevolution, die Heine im Jahre 1831 nach Paris führten, in eine Stadt, die ihm bis zu seinem Tode zur zweiten Heimat wurde. Aus dieser erlebten Distanz zwischen Heimat und Fremde setzte seine Besinnung auf das europäische Erbe ein, das in seinem Verständnis wesentlich auf der Aufklärung und der Entdeckung der Menschenrechte fußte. Mehr als ein Jahrhundert später müssen wir uns fragen, was aus diesem Europa geworden ist, das Heine, als einer der wenigen Dichter der Romantik, zum Gegenstand seiner Besinnung machte. Was Heine und Bartoszewski voneinander trennt, ist die große Tragödie unseres Jahrhunderts, ein Drama Deutschlands, aber auch ein Drama Europas. Dieses Drama wirft seinen dunklen Schatten auf die humanistischen Hoffnungen der Aufklärungsgläubigkeit an Fortschritt und Emanzipation. Wenn Christen wie Bartoszewski sowohl dem Zynismus als auch dem Skeptizismus – eher noch: dem Nihilismus – Widerstand geleistet haben, so fanden sie die Kraft zu diesem Widerstand in ihrem Glauben. Mehr als alles andere hätte diese Tatsache Heinrich Heine überrascht und seine melancholischen Gedanken über den Untergang der griechischen Götterwelt wie auch seine spöttische Bemerkung über Paulinismus und Nazarenertum vor neue Herausforderungen gestellt.

Im Lichte dieser Herausforderungen wird der Kampf um die Aufrechterhaltung der humanistischen Hoffnungen zur brennenden Aufgabe der heutigen Generation. Welches Modell der Zivilisation wird das wiedervereinigte Deutschland Europa aufzwingen? Scharfsinnige Beobachter der ge-

genwärtigen Lage haben ihre Diagnose längst gestellt: Der in Westdeutschland grassierende Materialismus beherrscht auf weiten Strecken das Feld, unbeschadet der Tatsache, dass die kulturellen und religiösen Institutionen in ihren Grundfesten unerschüttert scheinen. Dennoch hat man den Eindruck, als ob sich hinter den prunkvollen Fassaden des Wohlstands eine verzweifelte und Verzweiflung auslösende geistliche Leere ausbreiten würde. Gleichzeitig leiden die Menschen im Osten Deutschlands immer noch unter den Spätfolgen der tiefgreifenden Entmenschlichung und Entmoralisierung, die das marxistische System erzeugt hatte.

Die wirtschaftliche und politische Wiedervereinigung Deutschlands allein bietet noch keine Gewähr dafür, dass auch die Seele des Volkes wiederaufersteht, denn im Westen wie im Osten ist die geistige Ödnis gleichermaßen verheerend. Der Materialismus der Entbehrung hat sich mit dem Materialismus des Überflusses vereinigt. Der Nihilismus der Ideologie verbündet sich heutzutage mit dem Nihilismus des Konsums. Hierin besteht das eigentliche Drama Deutschlands, das die Zukunft Europas belastet. Welche frohe Botschaft, welches Ideal, welche Kraft kann es uns noch bieten? Wie, wenn es nichts anderes als den Materialismus, die Quelle des Nihilismus, anzubieten hat, sollte es ihm gelingen, die Wunden des Ostens wie auch die des Westens zu heilen und die besten Schätze beider Seiten zusammenzuführen?

Władysław Bartoszewski ist einer jener Menschen, die, weil sie an die Abgründe der Unmenschlichkeit gerührt haben, ständig aufs Neue zu Zeugen der Hoffnung geworden sind und ihren Mut an die Zeitgenossen weitergegeben haben. Ich zitiere ihn nochmals:

Die biblische Stadt Sodom wurde nicht gerettet, weil die zehn Gerechten fehlten. *Wer ein Leben rettet, rettet die ganze Welt*, sagt eine der Weisheiten des Talmuds. Das christliche Europa von heute hat eine Chance der Verarbeitung und der Lehre aus der Geschichte. Diese Chance besteht nur in der Anerkennung des eigenen Versagens, des Mangels an Gerechtigkeit, an Toleranz und Zivilcourage in der Politik. Auschwitz steht als bedrängendes Symbol dafür, wohin solches Versagen führen kann. Auschwitz verpflichtet uns alle zur Besinnung und zur Erziehung der neuen Generationen aller Völker im Geiste der Menschenachtung, im entschlossenen Engagement gegen Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und negatives Pauschaldenken über den *anderen*. Die mutigen guten Taten, die es damals auch gab, die Ausnahmefälle und die Opferbereitschaft der Einzelnen müssen uns Vorbild bleiben. Denn wenn so etwas wie der Fluch der bösen Tat existiert – was wir oft glauben –, dürfen wir auch auf den Segen der guten Tat vertrauen und an diesem Segen durch unsere Haltung teilnehmen.

Die neue Chance Europas, von der Bartoszewski spricht, hat in meinen Augen in vier Schicksalen unserer Zeit Gestalt angenommen. Es sind jene vier Töchter und Söhne Deutschlands, die Papst Johannes Paul II. vor Kurzem seliggesprochen hat: Edith Stein, Rupert Mayer, Karl Leisner, Bernhard Lichtenberg. Sie sind Opfer der deutschen Tragödie, aber ihr Glaube gab ihnen die Kraft, lichtvolle und mutige Zeugen der Freiheit zu sein.

In ihnen wird der „Segen der guten Taten“, von dem Bartoszewski spricht, offenbar. Solchen Taten können wir Vertrauen schenken, so wie sie ihrerseits uns dazu einladen, nach ihrem Beispiel zu handeln. Das Zeichen der Versöhnung der europäischen Nationen mit Deutschland findet das deutsche Volk in seiner eigenen Geschichte, wenn es auf jene Frauen und Männer blickt, auf deren Beispiel und Vorbild es seine Jugend verweist.

Wenn das Vaterland das erste Wort des Polen ist, so ist Freiheit das zweite¹

Mein merkwürdiges Erlebnis in Verbindung mit Heine, eine kleine Szene, fast grotesk: März 1944 im besetzten Warschau. Die Warschauer Juden sind schon umgebracht worden, die polnisch-christlichen Warschauer stehen weiter unter permanentem Druck: Verhaftungen, KZ-Transporte und Erschießungen in der Stadt gehören zur Tagesordnung. Hausdurchsuchungen sind auch selbstverständlich. Als Berufs-Widerständler war ich damals schon gut vorbereitet, hatte entsprechende Papiere und eine gute Geschichte parat.

Zwei Schutzpolizisten kommen in meine Wohnung, frühmorgens, noch vor Ende der Polizeistunde. Ich bin dort mit einem Kollegen, dessen Papiere auch in Ordnung sind. Sie gehen durch die Wohnung, prüfen wie üblich Schränke und Schubladen und sehen plötzlich meine Bücherschränke auch mit deutschen Büchern, meistens Klassikern. Eine schön gebundene, alte Heine-Ausgabe. Der Polizist fragt: „Lesen Sie deutsch?“ – „Ja“, antworte ich ohne große Lust zur Diskussion. Er nimmt einen der Heine-Bände in die Hand und betrachtet ziemlich gleichgültig den Namen: „Wer ist das?“ fragt er. Da regt sich in mir ein Teufelchen, und ich zitiere ihm aus dem Kopf:

Die Luft ist kühl und es dunkelt,
Und ruhig fließt der Rhein;
Der Gipfel des Berges funkelt
Im Abendsonnenschein ...

„Das ist ein Volkslied“, sagt mir der Polizist. „Aber von Heine“, antworte ich. „Nicht, dass ich wüsste.“

Sie haben sich bei dieser Hausdurchsuchung korrekt benommen, aber für mich war das eine neue Grunderfahrung. Diese Leute, besser: ihre

¹ Auszug aus der Rede von Władysław Bartoszewski, gehalten anlässlich der Verleihung des Heinrich-Heine-Preises 1996. Władysław Bartoszewski, „Die Überlegungen eines Zeitzeugen zum Ende des Jahrhunderts“, in: Joseph A. Kruse (Hg.), *Heine-Jahrbuch 1997*, 36. Jahrgang, Stuttgart/Weimar 1997, S. 227–241.

Lehrer, gehörten doch nicht zu unserem Europa, zum Europa von Heine, und auch nicht zum Europa des jungen polnischen Studenten, der ich damals war.

Ein anderes Bild, ein halbes Jahrhundert danach ... Im jetzigen Europa hat der damalige junge polnische Student Bartoszewski als Außenminister seines Landes – der freien Republik Polen – von dem deutschen Bundeskanzler ein schönes und fast symbolisches Geschenk bekommen. Helmut Kohl hat mir im Juli 1995, bei seinem offiziellen Besuch in Polen – in Warschau, in Krakau und in Auschwitz, wohin ich ihn begleiten konnte –, eine wertvolle alte Ausgabe von Heines *Sämtlichen Werken* geschenkt: zwölf Bände in Leder, verlegt bei Hoffmann und Campe 1876. Ich habe jetzt aufs Neue diese alten Bücher durchblättert und dort Heines Bemerkungen „Über Polen“ aus dem Jahre 1822, also von vor ungefähr 175 Jahren gefunden. Es lohnt sich, einige zu zitieren:

1. Über den Bauernstand:

Viele Edelleute wünschen die Selbständigkeit der Bauern – der größte Mensch, den Polen hervorgebracht hat, und dessen Andenken noch in allen Herzen lebt, Thaddäus Kosciuszko, war eifriger Beförderer der Bauernemanzipation, und die Grundsätze eines Lieblings dringen unbemerkt in alle Gemüter. Außerdem ist der Einfluß französischer Lehren, die in Polen leichter als irgendwo Eingang finden, von unberechenbarer Wirkung für den Zustand der Bauern. Sie sehen, daß es mit letzteren nicht mehr so schlimm steht und daß ein allmähliches Selbständigwerden derselben wohl zu hoffen ist.

2. Über die Juden:

„Zwischen dem Bauer und dem Edelmann stehen in Polen die Juden. Diese betragen fast mehr als den vierten Teil der Bevölkerung, treiben alle Gewerbe, und können füglich der dritte Stand Polens genannt werden. [...] Ihre Sprache ist ein mit Hebräisch durchwirktes, und mit Polnisch faconniertes Deutsch. Sie sind in sehr frühen Zeiten wegen Religionsverfolgung aus Deutschland nach Polen eingewandert; denn die Polen haben sich in solchen Fällen immer durch Toleranz ausgezeichnet. Als Frömmlinge einem polnischen Könige rieten, die polnischen Protestanten zum Katholizismus zurück zu zwingen, antwortete derselbe: ‚Sum rex populorum sed non conscientiarum!‘ – Die Juden brachten zuerst Gewerbe und Handel nach Polen und wurden unter Kasimir dem Großen mit bedeutenden Privilegien begünstigt. Sie scheinen dem Adel weit näher gestanden zu haben als den Bauern; denn nach einem alten Gesetz wurde der Jude durch seinen Übertritt

zum Christentum eo ipso in den Adelsstand erhoben. Ich weiß nicht, ob und warum dieses Gesetz untergegangen und was etwa mit Bestimmtheit im Werte gesunken ist.

In jenen früheren Zeiten standen indessen die Juden in Kultur und Geistesausbildung gewiß weit über dem Edelmann, der nur das rauhe Kriegshandwerk trieb und noch den französischen Firnis entbehrte. Jene aber beschäftigten sich wenigstens immer mit ihren hebräischen Wissenschaft- und Religionsbüchern, um derentwillen eben sie Vaterland und Lebensbehaftigkeit verlassen. Aber sie sind offenbar mit der europäischen Kultur nicht fortgeschritten, und ihre Geisteswelt versumpfte zu einem unerquicklichen Aberglauben, den eine spitzfindige Scholastik in tausenderlei wunderliche Formen hinein quetscht. Dennoch, trotz der barbarischen Pelzmütze, die seinen Kopf bedeckt, und der noch barbarischeren Ideen, die denselben füllen, schätze ich den polnischen Juden weit höher als so manchen deutschen Juden, der seinen Bolivar auf dem Kopf, und seinen Jean Paul im Kopfe trägt. In der schroffen Abgeschlossenheit wurde der Charakter des polnischen Juden ein Ganzes; durch das Einatmen toleranter Luft bekam dieser Charakter den Stempel der Freiheit.

Und zu guter Letzt: Über die Gesinnung der Polen von damals:

Die Vaterlandsliebe ist bei den Polen das große Gefühl, worin alle anderen Gefühle, wie der Strom in das Weltmeer zusammenfließen [...]. Wenn das Vaterland das erste Wort des Polen ist, so ist Freiheit das zweite. Ein schönes Wort! Nächst der Liebe gewiss das schönste. Aber es ist auch nächst der Liebe das Wort, das am meisten mißverstanden wird, und ganz entgegengesetzten Dingen zur Bezeichnung dienen muß.

Meine Damen und Herren! Sie begreifen sicher gut, warum jeder sensible Pole Heinrich Heine lieben muss und warum ich mich besonders durch den Preis seines Namens geehrt fühle.

Kurt Oesterle

Ein polnischer Träumer¹

Von der Redaktion des Schwäbischen Tagblatts: Der Intellektuelle als passionierter Einzelgänger. Władysław Bartoszewski blieb dies auch, als er 1995 polnischer Außenminister war. Der Katholik, der Häftling in Auschwitz war, hat sein halbes Leben für die deutsch-polnische Verständigung gekämpft. Bartoszewski, 74, erhielt 1986 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, in Kürze wird er den Heine-Preis der Stadt Düsseldorf entgegennehmen. In Tübingen war er zu Gast, um im Studium Generale über „Polen und Juden unter der deutschen Okkupation“ zu sprechen.

Wer lange und intensiv mit ihm spricht, spürt: Władysław Bartoszewski ist einer von den letzten europäischen Intellektuellen der Aufklärungstradition. Er hat die vielberufene „trahison des clercs“, den Verrat intellektueller Unabhängigkeit an Parteilichkeit und Ideologie, nie begangen, sondern ist quasi freischwebend geblieben – wie Sokrates, Erasmus oder Diderot. Außerdem gehört er zu jenen mittelosteuropäischen Intellektuellen, die, wie Václav Havel oder György Konrád, nie einer theoretischen Konstruktion des Politischen folgten, sondern eigensinnig auf ihre persönlich-moralische Zuständigkeit im Urteil pochten. Sein Lieblingswort lautet Anstand, „ganz altmodisch“.

Aber kann das denn sein? Philosophisch hat das Jahrhundert der Totalitarismen das Individuum mitsamt seinen Eigenschaften und Tugenden längst begraben, und da soll ausgerechnet der Anstand ... Ja, sagt Bartoszewski donnernd und skizziert seine Ethik: Bürgerlich-katholisch war die Erziehung, deren Kern die zehn Gebote; dann wurde gelernt, „dass das Leben immer praktisch ist“. Deutsche Soldaten hielten den 18-Jährigen einmal für einen Juden und verlangten Dreckarbeiten von ihm. Einem anderen Polen ging es ebenso. Dieser zeigte dem Soldaten sein Marien-Medaillon – den Beweis, dass er kein Jude sei – und durfte gehen ... Bartoszewski war „beschämt, weil jemand das Muttergottesbild benutzt hatte, um sich freizukaufen“. An Christen stellt das Leben besondere Erwartungen. Sie fühlen, wann „etwas geschehen“ muss, „dass einer aufstehen“ muss, dass „ein Je-

¹ Kurt Oesterle, „Ein polnischer Träumer“, in: *Schwäbisches Tagblatt* vom 7. Juni 1996.

mand gefordert“ ist – und „dass ich dieser Jemand bin“. So hat er versucht, es zu halten. Im KZ, im Untergrund, als er verfolgte Juden versteckte, in stalinistischen Zuchthäusern, in Jaruzelskis Lagern zur Zeit des Kriegsrechts. Und niemals Angst? „O doch, es gab Tage, an denen ich fast zerbrochen bin daran.“

So erhielt seine Ethik die Züge des Provisorischen, fast Experimentellen. „Man ist als Mensch nie fertig im Leben“, sagt er, „und auch das Versagen gehört dazu – selbst Petrus hat versagt.“ Also Vorsicht! Zuviel Selbstsicherheit tötet die Sensibilität. Sein bevorzugter Heiliger übrigens ist Judas Thaddäus, der auf Machtausübung verzichtete. „Nicht zu töten sind wir gekommen“, lautete sein Erkennungswort. Für Bartoszewski ist er der Schutzpatron der Hoffnungslosen.

Rache und Vergeltung, dafür hätte es in diesem Leben genügend Grund gegeben. Geradezu schicksalhaft war die Begegnung mit Deutschland und den Deutschen. In Warschau besuchte Bartoszewski ein katholisches Gymnasium mit europäisch-humanistischem Lehrplan. Deutsch und Französisch waren die Wahlfremdsprachen, und er entschied sich für Deutsch. Beim Abitur schrieb er über Lessings *Minna von Barnhelm*. 1940, bei einer Razzia verhaftet und nach Auschwitz gebracht, gehörte er zu jener polnischen Oberschicht, die die Nazis vernichten wollten. „Ich, der ehemalige Untermensch“, sagt er beim Erzählen. Im KZ war täglich einmal eine gewisse Deutschkenntnis gefordert, und zwar beim Namensappell und beim Abzählen. Die nächste Gelegenheit, bei der er Deutsch brauchen konnte, bot sich erst Jahre nach dem Krieg, als der Nicht-Kommunist Bartoszewski als „Spion“ eingesperrt wurde und seine Zelle mit dem zum Tod verurteilten SS-Hauptsturmführer Erich Engels teilte. „Wir haben zusammen gegessen, geschissen, geredet ...“ Auch die bitter-ironische Note solcher Koexistenz ist ihm nicht entgangen: „Wenn ich es recht sehe, habe ich dort zum erstenmal wirklich deutsche Konversation gepflegt.“

Nach 1945 ließ ihn der Gedanke nicht mehr los, das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen auf eine „haltbare Ebene“ zu bringen. Als Redakteur der Krakauer Wochenzeitschrift *Tygodnik Powszechny* – das einzige Blatt zwischen Peking und Ostberlin, das 1953 keinen Stalin-Nachruf druckte – hatte er Kontakte zu deutschen Christen, die für eine Aussöhnung mit der von Deutschen so geschundenen und gedemütigten polnischen Nation arbeiteten. Viele seiner Landsleute sahen diese „neuen Deutschen“ mit Skepsis, doch der „polnische Träumer“ Bartoszewski gab nicht auf, sondern gewann etwa auf deutscher Seite einflussreiche Politiker, Intellektuelle und Kirchenleute für seine Sache. Sein Lebenswerk. Auch wenn noch viel zu wünschen übrig ist.

Ob es zwischen Deutschen und Polen eine Aussöhnung wie zwischen Deutschen und Franzosen geben kann, bezweifelt er. „In Frankreich haben die Deutschen nicht versucht, die Oberschicht auszurotten, und in Frankreich haben sie auch nicht Auschwitz errichtet. Umgekehrt haben die Franzosen nach dem Krieg nicht Millionen von Deutschen vertrieben. Die beiden Hypotheken sind ungleich.“ Bartoszewski will es bescheidener, er redet lieber von kleinen Schritten als in großen Vergleichen. Doch sind die Deutschen wirklich interessiert an dem Nachbarn im Osten? In Polen beginnen jährlich 600 000 Jugendliche, Deutsch zu lernen. An jeder dortigen Uni gibt es einen Germanistik-Lehrstuhl, darunter ein paar von Weltrang. Auf deutscher Seite wenig Analoges! Vielleicht ändert ja jene „wünschenswerte Normalität“ etwas, die er sich erträumt: Städtepartnerschaften etwa oder Schüleraustausch. „Von oben jedenfalls gibt es keine Hindernisse mehr, das immerhin haben wir in der Vergangenheit geschafft.“

Was bleibt ihm also zu tun in seinem 75. Lebensjahr? Da wird er nicht verlegen: „Viel! Ich habe einen Terminkalender, so voll wie der von Boris Becker. Und gesund bin ich ja.“ Doch dann zögert er und berichtet, wie er 1995, als er Außenminister wurde, für drei Tage in ein Krankenhaus musste zur obligatorischen Untersuchung. Die Ärzte meinten, alles schön und gut, nur das Herz schlage arrhythmisch: „Sie sollten wissen, dass es einmal ganz plötzlich seinen Dienst versagen kann.“ Doch das ängstigt ihn nicht: „Meine Idealvorstellung vom Sterben war schon immer: im Lauf fallen.“

Gegen das Vergessen – für ein Miteinander heute und morgen¹

Im Herbst 1986 ist in München ein Sammelband meiner Aufsätze und Reden zur Kriegs- und Nachkriegsgeschichte Polens erschienen unter dem Titel *Aus der Geschichte lernen?* Der Autor des Vorwortes, mein in Deutschland wohlbekannter Landsmann Stanisław Lem, hat zu Ende seiner im Grundton pessimistischen Ausführungen bemerkt: „Der Autor des Buches, ein Pole, der Gefängnisse aller Art, alle Erscheinungsformen der Gewalt, die jede Äußerung der Freiheit oder nur das Streben nach ihr im Keim erstickt, kennengelernt hat, hat zwar sowohl seinen Glauben als auch seine Überzeugung von einer besseren zukünftigen Welt bewahrt, in der Polen und Deutschland gleichberechtigte Plätze einnehmen – doch der Schatten des Zweifels, der ihn insgeheim quält, kam in dem *Fragezeichen* zum Ausdruck, das er hinter den Titel des Buches gesetzt hat.“ Zehn historisch für Europa schwerwiegende Jahre sind inzwischen vorüber. Diese Jahre brachten in Europa neue, damals nicht vorhersehbare Ereignisse. Die Frage, ob die Geschichte eine „magistra vitae est“ oder „non est“, beschäftigte und beschäftigt aber weiter nicht nur die Historiker, sondern alle Menschen, die sich sowohl für die Zukunft der eigenen Familie mitverantwortlich fühlen als auch für die Zukunft ihres Volkes, ja vielleicht sogar der Menschheit. Eine eindeutige und endgültige Antwort auf diese Frage gibt es jedoch nicht und kann es wohl auch nicht geben. Die Wiederholbarkeit oder Unwiederholbarkeit historischer Ereignisse ist ein ganz anderes Problem, das dennoch eng mit der Betrachtung der Geschichte als einer Lehrmeisterin verknüpft ist oder auch mit der Ablehnung dieser Funktion der Geschichte. Das hängt davon ab, ob im Bewusstsein einzelner Persönlichkeiten und nationaler oder gesellschaftlicher Gruppen die Überzeugung vorherrscht, dass die Geschichte Einfluss hat auf die Entscheidung, welcher Weg für die Gegenwart und die Zukunft einzuschlagen sei, oder ob sie diesen Einfluss nicht hat. Die

¹ Władysław Bartoszewski, „Gegen das Vergessen – für ein Miteinander heute und morgen“, in: Władysław Bartoszewski/Imre Kertész/Fritz Stern/Felipe González, *Reden über das eigene Land 1996*, München 1997, S. 15–39. Die Reden wurden 1996 in den Münchner Kammerspielen gehalten.

Existenz eines historischen Bewusstseins ist jedoch ein unbestrittenes Phänomen, wenngleich es nicht in jeder Zeit und in jeder Gesellschaft in gleicher Weise gestaltet ist und zum Ausdruck kommt. Dennoch kann man das Interesse an den Traditionen der engeren Heimat, der Nation und des Staates als eine dauerhafte, allgemeine und besonders in historisch schwierigen Zeiten häufig auftretende Erscheinung betrachten. Vereinfachend könnte man hier die Behauptung wagen, dass die Mächtigen, Einflusreichen und Wohlhabenden weit geringere Neigungen zu historischen Reflexionen haben als die Schwachen, Bedrohten und Unterdrückten oder als die moralisch besonders Empfindlichen, die sich über die Lage der eigenen Nation und Gesellschaft Gedanken machen. Diese Behauptung findet vielfache Bestätigung in der neueren europäischen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert.

Eine sehr charakteristische Eigenschaft eines historischen Bewusstseins, das sich in der Berufung auf die Vergangenheit äußert, ist die Neigung, eigene Erfolge und Errungenschaften hervorzuheben und die Rolle hervorragender und im politischen, gesellschaftlichen, wissenschaftlichen oder kulturellen Leben besonders verdienter Persönlichkeiten zu betonen. Diese Neigung ist übernational, tritt allerorts auf und ist psychologisch erklärbar. Eine der Gefahren besteht darin, dass zweifelhafte Kriterien bei der Beurteilung der Erfolge oder der Bedeutung herausragender Persönlichkeiten angewandt werden. Eine andere, ebenfalls übernationale und relativ weitverbreitete Gefahr ist der Wunsch, niederträchtige oder auch nur falsche oder moralisch bedenkliche Tendenzen, Erscheinungen, Fakten und Handlungen im historischen Prozess zu übersehen, insbesondere wenn es um die Geschicke des eigenen Volkes und Staates geht. Diese Neigung, die eigene Geschichte zu schönen oder die Überlieferung falsch und tendenziös auszuwählen, ist ein Zeichen von nationalem Egoismus, der dem Chauvinismus gleichzustellen ist. Dahinter verbirgt sich aber auch ein Mangel an Mut, negative Erscheinungen, Handlungsweisen und Tendenzen kritisch zu betrachten. Dabei gilt es, sich zu vergegenwärtigen, dass erst die Erkenntnis ihrer Existenz und die Auseinandersetzung damit die Lichtblicke in der Geschichte besonders hervortreten lässt. Die Lichtblicke, in denen die unbeugsame Haltung und tatkräftige Handlungsweise der Menschen mit einem besonders sensiblen Gewissen zum Tragen kommt, die den Mut haben, sich dem Unheil sowohl aus moralischer Überzeugung als auch aus einer wohlverstandenen Sorge um die Interessen des eigenen Volkes zu widersetzen. Eine kritische Haltung, die einer echten Verbundenheit mit der Gemeinschaft entspringt, ist auch Ausdruck des Verantwortungsbewusstseins des einzelnen Menschen für das Wohlergehen der ihm besonders nahestehenden Menschen oder Gruppen. Sie ist somit die Haltung des Men-

schen, der freiwillig die Mitverantwortung für das Überwinden des Unheils auf sich nimmt, das er zwar nicht persönlich verschuldet hat, dem gegenüber er aber nicht gleichgültig bleiben kann.

Ich finde es gerade in München, in der Stadt der Studentengruppe der Weißen Rose, angemessen, folgenden Fragen nachzugehen: Grenzen und Möglichkeiten der Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Nation und der Geschichte, Mitentscheidung bei der Auswahl des Weges in schwierigen, ja dramatischen Augenblicken, aber auch Zivilcourage und Aufrichtigkeit gegenüber der Stimme des eigenen Gewissens. Ich gehöre der Generation an, deren Jugend in die Zeit des Zweiten Weltkriegs fiel, also derselben Generation, der auch Hans und Sophie Scholl, Alexander Schmorell, Christoph Probst, Willi Graf und die meisten anderen jungen Leute angehörten, die mit der Weißen Rose verbunden waren. Meine Lehrer aber, die damals mein Denken und meine Weltsicht mitzugestalten versuchten und die sicherlich meine spätere Handlungsweise beeinflussten, gehörten zu der Generation von Professor Kurt Huber.

Im Schatten der Diktaturen fing mein bewusstes Leben an und das meiner ganzen Generation. Geboren in Warschau 1922, habe ich als Schuljunge die Machtergreifung in Deutschland 1933 erlebt, die Entwicklung des italienischen Imperiums inklusive Äthiopienkrieg, den Spanischen Bürgerkrieg mit allen politischen Folgen, Münchner Abkommen, Anschluss Österreichs, die Liquidierung der tschechoslowakischen Republik bis zum Molotow-Ribbentrop-Pakt im August 1939 und den Anfang des Zweiten Weltkriegs am 1. September 1939.

Als Nachbarn hatten wir Polen zwei mächtige und uns in jeder Hinsicht an Stärke übertreffende Staaten: die Sowjetunion im Osten und Deutschland im Westen und Norden. Aber mit der Sowjetunion hatten wir seit 1932 einen Nichtangriffspakt, der – 1934 verlängert – bis 1944 gelten sollte. Mit Deutschland hatte die polnische Regierung im Januar 1934 – also ein Jahr nach der „Machtübernahme“ – ebenfalls ein Nichtangriffs- und Verständigungsabkommen geschlossen, das auf zehn Jahre befristet war. Wir hatten keine aggressiven Pläne und gingen von dem Grundsatz „pacta sunt servanda“ aus. Politisch radikale Gruppen spielten im damaligen polnischen Alltagsleben keine größere Rolle. Die kommunistische und die faschistische Partei waren verboten.

Aufmerksam gehört und sehr ernst genommen wurden in Polen warnende Stimmen aus Kreisen der katholischen Kirche, die auf die der Menschheit drohenden moralischen Gefahren hinwiesen. Die Quelle dieser Gefahren sah Papst Pius XI. im „Dritten Reich“ und in der Sowjetunion, also in den beiden Nachbarstaaten Polens. Ich denke hierbei an das päpstliche

Rundschreiben „Mit brennender Sorge“ über die Lage der katholischen Kirche im „Dritten Reich“ vom 14. März 1937 und an das Rundschreiben „Divini Redemptoris“ über den atheistischen Kommunismus vom 19. März 1937. Ich habe im Mai 1939 das Gymnasium absolviert und ein Dokument erhalten, das man „Reifezeugnis“ nennt. Ich war siebzehn Jahre alt. Am 1. September 1939 bei Tagesanbruch fielen die ersten deutschen Bomben auf Warschau. Im Schlaf starben Menschen, die nicht wussten, dass der Krieg ausgebrochen war (dieser Gedanke ließ mir lange Zeit keine Ruhe). Dann machten wir drei Wochen Belagerung der Stadt durch, Bombenangriffe, Artilleriebeschuss, Feuersbrünste. Tag für Tag mussten wir uns unser Reifezeugnis aufs Neue erwerben, im tödlichen Ernst. Wir – die Jugend, die nach dem Ersten und vor Ausbruch des Zweiten Weltkriegs aufgewachsen war. Das hoffnungslose Ringen im September bedeutete für uns einen Kampf um die Errettung *unserer* Welt. Wir waren nämlich wohl die letzte Generation der europäischen Jugend, die die humanistischen Werte der Zivilisation des 20. Jahrhunderts nicht bezweifelte, jener Zivilisation, die uns mit naivem Stolz und Optimismus füllte. Und gleichzeitig waren wir die erste Generation von Polen, die im unabhängigen Staat erzogen worden war, der anderthalb Jahrhunderte lang nicht existiert hatte.

Wir glaubten an die Zukunft Europas und zweifelten nicht an der Richtigkeit christlicher Ideale. Wir lebten in der schlichten Überzeugung, dass wir durch unser Studium, durch Selbstbildung, Fleiß und Ehrgeiz bei der Gestaltung einer besseren Zukunft für unser Volk und unseren Staat Polen würden mitwirken können, wobei wir aber Europa nicht aus dem Blick verlieren wollten. Wir sahen darin nämlich keinen Widerspruch.

Am 5. Oktober 1939 nahm Hitler die Siegesparade in der Ujazdowski-Allee ab – dem alten Königsweg Warschaus. Die ersten Gruppen verhafteter Männer und Frauen füllten schon die Gestapo-Gefängnisse. Bald tauchten die roten Bekanntmachungen der Besatzungsbehörden auf, in denen von der Hinrichtung von Menschen für „Ungehorsam“, „für das Abreißen eines Anschlags“ die Rede war, von der Erschießung von 53 Einwohnern eines Hauses als Vergeltung für die Ermordung eines Polizisten durch einen Täter, dessen Name bekannt war. Erschütternde, unvorstellbare Tatsachen wurden zur alltäglichen Wirklichkeit. Die äußere, sichtbare Schicht unserer Existenz sollte von nun an der schwierige Kampf ums Dasein werden, ums Durchhalten; alle wesentlichen Werte des nationalen Lebens – Wissenschaft, Bildung, Kultur, organisierte Formen der gesellschaftlichen Aktivität – verlagerten sich in den Untergrund. Allein schon der Verlauf der Kriegshandlungen in Polen – die Bombardierung offener Städte und die massenhafte Beschießung der zivilen Bevölkerung, der Flüchtlinge auf den Straßen

und auf freiem Feld – rief damals einen moralischen und psychologischen Schock hervor und wurde als Beispiel neuer Methoden der Kriegsführung angesehen. In der Tat war dieses Vorgehen im September 1939 der erste Akt eines totalen Krieges. Aber die schwersten Erfahrungen standen den Polen und den Juden in Polen erst noch bevor: die Teilung Polens zwischen dem „Dritten Reich“ und der Sowjetunion im Jahre 1939, der Massenterror der NS-Besatzungsmacht, der zur Methode der Machtausübung wurde. Das Gefühl der eigenen Machtlosigkeit gegenüber der Herrschaft des Grauens erschütterte die polnische Gesellschaft von Grund auf und bedeutete für uns, die damalige junge Generation, gleichsam den Untergang einer Welt, die uns bis dahin festgefügt schien. Trotz aller Schrecklichkeiten der Besatzungszeit war jedoch die Situation der Polen damals moralisch klar und eindeutig. Es war allgemeine Pflicht, alles nur Mögliche zu tun, um die staatliche Unabhängigkeit und das Recht der Menschen auf ein freies Leben wiederzuerlangen. So entwickelte sich in Polen eine Widerstandsbewegung mit Massencharakter. Sie fand ihren Ausdruck in zivilen und militärischen Organisationen, die der legalen polnischen Regierung im Exil unterstanden – einer Regierung, die von der Mehrheit aller Staaten der Welt anerkannt wurde. Diesen Geheimorganisationen gehörten größtenteils junge Leute an. Wir waren uns dessen bewusst, dass ein sehr schwerer Weg vor uns lag und dass der Sieg in diesem Krieg durch große und schmerzliche Opfer erkaufte werden würde. Dennoch waren wir in Polen fest davon überzeugt, dass der Krieg mit einer vernichtenden Niederlage des „Dritten Reiches“ enden würde und dass dies nur eine Frage der Zeit war. Die Zeit war aber leider so lang, dass sie den Nationalsozialisten zur Durchführung ihres Plans der Judenvernichtung ausreichte. Jeder Tag brachte auch Hunderte, ja Tausende neuer Opfer unter den in den Gefängnissen der Gestapo und in den Konzentrationslagern festgehaltenen Polen. Trotz dieser Lebensbedingungen existierte im Untergrund ein polnisches Kultur- und Wissenschaftsleben, wurde an geheimen Hochschulen und Gymnasien gelehrt, denn legal war eine solche Betätigung nicht möglich. Regelmäßig wurden mehrere Hundert verschiedene geheime Zeitschriften herausgegeben. Die Untergrundtätigkeit zwang zu Reflexionen, die in Kreisen der Intelligenz und der studentischen Jugend naturgemäß sehr lebhaft waren. Zu diesen Reflexionen gehörten auch die Lektüre, die Selbstbildung und die Diskussion über die Zukunftsgestaltung, die in den anspruchsvolleren Studentenkreisen geführt wurde. Ein wichtiges Element bei den Überlegungen über die Zukunft war damals für die Polen die große Ungewissheit über die wahre Einstellung der Deutschen. Schließlich fiel es schwer zu glauben, dass das ganze deutsche Volk ohne Einschränkungen absolut und enthusiastisch die

Praktiken des nationalsozialistischen Staates einschließlich des täglichen Massenterrors gegenüber der Bevölkerung in den besetzten Gebieten unterstützte. Andererseits benahmen sich die Deutschen in Polen, zumindest bis zum Jahr 1942, also solange das „Dritte Reich“ an allen Fronten den ungebrochenen Sieg davontrug, wie hochmütige „Übermenschen“, die nicht an der Richtigkeit ihrer Handlungsweise zweifelten. Der Verstand aber sagte uns, dass es auch ein anderes Deutschland geben müsse, dass doch noch etwas von den Gedanken und Taten der 1933 von Hitler unterdrückten Opposition existieren musste, dass sich die deutschen Philosophen und Theologen aus beiden christlichen Kirchen mit der NS-Doktrin sicher nicht abfinden konnten, dass auch Deutsche in Konzentrationslager kamen und dort den roten Winkel der politischen Häftlinge tragen mussten. Die Stimme der deutschen politischen Emigranten, hauptsächlich der Schriftsteller und Gelehrten, wurde gehört, ihre Haltung wurde geachtet. Von den christlichen Kirchen in Deutschland drang jedoch kein Wort der Solidarität zu uns, obwohl eine große Mehrheit der Polen, die der katholischen Kirche verbunden waren, ein solches Zeichen mit Recht erwartete.

Die polnischen Studenten und Schüler stellten sich angesichts eines gleichaltrigen Deutschen in Wehrmachtsuniform oft die Frage, was er denn denken möge, ob er wirklich so an Hitler glaube, dass ihm das als moralische Grundlage genüge, oder ob er nur zur blind gehorsamen Ausführung eines jeden Befehls bereit sei. Es war schwer, eine Antwort auf diese Frage zu finden, denn in Polen war die Kluft zwischen „jenen“ und „uns“ unüberbrückbar. In einigen Kreisen der katholischen Jugend im besetzten Warschau wurden 1942 die Predigten von Bischof Clemens von Galen aus Münster als ein seltenes Beispiel von Zivilcourage zur Verteidigung der Kirchenrechte und des angesichts der Euthanasiepraktiken bedrohten Rechts auf Leben diskutiert. Diese in polnischer Übersetzung vervielfältigten Texte brachten wir damals in Umlauf, aber Nachrichten solcher Art fanden nur in begrenzten Lesergruppen Interesse.

Bei unseren Zukunftsbetrachtungen bewegten uns die Probleme einer entsprechenden ethischen Vorbereitung. Mit der Naivität und dem Eifer eines einundzwanzigjährigen Studenten schrieb ich im Dezember 1942 in der im Warschauer Untergrund herausgegebenen Monatsschrift der katholischen Jugend, *Prawda Młodych* (Die Wahrheit der jungen Menschen): „Ehrlichkeit, Edelmut und ein vielseitiges, tiefes Pflichtgefühl müssen Eigenschaften eines jeden Polen werden, vor allem aber eines jeden von uns jungen Leuten, wenn wir den auf uns wartenden Aufgaben gerecht werden wollen. [...] In unserem wiedererstandenen Vaterland müssen wir unerschütterlich und konsequent den Grundsatz einführen: Nur eine Per-

sönlichkeit mit hohem moralischen Anspruch und einer entsprechenden Erfahrung kann in Polen ein öffentliches und politisches Amt bekleiden.“

In Kreisen von Kolleginnen und Kollegen diskutierten wir die Gefahren der moralischen Verwüstung, die durch den Krieg nicht nur den Deutschen, sondern auch uns selbst drohte. In der Relativierung aller moralischen Grundsätze sahen wir eine der großen Gefahren. Eine andere Gefahr verbarg sich in den Gedanken an Rache und Vergeltung. Der psychologisch verständliche Wunsch nach Rache, den zu „Untermenschen“ degradierte und unterdrückte Menschen hegen, wurde von uns verworfen, und zwar nicht nur wegen seines Widerspruchs zu den Lehren der katholischen Religion, in der wir erzogen worden waren, sondern auch zu den Traditionen der europäischen Kultur, mit der wir uns verbunden fühlten. Natürlich konnten wir damals im besetzten Warschau, als wir in den Redaktionen der Untergrundpresse arbeiteten, den Verfolgten halfen oder uns im Nachrichtendienst unserer Geheimorganisationen zum Wohle des gemeinsamen Anliegens der Alliierten betätigten, nicht wissen, dass im fernen München und in anderen Städten deutsche Studenten, unsere Altersgenossen, einen entscheidenden Gewissenskonflikt durchgemacht und sich entschlossen hatten, gegen das Unheil anzukämpfen. Und sicher hätten diese Studenten die Gedanken der polnischen akademischen Jugend, die sich unter anderem in den oben zitierten Sätzen ausdrückten, verstanden. Wahrscheinlich habe ich in Polen damals junge Menschen in deutschen Uniformen gesehen, die unter anderen Umständen meine Freunde hätten sein können.

Meine persönliche Geschichte wurde für mich entschieden. Ich habe den Weg nicht gewählt ... Am 19. September 1940 bei Tagesgrauen umstellten SS-Leute mit einer dichten Postenkette einige Wohnblocks in verschiedenen Teilen der Stadt. Man holte mich aus dem Haus. Mein Ausweis eines Angestellten des Polnischen Roten Kreuzes half nichts; nach einer Stunde wurde ich – so wie einige Tausend andere Männer im Alter von sechzehn bis fünfundsiebzehn Jahren – auf einen Lastwagen verladen und in die Kasernen des SS-Reiterregiments gebracht. Niemand wurde dort verhört, und keiner wurde irgendeines Vergehens beschuldigt. Nach drei Tagen war ich schon in Auschwitz als politischer Häftling Nr. 4427. Von Auschwitz wussten wir damals noch nichts; das Lager Auschwitz I funktionierte erst seit drei Monaten. Außer einigen Dutzend Krimineller, die die Funktionen von Kapos und Blockältesten ausübten, waren damals ausschließlich Polen in Auschwitz inhaftiert, und zwar hauptsächlich Intelligenzler. Es gab noch keine Gaskammern, aber der Kamin des Krematoriums qualmte schon: Hunger, Prügel, Arbeit über alle menschlichen Kräfte verschlangen Tag für Tag Dutzende Opfer. Zum ersten Mal in meinem Leben – wenn auch nicht zum

letzten Mal – empfand ich damals das Gefühl völliger Hilflosigkeit angesichts der Misshandlung von Menschen: als Opfer und als Zeuge. Mehr als einmal sagte man mir: Du bist jung, du hast offene Augen, falls du überlebst, musst du das beschreiben. Man wird dir ohnehin nicht glauben, und falls man dir sogar glauben sollte – wird man es sich doch nicht vorstellen können ...

Als ich im April 1941 von Auschwitz nach Hause zurückkehrte (einige Hundert Personen – vorwiegend Opfer von Razzien, gegen die nichts Konkretes vorlag – wurden im Frühling und Sommer dieses Jahres infolge intensiver Bemühungen ihrer Arbeitgeber oder Familien entlassen), lebten von den dreizehn Männern, die man zusammen mit mir aus einem einzigen Haus im Stadtviertel Żoliborz geholt hatte, zehn oder elf nicht mehr. Sie hatten den ersten Lagerwinter nicht überstanden ... Bald darauf gelang es mir, einen ziemlich ausführlichen Bericht über die Verhältnisse, die im Konzentrationslager Auschwitz I herrschten, einer Person, die mit der Leitung der polnischen Widerstandsbewegung direkt in Verbindung stand, zukommen zu lassen. Er wurde zu einer der Quellen, aufgrund derer die ersten Geheimpublikationen über Auschwitz verfasst wurden, die Anfang 1942 in Warschau erschienen. Nach der einige Monate währenden Quarantäne, die damals aus Sicherheitsgründen notwendig war, begann ich im Untergrund zu arbeiten. Die Lagererfahrungen übten einen bedeutenden Einfluss auf die Wahl meines weiteren Weges aus. Ich war der Meinung, dass die dringendste und wichtigste Aufgabe in jenem Moment darin bestand, leidenden, isolierten, auf irgendeine Weise verfolgten Menschen zu helfen, und das, was ich *gesehen habe und weiß*, mir besonders die Pflicht auferlegte, unmittelbar und aktiv zu handeln. Und so entschied das Jahr 1942 über die konkrete Richtung meines Einsatzes im Kampf gegen die Okkupanten. Im Sommer dieses Jahres nahm ich Verbindung mit der Geheimaktion auf, die sich die Aufgabe stellte, den Juden zu helfen. Diese Aktion führte – anfangs im kleinen Kreis von Freunden und Mitarbeitern – die bekannte katholische Schriftstellerin Zofia Kossak. Als Ende September 1942 diese Aktion in bestimmte organisatorische Formen gefasst und das sogenannte Provisorische Hilfskomitee für die Juden gebildet wurde, beteiligte ich mich an seinen Arbeiten, später – Anfang Dezember 1942 – nahm ich an der Organisierung des Hilfsrates für Juden teil, der der geheimen Regierungsdelegatur der Londoner Regierung unterstand. 1942 trat ich auch der Heimatarmee bei: Der Informationsabteilung im Informations- und Propagandabüro beim Hauptkommando zugeteilt, erlangte ich bald darauf unter anderem Zutritt zu wertvollem Material über verschiedene Formen der von den Okkupanten angewandten Terrorpolitik.

Die Nachrichten und Gerüchte, die über die hohe rote Mauer drangen, welche das vor zwei Jahren gegründete Ghetto (mitsamt dem im Ghettogebiet gelegenen Zentralen Politischen Gefängnis der Sicherheitspolizei, dem Pawiak) vom Rest Warschaus abtrennten, weckten in meinen Gedanken und in meiner Phantasie fast automatisch Assoziationen mit den Erfahrungen, die ich in Auschwitz gemacht hatte. Im Juli, August und September 1942 wurden mehr als 310 000 Juden aus der Stadt in das Vernichtungslager Treblinka II abtransportiert. Immer mehr Flüchtlinge aus dem Ghetto benötigten sofortige Hilfe; viele von ihnen waren schon auf der „arischen“ Seite in deutsche Hände gefallen, oftmals gemeinsam mit den polnischen Familien, die ihnen Obdach gewährt hatten. Das bedeutete Folter und Tod. Vom Pawiak gingen unaufhörlich Transporte mit polnischen Gefangenen, Frauen und Männern, ab – in Konzentrationslager. Ab Ende 1942 habe ich parallel mit anderen Aktivitäten in einer Abteilung der Vertretung der Londoner Regierung gearbeitet, deren Hauptaufgabe darin bestand, den Häftlingen auf organisierte Weise Hilfe zu leisten, Informationen aus den Gefängnissen und Lagern zu erlangen und Material über die Naziverbrechen an Polen und Juden zu sammeln, um sie – sofort und nach dem Krieg – auf internationaler Bühne auszuwerten. Ich verfolgte von da an Tag für Tag viele tragische und verwickelte menschliche Schicksale, nahm auf Entfernung Anteil am komplizierten Schicksal der Verhafteten, die ich nur dem Namen nach und aufgrund ihrer Gefängniskassiber kannte, wirkte – als kleines Rädchen der großen Geheimmaschinerie – mit, wenn Personen, denen Verhaftung drohte, gewarnt wurden, wenn von Deutschen gesuchte Polen und Juden falsche Papiere zugestellt bekamen, wenn man eine sichere Unterkunft für die Nacht finden musste – mit einem Wort: bei vielen anscheinend geringen und unbedeutenden Unternehmungen, die aber notwendige Bedingung unserer damaligen Existenz waren.

Diesen alltäglichen Tagesablauf unterbrach erst der Warschauer Aufstand am 1. August 1944. Während der dreiundsechzig Tage des Aufstands war ich einfach Soldat der Heimatarmee, diente in einer der Funkstationen, redigierte eine der hundert Zeitschriften der Aufständischen, die in jenen Teilen Warschaus herausgegeben wurden, aus denen man die Deutschen vertrieben hatte. Die tragische Einsamkeit und die Unterdrückung des Aufstands, den jähen Untergang der Stadt und der fast 200 000 Einwohner empfanden wir damals als Erschütterung unseres Glaubens an den Sinn des Lebens, als Niederlage jeglicher Hoffnung, als allerpersönlichste Niederlage. Unter den Ruinen ließen wir unsere Nahen und Nächsten zurück, unsere Altersgenossen und Freunde. Angesichts des Todes dieser unzähl-

gen Jungen, Frohen, das Leben Liebenden, schien uns unsere eigene zufällige Errettung fast beschämend.

Fünzig nach dem Zweiten Weltkrieg durchlebte Jahre haben mir neue, bittere Erfahrungen nicht erspart. Ich war Zeuge vielfältigen Unrechts, das über edle, aufrechte und opferbereite Menschen hereinbrach, Zeuge von brutaler Gewalt und unverdienten Leiden, von Hilflosigkeit und Resignation, aber auch von Charakterstärke und Mut. In den Jahren 1946 bis 1954 brachte ich eine schwere Zeit im kommunistischen Gefängnis hinter mich (sechs Jahre und sieben Monate), um in der Nacht der Einführung des Kriegszustands in Polen am 13. Dezember 1981 die Freiheit erneut für über vier Monate zu verlieren. Das ergab eine runde Summe von acht Jahren hinter Stacheldraht und Gittern.

Der beruflichen Möglichkeiten, die meinen Interessen und Fähigkeiten entsprachen, war ich beraubt. Es gab Jahre, in denen ich weder Bücher noch Artikel veröffentlichen durfte, obwohl das Schreiben mein Beruf ist. Dennoch habe ich in meinem Leben einige Dutzend Bücher und ein paar Hundert historische Abhandlungen, Beiträge, Essays und Artikel veröffentlicht. Ich bin auf Hass und Zynismus gestoßen, aber auch auf Anerkennung und Freundschaftsbeweise großartiger Menschen, an denen mir gelegen war und ist. Als Hochschullehrer (an der Katholischen Universität Lublin) hatte ich Gelegenheit, mit jungen Menschen zusammenzukommen, deren ganze Lebenseinstellung und patriotisches Engagement mich immer wieder Analogien zu den Erfahrungen meiner Generation herstellen ließen. Freunde und das Wohlwollen vieler fremder Menschen habe ich ebenfalls in Israel, Großbritannien und der Schweiz gewonnen, aber auch – was ich ja nicht erwarten konnte – in Deutschland.

Im Freistaat Bayern, an den Universitäten in München, in Eichstätt und in Augsburg und aufs Neue in München habe ich in den Jahren 1983 bis 1990 insgesamt zwölf Semester lang gelesen und Seminare geführt, und meine Erfahrungen mit den deutschen Studenten und den deutschen Hochschulen waren sehr erfreulich. Hätte mich jemand gefragt nach den Meilensteinen in meinem Leben nach dem Zweiten Weltkrieg, dann hätte ich folgende benannt:

Im Oktober 1963 nach der Entzündung des Ewigen Feuers in der Krypta auf dem Berg des Gedenkens (Har ha-Zikaron) in Jerusalem (Yad Vashem) neben dem symbolischen Grab, in dem die Asche der Opfer des jüdischen Volkes aus sämtlichen Nazi-Konzentrationslagern bestattet ist, hörte ich die Eidesformel in hebräischer und noch einmal in polnischer Sprache, die mit den Worten endet: „Wir gedenken der heldenhaften Taten der Ghettokämpfer, der Untergrundkämpfer, der Partisanen und Soldaten,

die dem Aufruf zum Kampf gegen die übermächtigen Kräfte des Feindes zur Rettung der Ehre ihres Volkes folgten. Mit Ehrerbietung gedenken wir jener, die mit Würde und Beharrlichkeit ihr Menschentum verteidigten; jener, die im Namen der heiligsten menschlichen Ideale und unter Lebensgefahr den Juden Hilfe leisteten.“ Ich wurde damals mit dem Titel eines „Gerechten unter den Völkern“ gewürdigt und dachte an alle meine Freunde und Mitarbeiter, Polen und Juden, mit denen ich das Glück hatte, gemeinsam für eine Sache zu arbeiten, in der wir in jenen Tagen nicht nur die Aufgabe der Rettung des Lebens anderer, sondern auch die Frage der Rettung der eigenen Menschenwürde erblickten.

November/Dezember 1965: Briefwechsel der polnischen und deutschen Bischöfe der katholischen Kirche – neuer Anfang in der Beziehung unserer beiden Völker.

Oktober 1978: Kardinal Karol Wojtyła wurde Papst. Sein erster Besuch in Polen im Juni 1979 und in Deutschland im November 1980 war unter anderem Bestätigung der Richtigkeit der bisherigen Bemühungen um die gemeinsame europäische Zukunft unter Bedingungen der Wahrheit, der Würde und der Gerechtigkeit.

August 1980: Die erste freie Gewerkschaft entsteht in Polen – ein Umbruch in der Situation des ganzen Ostblocks und die rührende Solidarität von Millionen von Deutschen nach der Einführung des sogenannten Kriegsrechts in Polen im Dezember 1981.

Am 5. Oktober 1986 bekomme ich in der Paulskirche in Frankfurt am Main den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels und sage klar in meiner Dankesrede: „Die Generation, der ich angehöre, hat mit eigenen Augen die Mauern und Drahtverhaue gesehen, welche die Menschen trennten, die Mauern der Ghettos von Warschau und anderswo, die Mauer, die jahrelang quer durch Jerusalem lief, und die Mauer, die bis heute Berlin teilt. Es scheint das Wichtigste zu sein, all das zu unterstützen, was die Menschen verbindet, und sich all dem zu widersetzen, was die Menschen gegen ihren Willen trennt.“ Die denkenden Polen haben nämlich begriffen und verstanden, dass es ohne ein freies, vereinigtes Deutschland keine europäische Zukunft für ein souveränes, demokratisches Polen gibt. Das Jahr 1989, das Jahr des Durchbruchs in unseren Beziehungen, und die darauffolgenden Ereignisse, vor allem die Vereinigung Deutschlands und der Beginn demokratischer Reformen in Polen und in anderen Ländern Mittel- und Osteuropas, stießen nicht auf ein Vakuum, auf Schweigen und Unwillen zwischen unseren Nachbarvölkern. Es stellte sich heraus, dass die deutsch-polnische Grenze uns nicht auf Dauer und unumkehrbar getrennt hat. Dies wurde unter anderem durch die Tätigkeit der Laienorganisationen und -gruppie-

rungen bewirkt, die über viele Jahre hinweg die Richtung aufzeigten, in die Polen und Deutschland streben sollten. Noch sehr lebendig steht mir die Geste des Friedenszeichens vor Augen, das Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki und Bundeskanzler Helmut Kohl 1989 in Kreisau austauschten. Wäre dies möglich gewesen ohne den vorangegangenen Briefwechsel zwischen den polnischen und den deutschen Bischöfen? Heute können wir voller Stolz und ohne die geringste Übertreibung feststellen, dass die Beziehungen zwischen unseren Ländern sehr gut sind. Den neuen Charakter der gegenseitigen Bande besiegelte der Abschluss des Vertrages über die Bestätigung der bestehenden Grenze vom 14. November 1990 und des Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991. Vorteilhaft entwickeln sich die deutsch-polnischen Kontakte auf höchster politischer Ebene. Die parlamentarische Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Ressorts entwickeln sich sehr intensiv. Ich erinnere mich noch sehr lebhaft an den Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Polen im Juli 1995, der der bilateralen Zusammenarbeit neue Impulse verlieh. Mit Befriedigung beobachte ich die Intensivierung der zwischenmenschlichen Kontakte zwischen Gesellschaften, Organisationen, Schulen und Hochschulen und insbesondere Jugendlichen.

Nun kommt die Zeit der Besinnung und des Nachdenkens darüber, was uns das Gedenkjahr 1995 gebracht hat, ein Jahr, das für mich persönlich, aber auch für unsere Länder ein besonderes Jahr war. Es war reich an vielen Jahrestagen, die sowohl für unsere gemeinsame Vergangenheit, aber auch für unsere Zukunft von Bedeutung sind. Es war mir vergönnt, noch einmal an das Ende des Zweiten Weltkriegs zu erinnern und aus diesem Anlass auf einer gemeinsamen Sitzung von Bundestag und Bundesrat am 28. April diesen Jahres zum deutschen Volk zu sprechen. Ich konnte als Außenminister meines Landes und als Vertreter des Staatsoberhauptes der Republik Polen eindeutig und klar feststellen:

Während des Krieges und nach seiner Beendigung mussten Millionen von Menschen ihre Heimat verlassen. Für viele Polen waren dies die Gebiete jenseits des Bug und für viele Deutsche östlich von Oder und Neiße. Diese beiden Gruppen von Menschen konnten nicht miteinander reden, und wenn es dazu gekommen wäre, so hätten sich beide Völker beträchtlich früher verständigen und verstehen können. Aber die polnischen Aussiedler aus dem Osten konnten in diesen Fragen nicht einmal einen Monolog führen. Und wenn sie sich in den polnischen Westgebieten ansiedelten, so kamen sie nicht als Sieger dorthin, sondern sie betrachteten sich als Opfer des Krieges, den sie niemals gewollt und dessen Ausbruch sie nicht verschuldet hatten.

Der Umbruch von 1989 schaffte Möglichkeiten für eine offene politische Diskussion. Da man nun über das Schicksal der Aussiedler aus Wilna und Lemberg sprechen darf, ist es auch leichter, die menschliche Dimension des Dramas der Aussiedlungen aus Breslau oder Stettin zu erblicken. Die rechtlich-politische Regelung der Wiedervereinigung Deutschlands und der deutschen Grenzen bewirkte, dass heute ein Gespräch über die „verlorene Heimat“ keinerlei Befürchtungen um die Friedensordnung in Europa hervorrufen muss. Polen hat seine politische Souveränität wiedererlangt. Es gelang auch zu seiner geistigen Souveränität. Ihr Maß ist das Gefühl der moralischen Verantwortung für die ganze Geschichte, in der es – wie immer – helle und dunkle Seiten gibt. Als Volk, das vom Krieg besonders heimgesucht wurde, haben wir die Tragödie der Zwangsumsiedlungen kennengelernt sowie die damit verbundenen Gewalttaten und Verbrechen. Wir erinnern uns daran, dass davon auch unzählige Menschen der deutschen Bevölkerung betroffen waren und dass zu den Tätern auch Polen gehörten. Ich möchte es offen aussprechen: Wir beklagen auch das individuelle Schicksal und die Leiden von unschuldigen Deutschen, die von den Kriegsfolgen betroffen wurden und ihre Heimat verloren haben. Wir erinnern uns an die mit großem Mut formulierten Sätze des heute nicht mehr lebenden bedeutenden polnischen Denkers und Essayisten Jan Józef Lipski, jenes exponierten polnischen Sozialdemokraten, der 1981 voller Bitternis sagte: „Wir haben uns daran beteiligt, Millionen Menschen ihrer Heimat zu berauben, von denen die einen sicherlich sich schuldig gemacht haben, indem sie Hitler unterstützten, die anderen, indem sie seine Verbrechen tatenlos geschehen ließen, andere nur dadurch, dass sie sich nicht zu dem Heroismus eines Kampfes gegen die furchtbare Maschinerie aufrufen konnten, und das in einer Lage, als ihr Staat Krieg führte. Das uns angetane Böse, auch das größte, ist aber keine Rechtfertigung und darf auch keine sein für das Böse, das wir selbst anderen zugefügt haben; die Aussiedlung der Menschen aus ihrer Heimat kann bestenfalls ein kleineres Übel sein, niemals eine gute Tat.“ Bezugnehmend auf die Verschwörung gegen den Frieden von Hitler und Stalin im Jahre 1939 fährt Lipski fort: „Sicherlich wäre es ungerecht, wenn ein Volk, überfallen von zwei Räubern, zusätzlich noch alle Kosten dafür zahlen sollte. Die Wahl eines Auswegs, der, wie es scheint, eine geringere Ungerechtigkeit ist, die Wahl des kleineren Übels darf dennoch nicht unempfindlich machen gegen sittliche Probleme. Das Böse ist Böses und nicht Gutes, selbst wenn es ein geringeres und nicht zu vermeidendes Böses ist.“

Meine Rede wurde nachträglich im polnischen Parlament und überall in Deutschland, ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, akzeptiert.

Zu Ende des Jahres 1995, am 13. Dezember, haben zum ersten Mal die deutschen und die polnischen Bischöfe ein „Gemeinsames Wort“ veröffentlicht, und in Warschau hat ein feierliches Zusammentreffen der Bischöfe der beiden Länder stattgefunden. Ich bin davon überzeugt, dass in unserer Zukunft der Geist der Versöhnung und der Verständigung im Namen der

gemeinsamen europäischen Werte auf Dauer Einzug halten wird. Sie werden uns auch auf unserem gemeinsamen Weg in das 21. Jahrhundert begleiten.

Angesichts des baldigen Jahrhundertendes und angesichts des baldigen eigenen fünfundsiebzigsten Geburtstags des Redners scheint es angemessen zu sein, über die Erfahrungen aus der historischen Zeit des Totalitarismus zu reflektieren.

Erstens: Die Erfahrungen eines nicht-deutschen Europäers, der als Bürger des besetzten Landes die NS-Diktatur erlebte, sind natürlich unterschiedlich und nicht direkt vergleichbar mit den Erfahrungen eines Deutschen mit dieser Diktatur; die nationalsozialistische Diktatur war nämlich für die Polen und mehrere andere Völker in der Kriegszeit gleich mit dem ganzen Besatzungsregime. Die NS-Motivation war maßgebend für die damalige deutsche Zielsetzung und Methoden in den besetzten Ländern Europas. Die Spezifik dieser Methoden war nicht *deutsch*, sondern *nationalsozialistisch*, aber in den Augen der betroffenen Menschen und Völker haben diese Methoden den deutschen Staat und die Deutschen belastet, mit verständlichen psychologischen Folgen für die Nachkriegszeit.

Zweitens: Die Wirklichkeit ab 1945 war dagegen in allen Ländern des infolge der politischen Teilung Europas entstandenen Ostblocks viel komplizierter. Ähnlich wie die Deutschen seit 1949 in der DDR haben Polen in der Volksrepublik Polen, die Ungarn, die Tschechen, Slowaken und andere in den angeblich freien Staaten gelebt. Viele Menschen haben doch diese Volksrepubliken als sowjetische Kolonien verstanden, als quasi freie Staaten ohne Entscheidungsmacht in militärischen, außenpolitischen und wirtschaftlichen Fragen. Viele, sehr viele Leute haben die Folgen des Polizeiterrors ertragen, besonders bis zu Stalins Tod und bis zum zwanzigsten Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion im Februar 1956. In meinem Land, Polen, wurden einige Zehntausend umgebracht, Hunderttausende kürzer oder länger verhaftet.

Andererseits, die getarnte Form der politischen Diktatur, die ausgeübt wurde im Auftrag Moskaus auf dem polnischen Territorium durch die Kommunisten und Funktionäre *eigener Nationalität*, hat viele Menschen verunsichert, verwirrt, ähnlich wie in der DDR. Die Meinung, dass die Volksrepublik Polen zwar nicht ganz souverän ist, aber doch nicht formell in die Sowjetunion eingegliedert wie zum Beispiel die baltischen Staaten, hat in vielen Fällen selbsttäuschend gewirkt, und das auch nicht ganz sinnlos. Andererseits hätte man überhaupt resigniert, und so hat man doch gewisse positive Sachen gemacht, in der falschen Überzeugung (oder mit der selbstgewählten Begründung), man lebe *doch* in einem Quasi-Staat, man müsse etwas für diesen Staat tun. Hier sehe ich auch eine Parallele zwischen vielen

anständigen, normalen DDR-Bürgern und vielen anständigen, normalen Polen, Tschechen, Ungarn oder anderen.

Drittens: Die diktatorisch regierten Ostblockstaaten waren praktisch auf der ganzen Welt *politisch* und *diplomatisch* anerkannt. Das hat zusätzlich auf die Bürger dieser Staaten gewirkt und sie auch weitgehend zur nützlichen Anpassung im Alltag bewegt. Die Verzweiflungsausbrüche und die Versuche, innerhalb des Systems Reformen zu erzwingen (in Berlin und woanders in der DDR im Juni 1953, in Posen in Polen im Juni 1956, in Ungarn im Herbst 1956, in der Tschechoslowakei im Frühling und Sommer 1968, an der polnischen Ostseeküste im Dezember 1970, aufs Neue in Polen im Juni 1976), haben den Ostblockvölkern klar bewiesen, dass sie mit wirksamer politischer Hilfe der Welt nicht rechnen können.

Viertens: Die Helsinki-Schlussakte vom 1. August 1975 („Korb drei“) wurde für die politisch denkenden Leute in den diktatorisch regierten Staaten des Ostblocks zu einem Schimmer der Hoffnung. Die Ankündigung der Prinzipien der Menschenfreiheit, der Menschenrechte, inklusive Meinungsfreiheit, Medienfreiheit und Bewegungsfreiheit, hat sicherlich beigetragen zur schnellen Entwicklung der Menschenrechtsgruppen in Polen, in der Tschechoslowakei (Charta 77), in Ungarn, auch in den christlich motivierten Gruppen in der DDR. Die Wahl eines Papstes aus Polen am 16. Oktober 1978, seine erste Reise nach Polen im Juni 1979 und der Versuch der Gründung der ersten freien Gewerkschaft „Solidarność“ in Polen im Herbst 1980 waren weitere sehr bedeutende Schritte auf dem Wege des Widerstands gegen die bisherige Praxis der Diktatur und zugunsten von Reformen.

Nach dem Rückfall in der demokratischen Entwicklung in Polen – bei der Einführung des Kriegsrechts im Dezember 1981 – brauchte man noch acht Jahre bis zur eigentlichen Wende, gekennzeichnet durch die Wahlen in Polen am 4. Juni 1989 und die politische Niederlage der bisher allein regierenden Partei, durch die Öffnung der ungarisch-österreichischen Grenze im Juli 1989, durch den Fall der Mauer in Berlin am 9. November desselben Jahres.

Fünftens: Es ist nicht leicht, aber möglich, die unterschiedlichen *Erfahrungen* aus der Zeit der Diktatur zu schildern. Viel komplizierter ist es, über die *Lehren* aus der Zeit zu reden, aus der Geschichte zu lernen. Versuchen wir es aber:

Die Diktatur hat die Kluft zwischen den Menschen vertieft, Misstrauen, Spannung und Hass gesät. Diese Kluft bestand – wie bekannt – auch zwischen Nachbarn, Bekannten, gelegentlich leider auch in der Familie. Das wissen die Deutschen der älteren Generation sehr gut, das wissen auch andere Völker, die unter einer Diktatur gelebt haben.

Ähnliche Unsicherheit, Angst, Distanz gegenüber Nachbarn spürte man in den Volksrepubliken im Ostblock. Viele, obwohl nicht alle Menschen haben gelebt mit dem Bewusstsein der permanenten polizeilichen oder politischen Bewachung, in der Überzeugung, die Grenzen des Möglichen seien „von oben“ bestimmt. Die Mehrheit der Bevölkerung in den Ostblockstaaten hat jahrelang täglich das Problem gehabt, wie man sich arrangieren, wie man überleben soll oder darf, aber gleichzeitig auf irgendeine Weise größere Schweinereien vermeiden kann, um dann, sagen wir, „mittlere“ Schweinereien doch zu praktizieren. Und bis heute ist für mich der Begriff „um Schlimmeres zu verhindern“ oder der Begriff des „kleineren notwendigen Übels“ sehr zweifelhaft. Die bekannte Salamiaktik hat nicht nur die sowjetrussische Politik angewendet, auch in der Weltpolitik ist sie bekannt. Wenn man aber gleichgültig bleibt bei dem ersten Versuch, bleibt man auch beim zweiten gleichgültig.

Sechstens: In der Praxis der NS-Diktatur gegenüber Nichtdeutschen finde ich charakteristisch, dass sie im Grunde genommen niemanden überzeugen wollten. Sie wollten hörige Vollstrecker ihrer Befehle haben. Die Kommunisten dagegen wollten die Leute überzeugen oder sie mindestens dazu bewegen, sich als ideologisch überzeugt zu erklären. Die Nazis haben grausam ihre Absichten und Ziele exekutiert. Die Kommunisten haben immer ein Schuldbekenntnis gefordert. Hätten der Nationalsozialismus und das deutsche Besatzungssystem für einige Generationen in Europa gesiegt, hätte sich auch eine NS-Ersatzreligion entwickelt, mit diesen spezifischen Feiern bei Tagungen usw. Die Kommunisten haben aber – als Ersatzreligion – viel mehr erreicht. Die Rechtsextremen von heute, die Waisenkinder von Hitler oder Mussolini, haben keine tiefere oder philosophische Begründung ihrer Tätigkeit. Die Postkommunisten dagegen versuchen weiter, nicht nur in Deutschland, auch in Ungarn oder Polen ihre Wege auch philosophisch, soziologisch oder historisch auf unterschiedliche Weise zu begründen. Und hier sehe ich auch eine Unvergleichbarkeit.

Siebentens: Wenn es um die Vernichtung der Menschen geht, insbesondere um den Genozid an den Juden, war der Nationalsozialismus ein singuläres Ereignis in der Geschichte des Abendlandes. Wenn es aber um die ideologische, weltanschauliche Vergiftung der Menschen geht, hat der Kommunismus unvergleichbar größere Wirkung entfaltet. Und nicht nur in der Unvergleichbarkeit der Zeit – die Sowjetunion hat doch fast fünfundsiebzig Jahre existiert, die Nazis waren gerade einmal zwölf Jahre an der Macht. Die allgemeine Tendenz der NS-Politik war die schnelle Ausrottung der Gegner. Der Krieg hat das auch selbstverständlich bedingt. Die Ausrottung der europäischen Juden hat schon im Herbst 1941 angefangen, nach den ersten

Eroberungen im Osten, in der Ukraine und in Weißrussland. Der militärische Erfolg wurde begleitet von der Realisierung des politischen Ziels in der Form des Massenmordes. Im kommunistischen Fall kennen wir keinen einheitlichen Plan der Vernichtung irgendeines Volkes, obwohl man – wie bekannt – in der Sowjetunion sogar eigene Generäle, eigene Offiziere, eigene ergebene Parteimitglieder vernichtet hat, selbstverständlich auch eigene Intellektuelle – Wissenschaftler, Schriftsteller, andere Künstler –, danach auch ganze soziale Schichten in den besetzten Ländern wie in der Ukraine, in Polen oder dem Baltikum. Was die Vergiftung des sozialen *Organismus* betrifft, des europäischen Organismus der Völker, die den Kommunismus nicht gewollt, aber zwangsweise fünfundvierzig Jahre lang in diesem System gelebt haben, sehe ich viele Merkmale viel stärkerer Infizierung und dauerhafter Vergiftung noch bis heute. Damit werden wir alle in Europa uns noch gut zehn oder sogar zwanzig Jahre auseinandersetzen müssen. Die Entnazifizierung war im Vergleich dazu ein zwar schwieriger, aber fruchtbarer, erfolgreicherer Prozess.

Schlussüberlegungen über den jetzigen Stand der Dinge, Anno Domini 1996, sechs, sieben Jahre nach der „Stunde Null“ für die DDR, für Polen, Ungarn, Tschechoslowakei, auch für Rumänien und Bulgarien.

Der Aufbau der Demokratie, der Aufbau der Rechtsstaatlichkeit, der Neuanfang in den postkommunistischen Gesellschaften hängt jetzt weitgehend von den Menschen, von allen Menschen, aber auch von jedem einzelnen Menschen ab. Wie weit sind aber diese Menschen bereit und in der Lage, die neue demokratische Ordnung, die sie ja – mehr oder weniger bewusst – selber gewollt haben, konstruktiv mitzugestalten? Es gibt keine optimistische Antwort auf eine solche Frage. Wenn nämlich jemand über viele Monate schwer krank gewesen ist, erwartet niemand, dass er gleich wieder voll mitmachen kann. Wieso erwarten wir dies eigentlich von den Menschen, die über fünfundvierzig Jahre – im Fall der DDR noch länger (von 1933 bis 1990) und auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion über siebzig Jahre lang – nicht *normal* gelebt haben, nicht *gesund* waren? *Normal* und *gesund* bedeutet für mich: frei, offen, demokratisch, politisch ausgebildet und so weiter. Woher sollen denn diese Dutzende Millionen Menschen in der mittel- und osteuropäischen „Stunde Null“ plötzlich die Fähigkeit haben, es dem europäischen Westen in dieser Hinsicht gleichzutun? Das war völlig unmöglich. Jahrzehntlang hat man in den kommunistischen Staaten die Menschen absichtlich daran gehindert, miteinander – über die Staats- oder Provinzgrenzen hinweg – einen wahren, authentischen, tieferen Kontakt und Dialog aufzunehmen. Die Entfremdung und eine gewisse Ratlosigkeit angesichts der anderen hat man auf diese Weise

vorausprogrammiert und gefördert. Es wäre also jetzt mehr als naiv, die allgemeine Fähigkeit der Menschen in den postkommunistischen Staaten zum Dialog mit den anderen zu erwarten, auch wenn/falls guter Wille zu einem solchen Näherkommen vorhanden wäre. Jetzt, in den ersten sechs Jahren der postkommunistischen Zeit in Mittel- und Osteuropa, versagt in vielen Fällen die in dem Prozess des Aufbaus der demokratischen Ordnung unentbehrliche Toleranz, die Achtung für den andersdenkenden, andersgesinnten, andersgläubigen Menschen.

Viele Menschen sind nicht daran gewöhnt, ohne politisches Protektorat, sogar ohne Direktiven oder Hinweise zu leben. Sie erwarten alles oder sehr viel vom Staat, sprich von den neuen, postkommunistischen Regierungen, und sind nur selten bereit, jetzt, nach dem Zusammenbruch des autoritären Systems, weiter schmerzliche Opfer zu tragen im Interesse des gemeinsamen Wohls in der Zukunft. Eine bedeutende Rolle spielt hier besonders das Gefühl der sozialen Unsicherheit. Solange der totalitäre oder autoritäre Staat Herrscher war, musste man sich beugen und anpassen. Aber wenn jemand den Mund gehalten hat, konnte er in gewisser Weise sicher auf niedrigem Niveau überleben. Und um mehr ging es Millionen Menschen nach der Stalin-Periode nicht. Jetzt ist alles komplizierter geworden.

Die Mehrheit entscheidet. Aber die Mehrheit der Menschen in den postkommunistischen Ländern ist einfach nicht immer fähig, richtig und klug zu entscheiden, ist auch nicht immer bereit zu entscheiden. Dazu kommen die Unterschiede der nationalen Wurzeln und der Tradition, die gelegentlich hochgespielt werden. Populistische vielversprechende Programme werden vorgeschlagen, die eigentlich keine politischen oder wirtschaftlichen Programme sind, sondern Parolen. Diese Parolen sind gelegentlich verführerisch schön, aber bedeuten sehr wenig, denn in der Praxis gilt in den postkommunistischen Staaten für die Menschen nur der harte Weg der materiellen Entbehrungen. Diese Entbehrungen aber können nur entsprechend motivierte Menschen bewusst tragen. Die eigentlichen Probleme sind aber nicht nur wirtschaftlicher Natur. Es mangelt an *moralischen Orientierungen*. Eines der möglichen Beispiele wäre hier die um sich greifende Selbstbedienungsmentalität, das Versickern öffentlicher Mittel in dunklen Kanälen der neuen privaten Handelsfirmen und Aktiengesellschaften, sogar gewisser Privatbanken. Die Menschen im ehemaligen Ostblock haben zwar der kommunistischen Nomenklatura die dunklen Machenschaften im wirtschaftlichen Bereich, die auffallende Tendenz der Parteifunktionäre zur persönlichen Bereicherung um jeden Preis, übelgenommen, aber jetzt, in dem Prozess des Aufbaus der neuen Gesellschaften in der postkommunistischen Zeit, merkt man viel zu oft, dass gewissenhafte

Pflichterfüllung und absolute Unbestechlichkeit zu einer Einstellung gehören, die nicht mehr und sicher nicht überall sehr gefragt ist und praktiziert wird. Es scheint vielmehr zunehmend als erstes Bürgerrecht zu gelten, zu konsumieren und sich die Taschen vollzustopfen. Die neuen Gesellschaften in den postkommunistischen Ländern sind viel mehr psychologisch auf den schnellen Genuss programmiert als auf die organische Arbeit ohne Chance auf einen schnellen materiellen Erfolg.

Die Probleme der *Unmündigkeit* und der gesellschaftlichen *Passivität* waren die Grundpfeiler der kommunistischen Staaten. Alles wurde *vorgeschrieben*, man wollte keine richtige Aktivität der Menschen, nur eine *von oben* verordnete dulden. Und jetzt müssen die Menschen plötzlich diskutieren, sich zusammenfinden, entscheiden. Aber sie sind in vielen Fällen einfach nicht fähig, gemeinsam zu überlegen, gemeinsam zu einer Entscheidung zu kommen. Die Leute suchen jetzt irgendwelche *Vorbilder, Modelle*, und diese Modelle finden sie in den wohl situierten westlichen Gesellschaften. Viele reden viel über Amerika, aber amerikanische Vorstellungen über die Gleichheit der Menschen sind ihnen ziemlich fremd. Sie verstehen die Menschen, die noch um ihre Rechte kämpfen müssen, viel besser, weil sie selbst bis vor Kurzem dazugehörten. Es herrscht ein Mangel an Sachkenntnis, an Information, auch in Bezug auf die Nachbarstaaten und auf die unterschiedlichen Traditionen und Entwicklungen. Anders gesagt: Den Menschen in den postkommunistischen Staaten mangelt es oft an politischer Kultur, an politischer Erfahrung, um ihr Leben auf eigene Weise durch den Aufbau der Selbstverwaltung und gleichzeitig durch freie Kommunal- und Parlamentswahlen mitzugestalten. Zum Beispiel die Polen, die sich doch als erstes Volk, als erste Gesellschaft, schon im Sommer 1989 von der Alleinherrschaft des Kommunismus befreit haben, haben bis heute Probleme mit der Schaffung eines gesunden Parteiensystems, einer arbeitsfähigen, repräsentativen parlamentarischen Vertretung der Mehrheit der Gesellschaft und mit der Etablierung der demokratischen Ordnung.

Gelegentlich spürt man Angst vor der möglichen Bedrohung durch die Rückkehr der kommunistischen Diktatur irgendeiner Art. Ich sehe zwar keine Gefahr eines Rückfalls in den Kommunismus, gleichgültig welcher Prägung – Maos, Trotzki, Stalins oder welcher auch immer. Aber es besteht eine gewisse Gefahr der *neuen Frontenbildung* zwischen nationaler, chauvinistischer Engstirnigkeit der Menschen einerseits und den Begriffen der Toleranz, des Liberalismus, des Christentums andererseits. Es gibt sicher jene hehren, schönen Motivationen, die wir alle anerkennen, ob wir nun gläubig sind oder nicht. Aber diese positiven Motivationen sind nicht unbedingt verwurzelt im Alltagsdenken jener Millionen von Menschen in den

Ländern, die sich jetzt befreit haben. In allen diesen Ländern besteht eine ähnliche Gefahr, wenn sich die Wirtschaftslage verschlechtert. Die Gefahr – wie der namhafte polnische Politiker und Wissenschaftler, der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des Parlaments, Professor Bronisław Gernemek, gesagt hat – einer *totalitären Versuchung*, in der trügerischen Hoffnung, die Ruhe und Zukunftsperspektiven sofort zu erreichen durch irgendwelche Dekrete, harte Maßnahmen, scharfe Entscheidungen. Die demokratische Handlungsweise scheint den Menschen, die autoritär regiert waren, oft zu kompliziert und undurchschaubar. Es ist für uns hier eine Binsenweisheit, dass man die Menschen zur Demokratie erziehen muss. Und das erwünschte Ergebnis kann man – leider – nicht von heute auf morgen erreichen. Hier kommt den meinungsbildenden Institutionen eine große Bedeutung zu, die aber darauf auch nicht ganz vorbereitet sind. Ich denke an die Schulen, an die Medien, an die Kirchen, an alle organisierten Kräfte etablierter Demokratien – Parteien, Vereine, Verbände, Stiftungen, wissenschaftliche Institutionen verschiedener Art. Es besteht sonst die Gefahr, dass der bisherige und in Europa totgeschriebene Klassenkampf wieder durch eine Art nationalen Rassenkampf oder Völkerkampf abgelöst wird, oder was man sich sonst an hirnrissigen Kämpfen der Menschen gegen Menschen ausdenken mag: Neofaschismus, Chauvinismus, Antisemitismus und dergleichen mehr. Solche Tendenzen müssen aber, im Interesse von uns allen in Europa, an der Wurzel bekämpft werden. Wir wissen und erfahren immer aufs Neue relativ viel über die wirtschaftliche Lage und wirtschaftliche Perspektiven der einzelnen Staaten und Regionen, der Branchen und Industriezweige. Welche Faktoren bestimmen aber die geistige und intellektuelle Situation der Menschen aus den postkommunistischen Staaten auf dem Weg in die Zukunft?

Meiner Meinung nach: die Gesinnung, die Überzeugung, die politische Kultur wie auch der Glaube, die Religion. Diese Faktoren haben auch eine wesentliche Rolle im Leben der Menschen in kommunistisch regierten Ländern gespielt, obwohl sie nicht in allen Ländern die gleiche Bedeutung gehabt haben. Die Folgen der unterschiedlichen Situationen aus der Zeit vor 1989 und 1990 wirken bis heute in Polen und in Ungarn, in Tschechien und in der Slowakei, in Rumänien und Bulgarien, in den baltischen Republiken und besonders schwerwiegend in den großen Republiken der ehemaligen Sowjetunion.

Das Hauptproblem für die Menschen im postkommunistischen Teil Europas ist heute, den Mut und die Hoffnung zu haben: nämlich den Mut für die Zukunft und die feste Hoffnung auf die Möglichkeit einer besseren Zukunft der Menschen an dieser Stelle der Welt. Ich glaube, dass jeder

Intellektuelle, der sich in Europa im Jahr 1996 zu Wort meldet, um den Stand der Dinge zu überlegen und über die Hoffnung auf die Zukunft Europas, also über die Zukunft der Menschen in Europa zu reden, moralisch verpflichtet ist, vor dem weiteren Versagen der europäischen Politiker zu warnen. Das, was gerade jetzt, heute, auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien passierte und noch passiert, ist eine bittere Lehre, eine dringende Warnung vor jeder Überheblichkeit bei der Beurteilung der Fähigkeit eines friedlichen Zusammenlebens der Menschen. Es ist auch eine tragische Schau der Kurzsichtigkeit und Ratlosigkeit und der – gleichzeitig diese Ratlosigkeit begleitenden – Heuchelei mehrerer Politiker aus den Staaten der etablierten Demokratie.

Es bleibt uns die Hoffnung auf die gesunden Kräfte in den Menschen, die in Polen, in Ungarn, in Tschechien, aber auch in Slowenien und anderswo ohne Gewaltanwendung und Blutvergießen zu weitgehenden demokratischen Umwandlungen geführt haben. Es bleibt uns die Hoffnung auf die Stärke der gemeinsamen kulturgeschichtlichen Werte, die doch von Millionen Menschen in der harten Zeit der Proben in den diktatorisch regierten Staaten vor 1989 in vielen Fällen bewahrt worden sind. Ist das möglich, ist das überhaupt realistisch?

Aufgrund meiner Lebenserfahrungen in der Zeit der Diktaturen bin ich zu der Devise gekommen: *Sei Realist! Verlange das Unmögliche.*

Ein neuer Anfang für die Völker. Anmerkungen zu Europa aus polnischer Sicht¹

Die Rolle der Wissenschaft und Kultur im Rahmen der neuen europäischen Ordnung muss in der gesamteuropäischen Tradition betrachtet werden. Der Neuanfang, zwar belastet durch das Erbe des Kommunismus, kann aber über das scheinbar Unmögliche hinausgehen.

Zwischen 1983 und 1990 war ich zwölf Semester lang Gastprofessor in der Bundesrepublik, im Freistaat Bayern, mit dem Pass der Volksrepublik Polen in der Tasche als Beispiel der europäischen Zusammenarbeit zwischen Deutschen und Polen. In dieser Zeit glaubten wir alle nicht, dass sich die Verhältnisse so schnell ändern würden. Ich habe mehrmals meinen Studenten an der Ludwig-Maximilians-Universität in München im Geschwister-Scholl-Institut mein Ehrenwort gegeben: Das Imperium wird zerfallen und ihr werdet im vereinigten Deutschland leben. Ich verstand mich gut mit den Studenten, die auch zufrieden waren, mich aber für einen Verrückten, Träumer oder Romantiker hielten. Ein typisch polnischer Katholik, ein bisschen abstrakt. Sehr wenige von diesen Studenten haben etwas über die DDR gewusst. Bei meinem Hauptseminar haben sie etwas über Osteuropa, Schwerpunkt Politische Wissenschaft, und Osteuropa, Schwerpunkt Ostblock, gelernt. In diesem Sinn kam auch die DDR vor. Die Mehrheit von ihnen war nie dort gewesen, mit ganz wenigen Ausnahmen. In diesen zwölf Semestern habe ich erfahren, was die deutschen Studenten, deutsche Akademiker und auch meine Kollegen denken und glauben.

¹ Władysław Bartoszewski, „Ein neuer Anfang für die Völker. Anmerkungen zu Europa aus polnischer Sicht“, in: *Forschung & Lehre* 5/1997, S. 229–232. Gekürzte Fassung des Vortrages, der am 14. März 1997 anlässlich des 47. Hochschulverbandstags in Dresden gehalten wurde.

Keine größeren Sorgen?

Unmittelbar von der Universität wurde ich als Diplomat der neuen Republik Polen nach Österreich berufen. Dies erwähne ich heute aus anekdotischen Gründen. Ich glaube, das war der erste Fall, dass ein bayerischer Professor gleichzeitig Diplomat eines fremden Staates wurde. Laut bayerischer Hochschulordnung war ich bis Oktober 1990 verpflichtet und drei Jahre prüfungsberechtigt. Pünktlich am 31. Juli 1990 habe ich in München mein Seminar beendet. Am 1. August war ich schon mit dem Wagen in Polen, wurde kurz umgeschult, und im September habe ich das Beglaubigungsschreiben in der Hofburg in Wien abgegeben als erster Botschafter der neuen Republik. Das war für meine alten Freunde in Wien eine Sensation. Für mich war das auch eine Sensation. In derselben Zeit war ich noch formell an der Universität in München verpflichtet, gleichzeitig aber polnischer Diplomat.

Ost/West, was soll das?

Versuchen wir offen zu reden über die Probleme, die uns heute besonders interessieren und noch beschäftigen werden: die Rolle der Wissenschaft und Kultur im Rahmen der neuen europäischen Ordnung, in der etwa 100 Millionen Menschen zum ersten Mal nach zwei vollen Generationen mündige Bürger ihrer Länder und mündige Europäer geworden sind. Das kann nur im Rahmen unserer gesamteuropäischen Tradition betrachtet und reflektiert werden. Diese Probleme sind auch eng verbunden mit dem neuen Anfang für die Deutschen zwischen Elbe und Oder, für die Esten, Letten, Litauer, Polen, Slowaken, Ungarn, Rumänen, Bulgaren, Slowenen, aber auch für die Ukrainer oder Weißrussen, die sich zu eigener nationaler Identität bekennen oder, besser gesagt, falls sie sich zu eigener nationaler Identität bekennen. Für alle diese Völker ist das ein neuer Anfang, aber auf der Basis der alten Tradition. Die alte Tradition einerseits, ein Neuanfang andererseits zum Ende des unseligen Jahrhunderts der totalitären und autoritären Systeme und der blutigen Kriege in Europa. Das Jahrhundert des Holocausts und Archipels Gulag. Die alte Tradition ist leicht in Erinnerung zu bringen.

Die älteste deutsche Universität, die älteste Universität deutscher Sprache, ist nicht Heidelberg, die im Jahr 1385 gegründet wurde, sondern Prag aus dem Jahr 1348. Prag liegt auf der Landkarte, wie bekannt, nordwestlich von Wien. Wien liegt östlich oder südöstlich von Prag. Das sind

Binsenweisheiten: Ost/West, was soll das? Die älteste lateinische Universität dieses Raumes ist die Krakauer Akademie. Gegründet 1364, ein Jahr vor der Gründung der Universität in Wien. Diese polnische Hochschule ist bedeutend. Dort war der junge Nikolaus Kopernikus immatrikuliert wie ungefähr 400 Jahre später der junge Karol Wojtyła, in denselben Mauern. Das ist auch Europa und europäische Tradition.

Europäische Patrioten

Ich muss etwas Persönliches, zugleich aber auch Politisches einschieben, was in den deutschen Medien kaum zu finden war, aber pikant ist. Am 11. Dezember des letzten Jahres [1996] wurde ich mit dem Ehrendokortitel der Universität Breslau sehr hoch geehrt. Das wäre nicht weiter wichtig. Anwesend war aber auch der deutsche Generalkonsul, ein Zeichen der neuen Zeiten. Und noch ein deutscher Gast, der den Rektor der Universität vorsichtig gefragt hat, durch den Konsul, ob er erwünscht sei. Daraufhin hat der Rektor mich flüsternd gefragt, ob der Gast meinerseits erwünscht sei. Da habe ich gesagt, sensationell, natürlich, und das war Herbert Hupka. In meiner Ansprache habe ich dann polnisch und deutsch gesprochen und darauf hingewiesen, dass sich in diesen Mauern anfangs eine österreichische Hochschule befunden habe. Auf welche Weise sie durch die Preußen übernommen worden sei, das bliebe ein Streit in der Familie. Jedenfalls sei sie später preußische oder deutsche Hochschule gewesen. Jetzt liegen, seit sie polnische Hochschule geworden ist, schon fünfzig akademische Jahre hinter uns. Gegründet wurde sie durch die Professoren der alten Universität in Lemberg, mit österreichischer Tradition. Auch das ist Europa. Herr Hupka war begeistert, als ich sagte: „Na ja, bitte Herr Hupka, sie sind an der polnischen Universität in Breslau, also in Europa. Wir denken sehr ähnlich, sie sind deutscher Patriot und ich bin polnischer Patriot, wir sind beide europäische Patrioten. Nur weiter so.“ Er war überhaupt nicht gekränkt, er war sehr zufrieden.

Die Studierenden aus unseren Ländern, den Ländern des späteren Ostblocks, waren schon im Spätmittelalter an mehreren italienischen, französischen und deutschen Hochschulen. Auch in der neuesten Geschichte finden wir in der Reihe der Nobelpreisträger, auch in den USA, mehrere Personen oder Persönlichkeiten, die vorher europäische Universitäten besucht haben. Bedeutende Maler, Bildhauer, Komponisten, Musiker und Literaten aus den Ländern des östlichen Mitteleuropa finden wir in allen

seriösen Enzyklopädien. Die einzige Frau, die seit Kurzem im Pariser Pantheon ruht, ist Madame Marie Curie. Zweimal mit dem Nobelpreis gewürdigte Physikerin polnischer Nationalität, französische Staatsbürgerin. Ähnliche Beispiele des internationalen Ruhmes kann man auch aus der Filmwelt nennen. Ungarn, Polen und andere, die als Filmregisseure und Träger der Kultur in der ganzen Welt bekannt sind. In der langen Reihe Heiliggesprochener oder mindestens Seliggesprochener der katholischen Kirche finden wir Namen von Bürgern aller unserer Völker. Auch das ist Europa, kulturelle Bindung und Zugehörigkeit für sehr viele Leute, die nicht unbedingt Wissenschaftler sein müssen. Begreifen wir die Folgen dieser Tradition für heute? Begreifen wir die Chance, die die gesamteuropäische Tradition in der Wissenschaft, in der Kultur, in der hohen Kultur und in der Alterskultur bietet?

Gemeinsame Wurzeln

Es ist heute nicht meine Aufgabe, die spezifischen Probleme und Erfahrungen einzelner Länder vorzustellen. Ich will aber unbedingt auf die gemeinsamen Wurzeln des Guten und des Bösen in unserer neuesten Geschichte aufmerksam machen. Den neuen Anfang haben die Deutschen 1949 zwischen Elbe und Rhein erlebt. Einige andere europäische Staaten schon 1945. Die Österreicher formell erst 1955 nach dem Staatsvertrag. Aber für uns, für die Menschen aus dem sogenannten Ostblock, hat die erste Stunde erst 1989 bis 1991 geschlagen, das sind erst sechs bis sieben Jahre, nicht mehr als sechs Universitätsjahre. Vergleichen darf und soll man also den Stand der Dinge bei uns in den sogenannten Ostblockländern mit dem Stand der Dinge in der damaligen Bundesrepublik von 1955/56, also nicht die jetzigen Schwierigkeiten, sondern diejenigen, die damals zu bewältigen waren. So gesehen steht es nicht so schlimm. Wir haben sehr viel erreicht in dieser Zeit.

Ich bin der Letzte, der die Verdienste der Wissenschaft und Kultur in der Zeit des Kommunismus kleinredet. Es waren Hunderte tüchtige und begabte, sogar geniale Leute, die zwar in ihren Aktivitäten weitgehend behindert waren, aber trotzdem sehr viel geleistet haben. Dies gilt besonders für die Naturwissenschaften und die technischen Wissenschaften, in denen der politische Druck nicht so intensiv war. Dies gilt für Ungarn, die Tschechoslowakei, Polen – natürlich gab es gewisse Unterschiede, nicht nur in der Zeit von Stalin, nach Stalin, Chruschtschow, Breschnew usw., das wissen

wir alle. Es gab auch Unterschiede in den verschiedenen Ländern. In Polen waren 13 Prozent der Professuren und Dozenten in der Partei und fünf Prozent der Studenten. Das ist natürlich nicht zu vergleichen mit dem Druck in einigen anderen Ländern. In diesem Sinn war das kein so großer Verdienst unsererseits, wenn wir in einer so großen und relativ guten Gesellschaft Widerstand leisten konnten. Hinter uns standen eine Menge Menschen, und das war von großer Bedeutung. Natürlich waren diese 15 Prozent der Professoren Rektoren und Dekane. Die 85 restlichen konnten aber 1990 alle möglichen Positionen besetzen, ohne Prüfung oder irgendwelchen Druck, einfach durch freie Entscheidung bei geheimen Abstimmungen.

Wir sind, wenn es um die Inhalte unserer Programme geht, frei geworden. Die Studierenden sind frei und die Professoren sind frei. Die Studierenden setzen dies in ihrem unbedingten Wunsch nach einem Studienplatz um, und daraus resultiert die methodische Unmöglichkeit, alle Fächer auf hohem Niveau anzubieten. Wir wollen das nicht begrenzen, denn es besteht ein gewisser Nachholbedarf. Das ist zu verstehen. Ein Problem ist, ob auch in fünf Jahren oder in vier Jahren ein guter Abschluss erreicht werden kann, um Ingenieur oder Arzt oder Astronom zu werden. Und: Müssen wirklich alle Leute Abitur haben? Als ich im Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität war, gab es 4500 eingeschriebene Studenten im Fach Politische Wissenschaft in München. Alle Prüfungsberechtigten mit mir als Gastprofessor, der eingesprungen ist und einen Lehrstuhl übernommen hat, waren elf Personen. Versuchen Sie, das Problem zu lösen! Gott sei Dank hat die Mehrheit der Studenten geschwänzt, praktisch war nicht mehr als ein Fünftel anwesend. Das kennen wir alle, und diese Probleme müssen natürlich auch bei uns gelöst werden.

Nachholbedarf

Wir haben heute in allen Ostblockländern die Möglichkeit, Journalisten, Soziologen und Fachleute für neueste Geschichte auszubilden. Das war früher ein Defizit, man konnte dies nur studieren, wenn man ein Parteibuch besaß. Natürlich konnte man Geschichte studieren, besonders die alte Geschichte oder die Geschichte des Dreißigjährigen Krieges. Wenn es um das 20. Jahrhundert ging, war es schwieriger, Politische Wissenschaft unmöglich. Soziologie unmöglich, auch nicht-marxistische Philosophie. Jetzt haben

wir in gewissen Fächern Nachholbedarf, das betrifft Prag und Budapest ebenso wie Warschau, Bukarest und St. Petersburg. Hier stehen wir vor besonderen Aufgaben. Die Polen haben eine gemeinsame Universität mit den Deutschen in Frankfurt an der Oder, und die Deutschen haben eine gemeinsame Universität mit den Polen. Von insgesamt 2500 Studenten sind 800 Polen, von den 1700 wohnen viele auf der anderen Seite des Ufers, weil es viel billiger ist. Das schafft aber eine gute Ebene für die Zusammenarbeit der Studenten. Das ist ein positives Beispiel.

Das Deutsch-Polnische Jugendwerk ist auf verschiedene Weise durch Mangel an Geld eingeschränkt, das ist ein allgemeines Problem. Aber die Kontakte und Partnerschaften machen Fortschritte. Es sind Partnerschaften der Hochschulen und der Gymnasien. Erstaunlich ist, dass an erster Stelle dieser Partnerschaften Baden-Württemberg liegt, am Ende Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Es gibt mehrere Lehrstühle der Russistik in Deutschland, aber in der ganzen Bundesrepublik überhaupt keine Möglichkeit, polnische Geschichte und Sprache zu studieren. Nur das Mainzer Polonicum führt Vortragsreihen durch. Manchmal auch die Volkshochschulen. Aber das ist alles ... In Polen haben wir jedoch um 600 000 Gymnasiasten, die als erste Fremdsprache Deutsch sprechen, und die deutsche Sprache steht bei uns an zweiter Stelle nach der englischen. Also gibt es eine Asymmetrie. Diese Asymmetrie betrifft nicht nur Polen, sie betrifft auch viele andere Länder. Ungarisch sprechen in Deutschland sehr wenige Leute, aber Polnisch verstehen einige Millionen.

Das bedeutendste Problem ist das Erbe des Kommunismus für den Menschen, für jeden Menschen. Allerdings muss man bedingt optimistisch bleiben. Besonders, wenn man weiß, dass die Wissenschaft und die Kultur, im polnischen Fall auch die katholische Tradition und die mit der Kirche verbundene Kultur, Literatur, Musik alle dazu geführt hat, sich schnell nach vorne zu bewegen.

Ich bin befreundet mit einem bekannten Philosophen, der auch Science-Fiction-Autor ist, Stanisław Lem. Ihn habe ich oft gefragt, was uns in der Zukunft wohl erwartet. Er hat mir gesagt, ich weiß, dass man über die Zukunft nichts sicher voraussagen kann. Aber sicher sei eins, nämlich das Unmögliche. Deswegen bin ich bedingt optimistisch, dass das, was wir heute für kaum möglich halten – und Ältere von uns haben schon einige Überraschungen erlebt in den letzten Jahrzehnten – möglich sein wird. Bedingt optimistisch bin ich auch, dass die Hochschulen in der Bundesrepublik und die Hochschullehrer und jungen Assistenten sowie engagierte Studenten sehr viel dazu beitragen können. Auch wenn sie das nicht unbedingt jetzt verstehen, sie werden es aber im Laufe der Zeit verstehen.

Auf dem Weg nach Europa¹

Menschen verschiedener Ansichten und politischer Einstellungen in Deutschland wie in Polen beurteilen die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen als sehr gut. Ich meine, dass es präziser wäre zu sagen, dass sie sich auf dem besten Weg der Stabilisierung befinden. Stabilität, Normalität und Selbstverständlichkeit in Beziehungen zwischen Staaten im Allgemeinen und im Besonderen zwischen Nachbarstaaten erreicht man durch den wachsenden Kontakt zwischen den Menschen bzw. den Bürgern dieser Nachbarstaaten. Es geht dabei nicht so sehr um die zugrunde gelegten Institutionen und um politische Regulierung, sondern um eine ganze Palette anderer Bereiche wie: Wirtschaftsbeziehungen, wissenschaftlicher Austausch, Kontakte zwischen Partnerstädten, Vereinen, gesellschaftlichen Organisationen und im Besonderen der Schulen, Entwicklung des Tourismus, aber vor allem geht es um das grundlegende Verständnis für das, was ähnlich ist und verbindet, und für das, was anders, unterschiedlich ist und deshalb gerade interessant wirkt. Die Kunst und ihre Werke – klassische und moderne Musik, Theater und Film – übernehmen eine besonders wichtige Mittlerrolle. Den Gedankenaustausch und das Vermitteln von menschlichen Empfindungen ermöglicht wohl am besten die Literatur, die literarische Tradition und das zeitgenössische Literaturschaffen. In keinem Land Europas, in keinem Land der Welt werden so viele wichtige polnische Werke übersetzt wie in Deutschland. In den letzten 40 Jahren – das sind zwei Generationen – ist dies in enorm hohem Maße mit einer Mission, einem Talent, mit dem Literaturverstand eines einzigen Menschen verbunden – einem Menschen gleich einer Institution. Jeder, der in Polen einen tieferen Einblick in die gegenwärtigen Beziehungen zwischen unseren beiden Nationen hat, weiß sofort, wen ich damit meine, natürlich Karl Dedecius.

¹ Władysław Bartoszewski, „Auf dem Weg nach Europa. Laudatio anlässlich der Verleihung des Andreas-Gryphius-Preises an Karl Dedecius am 11. Juni 1997 in Glogau/Głogów“, in: *Setze den ersten Schritt*, hg. v. der Robert Bosch Stiftung und dem Deutschen Polen-Institut, Stuttgart/Darmstadt 1997/1998, S. 30–34.

Die Künstlergilde in Esslingen entdeckte dieses Talent bereits 1962. Damals 41-jährig und ein Liebhaber der Literatur, verlieh man ihm den Förderpreis. 35 Jahre später kann man sagen, dass die damalige Entscheidung der Gilde sehr weitsichtig war. Die diesjährige Verleihung bestätigt dies vollkommen und beweist die Klugheit der Jury.

Als ich 1986 die Ehre hatte, in Frankfurt am Main den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels entgegennehmen zu dürfen, nutzte ich die Situation als Preisträger, um die Jury auf Menschen aufmerksam zu machen, die sich um den Frieden und die harmonische Zusammenarbeit der Völker besonders verdient gemacht haben. Ich rief dazu auf, Václav Havel und Karl Dedecius für ihr Werk auszuzeichnen. Alleine schon das Erwähnen dieser beiden Namen in einem Zuge zeigt, auf welchem Niveau das Verdienst des heute Geehrten – in meinen Augen – gesehen werden muss. Mit meiner Meinung stand ich nicht alleine, und so wurde 1989 im Mai, also einige Monate vor dem politischen Umbruch in der damaligen Tschechoslowakei, Václav Havel mit diesem Preis bedacht. 1990, ein Jahr darauf, erhielt Karl Dedecius den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. Dies war von großer Wichtigkeit und ein schönes Symbol, im Jahr der Deutschen Vereinigung, der ersten Kontakte zwischen dem neuen Deutschland und dem neuen Polen, im Jahr der grundlegenden Veränderungen in den Beziehungen zwischen dem geeinten deutschen Staat und der jetzt souveränen Republik Polen. Den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhielten vor Dedecius nicht nur Schriftsteller, es wurden mit ihm ebenso außergewöhnliche Persönlichkeiten von internationalem Rang in Politik und Wissenschaft geehrt. Um nur einige Beispiele zu nennen, es waren darunter: Albert Schweitzer, Romano Guardini, Karl Jaspers, Carl Friedrich von Weizsäcker, Kardinal Augustin Bea, Janusz Korczak (posthum), Frère Roger, George F. Kennan und Teddy Kollek. Karl Dedecius war und ist kein Politiker. Aber sein Beitrag und Verdienst innerhalb der Kunst und Literatur war ohne Zweifel von politischer Tragweite an der Schwelle zu einem neuen historischen Abschnitt in der gemeinsamen deutsch-polnischen Geschichte.

Die Polnische Bibliothek, herausgegeben im Suhrkamp Verlag, die ohne Dedecius nicht existieren würde, ist heute vielen Polen gut bekannt. Das Deutsche Polen-Institut in Darmstadt gehört in Sachen polnische Kultur zu den wichtigsten Adressen in Deutschland. Besonders große Verdienste werden Karl Dedecius – so meint der wohlwollende Klatsch – bei der Präsentation der schwierigen und schönen Dichtung Wisława Szymborskas im deutschsprachigen Raum zugeschrieben, woraufhin ihr 1996 der Nobelpreis für Literatur zuerkannt wurde.

Aus eigener Erfahrung kenne ich die Gerüchteküche um die Verleihung des Literaturnobelpreises und dessen Verbindung mit Dedecius: Es war wohl 1979 oder zu Beginn des Jahres 1980, als mich mein schwedischer Freund, ein einflussreicher Journalist des Tageblattes *Dagens Nyheter*, Bengt Holmqvist, in Warschau besuchte. Ich war damals Generalsekretär des Polnischen PEN-Clubs, und er stand dem Nobelpreiskomitee in Stockholm nahe. Er unterhielt sich mit mir über Person und Werk Czesław Miłosz' und berief sich auf die ihm bekannten Übersetzungen von Karl Dedecius. Im Oktober 1980 wurde Czesław Miłosz der Nobelpreis für Literatur verliehen.

Die direkt und indirekt spürbaren Verdienste Karl Dedecius' um die polnische Kultur sind in Polen wohl bekannt. Seine Geburtsstadt Lodz gab ihrer Anerkennung für den außergewöhnlichen Spross mit der Auszeichnung als Ehrenbürger Ausdruck und die Universität verlieh ihm den Ehrendokortitel. Zuvor wurde ihm diese Ehrung bereits durch die Katholische Universität Lublin zuteil. Verschiedene Wissenschaftsvereine ernannten ihn zum Ehrenmitglied. Der anerkannte und geschätzte Karl Dedecius arbeitet indes 70- wie auch 75-jährig, fleißig wie eine Biene und unermüdlich ruhig und fruchtbringend weiter. Seine siebenbändige Ausgabe *Panorama der polnischen Literatur des 20. Jahrhunderts* wäre wohl ausreichend für ein ganzes Lebenswerk und ist doch nur ein Bruchteil dessen. Als Angehöriger derselben Generation und wie er Abiturient im Mai 1939 möchte ich sagen: Mach weiter so!

Natürlich denkt jeder von uns an Nachfolger, das Verantwortungsgefühl verpflichtet uns dazu. Wir fühlen uns aber auch dazu verpflichtet, weiterhin, jeder auf seine Art und Weise, Brücken zu bauen – bis zum letzten Atemzug. Wir haben uns weder die Epoche noch die eigene Biografie ausgesucht. Wir sind jedoch dazu entschlossen, aus unseren Erfahrungen – seien es schlechte oder gute – konstruktive Schlüsse zu ziehen. Wir als Europäer und Vertreter der Generation Karol Wojtyła's und Karl Dedecius'.

Es ist erfreulich und bestätigt jeden einzelnen in seinem Tun, wenn das eigene Werk und die damit verbundenen Anstrengungen von klugen Menschen gewürdigt und geschätzt werden.

Mit Sicherheit ist Karl Dedecius über die Auszeichnung mit dem Andreas-Gryphius-Preis 1997 erfreut. Wir alle freuen uns mit ihm. Denn es ist auch ein positives Zeichen der Zeit: Vor 100, 50 oder auch zehn Jahren wäre eine solche deutsch-polnische und polnisch-deutsche Feierlichkeit in Głogów/Glogau nicht möglich und einfach unvorstellbar gewesen. Und trotzdem ist am Ende des blutigen 20. Jahrhunderts, dem Jahrhundert, das für viele Polen, Deutsche und Millionen Menschen anderer Nationen geprägt

war von Blutvergießen und Tränen, ein solches Fest möglich geworden. Ein Faktum, an dem wir alle teilhaben. Dies ist auch das Verdienst konkreter Persönlichkeiten, zu denen Karl Dedecius hinzuzurechnen ist. Als ich mir schon vor Jahren Gedanken über seine Rolle innerhalb der deutsch-polnischen und polnisch-deutschen Beziehungen auf dem Weg zum vereinten Europa gemacht habe, kam ich zu dem Schluss: Gott sei Dank gibt es Karl Dedecius! Gäbe es ihn nicht, müsste man sich ihn, im Interesse unserer beiden Völker, ausdenken und erschaffen. Unsere herzlichsten Glückwünsche dem diesjährigen Andreas-Gryphius-Preisträger!

Erwin Teufel

Einführung¹

Es ist mir eine große Freude, dass ich heute Abend bei dieser Vortragsveranstaltung der Robert Bosch Stiftung dabei sein darf, um einen guten Freund Deutschlands und Baden-Württembergs begrüßen zu dürfen, Professor Władysław Bartoszewski. Polen und Deutschland, was für ein Verhältnis, was für eine Nachbarschaft in diesem Jahrhundert. Die Deutschen haben den Zweiten Weltkrieg begonnen, und Polen hat nicht nur unter dem Abkommen zwischen Hitler und Stalin gelitten, sondern Jahrzehnte länger als wir an den Folgen des Zweiten Weltkrieges getragen. Konrad Adenauer hat uns ein großes Vermächtnis hinterlassen. Er sagte, wir müssten uns versöhnen mit allen unseren Nachbarn, vor allem aber mit Frankreich, mit Polen, mit dem Volk und dem Staat Israel. Niemand hat dieses Vermächtnis als Institution so ernst genommen wie die Robert Bosch Stiftung. Ich sage das mit großem Respekt und mit voller Anerkennung.

Jahre vor anderen haben Sie junge Polen nach Deutschland eingeladen, Seminare veranstaltet, Deutschlehrer eingeladen, den Studentenaustausch gefördert, die polnische Literatur in Deutschland gefördert. Es hat viele Einzelne gegeben, die sich dieser Aufgabe angenommen haben, aber als Institution vor allem die Robert Bosch Stiftung, übrigens auch der beiden anderen Anliegen, des Verhältnisses zu Frankreich und des Verhältnisses zu Israel. Ich möchte für diesen unersetzlichen Dienst, den nur

¹ Professor Władysław Bartoszewski sprach am 31. März 1998 auf Einladung der Robert Bosch Stiftung innerhalb der Vortragsreihe „Umbrüche und Aufbrüche – Europa vor neuen Aufgaben“ in der Stuttgarter Liederhalle. Unter dem Titel „Der schwierige Weg der deutsch-polnischen Aussöhnung und die vielversprechende Perspektive an der Jahrhundertsschwelle“ zeichnete der ehemalige polnische Außenminister sein persönliches Bild von der Annäherung zwischen Polen und Deutschen vor dem Umbruch in Polen 1989 und von der Nachbarschaft und Partnerschaft seit der Wende. Der Historiker und überzeugte Europäer sieht die Aussöhnung und Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten an der Spitze des europäischen Friedensprozesses. Erwin Teufel, Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, würdigte die Lebensleistung Bartoszewskis und bezeichnete ihn als Brückenbauer in der deutsch-polnischen Versöhnung. Erwin Teufel, „Einführung“, in: Władysław Bartoszewski, *Der schwierige Weg der deutsch-polnischen Aussöhnung und die vielversprechende Perspektive an der Jahrhundertsschwelle*, hg. v. der Robert Bosch Stiftung, Stuttgart 1998, S. 7–12.

Stiftungen wahrnehmen können und den ein Staat, besonders in den Verhältnissen der ersten 40 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, gar nicht wahrnehmen konnte, ein herzliches Wort des Dankes aussprechen.

Professor Bartoszewski, was für ein Leben: Jahrgang 1922, eingebettet in die unsägliche Geschichte dieses Jahrhunderts. Mit 18 Jahren war er im KZ in Auschwitz, und es erschüttert einen noch heute, wenn man erfährt, dass beim ersten Appell am nächsten Morgen der deutsche Lagerkommandant gesagt hat: „Dort drüben seht Ihr den Kamin, das ist der einzige Ausgang aus Auschwitz!“ 13 Jahre seines Lebens saß Professor Bartoszewski im Gefängnis, unter Hitler, unter Stalin und unter Jaruzelski. Gesundheitlich angeschlagen, versehrt ein Leben lang, aber aufrecht und ungebrochen als Mensch, als Demokrat hat er sich im „Dritten Reich“ für jüdische Mitbürger eingesetzt. Und auf ihn trifft zu, was im Talmud steht: Wer auch nur ein Leben rettet, dem wird es angerechnet, als rettete er die ganze Welt. Es ist ihm ein Baum gepflanzt vor Yad Vashem in Jerusalem, an der Straße der Gerechten aller Völker.

Eines seiner Bücher ist überschrieben mit dem Titel *Es lohnt sich, anständig zu sein*. Ich glaube, das kann man über sein Leben schreiben. Einer, der nicht verbittert war, sondern der zur Versöhnung bereit war. Als Schriftsteller, er war Präsident und Generalsekretär des polnischen PEN, und als Historiker nannte er die Dinge beim Namen und verschwieg sie nicht. Er war aber, wie wenige andere, zur Versöhnung bereit, geistig führend, politisch in der „Solidarność“-Bewegung, als Diplomat seines Landes tätig, als die große Zeitenwende in Europa kam.

Und ich betrachte noch heute die Überwindung der Spaltung Europas als ein so großes Ereignis wie die Überwindung der Spaltung Deutschlands und unserer Hauptstadt Berlin. Dieses Europa, wie es sich in den Römischen Verträgen nach 1958 zusammengefunden hat, war das Resteuropa, Westeuropa. Es musste sich öffnen nach Südeuropa. Es musste sich öffnen nach Nordeuropa. Es kann sich heute öffnen und muss sich deshalb auch öffnen nach Südosteuropa und nach Osteuropa. Und es ist eine besonders schöne Fügung, dass der Vortrag von Professor Bartoszewski heute an dem Tag stattfindet, an dem die Europäische Union mit sechs Nachbarländern die Verhandlungen über einen Vollbeitritt aufgenommen hat, darunter mit Polen.

Es bleibt politisch noch viel zu tun. Es heißt, der Weg der deutsch-polnischen Versöhnung sei schwierig, aber es bieten sich großartige Chancen am Ende dieses blutigen Jahrhunderts. Und das bringt der zweite Teil des Vortragstitels zum Ausdruck: Die Perspektive an der Jahrhundert-schwelle ist vielversprechend. Wir haben heute die Chance, sind aber auch

in der Verantwortung, an der Schwelle zum nächsten Jahrhundert dafür zu sorgen, dass im Interesse unserer Kinder und Enkelkinder das 21. Jahrhundert so aussieht, wie die zweite und nicht wie die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts. Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts ist geprägt von zwei europäischen Bürgerkriegen, die zu Weltkriegen wurden mit Millionen Toten und Auswirkungen für jede Familie in Polen und Deutschland bis zum heutigen Tag. Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde für uns, für die Deutschen, die längste Periode des Friedens in unserer Geschichte. Zum ersten Mal wächst nicht nur eine erste, eine zweite, inzwischen eine dritte Generation in unserem Land heran im Frieden, während die Generationen unserer Väter und Großväter alle in den Krieg ziehen mussten. Dies ist eine großartige Chance, die wir nutzen müssen, eine Aufgabe, die wir auch nicht allein den Regierungen überlassen dürfen.

Im deutsch-französischen Verhältnis sehen wir ganz genau, was zu tun ist. Wir haben inzwischen seit 30 Jahren den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag und regelmäßige Konsultationen, und dieses deutsch-französische Verhältnis ist wirklich zum Nukleus der europäischen Einigung geworden, bis in diese Tage der Entscheidung über die europäische Währungsunion. Aber es ist nicht eine Sache der Regierungen und des Freundschaftsvertrages geblieben, die deutsch-französische Freundschaft ist verankert in den Herzen der Menschen, nicht zuletzt, sondern zuerst durch Hunderte von Städtepartnerschaften, durch Schüleraustausch, durch Praktikantenaustausch, durch Studentenaustausch, durch eine offene Begegnung im kulturellen Bereich zwischen unseren Ländern.

Und da liegt die Aufgabe in Richtung Polen, über die Notwendigkeit engerer politischer Beziehungen, die Aufnahme Polens in die nordatlantische Wertegemeinschaft und in die Europäische Union hinaus. Deswegen freue ich mich, dass zwar nicht der erste Besuch, aber der offizielle Besuch von Professor Bartoszewski als Außenminister in unserem Land vor zweieinhalb Jahren so reiche Früchte getragen hat: Deutsch-polnische Kulturwochen über ein halbes, dreiviertel Jahr hinweg in unserem Land mit über 140 kulturellen Veranstaltungen, mit einer großen Inszenierung in unserer Oper in Stuttgart, mit Polen als Gastland bei der CMT, der großen Touristikmesse, mit Polen als Gastland in einem Monat bei der Eröffnung des Bodensee-Festivals. Dass wir inzwischen 20 Städtepartnerschaften haben, 20 Hochschulpartnerschaften und auch sehr viele Schulpartnerschaften, ist sehr erfreulich. Diesen Weg, den die Robert Bosch Stiftung mit Millionenbeträgen und vielen Ideen vorangegangen ist, müssen wir nun auch als Volk begehen.

An eine nette Geschichte erinnere ich mich, und weil sie eine der schönsten Anekdoten meines politischen Lebens ist, möchte ich sie Ihnen nicht vorenthalten: Als Professor Bartoszewski auf meine Einladung hin vor 15, 16 Jahren in schwierigster Zeit zu Besuch in Stuttgart war, habe ich ihn nicht nur mit den damaligen Abgeordneten-Kollegen im Landtag zusammengebracht, sondern auch mit den Chefredakteuren unseres Landes. Wir saßen zusammen, und ein Chefredakteur hat dann in fast leidendem Ton zu Professor Bartoszewski gesagt, Polen habe eine besonders schwierige geopolitische Lage zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Die Antwort war: „Ja, es ist wahr, Polen hat eine besonders schwierige geopolitische Lage zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Es gibt nur ein Land, das eine noch schwierigere geopolitische Lage hat, das ist die Sowjetunion zwischen Polen und China.“

Inzwischen sind Jahre der Entwicklung ins Land gegangen, einer ganz außerordentlich erfreulichen politischen Entwicklung. Aus dem Häftling, aus dem Geschundenen und Gefolterten ist der geworden, der mit seinen Landsleuten zusammen die Chance ergriffen hat, die sowjetische Hegemonie ebenso abzuschütteln wie die kommunistische Heilslehre, mit der sein Volk vergewaltigt worden ist. Es ist der Mann daraus geworden, der in Deutschland Gastvorlesungen gehalten hat, hier jahrelang gelehrt hat an der Universität München und an der Universität Eichstätt, es ist der Heinrich-Heine-Preisträger und der Preisträger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels daraus geworden. Ebenso war er polnischer Außenminister und Botschafter seines Landes in Österreich, und jetzt, in neuer Verantwortung, mit 76 Jahren der gerade gewählte Senator seines Landes und Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des polnischen Senats – ein Freund unseres Landes, den wir als Brückenbauer bezeichnen können und der in unserem Land immer mit besonderer Herzlichkeit willkommen ist. Morgen darf ich ihm die Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg überreichen, heute das Wort. Herzlich willkommen, lieber Freund Bartoszewski.

Der schwierige Weg der deutsch-polnischen Aussöhnung und die vielversprechende Perspektive an der Jahrhundertsschwelle¹

Nach einer solchen Einführung ist man in Verlegenheit. Ich habe nämlich keinen fertigen Text mitgebracht und werde frei über Verschiedenes sprechen. Aber zuerst muss ich natürlich diese Lobesworte ein bisschen relativieren und mich auch gleichzeitig bei Ihnen, Herr Ministerpräsident, bedanken. Mein lieber Freund, Ministerpräsident Teufel, hat ein wenig übertrieben. Ich war in meinem Leben nur acht Jahre in Haft, nicht dreizehn. Doch ich rechne diese acht Jahre ab und bin auf diese Weise ein rüstiger 68jähriger Parlamentarier. In diesen Jahren im Gefängnis habe ich zweifelsohne sehr moralisch und sittlich gelebt, blieb somit unverbraucht.

Ehe ich zum eigentlichen Thema übergehe, möchte ich einige Dankesworte an dieses Land aussprechen. Baden-Württemberg ist für mich nämlich kein Bundesland wie jedes andere. Baden-Württemberg ist für mich als Pole der Generation, in der viele von uns Deutsch im Gymnasium gelernt und zugleich die deutsche Literatur, Kultur und Geschichte kennengelernt haben, ein kulturhistorischer Begriff. Meine deutschen Sprachkenntnisse stammen aus einem katholischen Gymnasium in Warschau, das ich im unglücklichen Jahr 1939 im Mai absolviert habe. Wer etwas über Deutschland wusste, kannte natürlich auch die älteste Universität in Heidelberg, die nur 21 Jahre nach unserer in Krakau gegründet wurde. Die Kenntnisse gingen aber noch weiter zurück, zum Beispiel zu dem Dichter Georg Herwegh, der in Stuttgart geboren und in Baden-Baden gestorben ist und Autor war. Ich spreche von einem moralisch-politischen Beitrag in Versform: „Polens Sache, deutsche Sache“ – März 1846. Etwas Ähnliches konnte man vor wenigen Tagen auch im Bundestag hören (bezüglich der NATO-Osterweiterung). Es ist auch eine deutsche Sache, deutsches Interesse und deutsches Anliegen, Polen jetzt zu unterstützen. Lange musste man auf eine solche

¹ Władysław Bartoszewski, *Der schwierige Weg der deutsch-polnischen Aussöhnung und die vielversprechende Perspektive an der Jahrhundertsschwelle*, hg. v. der Robert Bosch Stiftung, Stuttgart 1998, S. 15–39.

Entwicklung warten, aber gerade die hohen Geister, die Freiheitskämpfer, die Revolutionäre aus Baden und aus der Pfalz von damals haben viel verstanden. Der junge polnische General Ludwik Mierosławski, der am 9. Juni 1849 in Karlsruhe bei dem republikanischen Aufstand in Baden und der Pfalz das Kommando übernommen hatte, stellt ein weiteres Beispiel dar. Er hatte zwar verloren, doch kämpfte er für die gute Sache. Später war Baden-Württemberg für uns das Land, wo beispielsweise das Maximilian-Kolbe-Werk in Freiburg gegründet wurde, eine Institution mit bedeutenden humanitären Aktivitäten, oder wo die „Gesellschaft zur Förderung von Studienaufenthalten polnischer Studierender in Deutschland“ (GFPS) entstanden ist. Jetzt gibt es schon Hunderte ehemalige polnische und deutsche Stipendiaten, die unter anderem auch im Auswärtigen Amt in Deutschland und in Polen arbeiten. Das sind gute Folgen guter Taten. Auch das Engagement junger Studenten im Rahmen der katholischen „Pax-Christi-Bewegung Deutsche Sektion“ mit Reinhold Lehmann, der 13 Jahre an der Spitze dieser Organisation stand, gilt es hier zu nennen. Dieser hat sehr viel für die Annäherung der Menschen aus unseren beiden Ländern in den siebziger und achtziger Jahren geleistet. Und natürlich will ich seinen älteren Bruder, Bischof Karl Lehmann, erwähnen, mit dem ich die Ehre habe, befreundet zu sein, und der in Polen wohlbekannt ist. Wenn ich schon in meinem eigenen Namen spreche, muss ich auch Hans Maier nennen, einen Alemannen aus Freiburg, der meine ganze wissenschaftliche Karriere in Deutschland durch den Ruf an die Ludwig-Maximilians-Universität nach München aufgebaut hat und dessen Vertreter auf seinem Lehrstuhl ich wurde, während er Kultusminister war.

Ich habe also persönlich vielen Menschen und der Tradition dieses Landes zu danken. Dem ersten Politiker der CDU in Baden-Württemberg, den ich so gut kenne und mit dem ich bis heute enge Beziehungen pflege, möchte ich danken, nämlich dem jetzigen Ministerpräsidenten. Er hat in der Einführung meinen Besuch 1981 in Stuttgart angedeutet. Es war so, wie er gesagt hat, und noch mehr. Er wollte sich damals politisch informieren. Gerade wenige Monate vor meinem Besuch war die polnische Gewerkschaftsbewegung „Solidarność“ in Danzig entstanden, die im November 1980 registriert wurde. Mein Besuch in Stuttgart fand am 9. Februar 1981 statt. Ich hatte vorher Signale durch Hans Maier erhalten. Während einer Sitzung der Landtagsfraktion der CDU bei geschlossenen Türen habe ich zwei Stunden lang Herrn Teufel, der damals Fraktionsvorsitzender war, und weiteren interessierten Abgeordneten über das Ausmaß des Geschehens in Polen berichtet. Meine These war folgende: Wenn sich 10 Millionen Menschen in einem Land, wo 34 Millionen leben, von denen etwa 23 Millionen

über 18 Jahre alt sind, nach 40 Jahren Kommunismus innerhalb eines Monats organisieren, dann kann man das nicht mehr rückgängig machen. Man kann es begrenzen, unterdrücken, verteufeln, beschimpfen, aber es rückgängig zu machen, ist nicht möglich. Nach meiner tiefen Überzeugung hat es schon 1980 angefangen. Ich habe mich nicht geirrt, obwohl diese Freiheitsbewegung nach kurzer Zeit unterdrückt wurde. Mehrere von uns, ich zum Beispiel zusammen mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Tadeusz Mazowiecki und dem jetzigen Außenminister Bronisław Geremek, waren im selben Internierungslager für Intellektuelle inhaftiert. Dies war sehr gut gedacht, da wir so keinen „negativen“ und „schädlichen“ Einfluss auf die Arbeiterschaft ausüben konnten. Doch wir haben uns gegenseitig ermuntert. Keiner von uns hat damals damit gerechnet, dass einer von uns jemals irgendwelche staatlichen Posten übernehmen würde. Das war nicht unsere Absicht. Unsere Idee damals war, der Sache selbst zu dienen. Dass sich die späte Gerechtigkeit so entwickelt hat, dass Bartoszewski schon Minister a. D. und Geremek Minister im Dienst ist, das ist dem Herrgott zu verdanken, der Tapferkeit vieler anonymer Einzelner und dem Durchhaltevermögen unterschiedlicher Gruppen von Menschen. Und die erste CDU-Gruppe, die sich so umfangreich über Polen informiert hat, kam aus diesem Bundesland. Später habe ich mit Alois Mertes und weiteren Politikern in Bonn gesprochen. Dass meine Reise 1981 in Stuttgart angefangen hat, werde ich nie vergessen.

Inzwischen ist geschehen, was eigentlich nicht geschehen konnte, aber das Leben ist eben so. Mein großer Landsmann und Freund, Stanisław Lem, ein in Deutschland ziemlich bekannter polnischer Schriftsteller, nicht nur Science-Fiction-Autor, sondern auch Philosoph, hat einmal gesagt: „Was die Zukunft betrifft, ist alles unklar. Eines ist sicher, es wird anders gehen, als wir heute glauben.“ In diesen Jahren waren wir alle fest davon überzeugt, dass eine grundsätzliche Wende moralisch und politisch begründet sein wird. Dass aber diese Wende so schnell kommen würde, haben wir nicht geahnt, obwohl wir bereits einige politische Erfahrungen hatten. An dieser Stelle möchte ich mich auf einen nicht katholischen, sondern agnostischen, aber guten polnischen Schriftsteller, Kazimierz Brandys, berufen. Sein *Warschauer Tagebuch* wurde auch in Deutschland publiziert. Er war im Juni 1989 dabei, als der am 16. Oktober 1978 neu gewählte Papst Johannes Paul II. Warschau besuchte. Ich unterstreiche, ein ungläubiger Mensch, und er schrieb in diesem Tagebuch: „Wie ich hörte, wird Johannes Paul II. sich vom Flughafen Okęcie mit einem Hubschrauber über die Stadt erheben und dann auf dem Siegesplatz niedergehen. Der heilige Vater im Himmel über Warschau schwebend, ein polnischer Papst, der aus den Wolken her-

absteigt direkt ins Herz der Hauptstadt, man rede mir bitte nicht von Visionen der Romantiker und Surrealisten, ein solches Bild hätte kein Dichter ersinnen können.“ Der Anfang des Umbruchs war somit sicher für uns das Jahr 1978 mit der Papstwahl und der ersten Predigt dort im Herzen Warschaus im Juni 1979 vor einer Million Menschen, die zur ersten freien Veranstaltung in der kommunistischen Zeit in der Geschichte der Volksrepublik gekommen waren. Viele waren gekommen, auch ich war dabei, und hatten dann gehört: „Habt keine Angst. Komm, Heiliger Geist, und ändere das Antlitz dieser Erde.“ Und das war schon alles. Die kommunistische Lehre war in diesem Moment wie Schnee von gestern. Millionen Menschen schauten sich um und dachten, der denkt so wie ich, der ist auch hierher gekommen: mein Nachbar, der aus der nächsten Straße, das kleine Parteimitglied und der verängstigte Berufssoldat. Alle sind da, aus freier Entscheidung.

Wir entscheiden uns für etwas Neues, für unsere Rechte, unsere Menschenrechte, keine Sonderrechte. Dies ist ein neuer Anfang für die jetzige Generation. Meine ältere Generation hat schon mehrere Aufbrüche erlebt, wie in Posen 1956 oder wie die blutige, fast revolutionäre Erhebung der Arbeiterschaft in Danzig 1970, zu Anfang finanziell und wirtschaftlich motiviert, jedoch schon mit Freiheitsparolen verbunden. Auch die Erhebung im Juni 1976 und zwei Jahre später dann die Papstwahl waren Etappen auf dem Weg meines Landes zur Unabhängigkeit. Was Georg Herwegh visionär geschrieben hat, entsprach plötzlich der Wahrheit: Die Freiheit der Polen und der Deutschen ist unteilbar. Man konnte sich nicht die Freiheit der DDR ohne Polens Freiheit vorstellen. Man konnte sich auch nicht rational und politisch die Freiheit und Souveränität Polens ohne einen wiedervereinigten, demokratischen deutschen Rechtsstaat vorstellen. Als die Deutschen noch überlegten, was wohl Polen und natürlich Frau Thatcher in London und die Franzosen zur Wiedervereinigung meinen werden, da waren wir uns schon sicher: Wir brauchen eine vereinigte Republik Deutschland an unserer Westgrenze, als NATO-Mitglied ohne Sonderregelungen für die DDR-Gebiete, mit normalen deutschen Truppen, mit normaler deutscher Verwaltung, mit normaler deutscher Aufteilung der Länder und mit einer normalen deutschen Bundesregierung. Die polnische Opposition von damals war klug genug, um zu verstehen, dass es ohne ein starkes und demokratisches Deutschland kein freies Polen gibt. Das ist auch jetzt und für die weiteren Jahre von Bedeutung.

Den Weg habe ich als schwierig bezeichnet. Ein Meer von Tränen und Blut war zwischen uns. Auf die ältere Vergangenheit will ich gar nicht zurückgreifen. Diese historische Vergangenheit betrifft in sehr begrenztem

Umfang die südlichen Bundesländer Deutschlands, sie betrifft vor allem Preußen und die preußische Politik vom Ende des 18. Jahrhunderts bis 1918. Preußen hat zusammen mit dem russischen Zaren den polnischen Staat einfach von der Landkarte gelöscht in der falschen Überzeugung, die Sache sei beendet, der Fall erledigt. Dann erlebten die Russen vier polnische Aufstände in drei Generationen. Die Deutschen versuchten unter Bismarck, die Polen zu germanisieren. Sie haben dabei aber vergessen, dass die Germanisierung zugleich gegen das Polentum und gegen die katholische Kirche im Rahmen des Kulturkampfes gerichtet war. Daran haben sie sich die Zähne ausgebissen. Die Kirche war nämlich ein starker Faktor in der polnischen Geschichte. 1918 gab es einen Aufstand in Posen und Westpolen. Deutsche Bürger, preußische Bürger und ehemalige deutsche zwangseingegliederte Soldaten waren plötzlich Polen und wollten das gemeinsame Land aufs Neue aufbauen. Und sie haben das gemeinsame Land aufgebaut, das 1939 schon nach einer Generation als erstes Land der Welt zu Hitler „Nein“ gesagt hat. Das bedeutet, dass wir organisatorisch leistungsfähig waren – im Gegensatz zu anderen Meinungen über die Polen.

Viele Deutsche verstehen die polnischen Besonderheiten nicht, und viele Polen verstehen auch die deutschen Besonderheiten nicht. Versteht man ein bisschen die Italiener, kann man auch besser die Polen verstehen. Sie sind lustig, nicht immer seriös, an sich sympathisch, es läuft nicht alles so ab, wie man denkt, die Regierung ändert sich in jedem Jahr oder in jedem zweiten, und niemand interessiert sich zu sehr dafür. Die Geschäfte laufen gut, der Staat ist von Bedeutung. Niemand bezweifelt, weder in der NATO noch in der Europäischen Union, dass Italien von Bedeutung ist. Wir mögen die Italiener, die Italiener mögen die Polen. Wir haben keine gemeinsame Grenze, aber wir haben eine gemeinsame Kirche, gemeinsame lateinische Wurzeln unserer Kultur, gemeinsame Tendenzen im Denken. In der polnischen Sprache gibt es Tausende Wörter lateinischer Herkunft wie auch sehr viele deutscher Herkunft. Denn die lieben Menschen, die uns Latein gebracht haben, waren oft Benediktiner aus Deutschland oder Böhmen, aus Mähren, aus Österreich, aus dem Donauraum oder aus Bayern, auch aus Regensburg, aus ganz unterschiedlichen Ecken des damaligen vereinten Europa. Unsere Tradition basiert auf der lateinischen Kultur, den lateinischen Begriffen, dem römischen Recht und der europäischen Kunst, nicht nur der Antike, sondern auch des Mittelalters. Veit Stoß aus Nürnberg beispielsweise hat – man könnte sagen als Gastarbeiter in Polen – 20 Jahre lang all die Altäre und verschiedenen anderen Kunstgegenstände geschaffen und war glücklich gewesen. Er hat alle möglichen Krakauer Damen als Engel und Engelchen porträtiert, eine Krakauer Bürgerin stand sogar Modell für

die Heilige Mutter. In Nürnberg war er danach leider ganz unglücklich, weil man ihn wegen seiner Schulden an den Pranger gestellt hat.

Diese damaligen Bindungen der Kultur haben eine feste Grundlage im heutigen Denken geschaffen. Wir sind nicht so unterschiedlich, wie wir oft annehmen. Mein Freund Hans Maier hat einmal in Warschau in einer interessanten und bedeutenden Rede anlässlich des 30. Jahrestages des Briefs der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder gesagt: „Polen und Deutsche waren nie Erbfeinde. Als Nachbarn während 1000 Jahren haben sie über weite Strecken ihrer Geschichte in Frieden miteinander gelebt.“ Und das stimmt. Bis zum 18. Jahrhundert war die östliche Grenze Deutschlands die friedlichste Grenze. Jahrhundertlang gab es dort keine Kriege; an anderen Grenzen schon – im Norden, Nordwesten, Westen, Süden, nicht aber an der polnischen Grenze. Und das wäre auch so geblieben ohne das Aufkommen preußischer Machtansprüche.

Man lernt aus der Geschichte. Die Europäer haben, hoffe ich, viel gelernt aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Dieses Jahrhundert läuft nämlich theoretisch in 21 Monaten ab (ob am 1. Januar oder am 31. Dezember 2000, darüber kann man streiten). Aber das politische und das historische 20. Jahrhundert, das Jahrhundert der schrecklichsten europäischen Kriege, das Jahrhundert der zwei Weltkriege, das Jahrhundert der totalitären Versuchung, das Jahrhundert der totalitären Praxis ab 1917 im Osten, danach auch im Westen, also des Kommunismus, Leninismus, Stalinismus, Nationalsozialismus und Faschismus jeglicher Art, dieses Jahrhundert ist zu Ende gegangen mit dem Fall der Mauer, und dieses Jahrhundert ist zu Ende gegangen mit der Wende in den ostmitteleuropäischen Staaten, mit der Schaffung normaler Staaten an der Weichsel, an der Moldau, an der Donau, mit der Schaffung neuer demokratischer Republiken in Warschau, in Prag, in Budapest und auch anderswo. Und dieses Jahrhundert war, was ich schon angedeutet habe, eines der schrecklichsten Jahrhunderte in der Geschichte Europas. Mehr als 50 Millionen Menschen, meist Zivilisten, sind als Opfer der beiden Weltkriege gefallen, unschuldige Frauen, Männer, Kinder, Greise unterschiedlicher Nationalität und Religion. Im Zweiten Weltkrieg kam dann die einmalige Erscheinung der Ausrottung des ganzen jüdischen Volkes dazu.

Wenn ich jetzt absichtlich über den schwierigen Weg nachdenke, dann möchte ich offen sagen, als ehemaliger Häftling des Nationalsozialismus und des Kommunismus und als Freund der Deutschen und meines Landes, dass es meiner Meinung nach heute gut steht um die polnisch-deutsch-französischen Beziehungen. Dies liegt auch am sogenannten Weimarer Dreieck. Das bedeutet Paris, Bonn, Warschau oder Paris, Berlin, War-

schau. Wir Polen waren immer Freunde der Franzosen. Die Franzosen haben uns schöne Melodien geschenkt und Lieder für unsere Aufstände. Wir haben den Franzosen den Sohn einer polnischen Mutter, Frédéric Chopin, und die Tochter polnischer Eltern, Marie Curie, geschenkt – beides also nicht schlecht. Die Rechnung ist ausgeglichen, und wir mögen die Franzosen, die Franzosen mögen uns. Auch Le Pen riskiert keine Angriffe gegen die Polen, das ist in Frankreich keine „Ware“ zum Verkauf. Man kann in Frankreich gegen Vietnamesen, gegen Araber hetzen, nicht aber gegen Polen. Die in Frankreich lebenden Polen sind normale Leute und Mitbürger. Es gibt keine Vorurteile gegen Polen in Frankreich, auch nicht in Belgien, in Holland oder Luxemburg. Man kann also die deutsch-französischen und die deutsch-polnischen Beziehungen nicht ohne weiteres vergleichen. Man kann nicht ungeschehen machen, was geschehen ist. Erstens waren die Franzosen im Zweiten Weltkrieg für die Deutschen keine „Untermenschen“, sondern der politische Gegner. Ihr Land wurde zwar besetzt, aber sie selbst nicht vernichtet. Hatten sie nichts getan, wurden sie auch nicht verhaftet. Zweitens haben die Franzosen nach dem Krieg keine Deutschen vertrieben. In den deutsch-polnischen Beziehungen liegen die Dinge anders: Zwar waren für die Nazis die Juden „Ungeziefer“, die Polen jedoch „Untermenschen“ mit P-Buchstabe usw., wenn sie Zwangsarbeiter waren. Und jede deutsche Frau oder jedes Mädchen, das eine Liebesbeziehung mit einem Polen hatte, nicht mit einem Franzosen, Holländer oder Norweger, kam ins KZ, und der Pole wurde gehängt. Es gab also psychologisch und atmosphärisch schon einen großen Unterschied im Bewusstsein der Menschen. Wir waren keine normalen Menschen. Und danach hat das Pendel der Geschichte geschlagen. Anschließend haben die Kommunisten und Sowjetrussen im polnischen Namen die schmutzige Arbeit gemacht, die wir – ich war damals im Gefängnis, als die Deutschen vertrieben wurden – nicht mitgemacht haben.

Wir Polen waren damals kein mündiges Volk und hatten keinen normalen Rechtsstaat. Doch die Fakten bleiben im Bewusstsein der Menschen, man kann sie nicht ungeschehen machen. Das bedeutet, dass der deutsch-polnische Weg und der polnisch-deutsche Weg ein separater Weg ist. Wir haben viel mehr zu überwinden. Wenn ich von polnisch-deutscher oder deutsch-polnischer Freundschaft höre, dann sage ich vorsichtig: Ich bin befreundet mit Dutzenden Deutschen, sogar mit Hunderten. Ich habe beste Freunde in Deutschland, und die Deutschen haben mir auf rührende Weise ihr Entgegenkommen, ihre Hilfe bewiesen, auch in schwierigen Jahren. Ich habe nichts vergessen, Auschwitz nicht vergessen, aber auch die guten Taten der Menschen nicht vergessen. Freundschaft ist ein Prozess, wenn man sie auf europäische Weise begreift. Man hat viele Bekannte, viele

Kollegen, Kommilitonen, in der Schule, an der Hochschule, im Betrieb, aber sehr wenige Freunde. Schneller kommt die Liebe, angeblich plötzlich „aus heiterem Himmel“, aber eine Freundschaft muss man aufbauen, das ist ein Prozess. Um aufeinander zuzugehen, braucht man guten Willen, Sympathie und Engagement und muss verschiedene Probleme lösen. Wenn auf dieser Basis die Freundschaft mit einzelnen Menschen, in gemischten Ehen oder auf eine andere Weise wächst, umso besser. Aber Freundschaft lässt sich nicht per Dekret einführen. Dies war nur im Kommunismus möglich, wo politische Zungenküsse der Parteisekretäre die Meinung der Völker ersetzt haben. Die Meinung der Völker war dagegen meistens ganz anders. Und das, was wir brauchen, ist ein gesundes, normales Verhältnis, die Normalität. In diesem Sinne sind wir schon weit gekommen.

Viele von uns waren der festen Überzeugung, dass der erste Schritt das Ende der Teilung Deutschlands ist. Das sind keine leeren Worte. Ich will mich hier auf meine Rede in der Paulskirche in Frankfurt am Main am 5. Oktober 1986 berufen, als ich die Ehre hatte, den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels in Empfang zu nehmen, und Hans Maier die Laudatio hielt. Dort habe ich unter anderem gesagt: „Die Generation, der ich angehöre, hat mit eigenen Augen die Mauern und Drahtverhaue gesehen, welche die Menschen trennten, die Mauern der Ghettos von Warschau und anderswo, die Mauer, die jahrelang quer durch Jerusalem lief, und die Mauer, die bis heute Berlin teilt. Es scheint das Wichtigste zu sein, all das zu unterstützen, was die Menschen verbindet, und sich all dem zu widersetzen, was die Menschen gegen ihren Willen trennt.“ Ich habe das alles mit dem Pass der Volksrepublik Polen in der Tasche gesagt. Zum Schluss äußerte ich die Hoffnung, dass es mir weiter gegeben sei, zugunsten der Annäherung und Versöhnung zwischen Polen und Deutschen sowie zwischen Deutschen und Polen zu wirken. Ich sagte das, ohne zu ahnen, dass die Sache so schnell laufen würde. Meinen Studenten in München gegenüber sagte ich mehrmals, dass sie noch in einem wiedervereinigten Deutschland leben werden. Ich würde das höchstwahrscheinlich nicht mehr erleben, aber sie würden den Zusammenbruch des Imperiums und das wiedervereinigte Deutschland erleben. Sie flüsterten nur „der liebe katholische Spinner, ein bisschen reaktionär, er hat visionäre Vorstellungen, na ja, gut.“ Jetzt schreiben sie mir liebe Briefe nach Polen aus unterschiedlichen deutschen Städten. Sie sind überall, meine ehemaligen Studentinnen und Studenten aus diesen 12 Semestern, und fragen mich oft, aus welcher Quelle ich das gewusst hätte. Dann antworte ich immer, dass ich es wusste, weil es so richtig ist. Einmal musste die Gerechtigkeit ja siegen, so war ich zumindest erzogen worden.

Es gab unterschiedliche Formen gemeinsamer Aktivitäten zur Überwindung der Vergangenheit. Solange Stalin am Leben war, war nichts möglich. Danach aber ging es sehr schnell in Polen und auch in Ungarn (leider mit bösen Folgen 1956). Die Erhebung der demokratischen Kräfte im Ostblock hat überall in Europa Aufmerksamkeit erregt. Wir Polen haben uns durchgesetzt – die Ungarn leider nicht – und unsere Situation war im Rahmen desselben Systems besser als in Ost-Berlin oder Budapest. Man hat damals gescherzt, Polen sei die lustigste Baracke im Ostblock. Aber lustig war das nicht. Es gab jedoch keinen offenen Terror. Man konnte freier atmen. Und das haben wir natürlich sofort ausgenutzt, besonders die katholische Kirche in Polen. Hätte jemand geahnt, dass diese katholische Kirche in einem unbekanntem Land einen Mann erziehen würde, der 1946 Kaplan, 1957 Bischof, 1964 Kardinal und 1978 Papst werden würde? Ein Mann, der erzogen wurde unter Diktaturen, unter der NS-Diktatur 1939 bis 1945, danach unter der kommunistischen Diktatur, der Fingerspitzengefühl für Menschenrechte hat, weil er im kirchlichen Widerstand gegen die atheistische, aggressive, abscheuliche Obrigkeit des kommunistischen Staates aufgewachsen ist.

Gerade solche Leute wie er, einige Bischöfe, auch Erzbischof Kominek aus Breslau, und mehrere andere haben die Kontakte der polnischen katholischen Laien mit den deutschen Laien in Bewegung gebracht. Die ersten Kontakte entstanden Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre durch das „Zentralkomitee der deutschen Katholiken“, später auch durch die Pax-Christi-Bewegung oder den Bensberger Kreis. Man muss hier auch gewisse Gruppen in der Evangelischen Kirche Deutschlands erwähnen, die schon 1965, das heißt einige Monate früher als unsere Bischöfe, eine bedeutende Erklärung, die sogenannte EKD-Denkschrift, abgegeben haben. Diese behandelte das Problem der Vertreibung und äußerte sich zur Notwendigkeit des Zusammenwirkens von Deutschen und Polen. Parallel haben beide großen Kirchen in Deutschland mindestens seit 1965 in dieser Richtung unterschiedliche Aktivitäten, auch im Bildungsbereich, unternommen. Ich habe in den folgenden Jahren mit beiden Kirchen zusammengearbeitet, und es war für mich ein Höhepunkt, als ich im Juni 1997 die Festrede beim Evangelischen Kirchentag in Leipzig in Anwesenheit von Bundespräsident Roman Herzog und dem früheren Präsidenten Richard von Weizsäcker halten durfte. Herr von Weizsäcker hat sogar in meinen Vortrag eingeführt. Was konnte ein Pole meiner Generation mehr erwarten, als dass ein Bundespräsident a. D. und ein amtierender Bundespräsident ihn begrüßen und ihm Beifall spenden, nicht ihm persönlich, einem Menschen mit den Initialen W. B., sondern dem Vertreter einer bestimmten weltanschaulichen und poli-

tischen Haltung und der Zuversicht, dass man Völker zwar durch Intrigen, auch durch das Böse trennen, aber das Gute in den Menschen nicht dauerhaft liquidieren kann.

Als sich in den siebziger Jahren unsere Beziehungen erweiterten, hatten wir fast jedes Jahr Kontakt. Wenn der Deutsche Katholikentag stattfand, waren polnische Laien und ab 1974 auch polnische Bischöfe und Kardinäle im Stillen, ohne großes Hallo, dabei. In den polnischen Medien war nicht viel über diese Besuche zu lesen, aber sie haben stattgefunden. Deutsche und Polen haben zusammen gebetet in der Überzeugung, dass Gebete helfen können, wenn beide Seiten, die beten, einen guten Willen und reine Herzen haben. Dann ist einer der Tage der Prüfung gekommen. Kardinal Wojtyła wurde zum Papst gewählt, und Deutschland hat mit Interesse diese Entscheidung verfolgt. 1979 war Johannes Paul II. in Polen und im November 1980 in Deutschland. Während der gesamten Reise hatte ich zusammen mit Tadeusz Mazowiecki und einigen anderen polnischen Gästen die Möglichkeit, den Papst auf Einladung der deutschen Bischofskonferenz zu begleiten. Von Köln über Fulda nach München hörten und schauten wir überall zu und erlebten den Enthusiasmus von damals mit. Der Papst war sich seiner besonderen Rolle als Pole in Deutschland bewusst und handelte während seines Besuchs mit großem Fingerspitzengefühl. Interessant dabei war, dass der damalige Kardinal aus Krakau bei seiner letzten Auslandsreise vor dem Konklave Ende September 1978 in der Liebfrauenkirche in München in Deutsch gepredigt hatte. Jahrelang war er einer der Menschen, der uns alle ermutigte, sich für die Verständigung einzusetzen, auch wenn wir vor seiner Wahl zum Papst natürlich nicht die Möglichkeit und das Recht hatten, uns auf die eine oder andere Äußerung von ihm zu berufen. Wir haben uns für eine Verständigung mit reinen Herzen und in der Überzeugung eingesetzt, dass diese Versuche Früchte bringen müssen. Parallel dazu sind auch andere Aktivitäten gelaufen, aber 1981 war die Zeit der Probe. Man hat die Gewerkschaftsbewegung in Polen unterdrückt und das sogenannte Kriegsrecht eingeführt. Und das war eine bedeutende Probe, die den Umbruch im Denken vieler Polen gegenüber den Deutschen bewirkt hat.

Ich unterschätze nicht die Bemühungen der deutschen Sozialdemokraten Anfang der siebziger Jahre, uns im Rahmen der Ostpolitik näherzukommen. Der Besuch Willy Brandts 1970 in Warschau, vier Monate nach seinem Besuch in Moskau, war psychologisch und politisch von gewisser Bedeutung. Der damalige Vertrag von Willy Brandt und Walter Scheel in Warschau hat juristisch nichts geändert, war aber doch eine Erklärung guten Willens. Es war ein Schritt nach vorne, sogar ein bedeutender psychologi-

scher Schritt, aber kein Umbruch, weder juristisch noch völkerrechtlich noch politisch. Der Kniefall Brandts vor dem Denkmal der Warschauer Juden wurde als eine schöne Geste der Reue für die böse Vergangenheit verstanden. Aber schon wenige Tage nach dem Besuch stürzte die damalige polnische Regierung, es gab neue blutige Krawalle an der Ostseeküste, und kein Mensch in Polen hat mehr an den Brandt-Besuch gedacht. Andere Probleme nahmen die Leute in Anspruch. Ein böser Zufall, aber so ist es gelegentlich in der Geschichte.

Bei der Einführung des Kriegsrechts im Dezember 1981 war der damalige deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt, an sich ein anständiger und kluger Mensch, gerade bei Erich Honecker zu Besuch. Er hat sich in keiner Weise zu den Tausenden Verhafteten in Polen geäußert und seinen Besuch auch nicht unterbrochen; die Lage in Polen war ihm nicht wichtig genug gewesen. Dies ist den Polen natürlich aufgefallen. Dann war Herbert Wehner schon im Januar 1982 bei der neuen Junta-Regierung zu Besuch, als Geste der Solidarität. So ist das in der Politik, auch in der Außenpolitik. Es mag sein, dass die Motivation vieler deutscher Sozialdemokraten, besonders überzeugter Antifaschisten, edler Natur war, aber die Durchführung ihrer Unternehmen war leider nicht auf dem Niveau der guten Absichten.

Dann kamen die nächsten Monate und Jahre. In der Zeit der Unterdrückung der freien Gewerkschaft in Polen haben einige von uns ab Herbst 1982 in Deutschland verschiedene Schritte bei der neuen deutschen Regierung unternommen. Ich war selbst längere Zeit in Deutschland, hatte überall Zutritt, und wir bereiteten sozusagen psychologisch und politisch die deutschen Politiker auf die weiteren Entwicklungen der deutsch-polnischen Beziehungen vor. Meine Gesprächspartner von damals waren Helmut Kohl, Volker Rühe, Rita Süßmuth, Alois Mertes, Kurt Biedenkopf, auch Johannes Rau und Hans-Jochen Vogel, Hildegard Hamm-Brücher in München, Otto Graf Lambsdorff, Petra Kelly und viele, ganz unterschiedliche Politiker. Es ist eine gewisse Besonderheit der Geschichte, dass es den Fluch der bösen Taten, aber auch den Segen der guten Taten gibt. Für die Linken in Deutschland war ich der, der unter Hitler gelitten hat, aber entgegenkommend die Hände ausstreckte. Für die Christdemokraten war ich der, der unter Stalin gelitten hat, die Hände entgegenstreckte und dazu noch weltanschaulich nahe stand. Für beide Lager war ich also ein vertrauenserweckender Gesprächspartner. Ich habe über Polen, über die Zukunft und über die Notwendigkeit der Vorbereitung der Zukunft gesprochen. Ich habe nicht selten mit dem damaligen Bundespräsidenten von Weizsäcker und mit vielen anderen in der Zeit von 1983 bis 1990 unter vier Augen gesprochen. Ich wurde mehrmals als inoffizieller Experte eingeladen und gehört. Als Helmut Kohl

seine erste Reise nach Polen nach dem Umbruch 1989 unternahm, war ich auch einer, der das Bundeskanzleramt bei gewissen Dingen beraten hat. Aber auch als Johannes Rau ein Jahr früher Polen besuchte, habe ich vorher mit ihm gesprochen – unabhängig von der Parteizugehörigkeit.

Der Umbruch in Polen Anfang 1989 und seine Folgen waren überhaupt nicht absehbar gewesen. Ein langjähriger Freund Polens, der englische Politologe und Schriftsteller Timothy Garton Ash hat sich dazu im Juni 1989 nach der polnischen Wahlentscheidung in einer Benediktinerabtei bei Krakau während eines Seminars zu „Mitteleuropa – Utopie oder Chance“ geäußert. Fünf Monate vor dem Mauerfall in Berlin beschrieb er, gemäß der Darstellung des polnischen Politologen Artur Hajnicz, die damalige Lage Polens folgendermaßen: „Das ist eine Fähre, die am östlichen Ufer liegt, die Mannschaft möchte aber das ferne westliche Ufer erreichen. Es gibt jedoch viele Hindernisse. Dieses andere Ufer entfernt sich, die See ist stürmisch, der dichte Nebel verdeckt die Sicht, die Fähre ist nicht lenkbar, und die Mannschaft ist betrunken.“² Nach Hajnicz haben damals die Polen in der Diskussion dem lieben Engländer Folgendes geantwortet: Sei nicht so klug. Wenn die Mannschaft nicht besoffen wäre, würde sie es nicht wagen, diesen schwierigen Versuch zu unternehmen!

Wir haben 1989 von Anfang an zu sagen gewagt, dass wir ab jetzt Westkurs in der Außenpolitik steuern. Als Außenminister wurde von der neuen Mazowiecki-Regierung Professor Krzysztof Skubiszewski, ein bedeutender Völkerrechtler aus Posen, beauftragt. Von Anfang an betonte er: „Wir gehen Richtung Westen und werden gleichzeitig mit dem Osten natürlich gute nachbarschaftliche Beziehungen pflegen.“ Artur Hajnicz schreibt in seinem deutschen Buch folgendes zur damaligen Lage: „Vordergründig hatten die Skeptiker recht. Die polnische Westoption und die polnische Souveränität waren nicht realistisch, nicht realistisch war die Wiedervereinigung Deutschlands, nicht realistisch war die samtene Revolution in der Tschechoslowakei, nicht realistisch war die Unabhängigkeit Ungarns, nicht realistisch war die Gewissensfreiheit in Russland und der Zusammenbruch des Leninismus, nicht realistisch war die Entstehung der ukrainischen Staatlichkeit und die Unabhängigkeit der baltischen Staaten. All das war für sich allein genommen nicht realistisch, aber zusammen wurde es möglich. Es ging darum, dass eines oder zwei Zahnräder sich zu drehen begannen, und dann wurde das ganze Triebwerk in Gang gesetzt. Und deswegen hatten die Skeptiker eben nicht recht.“³ Und das haben wir Polen mitbewegt.

² Artur Hajnicz, *Polens Wende und Deutschlands Vereinigung. Die Öffnung zur Normalität*, Paderborn 1995.

Bundeskanzler Kohl weiß das sehr zu schätzen und hat mehrmals in der Öffentlichkeit gesagt, dass ohne die polnische Menschenrechtsbewegung von damals die Wiedervereinigung Deutschlands nicht so schnell und auf diese Weise möglich gewesen wäre. Die Polen haben hier europäischen und christlichen Beistand geleistet durch ihr klares Ja und so die Alliierten im Westen weitgehend von ihren Problemen befreit. Denn im Endeffekt haben die Alliierten, die alten Verbündeten, uns Polen in Jalta politisch verkauft und hatten deswegen zwei Generationen lang ein ungutes Gewissen. Churchill selbst hat später geschrieben, wie viel ihn diese Entscheidung von 1945 psychologisch und moralisch gekostet hat. Im Jahr 1946 war er schon in der Opposition und hat sich klar gegenüber gewissen Aktivitäten der kommunistischen Regierung in Polen geäußert. Diese Regierung wurde aber doch 1945 im Einvernehmen der drei Herren in Jalta und in Potsdam innerhalb weniger Monate installiert. Die Massenverdrängung, Verschiebung und Vertreibung der Menschen war auch von den Alliierten vereinbart worden, die danach „Engelchen“ gespielt haben.

Heute stehen wir ganz woanders. Ich habe absichtlich so viel über die Vergangenheit gesprochen, die den jungen Leute hier im Raum nicht so gut bekannt ist. Aber wie viel und wie lange und wie oft denken wir über die jüngste Vergangenheit nach? Wie lange und wie oft reflektieren sie die Menschen in den fünf neuen Bundesländern? Wie lange und wie oft haben die Leute in Polen nachgedacht, als sie 1993 aufs Neue eine postkommunistische Regierung gewählt haben? Und was denken die Leute, die die PDS in den neuen Bundesländern wählen? Was wissen sie über die Vergangenheit? Stört sie diese Vergangenheit oder waren sie einfach zufrieden? Das ist die Gretchenfrage. Ich weiß es nicht. Das ist die ewige Frage an die unbekannteste Seele der Menschen.

Aber heute befinden wir uns an anderer Stelle. Wir haben in Polen seit Herbst 1997 eine christlich-demokratisch orientierte Koalitionsregierung. An dieser Regierung beteiligen sich auch einige in Deutschland wohlbekannte Leute. Glaubwürdige Leute haben auch im Parlament bedeutende Aufgaben übernommen, und laut der normalen demokratischen Ordnung wird das so auch die nächsten vier Jahre bleiben. Der ehemalige Ministerpräsident Mazowiecki ist jetzt im Parlament für die europäische Integration zuständig, und ich leite im Senat den „Ausschuss für äußere Angelegenheiten und europäische Integration“. Dieses sind Zeichen dafür, dass man in Polen gerade den Menschen vertraut, die sich glaubwürdig als Brückenbauer in Europa betätigt haben. Es ist von großer Bedeutung, dass das deutsche Parlament, der

³ Ebd.

Bundestag, mit fast 90 Prozent Zustimmung die NATO-Osterweiterung bestätigt hat. Das ist von größter Bedeutung für die Deutschen und für die Polen, obwohl 51 Prozent der Stimmen genügt hätten. Aber dass wir jetzt in Polen sagen können, schaut: Die Amerikaner zögern noch, nur die Deutschen sind vorangegangen, nur die Deutschen haben mit 90 Prozent unseren Beitritt in das Sicherheitssystem des Nordatlantikpaktes akzeptiert, das ist eine schöne Gabe und eine Erleichterung für diejenigen, die diese europäische Politik durch die Öffnung Richtung Deutschland führen wollen. Wir haben in Polen jetzt ungefähr 130 Millionen Grenzübertritte jährlich an der Oder und an der Neiße ohne bedeutende Zwischenfälle. 1,5 Millionen junge Polen wählen bei uns im Gymnasium freiwillig Deutsch als erste Fremdsprache. Das ist eine Renaissance, eine Neubelebung der alten kulturellen Beziehungen. Und dass wir gerade in diesem Bundesland so viel Verständnis gefunden haben, dass die Schulpartnerschaften und Städtepartnerschaften gerade in Baden-Württemberg florieren, das finden wir hervorragend.

Was für eine Perspektive haben wir? Ich glaube, viele Probleme werden bald gelöst. Polen ist schon mit einem Fuß in der NATO, und die deutschen Truppen üben auf polnischem Territorium in Hinterpommern zusammen mit polnischen und dänischen Truppen. Wenn es um Probleme mit nationalen Minderheiten geht, gibt es bei uns viel weniger Fremdenfeindlichkeit und Ausschreitungen unterschiedlicher Art als in Deutschland oder in Frankreich. Auch sind bei uns in Polen immer mehrere Millionen ausländische Besucher, nicht nur reiche Touristen aus dem Westen, sondern vor allem Schwarzarbeiter aus der Ukraine, Weißrussland und Russland. Wir drücken ein Auge zu – die armen Leute müssen auch leben. Wir können unsere Ostgrenze nicht ganz absperren. Wir können und werden die organisierte Kriminalität im Interesse unserer beiden Völker bekämpfen, auch mit deutscher logistischer, elektronischer und anderer Hilfe, die schon geleistet wird. Aber es leben in Weißrussland 500 000 Polen, in Litauen rund 350 000 Polen, in der Ukraine um die 800 000 Polen, und wir können die Grenzen für diese Leute nicht ganz absperren, die sonst zu Geiseln werden könnten. Nicht in Litauen, mit dem wir gute und geordnete Beziehungen haben, auch nicht in der Ukraine, mit der wir jetzt relativ gute Beziehungen aufgebaut haben, oder in Weißrussland, wo wir keine Verfolgungen polnischer Bürger riskieren können.

An der Schwelle des Jahrhunderts hat der Papst im Juni 1997 sieben Staatsoberhäupter nach Gnesen eingeladen, die meisten keine Katholiken. Beim Sarg des Heiligen Adalbertus predigte er über Europa und was Europa für die Polen, für die Deutschen, für die Tschechen, für die Ungarn, für die Slowaken und für die Ukrainer bedeutet. Ich hoffe, dass doch etwas in den

Köpfen geblieben ist, nicht nur bei den gläubigen Präsidenten, sondern auch bei ungläubigen, aber politisch denkenden.

Deutschland ist in den heutigen Grenzen zum ersten Mal in der Geschichte des deutschen Volkes und des deutschen Staates ein souveränes demokratisches Land und hat mit allen Nachbarstaaten gute oder sehr gute Beziehungen. Polen hat in den Jahren 1989 bis 1991 auf allen Seiten neue Nachbarn bekommen. Dieses ist nicht so einfach. Ehemals hatten wir eine über 1200 Kilometer lange Grenze mit der Sowjetunion, jetzt haben wir keine mehr. Dafür haben wir eine 529 Kilometer lange Grenze mit der Ukraine, eine 103 Kilometer lange Grenze mit Litauen, eine 416 Kilometer lange Grenze mit Weißrussland und oben an der Küste bei der Enklave Kaliningrad eine 210 Kilometer lange Grenze mit der Russischen Föderation. Eine einmalige Besonderheit dieser Grenze in Europa ist, dass es auf beiden Seiten keine nationale Minderheit gibt, keine Russen im ehemaligen Ostpreußen und keine Polen in Kaliningrad. Es gibt aber Geschäfte, einen kleinen Grenzverkehr, und wir liefern zum Beispiel Lebensmittel nach Kaliningrad. Aber wir haben auch keine alten Grenzen mehr im Westen. Wir haben keine Grenze mehr mit der DDR, sondern haben zum ersten Mal in unserer Geschichte eine 467 Kilometer lange Friedens- und Freundschaftsgrenze mit der Bundesrepublik. Und wenn die Damen zum Friseur wollen oder zum Einkaufen, dann steigen sie aufs Fahrrad, fahren über die Brücke, natürlich Richtung Osten. Und wenn man Gartenzwerge bei uns preisgünstig einkauft und einschmuggelt, dann sind das zwar Streitfälle, aber Gott gebe, dass es nur solche Streitfälle wie den der Gartenzwerge unter den Völkern nach den europäischen Weltkriegen geben wird.

Im Süden haben wir auch keine Grenze mehr mit der kommunistischen Tschechoslowakei. Jetzt haben wir eine sogar 790 Kilometer lange Grenze mit der Tschechischen Republik und eine 540 Kilometer lange Grenze mit der Slowakischen Republik. Alle Grenzen haben sich also geändert. Alle Regelungen bezüglich konsularischer Probleme, Zoll, Ökologie, Grenz- und Postproblemen sowie tausend andere Angelegenheiten mussten wir mit all diesen Staaten aufs Neue treffen. Mehrere Staaten haben ihre eigenen Schwierigkeiten mit dem Aufbau der Demokratie gehabt, und wir mussten zusammenhalten und auch helfen. Das ist also eine ganz neue Lage. Weil alles neu ist, ein ungeschriebenes Blatt in der Geschichte Europas, sind gerade die letzten Jahre dieses Jahrhunderts und möglicherweise auch die ersten Jahre des neuen Jahrhunderts verführerisch schön. Es besteht schon eine neue deutsch-polnische Interessengemeinschaft, nicht nur, weil die Bundesrepublik mehr bei uns verkauft und ankauft als beispielsweise in der Russischen Föderation, nicht nur, weil die deutschen Investoren in Po-

len auf dem zweiten Platz hinter den USA stehen, sondern auch, weil wir im Laufe der kommenden Jahre in der Europäischen Union zu einer gewissen Gemeinschaft, im Westen mit Deutschland und im Süden mit Tschechien, gehören werden. Es ist unnötig, hier zu sagen, wer sich wo ansiedeln wird. Im Moment registrieren wir um die 7000 Rückkehrer angeblich deutscher Nationalität, die als deutsche Spätaussiedler Polen verlassen hatten. Sie sind zurück und wollen in der alten Heimat leben, warum auch nicht. Sie können sich doch bewegen, wohin sie wollen. In diesem Sinne regeln und beruhigen sich die Probleme von selbst und werden sich weiter regeln, so wie die jüngere Generation nachwächst.

Keine Geschichte ist ein für alle Mal gegeben. Die letzten neun, zehn Jahre, der Mauerfall, gehören doch auch schon wieder zur Geschichte. Der Anfang der deutsch-polnischen Interessengemeinschaft und die große Wende gehören heute schon zur Vergangenheit, denn die großen Veränderungen wurden erfolgreich vollzogen. Das Schicksal unserer beiden Völker hat sich dabei in diesen Jahren grundsätzlich geändert, aber hüten wir uns vor dem Syndrom des „alten Ehepaares“. Ein Blümchen von Zeit zu Zeit wäre angemessen, ein schönes Wort, eine gescheite Handlung, eine entgegenkommende Initiative in vielen Lebensbereichen, auch im kulturellen und wissenschaftlichen Bereich, nicht nur im wirtschaftlichen Bereich. Die Wirtschaftsfachleute finden sich von selbst zusammen, so wie natürlich die Kriminellen. Aus ähnlichen Gründen: Beides bringt Geld. Im ersten Fall ehrlich und mit Nutzen, im anderen Fall unehrlich, aber auch mit Nutzen.

Ich glaube, wir können heiter und optimistisch in die Zukunft schauen. Wir hoffen, dass jede deutsche Regierung bei gesundem Verstand bleibt und dass sie verstehen wird, dass deutsch-russische Direktgeschäfte über unseren Kopf immer im Endergebnis für Deutschland ganz schlecht enden. Aber zusammen mit uns und mit den riesigen wirtschaftlichen und politischen Partnern im Osten, mit der Ukraine, mit Russland, Gott gebe, mit einem demokratischen, stabilen, wirtschaftlich gesunden Russland (das wünsche ich dem russischen Volk), sehen wir die gemeinsame, bessere Zukunft der Europäer.

Seien wir nicht eitel. Als ich 1939 Abitur gemacht habe, gab es nur zwei freie Staaten in Afrika: Liberia und Ägypten. Jetzt haben wir rund 40 Staaten in Afrika und über 180 Staaten in den Vereinten Nationen. Das ist eine andere Welt, eine andere Qualität, eine andere Quantität, eine andere Epoche. Und wir müssen auch auf eine andere Weise Probleme angehen, auf eine andere Weise die Welt sehen. Die Probleme Europas, das sind heute noch ungefähr stolze sechs Prozent der Menschheit. In 50 Jahren werden wir sicher weniger als sechs Prozent der ganzen Menschheit darstellen.

Angesichts dieser Fakten müssen wir zusammenhalten wie beim Grab des heiligen Adalbertus, wie damals im Jahre 1000. Dass sich die Entstehung des ersten polnischen Erzbischoftums Gnesen jährt, errichtet mit Hilfe Ottos III., ist auch ein Anlass zum Feiern. Herr von Weizsäcker hat sich einmal mit mir beraten, als er 1988 nach Polen fahren wollte. Ich habe ihm gesagt: „Lieber Herr Bundespräsident, machen Sie das nicht, Sie werden nur Jaruzelski aufwerten und niemandem Freude machen. Wenn außerdem ein deutscher Staatspräsident nach einer so komplizierten Geschichte, die Sie ebenso gut kennen wie ich, nach Polen kommt, dann müssen Sie etwas mitbringen. Aber Sie können als Staatsoberhaupt nichts Juristisches mitbringen. Sie haben kein Recht, etwas mitzubringen, außer schönen Formulierungen. Das ist jetzt, 1988, schon zu wenig. Außerdem, können Sie mir sagen, wann eigentlich das letzte deutsche Staatsoberhaupt Polen besucht hat? Ich klammere natürlich Hitler aus, das war kein Besuch, sondern eine Siegesparade. Das letzte Staatsoberhaupt war Otto III. im Jahre 1000. Nach 900-jähriger Pause muss man schon etwas mitbringen.“

Angesichts der neuen Freiheit in Ostmitteleuropa¹

Es ist für mich eine große Freude, gerade hier in Tutzing auf das Thema „informationelle Rechtskultur in Europa“ unter Einbeziehung des Globalisierungsprozesses eingehen zu können, weil ich – wie mir scheint – der einzige hier anwesende Ausländer bin, der zwölf Semester lang an bayerischen Hochschulen gelesen hat. 1989–1990, als wir Zeugen des großen Umbruchs in Europa wurden, war ich gerade in Bayern. Das hat zur Folge, dass sich in meinem Kopf diese bayerische Zeit immer mit der Wende verbindet. Und um ein wenig beim Anekdotischen zu bleiben, erlauben Sie mir noch folgende Begebenheit zu erwähnen. Ende November 1989, als in Berlin die Mauer fiel, war ich bei einer CSU-Tagung in München. An der Podiumsdiskussion nahmen nur zwei ausländische Gäste teil: József Antall aus Budapest und ich. Bei der Diskussion, die Otto von Habsburg leitete, haben wir uns über die Probleme jener Zeit Gedanken gemacht. Ich habe danach natürlich besonders gute Beziehungen zu Antall gepflegt. Einige Monate später, als die großen Ereignisse des politischen Umbruchs bereits ihren Lauf genommen hatten, wurde er ungarischer Ministerpräsident und ich polnischer Botschafter in Wien. Die Tatsache, dass bei einer Tagung in München ein Ungar und ein Pole zusammen am Podiumstisch sitzen und sich zu Beginn des Umbruchs über die Zukunft unterhalten, war auch als Zeichen der Zeit zu sehen und für die psychologische Atmosphäre an dieser Stelle Europas charakteristisch.

Wir haben den Umbruch erlebt, die Wende erreicht und genießen jetzt die Folgen. Ein Problem beschäftigt uns dabei vor allem und gibt Anlass zu Reflexionen und Überlegungen: Wie soll das Leben eines jeden einzelnen Menschen in dieser neuen Welt der demokratischen Ordnung in jener alten und in der neuen Gesellschaft aussehen? Die alte Gesellschaft findet sich in den westlichen Teilen der Bundesrepublik, die neue Gesellschaft liegt ostwärts der Elbe. So neu ist die Gesellschaft aber nicht, denn sie hat seit tausend Jahren dieselben strukturellen und zivilisatorischen Wurzeln. In dieser alten und neuen Gesellschaft hat man sich jetzt nach

¹ Władysław Bartoszewski, „Angesichts der neuen Freiheit in Ostmitteleuropa“, in: Siegfried Lammek/Marie-Therese Tinnefeld (Hg.), *Globalisierung und informationelle Rechtskultur in Europa*, Baden-Baden 1998, S. 249–253.

der Zeit der Teilung, die zwei Generationen lang gedauert hatte, wieder getroffen. Und nun müssen wir uns zusammenfinden und gemeinsam reflektieren, wie es weitergehen soll. Ich erinnere mich an eine hervorragende Rede des bedeutenden deutschen Philosophen Karl Jaspers, die er bei der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in Frankfurt am Main 1958 gehalten hat. Zum Thema „Frieden und Menschenrechte“ hat er kurz und knapp gesagt: kein Frieden ohne Freiheit, keine Freiheit ohne Wahrheit. Das war damals fast revolutionär, denn die meisten Menschen im Westen wollten Frieden um jeden Preis und unbedingt, und wir, die hundert Millionen Ostmitteleuropäer, waren abgeschrieben und sollten still sein und Ruhe geben. Das war das Einzige, was man von uns erwartete. Wir aber, die wir ostwärts der Elbe und ostwärts der österreichisch-tschechoslowakischen und der österreichisch-ungarischen Grenze lebten, waren ganz anderer Meinung. Und wir sehen die Lage jetzt, nach 40 Jahren, nicht anders, als dies Karl Jaspers damals knapp – und natürlich verkürzt – formuliert hat. Nämlich dass die Stunde der Wahrheit geschlagen hat.

Und diese Stunde der Wahrheit über die Gesellschaft, über uns selbst und unsere Kondition, über die Voraussetzungen für die Zukunft, erleben wir jetzt. Diktaturen jeglicher Schattierung haben die Menschen entzweit, Misstrauen, Spannung und Hass gesät. Eine tiefe Kluft bestand oft zwischen Nachbarn, Bekannten, gelegentlich leider auch in den Familien. Das ist Deutschen der älteren Generation nur allzu gut bekannt. Ebenso wissen andere Völker, die unter einer Diktatur gelebt haben, darüber Bescheid. Ähnliche Unsicherheiten, Ängste, Distanz gegenüber Nachbarn verspürte man im damaligen Ostblock. Viele, wenngleich nicht alle Menschen, haben in dem Bewusstsein einer permanenten politischen oder sogar polizeilichen Bewachung gelebt, in der Überzeugung, dass die Grenzen des Möglichen von oben bestimmt werden. Wir waren keine mündigen Bürger mehr, keine mündigen Menschen. Die Mehrheit der Bevölkerung dieser Staaten, und das waren zwischen 90 und 100 Millionen Europäer, hat jahrelang tagtäglich mit dem Problem gekämpft, inwieweit man sich des Überlebens wegen arrangieren soll und darf und dabei gleichzeitig auf irgendeine Weise zumindest größere Schweinereien vermeidet.

Dies alles betrifft den Bereich der Entwicklung des Individuums, des Rechts des Menschen, seine Zukunft und die seiner Familie zu gestalten, des Rechts des Menschen, eines jeden einzelnen Menschen, an allen diesen Vorrechten der Demokratie teilzuhaben, von denen wir abgeschnitten waren. Aber wenigstens haben wir, die Polen, die Ungarn oder die Tschechen, sehr viel über Demokratie gewusst, denn wir waren nie so vollständig isoliert, wie z. B. die Tadschiken, Usbeken oder sogar viele Russen. Wir waren mit den

europäischen Entwicklungen in der Philosophie und der Soziologie, mit den Veränderungen in der Gesellschaft und Politik immer in irgendeiner Weise verbunden. Auch wenn das in den Medien nicht artikuliert worden ist, haben wir geistig nicht völlig abgetrennt gelebt. Eine gewisse Rolle haben dabei in einigen Ländern die Kirchen gespielt. In Polen z. B. war ihr Einfluss sehr groß, in anderen Ländern des Ostblocks weniger ausschlaggebend, aber dennoch stets vorhanden. Sie stellten eine stille Alternative zur Pflichtübung des Gehorsams gegenüber der neuen Macht an dieser Stelle Europas dar.

Den Begriff „um Schlimmeres zu verhindern“ ertrage ich nur schwer. Sobald ich ihn höre, werde ich unruhig. Für mich bedeutet dies: Man bereitet irgendeine neue Schweinerei vor, egal ob auf dem Balkan oder in Afrika oder sonst irgendwo in der Welt. Und weil ich Historiker für Neueste Geschichte bin, habe ich die Diktaturen des 20. Jahrhunderts und die autoritären Systeme nicht nur in den Knochen, sondern auch im Kopf.

Heute haben wir die Aufgabe, über die Möglichkeiten der Globalisierung unserer Erfahrungen zu diskutieren, auch über die Globalisierung der Bestrebungen, Menschenrechte und Freiheit zu erlangen. Das anzustreben, ist unsere Aufgabe. Der Aufbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, das Gelingen des Neuanfangs in diesen Gesellschaften Ostmitteleuropas einschließlich der ehemaligen DDR, die generationenlang erlebt haben, was Diktatur und autoritäres Denken bedeuten und welche Folgen das mit sich bringt, hängen jetzt weitgehend von den Menschen ab, von allen Menschen, aber auch – was oft vergessen wird – von jedem einzelnen.

Wenn man mir heute gratuliert, weil in Polen die postkommunistische Regierung abgewählt worden ist, frage ich mich, wie viele mündige Bürger das bewusst getan haben. Und ich weiß, dass die Wahlbeteiligung nur 48 Prozent betrug. Das bedeutet, dass über die Hälfte der erwachsenen Bürger eines europäischen Landes entweder gleichgültig oder unsicher ist oder keinerlei Vorstellung davon hat, wie man in einer demokratischen Gesellschaft leben und seinen politischen Willen kundtun kann, darf und soll. Das ist natürlich kein Grund zu großem Optimismus, denn das bedeutet, dass alles unsicher und schwankend ist. Es ist kaum abzuschätzen, wie diese Menschen und ihnen Gleichgesinnte in anderen ostmitteleuropäischen Ländern in zwei, drei oder fünf Jahren vorgehen werden, falls die wirtschaftliche oder politische Entwicklung ungünstig verlaufen sollte. Denn diese Menschen haben keine feste Vorstellung von den Möglichkeiten einer normalen demokratischen Prozedur, und sie suchen erst nach einem Weg. Dabei ist es noch gut, wenn sie nach einem Weg suchen. Es ist durchaus möglich, dass viele überhaupt nicht nach einem Weg suchen, sie leben einfach so vor sich hin. Die Menschen waren nicht frei. Sie waren z. B. in

den Ostblockstaaten gezwungen zu wählen, denn die Regierenden mussten damals ihre statistischen 95 Prozent bekommen. Jetzt aber sind die Menschen frei und sagen: „Ich muss nichts.“ Und sie tun nichts. Das bedeutet, dass die politische Kultur, die die Voraussetzung ist für jede weitere Entwicklung, sich bis heute in der postkommunistischen Zeit sehr mangelhaft entwickelt hat. Müdigkeitserscheinungen sind auch aus Ungarn, Tschechien und anderen Ländern bekannt: Warum soll oder muss ich mich engagieren, etwas tun? Irgendjemand wird es schon tun. Diese Einstellung, dass es schon irgendjemand tun wird, ist eben das alte Denken.

Und damit kehren wir zurück zum Ausgangspunkt, zu den Folgen des unnatürlichen Lebens und der Diktatur, einer mehr oder weniger konsequenten, einer härteren oder milderer Diktatur, aber eben einer Diktatur. Natürlich war die Stalin-Zeit anders als die Chruschtschow-Zeit oder die Breschnew-Zeit, natürlich gab es Unterschiede, aber das Prinzip der Diktatur (jemand anders entscheidet für uns) hat sich den Menschen ziemlich tief eingepägt. Wie mag die Antwort auf die Frage lauten, ob die Menschen in Ostmitteleuropa bereit und in der Lage sind, die neue demokratische Ordnung konstruktiv zu gestalten? Niemand weiß das. Aber man kann, ausgehend von einer recht praktischen Sicht der Dinge, Überlegungen anstellen: Wenn jemand von uns über viele Monate schwer krank gewesen ist, erwartet niemand, dass er nach seiner Genesung gleich wieder voll einsatzfähig wäre. Wenn jemand 45 Wochen krank geschrieben war, war er schwer krank. Und 45 Jahre? Ja, das war eine Krankheit der ganzen Gesellschaft. Und nach einer solchen Krankheit sollen sich alle sofort friedlich, der demokratischen Rechte und Pflichten voll bewusst und human gesinnt geben und hohe politische Kultur beweisen? Das wäre übernatürlich, fast ein Wunder. Wunder geschehen gelegentlich, aber nicht täglich und nicht im politischen Leben, im gesellschaftlichen Alltag.

In diesem Sinne gehört es zu den Hauptaufgaben, den Menschen diese Anliegen näherzubringen, und zwar sowohl durch politische Bildung als auch durch die Familien, die aber selbst besser geschult sein müssen, und durch die Kirchen, die sich jedoch teilweise ebenfalls verloren haben und in der neuen Situation nach 1989, in der sie nicht mehr die Alleinträger der Wahrheit sind, sondern Teil der normalen Gesellschaft, noch nicht ganz zurechtfinden können. Wenn wir in der Situation über Menschenrechte sprechen, müssen wir unterscheiden, was wir juristisch festlegen wollen und zum Teil schon ausgeführt haben bzw. im Augenblick dabei sind auszuführen und was wir für die kommenden Jahre anstreben. Zu bedenken sind auch die Unterschiede, die zwischen Europa und den für uns eher exotischen Teilen der globalen Welt weiter bestehen. Natürlich hatte die

Schlussakte der KSZE-Konferenz in Helsinki vom Juli 1975 eine große historische Bedeutung für die Entwicklung des Bewusstseins zumindest der Eliten in einigen ostmitteleuropäischen Ländern, die diese in „Korb drei“ festgelegten Freiheiten benutzt haben, um sich vorwärts zu bewegen und die Freiheiten im Bereich der Menschenrechte zu erweitern. Das war sehr positiv zu bewerten und hat uns allen, insbesondere den Mutigeren, die sich getraut haben vorzupreschen, viel gebracht.

Außerdem hat Ostmitteleuropa zum ersten Mal nach mehr als vier Jahrhunderten einen katholischen Oberhirten, einen Papst aus dem Osten bekommen, der sachlich bestens orientiert und vorbereitet und alles andere als naiv war, was die Problematik dieses Risikoraumes betrifft.

Das alles zusammen, die personelle Entscheidung vom 16. Oktober 1978, die bereits existierende Bewegung der polnischen demokratischen Opposition, die Charta 77 in der Tschechoslowakei, gewisse oppositionelle Bewegungen liberal gesinnter Reformer in Ungarn und auch in anderen Staaten, hat viel bewirkt und nicht nur die Elite mobilisiert, sondern teilweise auch die sich ihrer Rolle bewussten Arbeiter, besonders in Polen. Nun aber, im Jahre 1997, befinden wir uns in einer neuen Etappe, und wir müssen uns deshalb erneut Gedanken darüber machen, welche Menschenrechte in welchem Sinne des Wortes und in welchen Grenzen wir anstreben, denn die Menschen erkennen die Grenzen der Freiheit kaum. Der Begriff ist abstrakt geblieben, oder aber er nimmt ganz praktische, unerwartete Züge an: Frei zu sein bedeutet für Millionen Menschen in Europa, reich zu sein. Viele denken, wenn sie in Warschau, Krakau, Budapest oder Prag über Europa reden, an den Wohlstand und nicht an irgendwelche geistigen oder zivilisatorischen Werte. Es ist nur eine Minderheit, die anders denkt; für die meisten aber ist Europäer sein gleich Wohlstandsbürger sein. Sie denken: „Wenn ich Europäer bin, muss ich ebenso wohlstuiert sein wie z. B. ein Tankstellenpächter in Frankfurt am Main oder ein Ladenbesitzer in Paris.“ Sich mit einem sizilianischen Bauern oder einem portugiesischen Fischer zu vergleichen, kommt den meisten nicht in den Sinn. Wenn sich erweist, dass diese Wunschvorstellungen nicht zu verwirklichen, nicht zu erreichen sind, und zwar schnell, kommt Unzufriedenheit auf. Man erwartet eine schnelle Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme. Aber es gibt keine schnelle Lösung. Man muss natürlich zuerst die politische Kultur aufbauen und die sozialen Rahmenbedingungen schaffen. In den jetzt befreiten demokratischen Staaten ist die Mehrheit der Bevölkerung nicht gescheiter als die der Franzosen, Deutschen oder Spanier; zugleich aber befinden sich diese Staaten des ehemaligen Ostblocks in einer neuen Lage angesichts von Herausforderungen, die noch niemand endgültig und klug definiert hat. Der Papst

warnt und auch zahlreiche Philosophen und Soziologen warnen vor einem blinden Kapitalismus, vor der Habgier. Diese Warnungen, die aus prominenten Kreisen in vielen Ländern kommen, sind sich sehr ähnlich, finden jedoch im Alltag kein Gehör. Das klingt pessimistisch – es war aber meine Absicht, offen über den Weg zum Frieden im Geiste der Freiheit zu sprechen, nicht nur im Geiste der Zufriedenheit. Auf dass es uns gegeben ist, in der Evangelischen Akademie Tutzing an einem Tisch zu debattieren!

Die Geschichte gibt Hoffnung¹

Der Begriff „Gedenken“ beinhaltet Elemente des Nachdenkens, der Reflexion, also auch der Logik und Verantwortung für das Geschehene, für die Aufarbeitung der Vergangenheit, für die Mitgestaltung der Zukunft im Geiste der menschlichen, bürgerlichen und politischen Verantwortung und hängt von dem Beruf des Menschen ab und davon, in welchem Umfang er diese Verantwortung tragen kann.

Ich sage am Rande: Ich bin in Deutschland in gewisser Weise ein Spezialist von Gedenkansprachen geworden. Ich tue dies in Mainz sehr gern, nicht nur weil die Stadt eine so große historische Bedeutung in der Geschichte Europas hat, sondern auch aus ganz menschlichen Gründen, und zwar weil ich besonders den Mainzer Bischof Lehmann mag. Das sind die Gründe, warum ich gern hierher komme. 1988 war ich schon einmal in diesem Landtag. Der damalige Ministerpräsident hat mich aus Anlass des Gedenktages 50 Jahre nach den schrecklichen blutigen Ausschreitungen gegen die Juden im „Dritten Reich“ im November 1938 eingeladen. So hat in Mainz ein römisch-katholischer Nichtjude zusammen mit christlichen Leuten unterschiedlicher Kirchen über das Geschehene nachgedacht, welches alle Leute betrifft, nicht nur die Juden und die Deutschen, sondern alle Christen in Europa, aber auch alle Menschen in der Welt, die denken wollen.

1995 habe ich die große Ehre gehabt, als erster Pole in der Geschichte Polens und Deutschlands im Bundestag vor den beiden deutschen Kammern aus Anlass des 50. Gedenktages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges auftreten zu können. Nicht nur als Minister und Vertreter der Regierung habe ich getan, was ich konnte, sondern primär als Mensch, der das denkt, was er sagt, und das sagt, was er denkt, auch wenn man schon dafür einen hohen Preis bezahlen musste.

¹ Ansprache, gehalten von Władysław Bartoszewski anlässlich der Gedenkveranstaltung zum 60. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges am 2. September 1999 im Plenarsaal des Landtags Rheinland-Pfalz in Mainz. Vgl. Władysław Bartoszewski, „Gedenkveranstaltung zum 60. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges am 2. September 1999 im Plenarsaal des Landtags Rheinland Pfalz“, in: *Heft 8 der Schriftenreihe des Landtags Rheinland-Pfalz*, Mainz 1999, S. 19–35.

Jetzt, 1999 kommt der ehemalige Auschwitz-Häftling Bartoszewski nach Deutschland, um mit den Deutschen des Beginns des Zweiten Weltkrieges zu gedenken. Ich gehöre zu der Generation des Papstes und Richard von Weizsäckers. Ich wurde in der Vorkriegszeit erzogen und habe die Entwicklung der grausamen Systeme, nicht nur des Nazi-Systems, auch des stalinistischen Systems und anderer kleinerer diktatorischer und totalitärer Systeme erlebt. Ich habe den Zweiten Weltkrieg erlebt und überlebt. Gott hat es so gewollt. Ich habe immer meine damalige Denkart als junger Bursche in Erinnerung. Ich war überhaupt nicht zum Krieg und zur Armee erzogen. Ich wurde in einer ruhigen Beamtenfamilie erzogen. Mein Vater war ein sehr stiller Bankbeamter und hat sich überhaupt keine politischen und kriegerischen Gedanken gemacht. Meine Mutter war Kontoristin in der Buchhaltung in der Stadtverwaltung. Das war auch eine normale, ruhige Frau. Sie hatte sich auch keine solchen Gedanken gemacht. Man hat mich nicht erzogen, um zu kämpfen. Ich wurde wie die meisten jungen Leute erzogen, nämlich um normal zu leben und das Leben zu genießen.

Damals hat es schon den schrecklichen Ersten Weltkrieg gegeben. Wir waren die Generation, die nach dem Ersten Weltkrieg geboren wurde, und zwar in der Hoffnung, dass so etwas nie mehr passieren kann. Den Ersten Weltkrieg kannten wir nur aus den Schulbüchern und aus den Erzählungen der Eltern, die im 19. Jahrhundert geboren wurden und den Ersten Weltkrieg als junge Leute erlebt haben. Warum erwähne ich diese Situation? Wir wissen alle, dass wir nicht jedes Krieges gedenken. Es gab mehrere Kriege, derer wir überhaupt nicht gedenken. Man gedenkt dieser im engen und geschlossenen Kreis der Berufshistoriker und diskutiert über diese und jene Probleme der Kriege im 19. Jahrhundert und auch des Ersten Weltkriegs. Warum?

Dieser Zweite Weltkrieg war für Deutschland, für Polen, natürlich auch für die Juden, viele andere europäische Völker und im Endeffekt für die Menschheit kein „normaler“ Krieg gewesen. Bis dahin haben die Armeen aus den Gräben aufeinander geschossen. Kilometer hinter der Front haben die Leute relativ ruhig gelebt. Das haben mir meine Eltern über den deutsch-russischen Krieg im Osten erzählt.

Damals waren sie junge Leute. Sie haben natürlich keine Vorstellung davon gehabt, was an der Front passiert. Das hat Millionen Menschen überhaupt nicht direkt betroffen, sondern nur die Familien, die unmittelbar durch den Tod eines Familienangehörigen oder durch Not und Hunger damit konfrontiert wurden.

Der Zweite Weltkrieg war ein Krieg, der von einem polnischen Jesuiten vor Kurzem als eine Krise der Menschheit und ein Krieg nicht der

Deutschen gegen die Polen, sondern gegen die Menschen, gegen die Würde und das Wesen jedes Menschen definiert wurde.

Ich glaube, es ist kein Zufall, dass gerade nach diesem Krieg 1948 die Erklärung der Menschenrechte formuliert wurde. Natürlich sind sehr viele Grundsätze dieser Erklärung nur auf dem Papier geblieben. Natürlich funktionierte noch jahrelang der Archipel Gulag. Natürlich wurden die Leute unterdrückt und verfolgt, und zwar nicht nur in exotischen Ländern der Dritten Welt, sondern auch in Bautzen in der DDR und in anderen ähnlichen Gefängnissen in Polen, in der Tschechoslowakei, in Ungarn, Rumänien, Bulgarien, in der Sowjetunion, der Ukraine und im Baltikum. Auch nach der Erklärung der Menschenrechte waren Frauen, Kinder, Zivilisten, Laien, Priester und Nonnen Opfer.

Niemand hat aber gesagt, dass diese Erklärung falsch ist. Alle waren der Meinung, dass diese Erklärung wunderbar ist. Nur nicht alle haben diese Erklärung sozusagen realisiert.

Vor einem Jahr, 1998, gab es ein kleines Jubiläum. Sogar der Heilige Vater hat sich sehr positiv geäußert. Das war nichts anderes als die Bestätigung seines Denkens. Der Pole dieser Generation, der das alles erlebt hat, konnte nicht anders denken als in den Kategorien der Menschenrechte. Es ist der Papst, der Maximilian Kolbe heiliggesprochen hat.

Am 11. Juni diesen Jahres hat der Papst 108 Märtyrer der totalitären Systeme in Polen seliggesprochen, und zwar meistens katholische Nonnen aus verschiedenen Orden und katholische Priester – diese wollten den Menschen eine Alternative des Glaubens bringen –, die im KZ und in Gefängnissen durch die Heiden, die sie verfolgt und unterdrückt haben, umgebracht worden sind. Unter diesen Seliggesprochenen waren zum Beispiel Nonnen, die den schrecklichen Tod durch Erschießung gefunden haben, weil sie jüdischen Kindern geholfen haben. Es waren Priester, die als schon körperschwache Häftlinge auch in Gaskammern den Tod gefunden haben, zusammen mit den Juden, weil sie sich für die Mitmenschen engagiert haben.

Es gibt in Polen eine kleine Provinzstadt, Kalisz, wo sich bis heute jährlich am St.-Josefs-Tag in der St.-Josef-Pfarrgemeinde die katholischen Priester versammeln, die ehemals in Dachau gewesen sind. Mit jedem Jahr werden es weniger. Aber es kommen noch Dutzende alter Leute, pensionierte Pfarrer und Vikare, sogar ein Bischof und ein Kardinal, der in Afrika tätig ist. Er ist weiterhin Kardinal, obwohl er sehr alt ist. Es handelt sich um den Jesuiten Kosłowiecki SJ. Sie kommen einmal im Jahr nach Kalisz und beten zusammen. Sie machen keine Demonstrationen und man schreibt darüber nicht in den Zeitungen. Sie danken Gott, dass er zugelassen hat,

dass sie noch viele Jahre nach dem Krieg dienen können, und beten für alle Umgebrachten und die Opfer des Zweiten Weltkriegs.

Gestern war ich bei der Gedenkfeier in der Philharmonie in Berlin. Es gab schöne Reden, auch von Herrn Thierse. Es war der polnische Sejmmarschall – dies ist dieselbe Stellung wie der Bundestagspräsident – anwesend. Er ist ein junger Mensch, in Danzig nach dem Kriege geboren. Er hat alle im Saal aufgerufen, aufzustehen und eine Minute lang allen Opfern dieses schrecklichen Krieges ohne Unterschied der Nationalität und des Glaubens still zu gedenken. Die Leute im Saal haben es richtig verstanden. Ich saß gerade bei Richard von Weizsäcker, und der war sehr gerührt. Es wurde ein Konzert, das „Polnische Requiem“ von Penderecki aufgeführt. Es handelt sich um religiöse Musik, und es war eine sehr schöne und rührende Veranstaltung.

Was kann man Tröstendes sagen, ehe man andere Sachen in Erinnerung bringen wird? Die Fakten, derer wir jetzt gedenken und die wir in Erinnerung bringen werden, gehören zur Vergangenheit. Die Zukunft scheint viel besser zu sein. Schon allein die Möglichkeit, dass ein Pole auf deutsche Einladung in mehreren deutschen Städten vor der Elite der deutschen Gesellschaft auftreten darf, zeugt von einer neuen Qualität.

Im Jahre 1000 – dies wird sich im Jahr 2000 jähren – haben sich am Grab des heiligen Adalbert, am Grab eines jungen Deutschen aus Magdeburg – er war später in Monte Cassino und Bischof von Tschechien und Polen – Otto III. und der polnische Herrscher Boleslaus getroffen.

Wissen Sie, in diesem Jahrtausend war erst der Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland in Polen zu Besuch. Dazwischen waren über 900 Jahre lang kein Herrscher, kein König und kein Kaiser zu Besuch. Erst Roman Herzog kam zu Besuch.

Wenn man fast tausend Jahre auf den Besuch eines Nachbarn warten muss, so ist das ein Beispiel für die Kuriosität, die Kluft in den Beziehungen unter den Menschen, die zwar geografisch nahe beisammen leben und leben werden, aber so schmerzlich getrennt waren. Das ist schon die Vergangenheit. Jetzt gibt es eine ganz andere Perspektive. Jetzt wollen alle auf beiden Seiten der Oder und der Neiße eine andere Zusammenarbeit entwickeln.

Aber nur in der Situation, die jahrhundertlang herrschte, konnte es so etwas geben wie die Hinweise Hitlers von 1939. Der jüdisch-deutsche Wissenschaftler Professor Klemperer hat – wie bekannt – die Sprache des „Dritten Reiches“ erforscht, die Worte, was sie bedeuten, was sie bedeuten sollen und was sie wirklich bedeuteten. Es ist eine interessante Forschung. Wenn man gewisse Äußerungen von Hitler von 1939 liest, dann läuft es einem kalt den Rücken hinunter. In der Öffentlichkeit wurden die Deut-

schen betrogen: Es gehe nur um kleine Korrekturen, der Führer wolle nur Rechte für die Deutschen in Danzig, einen Korridor nach Danzig. Deshalb die Frage: Warum sind diese Polen so unnachgiebig, und warum wollen sie nicht mit dem armen, friedliebenden Politiker reden?

Am 23. Mai 1939 – ich entnehme dies den deutschen wissenschaftlichen Büchern – hat er laut Protokoll in seinen Ausführungen vor den obersten Befehlshabern der Wehrmacht seine Vorstellungen präzise vorgestellt – wortwörtlich in Anführungszeichen: „Nach sechs Jahren ist die heutige Lage folgende: Die nationalpolitische Einigung der Deutschen ist mit kleinen Ausnahmen erfolgt. Weitere Erfolge können ohne Blutvergießen nicht mehr erzwungen werden. Danzig ist nicht das Objekt, um das es geht. Es handelt sich für uns um die Erweiterung des Lebensraumes im Osten. Das Problem Polen ist von der Auseinandersetzung mit dem Westen nicht zu trennen. Es entfällt also die Frage, Polen zu schonen, und es bleibt der Entschluss, bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen. An eine Wiederholung der Tschechei ist nicht zu glauben. Es wird zum Kampf kommen. Aufgabe ist, Polen zu isolieren.“

Das ist nicht gelungen; denn wir haben dann als Antwort auf diese Schritte Bündnisse mit England und Frankreich bekommen. Die Rechnung war falsch. Aber am 22. August – hier denke ich an Klemperer – hat derselbe Mensch erneut auf dem Obersalzberg an Heeresgruppen und Armeeführer der drei Wehrmachtsteile eine Ansprache gerichtet. Laut Gedächtnisprotokoll von Generaloberst Halder – der Stabsoffizier, der dies später schriftlich verfasst hat – hat Hitler gesagt: „Wir müssen mit rücksichtsloser Entschlossenheit das Wagnis auf uns nehmen. Der Politiker muss ebenso wie der Feldherr ein Wagnis auf sich nehmen. Wir stehen vor der harten Alternative, zu schlagen oder früher oder später mit Sicherheit vernichtet zu werden. Eiserne, unerschütterliche Haltung aller Verantwortlichen. Ziel: Vernichtung Polens, Beseitigung seiner lebendigen Kraft. Es handelt sich nicht um das Erreichen einer bestimmten Linie oder einer neuen Grenze, sondern um die Vernichtung des Feindes, die auf immer neuen Wegen angestrebt werden muss.“

Hitler hat nie über den Mord an Juden geredet. Es war die Rede von „der Endlösung der Judenfrage“. Hitler redete viel klarer. Er sagte, wir reden über die Vernichtung, und dazu diese schönen Worte. Bitte, denken wir nach: Es geht um „die Vernichtung des Feindes, die auf immer neuen Wegen angestrebt werden muss.“ Diese Wege waren Auschwitz, Majdanek, Treblinka, Folterungen, Erschießungen, Verhaftungen der Priester, der Nonnen und der Oberschicht. Dies waren neue Wege! Man muss immer neue Wege suchen ... Wer sollte diese neuen Wege suchen? Himmler, Heydrich, Frank

und andere Verbrecher haben solche Wege gesucht. Der Führer befiehlt, wir folgen.

Deswegen gedenken wir dieses Krieges; denn es war kein Krieg zur Realisierung gewisser politischer oder ökonomischer Ziele wie viele Kriege in der Weltgeschichte. Es war ein Krieg gegen die Menschen, die Menschheit und die Menschlichkeit. Es war ein Krieg, bei dem man von Anfang an die Menschen in unterschiedliche Arten klassifiziert hat, zum Beispiel die kranken Leute, die man sterilisieren oder umbringen konnte, und auch die Euthanasie der Deutschen. Dann sagte man wieder, die Slawen seien Untermenschen, die Juden Ungeziefer.

Es gab unterschiedliche Kategorien: Die Zwangsarbeiter aus Frankreich waren „normale“ Zwangsarbeiter, die Zwangsarbeiter aus Polen waren die mit dem Buchstaben „P“. Die Zwangsarbeiter aus dem Osten wurden mit „Ost“ gekennzeichnet. Für die Liebesbeziehung mit einer deutschen Frau gab es für einen Slawen die Todesstrafe, nicht aber für einen Franzosen. Merken Sie die feinen Unterschiede bei der Behandlung der Menschen?

Es gab bessere Menschen, schlimmere Menschen, schlimmste Menschen, Unmenschen und Übermenschen. Es war ein ideologischer Krieg. Es war ein Krieg um die Vernichtung der Werte. Man musste gewisse Werte predigen und gewisse Formulierungen der Werte annehmen, was gerade nach dem Krieg geschah, und zwar mit unterschiedlichen Folgen, um sich wieder der Realität stellen zu können.

Ich schätze sehr, dass am Anfang des neuen Wegs der Bundesrepublik Deutschland und des deutschen Volkes 1949 zwei knappe, aber vielversprechende Sätze im Grundgesetz standen: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Wenn man solche Sätze reflektiert, versteht man erst, dass man Vertrauen in eine solche Gesellschaft und einen solchen Staat haben kann, die das akzeptieren, wahrnehmen und bestätigen.

Ich komme zu dem, was ich als alter Kämpfer über die deutsch-polnische Aussöhnung denke. Ich habe gemischte Gefühle. Einfache Gefühle haben die Leute, die wenig wissen. Die Leute, die ein bisschen mehr wissen, haben immer kompliziertere Gefühle. Die Sensibilität des Menschen hängt, wie jeder weiß, auch von dem Stand des Wissens ab, und zwar in jedem Land, in jedem Volk und in jeder Zeit.

Ich habe keine Angst vor den Deutschen. Ich habe auch keine Angst vor den Russen. Ich habe Angst vor pervertierten, gespaltenen und falschen Menschen, die in vielen Ländern der Welt leben. Ich habe Angst vor der Organisierten Kriminalität, vor den Staaten, die nicht Rechtsstaaten sind, vor Gesellschaften, die gegen eigene politische Kriminelle nicht genug

stark kämpfen können oder wollen. Ich habe Angst vor der Pervertierung der Begriffe.

Ich bin für die klare Hierarchie der gemeinsamen Werte; denn diese klare Hierarchie – egal, ob jemand in der Kirche oder in einer anderen Kirche gläubig oder ungläubig ist – ist sehr ähnlich. Kein normaler anständiger Mensch in der Welt ist der Meinung, dass die Zehn Gebote falsch sind. Gut, töten soll man nicht, stehlen soll man auch nicht.

Mein Vater, der ein normaler Bankbeamter und kein Philosoph war, hat mir als junger Bub zwei Weisheiten eingeprägt, die mir später sehr im Leben geholfen haben. 1. Pass auf mein Sohn, du darfst im Leben nichts leichtsinnig unterschreiben. Das hat mir im totalitären System sehr geholfen. 2. Es ist verrückt mit dieser Politik, dieser Fremdenfeindlichkeit und dem Antisemitismus. Es geht mich nichts an. Es ist mir egal, ob es ein Jude, ein Christ oder ein Türke ist. Hauptsache: Er soll zahlungsfähig sein, also ein anständiger Mensch, der Verantwortung trägt. Ich habe bei den Leuten immer geschaut, ob es ein Mensch ist, dem ich zum Beispiel mein Gepäck zur Aufbewahrung in der Bahnhofshalle gegeben hätte oder nicht. Das ist ein Risikofaktor.

So kann man auch in der Politik und bei großen Handlungen schauen, nicht nur in individuellen Situationen. Ich habe die bedingte Hoffnung, dass die Lehre aus der schrecklichen Vergangenheit gezogen wird.

Wir befinden uns in dem Moment, in dem zum ersten Mal in der Weltgeschichte die Deutschen, die Polen und weitere 17 Staaten der Welt militärische und politische Verbündete sind. Ich spreche von der NATO. Das ist eine sensationelle Entwicklung. Niemand von uns hat vor wenigen Jahren an eine solche Entwicklung gedacht. Wir erleben die Wiedervereinigung Deutschlands einhergehend mit der Akzeptanz der ehemaligen Gegner umso mehr, als Anfang der neunziger Jahre über verschiedene Probleme, die Deutschland betrafen, auch von den Franzosen und Frau Thatcher diskutiert wurde und man zum Beispiel eine Form der NATO beschloss, die das Gebiet der früheren DDR nicht einschloss. Die politischen Leute erinnern sich. Solche Ideen und Vorstellungen waren in Umlauf. Wir Polen waren es, die laut geschrien haben, wir wollen die NATO an unserer Grenze; denn das ist ein westlich-demokratisches System. Das ist ein System, in dem wir uns finden können. Wir haben uns relativ schnell gefunden.

Prozentual gibt es in jedem Land eine identische Gruppe fähiger, guter, anständiger, krimineller und durchschnittlicher Menschen. Die kleineren Länder haben kleinere Sorgen, die größeren Länder haben größere Sorgen, weil sie mehr solcher Fälle zu bewältigen haben. Schauen wir in die USA, welche Probleme sie mit der Bekämpfung der Kriminalität im 20. Jahr-

hundert bekommen haben. Die grausamsten Erfahrungen kann man noch in alten Filmen aus Chicago um 1900 sehen, die in der Nacht im Fernsehen gezeigt werden ...

Man muss sich trösten. Die Schweden waren die schrecklichsten Banditen in Europa. Sie waren in Bayern und in Schlesien, haben verwüstet, vergewaltigt, geraubt und alles Mögliche getan. Wer denkt heute negativ über die Schweden? Es hat sich alles geändert. Das ist immer unsere Hoffnung, wenn wir nach Osten schauen. Man muss die christliche Hoffnung haben.

Ich glaube, diese Situation verpflichtet und zwingt uns alle zum organischen Handeln. Die kleinen Steine in dem Mosaik, die wir in Form von Kontakten, Partnerschaften, Äußerungen guten Willens und Hilfsleistungen bringen, gehen nicht verloren. Nur sieht man das gesamte Mosaik nicht. Diese kleinen Steine bedeuten sehr viel. Das sind kleine positive Daten jedes einzelnen Menschen.

Ehemals waren bei uns Pfadfinder verpflichtet, an jedem Tag etwas Positives zu tun, zum Beispiel jemandem die Arznei aus der Apotheke zu bringen oder beim Überqueren der Straße zu helfen. So waren die Kinder erzogen, und zwar nicht nur durch die Kirche, sondern auch durch die Eltern. In gewissem Sinne des Wortes ist das aktuell, obwohl wir keine Kinder sind; denn diese kleinen Leistungen lohnen sich.

Ich möchte kurz zurückblicken. 1980 und 1981 herrschte in Polen große Not. Es mangelte an Babynahrung und Arznei. Völlig überraschend gab es für die polnischen Familien große Hilfen, die durch die beiden christlichen Kirchen in Deutschland und verschiedene Vereine und Verbände organisiert wurden. Es sind Tausende von Lastwagen mit der Hilfe von unbekanntem deutschen Familien an unbekanntem polnische Familien gelangt.

Das bedeutete für die Leute erst ein Argument gegen die Moskauer Propaganda. Die Deutschen seien entweder Kommunisten oder Imperialisten. Also wenn sie keine Kommunisten sind, sind sie Imperialisten und Bösewichte. Plötzlich haben die Leute von unbekanntem Familien Hilfe und liebe Briefe bekommen, die Menschen, die immer nur gehört und gelesen haben, was in den Medien, in den Zeitungen und in dem staatlichen Fernsehen war. Das war wie in der DDR und wie das *Neue Deutschland* sprach. Dann haben sie in der Praxis plötzlich erfahren, wie das deutsche Volk von heute ist.

Die Leute denken in anderen Kategorien. Es geht nicht nur um materielle Werte. Was damit geschaffen worden ist, hat sich gelohnt. Die Gesinnung der Menschen hat sich bei uns in kürzester Zeit wesentlich

verändert; denn sie haben plötzlich gespürt, dass sie laufend betrogen wurden, auch durch die aufgezwungenen Pauschalmeinungen; denn die Leute sind unterschiedlich, überall, auch bei uns. Ich habe unterschiedliche Nachbarn in einigen Ortschaften gehabt. Es hat sich gelohnt. Also wenn es so etwas wie den Fluch der bösen Taten gibt, dann gibt es mit absoluter Sicherheit so etwas wie den Segen der guten Tat. Ich habe dies persönlich erfahren, und ich bin auch ein biografisches Beispiel, weil ich heute hier stehe. Ich habe den Menschen im Leben ein bisschen geholfen. Das waren die Juden, und es war im Krieg. Im Moment brauchen diese meine Hilfe nicht. Man hat mir in Not mehrmals geholfen – unterschiedliche Leute, auch die Deutschen in großem Umfang. Dies bedeutet, es lohnt sich, anständig zu sein. Aber die Formulierung „es lohnt sich“, die ich aus dem Titel des Büchleins nehme, das ich zusammen mit Reinhold Lehmann geschrieben habe und das bei Herder verlegt wurde, sie hat ein bisschen eine andere Bedeutung. Denn sie ist nicht mit Lohn, sondern mit Werten verbunden. Der polnische Titel lautet *Warto*. Das können Sie auch verstehen: *Warto* – Werte. Es ist viel wert, anständig zu sein. Es geht um die moralische Einstellung und nicht um die materielle, lediglich den materiellen Nutzen. Ich bin tief überzeugt, dass es sich lohnt, moralisch anständig zu sein, obwohl viele Leute das nicht verstehen.

Eine letzte Sache: Ich höre immer aufs Neue das Gequatsche über die Freundschaft. Meine Damen und Herren, ich bin gegen Heuchelei. Es ist nicht wahr, dass alle Franzosen alle Deutschen lieben. Es ist nicht wahr, dass alle Deutschen alle Franzosen lieben. Es ist nicht wahr, dass alle Holländer alle Deutschen lieben. Es ist nicht wahr, dass alle Belgier alle Franzosen lieben. Es ist nicht wahr. Die Liebe ist ein Wort von großer Bedeutung.

Letzthin war eine wunderbare Aussage des Papstes anlässlich der letzten Wallfahrt in Polen über die Bedeutung der Liebe im Leben der Völker und der Menschen zu vernehmen. Es gibt eine philosophische, eine moralische, eine theologische und eine menschliche Bedeutung.

Laut den illustrierten Zeitungen kommt die Liebe vom blauen Himmel, oft nur für einige Urlaubswochen. Aber es ist eine Perversion, wenn man dies so auslegt. Ich glaube, es reicht die Wertschätzung, es reicht die Achtung der Menschen, es reicht die freundliche Gesinnung, es reicht die Bereitschaft mitzuwirken, es reicht die Offenheit, um zu hören, es reicht die Bereitschaft zur Diskussion, zum Dialog; denn Freunde hat man im Leben immer weniger. Jeder von uns weiß, dass er sehr viele Bekannte und sehr wenige Freunde hat, solche authentischen Freunde fürs Leben.

Man kann von den Völkern nicht verlangen, dass sie sofort befreundet sein müssen. Das ist eine Utopie.

Aber wenn wir jetzt jährlich 150 Millionen Grenzübertritte an der Oder und an der Neiße registrieren, ist zu fragen, welche Qualität das hat. Nehmen wir an, 10 Prozent sind Kriminelle. Nun gut. Nehmen wir an, es sind auch Millionen gute Leute darunter, die etwas wollen. Nehmen wir an, die anderen sind neugierig, kaufen etwas oder sind Touristen. Auch das ist gut. Aber dies ist die Normalität. Wir brauchen eine Normalität der Deutschen und der Polen so wie der Deutschen und der Franzosen in Straßburg.

Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern Arbeitsplätze für Pendler im Raum Stettin angeboten. Diese wollten nicht; denn diese bekommen Arbeitslosenunterstützung in der Höhe unseres Arbeiterlohns. Was konnten wir tun? Aber wir sind bereit. Die Öffnung ist schon Faktum.

Wenn eine deutsche Hausfrau mit dem Fahrrad zum polnischen Friseur kommt, weil er billiger ist, dann ist das gut. Dann ist der polnische Friseur kein Untermensch mehr. Er ist ein normaler, guter Friseur. Das soll so sein. Wenn jemand kommt, um bei uns Jeans – original-amerikanische Jeans – einzukaufen, weil es billiger ist, na gut, dann macht dies nichts. Das sind kleine Sachen im Alltag. Aber die Alltagsgeschichte ist auch die Geschichte der Menschheit, und die Gesinnung der Menschen gestaltet man nicht nur in den Kanzleien. Die Gesinnung der Menschen gestaltet man in der Schule, in der Pfarrgemeinde, in der Familie und überall, ein bisschen hier und ein bisschen da.

Es gibt auch solche Leute, die man überhaupt nicht gestalten kann. Das wissen wir. Auch wir haben solche hoffnungslosen Kriminellen, Kranken oder Drogensüchtigen. Die haben auch die Deutschen, die Holländer, die Amerikaner. Die haben alle. Wenn wir von Jugendlichen hören, die in dem hochzivilisierten Land, in den Vereinigten Staaten, aber auch woanders, Gleichaltrige erschießen, so sind dies unbegreifliche Elemente. Aber dies hat nichts mit Politik zu tun. Das hat mit den Menschen, mit der Erziehung, mit der Beziehung zur Familie, mit der Beziehung zu gewissen Werten, mit der Sorge und Fürsorge zu tun. Auf dieser Ebene können wir uns näher kommen.

Zu guter Letzt muss ich sagen und dies in Erinnerung bringen: Im kommenden Jahr werden wir die Tausendjahrfeier des Besuchs Ottos III. feiern. Der Papst will, wenn er gesund ist, aus diesem Anlass eine neue Veranstaltung organisieren. Das ist auch ein Symbol. Dieser heilige Adalbert ist für die Polen, für die Deutschen und für die Tschechen ein Heiliger. Wir haben gemeinsame Werte gehabt. Natürlich kann man jetzt keine iden-

tischen Werte haben. Wir brauchen auch keine Märtyrer mehr. Aber wir brauchen tüchtige Leute, die auch bereit sind, das Risiko zu tragen.

Apropos tüchtige Leute: Ich sehe im Alltag ringsherum, täglich, wöchentlich, monatlich mehr deutsche Firmen und deutsche Banken, die sich in Polen niederlassen. Ich bin der Meinung, dass ein dummer Mensch auf der Straße, der über „die polnische Wirtschaft“ meutert und redet, sich bei einer deutschen Bank informieren soll, wo es sich lohnt, Geschäfte zu machen.

Das ist auch das Leben, kein hohes intellektuelles Leben, aber das ist auch die Substanz des Lebens im 20. Jahrhundert. Wir sollten uns auf diese Weise durch konkrete kleine Sachen näher kommen; denn gedenken soll man, darf man, muss man. Aber wozu? Um etwas besser zu gestalten. Die erste Bedingung ist, sich besser kennenzulernen; denn die Beispiele beweisen, dass dann, wenn sich die Leute gut kennenlernen, sie nicht glauben werden, der andere sei ein Affe und kein Mensch oder der eine ist sympathisch und der andere weniger. Aber so sind nun einmal die Menschen. Es geht um diese Normalität.

Wir gehören in Polen – ein katholisches Land – zu einer Weltkirche. Ich weiß nicht, ob die Leute dadurch besser sind. Die Kirche bemüht sich schon 2000 Jahre. Aber die Kirche bemüht sich mit Recht, und einmal wird es kommen.

Den Lebensprinzipien treu¹

Es ist für mich eine große Ehre, hier in Görlitz für Sie, verehrte und liebe Frau v. Moltke, die Laudatio aus Anlass der Verleihung des Internationalen Brückepreises halten zu dürfen.

Dieser Preis, der in diesem Jahr zum vierten Mal vergeben wird und nach Gräfin Dönhoff zum zweiten Mal an eine Frau, zeichnet mit Ihnen eine Persönlichkeit aus, deren Lebensweg ich einerseits ohne zu Zögern als einen der bewegtesten bezeichnen möchte, aber der zugleich – wo immer Sie sich aufhielten – von ganz ähnlichen Lebensprinzipien bestimmt war.

Als Sie als Kölner Bankierstochter 1929 mit 18 Jahren zum ersten Mal Ihren zukünftigen Mann Helmut James von Moltke trafen und ihn zwei Jahre später heirateten und aus dem Rheinland in das kleine, schlesische Dorf Kreisau umzogen, wo er sich seit einigen Jahren darum bemühte, das Gut wieder in Schwung zu bringen, hatten Sie vermutlich einen Lebensplan vor Augen, der mit dem Leben, das Sie dann später führen sollten, nicht viel gemeinsam hatte. Aber liest oder hört man Erinnerungen von Ihnen, dann lassen Sie nie einen Zweifel daran, dass Sie Ihr Leben als ein erfülltes, ein glückliches bezeichnen würden.

In den Jahren von 1931 bis 1945 sollte sich Ihr Leben zwischen Kreisau, Breslau und Berlin abspielen. Während Ihr Mann noch in Berlin seine Referendarsstationen machte und seinen Assessor ablegte, haben Sie Ihr im Rheinland begonnenes Jurastudium fortgesetzt und wurden im Jahre 1935 in Berlin an der Humboldt Universität promoviert. Gleichzeitig waren Sie immer wieder in Kreisau, haben dort ab Ende 1937 ständig gelebt, während Helmut James von Moltke in Berlin als Anwalt und ab 1939 beim Oberkommando der Wehrmacht als Sachverständiger für Kriegsrecht und Internationales Öffentliches Recht kriegsdienstverpflichtet worden war.

Täglich haben Sie sich in dieser Zeit Briefe geschrieben – Briefe haben auch insgesamt in Ihrem ganzen Leben eine Schlüsselrolle gespielt. Sie bezeichnen sich selbst in einem veröffentlichten Gespräch in der Reihe „Zeu-

¹ Laudatio für Freya v. Moltke aus Anlass der Vergabe des Internationalen Brückepreises der Stadt Görlitz, gehalten von Władysław Bartoszewski am 4. November 1999. Der Text stammt aus dem Archiv des Autors.

gen des Jahrhunderts“ als eine der letzten, die noch der Generation der Briefeschreiber angehört. Briefe von Kreisau nach Berlin dauerten einen Tag und wurden nicht kontrolliert (sonst hätten sie länger gebauht) – eine wichtige Voraussetzung in dieser Zeit und mit jedem Jahr mehr.

Von Anfang an standen Sie und Ihr Mann in klarer Ablehnung zum nationalsozialistischen Regime, Ihr Mann bemühte sich in seiner Funktion als Anwalt, gerade denen zu helfen, die durch das Hitler-Regime diskriminiert wurden. Er beriet u. a. auswandernde Juden. Das durfte er offiziell bis zum 1.12.1938, anschließend tat er es illegal. Zugleich hatte er die Möglichkeit, immer wieder nach England zu reisen – dort entstanden Freundschaften, die auch für Sie Ihr Leben lang eine große Rolle spielten.

Wohl auch der wachsende eigene Unmut über die beschränkten Handlungsmöglichkeiten führten bei ihm und bei anderen Ende der dreißiger Jahre zu der Einsicht, dass ein Nachdenken über die Zukunft, über die Zeit nach dem Ende des unmenschlichen Regimes, notwendig war, auch um sich selbst eine Zukunftsperspektive zu schaffen, gedanklich dem Schrecken, Grauen und der Menschenverachtung etwas entgegenzusetzen. Die später von Freisler als „Kreisauer Kreis“ bezeichnete Gruppe von Freunden, Bekannten und Vertrauten, die sich vor allem in kleinen Gruppen und insbesondere in Berlin trafen, entwarf Grundsätze für die Zeit danach, erarbeitete Entwürfe für eine geistige, soziale und politische Neuordnung nach dem Krieg. Diese Freundesgruppe, die sich aus Sozialdemokraten, Konservativen, katholischen Priestern, Adelligen und Fachleuten der unterschiedlichsten Bereiche zusammensetzte, verband der Widerstand gegen das Regime und zugleich eine christliche Grundüberzeugung.

Als Teilnehmerin vieler Gespräche und als ständige Gesprächspartnerin Ihres Mannes, der Sie in sein für ihn, für Sie und Ihre Familie und Freunde gefährliches Tun einweihte, haben Sie sich als „Kreisauerin“ verstanden. Durch diese von Ihnen immer wieder betonte Liebe und Nähe zwischen Ihnen und Ihrem Mann und Ihrem gemeinsamen Tun haben Sie, als er Anfang 1944 verhaftet wurde, auch keinen Weg gescheut, ihm zu helfen und ihn zu stärken.

Gleichzeitig mussten Sie Kreisau und zwei Kinder versorgen, viele Freunde begleiten und mit Sicherheit mit den eigenen Ängsten leben. Die Hinrichtung Ihres Mannes Anfang 1945, das Ende des Krieges und schließlich, infolge der Vereinbarungen von Jalta, der Verlust Kreisaus haben für Sie ein Ende Ihres bisherigen Lebens bedeutet.

Sie verließen Kreisau, aber sowohl die Briefe, die Sie und Helmut James sich geschrieben hatten und die in Bienenkörben, die Sie hielten, ein sicheres Versteck während des Krieges gefunden hatten, als auch

Ihre ganze Erinnerung an das Tun und Handeln der Kreisauer reisten mit Ihnen mit.

Für ein Jahrzehnt entschieden Sie sich für ein Leben in Südafrika, der Heimat von Helmut James Großeltern, zusammen noch mit anderen aus Ihrer Familie. Dort arbeiteten Sie als Fürsorgerin von Behinderten aller Hautfarben. Hier zeigt sich wieder, womit Sie oft Ihre Mission umschrieben haben – Anwältin zu sein für viele und vieles.

Als Sie 1956 nach Deutschland, nach Berlin zurückkehrten, begann Ihre eigentliche Arbeit als Zeugin, Berichterstatterin, als Anwältin der Kreisauer und ihres Tuns. Direkt nach dem Krieg waren in England die ersten Briefe von Ihrem Mann veröffentlicht worden – in Deutschland kam 1950 ein Buch mit seinen letzten Briefen aus dem Gefängnis heraus. Bei Ihrem Neuanfang 1956 in Berlin war es zuerst ein gemeinsames Buchprojekt zum Widerstand zusammen mit Annedore Leber, der Witwe des ebenfalls von den Nazi Anfang 1945 umgebrachten Sozialdemokraten Julius Leber. Zugleich begannen Sie, Vorträge in Schulen zum Widerstand zu halten. Ein Grund Ihres Tätigwerdens war – wie Sie schreiben, dass die NS-Vergangenheit und der Widerstand damals kaum mehr ein Thema in Deutschland zu sein schien. Sie nahmen Ihre eigene Geschichte als Vermächtnis an und haben in diesem Sinne in den mehr als 40 Jahren seit jener Zeit auf ganz viele unterschiedliche Weisen dafür gekämpft, dass weder die Erinnerung an das Schreckenssystem der NS-Herrschaft noch an die tapferen, mutigen und weitsichtigen Männer und Frauen des Kreisauer Kreises verblasste. Sie haben zugleich durch Veröffentlichungen zu Ihrem Mann Helmut James v. Moltke und die Herausgabe seiner Briefe an Sie dafür gesorgt, dass eine herausragende Persönlichkeit für sehr viele Menschen Vorbild und Leitfigur geworden ist. Dass Sie für dieses Buch 1980 den Geschwister-Scholl-Preis verliehen bekamen, geschah auch in Anerkennung Ihrer jahrelangen Erinnerungsarbeit.

Und zugleich haben Sie vor nun gut 10 Jahren begonnen, das Projekt Kreisau und die Entstehung der dortigen Internationalen Jugendbegegnungsstätte zu begleiten und zu unterstützen. Sie waren auch in den Jahrzehnten vorher immer wieder privat nach Krzyżowa gereist, hatten noch enge Kontakte zu früheren Mitarbeitern Ihres Gutes, aber auch zum Pfarrer vor Ort und zu Prof. Karol Jónca in Wrocław.

Als man Sie 1989 einlud, an der Versöhnungsmesse zwischen Helmut Kohl und Tadeusz Mazowiecki in Kreisau teilzunehmen, lehnten Sie erst einmal ab. Immer wieder haben Sie damals betont, dass es für Sie entscheidend sei, von polnischer Seite eingeladen zu werden.

Nach Einladungen durch den Klub der Katholischen Intelligenz Breslau kam es nach der politischen Wende im Sommer 1990 zu Ihrer ersten

Reise nach Kreisau, wo aus Anlass der Registrierung der Stiftung Kreisau eine kleine Feier stattfand. Sie wurden zur Ehrenvorsitzenden des Stiftungsrates gewählt und sind dies bis heute. Ihre Europareisen legen Sie in der Regel so, dass Sie an den Stiftungsratssitzungen teilnehmen können.

In vielen Gesprächen haben Sie Ihrer Freude Ausdruck verliehen, dass Kreisau nun polnisch ist, da es auf diese Weise mit Sicherheit europäisch werde. Von der Entscheidung, an diesem Ort eine internationale Begegnungsstätte einzurichten, waren Sie sofort begeistert und äußerten sich in der Festschrift zur offiziellen Eröffnung im Juni 1998 mit folgenden Worten:

Bekanntlich braucht man Mut zum Leben. Kreisau steht für ein Zeugnis von Mut. Mut, den Menschen in schweren Zeiten aufgebracht haben. Meine Kreisauer Freunde sind unter ihnen nur eine kleine Gruppe. Kreisau soll genauso für Menschen aus Polen, der Tschechischen Republik, Russland und anderen Ländern stehen, die zu ihrer schweren Zeit ihre Diktatur bekämpft haben. Möge das neue Kreisau mit seinen Begegnungen dazu beitragen, dass die Teilnehmer, Jung und Alt, gemeinsam immer wieder neuen Mut für das Leben und die Zukunft schöpfen.

Mut zum Leben, Verständigung, Versöhnung, Einreißen von festgefahrenen Denkmustern sind Schlüsselbegriffe in Ihrem Leben. Dass die Versöhnung zwischen Deutschen und Polen nun auch eine Aufgabe für Sie geworden ist und Sie heute manchmal bereuen, dass Sie kein Polnisch sprechen, zeigt, wie sehr Sie sich immer wieder für das, was Ihnen in dem Moment in Ihrem Leben wichtig erschien, eingesetzt haben.

„Wenn jeder Deutsche einen polnischen Freund hätte, dann würden die Polen lernen von den Deutschen und die Deutschen von den Polen. Das ist übrigens durch den früheren Wohnsitz der Moltkes in Schlesien, der jetzt in Polen liegt, mein Anliegen in Deutschland.“ Und dass Sie in einem Interview erzählen, dass schon Helmut James von Moltke an seine Großeltern nach Südafrika schrieb „Ich muss unbedingt Polnisch lernen“, freut mich als Pole natürlich sehr.

Ich möchte mir erlauben, aus eigener Erfahrung hier zu sagen, dass eine Verständigung zwischen Deutschen und Polen guten Willens in der NS-Zeit kaum möglich war und während der Kriegs- und Besatzungszeit überhaupt nicht in Frage kam. Ich bewerte die idealistisch motivierten und opferbereiten Aktivitäten z. B. auch der Gruppe „Die Weiße Rose“ sehr hoch. Diese jungen Widerständler, christliche Studenten und gute deutsche Patrioten, wollten sich aus weltanschaulicher Überzeugung und im Interesse des Vaterlandes der Willkür des Nationalsozialismus widersetzen. Sie haben dies – wie bekannt – im Jahre 1943 mit ihrem Leben bezahlt. Wenn ich aber auf der Straße

in Warschau z. B. Hans Scholl in einer Wehrmachtsuniform getroffen hätte, hätten wir keine Möglichkeit gehabt, zueinander zu kommen und miteinander zu sprechen, obwohl wir beide gleichaltrige Europäer mit ähnlichen Lebensvorstellungen gewesen sind. Er konnte als deutscher Soldat nicht mit einem „polnischen Untermenschen“ sprechen, und mein damaliger Ehrenkodex hätte mir verboten, einen Deutschen anzusprechen. Und so funktionierte die Methode der Entfremdung und des Kultes von Diktators Willen. Aber alle Versuche, diese Kluft zu überwinden, waren ebenso in München wie in Kreisau von entscheidender Bedeutung für unsere gemeinsame Zukunft.

Dass sie, Frau von Moltke, nun seit fast 40 Jahren in den Vereinigten Staaten, in Vermont eine Heimat gefunden haben, inzwischen auch amerikanische Staatsbürgerin sind – zugleich gerne die deutsche behalten hätten – zu diesem Schritt gehörte auch viel Mut. Viele Jahre haben Sie dort das Leben von Eugen Rosenstock-Huussy geteilt, geistiger Lehrer von Helmut James von Moltke und nach seiner Emigration als Rechtswissenschaftler und Kulturphilosoph lange an amerikanischen Universitäten tätig. Sie sagten einmal in einem Interview, dass Sie „mit zwei querliegenden Männern ausführlich zu tun gehabt“ hätten in Ihrem Leben. Mit Sicherheit sind aber Sie auch nie ein Mensch gewesen, der sich eingefügt oder angepasst hätte, der nicht seine ganz eigene Meinung zu den Dingen gehabt hat.

Wenn ich mir Ihr Leben ansehe, dann bin ich auch von seiner geografischen Ausdehnung beeindruckt. Aber wohin auch immer Sie das Schicksal verschlagen hat, haben Sie Ihren Aufgabenkreis gefunden. Seien es Themen der Frauenbewegung oder auch Ihr Engagement für den Umweltschutz und die Bewahrung der Natur, sei es Ihr Bemühen in den Vereinigten Staaten um bessere Wohnbedingungen, sei es Ihre Aufgeschlossenheit insgesamt dem Neuen gegenüber – Sie geben mit Ihrem Leben seit vielen Jahren ein Zeugnis und Beispiel, was Offenheit, Lebensbejahung und Mut sind.

Die Art und Weise, wie Sie Ihr oft verzweifelt schweres Leben gemeistert haben und zugleich noch über Ihr persönliches Schicksal hinaus gedacht und gelebt haben, bewegt jeden, der Sie erlebt. Jeder, der Sie kennt, beschreibt Sie als eine hervorragende Persönlichkeit. Hierzu zählen nicht nur die Jugendlichen aus allen Ländern, mit denen Sie sich immer wieder in Kreisau getroffen haben. Um nicht weit zu suchen: Ich bin sicher kein Jugendlicher und bewundere Sie!

Ihr Leben selbst ist mit Sicherheit eines der schönsten Beispiele dafür, mit wie viel Mut und Stärke man normal, anständig und sogar beispielhaft leben kann. Wir alle danken Ihnen für die Art und Weise Ihres Lebens und gratulieren Ihnen von Herzen zum Internationalen Brückpreis der Stadt Görlitz.

Angst vor der Großmacht? Deutschland und Polen nach dem Umbruch¹

Der revolutionäre Wandel in Mittel- und Osteuropa eröffnete völlig neue Perspektiven für das Zusammenwachsen des Kontinents. Er brachte enorme Chancen und Möglichkeiten mit sich, die längst noch nicht hinreichend ausgeschöpft sind. Der Umbruch schuf auch die Voraussetzungen für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten, die fast ein halbes Jahrhundert durch den Eisernen Vorhang getrennt waren. Gerade dieses immer mehr in den Bereich des Möglichen rückende Ereignis jedoch, das heute wie kein anderes für die Überwindung des Kalten Krieges und der künstlichen Teilung Europas steht, warf auch Fragen auf. Welchen Platz würde ein „neues“, vereintes Deutschland in Europa und der Welt für sich reklamieren? Würde es weiterhin fest in den euroatlantischen Strukturen verankert bleiben oder wieder einen eigenen, einen neuen Sonderweg einschlagen? Welche Politik würde es gegenüber den Staaten Mittel- und Osteuropas verfolgen? Die Beantwortung dieser Fragen war verständlicherweise gerade für Polen, das eben im Begriff war, seine Eigenständigkeit und Handlungsfreiheit zurückzugewinnen, von ganz entscheidender Bedeutung.

Es gibt wohl kaum ein zweites Land in Europa, das mit seinen Nachbarn – im Westen wie im Osten – in der Vergangenheit so wenig Glück gehabt hat wie Polen. Immer wieder bedrohten diese den Bestand des polnischen Staates; mehr als einmal tilgten sie ihn von der Landkarte. Es ist daher wenig verwunderlich, dass der Fall der Berliner Mauer in Polen gemischte Gefühle weckte.

Dabei hatten gerade hier, in Polen, die politischen Umwälzungen, die schließlich den Zerfall des Ostblocks besiegelten und die deutsche Einheit in greifbare Nähe rückten, ihren Anfang genommen: die Gespräche am Runden Tisch im Frühjahr 1989 zwischen den kommunistischen Machthabern und der oppositionellen „Soliarność“-Bewegung hatten zu teilweise freien Wahlen und bereits im September 1989 zur Bildung der ersten demokratisch legitimierten Regierung in Mittel- und Osteuropa geführt.

¹ Władysław Bartoszewski, „Angst vor der Großmacht? Deutschland und Polen nach dem Umbruch“, in: *Internationale Politik* 9/2000, S. 9–14.

Die politische Wende in Polen sowie die Veränderungen im mittel- und osteuropäischen Umfeld schufen die Voraussetzungen für eine neue, eine eigenständige Außenpolitik und damit auch für eine eigenständige Deutschland-Politik Warschaus. In Bezug auf die „Deutsche Frage“ stützte man sich dabei auf Konzepte, die zuvor schon in den oppositionellen Kreisen entwickelt worden waren. Einerseits gestand man den Deutschen grundsätzlich das Recht auf Vereinigung zu, andererseits vertrat man die Position, dass die Frage der polnischen Westgrenze als endgültig beantwortet angesehen werden müsse. Was die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs betraf, ging man davon aus, dass diese der deutschen Einheit letztlich zustimmen würden. In diesem Fall, so die überwiegende Mehrheit der neuen demokratischen Klasse Polens, müsse man vor allem sicherstellen, dass Deutschland nicht wieder zu einer Kraft werden könne, die die europäische Ordnung sprengt. Die neue demokratische Regierung vertrat daher zunächst die Ansicht, dass eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten nur im Kontext der Vereinigung Europas stattfinden sollte.²

„Nachbarn, ob es uns gefällt oder nicht“

Dass die zukünftige Gestaltung des Verhältnisses zwischen Polen und Deutschland nicht nur für die beiden Staaten selbst, sondern auch für die Zukunft Europas von besonderer Bedeutung sein würde, stand außer Frage. Dies kam auch in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki vom September 1989 zum Ausdruck. Darin plädierte er für einen Durchbruch in den deutsch-polnischen Beziehungen und demonstrierte klaren Versöhnungswillen. Dieser wurde vom deutschen Bundeskanzler, Helmut Kohl, erwidert, der aus diesem Grund noch im selben Jahr nach Polen reisen wollte.

So kam es, dass sich Kohl zum Zeitpunkt der Maueröffnung ausgerechnet in Polen aufhielt. Im Bewusstsein der Befürchtungen, die dieses Ereignis hier geradezu zwangsläufig hervorrufen musste, sagte er im Gespräch mit dem polnischen Staatspräsidenten am 12. November in Warschau, nachdem er seinen Besuch aus gegebenem Anlass kurz unterbrochen hatte: „Europa braucht Polen, Polen braucht Europa. In diesem Europa brauchen auch Polen und Deutschland einander. Beide Länder sind

² Vgl. Krzysztof Skubiszewski, „Die völkerrechtliche und staatliche Einheit des deutschen Volkes und die Entwicklung in Europa“, in: *Europa-Archiv* 6/1990, S. 195 ff.

Nachbarn, ob es uns gefällt oder nicht. Bekanntlich kann man sich seinen Nachbarn – ebenso wie die Mitglieder der Familie – nicht aussuchen. Diese tausendjährige Nachbarschaft ist über lange Jahrhunderte gut gewesen, dann hat eine schreckliche Zeit begonnen. Dies soll nicht vergessen werden – nur Wahrheit bringt einen weiter. Heute aber gilt es, ein neues, gutes Kapitel anzufangen. Ein ähnlich enges Verhältnis, wie wir es heute mit Frankreich unterhalten. „Zwar fanden diese Worte in Polen durchaus Anerkennung, genügten aber nicht, um das deutsch-polnische Verhältnis auf die aus polnischer Sicht notwendige neue Grundlage zu stellen.“³

Die Vereinigung Deutschlands blieb eine der heiklen Fragen der polnischen Innenpolitik, die man mit Fingerspitzengefühl behandeln musste. Nach einer Umfrage, die man im Oktober 1989 in Polen durchgeführt hatte, vermuteten zwei Drittel der Befragten, dass es langfristig zur Vereinigung der beiden deutschen Staaten kommen werde. Dabei überwog gleichzeitig die Ansicht, dass sich dies weder für Frieden und Sicherheit in Europa im Allgemeinen, noch für Polen im Besonderen als günstig erweisen würde. Noch im Februar 1990 lehnten über 40 Prozent der Befragten das Recht der Deutschen auf Vereinigung ab. Die Perspektive der Vereinigung Deutschlands verband man damals noch immer mit einem Gefühl der Bedrohung. Dies resultierte auch aus der Politik des innenpolitisch bedingten Taktierens des Bundeskanzlers in der Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. So nährte der Besuch Helmut Kohls in Moskau im Februar 1990 den Verdacht, Deutsche und Russen versuchten wieder einmal gemeinsame Sache auf Kosten der Polen zu machen.

In einem Schreiben vom April 1990 an den deutschen Bundeskanzler, in dem Ministerpräsident Mazowiecki sich – auch im Sinne eines Vertrauensvorschlusses für den deutschen Partner – für die Selbstbestimmung des deutschen Volkes und für die Verwirklichung der deutschen Einheit aussprach, schlug er den Abschluss eines Grenzvertrags vor, in dem der Grenzverlauf entlang der Oder-Neiße-Linie als unabänderlich bestätigt werden sollte. Erst dieser Vertrag, der im November 1990 unterzeichnet wurde, brachte Polen die notwendige Sicherheit, ohne die ein Neuanfang in den Beziehungen zwischen Deutschland und Polen nicht möglich gewesen wäre.⁴

³ Vgl. auch die Gemeinsame Erklärung, unterzeichnet vom Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Kohl, und vom Ministerpräsidenten der Volksrepublik Polen, Tadeusz Mazowiecki, am 14.11.1989 in Warschau, in: *Europa-Archiv* 23/1989, S. 679 ff.

⁴ Vgl. den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenzen, unterzeichnet am 14.11.1990 in Warschau, in: *Europa-Archiv* 13/1991, S. 310 ff.

Auf dem Weg zur Partnerschaft

Auf dieser Basis haben sich, dank gemeinsamer Anstrengungen und ganz im Sinne des im Juni 1991 abgeschlossenen Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit,⁵ die deutsch-polnischen Beziehungen in den vergangenen zehn Jahren stetig verbessert; die meisten bilateralen Probleme konnten gelöst werden. Das Kriegskapitel der gemeinsamen Geschichte dürfte mit dem Abkommen über die Entschädigung der NS-Zwangsarbeiter endgültig abgeschlossen sein. Die beiden Länder verfügen heute über ein umfangreiches Netz von bilateralen Institutionen, Stiftungen, Verbänden und Städtepartnerschaften; die wirtschaftlichen Beziehungen florieren. Das bisher Erreichte darf jedoch nicht dazu führen, dass die Hände in den Schoß gelegt werden. Denn obwohl eine solide Basis für unsere Partnerschaft geschaffen werden konnte, wird es sicher noch eine Weile dauern, bis Deutsche und Polen überkommene Berührungängste abgebaut und wirklich zueinander gefunden haben. Die Verständigung der Völker hinkt leider immer noch hinter der Aussöhnung der Eliten unserer beiden Länder hinterher.

In diesem Jahr wurde 1000 Jahre deutsch-polnische Beziehungen gefeiert. Die Jubelstimmung der feierlichen Begegnungen in Gnesen im Frühjahr 2000 ist noch nicht verklungen, aber nun ist es an der Zeit, nach vorne zu schauen. Deutschland und Polen brauchen zehn Jahre nach der Verwirklichung der deutschen Einheit wieder einen Neuanfang, eine in die Zukunft gerichtete Vertiefung ihrer Partnerschaft. Diese Notwendigkeit könnte man vielleicht mit einer Bergsteigermetapher umschreiben: mit dem Treffen in Kreisau im November und den beiden Verträgen von 1990 und 1991 wurde der große Gipfel erstürmt, jetzt liegt aber ein weites Hochland vor uns mit vielen kleineren Hügeln, aber manchmal auch größeren, die nicht ganz ungefährlich sein können. Es ist allerdings unmöglich, die gegenwärtigen und zukünftigen deutsch-polnischen Beziehungen losgelöst vom europäischen Gesamtzusammenhang zu betrachten.

⁵ Vgl. den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, unterzeichnet am 17.6.1991 in Bonn, in: *Europa-Archiv* 13/1991, S. 315 ff.

Gemeinsam in Europa

Anfang der neunziger Jahre wurde verschiedentlich die Befürchtung geäußert, Polen würde sich nun erneut zwischen zwei übermächtigen Nachbarn wiederfinden und Gefahr laufen, wieder zum Spielball von deren Interessen zu werden. Was Deutschland angeht, so verkannte diese, wenn auch verständliche, Wahrnehmung schon damals die europäischen Realitäten. Zum Zeitpunkt der Wende war Deutschland bereits seit mehreren Jahrzehnten vollwertiges und bewährtes Mitglied der NATO und der Europäischen Gemeinschaften. Letztere waren eben zu dem Zwecke geschaffen worden, um eine Wiederholung der Geschichte auszuschließen. Deutschland hat dabei freiwillig im Laufe der Zeit auf immer größere Teilbereiche seiner staatlichen Souveränität verzichtet und seine Friedfertigkeit unter Beweis gestellt. Das solchermaßen „eingehegte“ Deutschland hat – zum Glück – nichts mehr gemein mit dem von Expansionsdrang und Großmachtstreben besessenen Staat, der in den polnischen Bedrohungsperzeptionen eine prominente Rolle spielte. Dies belegt nicht zuletzt die konsequente Fortführung der Bonner Außenpolitik durch die „Berliner Republik“.

Der Beitritt zu den europäischen und euroatlantischen Integrationsstrukturen, in denen Deutschland schon lange fest verwurzelt ist, stellt seit der Rückgewinnung der vollen inneren und äußeren Handlungsfreiheit eine der Prioritäten der polnischen Außenpolitik dar, die von einem breiten überparteilichen Konsens getragen wird.

Bei den Bemühungen Polens, so schnell wie möglich Mitglied der NATO und der Europäischen Union zu werden, ist es insbesondere durch das vereinte Deutschland stets unterstützt worden. In dem Bewusstsein der politischen Klasse in Polen ist die positive Erfahrung der Ratifizierungsdebatte im Deutschen Bundestag über den Beitritt Polens zur NATO immer noch präsent. Gerade Deutschland profitiert in hohem Maße von der Ausdehnung der Zone der Sicherheit und des Wohlstands nach Mittel- und Osteuropa, nach der auch Polen strebt.

Aber die Erweiterung der Europäischen Union hat noch eine tiefere Dimension. Bei ihrer Beschreibung bin ich geneigt, auf das Vokabular der deutschen Einheit zurückzugreifen: Es soll nämlich zusammenwachsen, was zusammengehört. Die Gemeinschaft war zu allen Zeiten – und ist es heute noch – stets mehr als ein Zweckbündnis zur Mehrung des Wohlstands ihrer Mitglieder – wenngleich natürlich gerade der ökonomische Erfolg der EWG, später der EG, dann der EU, unbestreitbar ist und in hohem Maße ihre Attraktivität für die beitrittswilligen Staaten Mittel- und Osteuropas ausmacht. Dennoch, in ihrem Kern ist die Europäische Union vor allem

eine Wertegemeinschaft, deren Mitglieder bei aller bewahrenswerter Verschiedenheit verbunden sind durch gemeinsame geschichtliche und kulturelle Wurzeln, durch gemeinsame Vorstellungen von der politischen und wirtschaftlichen Organisation ihrer Gemeinwesen. Die Zugehörigkeit Polens zu dieser Wertegemeinschaft steht außer Frage.

Polen beabsichtigt, die Zukunft der Europäischen Union aktiv und konstruktiv mitzugestalten. Insbesondere mit Deutschland und Frankreich wird schon jetzt im Rahmen des sogenannten Weimarer Dreiecks eng und regelmäßig auf den unterschiedlichsten Gebieten zusammengearbeitet. Dass diese Kooperation nach dem polnischen EU-Beitritt weiter intensiviert wird und den deutsch-französischen Integrationsmotor dauerhaft verstärkt, ist die Hoffnung der polnischen Regierung. Solche Konstellationen sollen und werden die einheitliche Ausrichtung europäischer Politik nicht gefährden. Man kann und sollte sie eher als einen positiven Beitrag zu der noch im Einzelnen zu gestaltenden „verstärkten Zusammenarbeit“ verstehen.

Östliche Dimension der EU

Polen wird natürlich seine ganz spezifischen Erfahrungen mit in die Gemeinschaft einbringen und diese dadurch bereichern. Zum einen haben Polen und seine Menschen bei der kompletten Umgestaltung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in den letzten zehn Jahren Beachtliches geleistet; von dieser Reformenerfahrung in den verschiedensten Bereichen können auch Altmitglieder der Europäischen Union profitieren. Zum anderen kann die zu kommunistischen Zeiten erzwungene Ostorientierung der polnischen Außenpolitik nun dazu beitragen, die östliche Dimension der Gemeinschaft, die in Zukunft an Bedeutung gewinnen wird, mit Sachkenntnis und Erfahrung zu gestalten.⁶

Eine gute und auf gegenseitiges Vertrauen gestützte Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen ist wesentlich für den Erfolg der Erweiterung – auch wenn die beiden Partner noch auf verschiedenen Seiten des Verhandlungstisches sitzen. Dabei geht es nicht nur darum, in schwierigen Fragen, die insbesondere beide Länder betreffen, Kompromisse zu erzielen. Es geht vor allem auch darum, über die Details der Verhandlungen das große Ganze, d. h. den die Kosten bei weitem übersteigenden Nutzen der

⁶ Vgl. Przemysław Grudziński, „Polen und Russland. Polnische Befürchtungen und Erwartungen“, in: *Internationale Politik* 1/1997, S. 46 ff.

Erweiterung, nicht aus den Augen zu verlieren. Die einzigartige Chance, nach dem Ende des Kalten Krieges der Einheit Europas in Frieden, Freiheit und Wohlstand ein bedeutendes Stück näher zu kommen, darf nicht kurzfristigen Wahlkampfstrategien untergeordnet werden. Der Wille, diese Chance zu nutzen, muss deutlicher vermittelt werden. Dabei gibt es hier wie dort Nachholbedarf; Chancen müssen aufgezeigt, Ängste und Befürchtungen, die zumeist auf Unwissenheit beruhen, müssen durch Information und Aufklärung abgebaut werden. Nur wenn die Europäer aus voller Überzeugung das Projekt der Erweiterung mittragen, kann es langfristig erfolgreich sein.

Nachdem Polen bereits im März 1999 der NATO beigetreten ist, bedeutet die Mitgliedschaft in der Europäischen Union die Vollendung von Polens „Wiedervereinigung mit Europa“. Diese wird den bilateralen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland nochmals eine neue Qualität verleihen. Deutschland und Polen werden – vielleicht zum ersten Mal in der Geschichte – als völlig gleichwertige und gleichberechtigte Partner miteinander umgehen können. Dabei werden sie oft Verbündete sein, manchmal aber auch Gegner – je nach Verhandlungsgegenstand.

Immer jedoch werden sie an einem Strang ziehen in ihrem Bestreben, die europäische Idee, die an ihrer gemeinsamen Grenze ihre volle Bestätigung finden kann, voranzubringen. Denn: Der Umbruch in den deutsch-polnischen Beziehungen wurde durch den europäischen Integrationsprozess stabilisiert. Gleichzeitig ist das Zusammenwachsen von Ost und West zu einem europäischen Ganzen ohne diesen bilateralen Umbruch nicht denkbar.

In der globalisierten Welt werden oft gute Nachrichten über Versöhnung durch schlechte – über ewige nationale Konflikte – überschattet. Die letzten zehn Jahre äußerst komplizierter politischer Beziehungen zwischen Polen und Deutschland lieferten genug Sprengstoff für neue Konflikte. Stattdessen wurde die große Kluft zwischen den beiden Völkern grundsätzlich überwunden. Polen und Deutsche haben es aber meiner Meinung nach versäumt, ihre gemeinsamen Errungenschaften – die der politischen Klassen und die der Hunderttausenden von Bürgern – zu einer „Erfolgsstory“, gar einem „Exportschlager“ zu machen. Es obliegt ihnen also, ohne falsche Bescheidenheit im Sinne eines realistischen Optimismus gemeinsam in die Zukunft zu schauen.

Der Mensch – ein ungeschriebenes Wesen¹

Es soll angeblich, wie die alten Kabbalisten einst geschrieben haben, genau so viele gute Engel wie Sterne geben und so viele freundliche Sterne wie gute Bücher. Und wer all die Bücher liest, wird sein Zuhause finden. Das heißt: Er wird die Schönheit der himmlischen Musik wahrnehmen und verstehen können – und zugleich die Schönheit der Musik des menschlichen Herzens.

Ich will nicht behaupten, dass ich ein besonderes Wissen über Engel und Sterne besitze. Auf keinen Fall! Also: um wahrzunehmen und zu verstehen, sollte ich mit den Büchern anfangen. Dieser Ort, Frankfurt, und diese Zeit, die Internationale Buchmesse an der Jahrhundertwende, sind dafür bestens geeignet.

Ich beginne mit einem Zitat aus einem Werk, dessen erste Skizze im Sommer 1914 entstanden ist, als über Europa die Lichter gerade ausgingen. Es ist ein Lied der Sehnsucht nach einer verlorenen Welt der Vollständigkeit und Harmonie. „Selig sind die Zeiten, für die der Sternenhimmel die Landkarte der gangbaren und zu gehenden Wege ist und deren Wege das Licht der Sterne erhellt. Alles ist neu für sie und dennoch vertraut, abenteuerlich und dennoch Besitz. Die Welt ist weit und doch wie das eigene Haus, denn das Feuer, das in der Seele brennt, ist von derselben Wesensart wie die Sterne.“²

Diese Worte schrieb ein junger Philosoph, der in Deutschland studierte, damals ein radikaler Sozialdemokrat. Ich, ein alter Christdemokrat mit einem festen Glauben an meine Weltsicht, an meine Erinnerung und an meine Erfahrung, wiederhole sie hier gerührt nach 86 Jahren.

¹ Władysław Bartoszewski, „Człowiek – istota niezapisana“ [Der Mensch – ein ungeschriebenes Wesen], in: ders., *Ponad podziałami* [Über Trennendes hinweg], Warszawa 2001, S. 125–129. Deutsche Übersetzung: Marcin Barcz. Bei dem hier abgedruckten Text handelt es sich um die Ansprache zur Eröffnung der Internationalen Buchmesse in Frankfurt am Main am 17. Oktober 2000 in Anwesenheit Außenminister Joschka Fischers, der Oberbürgermeisterin von Frankfurt Petra Roth und der polnischen Ehrengäste, der Literaturnobelpreisträger Czesław Miłosz und Wisława Szymborska.

² Georg Lukács, *Die Theorie des Romans*, Neuwied und Berlin-Spandau 1963, S. 1.

Ja, ohne Zweifel, selig sind die Zeiten, in denen die ganze Welt wie das eigene Haus ist! Kennen wir aber die Wege, die zu diesem Haus führen? Wissen wir, wie es einzurichten ist? Und wenn wir das wissen, wird unsere Vernunft, unser Wille und unsere Kraft ausreichen, um es für eine sichere gemeinsame Zukunft zu errichten?

Jede große Epoche in der Geschichte unseres Kontinents entwickelte eine eigene Weltsicht. Neben der Erinnerung an ihre Eroberungen und außer zerstörten Statuen hinterließ die römische Globalisierung die Fundamente des Rechts, ohne die weder die Freiheit des Individuums noch die Staatsraison der Republik noch gute Manieren denkbar wären. Die Fundamente des Rechts, die uns zu anderen, vermutlich besseren Menschen machen. Hier muss ich jedoch hinzufügen: Sobald das Recht zur Sprache kommt, erinnere ich mich manchmal an eine boshafte Bemerkung aus Goethes *Faust*. „Es erben sich Gesetz' und Recht wie eine ew'ge Krankheit [...]“. Die Globalisierung der Zeiten Gutenbergs gab uns die Überzeugung, dass technologische Neuerungen völlig neue, außergewöhnliche Perspektiven für den menschlichen Verstand, für die Freiheit und für den Glauben eröffnen können – und vielleicht noch die Erkenntnis, dass sogar die schlechtesten Bücher auf die eine oder andere Weise von Nutzen sind. Aus der nächsten Globalisierung – der Epoche des Gewehrs – gewannen wir alle die schmerzliche Erfahrung und die Erkenntnis, welch ein Segen der gut behütete Frieden ist und welcher Preis für dunkle Gelüste des tödlichen Hasses zu bezahlen ist.

Vor welche Herausforderungen stellt uns die elektronische Globalisierung in der kommenden Zeit? Wird sie die Bedeutung der ethischen Universalwerte in unserem Leben stärken oder wird der oberflächliche Universalismus des Konsums den ersten Rang einnehmen? Wird sie uns erlauben, den eigenen Platz zu finden, in einem Haus voller Bücher, durch dessen Fenster gute Engel und freundliche Sterne hereinblicken?

Was heißt es: bei sich zu Hause zu sein? Es heißt: sich am eigenen Ort zu befinden. Die Erinnerung des Ortes und seine unwiederholbare Schönheit zu kennen. In sich selbst zu tragen. Es heißt: den Ort zu pflegen. Ihn zu kultivieren, zu bereichern und zu beschützen. Das heißt auch, die Nachbarn nicht nur zu kennen, sondern mit ihnen „normale“ Beziehungen zu unterhalten. In dem Bewusstsein, dass eine Gemeinschaft der nachbarschaftlichen Interessen auch konkrete Taten fordert, die unsere deutschen Partner von der Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen als eine „globale Zukunftspolitik“ bezeichnen. Die Anwesenheit Polens in der würdevollen Rolle als Ehrengast der Internationalen Buchmesse ist ein wichtiger Schritt in dieser Politik der nachbarschaftlichen Zukunftsgestaltung. Die Idee einer

Annäherung zwischen Polen und Deutschland findet hier ihren Ausdruck im freundlichen Interesse an der Kultur des Nachbarn und wird bestimmt dabei helfen, die gegenseitigen Stereotype und Vorurteile zu überwinden, die oft langlebiger sind, als die Bestrebungen der Menschen guten Willens. Dank dem gegenseitigen Kennenlernen wird sich herausstellen, dass uns die Unterschiede nicht zwangsweise trennen müssen, im Gegensatz – sie werden zur Quelle einer tieferen Zusammenarbeit. Und das Gemeinsame wird diese Zusammenarbeit zusätzlich fördern.

Der polnischen Präsentation im Rahmen der Buchmesse ging eine Reihe von Veranstaltungen voraus, die viele Errungenschaften unserer Kultur vorstellen sollten. Es wurde ein Verlagsprogramm ausgearbeitet, das die Veröffentlichung von über hundert Titeln in deutscher Übersetzung ermöglichte. Eine zahlreiche Gruppe polnischer Autoren wird ihre Werke vorstellen und an Gesprächen mit dem deutschen Publikum teilnehmen, unter ihnen die Literaturnobelpreisträger Wisława Szymborska und Czesław Miłosz, herausragende Schöpfer wie Stanisław Lem, Tadeusz Różewicz, Ryszard Kapuściński und viele andere Schriftsteller und Kritiker der jüngeren Generation. Treffen dieser Art haben in vergangenen Jahren unter anderem auf Initiative des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt und der in Deutschland tätigen Polnischen Institute in Berlin, Leipzig und Düsseldorf stattgefunden, aber noch nie waren sie so zahlreich und intensiv. Auf der diesjährigen Internationalen Buchmesse in Leipzig fand eine erweiterte Vorstellung polnischer Literatur statt. Seit Frühling lief in Zusammenarbeit mit der Regierung von Nordrhein-Westfalen das Programm „Polen erlesen“. In seinem Rahmen kam es in über 30 Städten des ganzen Landes zu Autorentreffen mit Dutzenden polnischen Schriftstellern. Ich möchte mich bedanken bei der Regierung Nordrhein-Westfalens, vor allem bei dem Ministerium für Arbeit und Soziales, Stadtentwicklung, Kultur und Sport sowie bei allen mitwirkenden Organisationen und Institutionen und auch bei dem Polnischen Institut in Düsseldorf für das enorme Engagement und die Mühe bei der Durchführung des Programms. In dieser Form wäre es nicht möglich gewesen ohne den titanischen Beitrag von Ein-Mann-Institutionen wie Karl Dedecius und Henryk Bereska und neben ihnen zahlreichen anderen Übersetzern aus der polnischen Sprache. Ihre schöpferische Vermittlerrolle zwischen unseren Kulturen ist von unschätzbarem Wert. Ich danke auch den Vertretern des polnischen Kulturministeriums, dem Literaturteam des Instituts Villa Decius in Krakau unter der Leitung von Albrecht Lempp und dem Literaturfonds – dank ihnen war es möglich, viele Übersetzungen polnischer Bücher in deutschen Verlagshäusern zu veröffentlichen.

Die polnische Ausstellung in Frankfurt fällt in die Zeit des zehnten Jahrestages des Umbruchs in den Beziehungen zwischen unseren Ländern. Anfang der neunziger Jahre haben wir einen Versuch der Neudefinierung der deutsch-polnischen Interessensgemeinschaft unternommen. Zu den Fundamenten dieser Gemeinschaft gehörten: die deutsche Unterstützung für die Bemühungen Polens um die Mitgliedschaft in der NATO und in der Europäischen Union, die polnische Unterstützung für den Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands, der Aufbau einer institutionellen und gesellschaftlichen Infrastruktur der bilateralen Beziehungen, die Regelung der noch ungelösten Probleme der Vergangenheit. Im Verlauf des letzten Jahrzehnts veränderte sich die Qualität der deutsch-polnischen Beziehungen. Es veränderte sich auch der Platz Polens und Deutschlands in Europa. Deutschland ist vereint. Polen ist ein NATO-Mitglied, und die Perspektive der EU-Mitgliedschaft wird immer konkreter. Es ist ein dichtes Netzwerk von Kontakten und Abmachungen entstanden, das den bilateralen Beziehungen einen starken Rahmen verleiht. Einen wichtigen Schritt auf dem Weg zum endgültigen Abschluss des Erbes des Zweiten Weltkrieges bildet die Verständigung in Bezug auf die Wiedergutmachung für die Zwangsarbeiter.

Heute ist die Zeit gekommen, die Definition der deutsch-polnischen Interessensgemeinschaft zu bereichern. Unsere bilaterale Zusammenarbeit gewinnt ein neues Maß an europäischen Verbindungen. Polen und Deutschland können und müssen einen gemeinsamen Beitrag zum Prozess der Vereinigung von Ost- und Westeuropa leisten. Deshalb sollte Polen als zukünftiges Mitglied der Europäischen Union an der Strategie der EU in Bezug auf die Staaten Osteuropas aktiv mitwirken und durch eine Kooperation mit Deutschland – u. a. im Rahmen des Weimarer Dreiecks – nicht mehr zum Adressaten, sondern vielmehr zum Mitgestalter der *Ostpolitik* werden. Die Interessensgemeinschaft sollte ihren Ausdruck auch in einem neuen Blick auf die wissenschaftliche und wirtschaftliche Zusammenarbeit finden. Schon heute entwickeln wir gemeinsame Kommunikationsprojekte, führen neue Formen des wissenschaftlichen Austausches ein. Wird das aber ausreichen, um den großen Herausforderungen dieses Zeitalters in unserer Region, in Europa, auf der Welt zu begegnen? Es ist an der Zeit, neue Kooperationsgebiete im Bereich der Bildung, der Ökologie, des Transports zu definieren und gemeinsame Projekte in der Technik und Forschung in die Wege zu leiten. Niemand wird das für uns, Nachbarn und Partner, machen.

Wie Sie sehen, kennen wir die Wege, die nach Hause führen. Wir wissen auch, wie dieses Haus eingerichtet werden sollte. Und da wir das wissen, frage ich noch einmal: Wird unsere Vernunft, unser Wille und un-

sere Kraft ausreichen, um es für eine sichere gemeinsame Zukunft zu errichten? Wenn ich in diesen Saal blicke, auf Sie, dann komme ich zu dem Schluss, dass dort, wo es Bücher gibt, auch Menschen von bestem Willen, Wissen und bester Vorstellungskraft sind. Menschen, die – unter einem Himmel voller Sterne und guter Engel – wissen, was es heißt, bei sich zu Hause zu sein.

Der böse Geist Europas. Über Polens schwierige Geschichte mit Preußen¹

SPIEGEL: Herr Bartoszewski, in Deutschland wird in diesen Tagen der 300. Geburtstag des Königtums Preußen gefeiert. Beunruhigt Sie das?

Bartoszewski: Meine Antwort will ich als Privatmann, nicht als Außenminister geben. Ich bin durch meinen Glauben und meine Erziehung tief in der polnischen Geschichte verwurzelt, und eine Frage nach dem Verhältnis zu Preußen ist etwas anderes als eine Frage nach meiner Einstellung zu Griechenland. Eine objektive Bewertung der nicht ganz so weit entfernten Geschichte können Sie kaum erwarten.

SPIEGEL: Wir fragen nun aber den Historiker Bartoszewski.

Bartoszewski: Es ist erst ein paar Jahre her, dass wir jene Generation Polen beerdigt haben, die noch im Ersten Weltkrieg als preußische Bürger in die deutsche Armee gezwungen worden waren. Sie mussten gegen ihren Willen gegen Frankreich kämpfen. Mit den Franzosen hatten wir Polen nie Krieg, als wir Polen aber Preußen waren, mussten wir auf sie schießen. In der älteren Generation Polens spielen solche Erinnerungen eine Rolle, wenn wir über Preußen reden. Bei den Jungen ist das freilich anders. Für die ist mit Preußen keine persönliche Erinnerung verbunden.

SPIEGEL: Sie ziehen also eine Linie von der Krönung Friedrichs I. im Jahre 1701 bis zum Ersten Weltkrieg?

Bartoszewski: Ja, obwohl etwa meine verehrte Freundin Gräfin Dönhoff anderer Meinung ist. Ich zitiere aber gern Konrad Adenauer, der schon im Februar 1919 im Kölner Rathaus gesagt hat: Preußen war in den Augen seiner Gegner der böse Geist Europas und eine Stütze des aggressiven Militarismus. Adenauer hat das nur referiert und selbst nicht Stellung bezogen.

¹ Gerhard Spörl/Claus Christian Malzahn, „Der Böse Geist Europas. Der polnische Außenminister Wladyslaw Bartoszewski über Polens schwierige Geschichte mit Preußen“, in: *DER SPIEGEL* 4/2001, S. 85–89.

SPIEGEL: So sahen die Nachbarn den Wilhelminismus – als Verhängnis deutscher Geschichte.

Bartoszewski: Nun, die politische Vormachtstellung der Preußen hat den Deutschen kein dauerhaftes Glück gebracht; das hat schon Thomas Mann so gesehen. Und den Polen hat die aggressive Politik der Preußen viel Unglück beschert. Es war schon im 18. Jahrhundert ein Wahnsinn zu versuchen, einem Volk von damals fünf Millionen Menschen einfach die Souveränität zu nehmen. Selbst Franz Schönhuber würde heute nicht mehr fordern, ein Volk einfach zu liquidieren. Aber das war leider die Politik Preußens bei den polnischen Teilungen im Verein mit Zarin Katharina ...

SPIEGEL: ... die ebenfalls Preußin war.

Bartoszewski: Überall waren Preußen, auch am Hof in Moskau damals. Es hat sieben Generationen gedauert, bis wir Polen wieder in Freiheit leben konnten. Also, wenn wir Polen an Preußen denken, dann fallen uns als Erstes bestimmt nicht die Tugenden ein. Natürlich haben die Tugenden auch im von den Preußen annektierten Polen Spuren hinterlassen. Pflichtbewusstsein, Verantwortung, Fleiß: Das sind auch polnische Eigenschaften. Auch die strenge religiöse Haltung der polnischen Katholiken ist gewissermaßen ein Spiegelbild des preußischen Protestantentums.

SPIEGEL: Sie meinen das Preußen nach der Reichsgründung 1871, das die polnischen Landsleute germanisieren wollte.

Bartoszewski: Für uns war die Auseinandersetzung des fremden protestantischen Staats mit der römisch-katholischen Kirche ein Ringen um die Freiheit. Es war der Kampf der deutschen Okkupanten mit dem Polentum. Als ich mich 1983 in München als Gastprofessor meinen Studenten vorstellte, habe ich ihnen gesagt: Es gibt in Polen keine pauschale Deutschenfeindlichkeit. Es gab und gibt lediglich Misstrauen gegenüber den Preußen.

SPIEGEL: Sie haben den Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Warschau als 17-jähriger Abiturient erlebt. Waren die Nazis aus Ihrer Sicht die Erben der Preußen?

Bartoszewski: Nein, die Führungsriege der Nazis war ja gerade nicht preußisch. Auch die Leute, die Hitler finanziert und protegiert haben, waren keine Preußen. Ich habe die Diskussion um Preußens Rolle in der Geschichte immer auch als eine politische und sogar philosophische Diskussion betrachtet: über das Wesen des Staats, der Demokratie, der Gesellschaft und des Rechtsstaats. Denn Preußen war ein Rechtsstaat. Aber ich muss, leider sehr bitter, Folgendes hinzufügen: Meine Mutter, geboren 1897 in Warschau unter russischer Herrschaft, lebte von 1915 bis 1918 unter deutscher Herr-

schaft. Preußen und Deutschland waren für sie ein und dasselbe. Als Warschau im Herbst 1939 nach langer Belagerung durch die Wehrmacht fiel, war ich sehr verzweifelt. Meine liebe Mutter wollte mich trösten und sagte: Mach dir keine Sorgen, vielleicht machen die Deutschen jetzt Radau, vielleicht werden sie sogar ein bisschen brutal. Aber: Deutschland ist ein Rechtsstaat. Das war im Oktober 1939, und es war natürlich naiv. Aber das haben damals viele Polen geglaubt.

SPIEGEL: Die Nazis waren nicht die alten Preußen, sondern die neuen Deutschen?

Bartoszewski: Ja, das wurde bei uns leider erst spät begriffen. Ein Onkel von mir, Mitglied des Generalstabs der polnischen Armee, hat mir vor dem Krieg gesagt: Was der Hitler macht, ist schrecklich. Aber er ist ein Österreicher. Damit meinte er: Ein Preuße wäre wohl noch viel schrecklicher, und deshalb wird es nicht alles so schlimm werden. Dass preußische Offiziere immerhin noch versucht haben, Hitler am 20. Juli 1944 umzubringen, findet in Polen bis heute leider nicht genügend Beachtung.

SPIEGEL: Als die Mauer 1989 fiel, war Polen schon lange dabei, die Diktatur aus eigener Kraft abzuschütteln. Nun aber wurde der deutsche Nachbar mit der Wiedervereinigung plötzlich wieder östlicher und protestantischer. Die neue Regierung hat Sie 1990 als Botschafter nach Österreich geschickt. Hatten Sie damals Sorge vor einer Wiederkehr deutscher Großmannssucht?

Bartoszewski: Nein. Aber wir hatten Bedenken, was die Hauptstadt anging. Uns war nicht ganz wohl bei dem Gedanken, 80 Kilometer hinter der Grenze bald ein vier Millionen Einwohner großes Machtzentrum vorzufinden. Aber unsere Bedenken hat damals auch Johannes Rau geteilt, und der sitzt heute auch in Berlin. Ansonsten haben wir damals die Wiedervereinigung gegenüber England und Frankreich unterstützt. Wir haben natürlich auf die Anerkennung der Nachkriegsgrenzen gepocht.

SPIEGEL: Und wie schätzen Sie Deutschland heute ein?

Bartoszewski: Wir sehen das neue Deutschland sehr gelassen. Mit Berlin als Riesenmetropole im Westen haben wir uns abgefunden, das ist ja auch von wirtschaftlichem Belang. Wenn in Berlin beispielsweise ein neuer Großflughafen gebaut wird, werden viele Fluggäste aus Westpolen kommen.

SPIEGEL: Das gehört zu den neuen Gepflogenheiten im Grenzgebiet?

Bartoszewski: Natürlich, und es freut mich, dass Städte in Westpolen wie Grünberg, Posen, Landsberg, Stettin oder Küstrin offizielle Kontakte nach Deutschland herstellen. Es ist sehr wichtig, in den Grenzregionen Partnerschaften herzustellen.

SPIEGEL: Sie verwenden die alten deutschen Namen der polnischen Städte.

Bartoszewski: Da habe ich keine Komplexe. Wenn ich mit dem deutschen Nachrichtenmagazin spreche, kann ich doch die deutschen Namen verwenden. Das hat mit Politik nichts zu tun. Wichtig ist: Wir Polen wollen eine engere Bindung an Deutschland und die Grenzregionen gemeinsam entwickeln. Berlin wird da eine große Rolle spielen. Die Zeit, in der uns die Wiederauferstehung von Berlin Sorgenfalten in die Stirn getrieben hat, ist lange vorbei.

SPIEGEL: Ist denn die Berliner Republik Ihrer Ansicht nach preußischer geworden als die Bonner Republik?

Bartoszewski: Das ist schwer zu sagen aus der Warschauer Perspektive. Ich war in den vergangenen Jahren sehr oft in Berlin und habe darüber mit vielen Freunden gesprochen. Hinter der Vermutung, Deutschland sei mit dem Umzug der Regierung und des Parlaments nach Berlin preußischer geworden, steckt meiner Ansicht nach eher die deutsche Tendenz, Haare zu spalten. Sie haben in Deutschland wirklich eine Begabung dafür, politisch-philosophische Debatten darüber zu führen, was theoretisch passieren würde, wenn dies oder jenes einträte. Da reden Sie über die Schattierungen der Schattierungen.

SPIEGEL: Also ist Preußen von der Landkarte und aus den Köpfen verschwunden.

Bartoszewski: Ich war in den vergangenen Jahren oft in Deutschland, habe Urlaub in Schleswig-Holstein und der Lüneburger Heide gemacht. Das Gespenst von Preußen ist mir da nicht begegnet. Aber leider sind mit Preußen auch bestimmte Tugenden in Deutschland verloren gegangen.

SPIEGEL: Welche denn?

Bartoszewski: Die Arbeitsmoral preußischer Art ist in Deutschland kein Maßstab für seine Bürger geblieben, weder im Westen noch im Osten. Und dass der Einfluss der christlichen Kirchen so rapide zurückgeht, ist meiner Meinung nach auch kein Grund zum Jubeln.

SPIEGEL: Fallen Ihnen noch mehr verloren gegangene Tugenden ein?

Bartoszewski: Nicht nur die Preußen haben gut gearbeitet in der Geschichte der Menschheit. Die Wolkenkratzer in New York haben sie jedenfalls nicht gebaut. Man sagt: Die Spanier sind ritterlich, na gut, das liegt an Don Quichotte. Die Italiener singen schön – alle? Ich bin nicht sicher. Die Franzosen sollen gute Liebhaber sein – alle? Weiß ich auch nicht. Mein Vater, ein Bankdirektor, hat mir immer gepredigt: Es geht dich nichts an, welche Nationalität einer hat, ob er oder an welchen Gott einer glaubt. Die Hauptsache ist: Er muss zahlungsfähig sein.

SPIEGEL: Welche Rolle spielt Preußen heute in Ihrem Leben?

Bartoszewski: Ich bin mit einer ganzen Reihe von Menschen gut bekannt, die zufällig Preußen sind. Gräfin Dönhoff gehört dazu, Freya von Moltke, Richard von Weizsäcker oder Christian Graf von Krockow. Mit Klaus von Bismarck war ich bis zu seinem Tod eng befreundet. Wissen Sie, ich bin jetzt schon zum zweiten Mal Außenminister, erst war ich es in einem roten Kabinett, dann in einem schwarzen, das ist in Polen schon ein Kunststück. Ich verstehe mich als konservativ-liberalen Menschen, der großen Wert auf Toleranz legt.

SPIEGEL: Das klingt nach Kant, einem Preußen aus Königsberg.

Bartoszewski: Meine Werte sind die Werte der Bibel, vor allem der Bergpredigt. Mehr braucht man nicht.

SPIEGEL: Sie sind ein Kenner deutscher Kultur und Geschichte. Woher rührt das Interesse dafür?

Bartoszewski: Ich habe in der Schule Deutsch gelernt, vor dem Krieg. Ich habe von meinem 12. Lebensjahr an deutsche Zeitungen gelesen und vom Taschengeld bezahlt. Als die Nazis die Macht übernahmen und die Presse gleichschalteten, bin ich bis zum Anschluss Österreichs auf die Wiener Presse ausgewichen. Da wurde schon in den dreißiger Jahren über Dachau und das KZ-System berichtet. Ich habe noch die verzweifelte Schlagzeile der *Neuen Freien Presse* vom März 1938 vor Augen: „Bis zum Tod rot-weiß-rot“. Als die Deutschen dann 18 Monate später Polen überfielen, habe ich mich geweigert, Deutsch zu reden. Ich habe so getan, als verstünde ich nichts. Das war Ehrensache: Mit einer deutschen Uniform redet man nicht. Selbst mit einem Soldaten wie Hans Scholl, der später in der Weißen Rose gegen Hitler kämpfte und umgebracht wurde, hätte ich nicht gesprochen. Er war 1942 in Warschau gewesen. Er durfte eh nicht mit Polen reden. Befehle erteilen ja, reden nein.

SPIEGEL: Scholl hat in den Flugblättern der Weißen Rose später über seine Erlebnisse in Warschau berichtet.

Bartoszewski: Ja, und er hat deshalb sein Leben verloren. Wenn ich an Preußen und Hitlers Krieg denke, erinnere ich mich auch an zwei preußische Offiziere, die sich im Herbst 1939 auf der Halbinsel Hela als Feinde gegenüberstanden. Nach zäher, hoffnungsloser Verteidigung musste der Befehlshaber der polnischen Truppen, Konteradmiral Unrug, kapitulieren, weil seine Soldaten keine Munition mehr hatten. Er war deutscher Herkunft, kämpfte aber in der polnischen Armee. Auf der anderen Seite befehligte General von Eberhardt die Wehrmacht. Unrug spricht Eberhardt während

der Kapitulationsverhandlungen auf Französisch an. Von Eberhardt sagt: Sie haben heldenhaft gekämpft. Sie sind frei, wenn Sie unterzeichnen, künftig nicht mehr gegen Deutsche zu kämpfen. Darauf Unrug: Herr General, Sie kennen wie ich den Ehrenkodex der Offiziere. Ich muss bis zum Ende des Kriegs weiterkämpfen. Unrug saß bis zum Kriegsende in Festungshaft in Nürnberg. Da haben wir zwei Generäle, zwei Preußen. Und einen Ehrenkodex. Der galt nicht nur für die Preußen. Der galt auch in der polnischen Armee.

SPIEGEL: Sie wehren sich dagegen, dass klassische Tugenden von den Preußen annektiert werden?

Bartoszewski: Ich plädiere für etwas mehr Bescheidenheit, wenn es darum geht, bestimmte Tugenden nur den Preußen zuzuschreiben. Die Polen haben die Universitäten in Wilna und Lemberg gegründet. Aber wir kämen nicht auf die Idee, in Litauen oder der Ukraine heute zu verkünden: Die Wissenschaft habt ihr von uns geerbt.

SPIEGEL: Im deutsch-polnischen Vertrag von 1991 steht, dass bald eine Regelung für – wie es heute euphemistisch heißt – „kriegsbedingt verlagerte Kulturgüter“ gefunden werden soll. Zehn Jahre sind ohne Einigung verstrichen. Jetzt hat die deutsch-polnische „Kopernikus-Gruppe“, ein Zusammenschluss von Wissenschaftlern und Journalisten, den Vorschlag gemacht, Polen solle der Stiftung Preußischer Kulturbesitz beitreten oder Deutsche und Polen sollten für Handschriften, Archive und Bibliotheken eine mitteleuropäische Stiftung gründen. Eine gute Idee?

Bartoszewski: Die Aktivitäten dieser Gruppe begrüße ich, denn sie halten das Thema außerhalb der politischen Agenda präsent. Mit einigen der Initiatoren bin ich gut bekannt. Aber das Thema ist sehr schwierig, die Erinnerung tut weh. Deutschland hat während des Zweiten Weltkriegs versucht, Polen kulturell auszulöschen. Vor dem Abzug der Wehrmacht aus dem völlig zerstörten Warschau im Januar 1945 wurde noch unsere Nationalbibliothek angezündet. 800 000 Bücher verbrannten. Das können wir in Polen nicht vergessen.

SPIEGEL: Haben die Deutschen das vergessen, kommt es deshalb zu keiner Einigung?

Bartoszewski: Wir müssen einen Ausweg suchen. Ich stehe wegen dieser Frage in sehr engem Kontakt mit Joschka Fischer. Ich möchte diese Fragen in relativ kurzer Zeit lösen. Wie lange das dauern wird, kann ich Ihnen nicht sagen.

SPIEGEL: Zehn Jahre ergebnisloser Gespräche stimmen nicht optimistisch.

Bartoszewski: Ich bitte Sie, gemessen an unserer tausendjährigen gemeinsamen Geschichte geht das doch noch. Und die Rückgabe der Luther-Bibel an Gerhard Schröder während seines Besuchs in Warschau im vorigen Dezember durch Ministerpräsident Jerzy Buzek war eine spontane, gut geplante Geste. Da hat ein gläubiger Lutheraner einem agnostischen Lutheraner die Heilige Schrift überreicht, das war doch ein Anfang. Die Geste sollte zeigen, dass wir guten Willens sind.

SPIEGEL: Ihre Amtszeit endet spätestens im September – mit einer Einigung?

Bartoszewski: Wir suchen in absehbarer Zeit einen Ausweg. Und wenn ich das sage, liebe SPIEGEL-Redakteure, dann vergessen Sie bitte nicht, dass ich im Februar 79 Jahre alt werde. Für mich hat die Vokabel „absehbare Zeit“ eine andere Bedeutung als für die Herren Fischer und Schröder.

SPIEGEL: Herr Bartoszewski, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Der Auftrag der Literatur¹

Zusammen mit meinem besten Dank für die Einladung zum Kongress und neben meiner Bitte um Entschuldigung, dass ich aufgrund von offiziellen Verpflichtungen nicht persönlich teilnehmen kann, möchte ich – wenn Sie erlauben – ein paar Worte übermitteln im Zusammenhang mit der Geschichte und Zukunft der Literatur unserer Nachbarn; der Literatur in jener Region, die wir als Mitteleuropa bezeichnen, beziehungsweise – genauer gesagt – *den Literaturen*, die, trotz wesentlicher Sprachdifferenzen, durch eine gemeinsame historische Erfahrung und damit auch durch eine ähnliche Vorstellungswelt verbunden sind.

Vor einigen Monaten versuchte ich in einem freien Augenblick zu überlegen, welche Worte, die einem Zeitzeugen des 20. Jahrhunderts geläufig waren, heute, im 21. Jahrhundert, „ausgestorben“ sind. Es gibt also zum Beispiel kein Tintenfass mehr, in das ich als Schuljunge die Stahlfeder meines Füllers eingetaucht habe. Verschwunden ist das Rechenbrett. Verschwunden ist die Binde, mit der die Männer einst ihren Schnauzbart in phantasievolle Formen brachten. Die Beamten tragen heute keine Ärmelschoner. Eine Entdeckungsreise, wie sie einst Roald Amundsen unternommen hatte, wäre heute unmöglich, denn die ganze Erdoberfläche ist bereits erforscht. Die Damen schützen ihre Hände vor der Kälte mit keinem Pelzmuff mehr – leider. Die grundlegende Bedeutung des historischen Urmeters von Sèvres wurde heute von der Lichtgeschwindigkeit im All ersetzt.

Jeder, der sich mit der Literatur beschäftigt, sei es als Schriftsteller oder als dankbarer Leser, hat bestimmt eine Szene aus Marcel Prousts Werk *Auf der Suche nach der verlorenen Zeit* vor Augen: als der Erzähler ein Gebäck, eine Madelaine, in seinen Tee taucht, empfindet er die Glückseligkeit der Erinnerung und wird von dem Geschmack in die Zeit seiner Kindheit zurückversetzt. Wenn ich an die Zeit meiner Kindheit und Jugend denke,

¹ Bei dem hier abgedruckten Text handelt es sich um einen Brief an den Deutschen Schriftstellerkongress, vorgetragen in Leipzig am 7. Juni 2001. Vgl. Władysław Bartoszewski, „Misja literatury“ [Der Auftrag der Literatur], in: ders., *Wspólna europejska odpowiedzialność* [Gemeinsame europäische Verantwortung], Warszawa 2001, S. 205–207. Übersetzung: Marcin Barcz.

empfinde ich statt Glückseligkeit das Grauen. Ich sehe unsere Region zerrissen von Konflikten, eine Region, in der die Nachbarschaft oft ein Synonym für Feindschaft war und die Feindschaft wiederum zum Inhalt und Wesen der Definition des Patriotismus gehörte. Es ist eine Erleichterung, dass der Begriff des „Todfeindes“ in unserem gemeinsamen politischen Vokabular seinen einstigen hochrangigen Platz verloren hatte und dem Wort „Gespräch“ weichen musste. Erst in einem Gespräch stellt sich heraus, dass es ungeahnte Gemeinsamkeiten der menschlichen Erfahrung gibt – über Grenzen hinweg und den Grenzen zum Trotz, ungeachtet der alten, uns trennenden Vorurteile und Abneigungen – die Gemeinschaft des Leidens und des Lächelns. Ihren Inhalt kann nur ein Schriftsteller dank eigener Mühe und eigenem Talent zum Ausdruck bringen; ein Schriftsteller, der mutig genug ist, um über vertraute Stereotype hinaus Zeugnis von menschlichen Taten und Gedanken abzulegen. Es war die Literatur, die im vergangenen halben Jahrhundert die Wege zur Verständigung zwischen Nachbarn bahnte; dank der *Blechtrommel* von Günter Grass war es für Zehntausende junge Polen möglich – trotz der falschen Hassparolen der kommunistisch-nationalen Propaganda –, die Traditionen Danzigs zu verstehen und als ihre eigenen zu akzeptieren. Ohne das Schaffen von Hrabal würden wir den klugen und bitteren Humor aus Prag nicht verstehen. Genauso unverständlich wären auch die Erfahrungen der schwierigen Nachbarschaft der Polen, Juden, Litauer und Weißrussen ohne die Bücher von Tadeusz Konwicki. Und neulich beschrieb der Publizist Michał Komar in seinem Buch *Trzy – Miłość, wiara, nadzieja* (Drei – Liebe, Glaube, Hoffnung) die Geschichte der russisch-deutsch-polnischen Nachbarschaft, eine Geschichte der gemeinsamen Verzweiflung in den Masuren, von der Ortschaft Rominten bis Myszyniec. Solche Brücken der Verständigung sind am stärksten – sie leben in der Erinnerung als eine eigene Erfahrung, nicht nur des Schriftstellers, sondern auch des Lesers. Als Erfahrung und Mahnung zugleich. Denn nichts ist ein für alle Mal gegeben. Nichts kann für alle Zeit gegeben sein, ohne unser kluges Engagement. Nichts ist gegeben!

Ich denke also – ohne das Gefühl der Glückseligkeit – an die Jahre zurück, in denen der Begriff des „Todfeindes“ den höchsten Rang in vielen Staatsdoktrinen hatte. Noch vor Kurzem schien es, dass es keine Rückkehr mehr gibt zu einer Politik, die ihre Bestätigung aus einer Todfeindschaft schöpft und zu ihr ermutigt. Nicht nach den Erfahrungen der Pogrome, der Befriedungsaktionen und Deportationen vor dem Zweiten Weltkrieg, nach dem Holocaust und den gleichzeitigen erbitterten, blutigen ethnischen Konflikten zwischen Nachbarn – Polen, Deutschen, Russen, Litauern, Ukrainern, Ungarn, Serben, Kroaten, Rumänen. Wir waren doch Teilnehmer

und Zeugen einer großen Feier der Versöhnung in Freiheit – während des polnischen Sommers 1989, während des tschechischen Herbstes und als die Mauer fiel ... Aber bald danach wurden wir zu Zeugen der Ereignisse im kriegszerrissenen Jugoslawien, eines Krieges zwischen Nachbarn, eines Krieges, der die Familien teilte. Soll das bedeuten, dass Europa die dunkle Seite der eigenen Identität nie überwinden kann? Dass es – trotz feierlicher Deklarationen – zu einem immer wiederkehrenden Wahnsinn der ethnischen, nachbarschaftlichen Feindschaft verdammt ist?

Wenn ich schreibe „Europa ist verdammt“, müsste ich annehmen, dass auf uns ein Fatum lastet, dem wir nicht entkommen können; dass wir im Grunde ratlos ausgeliefert sind und unsere guten Absichten zwangsweise zunichte machen ... „Vanitas vanitatum et omnia vanitas“. Gibt es einen immanenten Fehler in jeder menschlichen Existenz? Diese Meinung scheinen die Historiker zu vertreten, die über politische Entwicklungen, ihre Projekte und Verwirklichungsmethoden so schreiben, als hätten sie mit einer antiken Theatervorführung zu tun. Wie oft habe ich doch gelesen, dass der eine oder andere Politiker „dem unerwarteten Zufall zum Opfer fiel“ oder „zur tragischen Gestalt“ wurde. Dabei deuteten seine Taten klar darauf hin, dass er – bei allen Führungsqualitäten, dem Willen, der Kraft und der Schlauheit – ein gewöhnlicher Dummkopf war. Ehrlich gesagt, nur die Literatur kann das richtig beschreiben und beurteilen. Ein Politiker rechtfertigt seine Taten oft mit einer Notwendigkeit ohne Alternative; er sagt „es ging nicht anders“. Ein Schriftsteller, der für die Erfahrungen anderer Menschen empfindsam ist, der das Maß des Leidens und des Lächelns kennt, weiß, dass es anders geht. Denn er kennt die Grenzen zwischen dem Guten und dem Bösen – egal wie schön sich das Böse verkleidet.

Mit diesem Gedanken, mit dem Glauben an die kluge Einsicht der Schriftsteller, wünsche ich Ihnen einen erfolgreichen Kongress.

Versöhnung: Verpflichtung und Wagnis¹

Eine äußerst schwierige Aufgabe ist mir zuteilgeworden: Ich soll nämlich über die Versöhnung sprechen. Dabei ist mir bewusst, dass bei aller Schwierigkeit, diesen Begriff richtig zu verstehen und in die Praxis umzusetzen, eines am gefährlichsten ist: die Leichtfertigkeit beim Umgang mit dem Wort „Versöhnung“.

Wie oft war ich schon Zeuge lauter und feierlicher Versöhnungsgesten? Aus meinen Jugendjahren habe ich immer noch die Fotos von der Zeremonie im Fort Douaumont 1936 vor Augen, als die schrecklich verstümmelten Kriegsveteranen aus Frankreich und Deutschland zusammenkamen, um gemeinsam am Jahrestag der Schlacht von Verdun einen ewigen Friedenseid zu leisten. Es war schwer, damals am guten Willen der schwörenden Veteranen zu zweifeln, und die Tatsache, dass dieser gute Wille den Absichten der Politiker zu entsprechen schien, erfüllte zu dieser Zeit sogar mich mit einem gewissen Optimismus. Und doch übernahm nur vier Jahre später einer der Organisatoren dieser Feier den Posten des NS-Verwalters im besetzten Paris. Ist das Ironie der Geschichte?

Je länger ich lebe, desto mehr bin ich davon überzeugt, dass der Begriff der Ironie der Geschichte erschaffen wurde, um einzelne Menschen von der Verantwortung zu befreien und stattdessen unpersönliche, undefinierte höhere Mächte mit der Schuld zu belasten. Also um die Menschen, ihre konkreten Gedanken und Taten zu rechtfertigen. Eine von diesen Taten – basierend auf einer vorausgehenden Theorie – war im 20. Jahrhundert die Ablehnung der Idee des menschlichen Wesens als eines Subjektes der Politik und die Anerkennung der unabwendbaren Niederlage des humanitären Denkens, das von nun an der Vorstellung von Politik als einer Domäne der Feindschaft weichen sollte.²

Ich glaube, jeder von uns erinnert sich an die bekannten Ideen von Carl Schmitt über „die eigentlich politische Unterscheidung von Freund und

¹ Bei dem hier abgedruckten Text handelt es sich um Władysław Bartoszewskis Ansprache anlässlich der Verleihung der Ehrenbürgerschaft der Universität Augsburg am 28. Juni 2001.

² Vgl. Friedrich G. Junger, *Krieg und Krieger*, Berlin 1930, S. 62.

Feind“ (mit einem starken Akzent auf den Feind) als das grundlegende Kriterium des politischen Handelns. „Der politische Feind braucht nicht moralisch böse, er braucht nicht ästhetisch hässlich zu sein; er muss nicht als wirtschaftlicher Konkurrent auftreten, und es kann vielleicht sogar vorteilhaft und rentabel scheinen, mit ihm Geschäfte zu machen. Er bleibt aber ein Anderer, ein Fremder“.³ Daraus folgt die Idee: „Der Krieg folgt aus der Feindschaft, denn diese ist seinsmäßige Negierung eines anderen Seins.“⁴ Im Text *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus* schreibt Schmitt: „Vor einer, nicht nur im technischen, sondern auch im vitalen Sinne, unmittelbaren Demokratie erscheint das aus liberalen Gedankengängen entstandene Parlament als eine künstliche Maschinerie, während diktatorische und zäsaristische Methoden nicht nur von der *acclamatio* des Volkes getragen, sondern auch unmittelbare Äußerungen demokratischer Substanz und Kraft sein können.“⁵

Ich glaube nicht, dass man die Werke von Carl Schmitt – wie früher – als eine Sammlung von politischen Postulaten betrachten sollte, die zum Unglück für unseren Kontinent und für die ganze Welt im praktischen Leben in Erfüllung gegangen sind. Dieser hervorragende Denker war, wie es scheint, ein Realist in dem Sinne, dass er ein Zeugnis von einer doktrinären Tendenz ablegte, die damals sowohl auf der rechten als auch auf der linken Seite der politischen Szene dominierte. Ja, vielleicht sind aus der Perspektive der großen Politik „die Worte Freund und Feind [...] in ihrem konkreten existenziellen Sinn zu nehmen, nicht als symbolische oder allegorische Redensarten, nicht vermischt und abgeschwächt durch wirtschaftliche, moralische und andere Vorstellungen.“⁶ Ich aber, den die beiden Totalitarismen – der nationalsozialistische und der kommunistische – wirksam (und nicht ohne Grund) zum Feind erklärten, muss hier eine bescheidene Anmerkung hinzufügen.

Von einer derart dargestellten theoretischen Konstruktion, in der die Entscheidung über den Krieg von dem Souverän – dem Staatsvolk – als einem Ausdruck der demokratischen Substanz getroffen wird, lässt sich ein weiterer Begriff ableiten, nämlich jener der kollektiven Verantwortung. Eine Entscheidung ist ein Ausdruck des kollektiven Willens, damit wird auch der Feind zur kollektiven Figur: Weil er eine Gefahr darstellt, wird sich

³ Carl Schmitt, *Der Begriff des Politischen*, Hamburg 1935, S. 7 f.

⁴ Ebd., S. 15.

⁵ Ders., *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*, München 1926, S. 22 f.

⁶ Ders., *Der Begriff*, S. 9.

die Gefahr zusammen mit seiner völligen Beseitigung auflösen – im Kampf auf Leben und Tod. Also muss auch die Vergeltung, die manchmal die Form einer Blutrache annimmt, im Gefühl der kollektiven Verantwortung verankert sein. So entstehen die Bedingungen für eine Spirale des gegenseitigen, immer tieferen, blinden Hasses. Der Souverän kann seine Entscheidung ändern, aber er agiert nicht in einem leeren, theoretischen Raum. Der Kampf spielt sich zwischen lebendigen Menschen ab, und die in tödlicher Auseinandersetzung fortschreitende Intensivierung der Feindschaft führt direkt dazu, dem Feind seine menschlichen Eigenschaften abzusprechen, bis er schließlich – seiner Menschlichkeit beraubt – wie „eine Laus“, „ein wildes Tier“, „ein Hund“, unter einer Mauer, im Graben, in einer Gaskammer, im Krematorium beseitigt werden kann. Zweitens: theoretische Konstruktionen haben es an sich, dass sie in der praktischen Umsetzung zum Gegensatz von sich selbst werden. Es mag stimmen, dass die europäische Kultur im Laufe der Jahrhunderte den Begriff eines „gerechten Krieges“ hervorgebracht hatte, aber diese ganze Vorstellung von „bellum iustum“ brach vor unseren Augen zusammen – mit den unbeschreiblichen Gräueltaten des Zweiten Weltkrieges, mit dem Holocaust, den Massenmorden und den Deportationen. Mir ist kein Land der Welt bekannt, in dem ein Denkmal zu Ehren des „gerechten Feindes“ stehen würde. Leider!

Warum konzentriere ich mich, statt über die Versöhnung zu sprechen, auf die Feindschaft? Weil das eine historische und logische Reihenfolge ist. Die Feindschaft kommt vor der Versöhnung. Mehr noch, die Feindschaft scheint sogar etwas unvergleichbar Einfacheres zu sein als die Versöhnung. Es kommt doch vor, dass wir uns mit dem Feind fast befreundet fühlen, weil wir ihn mit der Verantwortung für unser ganzes Unglück belasten können. Ein solches Bild eines verschwörerischen, diabolischen, allgegenwärtigen Feindes, erlaubt es uns, uns selbst in besseres Licht zu stellen, und vervielfacht damit das uns zerfressende Gefühl der Feindschaft, vergiftet noch mehr unsere Seelen. Kriege fangen meistens in einer Atmosphäre des Enthusiasmus an, eines Gefühls, von dem sich die Gemeinschaft sehr leicht ergreifen lässt und das sie bald von allen Hemmungen befreit. Und die Versöhnung? Wie soll das Leben in Ruinen weitergehen? Wie befreit man sich von der Erinnerung an das erlittene Unrecht? Wie vergisst man das Leid, das zum untrennbaren Teil des Schicksals geworden ist und das das ganze Leben des Opfers beherrschte? Wie findet man eine gemeinsame Sprache, in der die sichere Wahrheit den inneren Schmerzensschrei ersetzt? Die Versöhnung braucht eine Reflexion, eine moralische Sensibilität, ein Gewissen, sie setzt eine große geistige Arbeit voraus, einen Abschied von den Wahnvorstellungen, von der Mythologie des Hasses (die häufig tief in

der Kultur verankert ist). Es ist notwendig die oft schmerzliche Wahrheit über sich selbst zu akzeptieren; in sich selbst und in dem früheren Feind einen Menschen unter demselben Himmel zu erkennen. *Osculum pacis* – ein Kuss des Friedens. Reicht das aber aus?

In einer der Mystagogischen Katechesen des heiligen Kyrills von Jerusalem heißt es: „Nicht darfst du glauben, dieser Kuss sei der Art, wie ihn gewöhnliche Freunde auf dem Marktplatz zu geben pflegen! Solcher Art ist er nicht. Dieser Kuss verbindet die Seelen miteinander und gelobt, alles Unrecht zu vergessen. Der Kuss ist ein Zeichen der Seelenvereinigung und der Verzeihung jeglichen Unrechts. Daher sagte Christus: *Wenn du deine Gabe an den Altar bringst und dich daselbst erinnerst, dass dein Bruder etwas wider dich hat, so lasse deine Gabe am Altare, gehe zuerst hin und versöhne dich mit deinem Bruder! Alsdann komme und opfere deine Gabe!* (Matth. 5, 23. 24)“⁷ Diese Worte des heiligen Kyrills von Jerusalem beinhalten eine Beschreibung der konkreten Reihenfolge: Der Kuss des Friedens ist ein Ausdruck des Versöhnungswillens, er sollte zur Vergebung des Unrechts (also zuerst zum Eingeständnis der Sünden) führen und danach zu einer Ebene der Versöhnung, die es erlaubt, das Leid zu vergessen.

Seit der Epoche des antiken Griechenlands ist der Olivenbaum, ein Baum des Friedens und der Vergebung, ein Symbol der Versöhnung von Menschen untereinander, aber auch der Menschen mit dem Gott. Der Olivenzweig, den die Taube zu Noah brachte, war ein Zeichen der beendeten Strafe und des Willen Gottes, dass auf der Erde wieder ein Baum des Friedens wachsen soll. In unserer Region wachsen aber keine Olivenbäume. Deshalb war und ist es unsere Pflicht, ein Instrumentarium der Versöhnung zu erschaffen, das neben einer symbolischen Kraft auch solide, unzerstörbare Grundlagen hat.

Jemand wird sagen: Bartoszewski vermischt zwei Sprachen – die Sprache der Politik und die Sprache der Werte, die Sprache der alltäglichen Praxis und die Sprache der heiligen Symbole. Meine Antwort lautet: Ja, ich mache das absichtlich. Warum? Jeder, der sich für politische Thematik interessiert, erinnert sich bestimmt an die Beschreibung des *Theatrum* von Max Weber in seinem Text *Politik als Beruf*,⁸ wo zwei ethische Maximen und zwei damit verbundene Rollen miteinander konfrontiert werden. Einerseits haben wir die Gesinnungsethik, eine bedingungslose, eindeutige, absolute Ethik, die –

⁷ *Mystagogische Katechesen an die Neugetauften*, <https://bkv.unifr.ch/de/works/117/versions/135/divisions/104654> (11.10.2021).

⁸ Max Weber, *Politik als Beruf*, https://de.wikisource.org/wiki/Politik_als_Beruf (11.10.2021).

nach Weber – eine Heiligkeit des Menschen voraussetzt: „Man muss ein Heiliger sein in allem, zum mindesten dem Wollen nach, muss leben wie Jesus, die Apostel, der heilige Franz und seinesgleichen, dann ist diese Ethik sinnvoll und Ausdruck einer Würde.“ Und andererseits die Verantwortungsethik, die einen dazu zwingt, nach vorhersehbaren Folgen zu fragen und nach der komplizierten Relation zwischen dem zu erreichenden Ziel und dem dazu dienenden Instrumentarium der Gewalt. Wie wir sehen, spielt sich das Drama zwischen zwei Rollen ab: Auf einer Seite steht ein Prophet, der sich „verantwortlich fühlt nur dafür, dass die Flamme der reinen Gesinnung nicht erlischt“. Auf der anderen Seite steht ein Politiker, der darauf angewiesen ist, zwischen Folgen und Mitteln zu entscheiden, die zum kleineren Übel führen, wobei sich ein kleineres Übel – mit der Zeit – als gar nicht so klein, sondern ganz groß erweisen kann. Zwischen den beiden Ethiken – schreibt Weber – „ist ein abgrundtiefer Gegensatz“. Auf bemerkenswerte Weise verbindet jedoch eine gemeinsame Eigenschaft die beiden von dem großen Soziologen dargestellten Rollen: Beide sind absolut taub für die Argumente der anderen Seite; eine Taubheit, die – nicht als theoretische Beschreibung, sondern als politisches Projekt – die Unmöglichkeit von jedwedem Dialog rechtfertigt. Ein Heiliger mag heilig bleiben, aber „die Politik ist ein hartes Geschäft, und wer die Verantwortung auf sich nehmen will, einzugreifen in die Speichen des Rades der politischen Entwicklung des Vaterlandes, der muss feste Nerven haben und darf nicht zu sentimental sein, um irdische Politik zu treiben.“⁹

In meinem Leben musste ich mehrmals feste Nerven haben oder nicht zu sentimental sein, und das Eingreifen in die Speichen des Rades der politischen Entwicklung des Vaterlandes brachte mir mehr Schmerz als Freude. Ohne zu utopischen Höhenflügen geneigt zu sein, bin ich jedoch nach so vielen Jahren und Erfahrungen der Meinung, dass Weber in seiner Typologie keinen Platz für die einfache menschliche Anständigkeit als politische Kategorie vorgesehen hat.

Weber schrieb *Politik als Beruf* im Jahre 1919, mit schmerzender Seele und in einer für Deutschland sehr komplizierten Zeit. Unter Berücksichtigung des psychologischen Kontextes kann man seine Verbitterung verstehen, mit der er die Wahrheitspflicht in der Politik verhöhnzte. Die Verkündung der Wahrheit soll seiner Meinung nach eine Gefahr für das Volk darstellen, gefährlich und sogar feindselig sei der (für eine absolute

⁹ Max Weber, *Zur Gründung einer National-Sozialen Partei*, <http://www.zeno.org/Soziologie/M/Weber,+Max/Schriften+zur+Politik/Zur+Gr%C3%BCndung+einer+National-Sozialen+Partei> (11.10.2021).

Ethik typische) Gedanke an die „Publikation aller, vor allem der das eigne Land belastenden Dokumente und auf Grund dieser einseitigen Publikation: Schuldbekennnis, einseitig, bedingungslos, ohne Rücksicht auf die Folgen. Der Politiker wird finden, dass im Erfolg dadurch die Wahrheit nicht gefördert, sondern durch Missbrauch und Entfesselung von Leidenschaft sicher verdunkelt wird; dass nur eine allseitige planmäßige Feststellung durch Unparteiische Frucht bringen könnte, jedes andre Vorgehen für die Nation, die derartig verfährt, Folgen haben kann, die in Jahrzehnten nicht wieder gutzumachen sind. Aber nach ‚Folgen‘ fragt eben die absolute Ethik nicht.“¹⁰ Nach einer genaueren Analyse dieser Worte sieht man deutlich, dass Weber durch eine solche Konfrontation der Wahrheitspflicht und der politisch-nationalen Verantwortung einen nur scheinbaren Gegensatz darstellt. Die Wahrheit in ihrer Natur muss als ein Ergebnis von langwierigen Vereinbarungen angesehen werden, sonst würde eine „absolute Ethik“ sich selbst widersprechen. Und ein Politiker, der aus Angst vor „Entfesselung von Leidenschaft“ auf die Wahrheit als Mittel zum Vertrauensaufbau in Staatsangelegenheiten verzichtet, verzichtet zugleich auch auf die Übernahme der Verantwortung für die Zukunft des eigenen Volkes. Also gibt er seine Mission auf. Mit einer Sentimentalität hat dies nichts zu tun: Wer als Realist mit offenen Augen auf der Erde lebt, der wird wissen, dass die Wahrheit als eine harte und schmerzliche Pflicht gleichzeitig eine politische Tugend sein kann – und ist. So habe ich das mehrmals gesehen: als polnische Bischöfe im Jahre 1966 an die Deutsche Bischofskonferenz die Worte richteten „wir vergeben und bitten um Vergebung“, als Bundeskanzler Willy Brandt 1970 nach Warschau kam oder als 1991 der deutsch-polnische Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet wurde. So sehe ich das auch heute, wenn wir, Polen – im Namen einer absoluten Ethik, aber zugleich auch im Namen einer Verantwortungsethik – die nicht leichte Wahrheit über die polnisch-jüdischen Beziehungen oder über komplizierte frühere Relationen mit anderen Nachbarn aussprechen.

Die Versöhnung ist kein einmaliger Akt. Sie erschöpft sich auch nicht in einer bloßen Wiederholung von rituellen Gesten, obwohl auch diese wichtig sind, denn – wie Aristoteles in der *Nikomachischen Ethik* (II, 1 1103b) bemerkte – „müssen wir uns Mühe geben, unseren Tätigkeiten einen bestimmten Charakter zu verleihen; denn je nach diesem Charakter gestaltet sich der Habitus.“ Eine Bedingung ist die Entwicklung einer gewissen „Versöhnungsinfrastruktur“ auf verschiedenen Ebenen unseres Lebens: in der

¹⁰ Max Weber, *Politik als Beruf*, <http://www.zeno.org/nid/20011441720> (11.10.2021).

Kultur, in der Bildung, in der Wirtschaft, in der Intensivierung von zwischenmenschlichen Kontakten, in der gemeinsamen Planung und dem Aufbau unserer Zukunft im Prozess der Erweiterung der Europäischen Union. Vor zehn Jahren haben die Außenminister Krzysztof Skubiszewski und Hans-Dietrich Genscher die These von der deutsch-polnischen Interessensgemeinschaft formuliert. Natürlich muss diese damalige politische Formel, die über Interessen sprach und eine zukünftige Versöhnungsperspektive skizzierte, heute erweitert werden.

Die Versöhnung ist eine ethische und politische Notwendigkeit. Sie ist auch eine doppelte Herausforderung: für den Intellekt und für das Herz. Sie ist ein Prozess, in dem der Begriff der kollektiven Verantwortungsübernahme einen völlig neuen, schönen Sinn gewinnt. Denn es steht doch außer Frage, dass wir eine kollektive Verantwortung für unsere gemeinsame Zukunft tragen.

Herausforderungen und Dilemmata. Deutsche und Polen bei der Gestaltung der zukünftigen Europäischen Union¹

Das ist ein besonderer Tag für mich. Die Verleihung der Ehrendoktorwürde einer bekannten und hochgeschätzten Universität ist für einen Wissenschaftler, Schriftsteller und Politiker eine besondere Genugtuung – und eine solche Genugtuung empfinde ich heute. Das „Besondere“ am heutigen Tag hat aber noch einen anderen Grund. Als mir vor rund 15 Jahren (am 5. Oktober 1986) in Frankfurt am Main der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels verliehen wurde, versuchte ich in meiner damaligen Ansprache einen historischen Blick auf die deutsch-polnischen Beziehungen aus der Perspektive meiner Lebenserfahrungen, der tragischen Erfahrungen meiner Generation, zu werfen. Die Grundlage für solche Überlegungen war zu dieser Zeit mehr als unklar: nach dem unterdrückten „Aufstand“ der „Solidarność“ Anfang der achtziger Jahren hatte Polen keine besonders optimistischen Aussichten – niemandem ist es damals in den Sinn gekommen, dass das kommunistische Regime schon in wenigen Jahren aufhören würde, politisch zu existieren. Historische Ressentiments in den deutsch-polnischen Beziehungen – an sich tragisch und schwer zu überwinden – standen unter dem Zeichen der deutschen Teilung und der ideologischen Spaltung. Welcher Schlüssel war damals der passende, um einerseits den Lauf der Geschichte zu erklären und andererseits eine möglichst optimistische und zugleich glaubwürdige Zukunftsvision zu skizzieren? Ich griff damals zu den Gedanken eines der größten deutschen Denker des 20. Jahrhunderts, Karl Jaspers, der die Wahrheit und die Freiheit als eine Grundlage und einen Ausgangspunkt für den Frieden betrachtete. In Anlehnung an

¹ Bei dem hier abgedruckten Text handelt es sich um die Ansprache anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität Marburg an Władysław Bartoszewski am 29. Juni 2001. Władysław Bartoszewski, „Wyzwania i dylematy. Polacy i Niemcy w kształtowaniu przyszłej Unii Europejskiej“ [Herausforderungen und Dilemmata. Deutsche und Polen bei der Gestaltung der zukünftigen Europäischen Union], in: *Wspólna europejska odpowiedzialność* [Gemeinsame europäische Verantwortung], Warszawa 2001, S. 231–239. Übersetzung: M. Barcz.

Jaspers, sah ich die Wahrheit und die Freiheit als richtungsweisende Kategorien für mein eigenes Land; in der Wahrheit und in der Freiheit sah ich auch den Weg zur Lösung der Teilung Deutschlands; in der Wahrheit und in der Freiheit sah ich schließlich auch die Basis der deutsch-polnischen Versöhnung und Verständigung.

Heute stehe ich vor einer ähnlichen Herausforderung. Als Redner aus diesem für mich sehr bedeutenden Anlass an einer deutschen Universität empfinde ich eine besondere Verpflichtung, um erneut, diesmal aber aus einer grundsätzlich anderen Perspektive, einen Blick auf Deutsche und Polen zu werfen und meine Reflexionen in Bezug auf die Zukunft unserer Völker zu teilen – über Herausforderungen und Dilemmata zu sprechen, vor denen die Deutschen und Polen an der Schwelle des dritten Jahrtausends stehen. Aus eben diesem Grund empfinde ich wohl den heutigen Tag als „besonders“.

Auch heute bin ich gezwungen, nach einem Schlüssel zu suchen, nach einem glaubwürdigen Bezugspunkt, um rational in die Zukunft zu blicken. Diesmal ist der Ausgangspunkt eindeutig, so sehr sogar, dass er zur Selbstzufriedenheit führen kann, zur Selbstgefälligkeit, und von ihr ist es nur ein kleiner Schritt zum Nichtstun und zur Passivität. In der heutigen Welt ist mit dem Nichtstun, mit der Passivität und dem Mangel an Vision eine Gefahr verbunden, mögliche Chancen zu verpassen und von der Realität überholt zu werden! Viele von Ihnen werden sich vielleicht wundern, dass ein fast 80-jähriger Politiker zum Handeln und zur Aktivität aufruft. Es lag aber nicht an mir, dass meine politische Laufbahn erst spät begonnen hat – zum polnischen Botschafter in Wien bin ich erst im Jahre 1991 geworden. Im Verlauf meines Lebens habe ich zu viel erfahren, zu viele Tragödien, zu viel Leid und zu viele „verpasste Chancen“ gesehen.

Das soll natürlich nicht heißen, dass ich die Werte nicht hoch schätze, die uns die Wende der achtziger und neunziger Jahre brachte: Wir haben ein souveränes und demokratisches Polen mit guten und soliden Beziehungen zu den Nachbarstaaten, immer enger integriert in die europäischen und euroatlantischen Strukturen. Wir haben ein friedliches, demokratisches, vereintes Deutschland, fest verankert in der europäischen Solidarität. Die Region Mittel- und Osteuropas hat zum ersten Mal seit Jahrhunderten eine reale Chance, zum europäischen Bindeglied zu werden und nicht mehr die Rolle einer Bühne mörderischer Konfrontationen zu spielen. Vergangen ist die ideologische Spaltung, die jahrzehntelang ganze Familien, Völker, Staaten und Kontinente teilte.

Wenn ich zum Handeln aufrufe – vor allem zu einer klar definierten Zukunftsvision –, dann bin ich von der Überzeugung geleitet, dass die Frei-

heit kein Wert an sich ist. Die Freiheit muss ständig, jeden Tag, jeden Monat, jedes Jahr in die Tat umgesetzt werden. Wenn ich zum Handeln aufrufe, dann resultiert das aus meiner tiefen Überzeugung, dass wir – Deutsche und Polen – gemeinsam eine besondere Verantwortung für die Gestaltung der zukünftigen Europäischen Union, des zukünftigen Europa tragen.

Vor einigen Tagen feierten wir das 10-jährige Jubiläum eines fundamentalen Aktes in den deutsch-polnischen Beziehungen: des Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit. Einerseits bildete dieser Vertrag einen Abschluss bzw. einen Rahmen für den Abschluss von historischen Ressentiments im deutsch-polnischen Verhältnis. Andererseits war er richtungsweisend für die Zukunft. Wie der erste nicht-kommunistische Außenminister Polens, Professor Krzysztof Skubiszewski, zu sagen pflegte, wurden mit diesem Vertrag die Grundlagen für eine deutsch-polnische Interessensgemeinschaft im zusammenwachsenden Europa geschaffen. Seine Worte sind heute ein wenig in Vergessenheit geraten, weil das Leben selbst zur Erfüllung dessen führte, was noch vor Kurzem zur Welt der Träume gehörte. Über die einstigen Probleme oder Konflikte kann man heute nur noch in historischen bzw. politologischen Arbeiten nachlesen. Trotzdem sollten wir nicht vergessen, dass sich in dem erwähnten Vertrag – zum ersten Mal in einem rechtlich verbindlichen Dokument – ein damaliger Mitgliedsstaat der (zu jener Zeit noch so genannten) Europäischen Gemeinschaft zur Unterstützung der Beitrittsaspirationen der neuen demokratischen Staaten Mitteleuropas verpflichtete. In diesem Vertrag wurden die sogenannten Sicherheitsklauseln speziell so formuliert, um den Weg zur Mitgliedschaft in den euroatlantischen Strukturen zu ermöglichen (wir sollten dabei nicht vergessen, dass zur Zeit der Vertragsverhandlung noch die Sowjetunion existierte und die Rote Armee in der Region stationiert war). Das alles ist ein Beweis dafür, dass es schon bei der Entstehung der Beziehungsgrundlagen zwischen dem vereinten Deutschland und dem demokratischen Polen eine richtungsweisende Vision gegeben hat – Deutschland und Polen verfügen über eine gute Perspektive des Zusammenlebens in Frieden und Verständigung, verankert in der europäischen Integration und gesichert durch euroatlantische Verteidigungsstrukturen. Diese Vision bleibt nach wie vor aktuell!

Nicht ohne Grund wird jedoch manchmal darauf hingewiesen, dass der pragmatische Rahmen der deutsch-polnischen Zusammenarbeit ausgeschöpft wurde und das einstige Hauptziel in der Hektik des Alltagslebens verlorengegangen ist bzw. dass wir heute von einem gewissen Gefühl des Versagens geplagt werden. Verstehen Sie meine Worte nicht als Kritik, sondern als Feststellung: Wir brauchen einen neuen, starken Impuls. Wir

brauchen eine Neudefinition der Vision. Und zwar weniger die Politiker, sondern die Polen und Deutschen – die Bürger unserer Staaten.

Eine ähnliche Bemerkung kann man auch an die Europäische Union richten. Der Prozess der europäischen Integration erreichte – nach mehreren Jahrzehnten – das maximale Ausmaß, das im Rahmen der bestehenden Strukturen zu erreichen war. Die Errungenschaften sind imponierend: Der Aufbau eines Binnenmarktes wurde fast vollständig abgeschlossen, es entstand eine Wirtschafts- und Währungsunion, in einigen Monaten wird in der überwiegenden Mehrheit der Mitgliedsstaaten die gemeinsame Währung (Euro) eingeführt. Es ist eine Europäische Union entstanden, die einen politisch-rechtlichen Rahmen für die Integration bietet. Eine Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik steht kurz bevor.

An der Schwelle des dritten Jahrtausends erreichte die Substanz der europäischen Integration ihre – positiv verstandene – kritische Masse. Die herannahende Erweiterung der Union zeigt dies deutlich. Bald wird sie das europäische Integrationsprojekt politisch vervollständigen. Bis dahin wurde sie zum Katalysator der notwendigen Veränderungen – die Erweiterung zeigte, dass die Union nicht nur neue Strukturen und Entscheidungsmechanismen braucht, sondern vor allem eine neue Zukunftsvision!

Vor über einem Jahr leitete die Ansprache von Joschka Fischer an der Humboldt-Universität (am 12. Mai 2000) eine europäische Debatte über die zukünftige Gestalt der EU ein. Aus ihrem bisherigen Verlauf oder allein aus der Liste der diskutierten Themen wird klar ersichtlich, dass damit eine Debatte beginnt, die sich auf den Kern des Integrationsprozesses, auf seine Gestalt in den kommenden Jahrzehnten beziehen wird. Mir scheint aber, dass wir unterdessen in der Hitze der Beitrittsverhandlungen, in dem Tauziehen um engstirnige sogenannte Nationalinteressen oder in dem gegenseitigen Feilschen das grundlegende Ziel der Integration aus den Augen verlieren. Die europäische Integration war doch von Anfang an vor allem ein großes politisches Projekt mit dem Ziel, einen dauerhaften Frieden in Europa zu garantieren. Erst mit der politischen Wende, die in Mittel- und Osteuropa 1989/90 angefangen hat, und mit der herannahenden Erweiterung beginnt dieses Projekt eine vollständige Form zu gewinnen. Die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft und dann der Europäischen Union eröffnete eine qualitativ völlig neue Epoche in den internationalen Beziehungen: Das durch Jahrhunderte dominierende Prinzip des Friedens durch Interessensabgrenzung war damit zu Ende, stattdessen trat ein mutiger Versuch in den Vordergrund, den Frieden durch die Akzentuierung des „Gemeinsamen“ zu sichern. Dieser gemeinsame Bereich hat seinen Ursprung vor allem in der historischen, christlichen Zivilisations- und

Kulturgemeinschaft. Zum inneren Wesen der europäischen Integration gehört das Prinzip der Solidarität. Es bedeutet nicht nur eine wirksame Unterstützung für einen schwächeren Mitgliedsstaat. Es bedeutet auch, dass es zu keiner politischen Dominanz ausgewählter Staaten kommen wird und zu keiner Wiederbelebung der Großmachtidee. Für Polen wird erst der EU-Beitritt – und die Mitgliedschaft in der NATO – eine Vervollständigung der Wende bedeuten, die 1980 mit der „Solidarnosc“ begonnen hat. Damit werden auch positive Implikationen der geopolitischen Lage sichtbar.

Mit großer Aufmerksamkeit beobachte ich die aktuelle Debatte über die zukünftige Gestalt der Europäischen Union. An dieser Stelle möchte ich nicht die Details ansprechen. Ich möchte aber drei grundlegende Voraussetzungen betonen, die aus der gemeinsamen Geschichte der Polen und der Deutschen resultieren und in der Zukunft darüber entscheiden werden, ob die Europäische Union fähig sein wird, die neuen Herausforderungen zu meistern.

Erstens: Ein modernes, gemeinsames Europa muss sich auf eine klare Hierarchie der gemeinsamen Werte berufen können; ohne eine eindeutige Stellungnahme in dieser Hinsicht wird es keinen realen Fortschritt im europäischen Integrationsprozess geben. Wir sollten nicht vergessen: es waren die Worte des polnischen Papstes während seiner Pilgerreise nach Polen im Jahre 1979 über die gemeinsamen Werte des christlichen Europa, die der damaligen Bürgerbewegung ihre moralische Kraft verliehen und zum Fall des scheinbar unbesiegbaren totalitären Regimes geführt haben. Ich bin auch sicher, dass die gerade beendete Pilgerreise des Papstes in die Ukraine genauso weitreichende historische Folgen haben wird wie sein Besuch in Polen 1979. Sein Appell an die Ukrainer – der Papst sieht die Ukraine hoffnungsvoll als einen zukünftig gleichberechtigten Teil Europas – ist im Grunde ein Appell an die Europäische Union!

Zweitens: Die Forderung der „Übersichtlichkeit“ von europäischen Strukturen, die Postulate ihrer „Bürgernähe“ reichen unter den neuen Bedingungen nicht mehr aus. Die zukünftige Europäische Union muss über eine volle demokratische Legitimierung verfügen – sie muss alle Bedingungen einer modernen, funktionierenden Demokratie erfüllen. Das verstehen die Deutschen, das verstehen auch die Polen und andere Völker unserer Region, die jahrzehntelang in Unterdrückung leben mussten.

Drittens: Die Europäischen Gemeinschaften und danach die Europäische Union haben sich immer auf die Solidarität berufen. Heute gewinnt die europäische Solidarität an besonderer Bedeutung. Vor allem die zukünftigen Mitglieder der EU, Staaten die auf „eigene Faust“ – an diese bittere Wahrheit sollten wir uns erinnern – die Freiheit wiedererlangt haben, verstehen

diese Herausforderung auf besondere Weise. Das wird vielleicht ihr wichtigster Beitrag zur Europäischen Union sein.

Die EU braucht ein starkes Bewusstsein der Solidarität! Nur dann wird sie zu einem Träger der Wahrheit und der Freiheit! Ich sehe darin Fragen von grundlegender Bedeutung für die Zukunft Europas. Andere Themen sind zweitrangig. Man kann und man sollte nach realistischen Lösungen suchen, die nur dann einen Sinn haben werden, wenn sie gemeinsamen Werten entsprechen und mit einer vollen demokratischen Legitimierung unter Berücksichtigung des Prinzips der europäischen Solidarität realisiert werden.

Deutsche und Polen müssen aufs Neue die gegenseitigen Beziehungen verstehen und definieren. Ich selbst gehöre zu einer Generation, deren Vertreter folgenden Appell aussprechen kann: Vergessen wir die Vergangenheit nicht, pflegen wir das historische Bewusstsein! Deutsche und Polen müssen sich aber ihrer neuen europäischen Verantwortung bewusst werden, denn es ist an der Zeit, dass Deutsche und Polen nicht länger Europa mit sich selbst „beschäftigen“ sondern gemeinsam für Europa zu arbeiten beginnen!

Unter Berücksichtigung der oben genannten Bedingungen, die das Wesen der zukünftigen Europäischen Union skizzieren, lassen sich die folgenden wichtigsten – es sind bei Weitem nicht alle – Herausforderungen für Deutsche und Polen definieren:

Herausforderung der Vollendung Europas: Das westliche Europa sah diese Herausforderung in den letzten Jahrzehnten skeptisch. Es geht nicht nur um Vorwürfe, dass „Europa“ unfähig war, mit einer Stimme zu sprechen, dass es keine sprichwörtliche „direkte Verbindung“ hatte. Heute vergisst man gern, dass für den Niedergang des kommunistischen Regimes vor allem die unterdrückten Völker selbst verantwortlich waren. Vergessen wurde auch schnell, dass für die Erweiterung der NATO nicht zuletzt eine entschiedene Stimme von jenseits des Atlantiks notwendig war. Mein Freund Zbigniew Brzeziński bemerkte neulich bitter, dass er aus Mitleid keine Namen von Autoren der katastrophalen Vorhersagen im Zusammenhang mit der NATO-Erweiterung nennen möchte. Die NATO – erweitert um neue demokratische Staaten Mitteleuropas – ist zum Innbegriff von konstruktiver Stabilität und zum Exporteur von Sicherheit geworden. Auch die EU braucht jetzt eine entschiedene Stimme für die Vollendung des Erweiterungsprozesses, schnell und ohne Verzögerung. Das ist eine große Aufgabe für Deutschland! Die Geschichte ist – im Gegensatz zu den Menschen – nicht nachtragend, bewahrt aber die Erinnerung. Durch eine entschiedene Stimme für die Erweiterung der EU sichert sich Deutschland eine

andere, neue Rolle in der Region. Die Schicksale von Polen und Deutschland sind hier auf besondere Weise verbunden, denn die Erweiterung wird dazu führen, dass sich die Rolle des Trägers der europäischen Verantwortung nun auf Polen „verlagert“! Auf diesem Gebiet wird eine enge deutsch-polnische Zusammenarbeit notwendig.

Herausforderung der Versöhnung und Demokratie: Trotz der tragischen Vergangenheit haben es Deutsche und Polen geschafft, einen großen psychologischen und moralischen Durchbruch zu erreichen. Sie fangen nun an, Verständigung und Versöhnung zu leben. Diese Erfahrung, diese Qualität ist besonders wertvoll, leider auch deshalb, weil mit solchen Herausforderungen auch andere Völker „hier und jetzt“ konfrontiert werden, die auf unserem Kontinent, unweit von uns leben. Diese Erfahrung sollten wir daher nicht für uns allein behalten. Polen und Deutsche können zu Exporteuren von Versöhnung und Verständigung werden! Es muss uns aber bewusst sein, dass Versöhnung und Verständigung eine untrennbare Bedingung haben: Freiheit und Demokratie. In dieser Hinsicht ist die Herausforderung der Vervollendung Europas stets mit der Herausforderung der Versöhnung verbunden.

Herausforderung der europäischen Solidarität: Sie bezieht sich vor allem auf die deutsch-polnische Zusammenarbeit in der Region Mittel- und Osteuropa. Von Deutschland fordert diese Herausforderung ein volles Bewusstsein der notwendigen Kooperation mit Polen (ein anderer Zugang würde sofort die Geister der Vergangenheit wecken); von Polen fordert sie ein Bewusstsein dessen, dass es als ein demokratisches Land mit funktionierender Marktwirtschaft jetzt neue Verpflichtungen übernimmt – es muss selbst zu einem Demokratie-Exporteur werden. Von den Polen und den Deutschen gemeinsam fordert diese Herausforderung, dass sie möglichst bald die bilaterale Klaustrophobie überwinden. Polen und Deutsche zusammen haben wichtige Aufgaben in der Region zu erfüllen!

Vor allem in Bezug auf diese letzte Herausforderung empfinde ich ein gewisses Defizit. Seit Jahren führen wir gut gemeinte Diskussionen über gemeinsame Handlungsstrategien z. B. gegenüber der Ukraine. Hier könnte der deutsch-polnischen Kooperation eine besondere Bedeutung zukommen. Im Herbst des vergangenen Jahres sprach ich mit jungen Deutschen und Polen an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). Diese vor einigen Jahren entstandene Universität – zusammen mit dem auf polnischer Seite inzwischen entstandenen Collegium Polonicum – bringt nun konkrete Resultate, die auch in der Zukunft langfristig Früchte tragen werden. Warum könnte die neulich in Lublin gegründete polnisch-ukrainische Universität nicht zu einer ähnlichen gemeinsamen Initiative werden, in deren

Rahmen auch ukrainische Studenten den Zugang zu deutschen Universitäten hätten und deutsche Professoren Vorträge für polnische, ukrainische (und vielleicht deutsche) Studenten in der polnisch-ukrainischen Grenzregion halten würden?

In ungefähr drei Monaten geht meine Aufgabe als Außenminister des demokratischen und freien Polen zu Ende. In meinen kühnsten Träumen habe ich nicht erwarten können (nicht nur vor Jahrzehnten als Häftling im kommunistischen Gefängnis, sondern auch vor 15 Jahren als Laureat des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels in Frankfurt am Main), dass ich diesen Augenblick erleben werde. Im Lager Auschwitz hätte ich auch niemals daran gedacht, dass für Deutsche und Polen gemeinsam einmal die Sonne scheinen wird. *Vinit post multos annos una serena dies* – nach vielen Jahren kommt ein sonniger Tag! Für mich kommt auch eine Zeit der Reflexion: Vor Polen und Deutschen steht eine wichtige und schwierige Aufgabe, vielleicht von derselben Größe wie die Versöhnung nach dem zweiten Weltkrieg, vielleicht sogar schwieriger. Freiheit und Wahrheit für die Polen in der Demokratie und für die Deutschen in der Einheit bedeutet eine Verpflichtung, der europäischen Verantwortung gerecht zu werden – nicht einzeln, sondern gemeinsam. Das Bewusstsein dieser gemeinsamen europäischen Verantwortung wird den deutsch-polnischen Beziehungen ein neues Tempo und eine neue Qualität verleihen. Im Interesse der Nachbarschaft, im Interesse der Region, im Interesse Europas.

Mit Hoffnung blicke ich in die Zukunft!

Politik und Moral – Erfahrungen, Erwartungen, Hoffnungen¹

Es ist leicht und doch schwer, sich zu bedanken. Einerseits sind natürlich Dankesworte immer beschwingte Worte, andererseits spielt hier der tiefere Sinn der Auszeichnung eine größere Rolle als allgemeine Dankgefühle.

Ich wurde in meinem Leben mehrmals geschlagen, mehrmals gepriesen. Das gehörte zusammen. Und am Anfang war es besonders schwer. Von zwanzig Tagen abgesehen, verbrachte ich insgesamt acht Jahre in verschiedenen Gefängnissen und Lagern zweier Diktatoren. Herr Thiemeyer hat in seinem sehr schönen Beitrag in der FAZ eine selbstironische Äußerung von mir ausfindig gemacht. Bis heute sage ich manchmal, dass mich die Diktatoren schlichtweg nicht leiden konnten, und das beruhte auf voller Gegenseitigkeit. Warum sollte ich denn Hitler und Stalin mögen? Natürlich habe ich sie nicht gemocht. Glücklicherweise geraten die Namen schnell in Vergessenheit. Außer Historikern wird in zwanzig, dreißig Jahren niemand mehr irgendwelche Gauleiter, SS-Bonzen oder KGB-Machtvollstrecker kennen. Über Eugen Kogon und Menschen wie er wird man aber informiert sein. Und das ist unser Sieg, der Sieg der ehemaligen Opfer wie Bonhoeffer, wie Lichtenberg, wie von Stauffenberg, wie Studenten aus der Gruppe der Weißen Rose. Ich habe nur ein paar Namen genannt, aber auch andere haben jahrelang gelitten, mussten jahrelang Seelenqualen durchmachen. Sie waren doch gute Bürger ihres Landes. Sie waren deutsche Patrioten – wie die Geschwister Scholl und der Kreis der Weißen Rose, wie auch Eugen Kogon. Eugen Kogon war – so wie ich – katholisch getauft. Obwohl zwischen uns beiden ein 19-jähriger Altersunterschied liegt – er wurde im Februar 1903 geboren, ich im Februar 1922 –, gibt es in der Gesinnung und in der Erziehung keine wesentlichen Differenzen. Denn seine menschliche, weltanschauliche und transzendente Motivation verband uns beide ganz besonders, so wie viele andere Menschen auch. Die Auszeichnung mit dem Heinrich-Heine-Preis oder mit dem Romano-Guardini-Preis war für mich natürlich von großer Bedeutung. Im Gegensatz zu mir

¹ Dankesrede, gehalten von Władysław Bartoszewski nach der Verleihung des Eugen-Kogon-Preises der Stadt Königstein im Taunus am 12. April 2002. Der Text stammt aus dem Archiv des Autors.

war aber keiner der Schutzherren dieser Preise im KZ. Und daraus resultiert meinerseits eine ganz andere Empfindlichkeit und ganz andere Dankgefühle. Unser Leid und unsere Erfahrungen – Erfahrungen unterschiedlicher Menschen von unterschiedlicher Nationalität – haben denkwürdige Früchte getragen.

Hätte ich 1940 auf dem Appellplatz in Auschwitz – damals als 18-jähriger Junge, ein Pole zwar und kein Jude und somit kein „Ungeziefer“, dennoch ein Untermensch – einmal gedacht, ich werde polnischer Außenminister einer freien Republik, ich würde vor dem Deutschen Bundestag reden können in einer Demokratie, in einem deutschen, demokratischen Staat? Hätte ich einmal gedacht, ich werde hohe Orden wie das Großkreuz des Bundesverdienstkreuzes bekommen? Solche Gedanken wären damals nicht bloß Träumerei sondern eine Verrücktheit gewesen. Und doch bekomme und erlebe ich jetzt all das, und in gewissem Sinne genieße ich es. Ich genieße nämlich die späte Genugtuung der Geschichte.

Ich habe immer geschichtlich gedacht, so bin ich erzogen. Im polnischen Widerstand habe ich u. a. die Dokumentation der Grausamkeiten und der Naziverbrechen gesammelt und als einer der Mitwirkenden alle Unterlagen vorbereitet, die später nach London verschickt worden sind. Viele Jahre nach dem Krieg habe ich in Ludwigsburg die deutschen Staatsanwälte wie Rückerl und andere kennengelernt. Ich habe auch mit der schriftstellerischen und historischen Aktivität von Eugen Kogon zu tun gehabt und nach dem Kriege mehrere Jahre mit ihm zusammengearbeitet. Ich habe ausgesagt als Zeuge der Anklage vor dem deutschen Gericht in dem Prozess gegen SS- und Polizeiführer in Warschau. Als polnischer glaubwürdiger Zeuge der Anklage habe ich gegen andere Banditen, Schurken, Halunken ausgesagt. Aber lassen sie mich wiederholen, die Namen dieser Menschen werden in hundert Jahren nichts mehr bedeuten. Doch die Namen von Kogon, die Namen der Geschwister Scholl, die Namen von Bonhoeffer und vielen anderen, die werden immer etwas bedeuten. Denn in jeder neuen Generation der Europäer, nicht nur der Deutschen, wird man sich aufs Neue für diese Personen, für diese Persönlichkeiten interessieren. Vor kurzer Zeit hat man in Breslau/Wrocław ein Bonhoeffer gewidmetes Denkmal eingeweiht. Man hat dort auch die Edith-Stein-Gesellschaft gegründet. Unterschiedliche Beweggründe also, die ein ähnliches Ziel haben. Die Rückkehr der Erinnerung. Das gerade ist es, was Eugen Kogon postulierte. Wer nämlich seine Vergangenheit verdrängt, opfert seine Zukunft. Wir wollen weder in Polen noch in Deutschland noch in anderen Ländern die Vergangenheit verdrängen. Wir wollen sie aufs Neue aufarbeiten, um den jüngeren Menschen den Weg zu bereiten.

Ich war mit mehreren Deutschen befreundet, unter anderem mit Heinrich Böll. Nicht immer, nicht in jedem Fall, war ich mit allen Meinungen meiner Freunde einverstanden. Das wäre unmöglich. Nur im Totalitarismus muss man immer einverstanden sein. Wir haben diskutiert, wir haben gestritten, aber wir waren Freunde. Solche Freunde habe ich bis heute in Deutschland. Solche Freunde habe ich in Israel, in Amerika, in Frankreich, in der Schweiz, in Österreich, in mehreren Ländern der Welt. Das ist erst eine große Genugtuung, dass man auch freundlich streiten kann mit Menschen guten Willens, die andere bzw. nicht identische Visionen haben, sich aber auf einem gemeinsamen Weg befinden.

Lieber Laudator, Herr Professor Grosser, der Sie selbst bedeutende Verdienste im ethischen Bereich haben, in der gegenseitigen Annäherung der Menschen, der Überwindung der schwierigen Vergangenheit sowie der Kluft zwischen den Völkern, Sie haben auch über die europäische Zukunft gesprochen. Ich war natürlich zweimal als Außenminister stark in die Vorbereitung des Weges meines Landes in die Europäische Union involviert. Das war nicht nur mein Beruf. Auch als Mensch bin ich tief davon überzeugt, dass es keinen anderen Weg geben kann. Gerade in Deutschland muss ich das immer wieder mit Nachdruck wiederholen. Das habe ich oft in der Anwesenheit von allen zuständigen Politikern gesagt, Politikern wie Helmut Kohl und Gerhard Schröder, Klaus Kinkel und Joschka Fischer. Im Endeffekt sind aber nicht die Politiker, die vier oder acht Jahre lang an der Macht bleiben bzw. bleiben können, sondern in erster Linie die Bürger zuständig.

Beim Umgang mit einem beispielsweise an Tuberkulose erkrankten Menschen – früher war das eine sehr verbreitete Krankheit –, hat man zwei Möglichkeiten: Man versucht den Patienten entweder zu heilen oder ihn zu „verschönern“. Zum Beispiel kann man ihn schminken, dann sieht er besser aus, zumindest für einige Stunden. An seiner Erkrankung selbst ändert sich aber nichts. Damit Europa im historischen, menschlichen, humanen und christlichen Sinn zu einer Ganzheit werden kann, ist Heilen und nicht bloßes Schminken notwendig. Das bedeutet eine Erweiterung auf konstruktive, gescheite und politisch pragmatische Weise. Ich bin auf keinen Fall gegen den Beitritt weiterer Länder. Ich habe enge Verbindungen, mit einigen Ministern dieser Staaten duze ich mich sogar. Aber alle beitrtrittswilligen Länder zusammen – außer Rumänien mit 22 Millionen Einwohnern – haben insgesamt weniger Bevölkerung als Polen. Die eventuellen Probleme, die ein Land von der Größe Sloweniens mit einer Einwohnerzahl von 1 600 000 – vergleichbar mit der Stadt München – im gesamteuropäischen Maßstab bereiten kann, sind minimal. Bei 38 Millionen Menschen ist es natürlich anders. Zugleich entstehen dadurch aber auch zahlreiche Chancen, neue

Absatzmärkte etc. Dazu kommt die spezifische geografische und geopolitische Lage. Betrügen wir uns nicht. Wir Polen wären nicht in der NATO, hätten wir nicht auf der Landkarte diese Position, die wir eben haben. Als ich noch am Anfang des Gymnasiums stand, hat 1929 ein polnischer Satiriker einmal gesagt: „Na ja! Man weiß nicht, warum unsere Ahnen sich diese Gebiete als Siedlungsgebiete gewählt haben – wegen des guten Klimas oder wegen der angenehmen Nachbarn.“ Im Grunde genommen wissen die Polen bis heute nicht so ganz genau, warum das geschah. Zum ersten Mal nach fast 1000 Jahren hat der Vertreter der Deutschen, der frei und demokratisch gewählte Bundespräsident, Polen besucht. Außer Hitler hat das zuvor noch kein Herrschender getan. Das ist die Perversität unserer gemeinsamen Geschichte. Nachbarn, die sich auf hohem Niveau nie besucht haben. Aber das gehört nun zur Vergangenheit. Heute kennt jeder die Bedeutung der nachbarlichen Beziehungen. Diese Wertschätzung kommt anscheinend mit dem Alter. Jetzt registriert man nur, wie sich die polnischen Kollegen aus der Polizei benommen haben, beispielsweise bei der Verfolgung irgendwelcher Halunken aus Niedersachsen. Das ist nun Normalität. Ich als Außenminister und mein Kollege Klaus Kinkel – 1995 deutscher Außenminister – haben seinerzeit in Nizza beide geheime Meldungen aus der jeweiligen Zentrale bekommen. Er aus Bonn, ich aus Warschau. Die geheime Meldung betraf die Krawalle in Frankfurt an der Oder, wo mehrere polnische Bürger für einige Stunden durch die deutsche Polizei im Lande Brandenburg festgenommen worden sind. Der Grund der Verhaftung: Verkauf von Semmeln ohne amtliche Genehmigung. Klaus Kinkel war sehr bewegt. Er ist zu mir gekommen und hat gesagt: „Herr Kollege, was erfahre ich, das ist doch unmöglich. Diese Polizisten haben unschuldige Leute verhaftet, und wir müssen etwas unternehmen.“ Ich habe ihm geantwortet: „Herr Kinkel, das ist doch ein Traum, ein Streit zwischen Polen und Deutschen wegen Semmeln.“ Später ist eine neue Etappe gekommen – die illegale Einfuhr der billigeren Gartenzwerge aus Polen. Solche Probleme haben wir wirklich im Grenzbereich. Es ist zu hoffen, dass es für immer bei derartigen Lappalien bleibt. Wir müssen nicht alle Freunde sein. Wir müssen Menschen sein und miteinander gut zusammenleben. Nicht gegeneinander, nicht nebeneinander, sondern miteinander. Und um dieses Ziel zu erreichen, sind wir auf einem guten Wege. Im Grenzgebiet fürchtet sich niemand vor dem Beitritt Polens zur Europäischen Union. Es fürchten sich die Arbeitslosen in beiden Ländern, es fürchten sich auch andere Menschen, die ihrer Chancen aufgrund politischer Entscheidungen beraubt wurden. Ich glaube fest an die Erweiterung der Europäischen Union. An Menschen, die Kraft für Visionen gehabt haben, wird man sich immer erinnern. Das

waren nicht nur politische Größen wie Gasperi, Adenauer, Schuman und Monet, sondern auch viele Menschen der ersten Stunde, wie Eugen Kogon, die Mut gehabt haben, an ein Europa zu denken in einer Zeit, in der man noch das eigene Land nicht ganz wiederaufgebaut hatte. Sie haben es verstanden, dass es keinen anderen Weg gibt.

Natürlich werden wir immer anekdotische Erzählungen aus Brüssel zu hören bekommen, wo 1000 Beamte um Gurken, um Heringe und um Wein streiten. Beamte müssen nun mal miteinander streiten. Vor Kurzem hat mir in München ein Europapolitiker, Herr Staatsminister Bocklet aus der CSU, die Geschichte des Streits über die Weinflaschen aus Hessen näher gebracht. Ob die Flaschen den Normen der Union entsprechen oder nicht. Anscheinend waren die Flaschen nicht normal. Was bedeutet aber „normal“? Ein polnischer Dominikaner hat mir einmal in einem Fernsehgespräch zu den aktuellen Problemen gesagt: „Aber bitte, Herr Bartoszewski, was Sie erlebt haben, ist doch nicht normal, keine Normalität.“ Worauf ich prompt geantwortet habe: „Hochwürdiger Pater, wer hat Ihnen denn gesagt, ich sei normal? Ich bin, wie ich bin. Ob das normal ist oder nicht, bleibt eine Frage der Kriterien, die man anwendet.“

Meine Damen und Herren, ich werde sie nicht länger quälen, obwohl ich es gerne getan hätte. Ich habe ganz im Sinne von Eugen Kogon einen schriftlichen Text zum Thema „Politik und Moral – Erfahrungen, Erwartungen, Hoffnungen“ vorbereitet, den ich Ihnen nun präsentieren möchte.

Die Begriffe „Politik“ und „Moral“ sind zwei Bezeichnungen, die erst einmal für sich stehen bzw. für sich stehen können. Stellt man sie einander gegenüber, tut man dies mit einer ganz bestimmten Absicht. Die Gegenüberstellung dieser beiden Begriffe wirft im Grunde auf den Begriff „Politik“ ein neues Licht. Unter diesem Aspekt, mit diesem Hintergedanken will man sich mit diesem Thema beschäftigen. Der Begriff „Moral“ wird durch die Gegenüberstellung gleichfalls präzisiert und auf den Bereich der Politik beschränkt. Aber das Thema lautet nicht „Moral in der Politik“ oder „Politischer Moralismus“ oder „Politik oder Moral“, sondern die beiden Begriffe sind einander weder unter- noch übergeordnet. D. h. nicht, dass nicht jeder, den man mit der Verknüpfung der beiden Begriffe konfrontiert, sie sofort in der einen oder anderen Form miteinander in Verbindung setzt und nicht sehr lange bei dem Begriff „Moral“ verweilt, sondern ganz intuitiv bei „Politik“ an fehlende Moral denkt und den Faden weiter spinnt. Die Verbindung von diesen beiden Begriffen hat also nichts Selbstverständliches an sich. Sie scheinen sich viel eher zu widersprechen, und sie in einem Atemzug zu nennen, erscheint doch vielen eher als eine ironische, statt einer möglichen Beschreibung der Wirklichkeit.

Gemeinsam ist beiden Begriffen, dass sie eine ganze Welt von Gedanken und Wirklichkeit umschließen und daher schwer zu definieren sind. Zugleich verbinden die meisten Menschen mit diesen Begriffen eine Fülle von Assoziationen, die aber von Fall zu Fall sehr unterschiedlich aussehen können. Mit der Verknüpfung der beiden Begriffe werden beide automatisch normativ. Die Moral scheint die Politik in Frage zu stellen und gleichzeitig die Politik die Moral, d. h., es ist gar nicht möglich, die Begriffe zu betrachten, ohne sie aufeinander zu beziehen. Also geht es doch automatisch und allein um die Moral bzw. Unmoral in der Politik, der Politiker, der Staaten? Nicht nur. Es geht auch um die Frage, in welchem Verhältnis Politik und Moral heute stehen, durch wen die Moral repräsentiert wird und ob es klug ist, diese Begriffe immer wieder aneinander zu messen.

Dass Politik und Moral in einem Spannungsverhältnis stehen, war nicht immer so. Erst in der Neuzeit verlor der Begriff „Politik“ seinen normativen Charakter und bezeichnet seit diesem Moment ohne Unterschied jede Form von Regierung und Herrschaft. Kant ist der eigentliche Vater dieser Denkform. Er unterschied Legalität und Moralität und wies das Recht dem bloß „äußeren“ Verhalten (d. h. der Politik), das Ethos dem „inneren“ Bereich der Gesinnung zu. Diese Beschränkung des Ethos auf die Gesinnung hatte zur Folge, dass „das Recht positivistisch nur noch als vom Staat gesetzte Norm und als politische Entscheidung verstanden“² wurde. So konnte man die Frage des Rechts auf die Durchsetzung der politischen Macht verkürzen. Diese Abkopplung und Trennung der Politik von Recht und Moral wurde durch die Erfahrung des Rechtsmissbrauchs und der ungerechten, aber formell korrekt zustande gekommenen Gesetzen während des Nationalsozialismus stark erschüttert.

In den Rechtsordnungen, d. h. den Grundlagen der Politik der demokratischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg, spiegeln sich wieder stärker moralische Aspekte. Bischof (jetzt schon Kardinal) Karl Lehmann versteht z. B. die Grundgesetze im Sinne der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes als eine „Wertentscheidung“³ – und gleichzeitig „offenbaren sich konkurrierende Vorstellungen unterschiedlicher moralischer Systeme“.⁴ Der österreichische Jurist Theo Mayer-Maly formulierte daher 1982 zusammenfassend: „Es gibt also eine Angewiesenheit des Rechts auf

² „Politik – Moral – Recht. Ein Vortrag von Bischof Karl Lehmann“, in: *Herder Korrespondenz*, 11/1986, 40. Jhg., S. 530–536, hier S. 532.

³ Vgl. ebd., S. 535.

⁴ Ebd., S. 532.

die Moral, aber keine Abhängigkeit einer bestimmten Rechtsordnung von einer bestimmten Moral.“⁵

Unabhängig von dem Verhältnis zwischen Moral und Politik war politisches Handeln zugleich immer im Visier der Kritiker, Ironiker, Schriftsteller und Philosophen und „politisch“ galt „über lange Strecken unserer Geschichte so viel wie listig, verschlagen, unehrlich, ja betrügerisch“.

Sutor bezeichnet in seinem grundlegenden Buch über die politische Ethik das Verhältnis von Politik und Moral „als ein Menschheitsthema, ein immerwährendes Problem“.⁶ Der Politiker könne die Machtmittel zur Wahrnehmung seiner öffentlichen Aufgaben „zum eigenen Vorteil und zum Schaden vieler Menschen mißbrauchen“. Die ständige Sorge sei daher, dass Politik sich im Rahmen der geltenden Vorstellungen von Gut und Böse bewege. Gleichzeitig weist aber Sutor auch auf die Gefahr überzogener Moralforderungen hin, deren Durchsetzung „Politik in gefährlicher Weise pervertieren“⁷ könne.

Der heute erwähnte Hans Maier hat in seinem Aufsatz „Moral versus Politik – ein Prozeß geht in Revision“ vom Jahre 1990 das Verhältnis von Politik und Moral sehr pointiert und geistreich beschrieben: Seiner Meinung nach verlaufe die Auseinandersetzung zwischen Moral und Politik immer gleich – ein politisches Vergehen, große Empörung, moralische Entrüstung, die Politik wird verdammt, die Moral erhebt sich, aber schon kurze Zeit später berappelt sich die Politik, und der Teufelskreis beginnt von Neuem, ohne Wirkung, ohne Veränderung. „Und wieder baut die Moral ihre Gerichtsschranke“, schreibt Maier, „ihr kleines hölzernes Tribunal auf und erhebt Anklage, und so geht es fort und fort ad infinitum.“⁸

Ich denke, dass es das gute Rechte der „Moral“ ist, von Politikern mehr als von den normalen Bürgern zu erwarten, gerade da sie im Rampenlicht stehen müssen und Vorbildfunktion ausüben. Eine Bevölkerung lässt sich in ihrem eigenen Verhalten mit Sicherheit von öffentlichen Personen leiten, und ein Politiker, der Steuern hinterzieht, gibt im Grunde jedem Bürger einen Blankoscheck für eigene Vergehen in die Hand, den er je nach Bedarf einsetzen kann. Ist es zudem nicht auch gefährlich, die Rollen zwischen Politik und Moral so klar zu verteilen; ist es nicht gerade die Idee

⁵ Theo Mayer-Maly, „Recht und Moral“, in: *Christliche Verantwortung in der Welt und Gegenwart*, hg. von St. Rehl, Salzburg/München 1982, S. 49–60, hier S. 52.

⁶ Bernhard Sutor, *Politische Ethik. Gesamtdarstellung auf der Basis der Christlichen Gesellschaftslehre*, Paderborn/München/Wien 1991, S. 11.

⁷ Ebd.

⁸ Hans Maier, „Moral versus Politik – ein Prozeß geht in Revision“, in: ders., *Verteidigung der Politik. Recht – Moral – Verantwortung*, Zürich 1990, S. 60–71, hier S. 61.

eines demokratischen Staates, eine größere Nähe zwischen dem, wie es sein sollte, und dem, wie es ist, zu schaffen? In der jüngsten Geschichte der Demokratien wurde der Beruf des Politikers zunehmend Kritik ausgesetzt und in einem gewissen Sinne „desakralisiert“. Man zweifelt zunehmend in der Öffentlichkeit daran, dass so etwas wie Ethik in der Politik existiert. Die Erwartungen an die Politiker sind groß und leicht verständlich. Man erwartet Redlichkeit, Wahrhaftigkeit, Verantwortungsbewusstsein und Selbstlosigkeit, kurz gesagt, die Eigenschaften, die hinter dem Begriff der „Moral“ stehen.

Seit mehr als zwölf Jahren ist auch Polen nun ein demokratischer Staat, und für mich ist es eine unendlich interessante Erfahrung, jetzt an der Politik aktiv teilzunehmen, nachdem ich fünfzig Jahre meines Lebens unter Regimen gelebt habe, die einen politisch und moralisch denkenden Menschen in die Rolle des Widerstandes, in den Untergrund zwangen. In dieser Zeit war für mich die Politik des Staates im Zweifelsfall immer unmoralisch, unehrlich, willkürlich. Es gab kein Vertrauen in die Politik, jeder bildete sich aus dem, was von staatlicher Seite gesagt wurde, seine „eigene Wahrheit“ oder hörte Radio Free Europe, um sich ein Bild von der Wirklichkeit machen zu können. Die moralische Seite der polnischen Öffentlichkeit übernahm die Kirche, in dem konkreten Fall die römisch-katholische Kirche. Sie wurde zugleich zum Identifikations- und Schutzbereich eines großen Teils der Bevölkerung. Hier gab es Vertrauen, Wahrheit und Menschlichkeit. Polen hatte somit durch die Macht der Kirche eine in Europa einmalige Zweiteilung der Öffentlichkeit: die Moral, personifiziert in gewisser Weise von der Kirche, und die offizielle kommunistische Politik als das Böse, Unmoralische.

Ich möchte aber an dieser Stelle noch einmal einen ganz anderen Aspekt berühren, und zwar das Verhältnis von totalitärem Staat und Moral. Ganz symptomatisch für totalitäre Regime ist ein festes und unumstößliches Moralsystem, auf dem der Staat basiert. Dieses war sowohl im Nationalsozialismus als auch in den totalitären Regimen des Kommunismus fest verankert. Es ist um so klarer festgeschrieben und wird um so härter durchgesetzt, da es im Grunde ja alle natürlichen Wertvorstellungen und jedes moralische Gespür aufheben und ersetzen will. Der Idee der Gleichheit der Menschen wird eine Rassenlehre gegenübergestellt, die Unterscheidung zwischen menschlichem und unmenschlichem Handeln wird durch die Kategorien „Staatsfeind“ und „Staatsfreund“ konterkariert. Der Zürcher Philosoph Hermann Lübbe hat den Zweck dieses Moralsystems brillant in seinem Essay „Politischer Moralismus“ beschrieben: „Je offensichtlicher man in der politischen Praxis gegen elementare Regeln gemeiner

Rechts- und Moraltraditionen verstößt, um so intensiver wird die moralische Reflexion, die unter Berufung auf das Höhere Recht einer ideologisch fortgeschritteneren Wirklichkeitsorientierung jene Verstöße zu legitimieren weiß“.⁹ Er zitiert auch das Tscheka-Organ *Rotes Schwert* von 1919, das u. a. schrieb „Uns ist alles erlaubt“ und „Unsere Humanität ist absolut ... Wir sind die ersten in der Welt, die das Schwert nicht zu Zwecken der Versklavung und Unterdrückung ziehen, sondern im Namen der Freiheit.“¹⁰ Diese moralische Selbstermächtigung war und ist bis heute typisch für sämtliche totalitären Regime – in Ost und West, im Süden und überall auf der Welt.

Die Propagandaaktivität der Nationalsozialisten oder des länger dauernden Kommunismus hat auch gravierende Folgen in Bezug auf die außenpolitische Glaubwürdigkeit gehabt. Zu den charakteristischen Erscheinungen in der Außenpolitik dieser Staaten gehörte die Unglaubwürdigkeit aller Vereinbarungen, Zusagen, Verträge usw., die oft mit Erpressung oder der Androhung von Gewalt oder beidem verbunden waren.

Die Praxis Hitlers in den Jahre 1937/38, die Erpressung Österreichs, der Wortbruch und die Liquidierung der Tschechoslowakei als souveräner Staat entgegen aller zuvor eingegangenen Verpflichtungen, die plötzliche Kündigung des gültigen Nichtangriffspaktes mit Polen und schließlich der Hitler-Stalin-Pakt, all dies hat das Vertrauen in die bisher in Europa gültigen Regeln des diplomatischen Spiels erschüttert. Die Atlantikcharta vom 14. August 1941, die zu den Grundlagen der UN-Charta wurde, war den meisten Europäern in den besetzten und durch Krieg verwüsteten Gebieten nicht bekannt, auch in Deutschland nicht. Die Kriegsziele und das Prinzip der „vier großen Freiheiten“ im Zusammenleben der Völker wurde von Anfang an durch die Person Stalins, der viele Grausamkeiten bereits begangen hatte und viele noch zu begehen beabsichtigte, geschwächt. Die Erklärung von Jalta vom 10. Februar 1945 wurde in einigen Ländern als glatter Wortbruch der westlichen Alliierten interpretiert und hat jede Anständigkeit in der Außenpolitik in Frage gestellt.

In dieser äußerst schwierigen Situation hat man nach der Beendigung des Krieges in Europa und Asien versucht, die Glaubwürdigkeit der internationalen Politik wieder herzustellen. Die Institutionen der Vereinten Nationen, die jetzt schon länger als 50 Jahre existieren, haben sich trotz berechtigter Kritik bewährt oder zumindest nicht ganz versagt. Etwas Besseres haben wir nämlich bisher noch nicht gehabt. Der Völkerbund, der

⁹ Hermann Lübke, *Politischer Moralismus. Der Triumph der Gesinnung über die Urteilskraft*, Berlin 1987, S. 16 f.

¹⁰ Ebd., S. 22.

sanft gestorben ist, hat trotz aller ehrlichen Bemühungen vieler Politiker aus verschiedensten Ländern nie die Rolle gespielt, die heute die UNO und ihre Unterorganisationen spielen.

Nach der Überwindung der widernatürlichen Teilung Europas 1989/90 evtl. 1991, nachdem vom Baltikum im Norden bis nach Bulgarien im Süden rund 100 Millionen Menschen 45 Jahre lang oder noch länger in einer aufgezwungenen, von Moskau kontrollierten Ordnung leben mussten, ist für die Neugestaltung einer offenen Außenpolitik in Europa eine neue Chance entstanden. Eines der wichtigsten Merkmale der Gesinnung der Völker und Staaten, die nun schon fast ein Jahrzehnt Demokratieerfahrung hinter sich haben oder auch ein bisschen mehr, ist die negative Bewertung bilateraler Verträge und Abkommen als einzige Methode zur Schaffung einer stabilen und sicheren Ordnung. Polen sieht seine Mitgliedschaft in der OSZE und im Europarat, die Aufnahme 1999 in die NATO und die Verhandlungen mit der Europäischen Union auch als Garant für eine berechenbare und an demokratischen Prinzipien ausgerichtete Politik mit den Staaten Europas und der Welt.

Meine Damen und Herren, es wurde erwähnt, ich war in meinem 61. Lebensjahr in Berlin, der damals geteilten Hauptstadt, als in Polen im Dezember 1981 das sogenannte Kriegsrechts durch die Generäle eingeführt wurde. Ich wurde in Hinterpommern in einem Internierungslager auf dem Truppenübungsplatz der Roten Armee in sehr guter Gesellschaft interniert. Ebenfalls dort waren Mazowiecki, Geremek, Holzer, um nur einige in Deutschland bekannte Namen zu erwähnen, sowie viele namhafte Politiker und zukünftige Politiker unterschiedlicher Couleur, genau wie einst in den KZs. Wir waren mehr oder weniger befreundet. Wer von uns hätte damals 1982 im harten Winter in Hinterpommern gedacht, dass auf demselben Truppenübungsplatz in zehn, fünfzehn oder zwanzig Jahren die Bundeswehrsoldaten gemeinsam mit den polnischen, dänischen und englischen Soldaten exerzieren würden. Das schien unmöglich. Und doch ist es nun der Fall. Auf demselben Truppenübungsplatz haben sich vor wenigen Wochen junge deutsche, polnische, englische, dänische Soldaten und Soldaten anderer Länder getroffen. Sie wurden mit offenen Herzen durch die Bevölkerung empfangen. Die deutschen Uniformen, jetzt Bundeswehruniformen, sind kein negatives Symbol mehr. Die deutschen Uniformen sind Uniformen unserer Verbündeten. Die Menschen freuen sich natürlich, wenn der eine oder andere Soldat in ihren Geschäften einkaufen geht. Andere Kriterien wendet man nicht an. Darin besteht der Fortschritt, den wir erreicht haben in der Zeit einer Generation, in der Zeit einer jungen Generation. Denn die jetzigen Studenten haben im Vorschulalter, im Kindergarten nie etwas

Positives über Deutschland gehört. Heute haben sie die Möglichkeit, aus den Erfahrungen der älteren Politiker zu lernen.

In der Innen- wie in der Außenpolitik hat die Moral zwei Seiten. Das Rechtssystem, die Verfassung eines Staates, bindet und kontrolliert den Verantwortlichen und wird für ihn zum Prüfstein und zur Richtschnur. Gleichzeitig hängt es natürlich auch von der Haltung des Verantwortungsträgers ab, inwieweit er sich persönlich gebunden fühlt, sich selbst Prinzipien des Handelns setzt und sich weniger von Gewinn und Ansehen als auch vom sogenannten Gemeinwohl leiten lässt. Max Weber beschreibt in seinem 1919 veröffentlichten Essay „Politik als Beruf“ als Verantwortungsethik ein politisches Handeln, das von den Postulaten der Leidenschaft, des Augenmaßes und der Verantwortlichkeit bestimmt wird. Unter Leidenschaft wird die persönliche Bindung an die Sache, d. h. die bewusste und konstante Disziplinierung individueller Eitelkeiten und Machtgelüste durch Sachlichkeit verstanden. Die Verantwortlichkeit schließlich bezieht sich zunächst auf die angestrebten Ziele und die eingesetzten Mittel, dann aber auch auf diejenigen Wirkungen des eigenen Handelns, die nicht gewollt sind und wohlmöglich sogar im Gegensatz zu den eigenen Absichten stehen.¹¹

Ich glaube, diese leidenschaftliche Hingabe an das, was mir wichtig erscheint, verbunden mit einem starken Verantwortungsgefühl für mein Land und einem tiefen christlichen Grundverständnis und Moralsystem haben mein Leben wohl immer mehr oder weniger geprägt. Hans Maiers Aussage: „Das Christentum macht politisches Handeln rechenschaftspflichtig vor Gott und dem Gewissen“,¹² kann ich für mein eigenes Leben klar bejahen. Aber zudem ist für mich die Verbundenheit mit dem eigenen Land eine Quelle der Bereitschaft, Verantwortung für die Gegenwart und Zukunft zu übernehmen. Patriotismus bedeutet in diesem Sinne für mich gleichsam Sorge um das Wohl des Landes und Staates wie auch aktive Teilhabe und Teilnahme an gesellschaftlichen Fragen. Diese Haltung schließt Passivität aus, denn es ist kein Lippenbekenntnis, sondern die Selbstverpflichtung zur Bereitschaft, sich um die gesellschaftlichen wie auch um die mittelbar in der eigenen Umgebung bestehenden Probleme zu kümmern. Bereitschaft zur Politik als Handeln für die Durchsetzung bestimmter Ziele, oder anders ausgedrückt, um sich an die Definition der sozialen Zyklika Johannes Pauls II. über die menschliche Arbeit von 1981 zu halten, wo Politik als „kluges

¹¹ Vgl. *Lexikon der Politik*, Stichwort: Verantwortungsethik.

¹² Hans Maier, „Bürger und res publica – die Zukunft und die Verantwortung“, in: ders., *Verteidigung der Politik. Recht – Moral – Verantwortung*, Zürich 1990, S. 72–90, hier S. 73.

Bemühen um das Gemeinwohl“ beschrieben wird, hat gerade im Widerstand sowohl gegen die Nationalsozialisten als auch gegen die Kommunisten mein Leben bestimmt. Das heißt nicht, dass ich viel Spielraum hatte, Politik zu gestalten. Dieses ist erst seit Ende des Kommunismus in meinem Lande und in Mittel- und Osteuropa möglich geworden. Es ist andererseits schwer zu sagen, ob nicht die Wirkung eines Oppositionellen oder Widerständlers auf die konkrete Politik eines totalitären Staates, wenn auch geringfügig, aber doch messbar ist.

Wenn ich aber jetzt noch einmal auf meine Erfahrungen im demokratischen Polen eingehen möchte, um anschließend noch kurz meine Erwartungen und Hoffnungen zu umreißen, muss ich immer wieder hervorheben, dass selbst die beste Verfassung – über die Polen ja nun fast genau vor fünf Jahren abgestimmt hat – und präzise formulierte Rechtsnormen alleine noch keine Garantie für das Funktionieren einer Demokratie sind. Politik und Politiker sind mehr und mehr unter dem Einfluss von Interessengruppen und Wirtschaftsinteressen und können leicht zur Manipuliermasse werden. Diese Erfahrung lässt den Rückschluss zu, dass der Erfolg und die Integrität einer Demokratie in überwiegendem Maße von den Menschen, d. h. von jedem einzelnen Menschen abhängt. Es geht dabei in erster Linie um die Geisteshaltung, die Einsatzbereitschaft und Zusammenarbeit zur Realisierung wichtiger Zielsetzungen, die der Allgemeinheit der Bürger und so dem Staat dienen. Hierzu zählen sowohl die Akzeptanz Andersdenkender durch das Bemühen um ein besseres Verständnis ihrer Handlungsmotive und Denkweisen als auch die Bereitschaft zur Kompromissfindung. Dennoch ist es andererseits wichtig, entschieden und mit Mut zu seinen eigenen Bekenntnissen und Postulaten zu stehen und manchmal auch weniger populäre Meinungen zu vertreten. Ein ganz konkretes Problem ist z. B. der Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit. Deutschland und Polen haben unterschiedliche Wege gewählt, sie hatten unterschiedliche Voraussetzungen. Wenn man hier beispielsweise fragen will, bei welcher Politik der moralische Aspekt umfassender berücksichtigt wurde, wird ganz deutlich, dass man ein politisches Problem nur im Zusammenhang mit der Situation im Land auf seine moralische Dimension hin untersuchen kann. Polen hatte 1989 im Gegensatz zur Bundesrepublik keine „Alternativen“, die, wie die in den östlichen Bundesländern, führende Positionen übernehmen konnten oder sollten.¹³ Zudem wurde von vielen der Kommunismus als „humaner“ empfunden, und daher ist die Entscheidung, einen

¹³ Dieter Bingen, *Die Republik Polen. Eine kleine politische Landeskunde*, Bonn 1998, S. 119.

dicken Strich unter die Vergangenheit zu ziehen, von der Bevölkerung getragen worden. Hinzu kommt noch, dass vielen Politikern andere Probleme 1989/90 brennender erschienen und die Mehrheit eine in die Zukunft gerichtete Politik wünschte. Aber heute, mehrere Jahre später, kehrt das Prinzip von Eugen Kogon zurück. Man darf die Geschichte nicht verdrängen, man darf die Geschichte nicht vergessen. Heute fragen junge Studenten nach den Problemen vor zwanzig, dreißig Jahren. Sie wollen auch ein bisschen mehr über das Leben der eigenen Eltern und Großeltern wissen. Das haben wir schon während des Zweiten Weltkriegs erlebt, und das erleben wir auch momentan. Gerade darin liegen große Chancen, die wir nicht versäumen dürfen.

Für die Zukunft wünsche ich mir eine Politik und Politiker in meinem Lande, die verantwortlich und ernsthaft mit ihrer Macht umgehen, und ein Rechts- und Kontrollsystem, das immer dann eingreift, wenn dies nicht der Fall ist. Für mich bedeutet die aktive Mitwirkung an der Politik nicht ein Aufgeben von dem, an was ich im Widerstand geglaubt und für das ich gekämpft und teilweise auch gelitten habe. Jedem will ich hier aus meiner persönlichen Erfahrung meine Überzeugung nochmals deutlich machen, dass es sich für mich immer gelohnt hat, meinen Prinzipien treu zu bleiben, und möchte mit dieser Devise schließen: „Sei Realist! Verlange immer das Unmögliche!“

Die deutsch-polnischen Beziehungen: gestern, heute, morgen¹

In der Einleitung zu meinem heutigen Vortrag möchte ich nicht – wie es sich eigentlich für einen früheren Außenminister gehört – mit einem politischen Akzent beginnen, sondern ich flüchte mich absichtlich in meine Position als Vorsitzender des Polnischen PEN-Zentrums und gehe von der Literatur aus. Karl Dedecius, ein bekannter Literaturkenner und Übersetzer, dem wir einen Reichtum an polnischen Texten in deutscher Sprache zu verdanken haben, schrieb seinerzeit, dass ihm bereits Ende der fünfziger Jahre, als er die polnische Presse zu lesen begann, die Aphorismen aus dem Zyklus *Unfrierte Gedanken* des Dichters Stanisław Jerzy Lec besonders aufgefallen sind. Er sei damals von der Präzision der Formulierung, der Trefflichkeit der Beobachtung und von der Poesie der Bilder regelrecht fasziniert gewesen. Offensichtlich war Dedecius mit dieser Empfindung nicht allein, denn neulich begegnete ich einem dieser kurzen Gedichte zu meiner eigenen Überraschung als eine Art Motto im Vorwort zum Buch *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik* des Münchner Historikers und Honorarprofessors an der Universität Konstanz Martin Broszat. „Der Mensch leidet an einer fatalen Spätzündung“, heißt es dort. „Er begreift alles erst in der nächsten Generation.“

Die tausendjährige Geschichte der Deutschen und der Polen, zweier alter europäischer Nationen, erstreckt sich inzwischen über mehrere Generationen – ausreichend Zeit, um uns einiges begreifen zu lassen: zum Beispiel, dass sie nicht ausschließlich als Geschichte der Auseinandersetzungen, sondern vielmehr als Geschichte der Gemeinsamkeiten zu verstehen ist. Diese Gemeinsamkeiten haben ihre Spuren in unserem geistigen und kulturellen Erbe hinterlassen. Spuren, die – wie der schon genannte Karl Dedecius sagte – tief und dauerhaft, nur eben vergessen und verschüttet sind: „Beispiele für Gemeinsames gibt es genug. Sie reichen aus, um einige Semester nachzusitzen, um das versäumte oder verschüttete aufzuarbeiten. [...] Die weit verbreitete Behauptung von der Erbfeindschaft zwischen den Völ-

¹ Der hier abgedruckte Vortrag wurde am 18. November 2002 an der Universität Konstanz gehalten. Vgl. Władysław Bartoszewski, „Die deutsch-polnischen Beziehungen: gestern, heute, morgen“, in: *Konstanzer Schriften zur Sozialwissenschaft* 61/2002, S. 11–26.

kern, den Deutschen und den Polen vor allem, nannte der polnische Historiker Kamiński 1973 in Warschau vor einer Studiengruppe der Evangelischen Landeskirche der Pfalz eine Geschichtsfälschung und eine politische Zwecklüge. ‚Ich kenne keine zwei Völker‘, sagte er wörtlich, ‚die so nahe verwandt sind, wie die Deutschen und die Polen.‘“

Dabei handelt es sich keineswegs um eine rein geistige Verwandtschaft. Im Laufe unserer bewegten Geschichte fehlte es nicht an Eheschließungen zwischen deutschen und polnischen Herrscherhäusern, um nur die berühmte Landshuter Hochzeit von 1475, die Vermählung der polnischen Königstochter Jadwiga mit dem Wittelsbacher Georg dem Reichen, oder die Eheschließung zwischen Teresa Kunegunda, der Tochter König Jan III. Sobieskis und dem bayerischen Kurfürsten Max II. Emanuel von 1694 zu nennen. Im Endeffekt gibt es kein anderes Volk in Europa, mit welchem die Polen so viele gemischte Ehen in den letzten zwei Jahrhunderten geschlossen haben. Und die Deutschen haben auch kein anderes Volk in der Welt, mit welchem Hunderttausende Familien eng verwandt sind. Beweisen lässt sich dies anhand der gemischten nationalen Gesinnung in Oberschlesien, teilweise in Niederschlesien, in Hinterpommern, Pommern, auch im Großherzogtum Posen bzw. Großpolen, wo jahrhundertlang Tausende und Abertausende Polen und Deutsche zusammengelebt haben, verbunden durch familiäre Bande und dieselbe Hierarchie der geistigen Werte.

Wie die Beispiele dieser Verwandtschaft auch reichlich vorhanden sein mögen, lässt sich allerdings – wie Martin Broszat zu Recht bemerkte – bei der Betrachtung gemeinsamer Geschichte Polens und Deutschlands über die von Gewalt und Hass gekennzeichnete Etappe nicht hinwegsehen. Die mittelalterliche Tradition der abendländischen Solidarität reicht in Hinsicht auf die jüngste Geschichte als alleinige Basis für das umfassende Verständnis unserer Beziehungen nicht mehr aus: „Die geschichtliche Intonierung des heutigen Verhältnisses zwischen beiden Nationen stammt nicht aus Mittelalter und Barock, sondern aus dem Zeitalter nationaler und nationalistischer Geschichte, das mit den polnischen Teilungen am Ende des 18. Jahrhunderts eingeleitet wurde und 1945 in der Zerstörung und Zwangsstilllegung deutsch-polnischer Nachbarschaft endete.“² An dieser Stelle wäre es angemessen zu bemerken, dass die Grenzlinie zwischen den deutschen und slawischen Völkern bis zum Ende des 18. Jahrhunderts, genauer gesagt bis zur Ersten Teilung Polens im Jahre 1772, zu den ruhigsten und stabilsten Grenzen im damaligen Europa gehörte und dass erst die katastrophalen Folgen

² Martin Broszat, *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*, Frankfurt am Main 1972, S. 20.

der späteren preußischen Politik im Osten das schwerwiegende psychologische Erbe in diesem Raum verursacht und hinterlassen haben: „Die neuzeitliche Gestaltung des deutschen Verhältnisses zu Polen ist entscheidend von Preußen her bestimmt worden. Brandenburg-Preußen fiel im 17. und 18. Jahrhundert fast der gesamte historisch-geographische deutsche Grenzraum gegenüber Polen zu. Der Hohenzollernstaat war zum Universalerben des mittelalterlichen deutschen Kolonialgebietes im Osten des Reiches, er war zu dem deutschen Nachbarn Polens geworden.“³ Diese Unterscheidung spielt eine gewaltige Rolle, die sich mit einer kleinen Anekdote illustrieren lässt: Als ich mich 1983 als Professor im Großen Saal der Universität München mit einem Vortrag vorstellte, habe ich den Studenten gesagt, sie sollen nicht glauben, dass die Polen Erbfeinde der Deutschen seien. Das ist überhaupt nicht der Fall. Wir hätten nur gewisse Vorurteile gegen die Preußen gehabt. Und da haben diese Studenten in München laut gerufen: „Wir auch!“ Damit sind wir heiter auseinandergegangen.

Die erwähnten Vorurteile haben einen weitreichenden historischen Hintergrund. Noch am Ende des 17. Jahrhunderts galt Polen unter König Sobieski, dem Bezwiner der Türken in der Schlacht um Wien, als politische und militärische Macht in Europa. Die nachfolgende Geschichte ist jedoch von einem fortschreitenden Verfall der Adelsrepublik gekennzeichnet, ein Umstand, in dem gelegentlich die selbstverschuldete Ursache der Teilungen gesehen wird. Schließlich ist aber der polnische Staat doch nicht aus eigener Kraft – oder besser gesagt Kraftlosigkeit – in drei Stücke zerfallen, sondern durch gewaltsame Ingerenz der überlegenen Koalition von Preußen, Russland und Österreich. Im Endeffekt entstand ein bemerkenswertes Gebilde – eine Kolonie auf europäischem Boden, wie es sonst üblicherweise nur auf entfernten Kontinenten der Fall war. Nach der Übernahme des vereinbarten Teils des polnischen Gebietes stellte Friedrich der Große 1773 in einem seiner Briefe fest: „Man kann die polnischen Provinzen mit keinem europäischen Staate vergleichen. Vergleichbar ist höchstens Kanada“,⁴ wobei man anmerken muss, dass dieser heute durchaus wünschenswerte Vergleich im 18. Jahrhundert eine ganz andere Botschaft beinhaltete.

In den deutschsprachigen historischen Abhandlungen der damaligen Zeit wird die angebliche preußische Lebensfrage zur Rechtfertigung der Teilungen stilisiert, wonach das schwache Polen zum russischen Aufmarschgebiet gegen das übrige Europa zu werden drohte – eine Gefahr, die es mit allen Mitteln zu beseitigen galt. Als anderer Grund wurde sogar die Rettung

³ Ebd., S. 23.

⁴ Zitat nach: Rolf Wingendorf, *Polen. Volk zwischen Ost und West*, Berlin 1939, S. 27.

des kulturellen Erbes genannt. In dem soeben genannten Schreiben des preußischen Königs ist auch zu lesen: „Es war ganz in der Ordnung, daß ein Land, das einen Kopernikus hervorgebracht hat, nicht länger in der Barbarei verkam, in die es die Großen des Landes nach jeder Richtung versenkt hatten.“⁵

Die wahre Absicht hinter der preußischen Expansion lag dennoch vielmehr in der konsequent angestrebten Erwerbung des Territoriums zwischen Pommern und Ostpreußen, das seit Langem ein Dorn im Auge der Hohenzollern darstellte. „All dies gilt für die 20 Jahre später durchgesetzte zweite [1793] und dritte [1795] polnische Teilung nicht mehr“, schreibt Professor Broszat. „Das auf preußischer Seite unter Friedrichs des Großen Neffen und Nachfolger Friedrich Wilhelm II. zutage tretende Annexionsstreben war nicht mehr eine selbstbeherrschte Wahrnehmung realer preußischer Interessen, sondern ungefüge Konjunkturpolitik, die weit über das eigene Gestaltungsvermögen hinaus nahm, was sie nur irgend erlangen konnte. Erst im Laufe dieser zweiten und dritten polnischen Teilung, bei welcher sich hemmungslose preußische Territorialpolitik in fataler Weise mit gegenrevolutionärer Unterdrückung verband, ergab sich auch in Polen zum ersten Mal eine breite Gefühlswelle des Preußenhasses, wie sie vordem kaum bestand.“⁶

Zu einer weiteren Verschlechterung des preußisch-polnischen Verhältnisses auf dem bereits im Zuge der drei Teilungen besetzten Gebiet trugen im wesentlichen die Jahre unter Bismarck bei, als selbst die früheren bescheidenen Fortschritte in vorsichtiger Assimilierung rückgängig gemacht wurden. Diese Periode gilt in polnischen Geschichtsbüchern als Synonym für hartnäckig betriebene Germanisierungspolitik mit dem Ziel, jede Betonung der nationalen Identität, welche als Ausdruck des polnischen Separatismus betrachtet wurde, im Keim zu ersticken.

Der unerwartete Ausgang des Ersten Weltkriegs bildete einen überraschend günstigen Ausgangspunkt für die Wiedererlangung der polnischen Selbstständigkeit auf allen bislang besetzten Gebieten: Alle drei Besatzungsmächte waren zusammengebrochen, und so konnte sich die Vereinigung Polens relativ rasch durchsetzen. Ein 1939 in Berlin herausgegebenes Buch zur Geschichte Polens beschreibt die Novemberereignisse des Jahres 1918 und versucht daraus zugleich ein für die NS-Propaganda günstiges Kapital zu schlagen: „Ein Rausch kam über die Polen. Die Vertreter der furchtbaren Macht, die der ganzen Welt vier Jahre Widerstand geleistet hatten, hatten

⁵ Ebd.

⁶ Broszat, *Zeihundert Jahre*, S. 53.

ihnen widerstandslos die Waffen übergeben. Und insofern ist der 11. November zwar kein Sieg der Polen, denn es gab da nichts mehr zu besiegen; aber es ist eine der schmachvollsten Niederlagen, die Deutschland je erlitten hat. Hinter den abziehenden deutschen Truppen tönte in fröhlichem Mazurkatakakt das Lied: Noch ist Polen nicht verloren.“⁷

Die früher in diplomatischen Kreisen so gut wie vergessene bzw. stillschweigend „begrabene“ polnische Frage avancierte plötzlich zum strategischen Ziel der westlichen Alliierten. Den offiziellen Ausdruck fand dies schließlich in den berühmten 14 Punkten von Präsident Wilson. Im vorletzten Punkt heißt es dort bekanntlich: „Ein unabhängiger polnischer Staat soll errichtet werden, der die von einer unbestreitbar polnischen Bevölkerung bewohnten Gebiete umfassen und dem ein freier und gesicherter Zugang zum Meere gewährleistet werden soll.“⁸ Paradoxaerweise hat die andererseits lobenswerte Taktik von Präsident Wilson, ihr grundlegendes Ziel – die Sicherung eines dauerhaften Friedens in Europa – insofern verfehlt, als sie entgegen der Absicht ihres Schöpfers eine höchst ungünstige Situation schaffte. Die Trennung Ostpreußens vom übrigen Deutschland wurde zum hochexplosiven Pulverfass, dessen Gefährlichkeit schon bald zum Vorschein kommen sollte.

Im Mai 1933 hat Hitler – sicher aus taktischen Gründen, um die bestehende außenpolitische Isolierung des Deutschen Reiches zu durchbrechen – seine Verständigungsbereitschaft mit Polen angekündigt. Am 26. Januar 1934 haben beide Länder das auf zehn Jahre befristete Nichtangriffsabkommen geschlossen, das für einige Zeit eine gewisse Verbesserung der Atmosphäre bewirkte. Doch Hitlers aggressive Absichten wurden am 24. Oktober 1938 klar, als er den Anschluss Danzigs an das Reich und die Schaffung einer exterritorialen Verkehrslinie durch den sogenannten Korridor vorschlug. Diese von Polen abgelehnte Forderung wurde im April 1939 ultimativ und mit Nachdruck wiederholt, wobei bereits seit mehreren Monaten fertige Pläne für eine deutsche Überraschungsbesetzung der Freistadt Danzig vorlagen. Am 23. August 1939 wurde zudem der deutsch-russische Nichtangriffspakt abgeschlossen. Er enthielt ein geheimes Zusatzprotokoll, eine Teilungsvereinbarung über die Interessensphären Deutschlands und der Sowjetunion für den Fall, dass die polnische Republik ausgelöscht würde.

Mit den ersten Schüssen des Schulschiffes der Kriegsmarine „Schleswig-Holstein“ auf die polnische Garnison auf der Westerplatte bei Danzig

⁷ Wingendorf, *Polen*, S. 47.

⁸ Zitat nach: Ebd., S. 194.

um 4.45 Uhr am 1. September 1939 fing der blutige Krieg an, der in Europa bis zum 8. Mai 1945, auf dem fernöstlichen Kriegsschauplatz bis zum August 1945 dauern sollte. Der deutsche „Feldzug der 18 Tage“ wurde für die Polen zur „Septemberkatastrophe“: Die erhebliche waffentechnische und zahlenmäßige Unterlegenheit wirkte sich auf den Misserfolg aus, vor allem aber das Ausbleiben jeglicher Hilfe seitens der Westmächte.

Das durch das „Dritte Reich“ und die Sowjetunion besetzte Gebiet des polnischen Staates wurde entsprechend dem deutsch-sowjetischen Abkommen so aufgeteilt, dass 48 Prozent seiner Fläche mit 20 von 35 Millionen der Bevölkerung unter deutsche Besatzung fielen. Das restliche Territorium wurde an die angrenzenden Sowjetrepubliken angegliedert. Ein Drittel der von den Deutschen besetzten Gebiete wurde aufgrund der einseitigen Entscheidung Hitlers dem Reich angeschlossen, aus den anderen Teilen entstand das sogenannte Generalgouvernement mit dem administrativen Zentrum Krakau und unter der Verwaltung des berüchtigten Generalgouverneurs Hans Frank. In seiner Reichstagsrede nach der militärischen Unterwerfung Polens hat Hitler das Todesurteil über den geschlagenen Gegner verkündet: „Dieses Schoßkind der westlichen Demokratie gehört überhaupt nicht zu den kulturellen Nationen. Ein Staatsgebilde, dem jede historische und sittliche Voraussetzung fehlt. Die Reichsregierung wird niemals zulassen, daß der polnische Reststaat irgendein störendes Element werden könnte. Deutschland und Sowjetrußland werden diese Sanierungsarbeit übernehmen.“⁹

Diese sogenannte „Sanierungsarbeit“ wurde zum Völkermord, zum Versuch, ein 35-Millionen-Volk in seiner Identität zu brechen. Polen als Nation sollte beseitigt werden. Schon November 1939 schrieb Hellmuth Stieff, Oberstleutnant der Wehrmacht und Leiter der Operationsabteilung III im Generalstab des Heeres, aus dem besetzten Polen an seine Frau: „Warschau macht einen trostlosen Eindruck. Kaum ein Haus, das unberührt geblieben ist. Ganze Stadtviertel liegen in Trümmern oder sind ausgebrannt. [...] Man bewegt sich hier nicht als Sieger, sondern als Schuldbewusster. [...] Die Ausrottung ganzer Geschlechter mit Frauen und Kindern ist nur von einem Untermenschentum möglich. Ich schäme mich ein Deutscher zu sein! Diese Minderheit, die durch Morden, Plündern und Sengen den deutschen Namen besudelt, wird das Unglück des ganzen deutschen Volkes werden, wenn wir ihnen nicht bald das Handwerk legen.“¹⁰

⁹ Zitat nach: Heinrich Jaenecke, *Polen. Träumer, Helden, Opfer*, Hamburg 1981, S. 104.

¹⁰ Zitat nach: Ebd., S. 103.

Das, was Hellmuth Stieff zwei Monate nach dem Fall Warschaus erlebte und beschrieb, war aber erst der Beginn der Gräueltaten, die alle Grenzen menschlicher Phantasie weit übertrafen. Die Leidtragenden waren Menschen aller Schichten und Berufe, aber die größte Bedrohung bestand für die Angehörigen der polnischen Oberschicht im breitesten Sinne des Wortes: alle widerstandsfähigen Menschen ab 18 Jahren, die das Abitur hatten, Lehrer, junge Akademiker, Beamte oder Reserveoffiziere. Auf die Kritik Himmlers, dass die „Sanierungsarbeit“ immer noch zu schleppend vorangehe, antwortete Generalgouverneur Hans Frank im Mai 1940 mit der Verordnung: „Was wir jetzt an Führungsschicht in Polen festgestellt haben, ist zu liquidieren. Was wieder nachwächst, ist in einem bestimmten Zeitraum wieder wegzuschaffen. Wir brauchen diese Elemente nicht erst in die Konzentrationslager des Reiches abzuschleppen, sondern wir liquidieren die Dinge im Lande.“¹¹

Den Nazis war ebenfalls bekannt, dass die katholische Kirche in Polen immer schon eine geistige Stütze des polnischen Patriotismus war. In der Folge fielen insgesamt rund 2600 Geistliche in ganz Polen dem deutschen Terror zum Opfer, weitere Tausende wurden in die Konzentrationslager eingeliefert, wo nur jeder zweite überlebte.

Die Grausamkeiten nahmen ein solches Ausmaß an, dass sogar manche ranghöchste Offiziere vorsichtig protestierten. 1940 hatte beispielsweise Generaloberst Blaskowitz – wenn nicht aus moralischen, dann zumindest aus sachlichen Erwägungen – in einem Memorandum an den Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst von Brauchitsch, seine Bedenken geäußert: „Es ist abwegig, einige 10 000 Juden und Polen, so wie es augenblicklich geschieht, abzuschlachten, denn damit werden weder die polnische Staatsidee totgeschlagen noch die Juden beseitigt. Im Gegenteil, die Art und Weise des Abschlachtens bringt größten Schaden mit sich. [...] Der feindlichen Propaganda wird ein Material geliefert, wie es wirksamer in der ganzen Welt nicht gedacht werden kann. Was die Auslandssender bisher gebracht haben, ist nur ein winziger Bruchteil von dem, was in Wirklichkeit geschehen ist.“¹² Die Verluste in der Zivilbevölkerung waren tatsächlich erschreckend. 1939 hatte Polen 35 Millionen Einwohner. Trotz sehr hohem Geburtenzuwachs konnte dieser Stand erst 1980, also 35 Jahre nach dem Krieg wieder erreicht werden.

In der Nachkriegszeit gestaltete sich das Verhältnis zwischen dem geteilten Deutschland und Polen bis 1989 ausgesprochen schwierig. Die

¹¹ Zitat nach: Władysław Bartoszewski, *Kein Frieden ohne Freiheit*, Baden-Baden 2000, S. 34.

¹² Ebd.

Beschlüsse von Jalta waren der Anfang der Teilung Europas in zwei Blöcke. Der polnische Staat wurde um einige Hundert Kilometer nach Westen „verschoben“, wodurch letztendlich sein Territorium um 1/5 verkleinert wurde. Die Westalliierten legalisierten die neue polnische Ostgrenze, was bedeutete, dass die UdSSR praktisch alles erlangte, was sie infolge der Vereinbarungen mit dem „Dritten Reich“ in den Jahren 1939–40 zugesprochen bekommen hatte. In dieser Situation wurde die westliche Grenze für Polen und ihren Staat zu einer akuten Existenzfrage.

Vor diesem Hintergrund wurde vor 50 Jahren fast alles Mögliche unternommen, um den deutsch-polnischen Antagonismus bewusst und absichtlich zu verfestigen. Dies gehörte zu den grundlegenden Zielen der Politik der Sowjetunion. Eine zusätzliche Schwierigkeit ergab sich aus den noch nicht vernarbten Kriegswunden und der Infragestellung der Grenze an Oder und Neiße seitens der Bundesrepublik sowie aus den Beziehungen zu dem „ersten deutschen Arbeiter und Bauernstaat“, die nicht frei waren von einer Komponente aus Verlogenheit und Misstrauen. Die Haltung gegenüber der DDR war trotz des offiziell positiven Verhältnisses gemäß der propagierten Freundschaft zwischen sozialistischen Brudervölkern zum Teil noch negativer als die Beziehungen zur Bundesrepublik. Denn gerade die DDR galt als Musterschüler der Sowjetführung, und eben diese Position wurde ihr während des Reformversuches durch die „Solidarność“-Bewegung 1980/81 ausgesprochen übel genommen. Zu diesem Zeitpunkt hat sich „das Hauptgewicht der anti-deutschen Ressentiments deutlich in Richtung auf die DDR verlagert“.¹³

Aus der Sichtweise vieler Deutscher dagegen erschien Polen mit seinen 1945 nach Westen verschobenen Grenzen geradezu als ein Kriegsgewinnler und wurde somit zu einem bequemen Objekt, an dem man eigene geschichtliche Frustrationen abreagieren konnte. „Dank“ Polen war es sogar möglich, das Opferbewusstsein in der deutschen Bevölkerung zu pflegen, und da kein ernstzunehmender politischer Dialog existierte, konnte dieses Handeln grenzenlos betrieben werden, ohne die Fakten sowie die Meinung der anderen Seite berücksichtigen zu müssen. Und so kam es, dass vor allem die Aussiedlerproblematik für viele Jahre das Polenbild in Deutschland dominierte.

Während des Krieges und nach seiner Beendigung mussten Millionen von Menschen ihre Heimat verlassen. Für viele Polen waren dies die Gebiete jenseits des Flusses Bug und für viele Deutsche die östlich von Oder und Neiße. Diese beiden Gruppen konnten nicht miteinander reden, und wenn

¹³ Adam Michnik, „Zwischen Russland und Deutschland“, in: *Kultura*, Paris 1984, S. 36.

es dazu gekommen wäre, so hätten sich die beiden Völker beträchtlich früher verständigen und verstehen können. Aber die polnischen Aussiedler aus dem Osten durften in diesen Fragen nicht einmal einen Monolog führen, und wenn sie sich in den neuen polnischen Westgebieten ansiedelten, so kamen sie nicht als Sieger dorthin, sondern sie betrachteten sich als Opfer des Krieges, den sie niemals gewollt und dessen Ausbruch sie nicht verschuldet hatten.

Erst der Umbruch von 1989 sollte bislang nie dagewesene Möglichkeiten für eine längst fällige politische Diskussion schaffen. Und da man nun in Polen über das Schicksal der Aussiedler aus Wilna und Lemberg sprechen darf, ist es auch leichter, die menschliche Dimension des Dramas der Aussiedelungen aus Breslau oder Stettin zu erblicken. Die rechtlich-politische Regelung der Wiedervereinigung Deutschlands und der deutschen Grenzen bewirkt, dass heute ein Gespräch über die „verlorene Heimat“ keinerlei Befürchtungen um die Friedensordnung in Europa hervorrufen muss. Vor 50 Jahren jedoch galt offiziell jede Stimme aus der Bundesrepublik als feindliches und verdächtiges Signal, und die Ereignisse der unmittelbaren Nachkriegszeit stellten ein politisches und historisches Tabu dar. Gefragt war eher das Feindbild und das Jonglieren mit historischen Fakten, je nach Bedarf der Innenpolitik.

Zum Glück kam es aber schon einige Jahre nach dem Kriege, nach dem Tod Stalins und Berijas, noch in der Chruschtschow Ära, sowohl von polnischer wie von deutscher Seite zu parallel laufenden Initiativen für inoffizielle Kontakte zwischen denkenden Menschen guten Willens. Diese Kontakte knüpfte man hauptsächlich in intellektuellen Kreisen sowie in Gruppen, die ihre geistige Heimat und ihr Engagement in den christlichen Kirchen verankert hatten. Vorreiter waren auf deutscher Seite schon zu Beginn der sechziger Jahre die Jugendgruppen von Aktion Sühnezeichen aus der damaligen DDR und die hartnäckig nach Wegen des Dialogs suchenden Mitglieder der deutschen Sektion von Pax Christi aus der Bundesrepublik. In Köln scharten sich gleichgesinnte Menschen um die deutsch-französische Zeitschrift *Dokumente*, und aus einem dieser gewichtigen Diskussionsforen erwuchs in den sechziger Jahren der Bensberger Kreis – beide trugen gewiss zur Entstehung der Atmosphäre bei, in deren Folge im Mai 1965 die Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland entstand, ein für jene Zeit mutiger Versuch einer Analyse der Lage. Im November und Dezember desselben Jahres folgte der Briefwechsel des polnischen und des deutschen Episkopats der katholischen Kirche.

Nicht alle Initiativen, Institutionen und Personen können aufgezählt werden, die in Deutschland einen Beitrag zur Schaffung von Voraussetzun-

gen für die Verständigung und in besonderem Maße zu einer positiven Korrektur des Polenbildes zumindest in einem Teil der deutschen Öffentlichkeit geleistet haben.

Von polnischer Seite gehörten zu den ersten nichtoffiziellen Emissären des guten Willens und des Dialogs – vor allem mit dem Bensberger Kreis und dem Zentralkomitee der Deutschen Katholiken – Menschen, die mit den Klubs der Katholischen Intelligenz in Warschau, Krakau und Breslau, den Redaktionen der Zeitschriften *Tygodnik Powszechny*, *Znak* und *Więź* verbunden waren.

Auf offiziellem Niveau gehört zu den wichtigsten Schritten seit der Errichtung von Handelsvertretungen im Jahr 1962 in Köln und Warschau unbestreitbar der Vertrag der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland „Über die Grundlagen der Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen“ vom 7. Dezember 1970, der vonseiten Deutschlands als das Werk der Regierung Brandt und Scheel zu betrachten ist und dessen Unterzeichnung interessanterweise von heftiger Opposition in der Bundesrepublik begleitet war. (So äußerte sich damals der bayerische CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß in Bezug auf die Ostpolitik Brandts: „Wir Bayern dürfen uns nicht scheuen, die letzten Preußen zu sein, wenn die Historie dies von uns verlangt.“¹⁴) Fünfundzwanzig Jahre später wurde der Vertrag allerdings schon ganz anders eingeschätzt, wie der folgende Ausschnitt aus der 1995 erschienenen Ausgabe der FAZ belegt: „Der heutige Bundeskanzler [Kohl] erntet beim deutsch-polnischen Verhältnis die Früchte einer weitsichtigen Politik, die von seiner eigenen Partei und ihrer Schwesterpartei lange Jahre und zeitweise mit großer Heftigkeit befehdet worden war. Als die Regierung Kohl im Zusammenhang der sonst nicht zu erhaltenden Neuvereinigung der beiden deutschen Staaten den Übergang des früher deutschen Landes jenseits der Oder-Neiße-Linie an Polen vertraglich anerkannte, wäre dies vielen Polen als nicht ehrlich gemeintes konjunkturelles Manöver – bloß zum Zweck der Wiedervereinigung und mit heimlichem Vorbehalt – erschienen, hätten nicht die Regierungen Brandt und Schmidt vorher das Vertrauen aufgebaut, daß Polen vom deutschen Nachbarn nichts mehr zu fürchten hat.“¹⁵

Zu Beginn der achtziger Jahre, in den Monaten der Entwicklung der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung „Solidarność“ und danach mit der Einführung des Kriegsrechts und der Militärdiktatur im Dezember 1981

¹⁴ Zitat nach: Udo Kühn, *Amicus Poloniae. Kommentare zur Dokumentation Polen-Information 1970–2000*, Erbach-Bullau 2000, S. 27.

¹⁵ Ebd., S. 26.

war die Situation in Polen dramatischen Veränderungen ausgesetzt. Die Politik der Bundesregierung war damals nicht in vollem Umfang klar, und in gewissem Sinne enttäuschend. Die breite Öffentlichkeit in Deutschland dagegen, beide christlichen Kirchen, zahlreiche gesellschaftliche Einrichtungen, bedeutende Kreise von Intellektuellen und spontane Bürgerinitiativen gaben ein lebendiges Zeugnis von materieller und moralischer Unterstützung für das notleidende Polen. Das enorme Interesse am Geschehen im Nachbarland war in Deutschland nur mit der historischen Welle von Wohlwollen und Sympathie vergleichbar, die anderthalb Jahrhunderte früher – in den Jahren 1830/32 – für Angelegenheiten der Polen aufgebracht wurden. Damals, nach der Niederschlagung des Novemberaufstands im russischen Teil des besetzten polnischen Territoriums, erreichte die Anteilnahme am Schicksal Polens ihren Höhepunkt und wurde zum Prüfstein des historischen Bewusstseins und demokratischer Gesinnung. Es sei beispielsweise an Vorkommnisse in deutschen Städten erinnert, wo polnische Flüchtlinge nach dem Aufstand einen Zufluchtsort und materielle Hilfe gefunden haben – eine Periode, die zahlreiche Zeugnisse in Berichten der Zeitzeugen hinterließ.

Doch auch das lebhafteste Mitgefühl und die humanitäre Hilfsbereitschaft konnten die allgemeine Lage weder im 19. Jahrhundert noch während der Ereignisse 1980/81 wesentlich ändern. Zum konkreten politischen Durchbruch in den deutsch-polnischen Beziehungen führten erst die Entwicklungen der Jahre 1989/90, und in ihnen ist das eigentliche Fundament und die dauerhafte Basis für das gegenwärtige und künftige Verhältnis unserer Staaten zu sehen. Ich denke hier an den Polenbesuch von Bundeskanzler Helmut Kohl im November 1989, der durch die Berliner Ereignisse am 9. November unterbrochen, dann aber fortgesetzt und abgeschlossen wurde. Die polnische Öffentlichkeit begriff die Rückkehr des Bundeskanzlers nach Warschau als wichtige politische Geste, die die Bedeutung der Beziehungen zwischen unseren Staaten und Völkern an der Schwelle zu einer neuen Ära betonte. Gewürdigt wurde auch die Begegnung in Kreisau und der Friedensgruß, den Bundeskanzler Helmut Kohl und Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki während der Heiligen Messe austauschten. Die gemeinsame Erklärung beider Regierungschefs, der Vertrag zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze vom 14. November 1990, sowie der Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, der am 17. Juni 1991 in Bonn unterschrieben wurde, bildeten den Abschluss der tragisch belasteten Zeit in den gegenseitigen Beziehungen von Deutschen und Polen, eine optimistische Vorankündigung eines neuen Gefüges im Rahmen der gemeinsamen europäischen Ordnung.

Die Abrechnungen mit der schwierigen Vergangenheit sind häufig ein Akt des Mutes. Mutig und dem damaligen Stand des historischen Bewusstseins und der moralischen Bereitschaft der meisten Polen weit voraus, waren die versöhnlichen Worte der polnischen Bischöfe an die Katholiken in Deutschland und die zur Eintracht ausgestreckte Hand im November 1965. Ein Ausdruck des achtungswürdigen historischen Mutes war auch die spontane Geste des deutschen Bundeskanzlers Willy Brandt, als er im Dezember 1970 in Warschau vor jenem Denkmal niederkniete, das dem Gedanken an die Opfer und die Kämpfer des Ghettos gewidmet ist. Ein Exempel ähnlicher achtungswürdiger Zivilcourage waren die Worte meines verstorbenen Freundes und bedeutenden polnischen Denkers und Essayisten Jan Józef Lipski zu der immer noch aktuellen Frage der Vertreibung – der Zwangsaussiedlung deutscher Bevölkerung aus polnischen Gebieten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. 1981, also noch in der Zeit der Teilung Europas und der kommunistischen Herrschaft östlich der Elbe, sagte er voller Bitternis: „Wir haben uns daran beteiligt, Millionen Menschen ihrer Heimat zu berauben, von denen die einen sich sicherlich schuldig gemacht haben, indem sie Hitler unterstützten, die anderen, indem sie seine Verbrechen tatenlos geschehen ließen, andere nur dadurch, daß sie sich nicht zu dem Heroismus eines Kampfes gegen die furchtbare Maschinerie aufraffen konnten, und das in einer Lage, als ihr Staat Krieg führte. Das uns angetane Böse, auch das größte, ist aber keine Rechtfertigung und darf auch keine sein für das Böse, das wir selbst anderen zugefügt haben. Die Aussiedlung der Menschen aus ihrer Heimat kann bestenfalls ein kleineres Übel sein, niemals eine gute Tat.“¹⁶

Nicht leicht war gewiss auch die Entscheidung des polnischen Präsidenten Lech Wałęsa, zu den Feierlichkeiten aus Anlass des 50. Jahrestages des Warschauer Aufstands das deutsche Staatsoberhaupt, trotz Widerständen eines beträchtlichen Teils der Bevölkerung, einzuladen; der Warschauer Aufstand 1944 ist im kollektiven polnischen Gedächtnis nämlich nicht nur als eine bewaffnete Konfrontation fixiert, sondern auch als Akt der bewussten Barbarei: der Ausrottung der Zivilbevölkerung und der planmäßigen Vernichtung der polnischen Hauptstadt auf Befehl Hitlers. Mutig und Aufrichtig waren die Worte des Bundespräsidenten Roman Herzog, die er bei den Feierlichkeiten am 1. August 1994 in Warschau an das polnische Volk richtete: „Was wir brauchen, ist Versöhnung und Verständigung, Vertrauen und gute Nachbarschaft. Das kann nur weiterwachsen und gedeihen, wenn unsere Völker sich dem Grauen ihrer jüngsten Geschichte in aller Offenheit

¹⁶ Zitat nach: Bartoszewski, *Kein Frieden*, S. 164.

stellen. In aller Offenheit und ohne Vorurteile. Mit dem Mut zur vollen Wahrheit. Nichts hinzufügen, aber auch nichts weglassen, nichts verschweigen und nichts aufrechnen. Im Bewußtsein, der Vergebung bedürftig zu sein, aber auch zur Vergebung bereit. [...] Es erfüllt uns Deutsche mit Scham, daß der Name unseres Landes und Volkes auf ewig mit dem Schmerz und dem Leid verknüpft sein wird, die Polen millionenfach zugefügt wurden. [...] Ich bitte um Vergebung für das, was ihnen von Deutschen angetan worden ist.“

Viele Polen empfanden diese Worte als die echte und lang erwartete Antwort auf die Botschaft der polnischen Bischöfe von 1965. Die Präsidenten Polens und Deutschlands überzeugten damals sogar die Skeptiker, dass Jahrestage, die trennen, gleichzeitig einen Impuls für die Gestaltung einer besseren Zukunft geben können. Einer Zukunft, die verbinden wird.

Ein halbes Jahrhundert an Erfahrungen aus den Jahren 1939–1989 zwingen Polen dazu, nach solchen multilateralen Strukturen zu suchen, welche die Gewähr bieten, den wirtschaftlichen und zivilisatorischen Rückstand aufzuholen und einen würdigen Platz unter den Völkern Europas und der Welt einzunehmen sowie internationale Sicherheit zu erlangen, die keinem der Nachbarn zum Nachteil gereicht. Strukturen, die es erlauben, obige Ziele auf der Basis der Wertgemeinschaft und institutioneller Lösungen zu verwirklichen, sieht Polen vor allem in der NATO – dessen Mitglied es bereits im Frühjahr 1999 geworden ist – sowie in dem konsequent angestrebten und von deutscher Seite unterstützten Beitritt zur Europäischen Union.

Das gegenwärtige Deutschland beweist, dass die Rückkehr in diese Wertgemeinschaft möglich ist. Denn dieser zutiefst demokratische Staat ist längst zu seiner konstruktiven Rolle im europäischen Leben zurückgekehrt. So sehen die Polen das heutige Deutschland, und in diesem Vertrauen zum deutschen Volk ist das Geheimnis gutnachbarschaftlicher Beziehungen verborgen. Auf dem gemeinsamen Weg zu einem guten Zusammenleben in Europa haben wir schon erhebliche Fortschritte gemacht. Große Bedeutung hat hier die Gestaltung der Alltäglichkeit, die Entfaltung der Kontakte zwischen den Menschen auf beiden Seiten von Oder und Neiße, das Aufgreifen gemeinsamer Aufgaben und konkreter Projekte in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Ökologie etc. Bereits heute gibt es nachahmungswürdige Exempel regionaler Zusammenarbeit im Grenzbereich, z. B. im Raum Görlitz/Zgorzelec, Guben, Słubice oder Frankfurt/Oder, aber auch überregionale Initiativen, Städtepartnerschaften, Kontakte zwischen Schulen und Universitäten, Austauschprogramme im Rahmen des „Jugendwerks“ nach dem deutsch-französischem Muster. Diese Alltäglichkeit und

Normalität zwischen Deutschen und Polen schätze ich ganz besonders. Wir vergessen manchmal zu leicht, wie weit entfernt wir von einer solchen Normalität noch unlängst waren.

Das Gedenken und die historische Reflexion müssen unsere Beziehungen begleiten. Sie sollen jedoch nicht Hauptmotivation sein, sondern den Weg bereiten für die gegenwärtigen und in die Zukunft gerichteten Aufgaben. Das Verhältnis unserer Völker hat heute eine europäische Dimension erlangt – unsere Nachbarschaft wird in hohem Maße darüber entscheiden, ob, wann und wie rasch der so lange künstlich geteilte Kontinent zusammenwachsen wird. Die Zusammenarbeit beider Staaten im geeinten Europa gehört zu den wichtigsten Zielen unserer bilateralen Beziehungen, sie verleiht ihnen, mit Blick auf die Zukunft einer jungen Generation von Polen und Deutschen im 21. Jahrhundert, den eigentlichen Sinn, sie bringt sowohl neue Chancen als auch bislang nie dagewesene Probleme sicherheitspolitischer Natur mit sich. Anstelle der traditionellen Konflikte zwischen zivilisierten Ländern treten nun das organisierte Verbrechen, der Terrorismus und ökologische Katastrophen. Polen und Deutschland stehen in diesem Zusammenhang vor einer gemeinsamen Herausforderung von gesamteuropäischer, ja sogar globaler Bedeutung. Um ihr gerecht werden zu können, müssen wir zunächst die immer noch vorhandenen Klischees abbauen und in das gegenseitige Wissen investieren – nicht im Sinne der aus vergangener Epoche bekannten demagogischen Freundschaftsdeklarationen, sondern in schlichter und pragmatischer Anerkennung der Vorteile für beide Seiten.

Erlauben Sie mir die heutigen geschichtlich untermauerten Überlegungen mit einer persönlichen Reflexion abzuschließen. Ich werde Ihnen nicht verschweigen, dass ich zu der ältesten noch öffentlich tätigen Generation zähle, zu der auch unter anderem Papst Johannes Paul II. die Altpräsidenten Richard von Weizsäcker, George Bush Senior und Jimmy Carter gehören. Diese Generation wurde im halberwachsenen Gymnasialalter mit dem Münchner Abkommen, mit der Besetzung der Tschechoslowakei durch Hitler, mit dem Ribbentrop-Molotow Pakt und dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs als bedeutenden Ereignissen konfrontiert. Diese verwickelte Geschichte der damaligen euroatlantischen Welt haben wir – Mitglieder dieser Generation – auf unterschiedliche Weise am eigenen Leib erfahren.

Aus dieser Position möchte ich die astronomische Distanz betonen, die uns heute von den tragischen Ereignissen der Vergangenheit trennt. Als 18-Jähriger stand ich am Appellplatz von Auschwitz, und nun habe ich die Ehre, in der berühmten historischen Stadt Konstanz – als Laureat des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, des Brückepreises der Europastadt

Görlitz/Zgorzelec, mehrfacher Doktor *Honoris Causa* deutscher Universitäten und Träger des Großkreuzes des Bundesverdienstkreuzes – einen Vortrag zu halten. Und das ist *pars pro toto* der Ausdruck der geistigen, moralischen und politischen Revolution in den nicht immer einfachen Beziehungen zwischen unseren Nationen. Mit diesem optimistischen Akzent bedanke ich mich für Ihre Bereitschaft, meinen Worten zuzuhören.

Die Hoffnung¹

Ich wünsche, ich könnte meine kurze Ansprache mit den Worten beginnen, dass wir uns am Ort einer Tragödie von unvergleichlichem Ausmaß versammelt haben. Leider ist Bergen-Belsen nicht unvergleichlich. Bergen-Belsen steht in einer Reihe mit Auschwitz-Birkenau, mit Majdanek, mit Ravensbrück, Buchenwald, Dachau und vielen anderen Schauplätzen des Versagens des Menschen und seiner Zivilisation: Schauplätzen im buchstäblichen Sinne des Wortes, Schauplätzen, an denen außer Ratlosigkeit gegenüber dem Bösen nichts übrig blieb. Die Ratlosigkeit der verängstigten und wehrlosen Opfer ist für mich – nicht zuletzt aufgrund eigener Erfahrungen – zu verstehen. Die Untätigkeit der Menschheit dagegen erfüllt mich auch nach so vielen Jahren mit Scham.

Die biblische Stadt Sodom wurde nicht gerettet, weil zehn Gerechte fehlten. „Wer ein Leben rettet, rettet die ganze Welt“, sagt bekanntlich eine der Weisheiten des Talmuds. Das Leben der Ermordeten können wir nicht mehr retten. Was uns bleibt, ist die Hoffnung, dass das vergossene Blut nicht umsonst war. Das Blut der Frauen, der Mütter, der Kinder, der Alten, der Kranken, der Männer, der russischen Kriegsgefangenen, der polnischen Widerstandskämpfer, der gefangengenommenen englischen Flieger, die ins KZ kamen, der Opfer des Judenhasses, aller. Dieses Blut, das Blut der Hoffnung, bedeutet unsere christliche oder einfach menschliche Verpflichtung gegenüber dem Leiden von Unseresgleichen. Die Verpflichtung, auf unser Gewissen zu hören, den Versuch, Andersdenkende verstehen zu wollen, aber auch die Verpflichtung, ohne Gewaltanwendung im Geiste der Nächstenliebe sich dem Ungeist des Hasses und der Verachtung zu widersetzen.

Das Europa von heute hat eine Chance, die Vergangenheit zu verarbeiten und Lehren aus der Geschichte zu ziehen – wenn das überhaupt möglich ist. Diese Chance besteht nur in der Anerkennung des eigenen Versagens, des Mangels an Gerechtigkeit, an Toleranz und Zivilcourage in

¹ Ansprache Władysław Bartoszewskis bei der Enthüllung der polnischen Gedenktafel im ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen, Juni 2003. Der hier abgedruckte Text stammt aus dem Archiv des Autors.

der Politik. Bergen-Belsen steht als bedrängendes Symbol dafür, wohin solches Versagen führen kann.

Bergen-Belsen, Auschwitz und andere Orte des Leidens sind heute nicht bloße historische Gedenkstätten, an denen man das Andenken der Ermordeten ehrt. Sie haben eine wichtige – vielleicht die wichtigste von allen möglichen – Aufgabe zu erfüllen: Denn sie verpflichten uns alle zur Besinnung und zur Erziehung der neuen Generationen aller Völker im Geiste der Menschenachtung, im entschlossenen Engagement gegen jede Form der Intoleranz, gegen Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und negatives Pauschaldenken über den „Anderen“. Hass, Feindschaft und Verachtung Menschen gegenüber haben auch heute verschiedene Gesichter, der Terrorismus ist nur eines davon. Aber wenn so etwas wie der Fluch des Bösen existiert – was wir oft glauben –, dürfen wir auch auf den Segen des Guten vertrauen und an diesem Segen durch unsere Haltung teilhaben.

Polen, Europa, USA¹

Ich habe oft behauptet, dass man nicht über die Zukunft sprechen kann, ohne dabei die Vergangenheit vor Augen zu haben. Die neue Generation der europäischen Spitzenpolitiker ist frei von der historischen Erfahrung eines Schuman oder eines Adenauer, die sich der Gefahren bewusst waren, die ein Unterlassen von Integrationsprozessen in Europa mit sich bringen könnte. Die Worte Helmut Kohls paraphrasierend, könnte man dies als die „Gnade der späten Geburt“ bezeichnen. In der Herausforderung der Osterweiterung sehe ich in diesem Zusammenhang einen neuen, durchaus positiven Stimulus – denn sie wird vielleicht dazu bewegen, sich auf die Integration zu besinnen, selbst wenn die Gefahren der Unterlassung dieses Prozesses (symbolisiert durch lokale Konflikte und „vergessene Kriege“ sowie durch den ethnischen Grundsatz, der im politischen Leben immer deutlicher zutage tritt) heute völlig andere sind als jene in den fünfziger Jahren.

Die gegenwärtige EU-Erweiterung ist ein Unternehmen, das sich tatsächlich eher mit den Anfängen des europäischen Integrationsprozesses vergleichen lässt, der erst allmählich zur Herausbildung einer auf ein einheitliches institutionelles System gestützten Gemeinschaft geführt hat, als mit anderen Erweiterungswellen. Diese Erweiterung, die Fragen von ähnlicher Schwierigkeit aufwirft wie das ursprüngliche Gemeinschaftsprojekt, stellt an die Architekten der neuen Union gleichermaßen hohe Anforderungen. Und das ist gut so, weil auch die Gemeinschaft ein gewollt großes intellektuelles und moralisches Unterfangen war und bleibt.

Zu diesen Herausforderungen gehört zunächst nicht mehr allein die erfolgreiche Durchführung der Osterweiterung – denn dieser Prozess ist schon längst in eigene Bahnen geraten und scheint sich weitgehend automatisch abzuspielen. Europa wächst aus eigener Kraft zusammen – es stellt sich nun die viel aktuellere Frage nach seiner künftigen Gestalt. Kurzum: Wie wird dieses zusammengewachsene Europa aussehen? In der ge-

¹ Vortrag, gehalten von Władysław Bartoszewski an der Katholischen Akademie Hamburg, 10. März 2004. Der Text stammt aus dem Archiv des Autors.

genwärtigen Auseinandersetzung um die Zukunft der Europäischen Union wird in erster Linie über Themen debattiert, die in den nächsten Jahren relevant sind. Dies ist die zeitliche Perspektive, die momentan größtenteils von den unmittelbar bevorstehenden Projekten definiert wird. Dazu gehört der Beitritt der neuen Mitgliedsländer, die Schaffung einer funktionsfähigen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die Anbindung an den Prozess der „Informationsrevolution“ und die Annahme der Herausforderungen im Zusammenhang mit dem weltweiten Wirtschaftswettbewerb unter Beibehaltung des europäischen sozialen und wirtschaftlichen Modells.

Viel schwieriger ist es aber, über eine weiter entfernte Zeitperspektive zu sprechen, die über das Jahr 2006 hinausweist. Gegenwärtig wäre es reine Futurologie, diese so fernen EU-Aktivitäten in einem sich verändernden internationalen Umfeld voraussehen zu wollen. Unser Ziel sollte es jedoch sein, die künftige Union in die Lage zu versetzen, ihr internationales Umfeld zu gestalten und sie mit Mechanismen auszustatten, durch die sie den gebührenden Platz in den globalen Beziehungen einnehmen kann.

Die oft – u. a. von dem deutschen Außenminister – zur Sprache gebrachte Zukunftsvision lässt sich mit der eingefahrenen Terminologie, die bis dahin zur Schilderung der politischen Realität in Europa benutzt wurde, nicht beschreiben. Es kommt kein anderer Terminus als die europäische Föderation von Nationalstaaten in den Sinn. Der Föderationsbegriff wird allerdings in einzelnen europäischen Staaten mit ganz unterschiedlichen Assoziationen verbunden. Einige sehen darin die Gefahr der Bildung eines europäischen Superstaates, während andere diesen Begriff durch das Prisma ihrer eigenen negativen historischen Erfahrungen sehen.

Liegt somit die Schwierigkeit, die föderalistische Vision zu realisieren, allein im linguistischen Bereich? Lässt sie sich ausschließlich durch einen Etikettenschwindel überwinden? Mit Sicherheit nicht. Notwendig wäre eine tiefgreifende Umwertung der institutionellen Ordnung der Europäischen Union. Diese muss aber aus der tiefen Überzeugung von der Zweckmäßigkeit dieses Handelns resultieren. Eine Abkehr von der „Methode Monnet“ bedeutete ja einen Wandel des bisherigen Konzepts der europäischen Integration.

Und dennoch: *nil desperandum!* Es geht doch nicht darum, diese Idee nur aus dem Grund in Frage zu stellen, weil ihre Umsetzung unseren bisherigen Erkenntnishorizont sprengt. Die Europäer müssen sich eine neue Integrationsmethode einfallen lassen – unter Beibehaltung der unveränderten vertraglichen Integrationsziele, d. h. unter Gewährleistung von Sicherheit, Wohlstand und Stabilität für die europäischen Völker. Die neue

Integrationsmethode muss den neuen Zeiten und der neuen Union Rechnung tragen.

Der öfter geforderte Wandel in der europäischen Konstruktion muss sich evolutionär vollziehen. Übrigens: So haben sich die Gründerväter der Europäischen Gemeinschaften den Einigungsprozess des Kontinents vorgestellt. Europa braucht eine „Refolution“, d. h. eine Revolution durch Reformen, wenn ich mich an dieser Stelle des von Timothy Garton Ash geprägten Begriffs für die Beschreibung des Wandels in Mittel- und Osteuropa bedienen darf.

Liest man heute die Erklärung von Robert Schuman, so beweist sie die Richtigkeit der Ansätze der Gründerväter des vereinigten Europas, die sich bei der Gründung der Gemeinschaft bemüht haben, ein Gleichgewicht zwischen den gemeinschaftlichen Institutionen und den Machtorganen der Nationalstaaten beizubehalten. Zu Beginn des neuen Jahrtausends ist der Nationalstaat in Europa nach wie vor ein dauerhaftes Element der politischen Realität – und dies trotz der zunehmenden Kraft solcher Phänomene wie der Globalisierung, die die Autonomie des nationalstaatlichen Handelns erheblich einschränkt.

Ist es somit möglich, diese Nationalstaaten zu einer echten europäischen Föderation zusammenzuschließen, wie es seinerzeit Joschka Fischer vorgeschlagen hat? Die Antwort lautet meiner Meinung nach: Ja, sofern dies von den Europäern selbst gewünscht ist. Diese Feststellung kann man paradoxerweise mit dem Bezug auf die Entstehungsgeschichte gerade der Nationalstaaten auf unserem Kontinent versinnbildlichen! Die Entstehung der Nationalstaaten war keineswegs ein alleiniges Ergebnis des „Willens zur Macht“ solcher Persönlichkeiten wie Bismarck oder Garibaldi, sondern sie spiegelte in erster Linie das Bewusstsein der Mitglieder europäischer Völker wider, ihr Zugehörigkeitsgefühl zu einer bestimmten Gemeinschaft. Wozu aber die Erhebung des Grundsatzes der nationalen Zugehörigkeit zum Rang des politischen Imperativs führen kann, wissen wir heute allzu gut, und das wussten auch die Väter des vereinten Europas. Aus diesem Grunde, um ihr Werk zu vollenden, müssen wir nicht nur den europäischen Einigungsprozess zu Ende führen, sondern auch die europäische Identität der Bürger festigen und ein neues Zugehörigkeitsgefühl entstehen lassen.

Zu Unrecht wird angenommen, dass die kandidierenden Länder – ich benutze diesen Begriff in vollem Bewusstsein, dass er in weniger als zwei Monaten ausgedient haben wird – dem Konzept einer engeren Zusammenarbeit generell skeptisch gegenüberstehen. Die Ursache für dieses Missverständnis ist die Vermischung von zwei unterschiedlichen Diskursen, und

zwar der aktuellen institutionellen Debatte und der Auseinandersetzung über die Zukunft Europas. Beide Diskurse unterscheiden sich durch ihren zeitlichen Rahmen und durch die Ziele, die sie verfolgen.

Die Zurückhaltung der kandidierenden Länder wird zum Teil historisch bedingt: Zu den negativen Erfahrungen im Leben unter totalitären Regimen gehört doch die erzwungene Vereinheitlichung, die die Möglichkeit des individuellen Handelns hemmt. Es geht also darum, diese angesprochene negative Wahrnehmung zu vermeiden und der engeren Zusammenarbeit im europäischen Rahmen eine real greifbare Dimension zu verleihen.

Vom Standpunkt eines Beitrittslandes aus gesehen ist es äußerst wichtig, den offenen Charakter der engeren Zusammenarbeit beizubehalten. Die Gruppe der Länder, die die Avantgarde der Integration bilden will, muss ständig Bereitschaft zur Erweiterung um neue Mitglieder zeigen. Der Mechanismus der engeren Zusammenarbeit darf keinesfalls zum Ausschluss neuer Mitgliedsländer aus bestimmten Bereichen der Gemeinschaftspolitik führen.

Der europäische Raum ist ein Gebiet intensiver regionaler Integration. Die ökonomische Nähe Polens zum integrierten Raum der Europäischen Union und eine natürliche Hinbewegung der polnischen Wirtschaft zum großen wirtschaftlichen Organismus der Europäischen Union ist eine wesentliche Triebkraft unserer Bemühungen.

Die Mitgliedschaft Polens sowie anderer assoziierter Staaten Mitteleuropas in der Europäischen Union ist eine Transaktion und kein Gnadentakt. Sie wird nicht nur einer Seite Vorteile bringen. Wir sollten darin auch Vorteile für die Europäische Union und für ganz Europa erblicken. Die Stabilisierung der Transformationsprozesse und die Konsolidierung der Demokratie und der Marktwirtschaft in Mitteleuropa liegen nämlich nicht nur im Interesse der Länder in dieser Region, sondern genauso im Interesse der Europäischen Union und aller europäischer Staaten. Abgesehen von der schon erwähnten rein ökonomisch bedingten, „natürlichen“ Anziehungskraft der europäischen Integration, sollte das Bewusstsein dieser Vorteile zum entscheidenden Impuls auf dem Weg zum vereinten Europa werden.

Obwohl die Anfänge der europäischen Institutionen vor allem einen ökonomischen Charakter hatten, hat der moralisch-politische Faktor – die Verteidigung der gemeinsamen Werte – immer seine Bedeutung gehabt. Wir alle gehören jenem Kulturkreis an, dessen ethische Begriffe im wesentlichen vom Christentum geprägt wurden. Wir beachten die Demokratie und die Menschenrechte. Häufig genug sind den Europäern Chauvinismus, natio-

naler Größenwahn, Xenophobie und nationaler Egoismus im Laufe der Geschichte begegnet. Die Europäische Union gewährt uns die Möglichkeit, nicht mehr in diese Versuchung zu geraten. Die Bewahrung der europäischen Werte ist die wichtigste Voraussetzung für die Friedensordnung auf dem Kontinent. Und kann es überhaupt eine überzeugendere Motivation für die Integrationsbestrebungen geben als das Leben im Frieden?

Dies setzt natürlich die Festigung der Verteidigungsdimension der europäischen Integration voraus. An der EU haftet ja nach wie vor das Etikett vom Wirtschaftsriesen, aber politischen Zwerg. Konflikte in den Ländern des ehemaligen Jugoslawien haben die Schwäche der Europäer in ihrem ganzen Umfang zutage gelegt. Die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, sollte einen gewissen Integrationsimpuls für die EU selbst liefern (wobei wir erneut bei der Frage nach Anziehungskräften der europäischen Integration angelangt sind). Das kann auch für die Innenpolitik von Bedeutung sein, denn dadurch wird die Europäische Union in den Augen ihrer eigenen Bürger glaubwürdiger gemacht.

Entscheidungen, die heute von der EU getroffen werden, dürfen ihr künftiges Potenzial nicht beeinträchtigen. Dieses Argument wird offensichtlich, wenn wir versuchen, die Frage nach den Grenzen Europas, d. h. nach der Zahl der Mitgliedsländer, zu beantworten. Unabhängig vom Tempo der Beitrittsverhandlungen sollte die Europäische Union realistischerweise über Strukturen nachdenken, die 30 Mitgliedstaaten Rechnung tragen können. Dies knüpft unmittelbar an die Frage nach der Bedeutung der regionalen Zusammenarbeit an.

Polen als künftiges EU-Mitglied legt großen Wert auf die regionale Zusammenarbeit in Mitteleuropa. Heute schon können wir geregelte Beziehungen mit allen Nachbarn, Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf allen Gebieten und mit allen Partnern sowohl im Rahmen der Union als auch außerhalb der Union in die EU mit einbringen. Unser Wille, Mitglied der Union zu werden, ist gegen niemanden gerichtet. Unser Ziel ist es, für Polen die besten Entwicklungsmöglichkeiten sicherzustellen und gleichzeitig die Entwicklungsmöglichkeiten unserer Nachbarn zu achten und mit ihnen gute und für beide Seiten fruchtbare Beziehungen zu pflegen. So verstehen wir unseren Beitrag zur europäischen Friedensordnung.

Der Aufbau des europäischen Sicherheitsmodells kann nicht ohne Beteiligung der im Osten des Kontinents liegenden Staaten, insbesondere der wichtigsten von ihnen – Russland und der Ukraine – vorgenommen werden. Russland darf sich von Europa nicht isoliert und ausgegrenzt fühlen. Polen ist auf jeden Fall daran interessiert, gute partnerschaftliche Beziehungen mit dem großen Nachbarn im Osten zu pflegen.

Für besonders wichtig halten wir unsere Beziehungen mit der Ukraine. Die Festigung ihrer Staatlichkeit wird das Schlüsselement der politischen Ordnung in der Region sein. Polen entwickelt mit der Ukraine sowohl politische als auch wirtschaftliche Kontakte. Sie müssen weiter ausgebaut werden. Sehr wichtig für die Zukunft dieses Staates wäre ein stärkeres wirtschaftliches Engagement der hochentwickelten Länder.

Europa kann zu dem schon erwähnten Stabilisierungsfaktor oder zu einem „Exporteur der Stabilität“ werden, indem es das europäische Modell des demokratischen Rechtsstaates, die Achtung von Grundrechten und Freiheiten sowie die Idee einer Marktwirtschaft, die sich auf Eigentum und Dialog zwischen Sozialpartnern stützt, fördert. Durch die Erweiterung der EU um mittel- und osteuropäische Länder, die bei der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen ihre volle Zustimmung zu diesem Wertesystem erklärt haben, wird es möglich werden, dieses Prinzip in den geografischen Grenzen des Kontinents umzusetzen.

Ungeachtet der neuerlichen Spannungen in ihrem gegenseitigen Verhältnis, sind Europa und Amerika zwei Seiten derselben Medaille. Gemeinsam dienen sie als treibende Kraft der Weltökonomie und Zentrum des intellektuellen Potenzials – bemerkte seinerzeit Zbigniew Brzeziński, der bekannte amerikanische Politologe polnischer Abstammung und ehemalige Berater von Präsident Carter. Sie bilden auch, was genauso wichtig ist, das Haus der Demokratie und der Menschenrechte.

Es handelt sich zwar zugegebenermaßen um eine höchst ungleiche Allianz. Die beiden Kontinente trennt eine ökonomische, technologische und militärische Kluft. Schon deswegen ist aber die Stärkung der transatlantischen Bindungen notwendig. Europa war bereits während des Zweiten Weltkriegs und danach auf amerikanische Hilfeleistung angewiesen. Der Konflikt in Jugoslawien hat deutlich gezeigt, dass wir Amerika als Garant der Sicherheit weiterhin brauchen und in absehbarer Zukunft brauchen werden. Auch die Vereinigten Staaten benötigen ihrerseits dringend unsere Unterstützung (weniger militärischer als eher moralischer Art), denn eine gute Beziehung mit Europa legitimiert ihre Rolle in der Welt, sie erzeugt eine Gemeinschaft demokratischer Völker, die – wie es im Washingtoner Vertrag festgehalten wurde – zusammen entschlossen sind, das gemeinsame Erbe zu verteidigen.

Noch lange vor den Spannungen im Zusammenhang mit dem US-Militäraufmarsch im Nahen Osten versuchte die polnische Tageszeitung *Rzeczpospolita* die Ursachen der Demonstrationen wie jener in der deutschen Hauptstadt zu analysieren. So vielfältig wie die Vorwände sein mögen, scheinen die Proteste tatsächlich einer gemeinsamen Quelle zu entspringen:

Sie sind in erster Linie Ausdruck europäischer Komplexe und die frustrierte Antwort auf den politischen, ökonomischen und nicht zuletzt auch wissenschaftlichen Rückstand in der Rivalität mit den USA. Die Absurdität der antiamerikanischen Ausschreitungen offenbart sich in vollem Umfang erst dann, wenn man bedenkt, dass sie gleichzeitig von Klagen auf die eigene europäische Bürokratie, Beschäftigungspolitik, Zentralisierung, Entmündigung des Individuums und den ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklungsrahmen begleitet werden. Zuweilen irritiert auch der berühmte amerikanische Patriotismus. Vielleicht fehlt aber gerade den Bürgern der Europäischen Union die ideologische Leidenschaft, die so kennzeichnend war für die Gründerväter der Vereinigten Staaten. Weder heute noch in absehbarer Zukunft wäre ein Europäer dazu bereit, für Europa zu sterben, wie der schon erwähnte Zbigniew Brzeziński seinerzeit schrieb.

In einer Situation, wo sich der westliche Teil des Abendlandes von Amerika spürbar distanziert, ist es nicht weiter verwunderlich, dass seitens Washingtons ein immer größerer Wert auf den Dialog mit Mittel- und Osteuropa gelegt wird. Und gerade hier hat Polen die Ambition, zum wichtigsten Ansprechpartner zu werden. Die polnisch-amerikanische Kooperation beruht auf dem Fundament gemeinsamer Vorstellungen in Bezug auf die wichtigsten Fragen der Weltpolitik. Polen – als künftiges EU-Mitglied und zugleich glaubwürdiger Partner innerhalb der NATO – will und kann eine Vermittlerrolle im Dialog zwischen Europa und Amerika spielen. Und wenn diese Funktion gelegentlich in den USA erwähnt wird, so geschieht es nicht nur wegen unserer proamerikanischen Neigung, sondern in erster Linie weil wir ein europäisches Land sind. Die Frage, ob Polen zum Bau einer transatlantischen Brücke der Verständigung beitragen könnte – nicht als „Trojanisches Pferd“ Amerikas auf europäischem Boden, sondern aus schlichter Überzeugung, dass dies im Interesse unserer gemeinsamen Sicherheit liegt – betrachte ich deshalb als durchaus begründet, und es bleibt zu hoffen, dass auch Europa diese Chance zu schätzen weiß (ungeachtet der Äußerungen des französischen Präsidenten, der die Unterstützung der mitteleuropäischen Länder für Amerikas Haltung gegenüber dem Irak als „kindisch und unverantwortlich“ bezeichnete).

Die Vereinigten Staaten sind uns, den Europäern, in zahlreichen Disziplinen um Lichtjahre voraus. Eines dieser Gebiete, auf dem wir noch viel aufzuholen haben, ist die Bewältigung der Geschichte – ein nicht zuletzt in Polen konfliktreiches Thema und aktueller Stein des Anstoßes. Aufgrund dieser seltenen Fähigkeit wird heute die moralische Größe Amerikas geschätzt. Auch bei dem Bau unseres eigenen europäischen Hauses sollten wir zur amerikanischen Erfahrung greifen, anstatt eigene Komplexe auf

den Straßen zum Ausdruck zu bringen. Die Initiative zur Kooperation muss aber von Europa ausgehen – wie es bereits 1947 der Staatssekretär George Marshall in seiner bekannten Rede vor der Harvard-Universität festgestellt hat. Zu den wichtigsten Zielen der Politik der Vereinigten Staaten gehörte damals die Wiederkehr normaler, gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse, ohne welche eine politische Stabilität und ein gesicherter Friede auf Dauer nicht bestehen können. Es wäre jedoch weder passend noch wirksam, fügte Marshall hinzu, ein solches Aufbauprogramm einseitig zu entwerfen. Das war – und ist immer noch – die Aufgabe der Europäer selbst.

Europa und Amerika könnten zur Achse globaler Stabilisierung und zum Zentrum des ökonomischen sowie intellektuellen Potenzials werden. Die Verwirklichung dieser Möglichkeit hängt im Wesentlichen von der Stärke der transatlantischen Beziehungen ab. Die konsequente Realisierung der gemeinsamen Werte stärkt wiederum die Hoffnung auf das Leben in einer besseren und sicheren Welt. Eine solche Welt hatte seinerzeit Robert Schuman im Sinne, als er an seinem Integrationsplan für den alten Kontinent arbeitete. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass diese Chance dies- und jenseits des Ozeans wahrgenommen wird – und zwar ungeachtet der neuerlichen Differenzen in Bezug auf den Irak.

Nun möchte ich aber zu den inneren europäischen Angelegenheiten zurückkehren. Von der ökonomischen Integration habe ich bereits gesprochen – für die Förderung des europäischen Identitätsgefühls ist aber die kulturelle Integration nicht weniger bedeutend. Letztendlich sind es vor allem die gemeinsamen Werte, die an der Zweckmäßigkeit der Osterweiterung keinen Zweifel zulassen. Somit stellt die kulturelle Integration Europas eigentlich gar keine Frage dar, und wer sie dennoch mit einem Fragezeichen versieht, kann dies nur provokativ als Anlass zur Diskussion gemeint haben. Ich möchte an dieser Stelle die Worte von Papst Johannes Paul II. zitieren, der vor Jahren im historisch bedeutenden Santiago de Compostela sagte: „Die Seele Europas bleibt heute noch vereint, weil Europa, außer dass es gemeinsame Anfänge hat, auch gemeinsame christliche und menschliche Werte pflegt, die es auszeichnen, wie die Würde des Menschen, Gerechtigkeit und Freiheit, Arbeitsamkeit, Unternehmungsgeist, Familienliebe, Achtung für das Leben, Toleranz, Streben nach Zusammenarbeit und Frieden.“

Doch das Europa der Gemeinsamkeiten ist – wie wir alle wissen – zugleich ein Europa der Vielfalt, was der österreichische Präsident Thomas Klestil (nicht ohne Grund zitiere ich seine Worte, denn Österreich war in der Geschichte bekanntlich ein Mustermodell des funktionierenden multiethnischen Staates – gewissermaßen ein Vorgeschmack auf das vereinte Europa von heute) aus Anlass der vom Institut für den Donauraum und

Mitteleuropa veranstalteten Jahrestagung „Der Reichtum des neuen Europas“ im November 2001 deutlich genug betonte, indem er Europa als ein historisch gesehen komplexes und vielschichtiges Gebilde bezeichnete, wobei aber in Philosophie und Religion, in Kunst, Kultur und Wissenschaft, in Wirtschaft und Politik immer ein reger Austausch herrschte: „Es geht vor allem darum, dass sich die Europäer wieder ihrer gemeinsamen geistig-kulturellen Wurzeln bewusst werden und die Vielfalt ihrer Kulturen, Sprachen, Traditionen und Religionen wahren und pflegen. Sie machen den Reichtum unseres Kontinents aus. Nur die Besinnung auf die Werte, die europäische Philosophie, Ethik und Kultur hervorgebracht haben, kann Europa die Kraft geben, die es zur Gestaltung seiner Zukunft braucht.“

Beides – die Gemeinschaft und der Reichtum der Vielfalt der Völker Europas – muss gleichermaßen gefördert werden. Es gilt inzwischen als eine Binsenwahrheit: Gleichschaltung und Einebnung der verschiedenen Identitäten bedeutet eine Verarmung Europas. Dennoch lohnt es sich, diesen Grundsatz ständig vor Augen zu behalten. Erst dann bekommt die kulturelle oder geistige Integration ihren wahren Sinn.

Die sprachliche Vielfalt bildet ein greifbares Beispiel der europäischen kulturellen Diversität. Zugleich aber stellt sie in meinen Augen kein Hindernis für das gegenseitige Verständnis dar – denn die wahre Verständigung erfolgt in erster Linie auf der geistigen und nicht rein sprachlichen Ebene. Man kann viele verschiedene Ausdrücke benutzen, um dieselbe allgemeingültige Idee zu beschreiben, genauso wie es auch möglich ist trotz einer und derselben Sprache keinen gemeinsamen Weg zu finden. Verständigung und Verständnis setzen zunächst eine geistige Bereitschaft voraus.

Die bevorstehenden Aufgaben sind ein Anlass, Änderungen einzuführen, um eine Europäische Union nach Maß des neuen Jahrtausends aufzubauen, die auch die Unterstützung vonseiten ihrer eigenen Bürger genießt. Greifen wir bei diesem Werk auf die Worte des berühmten französischen Schriftstellers Albert Camus zurück, der sagte: „Europa lebt durch seine Gegensätze, es blüht durch seine Unterschiede.“ Daher glaube er nicht an ein Europa, das eins wäre unter einer Ideologie oder einer Technokratie, die diesen Unterschieden keine Rechnung tragen würde. Etwas Technokratie schadet aber doch nicht; Max Weber hat bereits nachgewiesen, dass die Bürokratie für die Existenz von Staaten notwendig ist. Das gleiche gilt auch für die Europäische Union. Das grundlegende Problem ist dabei mehr die Frage nach der Strategie und weniger die nach den Mitteln.

Vision, damit sie nicht zu einer Utopie wird, muss die Möglichkeit der Verwirklichung ihrer Ansätze einplanen. Es gibt keine vollkommene Methode; sehr wohl wissen das die heutigen europäischen Politiker als Vertreter

der Generation der 68er, aufgewachsen in der Zeit der „Kritik der Aufklärung“, die von solchen Denkern wie Theodor Adorno und Max Horkheimer geübt wurde. Aber die Unvollkommenheit – eigentlich die „Unvollständigkeit“ – des europäischen Projektes ist die Quelle für die Dynamik europäischer Einigungsprozesse, die auch nach 50 Jahren noch mit Zuversicht in die Zukunft blicken lassen.

Persönliche Reflexionen zur deutsch-polnischen Nachkriegsgeschichte¹

Ich möchte im Folgenden meine persönlichen Reflexionen und Überlegungen zur deutsch-polnischen Geschichte vorstellen. Meine Überlegungen sind natürlich biografisch geprägt, beeinflusst von den Jahrzehnten eines Lebens in der Diktatur. Trotzdem glaube ich, nie anpassungswillig und nie anpassungsfähig gewesen zu sein. Mittlerweile habe ich die Freiheit, mich als Privatmann zu äußern, nachdem ich kein Regierungsamt mehr inne habe. Ich war zweimal in der polnischen Regierung Außenminister. Einmal in einer roten Regierung, einmal in einer schwarzen. Außer Hans-Dietrich Genscher hat das niemand in Europa geschafft. Ich bin mit Herrn Genscher, der sehr lange und erfolgreich seinem Land gedient hat, befreundet, und gelegentlich tauschen wir uns aus. Eines unterscheidet uns, er war in einer Partei, ich hingegen nie.

Meine Aktivitäten im Rahmen der deutsch-polnischen Beziehungen waren zugleich immer halb privat. Ich nutze die Gelegenheit als 82-jähriger Mensch, der, das weiß man nie, sich möglicherweise zum letzten Mal äußern kann, um einige Aspekte der deutsch-polnischen Beziehungen in Erinnerung zu rufen. Die Anfänge meiner freundschaftlichen Kontakte mit Deutschen liegen nun über 40 Jahre zurück. Seit 1957 bin ich der katholischen Krakauer Wochenzeitung *Tygodnik Powszechny* verbunden. Im Umfeld dieser Zeitung und mit Unterstützung des damaligen Krakauer Bischofs Karol Wojtyła fing ich Anfang der sechziger Jahre an, mich für die deutsch-polnische Arbeit zu engagieren.

¹ Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um einen Vortrag, der auf der Konferenz „Deutsch-polnische Beziehungen: Verhältnis ungeklärt. Was war? Was ist? Was wird sein?“ am 24. April 2004 in Neuhardenberg gehalten wurde. Diese Tagung wurde von der Stiftung Schloss Neuhardenberg in Zusammenarbeit mit der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband sowie der Botschaft der Republik Polen in Deutschland und dem Polnischen Institut in Berlin organisiert. Władysław Bartoszewski, „Persönliche Reflexionen zur deutsch-polnischen Nachkriegsgeschichte“, in: A. Riechers/Ch. Schröter/B. Kerski (Hg.), *Dialog der Bürger. Die gesellschaftliche Ebene der deutsch-polnischen Nachbarschaft*, Osnabrück 2005, S. 51–58.

Meine Kontakte begannen mit Deutschen aus der DDR, die durch die Aktion Sühnezeichen nach Polen kamen. Es war die Leistung und das Verdienst von Lothar Kreyssig, dem Gründer der Aktion Sühnezeichen, dass dies möglich wurde. Die ersten Gruppen reisten Mitte der sechziger Jahre nach Polen. Ich war in Warschau als Redaktionsmitglied von *Tygodnik Pow-szechny* tätig und habe diese Gruppen betreut. Mit meiner Biografie war ich gewissermaßen eine Traumperson für diese Gruppen: ehemaliger Auschwitz-Häftling, der deutsch spricht und diese jungen Leute, zumeist Protestanten, als Katholik durch Polen führt. Sie waren eine Generation jünger als ich, hatten folglich den Krieg selbst nicht mehr erlebt.

Der Anfang dieser Arbeit hatte ganz humane, überhaupt keine politischen Gründe. Es ging darum, einander näher zu kommen, sich die Hand zu reichen. Die Sühnezeichen-Gruppen hatten mit etlichen Schwierigkeiten durch die DDR-Behörden zu kämpfen. Dennoch haben sie sich nicht von ihren Reisen und Begegnungen abbringen lassen, und auch ich habe diese Begegnungen gewollt. Vor Kurzem hat ein guter Freund und Weggefährte aus jenen Tagen, Günter Särchen, berichtet, was er in seiner Stasi-Akte fand, so eine Auflistung von „Komplizen“ aus Polen, unter denen auch mein Name auftauchte. Rückblickend darf man sich beinahe durch diese Art der Aufmerksamkeit geehrt fühlen. Das war bereits, wenn auch im Kleinen, die Einheit Europas.

Im Mai 1965 war ich zum ersten Mal in der Bundesrepublik Deutschland und habe damals unter anderem Heinrich Böll kennengelernt. Wir sind schnell Freunde geworden. Was folgte, waren die EKD-Denkschrift und schließlich der Briefwechsel der Bischöfe, welcher zwar bedeutsam, im unmittelbaren Ergebnis jedoch unbefriedigend war. Ich habe mich in Polen eingeschaltet, um die mutigen Schritte der Bischöfe zu unterstützen. Denn sie wurden von verschiedenen Seiten angeprangert, durch polnische Kommunisten und Nationalisten sowie viele Menschen, die sich nicht mit den Wunden der Vergangenheit abgefunden hatten. Letzteres war gerade einmal 20 Jahre nach Kriegsende verständlich.

Anlässlich des 40. Jahrestages des Kriegsendes hielt Bundespräsident Richard von Weizsäcker eine bemerkenswerte Rede im deutschen Bundestag, in der er daran erinnerte, dass der 8. Mai 1945 nicht vom 1. September 1939 loszulösen ist. Diese simpel scheinende Tatsache sollten wir nicht vergessen, wenn wir heute, ebenso wie Weizsäcker 1985, mit Begriffen wie Befreiung, Niederlage, Verlust und Sünde uns auseinandersetzen. Die Ausführungen des Bundespräsidenten lösten in der Bundesrepublik lebhaftere Diskussionen über die Bewertung des 8. Mai aus. Die Extreme hießen Befreiung oder Niederlage.

Ich habe Herrn von Wezsäcker und seinen Freund Axel von dem Bussche 1982/83 während meiner Zeit am Berliner Wissenschaftskolleg kennengelernt. Durch die Vermittlung von Axel von dem Bussche konnte ich auch die Familie Stauffenberg kennenlernen. Die Diskussionen mit ihnen waren offen und inspirierend. Die Chemie zwischen uns stimmte, obwohl sie eindeutig deutsche Patrioten waren, während ich mich als polnischer Patriot verstand. Letztlich waren wir Menschen aus Mitteleuropa, die durch das schreckliche Geschehen der Vergangenheit geprägt waren und, so in meinem Fall, es als Motivation zum weiteren Handeln verstanden.

1987 war ich anlässlich des Geschwister-Scholl-Tages Hauptredner an der Münchener Universität vor etwa 2000 Studenten. Damals sagte ich: „Hätte ich 1943 Hans Scholl während seines Militäreinsatzes in Warschau auf der Straße getroffen, so wären wir wortlos aneinander vorbeigegangen, zu unterschiedlich waren unsere Lebenswelten, obgleich wir fast gleichartig, ähnlich gesinnt, christlich, tolerant und interessiert am Leben waren. Er hätte nicht mit einem polnischen Untermenschen sprechen dürfen, ich hätte nie freiwillig mit einem deutschen Uniformierten gesprochen. Das war für mich damals eine Sache der Ehre.“ Heute ist er einer meiner Helden. Ich bin stolz, dass ich am Geschwister-Scholl-Institut gearbeitet habe.

Als ich die Wezsäcker-Rede las, fühlte ich mich mit meiner Biografie verstanden. Anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an mich 1986 habe ich diesen Faden aufgenommen und weitergesponnen. Aus meiner Sicht war die Teilung Deutschlands durch die Mauer unsäglich und unmenschlich. Das als Bürger der Volksrepublik Polen, ausgestattet mit einem befristeten Pass der Volksrepublik Polen, in die westdeutschen Kameras zu sagen, war 1986 nicht selbstverständlich.

Nun zu einem anderen Kapitel. Am 1. August 1994 begingen wir im Beisein von Roman Herzog den 50. Jahrestag des Warschauer Aufstandes – ein heiliger Tag für die Warschauer, der in Deutschland von allen, auch den Abgeordneten des Bundestages respektiert werden sollte. Die Geschichte des Warschauer Aufstandes hat ihre deutschen Facetten, verbunden unter anderem mit dem SS-General von dem Bach, der von einem deutschen Gericht zu lebenslanger Haft verurteilt wurde. Den früheren Vorsitzenden des Oberlandesgerichtes, Herrn Plambeck habe ich vor zwei Wochen getroffen. Entgegen dem gängigen Urteil gab es Richter, die genau die Akten lasen und sich als sensible und souveräne Hüter der Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik der siebziger Jahre sahen. Niemand sollte uns jetzt aufklären wollen. Joschka Fischer sagte kürzlich ironisch, er sieht den Bund der Vertriebenen nicht als Museumsdirektor. Kurzum: Wir brauchen keine Belehrungen über die polnische Geschichte aus dieser Ecke.

Bereits in den sechziger Jahren hat mein Freund Martin Broszat, später Direktor des Instituts für Zeitgeschichte in München, zwei Bücher veröffentlicht: *Nationalsozialistische Polenpolitik* und *Zweihundert Jahre deutsche Polenpolitik*. Bis heute gibt es nichts, was ich an diesen beiden Büchern auszusetzen hätte. Broszat war unparteiisch, eher links und vor allem ein objektiver Forscher. Er hat in den sechziger Jahren das geschildert, was wir heute noch, auch in Polen, zitieren können. Solche Beispiele objektiver deutscher Geschichtsforschung heben sich von der Politik ab, sind aber auch wenig bekannt in Deutschland. Das deutsche Gedenken an den Warschauer Aufstand ist mit dem Namen Roman Herzog verbunden. Als Bundespräsident hat er sich 1994 auf rührende Weise und in wunderbaren Worten für die Vergangenheit, für die Vernichtung Warschaus und für die zivilen Opfer entschuldigt. Ursprünglich wollten die polnischen Kombattanten nicht zur Veranstaltung mit Herzog kommen, diejenigen die dort waren und in der ersten Reihe saßen, haben dann spontan dem deutschen Bundespräsident applaudiert. Das war der emotionale Durchbruch.

Am 28. April 1995 sprach ich als Außenminister anlässlich des 50. Jahrestages des Kriegsendes im deutschen Bundestag. Neben der Verleihung der Ehrenbürgerschaft des Staates Israel gehört dieser Tag zu den Sternstunden meines Lebens. Meine Rede und die Bekundung des guten Willens Polens zur dauerhaften Aussöhnung wurde positiv aufgenommen. Zu den ersten Gratulanten zählten die Vertriebenenpolitiker Herbert Hupka und Hartmut Koschyk. Damals schien für mich das Thema Zweiter Weltkrieg politisch abgeschlossen und den deutschen wie polnischen Historikern überlassen, die ihre Fähigkeiten zur produktiven Zusammenarbeit längst unter Beweis gestellt hatten. Man hat dann wohl Gründe gesucht, um insbesondere bei alten Menschen Verwirrung zu stiften. Dabei war Erika Steinbach noch nicht bemerkbar. Und sie zählt nicht zu den Personen, die man schnell übersieht. Erst einige Zeit später erschien sie mit wenig Fingerspitzengefühl auf der politischen Bühne, ohne dies hier weiter vertiefen zu wollen.

Nun einige Versatzstücke meiner Erinnerung an Joschka Fischer und Gerhard Schröder, die ich kundtun möchte. Nach meiner Ernennung zum Außenminister durch den Präsidenten war es Joschka Fischer, der als erster gratulierte. So etwas bleibt positiv im Gedächtnis. Als sich Bundeskanzler Schröder bei den stockenden Entschädigungszahlungen für ehemalige Zwangsarbeiter für weitere Summen einsetzte, bot sich für mich die Gelegenheit, ihm persönlich, auch als ehemaliger KZ-Häftling, zu danken. Er war sehr gerührt und merkte, dass dieser Dank von Herzen kam.

In den letzten Jahren verlief der deutsch-polnische Dialog recht vielversprechend. Frau Gesine Schwan wird das aus ihrer Warte und Position

vermutlich bestätigen. Man konnte annehmen, es ist fast alles in Ordnung. Nehmen wir nur die gemeinsamen deutsch-polnisch-dänischen Truppenübungen in Hinterpommern. Plötzlich waren deutsche Soldaten in einer polnischen Stadt gern gesehen. Eine Revolution ohnegleichen. Was haben wir in so kurzer Zeit erreicht! Natürlich sollte man hier erwähnen, dass die überwiegende Mehrheit der heutigen Bewohner Hinterpommerns vor Stalin aus dem polnischen Osten geflohen sind, nach dem Krieg dort angesiedelt wurden und nun in Hinterpommern in der zweiten und dritten Generation leben. Wenn ich mir die psychologische Situation zwischen Deutschen, Franzosen und Niederländern in den Jahren 1945 bis 1949 vergegenwärtige, so misstrauten beide westlichen Nachbarn den Deutschen. Dies änderte sich nur allmählich in der Ära Adenauer, wobei de Gaulle und Adenauer wichtige Schrittmacher waren.

An dieser Stelle möchte ich die Deutschen daran erinnern, dass Polen sich 1990 für die NATO auf dem ganzen deutschen Territorium ausgesprochen hat. Nicht aus Liebe zu den Deutschen, sondern vor allem aus Sicherheitserwägungen. Die Regierung Mazowiecki wollte zugleich eine gute Beziehung mit dem demokratischen, starken Deutschland haben. Deutsche Politiker fast aller Richtungen haben sich um die deutsch-polnische Annäherung bemüht.

Als mittlerweile alter Mensch sinne ich oft über die Bilanz meines Lebens nach. Ich habe mich jahrzehntelang um die polnisch-jüdische Aussöhnung bemüht, staatspolitisch ist einiges erreicht, die Beziehungen des Staates Israel mit Polen sind die besten seit 1948. Ob ich aber zufrieden bin mit den Schritten der aktuellen israelischen Regierung, kann ich nicht behaupten. Als Ehrenbürger Israels bin ich berechtigt, mich hier dazu zu äußern.

Den deutsch-polnischen Beziehungen galt in den letzten vierzig Jahren nicht minder meine Aufmerksamkeit. Als ehemaliger Auschwitz-Häftling, Offizier der Heimatarmee und Teilnehmer des Warschauer Aufstandes ist mir manches eigen, was ich um der Versöhnung und des Brückenbaus willen einzubringen vermochte. Ich war gewiss nicht allein bei diesem Engagement. Nun erleben wir, wie eine Person so viel Porzellan zerschlagen kann. Jeder kann in einer Demokratie sagen, was er für richtig hält. Jedoch schadet es der Meinungsfreiheit, wenn sie – auch in meinem Land – populistisch missbraucht wird. Was ist die Wirkung dessen?

In den letzten zwei Jahren ist eine antideutsche Welle unter den Polen feststellbar, die eingedämmt und überwunden schien. Wollte jemand diese Entwicklung oder ist ihr gegenüber gleichgültig? Das kann sein. Ich unterstelle niemandem bösen Willen, glaube aber, dass viel Unfähigkeit dazu

beigetragen hat. Ich habe im vorigen Jahr, angeregt durch Markus Meckel, einen Artikel über die Fragen des Zentrums gegen Vertreibungen geschrieben. Auch andere wie Bronisław Geremek und Leszek Miller suchten nach Lösungen, das deutsch-polnische Verhältnis vor Schaden zu bewahren und die Zusammenarbeit zu stärken. In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erschienen meine Überlegungen, allerdings mit weitgehenden Kürzungen. Als Resonanz kam eine Welle von unfreundlichen Leserbriefen. Für mich stellte sich plötzlich die Frage: Entweder lesen nur diejenigen die FAZ, die den Polen und mir feindlich gesonnen sind, oder die Redaktion wählte Leserbriefe einseitig aus. Ich weiß dies nicht und möchte es auch nicht prüfen. Ich habe zeitgleich eine Menge anonymer Briefe – wohl nicht von Deutschen – mit dem Tenor bekommen: „Das hast Du nun davon, dass Du ein Deutschland-Freund bist.“ Mit derartig gesinnten Leuten muss ich nicht diskutieren, die wird man nicht bekehren.

Historisch bedeutsam ist nicht das, was in einer Legislaturperiode in Deutschland, Polen oder Frankreich passiert, sondern was wir für unsere Kinder und Enkel aufbauen werden. Die Geschichte setzt mit der Gegenwart ein, heutige Meinungsverschiedenheiten etwa innerhalb der EU verlieren über einen längeren Zeitraum ihr Konfliktpotenzial. In 50 Jahren werden nur noch die Historiker von den Streitigkeiten um die Europäische Verfassung wissen. Wer denkt heute noch an die Streitigkeiten in der Weimarer Republik?

Wichtig erscheint mir, im schnelllebigen politischen Alltag eine Vision formulieren zu können und sich dieser auch verpflichtet zu fühlen. Seine Vision hatte Adenauer, und auch der Papst hat die seine – die Vision einer anderen, besseren Welt, trotz aller unübersehbaren Schwierigkeiten und Konflikte. Was außenpolitisch ratsam ist, gilt innenpolitisch bisweilen als nicht opportun. In die Innenpolitik mische ich mich ungern ein. Nur soviel: Die Innenpolitik läuft in Deutschland und Polen Gefahr, den Reflexen und täglichen Erregungen der Medienlandschaft zu erliegen. Das ist falsch in dem einen wie dem anderen Land, lässt Politik qualitativ verkümmern und geht zu Lasten einer wahrhaftigen Geschichtsdarstellung.

Jeder kann sich zugunsten von Verfolgten oder von Opfern betätigen. Aber nicht unter falschen Vorzeichen. Man sollte Hilfe leisten, wenn Menschen unterdrückt werden. Aber man soll nicht sagen, ich bin ein Walfisch, wenn man kein Walfisch ist. Ich wurde auch heimatvertrieben, aus meiner Geburtsstadt Warschau, ohne deshalb einen Vertriebenenverband zu benötigen. Dort hatte meine Familie seit Napoleons Zeiten ununterbrochen gelebt. Ich wurde innerhalb einer Stunde mit einem Bündel Gepäck gemeinsam mit vierhunderttausend anderen Warschauern vertrieben. Mit einem

Unterschied – nicht nach Hamburg, München, Frankfurt oder Paris, sondern irgendwohin. „Gehe und komme nicht zurück“, befahl man uns. Inzwischen wurde die Stadt systematisch in Schutt und Asche gelegt. Ich mache die Sache nicht zum Gesprächsstoff mit deutschen Politikern, weder tat ich dies als Privatmann noch als Außenminister. Ich käme auch in Zukunft nicht auf die Idee. Die Frage bleibt aktuell: Was soll mit dieser Erinnerung erreicht werden? Wenn es um Geld geht, soll man es offen sagen. Das ist wenigstens ehrlich. Aber dann muss man in Europa die möglichen juristischen Konsequenzen und eventuellen Entschädigungen für das, was den Menschen in Osteuropa durch Hitler und Stalin angetan wurde, bedenken.

Zum Abschluss noch eine Episode aus der schönen Stadt Breslau/Wrocław, wo nebenbei gesagt von Polen ein Denkmal für den Sohn der Stadt, den von den Nationalsozialisten hingerichteten Dietrich Bonhoeffer, aufgestellt wurde. Bei einer Tagung in Breslau traf ich Otto Schily und Kurt Biedenkopf. Bei Tische redeten wir aufs Neue über das Thema Vertreibung. Ich gab den beiden zu verstehen, dass ich mich sachlich überhaupt nicht dazu äußern möchte. Ich bin aber zu jeder Zeit bereit, mich zu diesem Problem im Beisein der zuständigen Vertreter der USA, Großbritanniens und der Russischen Föderation zu äußern. Doch handelt es sich hier um Fragen, die nur im Konjunktiv behandelt werden können, für ein wegweisendes Gespräch taugen sie wenig. Wir haben in Polen und Deutschland, sowohl in der Politik als auch der Gesellschaft, genügend andere und dringlichere Probleme zu lösen.

Im Gedenken an Sinti und Roma¹

Mit dem Überfall Nazideutschlands auf Polen am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg in der Geschichte der Menschheit. Man hatte Angst vor diesem Krieg, denn die Menschen erinnerten sich noch allzu gut an den ersten Weltkrieg, als Hunderttausende Soldaten ihr Leben verloren und noch mehr verletzt wurden, während Hunger, Elend und Krankheiten die Zivilbevölkerung heimsuchten. Es gehörte zum Allgemeinwissen, dass der Krieg das größtmögliche Übel ist. Niemand hatte aber erwartet, dass dieses Übel viel größer sein könnte als das bereits bekannte.

Der Überfall Deutschlands auf Polen und die Besetzung ließen zunächst das Ausmaß an Gräueltaten nicht ahnen, die bald an zahlreichen Völkern begangen werden sollten. Präzise, mit sprichwörtlicher deutscher Genauigkeit, begannen die Nazis, den Plan der systematischen Ausrottung ganzer Völker, die ihrer Ansicht nach minderwertig waren – wie Juden oder Sinti und Roma – in die Tat umzusetzen. Binnen einer relativ kurzen Zeit wurde die ganze jüdische Bevölkerung in Gettos zusammengepfercht, in denen sie, wie sich später herausstellte, nur Tod und Leid erwartete.

Die Pläne der Nazis gegenüber den Roma blieben dagegen sowohl den Polen als auch den Roma selbst zunächst weitgehend unbekannt. Noch zwei Jahre nach Beginn des Kriegs ahnten die meisten nicht, welches Schicksal ihnen zgedacht war. Doch bald sollte die Angst ums Überleben ihr Dasein bestimmen. Während des Zweiten Weltkriegs lebte ich in Warschau an der Grenze zweier Stadtbezirke, Żoliborz und Marymont; in Letzterem lebte damals der größte Teil der Warschauer Roma. Als ich im Frühjahr 1941 nach der Entlassung aus dem KZ Auschwitz nach Warschau zurückkehrte, begegnete ich dort einer relativ großen Gruppe von Roma, die unter elenden Verhältnissen leben mussten. Eines Tages im Jahr 1942 wurden sie alle deportiert. Ihr schreckliches Schicksal drang erst nach einigen Jahren ins Bewusstsein der Menschheit.

¹ Rede, gehalten von Władysław Bartoszewski in Berlin am 16. Mai 2004 anlässlich der Gedenkveranstaltung an Sinti- und Roma-Häftlinge im KL Auschwitz-Birkenau. Der Text stammt aus dem Archiv des Autors.

Denn erst nach der Auswertung der erhaltenen historischen Dokumente in der Nachkriegszeit ist im Fall der Roma in vollem Umfang die gleiche mörderische Zielstrebigkeit zum Vorschein gekommen, die Millionen von Juden zum Verhängnis wurde. Die Exterminierung der „Zigeuner“, wie sie umgangssprachlich abwertend genannt wurden, gehörte von Anfang an ebenso wie der Holocaust an Juden zu den Prioritäten der Rassenpolitik des „Dritten Reiches“.

Noch vor dem Ausbruch des Krieges wurden in Deutschland Angehörige der Roma in Konzentrationslager deportiert und nach dem Überfall auf Polen in überwiegend jüdische Gettos auf dem Territorium des neu errichteten Generalgouvernements abtransportiert.

Kraft des berüchtigten Befehls von Reichsführer Heinrich Himmler vom 16. Dezember 1942 waren „Zigeunermischlinge, Rom-Zigeuner und nicht deutschblütige Angehörige zigeunerischer Sippen balkanischer Herkunft nach bestimmten Richtlinien auszuwählen und in einer Aktion von wenigen Wochen Dauer in ein Konzentrationslager einzuweisen“. Kurze Zeit später wurde dieses Ziellager ausdrücklich als Auschwitz definiert und bereits am 26. Februar 1943 traf dort der erste Zigeunertransport ein. Weitere folgten bis zum Herbst 1944, als die letzte große Gefangenengruppe vergast und das separate „Zigeunerlager“ aufgelöst wurde.

Insgesamt sind in den besetzten polnischen Gebieten in den Vernichtungsstätten Zehntausende Sinti und Roma, die die Deutschen aus ganz Europa hierher verschleppt hatten, auf grausamste Art ums Leben gekommen. Einträge aus den Sterbebüchern und Zeitzeugenberichte lassen das Ausmaß des Grauens nur erahnen – so etwa Nachweise von zumindest vier durchgeführten Massen-Vergasungsaktionen großer Roma-Gruppen, oder die eigenhändigen Notizen des ehemaligen Lagerkommandanten Rudolf Höß.

Die Mehrheit der autochthonen Roma und Sinti im Osten wurde allerdings nicht in Lagern, sondern durch Massenerschießungen umgebracht – einem Hauptmittel der deutschen „Zigeunerpolitik“, das sowohl von Wehrmachtseinheiten als auch von zivilen Besatzungsbehörden im gleichen Maße (vor allem nach Sommer 1941 und dem Überfall auf die Sowjetunion) praktiziert wurde.²

Seit dem 15. Jahrhundert lebten Roma in verschiedenen Teilen Polens. Sie sind derart in das Leben Polens hineingewachsen, dass ihnen der Große

² Vgl. Kazimierz Smoleń/Michael Zimmermann, „Sinti und Roma im KL Auschwitz“, in: *Sterbebücher von Auschwitz*, Bd. 1, hg. v. Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau, München 1995, S. 149.

Sejm im Jahr 1792 die vollen Bürgerrechte zuerkannte. Von den 50 000 Roma, die in der Zweiten Republik Polen – also zwischen 1919 und 1939 – lebten, blieben nur ganz wenige am Leben. Ähnlich wie es keine jüdische Familie gibt, die in dieser Hölle nicht Angehörige verloren hätte, so gibt es keine Familie der Roma, die keine Opfer zu beweinen hätte.

Unser Gewissen verlangt von uns, die Geschichte jener Gruppen zu erforschen, die aufgrund der planmäßigen Vernichtungspolitik durch die Nationalsozialisten ein besonders schlimmes Schicksal erleiden mussten. Das Wissen um die Vernichtung des jüdischen Volkes während des Zweiten Weltkriegs ist heute allgemein bekannt. Dies bedurfte allerdings einer langen und mühseligen Arbeit der Historiker, der Erhebung von Beweismaterial und der Verfolgung der Schuldigen an diesem Völkermord. Dafür stellt heute aber niemand, der bei gesundem Verstand ist, den Holocaust am jüdischen Volk in Abrede.

Dieses Bewusstsein hat sich in Bezug auf die Roma leider noch nicht allgemein durchgesetzt. Aus diesem Grunde obliegt es den Wissenschaftlern und Historikern und auch uns allen, das Los des ermordeten Roma-Volkes in Europa festzuhalten und künftigen Generationen einen Einblick in dieses tragische Schicksal zu ermöglichen.

Entschädigungen für ehemalige Zwangsarbeiter¹

Allein schon die Tatsache, dass ich – ein ehemaliger Häftling und Zwangsarbeiter im KZ Auschwitz – zum heutigen Anlass eingeladen wurde, spricht von dem langen Weg unserer beiden Völker in den vergangenen 60 Jahren. Diese Einladung und die Feier beweisen zugleich die menschliche Fähigkeit zur gegenseitigen Verständigung, auch nach solch tragischen Erfahrungen wie dem Zweiten Weltkrieg.

Die berufliche Tätigkeit des heutigen Jubilars verlief größtenteils parallel zu meiner eigenen. Ihr angestrebtes Ziel war die Errichtung und Festigung einer dauerhaften Brücke zwischen Nationen und vor allem Menschen. In gewissem Sinne feiern wir beide heute also gemeinsam, und es gibt darin nichts Verwunderliches, dass ein Pole und ein Deutscher nebeneinander arbeiten, leben, sich erholen. Diese Art der persönlichen Verständigung ist leicht zu erreichen. Viel schwieriger ist es aber, wenn eine solche Verständigung zwischen zwei Völkern (wenn auch benachbarten) bewirkt werden soll.

Nach Jahren historischer Erfahrungen überwiegend negativer Art (denn diese Erfahrungen bleiben meist am längsten in der sowohl persönlichen als auch kollektiven Erinnerung), nach den Kriegsgräueln, menschlichen Tragödien, massenhaftem Leiden und einer unvorstellbaren Anzahl von vergeudeten Menschenleben, darüber hinaus nach einem halben Jahrhundert der Teilung durch Eisernen Vorhang – nach all den Jahren war die Eröffnung eines neuen Kapitels in den deutsch-polnischen Beziehungen alles andere als einfach und für viele auch alles andere als selbstverständlich.

Doch der Wille zum Dialog bestand und fand auch bald – gemäß dem Sprichwort – seinen Weg. Ich denke hier beispielsweise an solche Gesten und mutige Annäherungsversuche wie den Brief der polnischen Bischöfe aus dem Jahr 1968, wie den Besuch von Willy Brandt in Warschau und seine

¹ Rede, gehalten von Władysław Bartoszewski am 4. Februar 2005 in Kassel anlässlich der Pensionierungsfeier des deutschen Erziehungswissenschaftlers und Historikers Prof. Dietfried Krause-Vilmar (geb. 1939 in Marburg). Der Text stammt aus dem Archiv des Autors.

unvergessene Ehrung der Opfer des Ghetto-Aufstandes, an erste Versuche, die Rechtslage zu klären ... Wertvolle Meilensteine der Versöhnung, die unter den damaligen Bedingungen nicht immer oder nicht im wünschenswerten Maße Früchte tragen konnten. Eine historische Chance für Polen und Deutschland brachte erst der Umbruch der Jahre 1989/90, als die völlig neue geopolitische Lage geradezu nach einer Normalisierung der Beziehungen beider Länder verlangte.

Auf einmal standen beide Seiten vor der Aufgabe, ihre Nachbarschaft aufs Neue zu definieren und nach neuen Dialogkanälen zu suchen. Wir hatten es mit zwei bislang fast komplett getrennten Gesellschaften zu tun, die einander auf einmal ohne den Eisernen Vorhang gegenüber standen und zueinander finden mussten.

Von Anfang an war es klar, dass dies nicht einfach wird. Dass es mehr Hindernisse bei der Verständigung gab als nur den Mangel an einer gemeinsamen Sprache.

In dieser ersten Phase nach dem politischen Umbruch betrafen die polnischen Erwartungen zunächst eine endgültige und definitive Anerkennung unserer westlichen Grenze seitens der Bundesrepublik. Dazu kam die Frage der offenen Rechnung für Schaden, den polnische Staatsbürger infolge nationalsozialistischer Verfolgung während des Krieges erlitten haben. In Deutschland wiederum richtete sich die Aufmerksamkeit auf die deutsche Minderheit in Polen sowie auf die Interessen der Vertriebenen. Gleich zu Beginn stand also fest, dass eine Verständigung nur auf solider Basis der Abrechnung mit der Vergangenheit erfolgen konnte – was übrigens heute erneut und in leider höchst unangenehmer Weise sichtbar wurde. Über die Zukunft kann erst nachdenken, wer die Geister der Vergangenheit begräbt. Und das Begraben ist nicht mit dem *Unter-den-Teppich-kehren* zu verwechseln. Sonst bleibt keine Brücke auf Dauer bestehen und kann kein sinnvolles Gespräch erfolgen.

Zum Muster der schrittweise erfolgenden Problemlösung sogar in schwierigsten Fällen wurde die Entschädigung der Zwangsarbeiter im „Dritten Reich“.

Zugegebenermaßen hat sowohl Deutschland als auch Polen zu Beginn der neunziger Jahre das Kapitel „Abrechnung mit der Vergangenheit“ für abgeschlossen erklärt, doch das Verständnis dieser Deklaration war offensichtlich in beiden Ländern unterschiedlich. In der Bundesrepublik hat man zwar das Schuldgefühl und die Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg akzeptiert, doch gleichzeitig betrachtete man auch die Frage der eventuellen Entschädigung der Opfer als „abgeschlossen“. Polen dagegen erwartete von Anfang an mehr.

Zur Zeit der Regierungen von Tadeusz Mazowiecki und Jan Bielecki gehörte zwar in erster Linie die „Grenzfrage“ zu den Prioritäten. Doch nebenbei verlautbarte die polnische regierende Elite, sie werde alle rechtlich begründeten Forderungen polnischer Staatsbürger nach Wiedergutmachung für während des Zweiten Weltkrieges erlittenen Schaden unterstützen. Es ist eindeutig festzustellen, dass die polnische Regierung niemals von „Kriegsentschädigung“ sprach. Man verwendete den Terminus „Entschädigung für Opfer des Nazi-Systems“.

In der Vorbereitungsphase der deutsch-polnischen Verträge, in denen die Grenzfrage gelöst sowie der politische und juristische Grundstein für gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit gelegt werden sollte, haben sich beide Länder entschlossen, auf dieser Etappe die Entschädigungsproblematik nicht einzubeziehen. Es war keineswegs ein einfaches Versäumnis. Schon damals bestand nämlich das Bewusstsein, dass es sich dabei um einen sehr schwerwiegenden Bereich handelt, einen mit vielen finanziellen und rechtlichen Aspekten, deren Lösung erst nach zeitaufwendiger und penibler Recherche erfolgen konnte. Allein die Auswahl der berechtigten Personen, die Festlegung der Kriterien zur Beurteilung erlittener Schäden und letztendlich die Entscheidung über die Art der Wiedergutmachung würde jahrelange Expertenarbeit bedeuten. Damals gab es dafür einfach keine Zeit. Es mussten zunächst die Grundlagen geschaffen werden. Es musste in erster Linie überhaupt der Weg des Dialogs eingeschlagen werden.

Aus der damaligen Zeit stammt eine polnische Initiative für eine pragmatische Lösung. Entschädigungsforderungen polnischer Staatsbürger wurden als berechtigt anerkannt und sollten als solche von der deutschen Seite wahrgenommen werden. Damit wurde also die Angelegenheit zumindest zum offiziell diskutierten Thema. Die anfänglichen Gespräche führten dazu, dass sich die Regierung der Bundesrepublik bereit erklärte, einen einmaligen Betrag in Höhe von 500 Millionen DM an die Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“ auszus zahlen. Die Aufgabe der Stiftung bestand (laut Vertrag vom 16. Oktober 1991) darin, den besonders geschädigten Opfern des nationalsozialistischen Regimes finanzielle Hilfe zu leisten.

Die einzelnen Leistungen aus der Summe von 500 Millionen DM wurden von der Stiftung nicht als Entschädigung im eigentlichen Sinne ausgezahlt, sondern vielmehr als eine Art humanitärer Unterstützung für ehemalige NS-Opfer, die sich aufgrund schwerster, meist gesundheitlicher Schäden in schlechter materieller Lage befanden. Diese Hilfe wurde weder von juristischen oder privaten Personen noch von deutschen Firmen, die

während des Krieges Nutzen aus Zwangsarbeit gezogen haben, unterstützt. Und gerade dieser Umstand hatte später Bedeutung bei der Diskussion um die Entschädigungen für ehemalige Zwangsarbeiter des „Dritten Reiches“.

Die finanzielle Unterstützungen der Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“, obwohl insgesamt beträchtlich, waren dennoch im Einzelfall gering und entsprachen nicht dem Ausmaß der erlittenen Schäden. Zahlreiche Opfer haben nicht einmal diese humanitäre Hilfe erhalten.

Nichtsdestotrotz hatte diese Leistung eine bedeutende moralische Aussagekraft, sie spielte in den neunziger Jahren eine wichtige Rolle im Versöhnungsprozess.

Der nächste logische Schritt bestand in erwartungsgemäß komplizierten, vielseitigen Verhandlungen der Jahre 1998-2000, abgeschlossen am 17. Juli 2000 in Berlin mit dreifachem Resultat: einem gemeinsamen Beschluss, einem Gesetz des deutschen Bundestages über Gründung der Bundesstiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ (2. August 2000) sowie dem Vertrag zwischen der Bundesrepublik und den USA (17. Juli 2000). Diese drei Dokumente wurden zur juristischen Grundlage und ermöglichten ab Anfang 2001 die Auszahlungen deutscher Gelder an ehemalige Zwangsarbeiter und andere NS-Opfer aus nahezu 80 Ländern (darunter Polen).

Ähnliche Verhandlungen wurden mit der Republik Österreich aufgenommen und führten zur Erklärung der Wiener Konferenz vom 16. Mai 2000 und zum Gesetz des österreichischen Parlaments über die Gründung eines Fonds zu freiwilligen Wiedergutmachungsleistungen für ehemalige Zwangsarbeiter (7. Juli 2000).

Die genannten Erfolge sind die Krönung harter Arbeit und beweisen, dass guter Wille trotz Schwierigkeiten triumphieren kann.

Einerseits erwarteten die geschädigten Länder eine in breiterem Maße angelegte Wiedergutmachungsleistung. Andererseits war die Problematik der Zwangsarbeit während des Zweiten Weltkrieges in der deutschen Gesellschaft nicht genügend bekannt, was zum Teil mit der Ausgrenzung dieses Themas aus dem kollektiven Bewusstsein zu tun hat und mit nicht befriedigender Bildung, was die neueste Geschichte betrifft. Es lebt jedoch noch eine Generation, die in ihrer Jugend mit ausländischen Zwangsarbeitern konfrontiert wurde.

Die Entschädigungen hatten für Deutschland nicht nur eine finanzielle und juristische Seite. Auch eine politische und psychologische. Nämlich die Frage, wie lange die Verantwortung für den Krieg zu tragen ist. Zuweilen ließen sich Stimmen vernehmen, wonach Deutschland bereits genug an Entschädigungen auszahlen musste. Es tauchte sogar die Forderung nach

Entschädigung für deutsche Kriegsgefangene auf, die nach 1945 in sowjetischen Arbeitslagern inhaftiert waren.

In dieser Atmosphäre setzten sich jedoch Aussagen von Deutschen durch, die an die Notwendigkeit von Wiedergutmachung für die angerichteten Schäden und erlittenes Leid glaubten.

Insgesamt brachte die Diskussion der neunziger Jahre eine Wiederbelebung des Interesses an Entschädigungen für NS-Verbrechen sowohl bei Historikern als auch in wirtschaftlichen Kreisen und bewirkte eine positive Wende im gesellschaftlichen Denken.

Seit 1998 wurden darüber hinaus Zeichen der Bereitschaft zum lang erwarteten Abschluss der jüdischen Wiedergutmachungsforderungen sichtbar und erste Vorschläge zur Gründung einer diesbezüglichen Stiftung. Es war eine Initiative der größten deutschen Konzerne, in gewissem Sinne war sie Ausdruck der Befürchtungen, die in den USA eingereichten Klagen würden finanzielle Konsequenzen nach sich ziehen. Nichtjüdische Opfer aus Mittel- und Osteuropa wurden zunächst nicht berücksichtigt. Die Hauptinitiatoren – Deutschland, USA und jüdische Kreise – unterhielten auf dieser Etappe keine Kontakte mit anderen Geschädigten. Erst durch konsequente Bestrebung der (vor allem polnischen) Diplomatie konnte dieser Umstand geändert werden.

Die internationalen Verhandlungen begannen, und unter ihrem Druck haben am 16. Februar 1999 die Vertreter der größten deutschen Firmen, Banken und einer Versicherungsgesellschaft einen Beschluss veröffentlicht, in dem von der Gründung einer Stiftungsinitiative deutscher Unternehmen: „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ die Rede war. Diese Initiative traf auf Zustimmung des deutschen Kanzlers und erlangte sein Unterstützungsversprechen.

Letztendlich fanden sich auch fünf Länder unserer Region am Verhandlungstisch wieder – Polen, Weißrussland, Tschechien, die Ukraine und Russland. Zu den schwierigsten Fragen gehörten Besitzangelegenheiten und Zwangsarbeit, die Festlegung der Gesamtsumme und ihre Aufteilung, die Benennung der eigentlichen Opferzahl sowie die Gewährleistung der juristischen Sicherheit für deutsche Firmenvertretungen in den USA.

Polnische Verhandlungsteilnehmer strebten nach Lösungen von allgemeinem und nicht diskriminierendem Charakter. Es ging, vereinfacht ausgedrückt, darum, dass die Entschädigungen sämtlichen Opfern ungeachtet der Länge und Art ihrer Zwangsarbeit zuerkannt werden. Die Höhe der Summe sollte von dem Grad der erlittenen Verfolgung abhängen. Gefordert wurde, auch jene Menschen als Zwangsarbeiter anzuerkennen, die während des Krieges zur Arbeit in der Landwirtschaft verschleppt wurden. Ihr Anteil

unter den noch lebenden Opfern war nicht nur in Polen, sondern auch in der Ukraine, Weißrussland und Russland beträchtlich.

Wie schwer diese Verhandlungen waren, sollte bereits die Tatsache zeigen, dass nicht einmal in Bezug auf die Definition eines Konzentrationslagers Einigkeit bestand! Die Deutschen wollten nur solche Lager anerkennen, die bereits auf der Liste der früheren Auszahlungen standen. Erst den Historikern – darunter auch deutschen – war es zu verdanken, dass die umstrittene Liste der KZs ergänzt werden konnte. Auch die Dauer der Verfolgung war ein Stein des Anstoßes (vorgeschlagen wurde, dass die Zwangsarbeit per Definition nicht kürzer als ein halbes Jahr dauern durfte). Schließlich erwies sich die Bestimmung der Gesamtsumme und deren Aufteilungskriterien als sehr aufwendig.

Die Tatsache, dass diese Gespräche letztendlich abgeschlossen werden konnten, dass das Geld gesammelt wurde, dass bis zum heutigen Tag die Prozedur der Auszahlung an Geschädigte fast zu Ende gebracht wurde, beweist die enorme Entschlossenheit der verhandelnden Repräsentanten verschiedener Länder (darunter Polens und Deutschlands). Das Ziel der polnischen Seite war nicht die Beurteilung des gegenwärtigen Deutschlands, sondern vielmehr der endgültige Abschluss eines dunklen Kapitels der Geschichte. Für die deutsch-polnischen Beziehungen bedeutete dies die Verheilung einer alten Wunde.

Nicht übersehen werden sollte auch die Rolle der Verhandlungen für die historische Bildung, da sie vor Augen der Medien und damit der Öffentlichkeit stattgefunden haben. Im Laufe der Verhandlungen kam öfter die Erinnerung an Krieg zur Sprache, darunter viele allgemein nicht bekannte Fakten und Geschichten. In vielen Ländern entstanden als unmittelbare Folge der Verhandlungen Institute zur Erforschung der Kriegsgeschehnisse, breites Publikum gewann Zugang zu bislang unveröffentlichten Archiven. Das hat natürlich enorme Bedeutung, vor allem in Hinsicht darauf, dass es immer weniger Augenzeugen des Zweiten Weltkrieges gibt. Gestärkt wurde auch die Überzeugung, dass Kriegsverbrechen nicht verjähren.

Gemäß dem endgültigen Resultat der Verhandlungen stand den ehemaligen Zwangsarbeitern in Polen insgesamt 1,812 Milliarden DM zu. Die Stiftung Polnisch-Deutsche Aussöhnung wurde zur kompetenten Partnerorganisation erklärt und mit den Auszahlungen in der Republik Polen betraut.

Ich darf an dieser Stelle die enorme Rolle der Stiftung nicht vergessen. Allein die Erstellung des riesigen Opferarchivs und später die systematische Auszahlung verdient größte Anerkennung. Nach dem Stand der Dinge von Ende Oktober des vergangenen Jahres haben im Rahmen der ersten Rate 462 687 Personen die Auszahlung erhalten, im Rahmen der zweiten waren

es 456 704. Die polnische Stiftung und die deutsche Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ nehmen an, dass die Auszahlung aller Wiedergutmachungsleistungen in Polen im ersten Quartal des Jahres 2005 zu Ende gehen wird.

Am Rande der Verhandlungen über Entschädigung für ehemalige Zwangsarbeiter tauchten auch spontan zahlreiche neue deutsch-polnische Initiativen auf, sie sind Ausdruck unserer neuesten Beziehungen. Dazu gehören z. B. zusätzliche finanzielle Mittel aus dem Budget der deutschen Bezirke, auf deren Gebiet während des Krieges Zwangsarbeiter aus Polen beschäftigt waren.

Die Zusammenarbeit mit der deutschen Selbstverwaltung nimmt verschiedene Formen an. Es werden u. a. Einladungen an ehemalige Zwangsarbeiter verschickt. Während der Reisen nach Deutschland treffen sich die damaligen Opfern mit der heutigen Jugend und mit den Bewohnern der Orte, an denen sie Zwangsarbeit leisteten.

Auf diese Weise entsteht ein Dialog zwischen Menschen, zwischen Gesellschaften, zwischen Völkern – es ist ein in der Geschichte verwurzelt und dennoch in die Zukunft gerichtetes Kapitel der Beziehungen zwischen unseren Ländern.

Wochenkommentar für die deutsche Redaktion von Radio Vatikan, 10. Juni 2006¹

Heute möchte ich nochmals zu dem für mich persönlich und für meine Landsleute wichtigen Thema der Ende Mai stattgefundenen Pilgerreise des Heiligen Vaters Benedikt XVI. nach Polen zurückkehren. Die inzwischen vergangenen Wochen erlauben mir tiefer über die Bedeutung dieses Besuches für die Menschen in meiner Heimat (besonders für die jüngere Generation) zu reflektieren, auch darüber, welche Früchte in greifbarer Zeit zu erwarten sind – vor allem im Sinne der für den Heiligen Vater so wichtigen Stärkung der Liebe zu Gott und im Geiste dieser Liebe auch der zwischenmenschlichen Versöhnung. Darunter insbesondere – nicht zuletzt in Hinsicht auf die Nationalität des Papstes – weitere Annäherung zwischen den deutschen und den Polen, zweier Völker, verwickelt in die tragischen Geschehnisse des 20. Jahrhunderts. Der Vorgänger Benedikts des XVI., Johannes Paul II., sah in diesen gemeinsamen Erfahrungen das Maß des Bösen, das von Gott zugelassen, aber von Menschen zugefügt wurde.

Viele Millionen verfolgten mit Interesse den Verlauf der Pilgerreise Benedikts des XVI. nach Polen. Vielleicht können Sie sich die persönliche Anteilnahme der Polen – und zwar nicht nur der Gläubigen – an diesem Besuch nicht ganz vorstellen. Für die einen war er unser Heiliger Vater. Für die anderen ein herausragender deutscher und europäischer Intellektueller. Und in erster Linie unser Gast. Diese Reise wurde dementsprechend von hohen Erwartungen begleitet. Einen Ausdruck der Sympathie für Benedikt den XVI. bildeten gleich nach der Landung der Alitalia-Maschine die zahlreichen Transparente, von denen der Papst von den ersten Augenblicken seines Aufenthalts in Warschau umgeben war. Diese hauptsächlich von der Jugend vorbereiteten Transparente sprachen auf Deutsch: „Grüß Gott, Heiliger Vater“ und „Du bist unser Papst“. Beim Zusammentreffen mit dem Heiligen Vater in Krakau, der mittelalterlichen Hauptstadt Polens, erschienen 600 000 Schüler und Studenten, die zusammen in einer Mischung aus Italienisch und Deutsch skandierten: „Benedetto, wir lieben Dich.“

¹ Der Text stammt aus dem Archiv von Władysław Bartoszewski.

Die Lehre des Papstes gegenüber diesen jungen Menschen war eindeutig und anspruchsvoll zugleich. Er erinnerte die polnischen Katholiken daran, dass der Glaube an Christus zur Treue gegenüber der Kirche verpflichtet, der sie angehören. Dass kein Weg zu Christus ohne oder außerhalb der Kirche führt. Er erinnerte auch an Petrus, den wahren Felsen, an dem die Kirche auf Erden erbaut wurde. Mit dem offiziellen Protokoll der öffentlichen päpstlichen Auftritte hatten die Stationen der Pilgerreise des Heiligen Vaters – in Warschau, Krakau, Tschenstochau, aber auch in Wadowice und Kalwaria (dem bekannten Pilgerziel in Südpolen) – wenig gemeinsam. Er bat die Gläubigen um Gebete für ihn und die gesamte Kirche, so wie man früher in Polen auch für Johannes Paul den II. gebeten hat, auf dessen Spuren Benedikt XVI. nun pilgerte. Er bat auch um Gebete für die rasche Beatifizierung von Johannes Paul II. Warm und herzlich berührte er auch immer wieder die Menschen mit seinen Versuchen, Polnisch zu sprechen, eine Sprache, die er speziell vor dieser Pilgerreise lernte. Man sah darin den Ausdruck der persönlichen Freundlichkeit des Heiligen Vaters gegenüber dem polnischen Gottesvolk.

Am 19. April dieses Jahres haben die Geburtsorte von Johannes Paul II. und Benedikt XVI., Wadowice in Polen und Marktl am Inn in Bayern eine offizielle Partnerschaft geschlossen, begleitet von Feierlichkeiten in Marktl am Inn, unter Beteiligung einer polnischen Delegation und der Bürgermeisterin von Wadowice, die in Bayern herzlich begrüßt wurde.

Viele Persönlichkeiten der Kirche, aber auch der Medien und der Politik stellen sich die Frage, inwieweit der Besuch gerade dieses Papstes zur Vertiefung der deutsch-polnischen Versöhnung beitragen wird. Persönlich beurteile ich die Beziehungen unserer Länder positiv, obwohl sie noch besser und näher sein könnten. Als es mir gegeben war, vor 40 Jahren erste Kontakte mit deutschen Katholiken zu knüpfen, konnte ich mir nicht vorstellen, dass es möglich sein wird, im Laufe meines eigenen Lebens so viel zu erreichen. Seit 15 Jahren werden die Beziehungen unserer Länder von dem Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit geregelt, der noch in der Ära von Kanzler Helmut Kohl von Hans Dietrich Genscher und Krzysztof Skubiszewski unterzeichnet wurde. Dieser Vertrag gilt nach wie vor und ist von beiden Seiten bestens respektiert. Die manchmal entstehenden Missverständnisse oder Irritationen sollten vielmehr als ganz normale Meinungsunterschiede innerhalb einer Familie betrachtet werden. Einer differenzierten europäischen Familie. Junge Soldaten der Bundeswehr und ihre polnischen Gleichaltrigen üben heute im Rahmen der NATO auf Manövern in Hinterpommern gemeinsam mit dänischen Kollegen. Es ist inzwischen selbstverständlich und wundert niemanden.

Millionen von Menschen überschreiten in beide Richtungen die Grenze an der Oder und Neiße – mit der Bahn, dem Auto, dem Fahrrad oder zu Fuß. Auch das ist mittlerweile selbstverständlich. Das deutsche Fernsehen und Radio können in Polen empfangen werden, und wer möchte, hat auch in Deutschland unbeschränkten Zugang zu polnischen Medien. Es bestehen zwar gewisse Differenzen wie z. B. die Tatsache, dass 2 Millionen polnische Gymnasiasten Deutsch lernen, auch wenn Polnisch in Deutschland keinen vergleichbaren Rang genießt. Es gibt aber deutscherseits deutliches Interesse am polnischen Film, Musik, und bildenden Künsten. In polnischen Städten sind überall deutsche Touristen anzutreffen – viele von Ihnen wundern sich über die an Feiertagen vollen katholischen Kirchen. Und gerade die Tatsache, dass wir gemeinsam der christlichen Wurzeln Europas bewusst sind, macht uns einander noch näher. Die Pilgerreise des „deutschen“ Papstes nach Polen kann dabei nur positive Folgen haben: Vor allem stärkt sie die Überzeugung aller Polen, die in der heutigen Bundesrepublik einen guten und glaubwürdigen Nachbar sehen.

Wochenkommentar für die deutsche Redaktion von Radio Vatikan, 17. Juni 2006¹

Vergangene Woche erwähnte ich die Bedeutung des fünfzehnjährigen Jubiläums der Unterzeichnung des Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen, die bekanntlich im Juni 1991 in Bonn stattgefunden hat. Vor wenigen Tagen konnte ich an einem anderen deutsch-polnischen Treffen in Warschau teilnehmen. Von der deutschen Seite erschien der frühere Bundespräsident Richard von Weizsäcker und die ehemalige Bundestagsvorsitzende Prof. Rita Süßmuth. Unter den polnischen Repräsentanten der Konferenz über die europäische Bedeutung der deutsch-polnischen Verständigung waren zwei langjährige Teilnehmer des Dialogs christlicher Kreise Polens und Deutschlands. Ich war der eine, doch die besonders kompetente Rolle erfüllte hier der frühere Premierminister Polens, Tadeusz Mazowiecki, dessen Gespräche mit Helmut Kohl in Warschau und in Kreisau – dem früheren Gutshof der Familie von Moltke – seinerzeit den Anstoß zur neuen Etappe in den Beziehungen unserer Länder gaben.

In ihrem Brief schrieb Kanzlerin Angela Merkel, die Unterzeichnung des Vertrags am 17. Juni 1991 war und bleibt ein Ausdruck des Willens, die schmerzliche Teilung der Vergangenheit endgültig abzuschließen. Sie bildet gleichzeitig die Chance auf dauerhafte Versöhnung. Und die Versöhnung bedeutet vor allem Erinnerung, schloss sich Angela Merkels Worten Präsident von Weizsäcker an. Er erwähnte, wie wichtig es ist, dass unsere Länder gemeinsam zur Nato und zur EU gehören. „Es ist ein großes Glück für meine Generation, dass wir etwas erleben, wovon wir in unserer Jugend nicht einmal zu träumen gewagt hätten“, sagte er.

Ich teile seine Ansicht, nicht zuletzt deshalb, weil uns tiefe christliche und weltanschauliche Gemeinschaft verbindet – wie auch unsere gemeinsame Generation, obwohl wir Söhne zweier so tragisch verfeindeter Nationen sind. Ich erinnerte mich an die abschließenden Worte meiner früheren Ansprache, die ich – damals als Außenminister – während der Sondersitzung von Bundestag und Bundesrat am 28. April 1995 in Bonn halten konnte:

¹ Der Text stammt aus dem Archiv von Władysław Bartoszewski.

„Das Gedenken und die historische Reflexion müssen unsere Beziehungen begleiten. Sie sollten dafür jedoch nicht Hauptmotivation sein, sondern den Weg bereiten für die gegenwärtigen und in die Zukunft gerichteten Motivationen. Die Beziehungen unserer Völker und Staaten haben heute eine europäische Dimension erlangt – unsere Nachbarschaft wird in hohem Maße darüber entscheiden, ob und wann das geteilte Europa zusammenwachsen wird. Die Zusammenarbeit beider Staaten im geeinten Europa gehört heute zu den wichtigsten Zielen und Begründungen unserer bilateralen Beziehungen. Sie verleiht ihnen den Sinn und liefert dafür vielerlei Motivationen. Mit Blick auf die junge Generation von Polen und die junge Generation von Deutschen, auf die, so walte Gott, glücklichen Menschen des 21. Jahrhunderts.“

Nach elf Jahren sind diese Gedanken immer noch aktuell. Ähnliche Ansichten wiederholte auch während der genannten Konferenz der jetzige Premierminister Polens – ein engagierter Katholik – Kazimierz Marcinkiewicz. Seiner Meinung nach würde die Menschen nichts näher bringen als unmittelbare Kontakte mit dem Nachbarland, mit seiner Geschichte und menschlichen Mentalität. Polnische Teilnehmer des Treffens betonten ebenfalls die zwar noch schwierig zu bewertenden, aber trotzdem bereits klar sichtbaren positiven Folgen der polnischen Pilgerreise des Papstes Benedikt XVI. für die Annäherung der Menschen guten Willens in Polen und Deutschland.

Die Freundschaft muss aufgebaut werden¹

Für einen Gast aus Polen ist die Ansprache anlässlich des Tages der deutschen Einheit gerade in Potsdam eine besondere Herausforderung, und zwar aus historischer und psychologischer Sicht. Potsdam hat nämlich eine zwiespältige symbolische und emotionale Bedeutung: einerseits als Bühne des abschließenden Kapitels der tragischen Kriegsjahre, andererseits steht der Potsdamer Cecilienhof neben Jalta für den Ursprung der neuen Ordnung in Europa. Einer Ordnung, die mit der Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen und einer neuen Grenzziehung in Europa begann, bald danach aber zur jahrzehntelangen Spaltung des gesamten Kontinents, wenn nicht sogar der Welt, führen sollte, deren Folgen nach wie vor mühsam überwunden werden müssen.

Hier wurde die Entstehung des Ostblocks besiegelt, aber hier hörte – 44 Jahre später – derselbe Ostblock auf zu existieren. In diesem Sinne möchte ich meinem heutigen Auftritt eine etwas breitere, europäische Perspektive verleihen. Denn die Vereinigung Deutschlands steht gleichzeitig für die Vereinigung Europas – genauso wie die Berliner Mauer zum Synonym des Eisernen Vorhangs wurde und ihr Fall zum Symbol der zurückkehrenden Freiheit nicht nur in der früheren DDR, sondern genauso in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und anderen Ostblockstaaten.

Die heutige Feier ist für mich die beste Gelegenheit, um daran zu erinnern, dass der Umbruch der Jahre 1989/90, der Fall der Berliner Mauer und all die – oft nicht einfachen – Veränderungen der letzten 16 Jahre kaum möglich wären ohne die beispiellose Opferbereitschaft, Entschlossenheit und das Freiheitsstreben der Osteuropäer.

Die ost- und mitteleuropäischen Länder konnten den Weg des demokratischen Wandels vor allem dank den Anstrengungen der eigenen Völker betreten. Mit Nachdruck gilt es zu betonen, dass die Ordnung von Jalta und Potsdam nicht in die Brüche gegangen ist, weil die westliche Welt – darunter Westeuropa – von der Sowjetunion schließlich die Einhaltung von Verpflich-

¹ Festrede, gehalten von Władysław Bartoszewski am 2. Oktober 2006 in der Nikolaikirche in Potsdam anlässlich des Tags der deutschen Einheit. Der Text stammt aus dem Archiv des Autors.

tungen erzwungen hat, die die Alliierten auf der Krimkonferenz im Februar 1945 gegenüber den europäischen Völkern in ihrer Erklärung über das Nachkriegseuropa eingegangen sind. Diese Ordnung ist gescheitert, weil die Völker Ost- und Mitteleuropas selbst nicht mehr willens waren, die totalitäre Vorherrschaft des Sowjetimperiums zu dulden, und Moskau aus politischen wie wirtschaftlichen Gründen nicht mehr in der Lage war, sich diesen Bestrebungen zu widersetzen.

Selbstverständlich haben westliche Demokratien die Unabhängigkeitsambitionen der mitteleuropäischen Völker moralisch und politisch unterstützt. Es war aber letztendlich die entschiedene Haltung der Polen, Tschechen, Ungarn, Litauer, Rumänen und Ostdeutschen nötig, um diese Bestrebungen in die Tat umzusetzen. Diese Menschen haben enorme Entschlossenheit an den Tag gelegt. Aber sie haben in den nachfolgenden Jahren auch zum größten Teil die Kosten der wirtschaftlichen Transformation zu spüren bekommen.

Ähnlich wie die Berliner Mauer war die deutsch-polnische Grenze jahrzehntelang der Hauptgrund für die mangelnde historische Stabilisierung in diesem Teil Europas. Im Rahmen des kommunistischen Systems gab es zwar sowohl in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik als auch in der Volksrepublik Polen demagogische Deklarationen über Freundschaft und die politische Zusammenarbeit beider Länder, doch das waren leere Phrasen ohne jede wirkliche und demokratisch begründete Unterstützung der Bürger. Nicht zuletzt dank der Entstehung einer antikommunistischen Opposition in den siebziger Jahren und der Gründung der ersten unabhängigen Gewerkschaft „Solidarność“ im Sommer 1980 konnte das zuvor Udenkbare möglich werden.

Die historische Wende der Jahre 1989/90 und die Wiedervereinigung Deutschlands führte zum Durchbruch in den deutsch-polnischen Beziehungen und zur Etablierung einer dauerhaften Basis für die gegenwärtigen und künftigen Beziehungen zwischen unseren Staaten. Der Vertrag zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, der am 17. Juni 1991 in Bonn unterschrieben wurde, bildet den Abschluss der tragisch belasteten Zeit in der Geschichte von Deutschen und Polen, eine optimistische Vorankündigung eines neuen Gefüges im Rahmen der gemeinsamen europäischen Ordnung. Aus der Perspektive der letzten Jahre ist die Bedeutung dieses Vertrags und seine Wirkung bis zum heutigen Tag beispiellos – trotz so mancher Schatten der Vergangenheit, die unsere Nachbarschaft zu verfolgen versuchen.

Damals, 1989/90 hat es Überlegungen gegeben, wie das polnische Volk, die polnische Gesellschaft, die polnische Öffentlichkeit auf die Wie-

dervereinigung Deutschlands reagieren würde. Die damalige britische Premierministerin hat sich skeptisch geäußert. Einige französische Politiker haben Bedenken formuliert. Die Amerikaner haben künftige Entwicklungsmöglichkeiten geprüft. Letztendlich waren aber gerade die Polen das Volk, welches die Wiedervereinigung Deutschlands sofort akzeptiert hat. Allerdings mit einer Bedingung: kein neutrales Deutschland, keine separate Ex-DDR-Zone, sondern ein wiedervereinigtes, westeuropäisches, in der NATO verbleibendes Deutschland. Das haben die Polen gewollt – von Anfang an. Nicht nur im Interesse der Deutschen, sondern vor allem in ihrem eigenen. Denn zur Wahl stand entweder ein schwarzes Loch westlich und östlich oder eine künftige offene Grenze und der Anschluss an die schon bestehenden westeuropäischen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Strukturen.

Sehr hoch schätzte man damals die verschiedenen Äußerungen seitens der deutschen Politik, ähnlich wie mit Frankreich zu Polen freundschaftliche Beziehungen entwickeln zu wollen. Allerdings: Eine Freundschaft muss man aufbauen, und Freundschaften aufzubauen ist ein mühsamer Prozess. Jeder von uns hat hundert Bekannte, aber nur wenige Freunde im europäischen Sinn des Begriffes „Freundschaft“. Die Europäer verbinden mit dem Begriff Freundschaft ein gewisses Denken und Handeln, Zuverlässigkeit, Dauerhaftigkeit und Stabilität. Der Freund ist oft mehr als die Familie. Der Freund ist oft mehr als der Partner. Und in dieser Bedeutung des Wortes – ich glaube, viele von uns denken so – verstehen wir den Aufbau der Freundschaft als einen sehr wichtigen und dauerhaften Prozess.

Man muss über das Sich-besser-kennenlernen und über die Normalität, die man erreicht hat, auch die Freundschaft erreichen. Aber das ist vorrangig eine große Aufgabe für die kommenden Generationen. Für einen kritischen Blick auf die Geschichte der Menschheit braucht man neue Persönlichkeiten, neue Perspektiven, braucht man einen unvoreingenommenen Blick. Und natürlich ist es leichter, dass Jüngere diesen Blick und diese Perspektive einnehmen. In diesem 21. Jahrhundert werden wir voraussichtlich mit den Deutschen nicht nur im Rahmen der Normalität, sondern im Rahmen der fortschreitenden Freundschaft oder zumindest im Rahmen des fortschreitenden Aufbaus einer Freundschaft zusammenleben können.

Unsere Aufgabe war und ist es, alles zu tun, um die systematisch aufgebaute Kluft oder ihre Überreste zu überwinden; denn diese sind leider noch bis heute zu spüren. Und das sage ich offen, denn ich fühle mich hier als Freund dieses Landes und dieses Volkes: Eine wahrhaftige Freundschaft zu Deutschland bleibt unser Ziel, und wir sehen den guten Weg zur Vertiefung unserer Beziehung gerade in der gegenseitigen Partnerschaft und

Zusammenarbeit in einer europäischen Völkergemeinschaft, ebenso in der Europäischen Union wie auch in der NATO.

Daneben darf man die anderen Beziehungen nicht unterbewerten: die Kontakte auf parlamentarischer Ebene, die Kontakte der Länder, die der Jugendlichen untereinander, die Städtepartnerschaften. Vor allem sind es aber die zwischenmenschlichen Kontakte auf alltäglicher Basis, die letztendlich über das heutige und künftige Verhältnis zwischen unseren Völkern entscheiden. Ich habe die Ehre gehabt, einmal Herrn Ministerpräsident Prof. Biedenkopf in Görlitz und in Zgorzelec zu treffen. Prof. Biedenkopf hat mir mit Stolz die neue Grenzstation, die schönen Gebäude, gezeigt. Ich habe aber zu ihm gesagt: „Lieber Herr Professor, hätte es nicht ausgereicht, eine größere Baracke zu bauen? Wozu diese festen Häuser an der Grenze?“

Der italienische Autor Umberto Eco verglich in seinem neuesten Buch (*Die geheimnisvolle Flamme der Königin Loana*, 2004) die Zukunft mit dem Weitsprung. Um zu springen, muss der Sportler zunächst einige Schritte rückwärts gehen, um ausreichend Platz für den notwendigen Anlauf zu schaffen. Auch der „Sprung“ in die Zukunft gelingt nur dann, wenn er von historischem Rückblick begleitet wird. Das Gedenken und die historische Reflexion müssen natürlich unsere Beziehungen begleiten. Sie sollen jedoch nicht Hauptmotivation sein, sondern den Weg bereiten für die gegenwärtigen und in die Zukunft gerichteten Aufgaben.

Das Verhältnis unserer Völker hat heute eine europäische Dimension erlangt. Die Zusammenarbeit beider Staaten im geeinten Europa gehört zu den wichtigsten Zielen unserer bilateralen Beziehungen, sie verleiht ihnen den eigentlichen Sinn: mit Blick auf die Zukunft junger Generationen von Polen und Deutschen im 21. Jahrhundert, das sowohl neue Chancen als auch bislang nie da gewesene Probleme sicherheitspolitischer Natur mit sich bringt. Anstelle der traditionellen Konflikte zwischen zivilisierten Ländern treten nun das organisierte Verbrechen, der Terrorismus und ökologische Katastrophen. Polen und Deutschland stehen in diesem Zusammenhang vor einer gemeinsamen Herausforderung von gesamteuropäischer, ja sogar globaler Bedeutung. Um ihr gerecht werden zu können, müssen wir zunächst die immer noch vorhandenen Klischees abbauen und in das gegenseitige Wissen investieren – nicht im Sinne der aus der vergangenen Epoche bekannten demagogischen Freundschaftsdeklarationen, sondern in schlichter und pragmatischer Anerkennung der Vorteile für beide Seiten.

Aus meiner Position als Zeitzeuge möchte ich die astronomische Distanz betonen, die uns heute von den tragischen Ereignissen der Vergangenheit trennt. Als 18-Jähriger stand ich am Appellplatz von Auschwitz, und nun habe ich die Ehre, in der geschichtlich geprägten Stadt Potsdam –

als Laureat des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels, des Brückepreises der Europastadt Görlitz/Zgorzelec, mehrfacher Doktor *honoris causa* deutscher Universitäten und Träger des Großkreuzes des Bundesverdienstkreuzes – eine Festrede anlässlich der Wiedervereinigung Deutschlands zu halten. Und das ist *pars pro toto* der Ausdruck der geistigen, moralischen und politischen Revolution in den nicht immer einfachen Beziehungen zwischen unseren Nationen. Mit diesem optimistischen Akzent und mit der Hoffnung, dass uns die nächsten Jahrestage der deutschen Wiedervereinigung noch mehr Grund zum Optimismus geben werden, bedanke ich mich für Ihre Bereitschaft, meinen Worten zuzuhören.

Nicht gegeneinander, sondern zusammen¹

Heute sind wohl nur Freunde hier in diesem Raum versammelt. Die anderen sind entbehrlich. Vielleicht wird unsere historische Forschung später viele weitere Leute anziehen und überzeugen. Bei der heutigen Veranstaltung haben wir jedoch keine Möglichkeit, jemanden zu überzeugen, der es noch nicht ist. An diese uns freundlich gesinnten Leute richte ich also meine Worte und werde deshalb auch deutsch sprechen.

Gott sei Dank bin ich jetzt außer Dienst, sozusagen ein lustiger Greis, der keine protokollarischen Begrenzungen kennt und zu nichts verpflichtet ist. Ich kann sagen, was ich will, oder auch schweigen.

Meine Damen und Herren, in Deutschland bin ich nun seit mehreren Jahren als Redner mit Erfahrung bekannt, vor allem in Bayern, wo ich sieben Jahre als Gastprofessor tätig war. Heute freut es mich dennoch sehr, dass ich die große Ehre habe, zusammen mit einem alten Bekannten und Freund, Richard von Weizsäcker, hier in Berlin auftreten zu dürfen.

Wie Sie wissen, gehören wir derselben Generation an, der auch der vor Kurzem verstorbene Papst angehörte, der ebenfalls Jahrgang 1920 war. Dazu zählt aber auch der noch aktive Politiker Schimon Peres, ein polnischer Jude, Jahrgang 1923, der aufs Neue in Jerusalem politisch aktiv ist. Eventuell kann man in diesem Zusammenhang auch noch den deutschen Papst Joseph Ratzinger, Jahrgang 1927, nennen. Alle sind wir Leute des 20. Jahrhunderts.

Der verstorbene Papst hat in seinem letzten Buch über „Erinnerung und Identität“ nachgedacht. Die totalitäre Entwicklung, die millionenfachen Verluste und das Leid unschuldiger Menschen in der ganzen Welt, insbesondere in Europa, hat er als gläubiger und reflektierender Mensch als das „Maß des Bösen im 20. Jahrhundert“ bezeichnet.

Ich wünsche allen Menschen in unseren beiden sowie in vielen anderen Ländern in dem jetzigen 21. Jahrhundert alles Gute.

¹ Ansprache zur Eröffnung des Zentrums für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften, gehalten am 23. November 2006 an der Freien Universität Berlin. Władysław Bartoszewski, „Rede des Außenministers a. D. Prof. Władysław Bartoszewski“, in: *Historie. Jahrbuch des Zentrums für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften* 1/2007-2008, S. 20–25.

Erlauben Sie mir, dass ich ein bisschen in die Vergangenheit zurückschaue, schließlich sind wir doch aus einem historischen Anlass hierhergekommen: der Gründung eines historischen Forschungszentrums.

Im akademischen Jahr 1982/83 hatte ich die große Freude, ein Jahr in Berlin verbringen zu können. Damals war Richard von Weizsäcker Regierender Bürgermeister und ich als Fellow am Wissenschaftskolleg zu Berlin in Dahlem. Mit mir waren dort, um zuerst die schon nicht mehr unter uns Weilenden zu nennen, Stanisław Lem, Axel von dem Bussche und Wolfgang Kraus aus Wien. Von den noch Lebenden ist György Konrád weiterhin aktiv, der damals in der Pacelliallee im selben Treppenaufgang wohnte wie ich. Das war damals für mich vor genau 25 Jahren ein sehr interessantes Jahr und zugleich eine erste tiefere Einführung in das Innenleben dieser Stadt, die mir im Vergleich mit anderen deutschen Städten am wenigsten bekannt war.

Es ist doch eine ziemlich paradoxe Entwicklung der Geschichte, dass wir gerade hier, im wiedervereinigten Berlin, zusammen etwas Neues beginnen können. Paradox auch deshalb, weil ich mich als einer der damaligen erwartungsvollen Stipendiaten heute in der Gesellschaft von bedeutenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in Deutschland wiederfinde.

Und noch ein Beispiel aus der Geschichte: Im Oktober 1986, vor fast genau 20 Jahren, hatte ich die Ehre, den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels in Empfang zu nehmen. Als Ehrengast saß der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker in der ersten Reihe. Wie es sich gehört, hielt ich zu diesem Anlass eine Rede. Liebe Freunde, ich möchte Sie, vor allem die ehemaligen Ostdeutschen unter Ihnen, daran erinnern, dass ich damals Bürger der Volksrepublik Polen war und einen gültigen Pass dieses Landes in der Tasche hatte. Damals am 5. Oktober 1986 sagte ich in der historischen Paulskirche in Frankfurt am Main Folgendes:

„In den Büchern des Alten Testamentes finden wir die Warnung Moses, die er seinem Volk nach schweren Erfahrungen zurief: Denk an die Tage der Vergangenheit, lerne aus der Geschichte. (Deuteronomium 32,7). Die Generation, der ich angehöre, hat die Mauern und Drahtverhaue, welche die Menschen trennten, mit eigenen Augen gesehen. Die Mauern des Ghettos in Warschau und anderswo, die Mauer, die jahrelang quer durch Jerusalem verlief, und die Mauer, die bis heute Berlin teilt. Am wichtigsten ist es, all das zu unterstützen, was die Menschen verbindet und sich all dem zu widersetzen, was die Menschen gegen ihren Willen trennt.“

Das war keine Prophezeiung, es war weniger und mehr. Es entsprach meiner tiefsten Überzeugung, dass dieser Zustand überwunden werden muss und wird.

Als ich ein Jahr danach Gastprofessor in München wurde und einige Semester am Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft arbeiten durfte, sagte ich meinen deutschen Studenten immer Folgendes: „Kinder, Kinder, ihr werdet noch das wiedervereinigte Deutschland im neuen Europa erleben. Die Wende wird kommen. Wann, weiß ich nicht. Vielleicht werde ich das nicht mehr erleben können. Aber ihr werdet im wiedervereinigten Deutschland leben.“ Meine Assistenten trugen mir später zu, die Studenten seien der Meinung, der Romantiker aus dem Osten, der Slawe, sei ein lieber Professor, aber er spinne gelegentlich. Das sei ganz natürlich, denn was sollte er sonst tun. Na gut, aber letztendlich habe ich damit nicht zum ersten Mal recht behalten und gewonnen. Aber nicht nur ich, sondern alle haben dabei gewonnen, und das war gut so.

Niemals hätte ich oder ein Pole bei normalem Verstand, wenn es solche Leute in meinem Land überhaupt noch gibt, jedoch gedacht, dass es zu einem Auftritt des polnischen Außenministers im Bundestag in Bonn, also im Parlament des wiedervereinigten Deutschlands kommen könnte. Dies geschah tatsächlich zum ersten Mal in der Geschichte. In meiner Biografie war das ein Höhepunkt. Während der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages und des Bundesrates zum Jahrestag des Kriegsendes und des Endes der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft am 28. April 1995, die die damalige Bundestagspräsidentin, Frau Professor Dr. Rita Süßmuth, leitete, sprachen Frau Süßmuth selbst, der damalige Präsident des Bundesrates Johannes Rau und ich. Dabei hatte ich die Möglichkeit, 95 Minuten lang relativ schnell zu reden, so dass ich eine Menge Dinge sagen konnte.

Damals sprach ich unter anderem über das Verhältnis von Geschichte, Gegenwart und Zukunft: „Das Gedenken und die historische Reflexion müssen unsere Beziehungen begleiten. Sie sollten dafür jedoch nicht Hauptmotivation sein, sondern den Weg bereiten für die gegenwärtigen und in die Zukunft gerichteten Motivationen, Die Beziehungen unserer Völker und Staaten haben heute eine europäische Dimension erlangt. Unsere Nachbarschaft wird in hohem Maße darüber entscheiden, ob und wann das geteilte Europa zusammenwachsen wird. Die Zusammenarbeit beider Staaten im geeinten Europa gehört heute zu den wichtigsten Zielen und Begründungen unserer bilateralen Beziehungen. Sie verleiht ihnen den Sinn und liefert dafür vielerlei Motivationen.“ Und ergänzend: „Mit Blick auf die junge Generation von Polen und die junge Generation von Deutschen, auf die, so walte Gott, glücklichen Menschen des 21. Jahrhunderts.“

In ähnlicher Weise hat sich auch Karol Wojtyła mehrfach geäußert, mein Landsmann und Angehöriger derselben Generation. Er besuchte in denselben Jahren das Gymnasium wie ich, las in jungen Jahren dieselben

Bücher, erlebte dieselben Schauspielstücke auf der Bühne und schaute dieselben Filme. Das hat ihn und seine Bücher geprägt. Er war jedoch zu einer anderen Aufgabe berufen. Schließlich hat aber jeder von uns seine Arbeit auf eigene Weise getan.

Meine Damen und Herren, heute sind wir, Gott sei Dank, in einer Situation, wo einer sein Amt antritt, der die nächste Generation repräsentiert, noch viele Jahre im 21. Jahrhundert vor sich hat und sich noch lange quälen muss. Es geht um den blutjungen Professor Traba, der gerade seine Arbeit in Berlin aufgenommen hat. Da mein eigener Sohn einige Jahre älter ist als Professor Traba, kann ich mir erlauben, das so zu formulieren.

Ich muss sagen, die bisherige Forschungsarbeit des Deutschen Historischen Instituts in Warschau erfreut mich sehr. Ohne den Mann der ersten Stunde, Professor Rex Rexheuser, sowie ohne Professor Klaus Ziemer, den aktuellen Direktor, wäre diese in Polen hoch geschätzte Arbeit nicht möglich gewesen. Vergleichbare polnische Institutionen gab es bisher nicht. Natürlich kann man das unterschiedlich erklären. Wenn man keine andere Ausrede hat, erklärt man es immer mit Mangel an Geld. Aber ich glaube, dass wir es trotz dieser Schwierigkeiten doch schaffen werden, hier in Berlin eine seriöse Einrichtung aufzubauen.

Herr Traba wurde für seine Verdienste schon vor einigen Jahren mit dem angesehenen Deutsch-Polnischen Preis ausgezeichnet, den die Außenminister der beiden Länder verleihen. Auch in der aktiven Alltagsarbeit ist er kein Unbekannter. Wir müssen uns nicht schämen. Gerade diese junge Generation, zu der ich auch Professor Borodziej und andere zähle, deren Namen ich hier ebenfalls nennen könnte, darunter auch ganz junge Menschen um die Dreißig, versucht, zusammen mit den deutschen Kollegen die neueste deutsch-polnische Vergangenheit zu erforschen. Gerade das ist erwünscht und das erwarten wir auch von den deutschen Partnern: Zusammenarbeit, keine Alleingänge; nicht gegen die deutschen bzw. die polnischen Kollegen, sondern mit ihnen zusammen.

Bevor man zum Ende des abgelaufenen Jahrhunderts, im Jahr 2000, unter anderem auch im Deutschen Bundestag gewisse extreme Formulierungen über die Probleme der sogenannten Vertreibung anhören musste, arbeiteten polnische und deutsche Kollegen auch harmonisch zusammen. Sie veröffentlichten mehrere hundert Seiten aus den jetzt offenen polnischen Archiven in polnischer und deutscher Sprache. Man muss die Wahrheit erforschen, und zwar die volle Wahrheit ohne Schminke. Das habe ich auch ein paar Mal in Deutschland gesagt und meine Meinung nicht geändert. Ich würde in meinem Alter auch nicht glaubwürdiger, wenn ich jetzt meine Meinung änderte.

Ich vertrete also weiterhin die Auffassung, dass die Zukunft Europas weitgehend von der guten Zusammenarbeit zwischen Frankreich, Deutschland und Polen abhängt. Das sagen alle Deutschen, egal welcher Partei sie angehören. Allerdings muss man diese Zusammenarbeit inhaltlich vertiefen. Man muss genau definieren, worum es geht, denn solche Spannungen, wie es sie zwischen Frankreich und Deutschland gegeben hat und wie sie gelegentlich zwischen unseren Staaten auftreten, gibt es heute so nur noch in wenigen Fragen. Von deutschen Journalisten wurde ich mehrfach gefragt, wie ich diese Spannungen erkläre, worauf ich mehrmals mit derselben Anekdote geantwortet habe.

Wäre der Vater einer gewissen Dame Feldwebel der Luftwaffe in Lyon oder in Paris gewesen, wäre sie aus ihrer „Heimat in Frankreich“ vertrieben worden. Das sollte sie dann aber so auch heute dem Präsidenten Jacques Chirac sagen. Ich habe nichts gegen Leute, die in der Armee gedient haben. Es herrschte Krieg. Ich denke nur, dass die späteren Kommentare und das Aufbausuchen der Probleme durch diese oder andere Personen nicht dazu führen, dass die ernstesten und tragischen Erfahrungen der Menschheit in Europa glaubwürdiger werden. Sie werden im Gegenteil weniger glaubwürdig und das vor allem, wenn dies mit aktueller Parteipolitik verbunden wird. Dagegen müssen wir uns verteidigen. Die Historiker sollen natürlich die Wahrheit entdecken. Sie sollen Dokumente, Kommentare und Berichte veröffentlichen. Sie sollen reflektieren.

Ich war in demselben Jahrgang mit Christian Graf von Krockow hier in der Akademie. Er und seine Familie haben sehr viele Erfahrungen gesammelt. Er konnte vieles über die schwierige Umbruchszeit der letzten Kriegsjahre und der ersten Nachkriegsjahre berichten. Auch mit Philipp und Klaus von Bismarck, die in ewigem politischem Streit miteinander lagen, hatte ich guten Kontakt. Der vor Kurzem verstorbene wunderbare Mensch Philipp von Bismarck wurde zum Ende seines Lebens einer der guten Brückenbauer zwischen Polen und Deutschen gerade in Pommern. Man kann also reflektieren und sich sogar streiten, ohne dass dies die Atmosphäre zerstören muss. Das gilt auch im Falle unterschiedlichen Geschmacks.

Gerade wir Polen und Ostdeutschen erinnern uns noch an die Sitte der politischen Küsse. Das war eine bekannte Methode der Annäherung der befreundeten und brüderlichen Völker im Ostblock. Egal ob es sich nun um Ungarn, Bulgaren, Rumänen, Polen oder Ostdeutsche handelte. Die Methode war ähnlich: politische Umarmungen und politische Küsse. Das ist eine Sache des Geschmacks.

Aber wenn sich der deutsche Bundeskanzler und der polnische Ministerpräsident, ich denke an die beiden mit deutschem Namen, Schröder und

Miller, schon geküsst haben, sollte man keine Geschäfte mit Putin verfolgen. Denn das ist Verrat, Liebesverrat.

Meine Damen und Herren, man sollte zumindest reflektieren. Wir sind gemeinsam in der Europäischen Union, wir und die Deutschen. Wir sind in der NATO, wir und die Deutschen, nicht die Japaner, die Georgier oder die Ukrainer. So ist die derzeitige Situation. Niemand kann und soll prophezeien, was in 50 bis 100 Jahren sein wird. Aber gegenwärtig sind wir ganz konkret mit den Deutschen zusammen. Wir haben eine offene Grenze. Millionen von Menschen überschreiten die Oder-Neiße-Grenze, insgesamt 200 Millionen Mal im Jahr. Dabei gibt es keine Probleme, keine großen Beschwerden und keine Sensationen, darüber gibt es nichts zu berichten. Das Zusammenleben von unten verläuft normal. Die Leute mögen sich, verstehen sich, streiten miteinander, wie dies alle Leute tun. Sie essen dasselbe und kleiden sich identisch. Polnisch-deutsche oder deutsch-polnische Ehen stehen in der Statistik der gemischten Ehen in Deutschland ganz oben.

Die Menschen gehen also ihren eigenen Weg. Die Politiker müssen daher schauen, ob auch sie auf dem richtigen Weg sind. Die Historiker sollten den Politikern nur vorsichtig Munition liefern, und die nicht zur sofortigen Verwendung. Geschichte und Politik vertragen sich nämlich nicht besonders gut, wenn Geschichte zur Bewältigung von aktuellen Problemen dieser oder jener Partei in der einen oder anderen Legislaturperiode instrumentalisiert wird.

Trösten kann man sich immer. Germanen und Slawen, Deutsche und Polen haben ihre organisierten Staaten und Länder seit mehr als 1000 Jahren. Die Legislaturperiode des Bundestages und die des Sejm dauert dagegen nur vier Jahre. Das ist schon ein Trost.

Wochenkommentar für die deutsche Redaktion von Radio Vatikan, 3. März 2007¹

Deutschland spielt in den ersten sechs Monaten dieses Jahres die führende Rolle in der Europäischen Union. Das freut einen polnischen Freund Deutschlands in meiner bescheidenen Person. Ich bin jetzt 85 Jahre alt. Meine Erfahrungen sind die Erfahrungen eines Europäers, der Jahrelang in der Hitler- und in der Stalinhölle gelebt und diese überlebt hat. Diese Erfahrungen haben mich überzeugt, dass die Menschen gezwungen sind, sich in gewissem Sinne anzupassen. Aber wenn wir die Hierarchie der moralischen und geistigen Werte bewahren wollen, gibt es keine Macht von Kanonen und Panzern und keine andere Macht, die uns dazu bringen kann, unsere eigene Geschichte, unsere Gesinnung und unser Bewusstsein zu verraten.

Mehrere Völker Mittel- und Osteuropas haben trotz der Isolation entschieden: Wir wollen in Europa bleiben. Diese Völker haben sich von dem Kontinent Europa, von dem abendländischen und christlichen Erbe nie geistig losgelöst, weil sie ihre eigene Identität bewahren wollten. In diesem Sinne kann man sagen, dass sich die Polen, die Ungarn, die Tschechen, auch die Balten, mit der europäischen Teilung nach Jalta und Potsdam nie abgefunden haben, obwohl sie längere Zeit diese Ablehnung nur indirekt äußern konnten. Die Teilung bedeutete nämlich für die Völker das Aufzwingen eines Wertesystems, das ihrer eigenen Identität fremd war.

Unsere Aufgabe unter den veränderten Bedingungen ist es, sich unserer Kultur bewusst zu werden, unsere gemeinsame Kultur zu bewahren, zu entwickeln, zu bereichern. Das war schon früher – wenn auch im begrenzten Maße – über alle bestehenden Grenzen und ideologischen Gegensätze hinweg möglich. Unsere gemeinsam erlebte – oft schmerzlich erlebte – Geschichte kann uns in eine gemeinsame, bewusst gemeinsam angestrebte Zukunft führen. Es gilt, die historischen, kulturellen und menschlichen Gemeinsamkeiten in ganz Europa zu stärken.

¹ Der Text stammt aus dem Archiv von Władysław Bartoszewski.

Gesellschaftliche Systeme und politische Grenzen trennten lange unser gemeinsames Europa. Sie konnten jedoch unsere kulturelle europäische Identität nicht zerstören. Die Europäer des 21. Jahrhunderts erwarten ein eindeutiges „Nein“ zu Hassgefühlen. Sie erwarten Freiheit, Frieden. Im christlichen Abendland wissen wir, dass Frieden untrennbar mit der Freiheit des Individuums verbunden ist. Daher gibt es also keinen wahren Frieden ohne Beachtung der Menschenwürde, ohne praktische Anerkennung und Realisierung der Menschenrechte, ohne Erziehung unserer Kinder im Geiste der Toleranz und der Demokratie, voller Achtung der Andersdenkenden.

Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel scheint die Bedeutung der christlichen Werte für die Zukunft Europas gut zu verstehen. Ich begrüße gerne diese Meinung. Diese Vision der Zukunft Europas lag Papst Johannes Paul II. nahe. Sie liegt Papst Benedikt XVI. nahe. Und diese Vision ist gerade dabei, sich zu erfüllen. Die Vision eines integrierten Europas freier Völker und freier Staaten – in Verbundenheit mit der geistigen und kulturellen Tradition des eigenen Volkes, im tieferen Verständnis für die Nachbarvölker, schließlich auch im Gefühl der kulturellen Zusammengehörigkeit mit der ganzen Menschheit.

Wochenkommentar für die deutsche Redaktion von Radio Vatikan, 17. März 2007¹

In meinen früheren Beiträgen habe ich viel über Europa gesprochen. Aber die scheinbar abstrakte europäische Idee hat immer auch ihre regionale, gewissermaßen „bodenständige“ und „konkrete“ Seite: Für uns, die auf beiden Ufern von Oder und Neiße leben, spielt sie sich unmittelbar in den Beziehungen zwischen Polen und Deutschland ab. Eine schöne Momentaufnahme aus der Entstehung dieses neuen Europas enthalten die Erinnerungen von Helmut Kohl an das Treffen mit Papst Johannes Paul II. bei seinem Deutschlandbesuch im Jahre 1996. Während der gemeinsamen Besichtigung des Brandenburger Tores sagte der Heilige Vater: „Herr Bundeskanzler, das ist ein großer Augenblick in meinem Leben. Ich stehe mit Ihnen, dem deutschen Bundeskanzler, am Brandenburger Tor, und das Tor ist offen. Die Mauer ist gefallen, Berlin und Deutschland sind nicht mehr geteilt. Und Polen ist frei.“

Diese Aussage gibt zutreffend die symbolische Bindung zwischen „Freiheit“, „Deutschland“ und „Polen“ wieder. Diese drei Worte bilden ein Symbol für das neue deutsch-polnische Verhältnis auf der Grundlage von Versöhnung und Interessen. Sie enthalten alles, was für uns, Mitteleuropäer, von grundlegender Bedeutung ist: ein friedliches Zusammenleben zweier Nationen im Rahmen einer demokratischen Kultur- und Wertegemeinschaft.

Mittlerweile ist seit damals mehr als eine Dekade vergangen, und heute beobachte ich mit gewisser Enttäuschung den Stand unserer offiziellen Beziehungen – glücklicherweise nicht jenen der zwischenmenschlichen. Durch den Beitritt Polens zur Europäischen Union sollte eine wichtige Etappe gekrönt werden. Polen und Deutsche sollten das gemeinsame Europa in vieler Hinsicht bereichern: durch ihre Kraft und Entschlossenheit zur Versöhnung; durch die Befreiung von bilateraler Klaustrophobie und den „Export“ der eigenen Erfahrungen im Bereich der Verständigung; durch solide regionale Zusammenarbeit; durch gemeinsames Handeln in Bezug

¹ Der Text stammt aus dem Archiv von Władysław Bartoszewski.

auf den Osten; kurzum: durch berechenbare, fruchtbare und stabile Zusammenarbeit unter denkbar günstigsten politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Die gegenwärtige Praxis rechtfertigt trotzdem eine gewisse Beunruhigung. Vielleicht hat das einen einfachen Grund: Langsam stirbt nämlich jene Generation aus, deren politisches Handeln von der tragischen Erfahrung der Geschichte belastet ist. Und zusammen mit ihr verschwindet auch die Sensibilität und das tiefere Verständnis für fundamentale Fragen, das Bewusstsein für reale Gefahr, die von der menschlichen Natur ausgehen, die Notwendigkeit, sich in der „kleinen“ und „großen“ Politik nicht nur von augenblicklichen Parteiinteressen und Wahlergebnissen leiten zu lassen, sondern in erster Linie von starken Grundsätzen, von gemeinsamen Werten. Vielleicht versteht die jüngere Nachkriegsgeneration nicht ganz die Bedeutung solcher Begriffe wie Freiheit und Unabhängigkeit, wie Demokratie und Versöhnung.

Hier sehe ich eine wichtige Aufgabe für die nachfolgenden Generationen: die erreichte Versöhnung zwischen Polen und Deutschland aufrechtzuerhalten, eine Versöhnung die – wie übrigens alle zwischenmenschlichen Partnerschaften – nicht ein für alle Mal gegeben ist, sondern ständig und unaufhaltsam gepflegt werden muss. Auf dem Weg der gegenseitigen Achtung, des Dialogs, der Kompromissbereitschaft und der Verständigung.

Wochenkommentar für die deutsche Redaktion von Radio Vatikan, 24. März 2007¹

Der 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge verleitet zu einer tieferen Reflexion – vor allem jemanden, der aktiver Zeuge des Zweiten Weltkrieges war und dazu noch von jenseits des ehemaligen Eisernen Vorhangs stammt. Zu den Gründerväter des europäischen Integrationsprozesses zählten Menschen guten Willens, und es lag ihnen besonders am Herzen, dem von der Kriegstragödie verwüsteten Europa eine Zukunft in Frieden und Wohlstand zu garantieren. Einige wichtige Überlegungen bleiben dennoch.

Zunächst eine Reflexion mit Bezug auf die Geschichte: Die ersten 30 Jahre der Integration verliefen im Schatten der Spaltung. Die Zone der erhofften Stabilität, des Wohlstands und der Demokratie war lediglich auf einen Teil des Kontinents begrenzt. Deutschland wurde von unmenschlichen ideologischen und politischen Trennlinien durchzogen. Die Länder Mittel- und Osteuropas blieben unter sowjetischer Dominanz und wurden für Jahrzehnte von der Integration ausgeschlossen. Eine bittere und bis heute gültige Lektion.

Meine zweite Reflexion konzentriert sich auf die Wendezeit: nicht zuletzt dank der polnischen Bewegung „Solidarność“ haben die Bürger des „zweiten Teils“ Europas selbstständig die Unabhängigkeit wiedererlangt. Dadurch wurde die Möglichkeit der gesamteuropäischen Annäherung erst realistisch. Die schließlich erfolgte Entscheidung zur Erweiterung der Europäischen Union wage ich als einen der wichtigsten Meilensteine der Integration Europas überhaupt zu bezeichnen. Die Prophezeiung des großen Polen, Johannes Pauls des II. hat sich erfüllt: Europa atmet heute mit zwei Lungen. Zugleich zerfiel das Sowjetische Imperium, wodurch sich auch für viele Völkergruppen der ehemaligen Sowjetunion bislang undenkbar Perspektiven eröffnet haben.

Die dritte und letzte Reflexion betrifft schließlich die Chancen. Der bisherige Verlauf des europäischen Integrationsprozesses ist eine Erfolgs-

¹ Der Text stammt aus dem Archiv von Władysław Bartoszewski.

geschichte. Doch nichts, auch der Erfolg, ist ein für alle Mal gegeben. Die Annäherung, Zusammenarbeit und Versöhnung müssen stets und unaufhaltsam angestrebt werden. Es ist daher wichtig, die Effektivität des institutionalen Systems zu garantieren und dafür zu sorgen, dass die für künftiges Funktionieren der Union notwendigen Arbeiten rund um den Verfassungsvertrag im Rahmen der deutschen Präsidentschaft erfolgreich abgeschlossen werden. Es ist auch wichtig, den Binnenmarkt zu stärken, damit das europäische Sozialmodell tatsächlich wirken kann. Die Erfahrungen meines Landes sind hier eindeutig: Man sollte nicht zögern, sobald eine Chance besteht, die Zone der Stabilität, der Demokratie und des Wohlstands auszudehnen, denn die internationalen Beziehungen dulden kein politisches Vakuum. Letztendlich wäre noch die grenzübergreifende Solidarität zu erwähnen. Ein Europa des Wohlstands muss in noch stärkerem Ausmaß zum Frieden und zur Demokratie in der Welt beitragen.

Es sind also bedeutende Herausforderungen, an die man anlässlich des 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge denken sollte. Und auf Polen und Deutschen ruht dabei eine ganz besondere Verantwortung. Denn ohne solide deutsch-polnische Verständigung wird auch die europäische Integration ein mangelhaftes Projekt bleiben. Der Besuch von Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel in Polen ist dabei ein optimistisches Zeichen, dass die von mir erwähnte und wohl uns allen am Herzen liegende Verantwortung tatsächlich wahrgenommen wird.

Wochenkommentar für die deutsche Redaktion von Radio Vatikan, 31. März 2007¹

In meinem letzten Beitrag habe ich mit Ihnen einige Reflexionen anlässlich des inzwischen vergangenen 50. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge geteilt. Dabei bin ich zu der eigentlich offensichtlichen und dennoch überraschend oft außer Acht gelassenen Schlussfolgerung gekommen, dass gerade wir – Polen und Deutsche – eine besonders ausgeprägte Verantwortung für das Gelingen des Projekts Europa tragen, dessen Erfolg ohne unseren guten Willen und ohne einfache Bereitschaft zu zwischenmenschlicher Verständigung zweifelsfrei in Frage gestellt wäre. Eine Verantwortung, die vergleichbar ist mit der seinerzeit entscheidenden Fähigkeit zur deutsch-französischen Versöhnung, ohne die ein europäischer Integrationsprozess überhaupt nicht geboren wäre. Mit der politischen Wende 1989 und mit der Erweiterung der Europäischen Union hat sich dieselbe Aufgabe an die Oder und Neiße verlagert, und von ihrer Erfüllung hängt nun die heutige und künftige Gestalt des gemeinsamen europäischen Hauses ab.

Seit der Wendezeit schien es, als wären wir dieser Aufgabe vorbildlich gewachsen. Doch leider musste ich neuerlich die Richtigkeit meiner eigenen These erleben, wonach die Versöhnung und Verständigung ständig gepflegt werden müssen und ohne entsprechende Fürsorge, ohne auch nur minimale Anstrengung sehr schnell von kurzlebigen Interessenskonflikten überschattet werden.

Vor dem Hintergrund des angespannten Verhältnisses der letzten Monate erscheint der neuerliche Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Polen als eine vorsichtige zwar, aber dennoch optimistische Ankündigung einer möglicherweise neuen Chance auf konstruktiven Dialog anstatt historisch bedingter Ressentiments, ängstlicher Skepsis, kritischer Haltung und unüberlegter Ansprüche. Ein Besuch der vielleicht keine bahnbrechenden Akzente setzte wie die frühere Versöhnungsgeste von Helmut Kohl und Tadeusz Mazowiecki von 1989, aber dennoch ein Anzeichen der zurückkeh-

¹ Der Text stammt aus dem Archiv von Władysław Bartoszewski.

renden Normalität zwischen Berlin und Warschau. Einer Normalität, die eigentlich längst selbstverständlich sein sollte. Denn Deutschland gehörte schon vor Jahren zu den Fürsprechern Polens auf dem Weg zur EU und damit zu den wichtigsten Architekten der Integration Europas. Einer Integration, die wiederum durch polnischen Beitrag erst ermöglicht wurde. Diesen Beitrag hat Frau Merkel mit einer persönlichen Note bei ihrer Rede an der Warschauer Universität erwähnt: „Ohne Ihre Freiheitsbewegung, ohne die ‚Solidarność‘, wäre auch mein persönlicher Lebensweg anders gelaufen.“ Genau wie vermutlich auch die Wiedervereinigung Deutschlands anders gelaufen wäre.

Dieses sich gegenseitig ergänzende Verhältnis zwischen Polen und Deutschland ist der beste Beweis, dass sich ein Zusammenleben in Frieden und Kooperation zum gemeinsamen Nutzen auswirken kann. Gewisse Konflikte und Meinungsverschiedenheiten sind dabei natürlich vorprogrammiert – wie bei jeder partnerschaftlichen Beziehung – und überschwängliche Liebesklärungen dagegen nicht immer unbedingt notwendig. Was aber einen Grundstein unserer Zukunft bildet, ist eben die alltägliche, unscheinbare, oft unbemerkte Normalität des Neben- und Miteinanderseins. Eine Normalität die wir vielleicht öfter erleben und die wir endlich zu schätzen lernen.

Über eine freundschaftliche Nachbarschaft¹

Jeder von uns hat Nachbarn. Und jeder weiß, dass die nachbarschaftlichen Beziehungen oft einen nicht weniger wichtigen Einfluss auf unser Leben haben als die Verhältnisse innerhalb der eigenen Familie, im Bekanntenkreis oder im Arbeitsumfeld. Modelle der Nachbarschaft gibt es viele. Sie reichen von völligem Kontaktmangel und Isolation über friedliche oder zumindest harmonische Beziehungen bis hin zu spannungsgeladenen Konflikten, die manchmal aus völlig harmlosen Missverständnissen geboren werden und durch mangelnde Kompromissbereitschaft zu regelrechten komisch-tragischen Kleingartenkriegen eskalieren.

In all diesen Fällen besteht die besondere Eigenschaft der Nachbarn – ob wir sie nun hassen, lieben oder zumindest tolerieren – darin, dass sie üblicherweise nicht so einfach gewählt werden können wie Freunde oder Personen, in deren Gesellschaft wir uns gern aufhalten. Im Regelfall werden wir in eine bereits existierende Nachbarschaft hineingeboren und wachsen in ihr auf, ebenso wie in einem kulturellen oder sprachlichen Umfeld. Ob es uns gefällt oder nicht – die Nachbarn werden uns aufgezwungen, und es hängt von uns ab, wie wir mit dieser Situation umgehen.

Der Umgang mit den Nachbarn ist dabei gar keine leichte Aufgabe, denn die Nachbarschaft provoziert Konflikte nahezu auf eine natürliche Weise. Diese unangenehme Eigenschaft ist tief in uns verwurzelt. Wo immer sich in der entlegenen Vergangenheit Menschen angesiedelt haben, entstanden automatisch Territorialansprüche: vor allem bei knappen Überlebensressourcen. Und im Laufe der zivilisatorischen Entwicklung – die meistens voreilig mit ethischem Fortschritt gleichgesetzt wird – wurden die potenziellen Konfliktquellen gar nicht weniger, sondern immer reicher. Es kamen neue und früher nie dagewesene Gründe dazu, sich von den anderen abzuschotten. Je vielfältiger unsere Kultur wurde, desto einfacher ist es geworden, die Fremdartigkeit der Nachbarn zu behaupten.

¹ Einleitende Worte vor dem Benefizkonzert anlässlich der Europäischen Kulturtage Ottobeuren, 15. September 2007. Vgl. Władysław Bartoszewski, „Polen und Deutsche – heute und morgen“, in: *Deutsch-Polnische Begegnung – 15./16. September 2007*, Europäische Kulturtage Ottobeuren, S. 11–13.

Das ist ein besonders interessantes Paradox: obwohl Nachbarschaft so viel wie Nähe bedeutet, wird sie seltsamerweise erst durch Trennlinien definiert. Ein Nachbar ist im üblichen Verständnis des Wortes also jemand, der von einem Zaun auf Distanz gehalten wird. Obwohl er uns nach der Familie eigentlich am nächsten stehen sollte. So kommt es nicht selten zu kuriosen Situationen, dass sich Menschen besonders fremd fühlen, die auf beiden Seiten einer Wand leben – oder einer Landesgrenze.

Ich habe vor Kurzem einen Dokumentarfilm über das schwierige Arbeitsverhältnis des Regisseurs Werner Herzog und des Schauspielers Klaus Kinski gesehen. Dessen Titel *Mein geliebter Feind* passt, meiner Meinung nach, ausgezeichnet auch als Bezeichnung der typischen nachbarschaftlichen Beziehungen. Der vertraute Nachbar ist immer zur Hand, wenn aus welchem Grund auch immer ein Sündenbock gesucht wird. Niemand musste das wohl im Laufe der Jahrhunderte auf so blutige Weise erfahren wie die in Europa angesiedelten Generationen von Juden. Aber es gibt auch bis heute zahlreiche Beispiele, wo sich nebeneinander lebende Nachbarn aufgrund von unterschiedlicher Abstammung, Religionsbekenntnissen oder Meinungen aufs schärfste bekämpfen.

Woher kommt dieses unlogische und zugleich höchst gefährliche Gefühl der Fremdartigkeit zwischen Menschen, die einander eigentlich sehr nahe stehen, die ähnliche Wertehierarchien, verwandte Kulturen, manchmal sogar dieselbe Sprache teilen? Die Ursachen reichen von relativ verständlichen ökonomischen Ursachen über religiösen oder andersartigen Fanatismus bis zu völlig irrsinnigen Ideen wie beispielsweise die Rassenideologie, die leider bis heute mancherorts unter der Bezeichnung „ethnische Säuberungen“ mit verheerenden Folgen grassiert. Aber in den meisten Fällen der gescheiterten Nachbarschaft handelt es sich um etwas viel elementarerer: Wir fühlen uns fremd, weil wir nicht bereit sind oder es nicht gelernt haben, miteinander zu kommunizieren. Der Mangel an Bereitschaft oder an Fähigkeit zum Dialog bringt keine Verständigung zustande und damit kein Verständnis für die andere Perspektive. Das wiederum schließt Kompromisse aus. Und wer keine Kompromisse eingehen kann bzw. will – und stattdessen hartnäckig auf dem eigenen Standpunkt beharrt – ist auf dem kürzesten Weg in eine Konfliktsituation. Durch fehlenden Austausch entsteht schließlich auch Angst, und Angst ist ein häufiger Auslöser von Aggression. Wer sich fürchtet, entwickelt automatisch das Bedürfnis, sich verteidigen zu müssen. Die Tür zur Konfrontation steht damit offen.

In der erweiterten Europäischen Union haben wir die besten Bedingungen dafür geschaffen, miteinander zu kommunizieren, sich besser kennenzulernen, sich besser zu verstehen. Eine gute und fruchtbare

Nachbarschaft ist dabei keineswegs Konflikt- und Spannungsfrei. Wir haben aber erstmals die Möglichkeit, die ernstzunehmenden Streitfragen öffentlich zu diskutieren, unsere Standpunkte vorzutragen und gemeinsam Lösungen auszuarbeiten. Darin sehe ich die größte Errungenschaft des gegenwärtigen deutsch-polnischen Nachbarschaftsverhältnisses.

Abschließend möchte ich Sie bei dem heutigen Benefizkonzert herzlich willkommen heißen. Von allen Arten der zwischenmenschlichen Kommunikation ist die Musik wohl die universellste: denn anders als die Sprache, braucht sie keinen Übersetzer. Sie spricht unmittelbar unsere Gefühle an. Sie verbindet durch Genuss, Andacht, Freude oder einfach durch ein allen Menschen gemeinsames Zugehörigkeitsgefühl.

Polen und Deutsche – heute und morgen¹

Es heißt, optimistisch veranlagte Menschen leben länger, gesünder und vor allem glücklicher. Ich bin sogar der Meinung, dass eine gesunde Dosis Optimismus für ein langes und erfülltes Leben vorteilhafter ist als vernünftige Ernährung oder regelmäßige körperliche Aktivität. In manchen tragischen Zeiten sind Glaube und Optimismus sogar überlebenswichtig, weil sie den menschlichen Geist und damit den Lebenswillen den Umständen zum Trotz aufrechterhalten. Aber auch in ganz gewöhnlichen Situationen kann die angeborene Fähigkeit zum positiven Denken neue Perspektiven auf den scheinbar gut durchschaubaren Alltag eröffnen. Sie hilft nicht nur, mit Hoffnung in die Zukunft zu blicken, sondern auch den Sinn dort zu erkennen, wo andere Leiden, Chaos und Durcheinander sehen.

Stellen Sie sich beispielsweise eine Welt vor, in der eine bislang unerreicht große Zahl von Menschen zum ersten Mal die Chance aufs Leben im Frieden hat. Wo bewaffnete Auseinandersetzungen zwar nach wie vor wüten, dennoch spürbar rückgängig sind, ebenso wie die Zahl der direkten Kriegstoten und der zivilen Opfer. Wo Massenmord und Völkervertreibung zu Ausnahmefällen geworden sind. Kurzum: eine Welt, die friedlicher und zumindest für die meisten Bewohner sicherer geworden ist, als jemals zuvor. Diese Welt ist keine Utopie – kaum zu glauben, sie existiert bereits. Trotz Irakkrieg, trotz Afghanistan und Sudan, trotz der Anschläge von New York und London. Trotz der allgegenwärtigen Gefahr seitens des global übergreifenden Terrorismus. Nur: wieso bemerken wir sie nicht? Wieso wird vielen von Ihnen diese friedliche Schilderung ungläubwürdig, wenn nicht geradezu abstrus erscheinen?²

Der Wiener Kommunikationswissenschaftler Maximilian Gottschlich nennt einen möglichen Grund bereits im Titel eines seiner Bücher: „Die Welt ist, wie wir sie sehen“. Oder sollte es vielleicht im Zeitalter der omni-

¹ Europäische Kulturtage Ottobeuren, 16. September 2007. Vgl. Władysław Bartoszewski, „Polen und Deutsche – heute und morgen“, in: *Deutsch-Polnische Begegnung – 15./16. September 2007*, Europäische Kulturtage Ottobeuren, S. 31–37.

² Vgl. Sven Hillenkamp, „Strategien für den Weltfrieden“, in: *GEO* August 2007, S. 44.

präsenten Massenkommunikation besser heißen: „Die Welt ist, wie sie uns gezeigt wird“? Denn machen wir uns nichts vor: die Mehrheit von uns erfährt von den Geschehnissen rund um den Globus – aber auch in der unmittelbaren Nachbarschaft – hauptsächlich das, was von den Medien bereitgestellt und bequem ins eigene Heim geliefert wird. Und es ist wohl kein Geheimnis, dass die Publizisten nicht allein von einem karitativen Aufklärungswillen geleitet werden. Auch bei der Auswahl ihrer Inhalte lassen sich die Medienunternehmen von gewissen erprobten Kriterien leiten, die dabei helfen, das Berichterstattungswürdige auszufiltern, attraktiv zu verpacken und dem weltweiten Publikum zur Verfügung zu stellen. Diese Kriterien schließen das Bild einer friedlichen Welt von vornherein aus: Denn Frieden ist nun leider unspektakulär und aus journalistischer Sicht einfach langweilig. Dem Frieden kann man keine Sonderberichte widmen, auch die Kommentatoren und Experten werden in friedlichen Zeiten wenig Diskussionsstoff finden. Manchmal kann der Frieden höchstens die Aufgabe einer Fußnote spielen: Es wird uns gelegentlich von brüchigen Friedensschließungen zwischen verfeindeten Parteien berichtet, von Abkommen, Waffenstillständen, feierlichen Zeremonien und Verleihungen der Friedensnobelpreise. Mehr erfahren wir aber selten, denn Meldungen über Frieden, Wohlstand und Stabilität haben eigentlich keinen Nachrichtenwert.

Ich spreche darüber deswegen, weil ich – ein geborener Optimist, wie bereits angedeutet – davon ausgehe, dass wir in letzter Zeit die wahre Natur des gegenwärtigen deutsch-polnischen Verhältnisses im Trubel der medialen Berichte etwas aus den Augen verloren haben. Dass die gewohnte Vorliebe für Sensation zumindest zum Teil für die Verzerrung des Bildes unserer Beziehungen verantwortlich ist. Bei dieser Ansicht bin ich keineswegs allein. Aus Anlass des Deutsch-Polnischen Dialoggesprächs der Konrad-Adenauer-Stiftung sprach unlängst Dr. Wolfgang Schäuble den gleichen Gedanken aus: Er sei davon überzeugt, dass die Beziehungen unserer Länder in der Realität besser sind, als es dargestellt wird. Einerseits erhitzen sich die Gemüter der Journalisten und damit auch des Publikums voreilig über angebliche Sensationen. Andererseits bleiben tatsächliche Beispiele der unscheinbaren, stillen, fruchtbaren Zusammenarbeit oft unerwähnt. Zahlreichen Städtepartnerschaften, bestens funktionierenden Jugendaustauschprogrammen, lebhaften regionalen Beziehungen oder einfach zwischenmenschlichen Kontakten wird weniger Aufmerksamkeit geschenkt.

Ein gutes Beispiel stellte im vergangenen Jahr die Fußballweltmeisterschaft dar – zugegebenermaßen ein sportliches Fiasko der polnischen Repräsentation, dafür aber ein umso wichtigerer organisatorischer Erfolg: „Vor der Weltmeisterschaft haben die Medien jedenfalls in Deutschland alles

Mögliche über dramatische Gefahren durch Hooligans und gewaltbereite Fans geschrieben. Und dabei hatten wir eine so vorzügliche Zusammenarbeit der Polizeien von Polen und Deutschland, dass wir bei Millionen von Zuschauern in einer sehr entspannten, friedlichen und fröhlichen Weise alle Sicherheitsprobleme wunderbar bewältigt haben. Das ist ein Symbol für die Qualität unserer Zusammenarbeit.“³

Es mag Ihnen vielleicht unangebracht erscheinen, dass ich den Stand der deutsch-polnischen Beziehungen mit dem Beispiel einer Sportveranstaltung illustriere. Zugegeben: Wir sind es gewohnt, in diesem Zusammenhang über große Dinge zu sprechen – über Schuld und Reue, über Vergebung und Versöhnung. Aber wenn wir über die gemeinsame Zukunft nachdenken wollen, muss das gewohnte Denken in diesen Kategorien längst überwunden sein. Die Begriffe der Vergebung und Versöhnung waren bahnbrechend, als der Grundstein unserer vorsichtigen Annäherung gelegt wurde. Auch während der Wendezeit spielten sie eine entscheidende Rolle bei der Errichtung der geregelten Beziehungen zwischen dem von Kommunismus und sowjetischer Herrschaft befreiten Polen und der jungen wiedervereinigten Bundesrepublik. Mittlerweile sind es Errungenschaften, die wir schätzen und bewahren müssen. Ich habe zwar selbst mehrmals darüber gesprochen, dass die Versöhnung nicht ein für alle Mal gegeben ist und daher ständig angestrebt werden muss. Das betrachte ich aber als eine Eigenschaft, die mittlerweile jeder Mensch – ob christlich aufgewachsen und erzogen oder nicht – in seinem Blut haben und entsprechend handeln sollte. Deshalb möchte ich heute nicht über Versöhnung sprechen, denn ich betrachte sie inzwischen als selbstverständlich. Umso mehr, weil es für junge Polen und Deutsche oft anachronistisch wirkt, ständig an die Notwendigkeit der Vergebung und Annäherung erinnert zu werden. Die Jungen Europäer begegnen sich viel unbelasteter von der Vergangenheit als die Menschen früherer Generationen, von der meinen ganz zu schweigen. Sie leben bereits in einem Europa und sind für die Zukunft bestens ausgerüstet.

Das bedeutet keineswegs, dass wir uns von der Vergangenheit distanzieren sollten. Im Gegenteil: Die erlittenen Erfahrungen bleiben immer ein Fundament unserer Beziehungen. Es ist die Erinnerung und die Andacht an die Opfer der tragischen Geschichte, die der heutigen Partnerschaft einen besonderen Sinn verleiht. Sie bedeutet eine Verpflichtung zur Stärkung der Gemeinschaft und der guten Nachbarschaft im Rahmen des vereinten Europas. Die Geschichte spielt also eine gewaltige Rolle: Sie verleiht das Ge-

³ Wolfgang Schäuble, „Deutschland und Polen – gemeinsam in Europa“, in: *Rapporte der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen* 3/2007, S. 2.

fühl der Identität und der kulturellen Zugehörigkeit, sie gibt den Anlass zum Stolz oder erteilt schmerzhaft Lektionen. Aber ein verantwortungsbewusster Umgang mit der Geschichte besteht darin, aus der Vergangenheit zeitgemäße Schlussfolgerungen zu ziehen und nicht darin, aus Liebe zur Tradition eine längst überholte und nicht mehr zeitgemäße Weltanschauung abzuleiten.

Einen ähnlichen Gedanken äußerte vergangene Woche Jan Ołdakowski – der Direktor vom Museum des Warschauer Aufstandes – in einem Fernsehgespräch über den modernen Patriotismus: Die alten Modelle der Vaterlandsliebe seien längst überholt und nicht mehr aktuell. Die Natur des heutigen Patriotismus besteht nicht darin, das eigene Leben für die Freiheit zu opfern, sondern in aktiver Teilnahme an der europäischen Partnerschaft, in täglicher Arbeit und vor allem *Zusammenarbeit*. Wenn er von jungen Museumsbesuchern nach der heute gültigen Botschaft des Aufstandes von 1944 gefragt wird, dann antwortet er schlicht: Um der Geschichte Sinn verleihen zu können, genügt es, die täglichen Schulaufgaben zu machen. Patriotismus bedeutet für ihn die Fähigkeit, in der Gemeinschaft leben zu können.

Ich richte Ihre Aufmerksamkeit nochmals auf die bewundernswerte Tatsache, dass dies ein Museumsdirektor sagt. Auch diese scheinbar von Grund aus konservative Institution dient im modernen Verständnis ihrer Aufgabe nicht mehr der bloßen Erhaltung der eingefrorenen Geschichte, sondern vielmehr ihrer Vergegenwärtigung, der Darstellung historischer Geschehnisse in einem breiteren und auch für heutige Zeitgenossen sinnvollen Licht. Es wäre wohl am einfachsten, in einem Vorführungssaal mit historischen Artefakten die alten Feindesbilder der Vergangenheit zu konservieren. Es ist viel schwieriger und umso beachtenswerter, aus der tragischen Geschichte, die eigentlich trennen sollte, sinnvolle Schlussfolgerungen für ein Leben in einer grenzübergreifenden Gemeinschaft zu ziehen.

Damit möchte ich einen besonderen Wert auf die Bedeutung der einfachen und alltäglichen Normalität in den Beziehungen der Deutschen und Polen legen. In ihr sehe ich den unscheinbaren und leider im Gewirr der großen patriotischen Gesten oft übersehenen Schlüssel, um über unsere gemeinsame Gegenwart und Zukunft zu sprechen. Diese Normalität ist eben das, was ich mir für die Polen und Deutschen am meisten wünsche. Eine – werden Sie vielleicht vorwerfen – seltsame Wahl für einen Historiker, weil sich doch die Geschichtswissenschaftler (übrigens etwas ähnlich wie die bereits von mir „angeprangerten“ Journalisten) hauptsächlich für die „interessanten“ (sprich: die für die Beteiligten meistens höchst ungünstigen) Epochen und Ereignisse begeistern. Andererseits aber ist gerade der

Historiker dazu befugt, darauf hinzuweisen, wie kostbar und selten diese von Geschichtsschreibern und Chronisten wenig beachtete Normalität ist.

Für manche Politiker und Personen des öffentlichen Leben in unseren Ländern ist dies nach wie vor schwer zu realisieren. Mit den Bürgern ist es Gott sei Dank anders. Ich darf an dieser Stelle nochmals Herrn Bundesminister Dr. Schäuble zitieren: „Es ist gelegentlich ganz tröstlich, dass manche Aufregungen von Politikern, Regierungen und Medien von der Bevölkerung, die oft klüger ist, gar nicht so geteilt werden, sondern die Menschen ein großes Maß an Ruhe und Gelassenheit haben. [...] Bei allen Aufregungen um das deutsch-polnische Verhältnis, die es in den letzten Monaten gab: Polen und Deutsche sind heute unendlich viel enger verbunden, als sich die meisten das vor 60 oder auch noch vor 40 Jahren hätten träumen lassen. Wir gehören denselben Bündnissen an. Wir leben in Freiheit in einem friedlichen Europa. [...] Gerade jüngere Menschen sehen die vielen Vorteile und Zukunftschancen, die ihnen die Europäische Union bietet: Reisen ohne Grenzen; die Möglichkeit im Ausland zu studieren und zu arbeiten. Diese Begegnungen sind auf lange Sicht wichtiger als manche feierliche Erklärung von Regierungschefs oder Politikern, auch wenn es Regierungsmitgliedern schwer fällt, das einzugestehen.“⁴

Polen und Deutsche sind auf eine Nachbarschaft angewiesen und haben im Laufe der gemeinsamen Geschichte verschiedene Modelle des Umgangs miteinander ausprobiert, manche davon sehr tragisch und schmerzvoll. In der erweiterten Europäischen Union haben wir die besten Bedingungen dafür geschaffen, miteinander zu kommunizieren, sich besser kennenzulernen, sich besser zu verstehen. „Wir müssen in Europa zuhören und wir müssen dieses Zuhören lernen“, postulierte Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering vor fast genau einem Monat beim „Tag der Heimat 2007“. „Wenn wir alle lernen, können wir verstehen, und erst wenn wir alle verstehen, können wir Kompromisse schließen und gemeinsam handeln. Was in Jahrzehnten an Vertrauen geschaffen wurde, kann sonst sehr schnell zerstört werden.“⁵

Eine gute und fruchtbare Nachbarschaft ist dabei keineswegs Konflikt- und Spannungsfrei: „Natürlich gibt es immer wieder Schwierigkeiten und Missverständnisse. Das ist in jeder Nachbarschaft so. Das ist unter Partnern so, das ist in jeder Familie so. Aber wir haben ein solides, gemein-

⁴ Ebd., S. 3–5.

⁵ „Die Menschenrechte – Grundlage der Europäischen Einigung“, Rede von Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering beim „Tag der Heimat 2007“ des Bundes der Vertriebenen, Berlin 18. August 2007.

sames Fundament. Und im Übrigen bedeuten Konflikte in einer lebendigen Beziehung letzten Endes auch, dass wir uns gegenseitig ernst nehmen und dass wir nicht sagen, wie die anderen denken oder reden interessiert uns nicht. Deswegen brauchen wir uns nicht aufzulegen. Wichtig ist nur, wie man mit Konflikten umgeht. Wir teilen schlimme Erinnerungen, aber wir dürfen diese Erinnerungen nicht missbrauchen. Wir wissen um die Empfindlichkeit des anderen und sollen darauf Rücksicht nehmen. Als Nachbarn brauchen wir einander, und vor allem können wir uns gegenseitig bereichern und stärken. Deshalb müssen wir immer wieder das Gespräch suchen.“⁶

Wir haben erstmals die Möglichkeit die ernstzunehmenden Streitfragen öffentlich zu diskutieren, unsere Standpunkte vorzutragen und gemeinsam Lösungen auszuarbeiten. Darin sehe ich die größte Errungenschaft des gegenwärtigen deutsch-polnischen Nachbarschaftsverhältnisses.

Ich habe vor Kurzem über die zu Unrecht verachtete Normalität gesprochen. Wenn ich mir als Historiker ein Geschichtsbuch der Zukunft vorstellen sollte, dann wäre es mein Wunsch, dass das Kapitel über die deutsch-polnischen Beziehungen im 21. Jahrhundert lediglich eine Seite oder einen kurzen Aufsatz umfasst. Eine langweilige und kaum nennenswerte, bloß aus historischer Pflicht festgehaltene Aufnahme der normalen Nachbarschaftsverhältnisse im stabilen, sicheren und von Wohlstand geprägten Europa.

Und wenn ich mich vor jemandem fürchte, dann am meisten vor ewiggestrigen Politikern, die in dieses imaginäre Geschichtsbuch gern als Hauptdarsteller um jeden Preis eintreten würden, um es mit glorreichen Fakten anzureichern. Denn die einzigen und wahren Helden der Gegenwart und Zukunft sind und sollten jene meist anonymen Menschen sein, die unter heutigen günstigen Bedingungen einfach ihre Lebensaufgaben zum gemeinsamen Wohl erfüllen.

⁶ Schäuble, *Deutschland und Polen*, S. 4.

Arbeit und Freiheit – zwei Grundrechte¹

Das Wort „Zwangsarbeit“ hat sich mittlerweile so hinterhältig auf Dauer in unser Vokabular eingeschlichen, dass wir im Alltag seine erschreckend abstruse Botschaft nicht mehr richtig wahrzunehmen vermögen. Meiner Meinung nach ist es aber eine der schlimmsten lexikalischen Missbildungen, die eine Sprache überhaupt produzieren kann. Und leider keine leere Bezeichnung, sondern ein durchaus von tragischer Bedeutung geprägtes Überbleibsel einer unmenschlichen Epoche.

Das Wort „Zwangsarbeit“ steht für mich in einer Reihe mit der verhöhnenden Parole, welche uns allen vom Eingangstor zum Konzentrationslager Auschwitz bekannt ist. In diesen beiden Fällen werden die zwei wichtigsten und grundlegendsten Werte der menschlichen Existenz verspottet: die Arbeit und die Freiheit. Beide sind untrennbar miteinander verbunden, denn jedes Mitglied einer zivilisierten Gemeinschaft hat das natürliche und selbstverständliche Recht, in Freiheit zu leben und dieser Freiheit durch berufliche Tätigkeit einen kreativen Ausdruck zu verleihen – sowohl zum eigenen Wohl als auch zum Wohl der anderen.

Wir haben uns heute versammelt, um mit der Einweihung des Mahnmals nicht zuletzt auch unserer Erinnerung Ausdruck zu verleihen. Der Erinnerung an jene Zwangsarbeiter, denen diese beiden einfachsten menschlichen Rechte verwehrt wurden. Aber dieses Mahnmal soll nicht bloß der Andacht dienen: Es hat auch eine konkrete Aufgabe zu erfüllen. Zum einen soll es den Opfern – solange sie noch leben – die Botschaft vermitteln, dass ihre verschwendete Jugend und ihr oft zerbrochenes Leben doch nicht umsonst waren. Dass sie den nächsten Generationen eine deutliche Warnung hinterlassen, die vielleicht – nur vielleicht – zur Reflexion verleiten wird.

Ich betone das Wort „vielleicht“, obwohl ich am liebsten natürlich sagen würde, dass wir aus der Vergangenheit gelernt haben und vor ähnlichen Fällen der Versklavung und verachtender Unterdrückung geschützt

¹ Einweihung des Zwangsarbeiter-Mahnmals in Nürnberg am 15. Oktober 2007. Der Text stammt aus dem Archiv von Władysław Bartoszewski.

sind. Doch das Lernvermögen der menschlichen Gattung, vor allem was die Lehren aus der Geschichte betrifft, lässt meiner Erfahrung nach viel zu wünschen übrig. Genauso wie wir dazu neigen, unangenehme Erinnerungen aus unserem Gedächtnis zu löschen, so neigt auch die Gesellschaft im Allgemeinen dazu, die für sie unbequemen Fakten zu verschweigen und dadurch nach und nach verschwinden zu lassen. Dieses Mahnmal soll daher ein „Stein im Stiefel“ bleiben, eine Stimme, die es nicht erlaubt zu vergessen.

Und solche Stimmen sind nach wie vor notwendig. In der Europäischen Union haben wir zwar die besten gegenwärtig denkbaren Bedingungen geschaffen, um die fundamentalen Menschenrechte und menschliche Würde zur Geltung zu bringen. Aber auch im heutigen Wortschatz funktionieren Wortbildungen, auf die ich am liebsten verzichten würde. Zum Beispiel die „Arbeitserlaubnis“. Hier wird auch, wenn auch auf andere Weise, das grundlegende Recht des freien Menschen auf eine Beschäftigung in Frage gestellt. Wer glaubt, jemandem dieses natürlichste aller Dinge zum Privileg machen zu müssen und zu dürfen, sollte seine Weltsicht dringend überdenken. Und ich hoffe, dass dieses Mahnmal auch dann an dieser Stelle steht, wenn keiner zur Arbeit gezwungen und keinem die Arbeit erlaubt werden muss. Wenn der einzige Zwang und die einzige Beschränkung von dem Arbeitsmarkt und den eigenen Qualifikationen ausgehen.

Danke!

Wochenkommentar für die deutsche Redaktion von Radio Vatikan, 27. Oktober 2007¹

Es nähert sich der Tag Allerheiligen. Millionen von Katholiken in Polen werden – wie jedes Jahr – die Gräber ihrer Nächsten besuchen, aber auch die Gräber, um die sich keiner mehr kümmert, um ebenfalls dort die Lichter anzuzünden. Um wenigstens einen Augenblick in der Reflexion über das Geheimnis von Leben und Tod zu verweilen.

Gerade vor wenigen Tagen, Mitte Oktober, erlebte ich in Nürnberg eine bewegende Andachtsfeier im Andenken an Menschen verschiedener Nationalitäten – darunter meine Landsleute, die Polen – überwiegend Katholiken, die dem Krieg zum Opfer gefallen sind.

Der Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg hat mich zur Teilnahme an der Einweihung des Zwangsarbeitermahnmals „Transit“ im Stadtzentrum eingeladen, wobei in der Einladung besonders hervorgehoben wurde: „Nürnberg war nicht nur die ‚Stadt der Reichsparteitage‘ und der Rassen-gesetze: zwischen 1939 und 1945 lebten hier auch über 100 000 Menschen aus zahlreichen europäischen Ländern, die von den Nazis zur Zwangsarbeit nach Nürnberg verschleppt worden waren, darunter rund 12 000 polnische Staatsbürger. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit kann jedoch den Blick nach vorn nicht ersetzen. Es kommt darauf an, die richtigen Lehren aus der Geschichte zu ziehen und Antworten für die Zukunft zu finden. Die intensive Beschäftigung unserer Stadt mit dem Schicksal der vielen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter soll deshalb dazu beitragen, dass sich diese schrecklichen Geschehnisse nicht wiederholen.“

Auf dem Mahnmal steht geschrieben: „1939–1945 wurden Menschen ihrer Würde beraubt. Nürnberg, die Stadt des Friedens und der Menschenrechte, gedenkt des Leidens der ausländischen Arbeitskräfte, die während des Zweiten Weltkriegs hier in allen Bereichen der Wirtschaft eingesetzt waren, und bekennt sich zu dem Unrecht, das ihnen angetan wurde.“

In dem von Gebeten begleiteten Treffen der Gäste aus Polen, Russland, der Ukraine, Bulgarien, Frankreich und den Niederlanden vereinigten

¹ Der Text stammt aus dem Archiv von Władysław Bartoszewski.

sich Christen und Juden mit den deutschen Gastgebern – Katholiken und Protestanten.

Und wenn ich schon in wenigen Tagen die Gräber meiner Nächsten und die Gräber der Opfer des Krieges in Warschau, meiner Heimatstadt, besuchen werde, so will ich mich an die schönen und bewegenden Augenblicke erinnern, die ich gemeinsam mit deutschen Christen in Nürnberg erlebt habe.

„Der arme Tusk“¹

ZEIT: Herr Minister, Sie sind offiziell für die Beziehungen zu Deutschland zuständig und damit für „schwierige außenpolitische Angelegenheiten“. Ist Deutschland denn so schwierig?

Bartoszewski: Es war nie leicht mit Deutschland, und in den letzten zwei, drei Jahren ist es noch schwieriger geworden. Ende der achtziger Jahre hatten deutsche und polnische Politiker und Intellektuelle enorme Arbeit geleistet. Schon 1980 gab es die „Solidarność“, 1983 den Friedensnobelpreis für Lech Wałęsa, zwei Jahre später stieg Gorbatschow auf. Man spürte den anderen Wind, dass eine friedliche, aber revolutionäre Entwicklung in einem Ostblockland möglich sein könnte.

ZEIT: Sie sagten aber gerade, Deutschland sei in den letzten zwei Jahren schwierig geworden.

Bartoszewski: Anfang der neunziger Jahre dachte man, die Probleme seien nun erledigt. Das war falsch, denn die Probleme hatten sich über Generationen entwickelt! 1995 hielt ich als erster Pole im deutschen Parlament eine Rede. Das war eine sensationelle Neuigkeit, über 20 Millionen haben in Deutschland diese Bundestagsrede im Fernsehen verfolgt! Es gab also ein beachtenswertes Interesse. Es herrschte zwar keine Freundschaft, aber eine stabile Normalität, die bis Ende der neunziger Jahre andauerte. Dann kamen in beiden Ländern die Sozialdemokraten an die Macht. Und eine Dame in den besten Jahren wurde sehr bekannt.

ZEIT: Sie meinen Erika Steinbach, die Vorsitzende des Vertriebenenverbands.

Bartoszewski: Eine schöne Blonde für die einen, für andere eine blonde Bestie.

ZEIT: Was werfen Sie ihr vor?

Bartoszewski: Sie hat im Bundestag gegen die Anerkennung der polnischen Oder-Neiße-Grenze gestimmt! Sie unterscheidet meiner Meinung nach

¹ DIE ZEIT Nr. 50, 6. Dezember 2007.

nicht präzise genug zwischen Opfern und Tätern. Wir können so eine Verfälschung der Geschichte unter der Regie von Frau Steinbach nicht dulden.

ZEIT: Erika Steinbach kann unmöglich allein der Grund für die Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen sein.

Bartoszewski: Nein, aber jede Lawine im Gebirge hat unterschiedliche Ursachen und nicht absehbare Folgen. Ich hatte schon vor einigen Jahren vor ihr gewarnt. Meine deutschen Kollegen hatten mir damals gesagt, du übertriebst, sie spielt in Deutschland überhaupt keine Rolle. Nun, Erika Steinbach gehört zu den wenigen deutschen Politikerinnen – in einem 82-Millionen-Land. Das kann man auch so sehen.

ZEIT: Sie messen Frau Steinbach viel Einfluss zu.

Bartoszewski: Frau Steinbach hat eine gewisse Veränderung in der öffentlichen Meinung in Deutschland sehr geschickt ausgenutzt. Man sollte das nicht verharmlosen. Die Ministerpräsidenten von Hessen, Bayern und Baden-Württemberg unterstützen sie ohne Wenn und Aber. Sie ist erfolgreich!

ZEIT: Sie ist Mitglied in Helmut Kohls Partei, der ein guter Freund von Ihnen ist.

Bartoszewski: Das weiß ich. Aber der „Elefant“ verliert kein gutes Wort mehr über sie.

ZEIT: Das ist der deutsche Beitrag zu den gegenseitigen Beziehungen aus polnischer Sicht. Aber was lief auf polnischer Seite falsch – ist rückblickend lediglich der Stil der Kaczyńskis zu kritisieren?

Bartoszewski: In Polen gibt es eine neue Methode, Ängste und Unsicherheiten zugunsten des Erfolges der eigenen Partei auszunutzen. Man hat, das ist typisch für halbautoritäre Parteien, gewisse Äußerungen und Quasibedrohungen hochgespielt – die Preußische Treuhand, die auf die Rückgabe ehemals deutscher Gebiete klagt, ist nur ein Beispiel.

ZEIT: Ist man nicht in den zwei Jahren zurückgefallen in eine Art Germanophobie?

Bartoszewski: So habe ich das mal genannt.

ZEIT: Als die Kaczyńskis an die Macht kamen, haben Sie zunächst keine Verschlechterung der Beziehungen zu Deutschland erwartet.

Bartoszewski: Die Kaczyńskis stammen aus einer gutbürgerlichen Familie. Sie waren normale Leute, politisch in der Mitte angesiedelt. Jarosław und Lech Kaczyński waren intelligente Juristen aus gutem Milieu mit guten Bekanntschaften. Diese Entwicklung war nicht abzusehen.

ZEIT: Wie viel Neuanfang zwischen Deutschland und Polen ist denn nun möglich? Der jetzige Außenminister Radosław Sikorski hat vor einem Jahr die Vereinbarung zwischen Deutschland und Russland über eine gemeinsame Pipeline als Ribbentrop-Molotow-Pakt bezeichnet.

Bartoszewski: Ich kenne den neuen Außenminister sehr gut. Er hat damals bei mir im Außenministerium gearbeitet, ich habe ihn ein bisschen wie meinen Sohn behandelt. Radosław Sikorski ist eine komplizierte Gestalt, er floh jung nach England, dann hat er in Afghanistan gegen den Kommunismus gekämpft, dann eine jüdische amerikanische Publizistin geheiratet. Er steht rechts von der Mitte, aber er ist nicht rechts außen.

ZEIT: Auch nicht germanophob?

Bartoszewski: Nun, er lebt bei Bromberg, wo die Menschen enorm gelitten haben unter den Deutschen – angefangen von September 1939 an, damals fanden nämlich Massenerschießungen in Bromberg statt. Bei den Älteren lebt das noch immer fort. Sikorski hat dort sein Mandat bekommen. Das bedeutet allerdings nicht, dass auch er in diesen Kategorien denkt.

ZEIT: Waren Sie überrascht, als Angela Merkel kurz nach dem Wahlsieg von Donald Tusk verkündete, dass es ein Vertriebenenzentrum geben wird, möglicherweise mit Erika Steinbach?

Bartoszewski: Überrascht nicht, aber traurig. Man sollte der neuen polnischen Regierung keine Situation schaffen, in der sie sich so ähnlich äußern muss wie die Vorgängerregierung.

ZEIT: Berlin sieht das Zentrum als eine souveräne deutsche Angelegenheit.

Bartoszewski: Das kann man so sehen. Aber dann bleibt uns die Möglichkeit, zum Beispiel ein Museum der deutsch-polnischen Geschichte zu bauen, vom ersten preußischen Angriff 1772 auf Polen an bis 1945. Und alles andere wie die deutsche Entwicklung in der Bundesrepublik lassen wir weg ... Das kann man machen, aber wozu?

ZEIT: Wie könnte eine Lösung aussehen?

Bartoszewski: Die hat es schon gegeben – als Johannes Rau und Aleksander Kwaśniewski in Danzig eine Erklärung abgegeben haben über ein europäisches Netzwerk. Unter Jarosław Kaczyński gab es dafür keine Chance. Die ist jetzt in der Tusk-Regierung entstanden. Aber man hat sie uns nun teilweise genommen.

ZEIT: Einen Kompromiss mit den Vertriebenen wird es also nicht geben?

Bartoszewski: Es geht mir um inakzeptable Personen und nicht um die Idee, etwas gemeinsam zu tun. Ich war mit dem Vertriebenenpräsidenten

Herbert Czaja befreundet. Er war in Deutschland gelegentlich zu Gast bei mir und meiner Frau. Ich kam auch gut mit Herbert Hupka klar, dem früheren Vizepräsidenten der Vertriebenen. Mit ihm habe ich gestritten, aber wir hatten Respekt und Achtung voreinander. Hupka hat die polnische Oder-Neiße-Grenze anerkannt, anders als Frau Steinbach.

ZEIT: Nicht alle, die Erika Steinbach unterstützen, stehen im Verdacht, Revanchisten zu sein.

Bartoszewski: Frau Steinbach hat Ralph Giordano und andere für ihr Projekt überredet. Ich habe Giordano dafür beschimpft, er hat mich traurig angeschaut und gefragt, warum schreist du mich so an? – Du hast Steinbach unterstützt, ein kluger Jude sollte kein dummer Jude sein!, schrie ich.

ZEIT: Was hat er geantwortet?

Bartoszewski: Dann bin ich halt ein dummer Jude.

ZEIT: Mittlerweile hat sich Giordano von den Plänen distanziert.

Bartoszewski: Er ist eben doch klug. Es freut mich sehr, weil ich ihn schätze und gern habe.

ZEIT: Ein anderer Streitpunkt zwischen Deutschland und Polen sind die deutschen Kulturgüter, die in Krakau aufbewahrt werden. Die Verhandlungen um eine Rückgabe sind vor zwei Jahren gestoppt worden. Wie geht es jetzt damit weiter?

Bartoszewski: Das weiß ich noch nicht. Momentan sind die Güter dort gut aufbewahrt. Jeder kann sie nutzen, unsere Museen, Bibliotheken und Archive stehen offen.

ZEIT: Kommen wir zu den Schwierigkeiten mit anderen Nachbarn Polens. Tusk hat einen stärkeren Dialog mit Russland angekündigt.

Bartoszewski: Wir müssen mit diesem riesigen Staat klarkommen. Wir erwarten dabei auch die Solidarität der europäischen Familie, wenn es zu Meinungsunterschieden oder scharfen Auseinandersetzungen mit Russland kommt.

ZEIT: Außenminister Frank-Walter Steinmeier verfolgt einen Wandel durch Verflechtung.

Bartoszewski: Steinmeier ist mir nur flüchtig bekannt aus der Schröder-Zeit. Ich habe 2001 mit Joschka Fischer zusammengearbeitet.

ZEIT: Auch der hat diesen Ansatz vertreten.

Bartoszewski: Aber er hatte viel Verständnis für die Schwächeren, für die, die unter Druck stehen.

ZEIT: Steinmeier hat das nicht?

Bartoszewski: Fischer hatte mehr Fingerspitzengefühl für unseren polnischen Standpunkt.

ZEIT: Steinmeier vertritt eine andere Russlandpolitik als Angela Merkel. Er hat deshalb die Kanzlerin öffentlich angegriffen. Wie haben Sie diesen Angriff aus polnischer Sicht empfunden?

Bartoszewski: Wir haben in den letzten zwei Monaten zu viele eigene Probleme gehabt, um den Koalitionsstreit in Deutschland zu analysieren. Aber die Mehrheit der Polen war und ist mehr für die CDU.

ZEIT: Sollen Regierende also Menschenrechtsverletzungen laut kritisieren oder lieber auf stille Diplomatie vertrauen, die auch Ihr Freund Helmut Kohl als den besseren Weg beschreibt?

Bartoszewski: Ich teile hundertprozentig die Meinung von Helmut Kohl.

ZEIT: Sie teilen seine Meinung?

Bartoszewski: Diskrete und freiwillige Diplomatie, Vertiefung des Vertrauens, kleine Schritte ohne Eile – mit diesen Worten hat mich der „Elefant“ am 5. November dieses Jahres in Berlin verabschiedet. Lieber Władysław, ohne Eile!

ZEIT: Wird die Politik der neuen polnischen Regierung gegenüber Russland anders sein als die der Kaczyńskis?

Bartoszewski: Strategisch und taktisch wird sich sicher die jetzige Regierung von der alten unterscheiden. Allein die Entscheidung, mich und Sikorski zu nominieren, ist ein Signal.

ZEIT: Also wird Donald Tusk bald Putin treffen?

Bartoszewski: Der arme Tusk ist noch schwach, er muss sich erst festigen und die europäische Öffentlichkeit überzeugen. Er kündigte zum Beispiel an, nicht länger Russlands Aufnahme in die OECD zu blockieren. Daraufhin gab es hier in Warschau nahezu Krawalle.

ZEIT: Auch Lech Wałęsa wiederholte vor Kurzem, dass man mit dem russischen Bären vorsichtig umgehen und ihn nicht erzürnen solle. Deshalb hätte er Verständnis für die Annäherungspolitik von Willy Brandt damals.

Bartoszewski: Außer Idioten würde das jeder sagen. Was wir denken, ist eine andere Sache.

ZEIT: Sie widersprechen dieser Aussage nicht?

Bartoszewski: All das, was noch vor Gorbatschow und der Wende über Russland geredet wurde, war mehr naiv als böse. Die Naivität gewisser Sozialdemokraten – ich meine nicht Brandt persönlich ...

ZEIT: ... aber Helmut Schmidt, der ein engeres Verhältnis zu den Kommunisten hatte?

Bartoszewski: Schmidt schon viel mehr. Die deutschen Sozialdemokraten vergessen oft, dass man sich in Warschau, Prag oder Moskau zwar Sozialisten nannte. Das hatte aber nichts mit der Idee des Sozialismus zu tun.

ZEIT: Seit einigen Tagen tobt ein Streit zwischen dem Präsidenten Lech Kaczyński und dem Premier Donald Tusk um die Kompetenzen in der Außen- und Innenpolitik. Kaczyński will sogar eine Verfassungsklage einreichen.

Bartoszewski: Die Außenpolitik bestimmt der Premier, so sieht es unsere Verfassung vor.

ZEIT: Aber heißt das nun ständiger Kampf zwischen Premier und Präsident für mindestens die nächsten vier Jahre?

Bartoszewski: Nur drei Jahre! So lange wird Lech Kaczyński noch im Amt sein. Danach werden die Wähler entscheiden. Möge Gott uns Klugheit und Verantwortungsbewusstsein geben!

Das Interview führten Alice Bota und Gunter Hofmann.

Die deutsch-polnischen Beziehungen zur Zeit des Pontifikats von Paul VI. (1963–1978)¹

In die Jahre 1963–1978, die fünfzehnjährige Pontifikatszeit von Paul VI., fällt eine Reihe von Schlüsselereignissen mit besonderer Bedeutung für drei eng verbundene Bereiche: die Ostpolitik des Heiligen Stuhls, die Beziehungen zwischen der katholischen Kirche und dem kommunistischen Regime im damaligen Polen und die Anfänge der Normalisierung in den deutsch-polnischen Nachkriegsbeziehungen – und zwar in einer Zeit, als diese Beziehungen – insbesondere mit Westdeutschland – durch absichtlich angestachelte Antagonismen geprägt waren. Auf polnischer Seite lag der Grund dafür – verständlicherweise – in der immer noch vorhandenen Abneigung und den Wunden nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges, auf deutscher Seite darin, dass den Polen – und nicht den Entscheidungen der Alliierten – die Schuld für die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung im Jahre 1945 angelastet wurde. Es soll auch daran erinnert werden, dass die damalige Regierung der Bundesrepublik Deutschland weder die Existenz der Deutschen Demokratische Republik noch die Grenze an der Oder und Neiße anerkannte und für Deutschland *de facto* den Territorialstand von 1937 beanspruchte. Die deutsche öffentliche Meinung war davon überzeugt, dass die in der Folge des Krieges verlorenen Gebiete im Osten nur vorübergehend von Polen „besetzt“ waren. Dadurch gab es auch antideutsche Stimmen in Polen, wo die Feindschaft zur Bundesrepublik Deutschland damals generell zum Programm der staatlichen Ideologie gehörte. Und weil Polen die Deutsche Demokratische Republik anerkannte, unterhielt Bonn keine offiziellen diplomatischen Beziehungen mit Warschau. Auf der anderen Seite entsprachen die Beziehungen zwischen Polen und der im Westen angrenzenden DDR kaum den offiziell proklamierten Erklärungen von Freundschaft und Brüderlichkeit.

¹ Bei dem hier abgedruckten Text handelt es sich um eine Ansprache, die Władysław Bartoszewski im Juni 2008 im Vatikan auf Einladung von Kardinal Angelo Sodano hielt. Vgl. Władysław Bartoszewski, „Relazioni polacco-tesche durante il pontificato di Paolo VI (1963–1978)“ [Die deutsch-polnischen Beziehungen zur Zeit des Pontifikats von Paul VI. (1963–1978)], in: Achille Silvestrini, *L'Ostpolitik di Agostino Casaroli 1963–1989* [Die Ostpolitik Agostino Casarolis 1963–1989], Bologna 2009, S. 45–61. Übersetzung: M. Barcz.

Es ist nicht ohne Bedeutung, dass Giovanni Battista Montini, der im Juni 1963 als Paul VI. den Petrusthron bestieg, über breite persönliche Erfahrungen in der vatikanischen Diplomatie verfügte. Im Zeitraum von drei Jahrzehnten in der Zeit der Pontifikate von Pius XI. und Pius XII. war er nicht nur Zeuge, sondern auch ein aktiver Teilnehmer und Mitverantwortlicher für die Beziehungen mit den Staaten Osteuropas. Von Mai bis November 1923, gleich nach dem Beginn seiner diplomatischen Laufbahn, amtierte er als Sekretär der Apostolischen Nuntiatur in Warschau, und nach seiner Rückkehr nach Rom war er Beamter im vatikanischen Staatssekretariat. Dort wurde er 1932 zum Substitut des Staatssekretärs ernannt und damit zu einem der engsten Mitarbeiter des damaligen Kardinals Eugenio Pacelli (des späteren Papstes Pius XII.). Von 1958 arbeitete er auch eng mit Papst Johannes XXIII. zusammen, sowohl bei der Vorbereitung des Zweiten Vatikanischen Konzils als auch im Verlauf von dessen erster Phase.

Auch nach seiner Wahl zum Papst widmete er der Diplomatie (die zwar eher vorsichtig und zurückhaltend war, aber zugleich im Stande, die sich bietenden Gelegenheiten entsprechend zu nutzen) als einem der Hauptinstrumente im Kontakt mit den Staaten Mittel- und Osteuropas weiterhin besondere Aufmerksamkeit. Dabei handelte er stets nach dem Grundsatz „retten, was noch zu retten ist“. Ein Ausdruck dieser charakteristischen Zurückhaltung war u. a. seine Ablehnung der Forderungen während der letzten Konzilssitzung im Herbst 1965, den Kommunismus entschieden zu verurteilen. Das Konzept der Ostpolitik von Paul VI. orientierte sich an dem Grundsatz der Friedenserhaltung unter den Bedingungen des Kalten Krieges und des Gleichgewichts zwischen den Nuklearmächten. In einer seiner Aussagen beschrieb Paul VI. in klaren Worten die Aufgabe des Heiligen Stuhls: Zurückhaltung in der Äußerung von Protest, auch wenn er berechtigt ist, und Vermeidung von scharfen Tönen. Nicht weil er den Stand der Dinge übersehen oder außer Acht gelassen hätte, sondern weil ihm die Gefahr bewusst war, ein noch größeres Übel zu provozieren. Gleichzeitig betonte er die Bereitschaft des Vatikans, ehrliche und würdige Gespräche zu führen, Vergebung zu gewähren und überall dort guten Willen zu zeigen, wo der Blick in die Zukunft eine Bewältigung der neuesten schmerzlichen Geschichte erforderte. In einer solchen Atmosphäre begann die Kirche von Paul VI. während des Zweiten Vatikanischen Konzils einen diplomatischen Dialog mit dem Osten. Wie Monsignore Agostino Casaroli später schrieb: einen Dialog, der nicht immer zu Erfolgen führte, nicht überall mit gleichem Engagement geführt wurde und im Allgemeinen nicht einfach war. Doch zumindest einem klaren Ziel folgte.

Das Zweite Vatikanische Konzil und der Brief der Bischöfe

Die Bedeutung des Zweiten Vatikanischen Konzils für die Verbesserung der angespannten deutsch-polnischen Beziehungen bestand allein schon auf der lobenswerten Tatsache, dass die Sitzungen überhaupt erst eine Begegnung zwischen den Vertretern der Bischofskonferenzen beider Länder ermöglichten und zugleich eine einmalige Chance gaben, Gespräche zu führen, die nicht nur unmittelbar mit den formalen Themen der Konzilsrunden verbunden waren, sondern auch einen Meinungs austausch zu den gegenseitigen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland zuließen. Einen Anlass zur Kooperation bot die gemeinsame Stellungnahme zur Beatifizierung des Franziskaners Maximilian Kolbe, eines Auschwitz-Märtyrers. Zu einem zusätzlichen Impuls für die gegenseitigen Kontakte wurde interessanterweise die Erklärung der Evangelischen Kirche in Westdeutschland, die in ihrem Memorandum vom 1. Oktober 1965 zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und zur Versöhnung zwischen den Deutschen und ihren Nachbarn im Osten aufrief. Eine frühere und ebenfalls erwähnenswerte Geste dieser Art seitens der evangelischen Intellektuellen stellte – noch während des Pontifikats von Jan XIII. im Jahre 1961 – das den Bundestagsabgeordneten vorgestellte Tübinger-Memorandum dar, es enthielt einen Aufruf an westdeutsche Politiker, auf die Idee der Grenzrevision zu verzichten. Beide Apelle riefen zwar in den 1960er Jahren scharfe Reaktionen in Vertriebenenkreisen hervor, aus der Perspektive der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik spielten sie jedoch eine bedeutende Rolle als erste, bisher kaum in einem derart deutlichen Tonfall geäußerte Stimmen für den Dialog. Eine dritte Gelegenheit zur Verständigung war schließlich das herannahende 1000-jährige Jubiläum der Christianisierung Polens im Jahre 1966. Während des Konzils verfassten die polnischen Bischöfe eine Reihe von Briefen an die Bischofskonferenzen anderer Länder (insgesamt 56) mit der Einladung zur Feier. Darunter befand sich ein Schreiben von besonderem Wert, der Brief an die deutschen Bischöfe vom 18. November 1965. Heute, nach über vierzig Jahren, wird er als eines der wenigen Dokumente der polnischen Geschichte bezeichnet, das seiner Zeit derart voraus war und eine neue Bereitschaft zum Dialog und zu künftigen Veränderungen auf der internationalen Bühne ankündigte.

Ein großer Teil des Briefes ist Reflexionen über die historischen Kontakte zwischen Polen und Deutschland im Laufe der Jahrhunderte gewidmet, unter besonderer Berücksichtigung der Kriegstragödie, darunter auch die in Deutschland am stärksten emotionsgeladene und die größten Kontroversen in den gegenseitigen Beziehungen auslösende Frage der Zwangs-

aussiedlung der Deutschen aus den polnischen Westgebieten und der Anerkennung der gegenwärtigen Westgrenze unseres Landes. Seinen besonderen Charakter verdankt der Brief aber vor allem einem für die damalige Zeit und Bedingungen spektakulären Aufruf zur Verständigung im Geiste von Veröhnung und Vergebung: „Versuchen wir zu vergessen! Keine Polemik, kein weiterer kalter Krieg, aber der Beginn eines Dialogs. [...] In diesem allerchristlichsten und zugleich sehr menschlichen Geist strecken wir unsere Hände zu Ihnen hin in den Bänken des zu Ende gehenden Konzils, gewähren Vergebung und bitten um Vergebung. Und wenn Sie, deutsche Bischöfe und Konzilsväter unsere ausgestreckten Hände brüderlich erfassen, dann erst können wir wohl mit ruhigem Gewissen in Polen auf ganz christliche Art unser Millennium feiern.“

Der deutsche Originaltext wurde von dem Breslauer Bischof Bolesław Kominek verfasst. Dieser polnische Patriot und zugleich den Deutschen gegenüber positiv eingestellte Oberschlesier verkörperte alle Eigenschaften, die für den ersten konkreten Schritt zur Verständigung zwischen beiden Völkern in der Nachkriegsgeschichte notwendig waren. Bischof Kominek hatte ein ausgezeichnetes Gespür für die Einstellungen der Menschen in der deutsch-polnischen Grenzregion. Unter nahestehenden Oberschlesiern sah er aus unmittelbarer Nähe, was es bedeutet, wenn man sich nicht zu Hause fühlt: ein Gefühl von Unsicherheit und fehlender Stabilisierung. Zur Veränderung dieser Lage konnte, seiner Meinung nach, nur eine Verbesserung der gegenseitigen Kontakte zwischen Bonn und Warschau führen. Und gerade die Atmosphäre des Konzils ermutigte dazu, die Hand in einer christlichen Veröhnungsgeste auszustrecken. Sie erlaubte auch die Hoffnung auf eine ebenso mutige und bahnbrechende Antwort.

Paul VI. empfing die Nachricht über den Brief der polnischen Bischöfe an die Deutsche Bischofskonferenz mit Wohlwollen und verband sie mit der Hoffnung, dass eine auf diesem Weg erreichte Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen auf positive Weise auch die Vatikanische Ostpolitik beeinflussen würde und vor allem die Möglichkeit eröffnen würde, die immer noch ungelöste Frage der endgültigen kirchlichen Verwaltung in den Grenzgebieten entlang von Oder und Neiße mit der Regierung in Warschau definitiv zu regeln. Dieses Anliegen gehörte übrigens auch zu den Hauptzielen der polnischen Bischofskonferenz, die mit aller Kraft nach einer dauerhaften Verwaltung der Westgebiete strebte. Es war jedoch offensichtlich, dass aufgrund der zurückhaltenden Politik von Paul VI. und der Einflussposition mancher Mitglieder der westdeutschen Bischofskonferenz innerhalb der Römische Kurie (die grundsätzlich eine formale Akzeptanz der Potsdamer Grenzabmachungen ablehnten) der Heilige Stuhl keine Schritte in diese

Richtung unternehmen würde ohne eine vorausgehende offizielle Regelung der polnischen Westgrenze zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen.

Der Brief eröffnete also eine Möglichkeit, die deutschen Bischöfe zur Veränderung ihrer Haltung zu ermutigen. Zugleich wäre eine dadurch erreichte Verständigung ein unbestreitbarer Erfolg der polnischen Kirche und würde ihre Position gegenüber der kommunistischen Regierung in Warschau erheblich stärken. Unter der Berücksichtigung der möglichen Vorteile für die deutsch-polnischen Beziehungen und (was auch nicht ohne Bedeutung war) für die Stärkung der Position der polnischen Kirche entschloss sich der anfangs skeptische Kardinal Wyszyński, den Text von Erzbischof Kominek schließlich zu unterzeichnen. Es war damals schwer vorauszusehen, dass der Brief, der ja dem Brückenbau dienen sollte, zur Quelle einer heftigen inneren Auseinandersetzung zwischen der Kirche und der Staatsregierung in Polen werden würde. Aus heutiger Perspektive betrachtet, war das ein mutiger Schritt von zentraler Bedeutung für die Überwindung des Antagonismus der Nachkriegsepoche; gleichzeitig aber ein Schritt, für den die polnische Kirche teuer bezahlen musste.

Die Millenniumskonfrontation von 1966

Die nach zwei Wochen erhaltene Antwort der deutschen Bischöfe erfüllte nicht alle Erwartungen. „Ich muss Ihnen, Herr Kardinal, ehrlich gestehen, dass die Antwort des deutschen Episkopats auf unseren versöhnlichen Brief enttäuscht“, schrieb Primas Wyszyński einige Jahre später in privater Korrespondenz offen an Kardinal Döpfner. Die Antwort enthielt vor allem keine klare Stellungnahme zu der wichtigsten Frage: der Oder-Neiße-Grenze. Und den konkreten Vorschlag der Versöhnung und des Dialoges reduzierte sie auf allgemeine moralische Fragen. Damit erfüllte sich weder die große Hoffnung des polnischen Episkopats und des Vatikans noch die heimlichen Erwartungen der kommunistischen Regierung in Warschau, die – in ungewöhnlicher Einstimmigkeit mit der Kirche – auf die Anerkennung des endgültigen und unveränderlichen Charakters der polnischen Westgrenze durch die Bundesrepublik Deutschland hoffte. Mit einem Misserfolg dieser Pläne konfrontiert, nutzten die Kommunisten die sich bietende Gelegenheit zur diskreditierenden Hetze gegen die polnische Kirche. Das Zentralkomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei empfahl jetzt in seinen geheimen „Anmerkungen und Vorschlägen im Zusammenhang mit dem Brief

der Bischöfe“ die Haltung der Kirche als antinational und dem deutschen Revisionismus dienend zu verurteilen, die Kirchengspitze anzuprangern und Fälschungen von Fakten aus der Geschichte des polnischen Volkes nachzuweisen, um schließlich eine Spaltung innerhalb der Hierarchie und des römisch-katholischen Klerus herbeizuführen. Kurz gesagt, dem Episkopat wurde ein Verrat, ein Handeln im Namen von deutschen Interessen und eine übertriebene Unterwürfigkeit vorgeworfen. „Wir vergeben nicht!“, verkündeten offizielle damalige Propagandaparolen in Anlehnung an den Aufruf aus dem Brief. Damit verlief das Jahr 1966, das 1000-jährige Jubiläum der Christianisierung und der Gründung des polnischen Staates, im Geiste einer scharfen Auseinandersetzung, die erst in den Stagnationsjahren 1967–1970 (zum Ausklang der Amtszeit des damaligen I. Parteisekretärs Wiesław Gomułka) allmählich ein Ende fand.

Das Bensberger Memorandum

Die zurückhaltende Haltung des westdeutschen Episkopats war jedoch nicht die einzige Reaktion auf den Brief der polnischen Bischöfe. Die vage Antwort enttäuschte auch viele Intellektuelle in der Bundesrepublik Deutschland und führte 1966 zur Versammlung von Vertretern katholischer Intellektuellenkreise in Bensberg bei Bonn. Das von ihnen erarbeitete Memorandum bezog sich auf die Frage der Vertreibung von Menschen als eine Folge der Kriegstragödie. Der entscheidende Absatz, verfasst durch einen früheren Verfassungsrichter, Professor Ernst-Wolfgang Böckenförde, beinhaltete die Meinung, dass die Deutschen keine Rückgabe der verlorenen Gebiete fordern dürfen. Der im Frühling 1968 publizierte Text des Memorandums diente als direkte Inspiration für Bundeskanzler Willy Brandt und war richtungsweisend für seine Politik, die zur faktischen Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und zur Unterzeichnung des Warschauer Vertrages von 1970 führte. In diesem Kontext sollte auch die engagierte Unterstützung des schon damals bekannten deutschen Theologen Joseph Ratzinger erwähnt werden. „Ich bin dankbar und erfreut, dass eine solche Initiative endlich ergriffen wurde“, schrieb Ratzinger in einem Brief an den berühmten katholischen Pädagogen Manfred Seidler, einen der Teilnehmer des Bensberger Kreises.

In dem Bensberger Memorandum kam auch zum ersten Mal in Deutschland das Schicksal der auf frühere deutsche Gebiete östlich der Oder und Neiße umgesiedelten polnischen Bevölkerung öffentlich zur Sprache.

Vor allem aber machte man auf die Probleme der Seelsorge aufmerksam, die mit einer mangelnden Regulierung der Fragen von kirchlicher Verwaltung im polnischen Westen verbunden waren. Die Autoren des Memorandums forderten also eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch den Vatikan und Beschlüsse zur endgültigen Struktur von Diözesen. In all diesen Punkten war das Bensberger Memorandum die eigentliche und lang erwartete – wenn auch inoffizielle – Antwort der deutschen Katholiken auf den Brief der polnischen Bischöfe aus dem Jahr 1965.

Der Warschauer Vertrag von 1970 und die neue diözesane Administration in den westlichen Gebieten Polens

Zu den größten Hindernissen der deutsch-polnischen Beziehungen in der ganzen Nachkriegszeit bis zum Jahr 1972 gehörte die ungelöste Frage der Oder-Neiße-Grenze und – aus der Perspektive der Kirche – die damit verbundene fehlende Möglichkeit einer endgültigen Strukturierung der diözesanen Administration im Westen Polens. Noch im Jahr 1945 wurden zwar in den an Polen angeschlossenen Regionen apostolische Administraturen in Danzig, Allenstein, Oppeln, Breslau und Landsberg ins Leben gerufen, die Sache der definitiven Anpassung der Grenzen von Diözesen an die Staatsgrenzen blieb jedoch offen. Eine günstige Gelegenheit zur Lösung der Grenzfrage bot sich schließlich 1966 in Bonn mit der Entstehung der großen Koalition von Christdemokraten und Sozialdemokraten, die in ihrer Regierungserklärung – statt auf die Grenzziehung von 1937 zu bestehen – zum ersten Mal ein Verständnis für polnische Forderungen nach einer Bestätigung der aktuellen Grenzen zeigte.

Die neue Ostpolitik der Bundesregierung führte am 7. Dezember 1970 in Warschau zur Unterzeichnung des historischen Vertrags über die Grundlagen der Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen (sog. Warschauer Vertrag) durch Bundeskanzler Willy Brandt und Premierminister Józef Cyrankiewicz, der eine offizielle Bestätigung der Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen und eine Verzichtserklärung auf gegenseitige Territorialansprüche enthielt. Dieses Ereignis fiel in die Zeit der Dezemberauschreitungen an der polnischen Ostseeküste, die zum endgültigen Fall von Gomułka führten. Die Machtübernahme durch Edward Gierek am 20. Dezember 1970 als Resultat der VII. Plenarsitzung des Zentralkomitees der PVAP trug auch temporär dazu bei, dass der offene Konflikt mit der Kirche zwar nicht definitiv gelöst, aber zumindest gelindert werden konnte (Primas

Wyszyński wurde jetzt sogar für seine „patriotische Haltung“ gelobt), und die Lösung der Grenzfrage durch die Unterzeichnung des Grenzvertrages mit der Bundesregierung räumte ein letztes Hindernis zur Aufnahme von Verhandlungen über eine Regelung der kirchlichen Administration in der Grenzregion von Oder und Neiße aus dem Weg. Der neue Premierminister Piotr Jaroszewicz versicherte Primas Wyszyński den guten Willen der Regierung, um in Kooperation mit der Bischofskonferenz und dem Vatikan zu einer guten Lösung zu gelangen. In der Praxis war aber die Politik von Gierek in Bezug auf die Kirche wenig effektiv, sie unterlag zwangsweise einem steten Druck aus der Sowjetunion.

Unterdessen war der Heilige Stuhl stets bereit, bei günstiger Gelegenheit entschlossene Schritte zu unternehmen. Eine solche Gelegenheit erschien im Juni 1972. Fast zeitgleich mit der Ratifizierung des Warschauer Vertrages durch den Bundestag wurden im Vatikan neue Grenzen der Diözesen zwischen Polen und der DDR beschlossen. Am 28. Juni 1972 erließ Papst Paul VI. die Bulle „*Episcoporum Poloniae coetus*“ über die Entstehung neuer Diözesen: Opole/Oppeln (mit Ordinarius Bischof Franciszek Jop), Gorzów/Landsberg (mit Ordinarius Bischof Wilhelm Pluta), Szczecin/Stettin-Kamieńsk (mit Ordinarius Bischof Jerzy Stroba) und Koszalin/Köslin-Kołobrzeg/Kolberg (mit Ordinarius Bischof Ignacy Jeż). Die Diözesen Opole/Oppeln und Gorzów/Landsberg wurden darüber hinaus in die Metropole Wrocław/Breslau eingegliedert und die Diözesen Szczecin/Stettin-Kamieńsk und Koszalin/Köslin-Kołobrzeg/Kolberg sowie Gdańsk/Danzig (die bisher direkt dem Vatikan unterstand) in die Metropole Gniezno/Gnesen. Von den Veränderungen war auch die Diözese Warmia/Ermland und Olsztyn/Allenstein betroffen, die zum Teil der Warschauer Metropole wurde. Insgesamt entstanden kraft der Päpstlichen Bulle in Polen 5 Metropoliten, 7 Erzbistümer und 20 Diözesen. Als Ergebnis der administrativen Umwandlung umfasste die Struktur der römisch-katholischen Kirche nach dem Jahr 1972 insgesamt 27 Einheiten: 24 Diözesen auf dem Territorium Polens und 3 Gebiete jenseits der polnischen Ostgrenze unter der Verwaltung von Apostolischen Administratoren (ein Teil des Erzbistums Wilno/Vilnius mit dem Sitz in Białystok, ein Teil der Diözese Pińsk mit dem Sitz in Drohiczyn und ein Teil der Diözese Lwów/Lemberg mit dem Sitz in Lubaczów). Die auf diese Art festgelegte Gliederung bestand bis zum Jahr 1991 und zur Veröffentlichung der Bulle „*Totus Tuus Poloniae Populus*“ durch Papst Johannes Paul II.

Die Frage der kirchlichen Verwaltung in den westlichen Gebieten Polens wurde damit im unmittelbaren Kontext der Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen gelöst. Die neuen Grenzen der Diözesen wirkten sich zugleich auf den endgültigen Charakter der Grenze und die

territoriale Integrität des Landes aus. Das Hauptziel der Ostpolitik des Vatikans und das Problem in den Beziehungen zwischen der Regierung in Warschau und dem Heiligen Stuhl bestand von jetzt an in der Regelung der rechtlichen Position der Kirche in Polen. Darauf musste man noch warten.

Für die erwähnten Beziehungen zwischen Bonn und Warschau sind noch vor allem zwei wichtige Ereignisse der 1970er Jahren von Bedeutung. Das erste Ereignis war die Seligsprechung von Maximilian Kolbe durch Paul VI. im Oktober 1971 dank einer starken Unterstützung der deutschen Bischofskonferenz. Zum zweiten wichtigen Ereignis wurde die Reise der polnischen Bischöfe nach Deutschland vom 21. bis zum 25. September 1978, einige Wochen nach dem Tod von Paul VI. Diesen historischen Besuch von Primas Wyszyński und Kardinal Wojtyła gemeinsam mit einer zahlreichen Delegation des polnischen Episkopats verstand man damals in Deutschland als ein Ergebnis und eine Fortsetzung des Kurses, der 1965 von dem berühmten Brief eingeschlagen wurde. Als ein christliches Zeichen der Vergebung und einen Ausdruck des Einheits- und Friedenswillens. Von den damals besuchten Städten – wie Fulda, Köln, München, Dachau, Frankfurt am Main und Mainz – verdient vor allem die Messe in der Erzdiözese München (mit dem damaligen Kardinal Josef Ratzinger) und die Homilie von Kardinal Karol Wojtyła in der Münchener Frauenkirche besondere Aufmerksamkeit.

Zwei Jahre später, am 19. November 1980, auch in München, sprach Karol Wojtyła, schon als Papst Johannes Paul II., kurz vor dem Abschluss seines apostolischen Besuches in Deutschland über die Bedeutung der damaligen Reise im Kontext des historischen Erbes des deutschen Christentums:

Wenn ich mit Verehrung dieser ferneren Vergangenheit in einigen ihrer größten Marksteine gedenke, kann ich gleichwohl die Ereignisse der näheren Geschichte nicht übergehen. Vor gar nicht langer Zeit bin ich bereits einmal hier in Ihrem Land gewesen, als Erzbischof und Kardinal von Krakau, und zwar im September 1978, zusammen mit einer Delegation von polnischen Bischöfen. [...] Zwei Motive veranlassen mich, diese fernen und nahen geschichtlichen Ereignisse hier beim Abschied zu erwähnen. Das erste Motiv besteht darin, dass jener Besuch der polnischen Bischöfe unter der Leitung des Primas von Polen eine wichtige Entwicklung bezeugte, die sich zwischen Ihrem und meinem Vaterland vollzog und immer noch fort dauert: Ich meine jenen Prozess, der die Überwindung der tragischen Folgen des 2. Weltkrieges zum Ziel hat, vor allem jener Folgen, welche sich den Herzen der Menschen eingepägt haben. Ich kenne sie aus meiner persönlichen Erfahrung, weil ich mit meiner eigenen Nation die grausame Realität dieses Weltkrieges tief erlebt habe.²

² Zitat nach: Ansprache von Papst Johannes Paul II. bei der Abreise aus Deutschland, München, 19. November 1980, <https://www.vatican.va/content/john->

Für die Zukunft sah Johannes Paul II. folgenden Appell als logische Fortsetzung des Versöhnungsprozesses, der während des Pontifikats von Paul VI. eingeleitet wurde:

Ja, darum geht es! Wir müssen alles in unserer Macht Stehende tun, um dem Leben und dem Zusammenhalt der Menschen und Nationen dieses Kontinents eine neue Grundlage und Form zu geben und so die Folgen jener entsetzlichen Erfahrung unseres Jahrhunderts zu überwinden. Die Märtyrer und Heiligen aller Zeiten bis hin zum seligen Maximilian Kolbe haben uns gezeigt, dass „Christi Liebe stärker ist“, wie es das Motto des letzten Katholikentages in Berlin ausdrückte. Nach diesem Grundsatz ist der Aufbau einer besseren Zukunft für die Nationen und Menschen nicht nur möglich, sondern sogar eine schwerwiegende Verpflichtung für uns: die dringlichste Aufgabe unserer Zeit in diesem zweiten Jahrtausend nach Christus, das bereits in seinen letzten Abschnitt eingetreten ist.³

Zusammenfassung: Das Pontifikat Papst Pauls VI. als Basis der späteren und gegenwärtigen deutsch-polnischen Beziehungen

Das Pontifikat von Paul VI. bildet den zeitlichen Rahmen für ein zentrales Kapitel der deutsch-polnischen Beziehungen, die Grundlage für Normalität und Dialog. An ihrem Ende steht ein Ereignis von damals ungeahnter Bedeutung für das weitere Schicksal Europas: die Wahl von Karol Wojtyła zum Papst am 16. Oktober 1978. Eingeleitet wurde das Pontifikat von Paul VI. mit einer Versöhnungsgeste – dem Brief der polnischen Bischöfe im November 1965. Der Erzbischof von Katowice, Damian Zimoń, stellte am 16. Oktober 2005 zutreffend fest:

Aus der Perspektive der vergangenen 40. Jahre merkt man, dass es ein wirklich prophetischer Akt war. Er veränderte nicht nur die Zukunft des polnischen und des deutschen Volkes. [...] Dank dem damaligen Brief wurde auch die Vereinigung beider Teile Europas möglich. Erzbischof Józef Kowalczyk äußerte sogar anlässlich des Jahrestages des Briefes die Meinung, dass es ohne ihn möglicherweise keinen Papst aus Polen und keinen Papst aus Deutschland gegeben hätte! Die Päpste kamen aus Polen und Deutsch-

paul-ii/de/speeches/1980/november/documents/hf_jp_ii_spe_19801119_partenza-monaco.html (11.10.21).

³ Ebd.

land eben deshalb, weil es zwischen unseren Völkern zu einer Läuterung der Erinnerung gekommen ist. Einer Läuterung, die mit dem damaligen Brief eingeleitet wurde. Es ist kein Zufall, dass gerade die Bemühungen der deutschen Bischöfe zur Seligsprechung des hl. Maximilian Kolbe geführt haben. Ohne Zweifel hatten alle diese Ereignisse ihre Wurzeln in den Ereignissen von November 1965.⁴

In einem ähnlichen Geiste könnte man meiner Meinung nach sagen, dass die Wurzeln der aktuellen gutnachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen – zwei freien Völkern, Mitgliedern der Europäischen Union, vereinigt durch eine gemeinsame europäische Idee – bis in die Zeit des Pontifikats von Paul VI. zurückreichen. Es ist nicht möglich, über ein Europa des 21. Jahrhunderts zu sprechen, ohne die Errungenschaften der Jahre 1963–1978 entsprechend zu berücksichtigen. In diesen Jahren wurden eben die Grundmauern gelegt, auf deren Basis die Worte der Homilie vom 22. Oktober 1978 zu Beginn des Pontifikats von Papst Johannes Paul II. in Erfüllung gehen konnten: „Habt keine Angst! Öffnet, ja reißt die Tore weit auf für Christus! Öffnet die Grenzen der Staaten, die wirtschaftlichen und politischen Systeme, die weiten Bereiche der Kultur, der Zivilisation und des Fortschritts seiner rettenden Macht! Habt keine Angst!“⁵

⁴ Zitat nach der Katholischen Nachrichtenagentur, <https://www.ekai.pl/> (10.6.08).

⁵ Zitat nach: Ansprache von Papst Johannes Paul II. am Beginn des Pontifikats, 22. Oktober 1978, https://www.vatican.va/content/john-paul-ii/de/homilies/1978/documents/hf_jp-ii_hom_19781022_inizio-pontificato.html (11.10.21).

Der Erinnerung auf die Sprünge helfen, die Wirklichkeit gestalten¹

Es ist ein Kindheitstraum vieler junger Leute, die Welt ihrer Eltern und Großeltern in Zukunft zu verändern. Manche geben diesen Traum irgendwann beim Erwachsenwerden auf. Andere, die ihm treu bleiben, wählen unter anderem den Beruf des Journalisten.

Ich – neuerdings zwar wieder Beamter – fühle mich aber an diesem Nachmittag, als würde ich sehr zahlreich versammelten Berufskollegen und Kolleginnen gegenüberstehen. Nicht allein deshalb, weil jahrelange aktive journalistische und publizistische Tätigkeit auch zu meiner persönlichen Biografie gehörte. Vor allem verbindet mich mit Ihnen – seien Sie bitte nicht überrascht – meine gegenwärtige Funktion als Beauftragter des Premierministers Donald Tusk für internationalen Dialog. Ich sehe dies als eine Gemeinsamkeit, weil Sie alle hier Anwesenden ebenfalls einen durchaus ähnlichen Auftrag erfüllen. Einen vielleicht sogar noch ehrenvolleren und wichtigeren. Und einen, der mit keiner politischen Option und keinen offiziellen Privilegien verbunden ist. Sie handeln im Auftrag der Öffentlichkeit. Und Sie sind konkret – genauso wie ich – für den Stand der Beziehungen zwischen unseren Ländern (Polen und Deutschland) zuständig und mitverantwortlich.

Im gängigen Alltagsverständnis geistert zwar nach wie vor die naive Vorstellung von Journalisten als bloßen Berichterstattern herum, deren Rolle sich auf eine möglichst unvoreingenommene Darstellung der Tatsachen begrenzt. Dabei wird übersehen, dass – ähnlich wie die ursprüngliche Bedeutung der deutschen Bezeichnung „Tatsache“ ein Finalprodukt der bewussten „Tat“ war – auch die Arbeit eines jeden Journalisten zwingend einen durchaus wirklichkeitsschöpferischen und nicht bloß abbildenden Charakter besitzt.

Natürlich ist Ihre, meine Damen und Herren, traditionelle Aufgabe – nämlich die Menschen mit Informationen zu versorgen – von primärer

¹ Ansprache zur Verleihung der Deutsch-Polnischen Journalistenpreise, Potsdam, 19. Juni 2008. Der Text stammt aus dem Archiv von Władysław Bartoszewski.

Bedeutung. Aber in der heutigen medialen Kommunikationsgesellschaft besitzt gerade die Information einen enormen Wert und eine nicht zu unterschätzende Kraft. Und damit haben Sie ein Instrument in der Hand, mit dem sich die Welt und die Wirklichkeit nicht lediglich widerspiegeln, sondern aktiv gestalten lassen. Sie verfügen über eine Macht, die besonders im Kontext der Beziehungen zwischen Menschen und Völkern sowohl dem Brückenschlag und der Verständigung dienen kann, als auch – in falschen Händen oder unüberlegt eingesetzt – imstande ist, Menschen voneinander zu entfremden, Denkmauern aufzurichten und ganz reale Konflikte auszulösen.

Zusammen mit dem erwähnten Auftrag, den Sie erfüllen, wurde Ihnen also zugleich eine Verantwortung auferlegt. Übertragen auf die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen, heißt das aus meiner Perspektive, sowohl eines Historikers als auch zugleich eines engagierten Zeitzeugen, dass sich ein großer Teil dieser Verantwortung auf einen sehr wichtigen Bereich bezieht, nämlich auf das Geschichtsbewusstsein. Ich spreche dabei nicht lediglich jene von Ihnen an, die sich tatsächlich in ihrer journalistischen Arbeit mit historischen Themen auseinandersetzen. Denn – ob bewusst oder nicht – Geschichte ist ständig in unserem gegenwärtigen Handeln präsent, genauso wie das kulturelle, sprachliche und zivilisatorische Erbe. „Wir sind das Ergebnis geschichtlicher Erfahrungen“, sprach unlängst die Präsidentschaftskandidatin Prof. Gesine Schwan über die Deutschen und ihre östlichen Nachbarn bei der Polen-Woche der Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld.

Dass also die meisten Spannungen, die das aktuelle Verhältnis der Polen und der Deutschen belasten, mit den traumatischen Erfahrungen der Vergangenheit zu tun haben, oder genauer ausgedrückt: mit Vernachlässigung und unzulänglicher Verantwortung beim Umgang mit der Geschichte, überrascht kaum. Und das gerade jetzt in unseren Ländern über die Gründung verschiedener Gedenkstätten und Museen heftig diskutiert wird, hat ebenfalls gute Gründe.

Unsere eigene Identität und unser aktuelles Handeln sind nämlich stets mit unserem geschichtlichen Bewusstsein verbunden, und unser gegenwärtiges Verhältnis zueinander hängt in einem großen Maße damit zusammen, wie wir uns mit den Schattenseiten der Vergangenheit auseinandersetzen. Und auch damit, wie wir mit den Korrosionsprozessen umgehen, die – laut Meinung des Wiener Kommunikationswissenschaftlers Maximilian Gottschlich – ständig unser Geschichtsbewusstsein angreifen: mit schwerwiegenden Folgen für die Gegenwart. Zu diesen Korrosionsprozessen zählen unter anderem die Ignoranz, die Verdrängung und die schon

genannte Vernachlässigung. „Wir sind große Virtuosen des Vergessens geworden“, behauptete der Historiker Alfred Heuss. Und das Verhältnis zwischen Menschen leidet bekanntlich immer dort am meisten, wo unangenehme Erfahrungen unter dem sprichwörtlichen Teppich landen. Deswegen sehe ich es als Ihre Rolle, meine Damen und Herren, der Erinnerung – kolloquial ausgedrückt – auf die Sprünge zu helfen.

Deutsch-Polnische Journalistenpreise werden an Vertreter der Medienbranche vergeben, die auf verschiedene Weise einen konstruktiven Beitrag zur Mitgestaltung unserer Nachbarschaft leisten. Zur Überwindung der Vorurteile und zur Annäherung. Sie tun das durch sachlichen, gut recherchierten und verantwortungsbewussten Umgang mit aktuellen Themen, die für das deutsch-polnische Verhältnis von Bedeutung sind. Durch Berücksichtigung des historischen Kontextes und durch Vermeiden der populistischen Neigung zur Hervorhebung der öffentlichkeitswirksamen Konflikte. Und schließlich auch dadurch, dass sie immer wieder versuchen, unterschiedliche europäische Geschichtsperspektiven einander näher zu bringen, und damit das Wissen voneinander fördern sowie das bessere gegenseitige Kennenlernen ermöglichen.

Auf diese Weise haben Sie tatsächlich die Chance auf Erfüllung Ihres bereits zu Beginn erwähnten Kindheitstraumes: die Veränderung und Verbesserung der Welt Ihrer Großeltern.

Europäische Gedenkkultur angesichts der Erfahrung von Konzentrationslager und Völkermord¹

Ich wurde eingeladen, am heutigen Abend über die Kultur des Gedenkens angesichts der Erfahrung von Konzentrationslager und Völkermord zu sprechen, und dabei wäre es doch angemessener, zu diesem Anlass in Schweigen zu verweilen. Wie es Gideon Hausner, der ehemalige Vertreter der Anklage im Eichmann-Prozess formulierte: „Die kaltblütige, willkürliche und systematische Vernichtung von Millionen hilfloser Zivilisten [...] ist eine Geschichte, für die uns die Worte fehlen. Denn Worte dienen dazu, menschliche Erfahrungen zu vermitteln. Diese Taten jedoch übersteigen jedes Maß. Sie spotten jeder Beschreibung, ihre Einzelheiten machen uns sprachlos“².

Es ist also die erste zu erwähnende Eigenschaft des ehrlichen und tiefen Gedenkens: Es braucht keine lauten Worte. Keine Zeremonien. Ganz bestimmt keine Militärparaden und Ehrensalven, auch wenn all das zu der alten und nach und nach überholten traditionellen Form der Andachtsfeier gehörte.

Gedenken ist vor allem eine Reflexion, die in der Stille stattfindet. Es ist die verkörperte Stille. Ein nachdenkliches Schweigen im Angesicht der in der Zeit eingefrorenen Tragödie. „Ich habe über diesen Gipfelpunkt des Bösen alles gelesen“, erinnert sich der KZ-Häftling und Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel in seiner „Wiederbegegnung mit Auschwitz“. „Ich glaube alles über die letzten Stunden der Opfer zu wissen. Ich werde nichts sagen. Es sich vorzustellen, wäre taktlos. Es zu erzählen, wäre schamlos. [...] Das ist es, was wir tun müssen: den Atem anhalten und warten, gemeinsam, um ein ganz kleines bisschen die gebieterische Stimme dieser Zeit zu vernehmen, diejenige einer Erinnerung, welche brennt und brennt, aber sich niemals verzehrt.“³

¹ Vortrag anlässlich der Jubiläumsveranstaltung zu Ehren von Barbara Distel, Leiterin der Gedenkstätte Dachau, am 18. Juli 2008. Vgl. Władysław Bartoszewski, „Europäische Gedenkkultur“, in: *Stimmen der Zeit* 10/2008, S. 651–657.

² Gideon Hauser, *Die Vernichtung der Juden*, München 1979, S. 7.

³ Elie Wiesel, „Wiederbegegnung mit Auschwitz“, in: Adam Bujak, *Auschwitz Birkenau*, Freiburg 1989, S. 7–8.

Gedenken ist also ein geduldiges Lauschen nach den Geisterstimmen der Vergangenheit, die bis heute an Orten der Tragödie, des Leidens und des Todes wie ein entferntes Echo wahrnehmbar sind. Die zwischen den Wänden der verlassenen Häftlingsbaracken widerhallen, auf unkrautüberwucherten Appellplätzen, im verrosteten Stacheldraht und in leeren Schießöffnungen der Wachtürme. Über anonymen Massengräbern. Es sind Entsetzensschreie und Weinen. Gebete. Schläge und Hundegebell. Schüsse. „Das Blut deines Bruders schreit zu mir vom Ackerboden“, heißt es in Genesis (4,10). Das Gedenken ist ein Lauschen nach dem Wort Gottes.

Das Gedenken ist mit Schmerz und Trauer verbunden, doch es geht darüber hinaus. Schmerz und Trauer sind die ersten unmittelbaren menschlichen Reaktionen auf den Verlust. Sie werden begleitet von Ratlosigkeit, Unverständnis, manchmal sogar von spontanen Rachegefühlen. Im ersten Schmerz und erster Trauer ist oft kein Platz für Reflexion und Überlegung. Gedenken dagegen kommt mit der Zeit. Es ermöglicht ein Nachdenken über den Ursprung und die Ursachen des Bösen. Es sucht nach Antworten und hilft, Schlüsse zu ziehen. „Das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung“, besagt ein jiddisches Sprichwort. Im Gedenken ist diese Chance auf Erlösung enthalten. Nicht durch Überwindung und Vergessen des Leidens, sondern durch seine bewusste Verinnerlichung. „Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, dass es zu einem Teil des eigenen Innern wird“, sprach Richard von Weizsäcker in seiner Rede zum Befreiungstag am 8. Mai 1985.

Und gleichzeitig ist Gedenken eine Verbeugung. Aber nicht eine in ehrenvoller Hochachtung vor den Helden, sondern eine ganz menschliche und bescheidene Geste. In Demut. Um nochmals die rührenden Worte von Elie Wiesel zu zitieren: „Es genügt sich zur Erde zu beugen, um dort die Asche zu finden, die seinerzeit vom Himmel fiel, und die armen Reste von Tausenden und Tausenden jüdischer Kinder, schweigend und weise, so weise, in die vier Winde zerstreute.“⁴

Gedenken ist ein Schirm, der unser Gedächtnis davon bewahren sollte, von dieser Asche begraben zu werden. Es ist ein stummer, schweigender Schrei gegen das Vergessen und gegen diejenigen, die vergessen wollen. „Wir schließen die Augen, und unser Mund ist zum Schweigen verurteilt. Wie können wir darüber sprechen?“, fragt Kardinal Jean-Marie Lustiger. „Und doch, bevor wir sterben, ist es unsere Pflicht, den nach uns kommenden Generationen von jenen gotteslästerlichen Gräueln zu berichten, deren

⁴ Ebd.

Ziel es war, zuerst das jüdische Volk und mit ihm zusammen alle auszulöschen, die von der Herrenrasse für nicht lebenswert gehalten wurden.“⁵

Gedenken beinhaltet also auch die Verpflichtung, Zeugnis abzulegen. Der hauptsächlich für seine Aphorismen bekannte polnische Dichter Stanislaw Jerzy Lec behauptete zwar einst, der Mensch würde an einer fatalen Spätzündung leiden und alles erst in den nächsten Generation begreifen. Doch zuweilen scheint es, als würde diese Bereitschaft zum Erinnern und zum Begreifen von Generation zu Generation abnehmen, was teilweise zwar verständlich ist und mit dem unabänderlichen Ablauf der Zeit zusammenhängt, andererseits aber höchst beunruhigt. „Die Erinnerungen werden schwächer. Sie werden nie ganz verschwinden, aber sie verblassen ein wenig, und irgendwann merkt man, dass man mit ihnen leben kann“, schreibt die Schriftstellerin Charlotte Link in ihrem Buch *Am Ende des Schweigens*. Was für ein furchteinflößendes Fazit, wenn auf Schauplätze der Massenvernichtung angewendet. Denn Orte wie Dachau und Auschwitz und Treblinka dürfen niemals zur Alltagserscheinung werden, mit der man „leben kann“. Das Gedenken an sie muss stets ein Dorn im Auge bleiben, ein glühendes Eisen, das die unzähligen Tragödien dauerhaft ins Gewissen jedes Einzelnen einbrennen soll.

Das Gedenken bringt eine ganz konkrete und zukunftsgerichtete Verantwortung mit sich, nämlich jene der Bildung. Oder besser gesagt: der Erziehung. Denn Bildung selbst, ohne Rückbesinnung auf die fundamentalen Werte, kann in die Irrwege der perfektionierten Unmenschlichkeit führen. „Lieber Lehrer!“, appelliert der Erziehungspsychologe Haim Ginott im Vorwort zum polnischen Lehrbuch über den Holocaust. „Ich bin Überlebender eines Konzentrationslagers. Meine Augen haben gesehen, was niemand je sehen sollte. Gaskammern, gebaut von gelernten Ingenieuren. Kinder, vergiftet von ausgebildeten Ärzten. Säuglinge, getötet von geschulten Krankenschwestern. Frauen und Babys, erschossen und verbrannt von Hochschulabsolventen. Deshalb bin ich misstrauisch gegenüber Erziehung. Meine Forderung ist, dass Lehrer ihren Schülern helfen, menschlich zu werden. Ihre Anstrengungen dürfen niemals zu gelernten Ungeheuern, ausgebildeten Psychopathen, studierten Eichmanns führen. Lesen, Schreiben, Rechnen sind nur wichtig, wenn sie dazu dienen, unsere Kinder menschlicher werden zu lassen.“

Gedenken ist auch oft ein Akt des Mutes, in die Hölle zu blicken. In den berühmten Abgrund von Nietzsche, der dem Beobachter entgegen-

⁵ Jean-Marie Lustiger, „Es ist unsere Pflicht, zu berichten“, in: Adam Bujak, *Auschwitz Birkenau*, Freiburg 1989, S. 27.

schaut und in seine Seele eindringt. In ein schwarzes Loch, dessen Existenz die Weisen in der Ferne des Weltalls vermuten, und welches dabei direkt vor unseren Augen ganze Völker verschluckte. Gedenken ist eine Konfrontation mit Orten, wo die Zeit außerhalb der Geschichte stehen geblieben ist. Kardinal Lustiger bezeichnete die Schauplätze des Massenmordes als ein Reich des Namenlosen, wo die Objekte des Verbrechens von den Schlächtern niemals beim Namen genannt wurden. Wo Individuen zu Nummern wurden und wo man sie ihrer Persönlichkeit beraubte. „Gott schenkt dem Menschen die Gnade und Freude der Namen. Dort aber herrschte in jenen Jahren das Unbenennbare. Die Lüge. Der Tod. Das Namenlose. Das Schweigen des Todes. Die Nazis konnten die Gegenstände ihrer Verbrechen nicht bei ihrem Namen nennen. Sie hatten eine Scheinsprache entwickelt, ein Ersatzvokabular, um das zu bezeichnen, was sie zu tun wagten.“⁶ Es wurde uns das Vermächtnis vererbt, dem „Unbenennbaren“ dieser Zeit durch Gedenken erneut Namen zu verleihen. Den Namenlosen „Untermenschen“ wo immer möglich ihre persönlichen Lebensgeschichten und geraubten Biografien zurückzugeben. Damit auch ihre Menschenwürde. In der anonymen Menge Gesichter zu erkennen. Der deutsche Liedersänger Reinhard Mey drückt dieses Bedürfnis auf ansprechende Weise in seiner auf einem authentischen Ereignis basierenden Ballade „Die Kinder von Izieu“ aus: „Der Älteste war siebzehn, der jüngste grad vier Jahre, von der Rampe in Birkenau in die Gaskammern geführt. Ich werde sie mein Leben lang sehen und bewahre ihre Namen in meiner Seele eingraviert.“ Gedenken ist somit auch ein Denkmal für die Ewigkeit, aber keiner aus Steinen, sondern einer im Geiste der Überlebenden und der Nachkommen.

Es liegt heute an uns, das ehemals Unbenennbare auszusprechen. Kardinal Lustiger warnt aber vor der Falle, in die man leicht geraten kann, wenn man die damaligen Täter aus der menschlichen Gemeinschaft ausschließen will. Denn die Täter waren und sind „Teil unserer menschlichen Gesellschaft. Was sie getan haben, ist nicht nur ein Verbrechen *gegen* die Menschheit, sondern auch ein Verbrechen *des* Menschengeschlechts. Wir können nicht behaupten, dass dieses Verbrechen von Wesen begangen wurde, die nicht zur Nachkommenschaft Adams gehörten. Kain weiß, dass er seinen Bruder tötet. In diesem Punkte sprachen die Nazis, die wie wir nicht vergessen dürfen, als Menschen unsere Brüder waren, ihren Opfern das Menschsein ab.“⁷ Die Darstellung der Hölle auf den Bildern von Hieronymus Bosch erschreckt und fasziniert zugleich durch die fantasievollen, miss-

⁶ Ebd., S. 28.

⁷ Ebd.

gebildeten Monstergestalten. Wesen aus einer anderen Welt. Die erhaltenen Aufnahmen von Konzentrationslagern lösen noch schlimmere Furcht aus, weil die dortigen Monster menschliche Züge haben.

Gedenken ist damit auch Scham. Ein Bewusstsein des Versagens des eigenen Geschlechts. Der Werte. Der Kultur und Zivilisation. Der Humanität. Bewusstsein des Mangels an Gerechtigkeit, an Toleranz und Zivilcourage in der Politik. Konzentrationslager stehen als bedrängende Symbole dafür, wohin solches Versagen führen kann. Die biblische Stadt Sodom wurde nicht gerettet, weil zehn Gerechte fehlten. „Wer ein Leben rettet, rettet die ganze Welt“, sagt bekanntlich eine der Weisheiten des Talmuds. Das Leben der Ermordeten können wir durchs Gedenken nicht mehr retten. Was uns bleibt, ist die Hoffnung, dass das vergossene Blut nicht umsonst war. Dieses Blut bedeutet unsere christliche oder einfach menschliche Verpflichtung gegenüber dem Leiden von Unseresgleichen. Die Verpflichtung, auf unser Gewissen zu hören, den Versuch, Andersdenkende zu verstehen, aber auch die Verpflichtung, sich ohne Gewaltanwendung im Geiste der Nächstenliebe dem Ungeist des Hasses und der Verachtung zu widersetzen. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als die eigenen Schattenseiten anzuerkennen und nach Gegenmitteln zu suchen. Diese Gegenmittel liegen im Dialog. In der Begegnung, im Austausch, im gemeinsamen Gedenken. „Gemeinsame Erinnerungen sind manchmal die besten Friedensstifter“, ermutigte doch Marcel Proust.

Gedenken ist somit historische Diskussion. Heute taucht vor allem in Europa eine Neigung zu Überlegungen über die Wurzeln unserer Gegenwart auf. Es scheint auch das Bewusstsein heranzureifen, dass es ohne kritisches Nachdenken über die Vergangenheit unmöglich ist, einen vernünftigen Blick in die Zukunft zu erlangen. Und es ist eine deutliche Tendenz sichtbar, Erinnerungsstätten und Museen zu errichten. So viel Erinnerung und Geschichte war noch nie, behaupten manche.

Es ist aber zuweilen beunruhigend, dass das Gedenken oft missverstanden wird und scheinbar dazu dient, alte Ressentiments aufs Neue aufleben zu lassen. Dass die europäischen Geschichtsperspektiven sehr unterschiedlich sind, ist verständlich. Gedenken darf aber niemals gegen jemanden gerichtet sein, obwohl es dieses destruktive Potenzial durchaus besitzt. Aber vor allem schafft es eine wertvolle Gelegenheit für Annäherung und Versöhnung in gemeinsamer historischer Reflexion. Diese Chance gilt es wahrzunehmen und wertzuschätzen. Daher ist immer eine Europäisierung der geschichtlichen Diskussion anzustreben. Europa hat die Möglichkeit und sollte „sich dadurch auszeichnen, dass seine Nationen und Regionen plurale und differenzierte Erfahrungen in einen gemeinsamen

Diskurs einbringen.“⁸ Das Gedenken der schmerzhaft erlebten Geschichte wird erst dann entsprechende Früchte tragen, wenn es tatsächlich und nicht nur vereinzelt in einem gemeinsamen europäischen Rahmen stattfindet.

Im allgemeinen Verständnis heißt Gedenken auch letztendlich Nachdenken über den Tod. Und auch hier versteckt sich eine, für manche vielleicht wenig erwartete, Lehre: „solange wir den Tod nur als Feind betrachten, sind wir ihm schon unterlegen. Erst im Verzicht auf unser Feindbild können wir entdecken, wer er für uns sein könnte: ein Lehrer des Lebens. [...] Denn wir können Entscheidendes durch ihn lernen. Er kann uns lehren, wahrhaftig zu leben, endlich zu leben, heute, jetzt ...“⁹

Die Schlussfolgerung meiner heutigen Überlegungen ist nicht bahnbrechend, nicht revolutionär. Das soll sie auch nicht sein. Sie ist simpel und einfach. Fast selbstverständlich, und doch braucht sie ständige Wiederholung. Gedenken dient nicht bloß dazu, über geschichtlichen Tragödien in Trauer und Schmerz zu reflektieren. Gedenken hat einen kreativen Charakter, eine dringende zukunftsgerichtete erzieherische Aufgabe. Es kann uns in vielerlei Hinsicht zu besseren Menschen machen.

Die kommenden Generationen dürfen nicht vergessen, dass sich der Zweite Weltkrieg immer und ewig von den vorherigen Kriegen unterscheiden wird. Durch den geplanten Menschenmord, durch eine planmäßig durchgeführte Vernichtung von Millionen Menschen, durch das quälende psychische und physische Leid, das ihnen ohne Rücksicht auf Geschlecht und Alter angetan wurde, den langsamen Tod durch Hunger und Krankheiten in Konzentrationslagern und Ghettos, den gewaltsamen Tod bei Massensexekutionen und den Märtyrertod in den Gaskammern. An solchen Orten, die von Spezialisten zur Ausführung des staatlichen Aktionsprogramms des „Dritten Reiches“ errichtet wurden.

Heute, zu Beginn des neuen Jahrhunderts, an das wir große Hoffnungen für eine bessere Zukunft der Menschheit knüpfen dürfen oder wollen, sind Begriffe wie Dachau oder Auschwitz für Millionen Menschen in aller Welt, sowohl Juden als auch Christen, zum Zeichen des Grauens und der letzten Warnung geworden – auch wenn seit jenen Ereignissen schon 60 Jahre und mehr vergangen sind.

Wir, die den Opfern unsere Ehre erweisen möchten, wollen dieser Herausforderung gerecht werden. Wir fühlen uns verpflichtet, zu gedenken

⁸ Peter März/Manfred Wilke, „Deutsche Geschichtsbilder“, in: *Die politische Meinung*, Dezember 2005, S. 53.

⁹ Klaus Schweiggel, „Der Tod: ein Lehrer des Lebens“, in: *„Jesuiten“, Tod und Auferstehung* 1/2008, S. 18.

und nachzudenken. Verpflichtet zur Erinnerung an historische Fakten und an den Tod. Zum Nachdenken über die menschliche Natur und über die Erziehungsmethoden für eine bessere gemeinsame Zukunft.

Die bittere Erfahrung lehrt uns, wie groß die Bedeutung des Fortschritts von Wissenschaft und Technik und der materiellen Kraft der Staaten ist. Die Erfahrung ist bitter, weil diese Kraft im 20. Jahrhundert gegen die Menschen gerichtet war. Wir müssen uns also auf eine gewisse universelle Wertordnung, auf einen ethischen Maßstab stützen, der sowohl die Juden als auch die Bekenner aller christlichen Kirchen verbindet – auf die Zehn Gebote, die Gott Moses auf dem Sinai übergeben hat. Eines dieser Gebote heißt: „Du sollst nicht töten!“ Das soll nicht nur heißen: du sollst kein Verbrechen begehen, sondern auch: du sollst nicht zum Verbrechen aufwiegeln, du sollst das Verbrechen nicht akzeptieren, du sollst nicht gegen das Verbrechen gleichgültig bleiben. Denn Gedenken ist letztendlich auch eine Verpflichtung zum Handeln. Zum Aufbegehren gegen die Gleichgültigkeit.

Wir alle sollten unsere Schlüsse daraus ziehen, vor allem diejenigen, die für die Gestaltung des Bewusstseins der neuen Generationen verantwortlich sind. Ich meine hier weltliche und geistliche Lehrer und Erzieher sowie diejenigen, die das Vorstellungsvermögen der Menschen über die Medien beeinflussen. Wenn der Totalitarismus ein Ausdruck des Triumphes von Hass und Verachtung war, dann gebietet das Testament seiner Opfer, nachzudenken über Methoden, wie man sich dem Hass, der Verachtung und dem Gefühl einer eingebildeten Überlegenheit einer Nation oder einer Menschengruppe gegenüber anderen Nationen oder Menschengruppen wirksam widersetzen kann.

Wenn Konzentrationslager und Schauplätze ähnlicher Gräueltaten der Triumph extremer Formen der Unmenschlichkeit waren, dann muss das kategorische Gebot für die Nachkommen auf entschiedenem Widerstand gegen etwaige Symptome aller Erscheinungen und Gefahren von Fremdenfeindlichkeit beruhen.

Keiner von uns ist von der Pflicht befreit, Folgerungen daraus zu ziehen, was sich an vielen mehr oder weniger bekannten Orten Europas ereignet hat, an denen der Hass die Oberhand gewonnen hatte. Der Sieg des Hasses währte nur kurz, aber der Preis seines Triumphes war zu groß, als dass man die Praxis des Hasses heute aus Unwissenheit oder durch Vernachlässigung in den Beziehungen zwischen den Menschen, zwischen Nationen, ethnischen oder konfessionellen Gruppen, zulassen dürfte. Das Rezept dagegen lautet Güte, Vertrauen, Menschenliebe und die Kraft unserer Erfahrungen. All diese Elemente sind in unserer europäischen Kultur des Gedenkens enthalten. Es genügt nur, um abschließend nochmals den Worten von Elie Wiesel zu folgen, sich zur Asche zu beugen ...

Weimar – der Wille zum Dialog¹

Als einer der Laureaten der heutigen Zeremonie bin ich natürlich stolz und dankbar. Mehr aber als das Gefühl persönlicher Anerkennung erfreut mich die Person des Namensgebers dieser Preisverleihung und vor allem die klare Betonung des Zusammenhangs mit jenen Werten, welche dem Weimarer Dreieck als Basis dienen. In Polen gilt Adam Mickiewicz nicht allein als Begründer und einer der Hauptvertreter der polnischen Romantik, die in literaturwissenschaftlichen Handbüchern offiziell mit der Publikation seiner Sammlung *Balladen und Romanzen* im Jahre 1822 beginnt. Er verkörpert vielmehr den Patriotismus schlechthin. Die Vaterlandsliebe. Die Sehnsucht nach der verlorenen Heimat und nach dem vergangenen Glück. Aber seine Biografie und sein Schaffen deuten noch auf viel mehr hin: Nämlich auf sein nach und nach entstehendes Bewusstsein der Zugehörigkeit zum gemeinsamen europäischen Kulturerbe, errichtet auf dem Fundament christlicher Werte. „Das Kreuz hat lange Arme“, drückte er diesen Gedanken aus, „sie reichen über ganz Europa.“

Wer den Lebenslauf und die Schriften des großen Dichters genau studiert, wird alles andere als einen verbannten Heimatlosen sehen, der in der Fremde hilflos um die Existenz kämpft. Mickiewicz hat zwar sehr wohl aufgrund der politischen Umstände der damaligen Zeit seine engste Heimat verloren, dennoch fand er neues geistiges Zuhause in zahlreichen kulturellen Zentren der Epoche: Berlin, Dresden, Prag, Florenz, Rom, Neapel, Genf, Paris ... Und nicht zuletzt in Weimar.

Hier, am Ort der heutigen Feier, nahm er teil am 80. Geburtstag von Johann Wolfgang von Goethe. Hier traf er unter den anderen Gästen auf viele herausragende Persönlichkeiten, u. a. den französischen Bildhauer David d'Angers, der am Markt im gleichen Hotel „Elefant“ wohnte und dem

¹ Ansprache anlässlich der Verleihung des „Adam-Mickiewicz-Preises 2008 für Verdienste um die deutsch-französisch-polnische Zusammenarbeit“, Weimar, 29. August 2008. Der Text in deutscher Fassung stammt aus dem Archiv von Władysław Bartoszewski. Französische Version in: „Prix Adam Mickiewicz 2008 pour la coopération franco-germano-polonaise à W. Bartoszewski, R. von Thadden et J. Vaillant“, in: *Allemagne d'aujourd'hui*, Nr. 187, Januar-März 2009, S. 35–37.

wir ein erhaltenes Medaillon mit einem Profil von Mickiewicz verdanken. Hier bekam er auch von Goethe eine seiner Federn und ein Gedicht mit persönlicher Widmung. Eine Strophe dieses Gedichts ist besonders beachtenswert:

Wenn Freundes Antlitz dir begegnet,
So bist du gleich befreit, gesegnet,
Gemeinsam freust du dich der Tat.
Ein zweiter kommt sich anzuschließen,
Mitwirken will er, mitgerissen,
Verdreifacht so sich Kraft und Rat.

Ungeahnt von dem Autor, beinhalten Goethes Worte von der „verdreifachten Freundschaft“ aus dem Jahr 1829 gewissermaßen eine Prophezeiung der späteren dreiteiligen Erklärung der Außenminister Dumas (Frankreich), Genscher (Deutschland) und Skubiszewski (Polen), die im August 1991 (übrigens erneut an Goethes Geburtstag) in Weimar unterzeichnet wurde. Das primäre Ziel des Weimarer Dreiecks bestand damals hauptsächlich in stärkerer Anbindung Polens an die europäische Politik und in Förderung seiner Integration in die euroatlantischen Strukturen. Vergessen wir nicht, dass Mittel- und Osteuropa 1991 erst am Anfang seines Transformationsweges stand.

Die Sowjetunion existierte noch, die Rote Armee war immer noch in Polen stationiert und die politischen Veränderungen waren noch alles andere als so selbstverständlich, wie sie aus der heutigen Perspektive gesehen werden.

Dank der Initiative der drei Außenminister erlangte Polen – als einzige neue Demokratie in der Region – das Gefühl besonderer Verankerung an der Seite jener Staaten, denen die europäische Integration ihre eigentliche Kraft verdankt. Regelmäßige Beratungen der Spitzenpolitiker der drei Länder ermöglichten direkten Gedankenaustausch in wichtigsten internationalen Angelegenheiten und erlaubten es Polen, den eigenen Standpunkt in Schlüsselfragen zu präsentieren. Damit hat das Weimarer Dreieck wesentlich zur Belebung der aus verständlichen Gründen historisch belasteten deutsch-polnischen Beziehungen in den frühen neunziger Jahren beigetragen. Und damit die Grundlage für heutige Alltagsnormalität in unseren Beziehungen geschaffen. Wenn uns heute gelegentlich manche Schattenseiten der Geschichte immer noch verfolgen, so liegt dies vor allem an der späteren Vernachlässigung aller positiven Schritte, die in Weimar erst gemacht wurden.

An dieser Stelle ist die Rolle der Stadt selbst nicht zu unterschätzen. Hier lebt nämlich nicht nur die Tradition der kulturellen Drehscheibe des europäischen Geistes fort, sondern auch die der deutschen demokratischen Idee. Es war die am 11. August 1919 gegründete Weimarer Republik, benannt bekanntlich nach dem Tagungsort der verfassungsgebenden Nationalversammlung, die nach der Märzrevolution 1848 den zweiten und zugleich den ersten erfolgreichen (wenn auch von kurzer Dauer) Versuch darstellte, eine liberale Demokratie in Deutschland zu etablieren. In einer der Balladen von Reinhard Mey heißt es in schöner Erinnerung an diese hoffnungsvolle Zeit:

Es spross auch aus den Wirren verstrickter Politik,
der zarte schutzbedürftige Halm der ersten Republik.
Doch Kleingeist, Dummheit und Gewalt zertrampelten ihn gleich
mit Nagelstiefeln auf dem Weg ins tausendjährige Reich.

1991 stand Europa, wie schon mehrmals, erneut am geschichtlichen Wendepunkt. Es hielt Ausschau nach neuen Formen des Zusammenlebens für seine Völker. „Wir sind uns bewusst, dass für das Gelingen zukunftsfähiger Strukturen europäischer Nachbarschaft Polen, Deutsche und Franzosen maßgebliche Verantwortung tragen“, lautet die erwähnte Erklärung der Außenminister. Und weiter: „Wir haben jetzt die einmalige Chance, das neue Europa in gemeinsamer Verantwortung im Geist menschlicher Solidarität, im Bewusstsein der Schicksaalverbundenheit und auf der ererbten Grundlage gemeinsamer Werte zu entwickeln.“

Dieser Vorsatz würde gewiss der Vorstellung von Adam Mickiewicz entsprechen. „Lieber als an ruhmreiche und heldenhafte Taten denke ich an leise, nützliche Werke“, schrieb er (übrigens mit interessanter Vorankündigung der positivistischen Ideale der Arbeit anstelle der unvorhersehbaren romantischen Gefühlsausbrüche). So sehe auch ich das Weimarer Dreieck: als geduldige und praktische Umsetzung des Bestrebens nach Dialog und Zusammenarbeit. Und gerade Dialog benötigt keine lauten Worte, keine romantischen Heldentaten. Er basiert auf dem guten Willen. Auf Partnerschaft. Auf Bereitschaft zur Verständigung und Annäherung. Der Dialog stellt den besten Garant des Friedens dar, von dem Mickiewicz sagte (in meiner bescheidenen und wenig poetischen Übersetzung): „Der Frieden ist künftiges Gut und mein künftiges Glück. Ich wollte keinen Gott, wäre Gott nicht Frieden.“

Das Glas der Vernunft¹

Ich habe heute die Ehre, einen besonderen Preis in Empfang zu nehmen, dessen Bezeichnung allein mich bereits zu einigen Reflexionen verleitet. Besonders ist er für mich schon deswegen, weil ich zwar zugegebenermaßen zahlreiche Auszeichnungen in meinem Leben erhalten habe, hauptsächlich jedoch als Europäer, Brückenbauer und Verfechter des Dialogs. Den Preis der Vernunft zu bekommen ist jedoch auf gewisse Art schwerwiegender und in höchstem Maße verpflichtend. So sagte doch Johann Wolfgang von Goethe: „Alles Große und Gescheite existiert in der Minorität. Es ist nie daran zu denken, dass die Vernunft populär werde. Leidenschaften und Gefühle mögen populär werden, aber die Vernunft wird immer nur im Besitze einzelner Vorzüglicher sein.“ Ich selbst stimme dieser Ansicht nur begrenzt zu, nicht zuletzt deshalb, weil zur Vernunft eine Dosis Demut gehört, oder – wie es der österreichische Dramaturg, Kritiker und Schauspieler Ludwig Anzengruber auszudrücken pflegte: „Der Anfang aller Vernunft ist die Bescheidenheit.“

Es ist wahr, dass die Menschen tatsächlich leichter von der manchmal leider gekonnt gesteuerten bzw. fehlgeleiteten Leidenschaft zu verführen sind, was seit jeher den willkommenen Nährboden für populistisches Gedankengut darstellt. Die Vernunft jedoch, wie es in einer der Balladen von Reinhard Mey heißt, „breitet sich aus“ oder hat zumindest das Potenzial, sich auszubreiten. Sie steht nicht bloß wenigen Auserwählten zur Verfügung, sondern bildet eine der fundamentalsten menschlichen Eigenschaften. Die Vernunft braucht nur besondere Pflege und Bedingungen, um gedeihen zu können, denn ihre Stimme ist bekanntlich oft leise und somit leicht zu überschreien: von lauten Rufen, Parolen und von Slogans (ein in letzter Zeit modischer Ausdruck aus dem Werbevokabular). Das Wort „Slogan“ stammt übrigens aus dem altirischen Dialekt und bedeutet ursprünglich einen „Schlachtruf“. Und mit Schlachtfeldern und Schlachtrufen hat die Vernunft wahrlich wenig gemeinsam.

¹ Dankesrede anlässlich der Verleihung des Kasseler Bürgerpreises „Das Glas der Vernunft“, Kassel, 28. September 2008. Der Text stammt aus dem Archiv von Władysław Bartoszewski.

Die erwähnte Bezeichnung des heutigen Preises halte ich an sich für interessant und zutreffend, weil das Glas und die Vernunft – obwohl zwei Begriffe etwas unterschiedlicher Natur, der erste von materiellem Charakter, der zweite von eher abstraktem Wesen, wenn auch mit durchaus realen Folgen – viel miteinander gemeinsam haben. Allem voran die Transparenz. Vernunft, genauso wie Glas, setzt klare Sicht voraus. „Der hat doch eine Mattscheibe“, sagt man umgangssprachlich von jemandem, der nicht klar denkt, sich unvorhersehbar, kurz: unvernünftig verhält. Und überhaupt: Wo blinder Hass, blinde Eifersucht oder blinder Fanatismus die Oberhand gewinnen, kann von der Vernunft meistens keine Rede sein. Vernunft ist also zunächst eine von Vorurteilen bzw. Klischees ungetrübte Wahrnehmung. Ungetrückt heißt nicht unbedingt objektiv, obwohl der Psychoanalytiker Erich Fromm Vernunft als die „Fähigkeit objektiv zu denken“ bezeichnete. Doch ob dies möglich ist, bezweifelte bereits Immanuel Kant. Und als Kant in Königsberg an der „Kritik der reinen Vernunft“ arbeitete, so meinte er keineswegs – wie es der heutige Sprachgebrauch voreilig suggerieren würde – eine kritische, also negative, Auseinandersetzung mit rationalem Benehmen, sondern postulierte eben die Unmöglichkeit unvoreingenommener Erkenntnis oder anders: Wahrnehmung.

Die Welt und unsere Mitmenschen betrachten wir stets notwendigerweise durch ein Prisma – hier liegt die Analogie zum Glas erneut auf der Hand. Ein Prisma, welches durch Erfahrung, Erziehung und Kultur bedingt ist. Vernunft ist somit das Resultat eines Lebensweges, oder besser gesagt: eine Lebensaufgabe. „Fast nie kommt der Mensch aus Vernunft zur Vernunft“, scherzte der französische Staatstheoretiker und Begründer der bis heute aktuellen Lehre von der Gewaltenteilung, Charles de Montesquieu. Sie kann nicht oder zumindest sehr schwer absichtlich erlernt werden. Sie ist eher eine Begabung und entwickelt sich am besten unter Bedingungen, die sehr zutreffend mit den Worten von Voltaire zu definieren wären: „Man kann die Menschen zur Vernunft bringen, indem man sie dazu verleitet, dass sie selbst denken.“ Und selbstständig die Wahl treffen, würde ich hinzufügen. Denn Vernunft offenbart sich am deutlichsten in unseren Entscheidungen. In meiner Muttersprache heißt das Äquivalent für Vernunft „rozsądek“ und hat buchstäblich mit „abwägen“, „abschätzen“ oder „überlegen“ zu tun. Mit der Suche nach angemessener Verhaltensweise in bestimmten Situationen. Nach Problemlösungen und Antworten auf die Herausforderungen des täglichen Lebens. Doch wodurch charakterisiert sich eine solche vernünftige Lösung? Der frühere deutsche Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker hatte dafür eine schöne Definition gefunden: „Verstand dient der Wahrnehmung der eigenen Interessen, Vernunft ist Wahrnehmung des Gesamtinteresses.“

Zugespitzt formuliert, ist es also die Vernunft, die uns alle als Gesellschaft zusammenhält.

Aber man braucht gar nicht zu solch großen Vorstellungen zu greifen. Ein einfaches Beispiel des vernünftigen Autofahrers oder eben des unvernünftigen Rasers im täglichen Straßenverkehr legt nahe, wie groß die eigene Verantwortung für das Wohlergehen anderer ist und wie stark sie von der Fähigkeit abhängt, gesellschaftliche Regeln zu befolgen. Im Grunde würde ich sogar behaupten, dass diese Regeln nichts anderes darstellen als eine formalisierte Art der Vernunft oder zumindest klare Anleitung zur vernünftigen Koexistenz. Es gibt sogar ein dazu passendes, wenn auch etwas unschönes Sprichwort: „Die Vernunft ist für den Weisen, das Gesetz für den Unweisen“, womit offenbar gemeint wird, dass alle, die nicht ausreichend vernünftig sind, sich zumindest an die Gesetze halten sollten. Ob die Gesetze ihrerseits immer vernünftig formuliert sind, ist schon eine andere Frage, und ich werde gleich noch kurz darüber sprechen, dass sich die Vernunft auch gelegentlich darin offenbart, den Mut zu haben, mit überholten Traditionen zu brechen. Das soeben zitierte Sprichwort halte ich aber deshalb für unschön oder politisch unkorrekt, weil es davon ausgeht, dass es den meisten Menschen an Vernunft fehlt. Es mag wohl stimmen, was der französische Essayist des 17. Jahrhunderts Jean de La Bruyère behauptete, dass nämlich in der Gesellschaft die Vernunft stets als erste nachgibt. De La Bruyère war allerdings ein notorischer Gesellschaftskritiker. Ich dagegen habe meinen Glauben an die Menschen trotz – oder vielleicht aufgrund – verschiedener Lebenserfahrungen nicht aufgegeben.

Wenn ich darüber gesprochen habe, dass die Vernunft eine durchaus verbreitete, mal mehr oder weniger ausgeprägte menschliche Veranlagung ist, so meinte ich das oft unbewusste aber trotzdem vorhandene Bewusstsein der gemeinsamen Zugehörigkeit, sei es in der unmittelbaren oder in der breiter verstandenen Familie. Der Traum vom gemeinsamen Europa konnte dank diesem Bewusstsein realisiert werden, wobei natürlich zunächst das entschlossene Engagement einiger Querdenker notwendig war, um den Stein der Vereinigung ins Rollen zu bringen. Dass sich die Vernunft ausbreiten und menschliche Massen ansprechen kann, wurde sehr schön 1989/90 sichtbar. Die Friedensbewegungen verschiedener Jahre, die Wende in Mittel- und Osteuropa, der damalige Enthusiasmus und der entfesselte Freiheitswille sind für mich beste Illustrationen der Worte des italienischen Schriftstellers Alberto Moravia: „Vernunft – das ist so etwas wie ansteckende Gesundheit“ und zugleich ein Beweis dafür, dass Vernunft und Gefühle nicht unbedingt Gegensätze bilden müssen. Auch die Vernunft kann ihren Ausdruck durch positive Leidenschaft finden. Es gibt eine dazu passende

Anekdote von Heinrich Heine, wenn ich mich recht erinnere: „Nimm dich in acht, sagte einst ein Demagoge zu einem großen Patrioten, wenn das Volk in Wahnsinn gerät, wird es dich zerreißen. Und dieser antwortete: Nimm dich in acht, denn dich wird das Volk zerreißen, wenn es wieder zur Vernunft kommt.“ Doch leider können die Demagogen und Populisten doch ziemlich lange die Ruhe bewahren, denn nach Bertolt Brecht ist „kein Vormarsch so schwer wie der zurück zur Vernunft“.

Vernunft bedeutet also unter manchen Umständen auch den Mut, sich gegen das Unvernünftige zu wenden. „Viele Menschen haben doch wohl in sich viel Vernunft, aber nicht den Mut sie auszusprechen“, das sind nicht meine Worte, sondern ein Zitat des deutschen Schriftstellers und Dichters Johann Gottfried Seume. Allerdings formulierte er diese Feststellung vermutlich, noch bevor er zum Sekretär des russischen Generals von Igelström wurde und damit zum Zeitzeugen (wenn auch von feindlicher Seite) des polnischen Unabhängigkeitsaufstandes von 1794. Vernunft, das ist manchmal auch die Fähigkeit, die Autorität und das Allgemeingültige laut zu hinterfragen. Sie heißt gelegentlich: zu zweifeln, sich also scheinbar unvernünftig zu benehmen. Vernunft zählt damit zu den Alpträumen der Ideologen und Fundamentalisten. „Sie verwirrt die Dogmatiker“, sagte der französische Mathematiker Pascal, übrigens interessanterweise ein Erfinder des Roulettes, dem viele vernunftfreie Glücksspieler täglich zum Opfer fallen und ins finanzielle Verderben stürzen.

Abschließend möchte ich meine heutige kurze Dankesrede mit den – ein wenig ironischen – Worten des englischen Philosophen und Essayisten Samuel Butler pointieren: „Wenn man sich von der Vernunft lange genug leiten lässt, kommt man zu ganz unvernünftigen Schlussfolgerungen.“ Um dies zu vermeiden, überlasse ich die Schlussfolgerungen Ihnen und beschränke mich darauf, den Organisatoren von der Gesellschaft der Freunde und Förderer des Kasseler Bürgerpreises nochmals für den für mich einzigartigen Preis, den Laudatoren für ihre Würdigungen und den Gästen für die Anwesenheit bei der Verleihung herzlich zu danken. Und, um dem Aufruf von Horaz zu folgen: Wagen wir es, unsere Vernunft zu gebrauchen!

Doppelgedächtnis¹

Im Unterschied zu den Naturwissenschaften entzieht sich der Gegenstand der Geschichtsforschung einer objektiven Betrachtung. Der französische Philosoph Théodore Jouffroy hat gesagt: „Der Schlüssel zur Geschichte ist nicht in der Geschichte, er ist im Menschen.“ Auch der Schlüssel zum Gedächtnis liegt in uns. Das macht jeden Akt der Erinnerung zu einer sehr persönlichen Angelegenheit.

Das Sprichwort „Des einen Freud' ist des anderen Leid“ gilt oft für die Geschichte genauso wie für unsere Alltagserfahrungen. Es beschreibt zum Teil die Natur des Doppelgedächtnisses und spiegelt verschiedene mögliche Betrachtungsweisen derselben Ereignisse wider. Beim Umgang mit der Geschichte, vor allem mit der Erinnerung, machen wir meistens einen Fehler: wir sprechen über *unsere* Geschichtsauffassung – über *unser* Gedächtnis – und betrachten es dabei so, als wäre es allgemeingültig und für alle anderen verpflichtend. Vielleicht verführt uns dabei ein wenig der eigene, natürliche Egoismus. Vielleicht auch der übliche Sprachgebrauch, wo das Wort Geschichte – im Sinne von Historie – im Singular vorkommt, was automatisch suggeriert, es gäbe tatsächlich nur eine Geschichte. Die „wahre Geschichte“. Alles andere wären dann bloß Missinterpretationen oder eine Verfälschung. Doch vielleicht benehmen wir uns dabei wie ein rücksichtsloser Autofahrer, der sich mit seinem eingeschränkten Vorstellungsvermögen für den alleinigen Herrscher der Straße hält?

Das menschliche Gedächtnis hat ein wundervolles und wundersames Wesen zugleich. Es beinhaltet persönliche Erlebnisse und Episoden. Es lässt unzählige Formen, unzählige Facetten und Interpretationsmöglichkeiten zu. Im Grunde lebt das, was wir als Geschichte bezeichnen, von der Vielfalt. Und die Geschichte lebt tatsächlich! Problematisch wird es jedoch, wenn sie zu politischen Zwecken gebraucht wird. Denn sie kann genauso gut verbinden wie Denkmauern errichten und Konflikte auslösen. „Die Geschichte der Menschheit wäre vernünftiger verlaufen, wenn man nicht die Menschen,

¹ Ansprache während der Veranstaltung „Debatten für Europa“ mit Hans-Gert Pöttering, Berlin, 29. September 2008. Der Text stammt aus dem Archiv von Władysław Bartoszewski.

sondern die Ideen belehrt hätte, dass es süß und ehrenvoll ist, wenn sie für das Vaterland sterben“, pflegte der deutscher Lyriker und Autor von Aphorismen Gregor Brand zu behaupten.

Dass Menschen aufgrund unterschiedlicher Erfahrungen eigene Geschichtsauffassungen entwickeln, ist also verständlich. Das geschieht freilich auch im Fall solcher Traumata wie z. B. Krieg oder Totalitarismus. Die gesamte Nachkriegsgeschichte Europas ist von einem mentalen Äquivalent des Eisernen Vorhangs durchtrennt. Das Problem ist jedoch nicht das Doppelgedächtnis, das uns heute als Motto dieser Veranstaltung beschäftigt, sondern dass oft wenig unternommen wird, verschiedene geschichtliche Perspektiven einander zugänglich und füreinander verständlich zu machen. Um dabei vielleicht auch voneinander zu lernen. Denn Geschichte hat ebenfalls das Potenzial, zu einer Dialogplattform zu werden.

Aufgrund meines Alters gehöre ich zu einer Generation, die verschiedene Schattenseiten der Geschichte erleben musste und damit auch jene Erfahrungen gesammelt hat, die unsere heutige Wirklichkeit – auch unser deutsch-polnisches Verhältnis – nach wie vor prägen. Diese Erfahrungen mussten, Gott sei Dank, nicht alle hier Anwesenden machen. Wir alle jedoch sind nun Zeugen und aktive Teilnehmer eines neuen – eines geschichtlichen – Kapitels des vereinten Europas und der Versuche, eine neue Sicht darauf zu entwickeln, was wir unsere Geschichte nennen. Die Überwindung des bislang existierenden europäischen Doppelgedächtnisses ist eine sehr schwierige Aufgabe. Ich bin auch nicht unbedingt davon überzeugt, dass ein ausschließlich gemeinsames Gedächtnis, eine gemeinsame Erinnerung, tatsächlich sinnvoll und erwünscht ist. Die Geschichte Europas als Teil seines vielfältigen multikulturellen und multinationalen Charakters wird und sollte eine Verflechtung unterschiedlicher Perspektiven bleiben. Es ist auch nicht möglich, dass die dieselben Ereignisse eine gleichermaßen wichtige Rolle an unterschiedlichen Orten und für unterschiedliche Menschen spielen.

Was ich jedoch für bedeutend halte, ist die Herausbildung eines gewissen europäischen historischen Bewusstseins. Dieses Bewusstsein sollte vor allem solche Elemente beinhalten, die für alle relevant sind – genau wie unabhängig von kultureller oder nationaler Zugehörigkeit eine konkret definierbare Wertehierarchie als Grundlage europäischer Identität existiert. Wesentlich erscheint mir dabei, dass die Annäherung der geschichtlichen Wahrnehmung sowohl durch Betonung der Gemeinsamkeiten erfolgt als auch durch entsprechende Berücksichtigung der bestehenden Kontroversen bzw. entgegengesetzten Sichtweisen. Durch die Förderung der seltenen Fähigkeit, mit den Augen des anderen zu sehen. Daher kann und darf sich die

europäische historische Identität nicht bloß darauf beschränken, kulturell Verbindendes oder Etappen der Prosperität und Einheit zu akzentuieren. Genauso wichtig, oder wichtiger, ist der Mut, schwierige Themen anzusprechen. Die Erfahrungen des Krieges und des Totalitarismus bilden einen integralen Bestandteil der europäischen Geschichte und des europäischen Gedächtnisses. Sie prägen und belasten manchmal noch heute unsere Beziehungen. Sie sind dafür verantwortlich, dass wir gelegentlich aneinander vorbeireden. Dass wir uns missverstehen. Und sie müssen deswegen als Ausgangspunkt für eine gelungene Kommunikation und gegenseitige Verständigung im Kontext des vereinten Europas dienen.

Eine Schlüsselaufgabe bei der gemeinsamen Thematisierung der Geschichte ist eben das, was ich als „Europäisierung der traumatischen Erfahrungen“ bezeichne: indem man sie zum Gegenstand des Dialogs und des Gedankenaustausches macht. Ein prominentes Beispiel dafür ist und bleibt natürlich Auschwitz – ein Begegnungsort, Oświęcim, unweit des Lagergeländes, der seiner ursprünglichen Rolle zum Trotz heute der menschlichen Annäherung im Angesicht der Erinnerung an die furchtbare Tragödie dient. Wichtig bei diesem Prozess ist, dass sich geschichtlicher Dialog nicht nur auf Gedenken beschränkt. Die Gedenkstätten haben oft die Schwäche, dass sie einen falschen Eindruck von der Endgültigkeit eines geschichtlichen Kapitels erwecken. Vergangenheit wirkt dort, als wäre sie tatsächlich vergangen und abgeschlossen. Dabei verwischen sie manchmal den Bezug auf gegenwärtige Probleme. Kurz gesagt: Sie tragen oft eine unsichtbare Gefahr in sich, indem sie uns der Verantwortung entledigen. Als Aufgabe der Gedenkstätten wird oft das Erinnern und Warnen genannt. Damit das tatsächlich realisiert werden kann, ist es notwendig, dass diese Orte auch den heutigen Generationen aktiv dienen. Das kann übrigens genauso an Schulen oder in Bibliotheken geschehen, wo immer es Gelegenheit gibt zur Vorstellung und Diskussion unterschiedlicher Geschichtswahrnehmungen.

Die Form und Qualität unserer Zukunft hängt unmittelbar zusammen mit der Einstellung zur Vergangenheit und mit der Fähigkeit, jene Probleme zu lösen, die mit Geschichte zu tun haben. Auch an dieser Stelle wäre Richard von Weizsäcker zu zitieren: „Jede Zeit nimmt erst mal ihre eigenen Herausforderungen ernst. Das soll sie ja tun. Ich finde nur, dass der Blick auf die Geschichte diesen Herausforderungen gegenüber eine wirkliche Erleichterung ist.“

Die Thematisierung schwieriger historischer Erfahrungen und die Überwindung darin verankerter Vorurteile hat für die Zukunft vorrangige Bedeutung. Die Beziehungen zwischen Völkern, genau wie zwischen einzelnen Menschen, können sich nur auf Basis der Achtung, der Diskussion, des

Gedankenaustausches und der Kompromissbereitschaft bei der Suche nach Problemlösungen entwickeln. Gedächtnis und Dialog, im Gegensatz zum Vergessen und Verdrängen, bilden die Bedingung der gutnachbarschaftlichen Koexistenz. Der amerikanische Schriftsteller, Philosoph und Literaturkritiker spanischer Herkunft George Santayana meinte dazu pointiert: „Wer sich der Geschichte nicht erinnert, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen.“ Daher ist es so wichtig, dass sich das vereinte Europa, frei von Totalitarismus und frei von trennenden Mauern, aber keineswegs völlig immun gegen die Gefahr der Wiederholung tragischer historischer Fehler, die eigene Geschichte erzählen kann und erzählen will. Dass es erzählen und zuhören will und in Konsequenz die in vieler Hinsicht immer noch bestehende Barriere des Unwissens und des Fremdgefühls überwinden kann.

Unser gegenwärtiges Verhältnis zueinander hängt in einem großen Maße damit zusammen, wie wir uns mit den Schattenseiten der Vergangenheit auseinandersetzen. Unwissen, Ignoranz und die erwähnte Vernachlässigung halte ich übrigens für die größte Gefahr im Zusammenhang mit dem Gedächtnis. Bewusste Verfälschung der Geschichte bringt auf Dauer keine Resultate, das zeigt in Polen das Beispiel der aus ideologischen Gründen jahrzehntelang planmäßig verschwiegenen Ermordung polnischer Offiziere durch das sowjetische NKWD in Katyn und anderswo. Vergessen auf Befehl funktioniert nicht. Vergessen aus Ignoranz aber schon. Es heißt also, das Interesse an der Geschichte zu fördern und zu stärken. Auch den Willen, über historische Themen zu reden, sogar wenn es sich dabei um heftige Diskussionen handeln sollte.

Die Fähigkeit, die Bereitschaft und der Wille zum Dialog sind das beste Mittel gegen Ignoranz und Unwissen. Und die bestmögliche Garantie, stets präzise Vorurteile zu eliminieren. Der historische Dialog zwischen Deutschland und Frankreich konnte viel früher anfangen als im deutsch-polnischen Fall. Polen und Deutsche haben diese Chance im Grunde erst seit 1989. Jedoch ist es eine bedauernde Tatsache der letzten Jahre, dass die geschichtlichen Debatten in unseren Ländern größtenteils getrennt geführt wurden, was nur unnötig zur Verfestigung des Doppelgedächtnisses beigetragen hat. Viele Kontroversen im gegenwärtigen deutsch-polnischen Verhältnis haben damit zu tun. Unsere politischen und wirtschaftlichen Beziehungen verlaufen einwandfrei. Dennoch, im Schatten der guten Zusammenarbeit sind historisch bedingte Ressentiments herangewachsen, die aus Vernachlässigung oder fehlender Bereitschaft zur Konfrontation unterschiedlicher Gesichtsperspektiven resultieren. Im Grunde bestand der deutsch-polnische historische Dialog bislang aus zwei Monologen. Mit den Konsequenzen müssen wir heute umgehen. Das ist der beste Beweis,

dass jede Auseinandersetzung mit der Geschichte gemeinsam erfolgen sollte. Ohne Angst vor schwierigen und unbequemen Themen.

In vielen Sprachen gibt es Sprichwörter, die einen meiner Meinung nach falschen Umgang mit der Geschichte propagieren. Es heißt, alte Wunden soll man nicht wieder aufreißen, die Geister der Vergangenheit nicht wecken. Europäische Geschichte hat es nun leider an sich, dass Wunden und Geister einen untrennbaren Teil von ihr bilden. Damit sie tatsächlich vernarben und für immer einschlafen können, brauchen sie die entsprechende, nicht immer schmerzfreie Aufmerksamkeit.

Wochenkommentar für die deutsche Redaktion von Radio Vatikan, 18. Oktober 2008¹

Am 21. Oktober 2007, also vor fast auf den Tag genau einem Jahr, hat in Polen die Parlamentswahl stattgefunden. Ich erwähne dieses Jubiläum, weil es keine ausschließlich innenpolitische Angelegenheit meines Landes war, sondern das damalige Wahlergebnis entscheidenden Einfluss auf die deutsch-polnischen Beziehungen der letzten zwölf Monate hatte. Zusammen mit dem Regierungswechsel, haben sich nämlich die Wähler für eine neue, offenere und partnerschaftliche Außenpolitik entschieden, vor allem in Bezug auf unseren wichtigsten westlichen Nachbarn, die Bundesrepublik. Unter der unmittelbaren Ägide des Premierministers Donald Tusk entstand Mitte November das bislang nie dagewesene Amt des Bevollmächtigten für internationalen Dialog – eine Aufgabe, die mir anvertraut wurde. Damit erfülle ich *de facto* dieselbe Funktion wie Frau Professor Gesine Schwan, die Polen-Beauftragte der Bundesregierung.

Dieses neue außenpolitische Klima wurde von zwei, aus meiner Sicht kennzeichnenden und richtungweisenden Ereignissen eingeleitet. Am 7. Dezember erhielt Premierminister Tusk den päpstlichen Segen für sich und seine Familie während seiner Audienz bei Papst Benedikt XVI. Wenige Tage später, am 11. Dezember, erstattete der frisch ernannte polnische Regierungschef seinen ersten offiziellen Auslandsbesuch bei Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel. Seither ist viel Konkretes erreicht worden, viel Versäumtes aufgeholt. Die wichtigsten deutsch-polnischen Stiftungen wurden reorganisiert. Es finden laufend gegenseitige Besuche von Parlamentariern, Ministern und Regionalpolitikern statt. Neuen Schwung erhielten auch grenzübergreifende Kontakte mit deutschen Ländern, allen voran mit Brandenburg, Sachsen und Nordrhein-Westfalen. Schließlich haben wir gemeinsam Antworten auf viele Fragen der historischen Politik gefunden, die seit Langem einen Schatten über unsere Beziehungen geworfen haben und oft die Quelle von Ressentiments waren.

¹ Der Text stammt aus dem Archiv von Władysław Bartoszewski.

Die deutsch-polnischen Beziehungen stehen heute auf solider Grundlage. Ich spreche hier nicht nur von den beiden großen Verträgen der frühen neunziger Jahre, die juristisch und rechtsstaatlich unsere Beziehungen regeln. Ich spreche von Vernunft. Von Partnerschaft und Normalität in einer europäischen Familie. Im Alltag schützen natürlich Partnerschaft und Normalität an sich nicht vor Konflikten und Meinungsverschiedenheiten. Aber sie sind die beste Garantie und der einzige Weg für deren Überwindung durch Dialogbereitschaft, durch guten Willen. Und nicht zuletzt durch das Bewusstsein der gemeinsamen Zugehörigkeit. Durch gegenseitige Achtung und durch Anerkennung der christlichen Grundwerte.

Europa der Werte und der Grundrechte. Reflexionen zur europäischen Innenpolitik¹

In meinen Publikationen und öffentlichen Auftritten zur europäischen Thematik beziehe ich mich oft auf den vielleicht abstrakten, dennoch aber aus meiner Sicht absolut fundamentalen Bereich der Seele oder des Geistes von Europa. Das geschieht freilich nicht ohne Grund, denn jeder Organismus wäre nicht lebensfähig ohne eigene Seele, ohne eigenen Geist. Und gerade bei Gedanken über Europa liegt die Analogie zum lebendigen Wesen sehr nahe, weil es nicht bloß dank seinem institutionellen Skelett existiert, welches zugegebenermaßen genauso unabdingbar ist für das funktionieren eines komplexen Systems wie die Knochen und Organe in unseren eigenen Körpern. Aber Europa lebt vor allem dank seinen Bürgern. Es lebte jahrzehntelang in den Träumen. Im Freiheitswillen. In Hoffnungen. Im Bewusstsein der gemeinsamen Zugehörigkeit und im Gefühl der künstlich und gewalttätig aufgezwungenen Spaltung. In der Vorahnung, dass die ideologischen Grenzen ein falsches Bild auf der Karte zeichneten. Und es hat viel Mut, Opferbereitschaft, viel Visionen und nicht zuletzt viel Glauben gekostet, bis Europa mit beiden Lungen – um an die berühmten Worte des früheren Papstes Johannes Pauls II. zu erinnern – aufatmen konnte.

Von diesem Europa der gemeinsamen Werte, welches seine Kraft und Identität aus den Herzen der Menschen schöpft, spreche ich also meistens. Dabei ist mir natürlich bewusst, dass die Beziehung zwischen dem Geist und dem Körper auf Gegenseitigkeit beruht. Ein seelenloses Europa, das von keinem Sinn für Gemeinschaft zusammengehalten wird, kann ich mir kaum vorstellen. Schon allein deswegen nicht, weil die Geschichte der europäischen Völker unter einem Himmel stattgefunden hat. Weil die europäischen Staaten nebeneinander entstanden und manchmal untergegangen sind. Weil sich also Kultur, Sprachen und Gedankengut notwendigerweise seit Jahrhunderten genauso überlappen und beeinflussen wie so manche

¹ Vortrag, gehalten in Aachen am 23. Oktober 2008. Der Text stammt aus dem Archiv von Władysław Bartoszewski.

Familienbände oder persönliche Biografien. Aber auch in reiner Theorie ist für mich Europa als reine Nutzgemeinschaft auf Dauer schwer denkbar.

In meiner Dankesrede anlässlich der Verleihung des Kasseler Bürgerpreises Ende September habe ich zwar darauf hingewiesen, dass die Vernunft eine nicht unwesentliche verbindende Instanz in jeder Gesellschaft darstellt, und ich zitierte damals zur Illustration die Worte des Physikers Carl Friedrich von Weizsäcker, wonach der Verstand der Realisierung eigener Vorteile diene, die Vernunft aber für mehr verantwortlich sei: nämlich für die Wahrnehmung des gemeinschaftlichen Gesamtinteresses. Doch unsere menschliche Natur weist leider, was die Vernunft betrifft, bekannte Schwächen auf. Daher wäre ein gesellschaftliches Konstrukt auf rein vernünftiger Basis meiner Meinung nach zum Scheitern verurteilt. Europa offenbart sich also durch seine Seele. Durch seinen Geist. Durch die Leidenschaft der Europäer. In der unmittelbaren Nachkriegszeit mag noch die Vernunft der Gründerväter eine entscheidende Rolle bei der Etablierung der Europäischen Gemeinschaft als beste Garantie für einen dauerhaften Frieden gespielt haben. Während der Wendejahre 1989/90 waren es aber gerade die Leidenschaft und der entfesselte Freiheitsdrang, die den Prozess der Integration mit neuer Dynamik erfüllten. Die Früchte dieser Periode ernten wir heute. Die Leidenschaft war damals und ist ebenfalls heute notwendig. Aber, wie bereits erwähnt, jede Leidenschaft braucht einen gut funktionierenden Körper. Deswegen möchte ich zwar auch heute von den Werten sprechen, allerdings vor dem ganz konkreten Hintergrund der aktuellen Debatte um die Gestalt der europäischen Innenpolitik.

Die Europäische Union – wie theatralisch es auch klingen mag – steht heute tatsächlich an der Wegscheide. Denn es geht um ihre Zukunft und künftige Effizienz. Einerseits sind weitreichende Reformen ihres Systems notwendig, um ein effizientes Funktionieren zu sichern. Andererseits wird gelegentlich gerade in diesen Reformversuchen – die sowohl in dem Verfassungsvertrag als auch im Vertrag von Lissabon ihren Ausdruck finden – eine Gefahr gesehen. Ich persönlich bin davon überzeugt, dass die Union dringend eine neue strukturelle Basis braucht. Diese Notwendigkeit darf weder verteufelt noch verschwiegen oder vernachlässigt werden. Die Wahl ist einfach: Wir können die gegenwärtigen Probleme entweder konservieren und Europa einer Stagnation preisgeben oder wir können sie durch entsprechende Maßnahmen überwinden, um Wege zu einem neuen Aufschwung zu erschließen. Die derzeitigen Institutionen und Prozeduren sind nicht mehr ausreichend imstande, den gegenwärtigen Herausforderungen in wünschenswertem Ausmaß zu begegnen. Sie müssen an die heutige, erweiterte Union in der globalisierten Welt angepasst werden. Auf der anderen Seite

versteckt sich hinter den geplanten Reformbemühungen gewiss nicht die Gefahr einer Entwicklung der EU zum europäischen Staat auf Kosten der jeweiligen Mitgliedsländer, was oft grundlos befürchtet und als wichtigster Vorwurf geäußert wird. Den Mitgliedstaaten werden rechtliche Mittel garantiert, um den Integrationsprozess – kolloquial ausgedrückt – im Auge zu behalten. Sie entscheiden letztendlich selbst über ihr eigenes Engagement und über die Kompetenzverteilung. Ihre Souveränität wird weder bedroht noch in Frage gestellt.

Was gleichzeitig unbedingt berücksichtigt werden muss, sind jene Probleme, die im Verlauf der bisherigen Reformversuche aufgetaucht sind – also bei der Ablehnung des Verfassungsvertrags in zwei EU-Mitgliedsstaaten und bei den gegenwärtigen Turbulenzen im Zusammenhang mit der Ratifizierungsprozedur des Lissaboner Vertrags. Hier heißt es nochmals deutlich klarzustellen: Ohne umfassende Reform wird die Union außerstande sein, Antworten auf die großen Herausforderungen zu finden, mit denen sie vor unseren Augen konfrontiert ist. Die wichtigsten von diesen Herausforderungen mit unmittelbarem Einfluss auf die Gestalt der europäischen Innenpolitik möchte ich im Folgenden formulieren.

Es handelt sich erstens um die Herausforderung einer notwendigen Verstärkung der politischen Identität Europas. Nur auf diese Weise kann nämlich die gesamte Union zum wichtigen und berechenbaren Partner werden. Zu einem Partner mit ernstzunehmender Position im globalen Entscheidungsprozess. Der amerikanische Politologe polnischer Herkunft und jahrelange Berater früherer US-Präsidenten Zbigniew Brzezinski bezeichnet die gegenwärtige Funktion der EU zwar radikal, dennoch nicht ganz ohne Grund als „schmarotzerhaft“. Sie möchte nämlich an vielen Entscheidungen der Weltpolitik beteiligt sein, ohne selbst entscheidenden Beitrag anbieten zu können. Die Teilnahme am globalen Entscheidungsprozess sollte jedoch von der Bereitschaft und der Fähigkeit begleitet werden, auch selbst die Konsequenzen zu tragen. Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien war hier für die Union und für Europa eine tragische Warnung und Lehre. Heute wiederholt sich die Situation ein wenig mit Georgien.

Die zweite wichtige Herausforderung ist, meiner Anschauung nach, die Sorge um den Wohlstand der Europäer. Die Erhöhung des Wohlstandsniveaus ist nur durch eine effektivere Wirtschaft möglich. Eine scheinbar eindeutige Bedingung, mit deren Erfüllung jedoch sowohl die Gemeinschaft als auch die Mitgliedstaaten erhebliche Schwierigkeiten haben. Probleme scheint vor allem die Ausarbeitung einer glaubwürdigen wirtschaftlichen Strategie zu bereiten. Gerechtfertigt wird diese Ratlosigkeit oft mit dem angeblichen Interessenkonflikt zwischen liberaler Marktwirtschaft und dem

sog. „europäischen Sozialmodell“. Unter dem Stichwort „Liberalismus versus Solidarität“ ist dieser Konflikt auch in meiner Heimat Grund für heftige Auseinandersetzungen im innenpolitischen und vor allem öffentlichen Diskurs. Was ist aber das wirkliche Wesen dieser Kontroverse? Handelt es sich hier nicht bloß um mangelnden Willen der Entscheidungsträger, unpopuläre, schwierige, aber doch notwendige Maßnahmen zu treffen? Die kurzsichtige Sorge um die eigene Popularität? Handelt es sich also nicht – zugespitzt ausgedrückt – um Populismus? Verantwortlich für die gegenwärtige Krise der Europäischen Union ist nicht nur ein Mangel an Visionen, sondern auch fehlender Mut und Entschlossenheit der sog. europäischen Eliten.

Die dritte fundamentale Herausforderung ist die Sicherheit der Europäer. Spätestens seit der Erweiterung des Wirkungsbereiches des Schengener Abkommens stehen den Bürgern unserer Länder zahlreiche Türen offen: Sie haben das Recht, sich auf dem gesamten Territorium der EU ungehindert und ohne Kontrollen zu bewegen oder grenzübergreifend den Wohn- und Arbeitsort zu wählen. Diese Möglichkeiten müssen von Zusammenarbeit beim Ausbau des sog. einheitlichen Raumes, von Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit begleitet werden. Parallel dazu ist es aber notwendig, die Grundrechte des Individuums – sowohl wenn es sich um EU-Bürger handelt als auch wenn es Angehörige dritter Staaten sind – stärker zu berücksichtigen und in der europäischen Rechtsprechung zu verankern.

Schließlich betrachte ich die Erweiterungsstrategie als vierte Herausforderung. Der aktuelle Fall von Georgien bestätigt eine These: Sobald und solange die Möglichkeit besteht, die Sphäre der Stabilität, der Sicherheit, der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Marktwirtschaft auszudehnen, sollte dies unverzüglich und ohne Kosten zu scheuen unternommen werden. Denn sollten instabile und potenziell konfliktreiche Gebiete außerhalb der Union zugelassen werden, können die eigentlichen (wirtschaftlichen und „menschlichen“) Kosten dieser Vernachlässigung irgendwann viel höher sein. Niemand wünscht sich unberechenbare Nachbarn. Vor der Erweiterung der EU waren oft warnende Stimmen zu hören, die Katastrophenszenarien prophezeiten. Heute sind sie verstummt oder nicht ernst zu nehmen. Denken wir aber theoretisch über eine Situation nach, in der es keine Erweiterung gegeben hätte. Ist jemand bereit, die wirkliche Kosten-Nutzen-Rechnung einer solchen Instabilität mitten in Europa aufzustellen?

Soweit die vier, meiner Meinung nach wichtigsten Herausforderungen, mit denen sich Europa beschäftigen muss. Welche Strategien wären dabei hilfreich? Was sollte für die innenpolitische Debatte in der EU richtungswesend sein? Zwei grundlegende Kriterien müssen unbedingt beachtet werden.

Erstens: die Rückbesinnung auf die gemeinsame Axiologie und die schon erwähnte Berücksichtigung der Grundrechte. Die Rolle der Wertehierarchie im europäischen Einigungsprozess und für die europäische Identität habe ich zu Beginn des heutigen Abends ausführlich angesprochen. Und bereits zu Beginn der Debatte um die Zukunft der EU habe ich das getan. Noch 2001 postulierte ich in einem Gastvortrag an der Warschauer Handelshochschule: „Die Betonung der gemeinsamen Werte in den Gründungsverträgen der Gemeinschaft und der Union ist von fundamentaler Bedeutung. Ohne sie wird es keinen Verfassungsvertrag geben. Ohne sie wird es keinen Fortschritt im Integrationsprozess geben. Daher ist die Einführung einer Charta der Grundrechte in den Verfassungsvertrag unverzichtbar.“ Diese Meinung vertrete ich immer noch.

Das zweite Kriterium und die Voraussetzung für die erfolgreiche Bewältigung der jetzigen Herausforderungen ist die Fähigkeit der einzelnen EU-Staaten, selbst die Integration voranzutreiben. Was als mangelhafte demokratische Legitimation der Union bezeichnet wird, hat – in meiner Sicht – eher mit einer Krise der effektiven Demokratie in den Mitgliedsländern zu tun. Die Union besteht natürlich aus Mitgliedern, und die nationalen Probleme multiplizieren sich auf der Unionsebene. Wie leicht und bequem ist es, die eigene Schuld den sog. europäischen Eliten zuzuweisen.

Francis Fukuyama stellte die Diagnose auf, dass starke Staaten, d. h. mit gut funktionierender Wirtschaft und effektiven demokratischen Prozeduren, eine Voraussetzung für politische und ökonomische Sicherheit und Stabilität in der globalen Politik darstellen. Eine Gefahr sieht er dagegen vor allem in dysfunktionalen Staaten. Ähnlich verhält es sich wohl in einer integrierten Gemeinschaft: Die Effektivität der Mitglieder spiegelt sich in der Effektivität der gesamten Union wider. Nur effiziente Staaten können eigene Kompetenzen wahrnehmen und gleichzeitig von Vorteil für die Gemeinschaft sein. Solche dagegen, die selbst schwach, dysfunktional, von inneren Auseinandersetzungen geplagt sind und sich an der Grenze des rechtsstaatlichen Systems bewegen, sind kaum imstande, den Herausforderungen der Globalisierung zum eigenen Gewinn und zum Gewinn der Gemeinschaft zu begegnen. Sie kapseln sich ab. Sie konzentrieren sich auf eigene „nationale Interessen“. Sie betrachten die Nachbarschaft und die Union als Gefahr für die eigene Souveränität. Damit betreten sie den Weg der Isolation und werden zur Last für andere. Und sie vergeben eine Chance für sich, genau wie für Europa.

Aufgrund meines Alters weiß ich aus eigener Erfahrung, so wie manche von Ihnen vielleicht auch, was diese Chance tatsächlich bedeutet. Wie kostbar und vielleicht einmalig sie ist. Und dass sie auf keinen Fall vom

Kleingeist und der Visionslosigkeit in Gefahr gebracht werden darf. Doch ich bin optimistisch und davon überzeugt, dass es uns, Europäern, nicht an Visionen fehlt, denn wir sind schließlich geborene Visionäre. Man muss nur manchmal den Mut haben, sie auszusprechen und durchzusetzen.

Hans-Gert Pöttering – Träumer, Visionär, Realist¹

Aufgrund der Person des Preisträgers, der versammelten Gäste und nicht zuletzt vor dem Hintergrund dieses so bedeutenden historischen Ortes, ist es eine große Ehre und vor allem eine große Verpflichtung, die Laudatio anlässlich der heutigen Verleihungszeremonie zu halten. Und obwohl mir die Wortwahl üblicherweise keine Schwierigkeiten bereitet, muss ich Ihnen gestehen, dass ich mit dieser Rede ein wenig ratlos bin. Denn wie würdigt man angemessen einen Preisträger, der und dessen Verdienste uns allen bekannt, von uns allen geschätzt und respektiert sind? Wenn Sie, sehr geehrte Damen und Herren, mit dem Namen von Professor Hans-Gert Pöttering nicht vertraut wären, würde ich Ihnen sagen: Vor uns steht einer dieser Politiker, deren Engagement zu verdanken ist, dass wir uns im vereinigten Deutschland treffen können. Das ist einer dieser Visionäre, die eine gemeinsame Vision von Europa hatten. Und die hartnäckig an dieser Vision festgehalten haben, bis sie in Erfüllung gegangen ist. Schließlich ist er einer dieser mutigen Menschen, welche der Überwindung von Vorurteilen, von historischen Ressentiments und von ideologischen Denkmauern erfolgreich ihr Leben gewidmet haben. Für die Jüngeren unter Ihnen mag all dies als logische Folge und Ergebnis einer konsequent verfolgten beruflichen Laufbahn erscheinen. Für mich, schon aufgrund meines Alters und des Erlebten, ist es nicht selbstverständlich. Das vereinte und weitgehend grenzfreie Europa von heute als friedlicher Rahmen für die effiziente Zusammenarbeit zwischen Völkern und Kulturen ist die wertvollste Errungenschaft unserer Zeit. Und Hans-Gert Pöttering hat an der Entstehung dieses Europas mitgearbeitet.

Anlässlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde der Universität im polnischen Opole (Oppeln) im März 2007, bemerkte einer der Rezensenten, dass es sich bei Professor Pöttering um einen „untypischen“ Kandidaten handelt: um den seltenen Fall eines Staatsmannes, dessen politisches Engagement geprägt war von gründlichem Wissen und der ethischen Kriterien treu

¹ Laudatio, gehalten anlässlich der Verleihung des Wartburgpreises an Prof. Hans-Gert Pöttering, Wartburg, 25. Oktober 2008. Der Text stammt aus dem Archiv von Władysław Bartoszewski.

war. Diese gründliche Vorbereitung auf seine spätere Tätigkeit verdankt er dem Studium der Rechtswissenschaft, Politik und Geschichte an den Universitäten in Bonn und Genf. Übrigens finde ich diese Fächerkombination richtungweisend für den späteren Politiker mit juristischen Kompetenzen und dem so wichtigen Sinn für den historischen Rückblick. Europäische Identität, Europas Größe, aber auch Europas gegenwärtige Konflikte sind in der Geschichte verankert. Und damit sind auch wir, wie Frau Professor Gesine Schwan unlängst feststellte, das Ergebnis historischer Erfahrungen. Professor Pöttering ist im Stande, diesen Zusammenhang stets ansprechend hervorzuheben, wie neulich während unserer gemeinsamen Beteiligung an der Veranstaltung zum Thema „Europas Doppelgedächtnis“ in Berlin.

Dank seiner soliden Bildung, intellektuellen Grundlage und Fachkompetenzen war seine berufliche Laufbahn erfolgreich. 1979 wurde Hans-Gert Pöttering infolge der ersten Direktwahl zum Mitglied des Europäischen Parlaments, und rund 30 Jahre später, am 16. Januar 2007, wählte das Europäische Parlament den Niedersachsen in Straßburg zum 23. Präsidenten. Bei seiner Amtsübernahme sprach er über das Einigungswerk, das zwar weit fortgeschritten, aber noch nicht vollendet sei, und stellte gleich zu Beginn fest: „Das Europäische Parlament ist sich dieser Verantwortung bewusst und darf sich daher von niemandem übertreffen lassen, wenn es darum geht, die Einheit unseres Kontinents zu vollenden!“

Es ist eine häufige Schwäche unserer menschlichen Natur, dass wir nach übernatürlichen Wundern Ausschau halten und dabei reale Wunder übersehen oder sogar verschmähen, die direkt vor unseren Augen stattfinden. Für Prof. Hans-Gert Pöttering aber ist und bleibt die Mitgliedschaft der Länder des früheren kommunistischen Lagers in der EU ein wahres, lang erträumtes und schließlich in Erfüllung gegangenes Wunder unserer Zeit. Die Überwindung der Teilung Europas ist Anlass zur Freude. Zugleich trägt sie unter gegenwärtigen Umständen eine Verpflichtung und eine Aufgabe in sich: in der gemeinsamen Familie miteinander zu leben, einander zu respektieren und vielleicht sogar voneinander zu lernen. Für all dies setzt sich Prof. Pöttering ein, und immer mit seiner typischen Kompromisslosigkeit. Sein Europa ist ein „Anliegen des Herzens“ und sollte nicht bloß auf politischem Fundament errichtet werden, sondern vor allem in den Bürgern selbst fest verankert sein: in ihrem Bewusstsein der geteilten Zugehörigkeit, in ihrem Gemeinschaftsgefühl, welches, wie schon erwähnt, keineswegs im Gegensatz zur Verbundenheit mit der eigenen unmittelbaren Heimat steht. Das Europa von Prof. Hans-Gert Pöttering ist ein Europa der über Jahrhunderte erkämpften Werte, die allesamt im Kern in der Achtung der Menschenwürde gründen.

Prof. Hans-Gert Pöttering, mit seiner rund dreißigjährigen Erfahrung in politischer und öffentlicher Tätigkeit, verkörpert gewissermaßen den europäischen Geist schlechthin. Solchen Pionieren verdanken wir die Überwindung der durch Kleingeist, Dummheit und ideologische Machtkämpfe errichteten Grenzen und Barrieren, die so prägend waren für das „kaltkriegsgerische“ vergangene Jahrhundert. Wir verdanken ihnen und ihrer konsequent durchgesetzten Vision das vereinte Europa von heute. Ihrer Ausdauer, ihrer Standfestigkeit und Entschlossenheit bei der Beseitigung der Vorurteile. Solche Menschen sind die waren Träger jener Werte, die Europa ausmachen, über Generationen verbinden und zusammenhalten. Er plädiert zugleich für ein starkes Europa, das zum glaubwürdigen Partner auf der globalen Bühne wird. Und um glaubwürdig zu werden, muss Europa an sich selber glauben. Ich, als Vertreter der ältesten Generation, glaube persönlich daran, dass dank Menschen wie Prof. Hans-Gert Pöttering dieses Europa, das ich auch als meines betrachte, in guten und kompetenten Händen bleibt.

Das Schicksal des Brückenbauers¹

Als ich vor fast genau sechs Jahren, im Oktober 2002, den Internationalen Brückepreis der Europastadt Görlitz/Zgorzelec erhielt, sprach ich über die einmalige Chance, gerade an dieser Stelle Europas – gar nicht so weit von Berlin entfernt – einen Grundstein für eine bessere Zukunft zu legen. Von Hoffnung und Optimismus. Von der Notwendigkeit, möglichst schnell jene Zeit aufzuholen, die durch Misstrauen, Verachtung, Feindschaft und Krieg verloren gegangen ist. Kurzum: Ich sprach von Verständigung.

Europa war damals etwas anders. Es war noch auf dem Weg, um seine gemeinsame Zugehörigkeit – die ich übrigens auch in schwierigsten Pro-bezeiten niemals in Frage gestellt habe – offiziell zu besiegeln. Inzwi-schen hat sich viel verändert. Dieser erwähnte europäische Weg, nicht zuletzt ein Weg von kleinen und großen Akten der Verständigung, hat zur Erweiterung der Union geführt. Zum vereinten, offenen, freien, und demo-kratischen Europa der Gegenwart.

Auf gewisse Weise fühle ich mich deshalb berechtigt, die heutige Auszeichnung mit dem Preis der Deutschen Gesellschaft als symbolische Krönung einer Aufgabe zu betrachten, eines Auftrags, der mir aufgrund oder manchmal auch gerade trotz schmerzlicher Erlebnisse zum Lebens-inhalt wurde.

Das Leiden der Menschen, dessen hilfloser Zeuge ich häufig in mei-nen Jugendjahren war, die Ausrottung der Elite meines Volkes und der in seinen Ausmaßen und Methoden beispiellose Massenmord an Juden regten mich dazu an, sich dem Bösen zu widersetzen und später – unter verän-derten Bedingungen – unermüdlich den Appell zu wiederholen: die riesige Möglichkeit zu nutzen, die den Deutschen und Polen von der Geschichte vielleicht einmalig gegeben wurde. Eine Chance auf Verständigung. Auf An-näherung. Auf Harmonisierung der politischen Beziehungen und fruchtbare wirtschaftliche Zusammenarbeit. Auf normale Nachbarschaft.

¹ Dankesrede, gehalten anlässlich der Verleihung des Preises für deutsche und europäische Verständigung, verliehen von der Deutschen Gesellschaft, Berlin, 12. No-vember 2008. Der Text stammt aus dem Archiv von Władysław Bartoszewski.

Vielleicht erinnert dabei das Schicksal des Brückenbauers ein wenig an jenes eines leidenschaftlichen Architekten oder zumindest eines bescheidenen Maurers, der sein Leben einem opulenten Bauwerk gewidmet hat und eines Tages vor dem fertigen Gebäude steht. Fast schon ein Jahr zurück liegt inzwischen der Beitritt meines Landes zum Schengener Abkommen – in gewissem Sinne der letzte Spatenstich auf einer Baustelle, bei der ich selbst tatkräftig seit der Grundsteinlegung mitgewirkt habe; seit dem Augenblick, als an Stelle des heutigen Europas erst die kriegsgeschädigte Ruine vorsichtig abgetragen werden musste, um den Fundamenten und Wänden eines neuen Mauerwerks Platz zu machen.

Dieser Rohbau wurde inzwischen beendet, vor unseren Augen weicht die Baustelle nach und nach der endgültigen Form. Ist damit auch der Architekt arbeitslos? Der Arbeiter überflüssig? Kann der Brückenbauer in den Ruhestand entlassen werden? Wohl kaum. Denn dieses neu errichtete europäische Haus, in dem wir nun miteinander leben sollen, wo wir ohne lästige und unwürdige Grenzkontrollen den Wohnort wechseln und den Arbeitsplatz (bald hoffentlich ohne jede Einschränkungen) wählen können, wird von selbst nicht lebendig. Es sind die Menschen, die in diesem Europa wohnen – Menschen, die an seiner Entstehung mitgearbeitet haben, die sich ein solches Europa wünschten –, die letztendlich die entscheidende Verantwortung für ein gemeinsames Leben mit- und nebeneinander tragen.

Dem geduldigen Streben nach Verständigung verdanken wir, dass sich Schlagbäume öffnen. Dass politische Barrieren abgeschafft werden. Aber in den Köpfen bleiben oft andere Mauern übrig. Es heißt nun, auch diese Grenzen zu überwinden. Und gerade die deutsch-polnischen Begegnungen sind gegenwärtig wohl der beste Schauplatz, unsere wahre, gemeinsame Zugehörigkeit zu Europa zu beweisen.

Doch jede Freude hat eine Schattenseite: Die Grenzen verschwinden nicht wirklich, sie werden lediglich verschoben. Die europäische Verständigung, die unseren Ländern bereits so viel gebracht hat, birgt in sich deshalb eine andere, ernüchternde Verpflichtung. Nämlich jene, auch an die Menschen zu denken, die – genau wie früher Osteuropäer aus den ehemaligen kommunistischen Satellitenstaaten der Sowjetunion – nun außerhalb dieses von uns mit Stolz betrachteten europäischen Neubaus bleiben. Eine konkrete Verpflichtung: wo immer und wann immer möglich, den Raum der Stabilität, der Sicherheit, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit zu erweitern.

Die heutige Zeremonie steht ganz im Zeichen der Verständigung. Dabei zählt gerade die Verständigung zu jenen Werten, die – wenn schon einmal erreicht – nicht automatisch auf Dauer garantiert sind. Sie brauchen

behutsame Pflege und ständige Aufmerksamkeit. Sie dulden keine Vernachlässigung und sollten daher nicht für selbstverständlich gehalten werden. Verständigung ist vielmehr als Auftrag zu betrachten. Darin sehe ich eine weitere Lebensaufgabe – wenn nicht mehr für mich, dann für die nächsten Brückenbauer.

Der höchste Wert – die Freiheit¹

In meinen öffentlichen Ansprachen und Publikationen taucht wiederholt ein Begriff auf, dem ich vorrangige Bedeutung zuschreibe. Ein Begriff, von dem ich ständig, angefangen von den früheren Jugendjahren bis heute, begleitet werde. Ebenso im privaten Leben wie bei meinem beruflichen Engagement in Angelegenheiten des eigenen Landes und Europas als Historiker, Politiker und Diplomat. Gemeint ist natürlich die Freiheit, von der Johann Wolfgang von Goethe einst schrieb: „Ein schönes Wort, wer es recht verstünde.“ Ich verstehe sie als den höchsten Wert, das wertvollste Gut und die größte Errungenschaft unserer Zivilisation. Es ist ein bewusst breites Freiheitsverständnis, denn in verschiedenen Epochen, Zeiten und unter wechselnden Bedingungen spielt sie ungleiche Rollen und nimmt verschiedene Formen an. Andere Bedeutung besitzt sie für einen Menschen, dessen Biografie von Erfahrungen nationalsozialistischer Konzentrationslager oder kommunistischer Gefängnisse geprägt wurde, wo Freiheitsberaubung im wörtlichen Sinne der physischen Versklavung, der Demütigung und ständiger, akuter Lebensbedrohung gleichkam. Wieder eine andere dagegen in täglicher Existenz unter dem Druck einer totalitären Diktatur, wo zwar nicht unbedingt die physische, wohl aber die Meinungsfreiheit zum obersten Wert avanciert. Freiheit hat also keine allgemeingültige Definition, unterliegt unaufhaltsamer und ständiger Wandlung. Sie entwickelt und differenziert sich zusammen mit dem gesellschaftlichen und zivilisatorischen Fortschritt. Manchmal existiert sie fast unbemerkt, im Hintergrund. Wird gelegentlich unterschätzt oder voreilig und unüberlegt für selbstverständlich gehalten. Jedoch verliert sie dabei niemals ihren Wert. Von dieser Wandelbarkeit sprach wohl Hegel in seinen historisch-philosophischen Vorlesungen, wenn er sagte: „Die Weltgeschichte ist der Fortschritt im Bewusstsein der Freiheit.“

Hat es aber immer noch einen Sinn, auch unter den Bedingungen der Demokratie und des vereinten Europas, wo – zumindest theoretisch – alle Bürgerrechte garantiert werden, von dem Freiheitsbegriff zu sprechen?

¹ Dankesrede anlässlich der Verleihung des Freiheitspreises 2008 der Freien Universität zu Berlin, gehalten am 4. Dezember 2008. Der Text stammt aus dem Archiv von Władysław Bartoszewski.

Meiner Ansicht nach sehr wohl. Nicht weniger als sonst. Nicht weniger als früher und nicht weniger als irgendwo anders. Denn Freiheit – um den Worten des französisch-schweizerischen Politikers und Staatstheoretikers des frühen 19. Jahrhunderts Benjamin de Rebecque zu folgen – verlangt zwar manchmal nach Helden, aber immer nach Staatsbürgern. Welche wesentliche Bedeutung besitzt sie also unter gegenwärtigen Bedingungen für uns, hier und jetzt?

Seit 1989 sind wir Zeugen – und Teilnehmer! – des zunächst sprunghaften, später allmählichen, aber unaufhaltsamen Erweiterungsprozesses des Raumes persönlicher Freiheit. Ein symbolisches Beispiel war gerade hier in Berlin der Fall der Mauer, die Beseitigung der Grenze und die anschließende Wiedervereinigung Deutschlands. Für Völker Mitteleuropas – auch für meine Landsleute – bedeutete das die neue Möglichkeit, ungehindert nach Westeuropa zu reisen. Dieser Prozess erlangte gerade im letzten Jahrzehnt eine enorme Beschleunigung und trug konkrete Früchte. Der Beitritt Polens und anderer Staaten des früheren kommunistischen Lagers zur NATO und zur Europäischen Union. Die allmähliche Abschaffung der Beschränkungen für Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedsstaaten. Schließlich die Erweiterung des Wirkungsbereiches des Schengener Abkommens – das alles sind markante Meilensteine auf dem Weg zur Freiheit. Über die Gewinne dieses Prozesses brauche ich an dieser Stelle nicht zu sprechen. Sie sind für uns alle offensichtlich.

Im heutigen vereinten Europa begrenzt sich der Freiheitsbegriff freilich nicht bloß auf die Reisefreiheit. Die konkrete Gestalt der europäischen Integration nahm ihren Ursprung im wirtschaftlichen Bereich und setzte von Anfang an auf ein liberales Marktmodell. Als Vertreter der Geisteswissenschaften sträubte ich mich zwar persönlich mehrmals gegen die Betrachtung des gemeinsamen europäischen Unternehmens in rein wirtschaftlichen Kategorien und legte großen Wert auf moralische und kulturelle Werte, die uns verbinden und die manchmal übersehen und vernachlässigt scheinen. Mit großer Überzeugung teile ich den Aufruf des früheren Papstes Johannes Pauls II., Europa nicht ausschließlich als großen Supermarkt anzusehen. Es stimmt, Europas Wesen beruht nicht nur auf dem gemeinsamen Markt. Aber ich muss gleichzeitig zugestehen, dass es ohne die Dynamik des freien Marktes, ohne sein Potenzial und seine Anziehungskraft zwar eine europäische Gemeinschaft des Geistes gegeben hätte, dennoch aber wahrscheinlich eine auf weit weniger stabilen Grundlagen. Gemeinsam anerkannte Wertehierarchien reichen nicht immer aus, um Frieden und Verständigung zu garantieren. Eine Interessengemeinschaft ist hier oft wirkungsvoller. Diese Überzeugung war in den Überlegungen

der europäischen Gründerväter enthalten. Daher sind wirtschaftliche Freiheit, freies Recht auf Gründung eigener Firmen und grenzübergreifende Wahl des Arbeitsplatzes, freie Konsumentenwahl und liberale Marktregeln die aktuellen, modernen Formen des Freiheitsbegriffes.

Eine weitere Form sind die demokratischen Bürgerrechte. Hier sehe ich die vorrangige Herausforderung nicht nur für die gesamte Union, sondern auch für jedes der Mitgliedsländer. Eine Herausforderung für die staatliche Administration als einer Instanz, die den Rahmen für die freie Entfaltung des gesellschaftlichen Bürgerengagements sichern soll. Nicht durch übertriebene Bevormundung und Ingerenz, sondern durch möglichst weitgehenden Bewegungsraum für bürgerliche Eigeninitiativen. Ich denke hier an einen Staat, der nicht stört. Der den Bürgern möglichst weitgehend freie Hand lässt und ihnen unnötige Beschränkungen aus dem Weg räumt, oft anachronistische Überbleibsel der vergangenen Epochen des mangelnden Vertrauens und der Angst totalitärer Eliten vor dem eigenen Volk. Denn Freiheit bedeutet Vertrauen.

Andererseits bedeutet Freiheit auch Engagement und Selbstständigkeit. Der Mangel an dieser fundamentalen Fähigkeit war im Grunde – neben der Angst und dem Zwang – einer der Pfeiler der diktatorisch regierten Gesellschaften, wo immer eine breite Gruppe von Bürgern existierte, die bereit war darauf zu verzichten, selbstständige Entscheidungen zu treffen. „Die glücklichen Sklaven sind die erbittertsten Feinde der Freiheit“, heißt es in den Aphorismen von Marie von Ebner-Eschenbach. Denn die Beseitigung von Beschränkungen macht es notwendig, über das eigene Leben selbst zu entscheiden. Freiheit kann also durchaus anstrengend, ja sogar unbequem sein. Sie braucht Visionen und manchmal Mut zur Durchsetzung eigener Ziele.

Aber auch in dieser Hinsicht ist Vorsicht geboten beim Umgang mit dem Freiheitsbegriff: Denn Freiheit ist keine individuelle Angelegenheit. Indem wir sie als übergeordnetes Recht akzeptieren, nehmen wir eine enorme Verantwortung auf uns. Diese Verantwortung besteht im Respekt gegenüber der Freiheit anderer. „In Freiheit und Unabhängigkeit ein positives Leben führen zu können, ist wohl eine der schwierigsten Aufgaben“, meinte zu Recht der Umweltaktivist Urs Beeler. Frei zu sein heißt gleichzeitig: gesellschaftliche Regeln zu beachten. Zur persönlichen Freiheit jedes Individuums gehört es untrennbar, die Freiheiten der übrigen Menschen zu beachten. Zur Illustration fällt mir an dieser Stelle eine offensichtliche Analogie ein: Ein eigener Wagen war und ist für viele wahrscheinlich auch heute nicht nur ein Ausdruck der gesellschaftlichen Position, sondern vor allem ein Innbegriff der mobilen Freiheit. Der Anschein trägt aber. Denn kaum

jemand muss sich so vielen Vorschriften und Begrenzungen unterordnen wie ein Fahrer hinter dem Lenkrad. Die Befolgung der Regeln ist die absolute Voraussetzung für die Teilnahme am Straßenverkehr. Mangelnde Bereitschaft zu ihrer Akzeptanz, fehlende Praxis oder bewusste Missachtung haben bekannte Folgen. Wer den Wagen als Mittel zur Verwirklichung falsch verstandener Freiheit betrachtet, gefährdet sich und andere.

Auf diese Weise sind wir beim Kern des modernen Freiheitsbegriffes angelangt. Freiheit bedeutet – wie gesagt – Selbstständigkeit, Pflicht und Verantwortung. Aber vor allem setzt sie – paradoxerweise – das Bewusstsein der kulturellen und gesellschaftlichen Begrenzungen voraus.

Meine private und berufliche Tätigkeit hatte immer die Suche nach Verständigungswegen zum Ziel. Ich habe versucht, den eigenen Möglichkeiten entsprechend, Brücken zu bauen und mich für gegenseitigen Respekt einzusetzen. Das betrifft insbesondere die deutsch-polnischen Beziehungen. Vor dem historischen Hintergrund ist der gegenwärtige Stand der Beziehungen zwischen unseren Ländern – Mitgliedern der Europäischen Union – einmalig. Polen und Deutschland können gemeinsam an der Verwirklichung des europäischen Traumes teilnehmen. Des Traumes von Demokratie und Freiheit. Wenn meine eigenen Bemühungen zur Verwirklichung dieses Traumes auch nur ein wenig beigetragen haben, dann akzeptiere ich heute mit Dankbarkeit den Freiheitspreis der Freien Universität Berlin.

Und weil es sich dabei um eine akademische Auszeichnung handelt, möchte ich abschließend noch eine wichtige Eigenschaft der Freiheit erwähnen: Freiheit ist nämlich Wissen. In dem Buch *Das Tal der Issa* des polnischen Literaturnobelpreisträgers Czesław Miłosz gibt es eine Szene, in der ein Reisender an einem schlammigen Tümpel vorbeikommt, wo in dreckigem Wasser eine Schar magerer Enten plätschert. Unweit hinter dem Teich erstreckt sich ein malerischer See. „Warum schwimmen die Enten nicht dort im See, wo sie doch viel freier wären?“, fragt der Reisende den Entenhalter. „Mein Herr“, antwortet dieser, „Wenn sie nur wüssten ...“²

² Czesław Miłosz, *Dolina Issy*, Warszawa 2007, S. 165.

Genugtuung und Dialogbereitschaft¹

Der Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit von Juni 1991 ist eine rechtliche Grundlage der Beziehungen zwischen der vereinten Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen. Der laut Vertrag gestiftete Deutsch-Polnische Preis hatte von Anfang an zum Ziel, besondere Verdienste um die Versöhnung und die Verständigung, um den Dialog und die Annäherung zu würdigen. Anders ausgedrückt: um die Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen zwischen unseren Staaten. Heute ist diese „Normalität“ – die wie bei allen Formen von zwischenmenschlichen Beziehungen zwar nicht ganz frei von Konflikten ist, aber zumindest ihre sachliche Lösung erlaubt – Teil des Alltags und des Zusammenlebens in einem durch gemeinsame Interessen und Werte vereinten Europa. Wir sollten aber nicht vergessen, dass diese Normalität erst dank dem Engagement, der Ausdauer, dem Mut, der Weitsichtigkeit und manchmal der Opferbereitschaft konkreter Menschen erreicht werden konnte. Unter den Laureaten des Deutsch-Polnischen Preises befinden sich u. a. die früheren Außenminister Krzysztof Skubiszewski und Hans-Dietrich Genscher, die Professoren Anna Wolff-Powęska und Klaus Ziemer sowie – der bei der letzten Verleihung ausgezeichnete – Erzbischof Alfons Nossol. Den Preis erhielten auch Institutionen und Organisationen, darunter die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder und das West-Institut in Posen.

Im Jahr 2008, nach einer zweijährigen Pause, hat die Preisjury ihre Arbeit erneut aufgenommen und beschlossen, den diesjährigen Preis an weitere zwei Einrichtungen zu verleihen: die Stiftung „Kreisau“ und die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Sühnezeichen bedeutet, Sühne zu tun, indem man ein Zeichen gibt. Aber eine Zeichen besonderer Art: durch die Anerkennung der eigenen Sünden. Nicht durch Wiedergutmachung oder Entschädigung, nicht durch ein Verwischen der Erinnerung an das

¹ Bei dem hier abgedruckten Text handelt es sich um eine Ansprache Władysław Bartoszewskis anlässlich der Verleihung des Deutsch-Polnischen Preises an die Stiftung „Kreisau“ und die Aktion Sühnezeichen am 9. Dezember 2008 in Warschau. Der Text stammt aus dem Archiv des Autors. Übersetzung Marcin Barcz.

begangene Böse, sondern eben durch ein stetes Bewusstsein des Bösen und einen Aufbau des Dialoges mit den Opfern im Gedenken an die historischen Schattenseiten. Aus diesem Willen entstand die Aktion Sühnezeichen, gegründet während der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland im Jahr 1956 (damals noch unter gemeinsamer Beteiligung von Vertretern der Kirchenkreise der BRD und der DDR) als Reaktion auf den Aufruf von Lothar Kreyssig. Der Aufruf zielte nicht nur auf eine Anerkennung der Schuld für den fehlenden Widerstand im Angesicht der Verbrechen des Nationalsozialismus ab, sondern brachte auch die Bitte zum Ausdruck, Hilfe leisten zu dürfen. Diese demütige Bitte signalisierte gleichzeitig eine Dialogbereitschaft, die in gewissem Sinne eine Antwort in den etwas späteren Worten der polnischen Bischöfe aus dem Jahr 1965 fand: „Wir vergeben und bitten um Vergebung“.

Die Aktion Sühnezeichen gehörte zu den wichtigsten Friedensbewegungen der siebziger und achtziger Jahre und engagierte sich bis heute in humanitären Projekten auf der ganzen Welt. Erste Kontakte mit Polen wurden 1967 geknüpft, als eine Gruppe von Freiwilligen in unser Land kam, um an Gedenkarbeiten an Orten der NS-Massenverbrechen teilzunehmen – in Auschwitz, Stutthof und Majdanek. Ein konkretes Ergebnis der damals begonnenen Zusammenarbeit war die Idee zur Gründung der internationalen Jugendbegegnungsstätte in Oświęcim, die 1986 fertiggestellt wurde. Man sollte auch daran erinnern, dass es die Aktion Sühnezeichen war, die den Entschädigungsprozess für ehemalige Zwangsarbeiter in die Wege geleitet hat.

Das wichtigste Ziel von Aktion Sühnezeichen war während der ganzen Zeit ihres Bestehens ein im christlichen Glauben tief verankertes Engagement für die Suche nach Verständigungswegen zwischen Generationen, Kulturen, Religionen und Völkern. In der Annäherung und in dem Dialog zwischen Deutschland und Polen spielte diese Organisation eine wichtige Rolle beim Bauen von Brücken über und gegen die Konsequenzen des tragischen geschichtlichen Erbes. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass ihre Würdigung mit dem Deutsch-Polnischen Preis richtig und längst fällig ist. Ich gratuliere, vor allem aber bedanke ich mich!

Erziehung ohne Vorurteile¹

Als Laureat des ersten Europäischen Bürgerrechtspreises der Sinti und Roma bin ich sehr dankbar und sehr stolz zugleich. Die persönliche Freude, dass die Früchte des eigenen Lebenswerks auf solche Weise anerkannt werden, ist natürlich verständlich. Vor allem aber ist mir die gewichtige Rolle dieser Auszeichnung bewusst: Gleich bei ihrer erstmaligen Verleihung wird sie hier in Berlin einem Polen zuerkannt. Ich betrachte dies als eine Ehre für mein Land und für mich als seinen Vertreter – auch in meiner jetzigen Funktion als Regierungsmitglied.

Aber meine heutigen kurzen Dankesworte möchte ich auch einfach als Mensch und als Zeitzeuge sprechen, der, ohne es zu wollen, die undenkbaren Folgen von Intoleranz und Menschenhass miterleben musste. Mit den vielleicht ältesten unter Ihnen verbindet mich die Zugehörigkeit zu derselben Generation, die am eigenen Leibe traumatische Ratlosigkeit gegenüber dem Bösen erfuhr. Aber nicht nur mit den Ältesten empfinde ich eine tiefe Gemeinschaft. Denn vor dem Hintergrund der Geschichte verbindet uns alle hier Anwesenden, wie ich denke, unabhängig vom Alter und der Lebenserfahrung, ein dauerhaftes und kollektives Schamgefühl für die Europäer. Uns verbindet entschlossene Ablehnung gegenüber jeder Form von Verachtung und Hass.

Es waren die Erfahrungen meines ersten Lebensabschnitts, die mich dauerhaft dazu veranlasst haben, wo immer möglich den Opfern eine Stimme zu verleihen und ihr Andenken zu beschützen. Das Bewusstsein dieser Aufgabe begleitete mich in all den Jahren der Tätigkeit im Internationalen Auschwitz-Rat und bei all meinen Bemühungen, die Erinnerung zu bewahren: auch die Erinnerung daran, dass unter den Ermordeten Menschen sehr verschiedene Nationalitäten und Menschen unterschiedlicher Abstammung waren, darunter viele Sinti und Roma. In dem Europäischen Bürgerrechtspreis sehe ich eine Bestätigung meines einst gewählten Weges. Und zugleich eine enorme Motivation.

¹ Dankesrede, gehalten nach der Verleihung des Europäischen Bürgerrechtspreises der Sinti und Roma, Berlin, 18. Dezember 2008. Der Text stammt aus dem Archiv von Władysław Bartoszewski.

In der Begründung der Preisverleihung heißt es: „Das Bewusstsein um die Verantwortung, die aus der Erfahrung der nationalsozialistischen Menschheitsverbrechen erwächst, ist ein zentraler Bestandteil der europäischen Identität.“ Diese Verantwortung richtet sich nicht zuletzt auf die in europäischen Ländern lebenden Minderheiten, darunter die Sinti und Roma. Und dass sie nach wie vor und trotz der tragischen Lehre der Geschichte aktuell bleibt, zeigen auch gegenwärtig auftauchende Hasserscheinungen. Ich erinnere mich vor allem sehr gut an den hinterhältigen Anschlag im österreichischen Oberwart, wo im Februar 1995 (übrigens unmittelbar vor dem Ende meiner Dienstperiode als Botschafter Polens in Wien) vier Angehörige der dortigen Roma-Gemeinschaft durch eine Sprengfalle getötet wurden. Dieser tragische Vorfall zeigt, dass die geschehenen Gräueltaten des Krieges, wie schrecklich sie auch sein mögen, leider allein nicht ausreichen als Lehre, als Abschreckung und Warnung. Voraussetzung für Verständnis unter Menschen verschiedener nationaler oder ethnischer Gruppen, die neben- und miteinander leben, ist in erster Linie die Bildung und der ungehinderte Meinungs austausch. Nur unter den Bedingungen eines freien öffentlichen Lebens und eines ungehinderten Austauschs von Meinungen kann die Erziehung vorurteilsfreier Bürger erfolgreich betrieben werden, die sich weder bei der Selbstverurteilung noch bei der Beurteilung anderer von Stereotypen leiten lassen.

Bei der heutigen Gelegenheit möchte ich gleich einige Gedanken der Zukunft der Roma und Sinti widmen. Sie bilden gegenwärtig die größte paneuropäische Minderheit, den Schätzungen nach mit rund 10 Millionen Angehörigen in allen europäischen Ländern. Die Probleme dieser Gemeinschaft haben leider überall ähnlichen Charakter: vor allem mangelnde Bildungsmöglichkeiten und in der Folge hohe Arbeitslosigkeit, was letztendlich in öffentlicher Ablehnung und mancherorts zu rassistischen Angriffen auf Roma-Siedlungen führt. Mit Bedauern muss man feststellen, dass das Schicksal der Roma im heutigen Europa an jenes der Juden im vergangenen Jahrhundert erinnert. Zu selten stellen sich Staaten und Gesellschaften Fragen nach den Ursachen für die schlechte Lage dieser Minderheit, zu wenig wird unternommen, um die kulturelle Identität eines Volkes zu verstehen, das seit sechshundert Jahren über die Wege Europas wandert. Sogar das Verbrechen an den Roma während des Zweiten Weltkrieges stand noch bis vor Kurzem im Schatten der Tragödie der Juden. Der Begriff „Samudaripen“ ist den Europäern nach wie vor kaum bekannt, dabei bedeutet er genauso viel wie „Shoah“ für die jüdische Gemeinschaft.

Seit Jahren fordern jedoch die Sinti und Roma beharrlich die Anerkennung ihrer Bürgerrechte. Das Bewusstsein der Verluste im letzten Krieg

und ihr „vergessener Holocaust“ – wie man das tragische Schicksal dieser Gruppe in immer öfter auftauchenden historischen Studien bezeichnet – bewirkte eine bürgerliche Aktivierung oder „ethnische Mobilisierung“ dieser Minderheit. Der Fall der kommunistischen Regime eröffnete Chancen für die Entstehung einer bürgerlichen Gesellschaft in Mittel- und Osteuropa. Mit der Zeit und dank dem Engagement der ausgebildeten Eliten dieser Gemeinschaft begann auch die Beteiligung der Roma an diesem Prozess, und ihre Aktivität erzwang zu Beginn des gegenwärtigen Jahrhunderts auch das Interesse des „wohlhabenden“ Europas an seiner Minderheit. Vor allem die Erweiterung der Europäischen Union hatte enormen Einfluss auf die Lage der Roma. In fast allen Ländern wurden im Verlauf des letzten Jahrzehnts Hilfsprogramme aufgelegt, wobei Roma-Angehörige an deren Entwicklung und Verlauf aktiv beteiligt sind und dafür sorgen, dass die Unterstützung im sinnvollen Einklang mit der kulturellen Identität der Gemeinschaft Verwendung findet. Im Gegensatz zur Zwangsansiedlung und erzwungenen Assimilierungsversuchen der Nachkriegszeit haben wir heute mit einer neuen Qualität zu tun, wenn auch nicht überall.

In Polen gibt es ein solches Programm seit 5 Jahren, ausgearbeitet zusammen mit den führenden Vertretern der Roma. Dazu kommt eine immer größere Zahl eigener Projekte. An polnischen Schulen arbeiten rund 100 Betreuer für Roma-Kinder, die daneben auch Respekt gegenüber ihrer kulturellen Besonderheit bei den Mitschülern und Lehrern vermitteln. Es werden Lehrbücher, Kinderliteratur etc. in der Roma-Sprache herausgegeben mit dem Ziel, die Schule – neben dem Zuhause – zum Ort der Entwicklung und Pflege der Identität zu machen. Vertreter der Roma-Gemeinschaft treffen sich regelmäßig mit dem für nationale Minderheiten verantwortlichen Innenminister. In diesem Jahr haben zwei Treffen mit dem Sprecher für Bürgerrechte stattgefunden. Im polnischen Parlament ist eine ständige Kommission für nationale und ethnische Minderheiten tätig. Auf regionaler Ebene finden ständige Konsultationen mit Roma-Angehörigen statt. Ich möchte damit nicht behaupten, dass die Lage ausreichend gut ist, sie ist allerdings auf jeden Fall besser als noch vor zehn Jahren. Die Roma wurden bemerkt und ihre Probleme werden nach und nach ernst genommen. Besonderen Verdienst haben dabei die führenden Personen der Gemeinschaft – ihre Hartnäckigkeit und ihre Bemühungen, die z. B. dazu geführt haben, dass beim Europarat in Straßburg das Europäische Forum der Roma entstehen konnte.

Vieles deutet darauf hin, dass Europa reif genug ist, um sich verantwortungsvoll mit der eigenen früheren Vernachlässigung gegenüber den Roma auseinanderzusetzen. Auch die Roma sind bereit, mit eigener Stimme

zu sprechen. Ich wünsche mir und ich wünsche Ihnen, dass die Zeit, in der die Roma und Sinti als Bürger zweiter Klasse, als soziales oder gesellschaftliches Problem betrachtet wurden, unwiederholbar vergangen ist. Es liegt nicht nur im Interesse der Roma. Es liegt im Interesse aller Menschen. Einer der deutschen Geistlichen bemerkte nach dem Krieg: „Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Juden holten, habe ich nicht protestiert; ich war ja kein Jude. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestierte.“²

Die erstmalige Verleihung des Europäischen Bürgerrechtspreises der Sinti und Roma ist, wie ich zu Beginn erwähnt habe, natürlich ein erfreulicher Anlass. Auf der anderen Seite, ob Sie in dieser Hinsicht mit mir einer Meinung sind oder nicht, macht gerade die Würdigung mit dieser speziellen Auszeichnung deutlich, dass das, was eigentlich offensichtlich und selbstverständlich, ja alltäglich sein sollte, stets als herausragende Leistung angesehen werden muss. Ich meine hier die simple menschliche Anständigkeit. Die Bereitschaft zum persönlichen Einsatz gegen Ungerechtigkeit. Die christliche oder einfach nur menschliche Achtung gegenüber den Mitmenschen. Es ist meine stille, wenn auch wahrscheinlich utopische Hoffnung, dass diese Eigenschaften einmal so verbreitet sind, dass der Bürgerrechtspreis nicht mehr an Einzelne verliehen werden muss.

² Diese Worte stammen aus einem Gedicht von Pastor Martin Niemöller (1892–1984). Das Gedicht wurde erst nach dem Krieg veröffentlicht, entstand aber schon 1942 in Dachau.

Europas demokratische Wurzeln und Werte. Aus den Erfahrungen eines Zeitzeugen¹

Vor gar nicht langer Zeit, im August des vergangenen Jahres, hatte ich die Ehre, hier in Weimar – zusammen mit zwei weiteren Laureaten – den nach meinem Landsmann und großen romantischen Dichter des 19. Jahrhunderts benannten Adam-Mickiewicz-Preis für Verdienste um die deutsch-französisch-polnische Zusammenarbeit in Empfang zu nehmen. In meiner damaligen Dankesrede sprach ich von der besonderen Rolle dieser Stadt, von der Johann Wolfgang von Goethe einmal behauptete, sie sei einst gerade dadurch interessant gewesen, dass sie nicht ein Zentrum gehabt habe: „Es lebten hier bedeutende Menschen, die sich nicht miteinander vertrugen, das war das Belebendste aller Verhältnisse, regte an und erhielt jedem seine Freiheit.“ Eine Urform der Demokratie sozusagen.

Weimar ist von der Tradition der demokratischen Idee und des europäischen Geistes geprägt. Hier fand bekanntlich im August 1919 die Verfassungsgebende Nationalversammlung statt, die als Geburtsstunde der Weimarer Republik gilt, der nach der Märzrevolution 1848 zweite und zugleich erste erfolgreiche – wenn auch nur für kurze Zeit – Versuch, eine liberale Demokratie in Deutschland zu etablieren. Und auch hier, ebenfalls im August, allerdings im Jahr 1991 (übrigens am Geburtstag von Johann Wolfgang von Goethe), unterzeichneten drei europäische Außenminister (Dumas für Frankreich, Genscher für Deutschland und Skubiszewski für Polen) die Gründungserklärung des Weimarer Dreiecks.

Daher weiß ich die Gelegenheit sehr zu schätzen, an einem historisch derart aufgeladenen Ort vor so vielen Gästen bei der heutigen Jubiläumsfeier zu sprechen. Oder besser gesagt: der doppelten, ja sogar dreifachen Jubiläumsfeier, denn es gibt drei Anlässe, die uns an diesem Abend zusammenbringen und dafür sorgen, dass diese Veranstaltung und überhaupt das

¹ Rede zur Eröffnung der Reihe „Demokratie und Verfassung“, gehalten im Deutschen Nationaltheater, Weimar, 15. März 2009. Władysław Bartoszewski, „Europas demokratische Wurzeln und Werte. Aus den Erfahrungen eines Zeitzeugen“, in: *In guter Verfassung? Die demokratischen Prozesse in Deutschland und Europa. Weimarer Reden 2009*, Weimar 2009, S. 19–36.

Gedenkjahr 2009 ganz im Zeichen der Demokratie stehen: der Jahrestag der Proklamation der Weimarer Verfassung von 1919, der Gründung der Bundesrepublik 1949 und zugleich der friedlichen Revolution in Mittel- und Osteuropa von 1989. Und wenn man all diese Jubiläen und ihre Vorgeschichte betrachtet, drängt sich einem geradezu der Eindruck auf, als wollte die Demokratie immer und immer wieder im Verlauf der historischen Entwicklung Fuß fassen: zunächst nur zögerlich, dann nach und nach standfester und überzeugter. Tatsächlich ist die Geschichte Europas eine Geschichte des Strebens nach Freiheit und nach Demokratie.

Dies bezieht sich auch auf das Leben meiner Generation, der ältesten noch aktiven im öffentlichen Dienst. Ich selbst, Jahrgang 1922, erlebte kaum zwanzig Jahre der frühesten Kindheit und Jugend in einem demokratischen und unabhängigen Land, dessen neu erlangte Freiheit nach 120 Jahren Versklavung gerade so alt war wie ich selbst. Nach meinem Abitur kam aber gleich der September 1939, und als 18-jähriger frischgebackener Erwachsener stand ich plötzlich – Opfer einer SS- und Polizeirazzia – als politischer Häftling Nummer 4427 am Appellplatz von Auschwitz. So rasch war es mit meinen Erfahrungen mit der Demokratie und Freiheit an dieser Stelle Europas vorbei. Und zwar für das nächste halbe Jahrhundert. Erst die vergangenen zwanzig Jahre erlebte ich wieder als Bürger eines freien, demokratischen Rechtsstaates, ähnlich wie Millionen Tschechen, Slowaken, Ungarn, Ostdeutscher und Balten. Eine Lebenserfahrung, die prägt. Und die eine besondere Perspektive bei der Betrachtung des gegenwärtigen Europas und seiner Zukunft bietet.

Nicht ohne Grund stellte der französische Historiker und Politologe Jaques Rupnik kurz nach dem Fall des Ostblocks die These auf, dass der Kommunismus einem Fegefeuer gleiche, aus dem die Menschen im östlichen Europa hervorgekommen sind und etwas mitbringen: nämlich die Erfahrung von vierzig, und wenn man den Zweiten Weltkrieg dazurechnet, sogar fünfzig Jahren Widerstand. Das sei die wahre Schule der Demokratie. In der Tat hat die Erfahrung des Kampfes um die Menschenrechte – die „Solidarność“ in Polen, die Charta 77 in der ehemaligen Tschechoslowakei, der demokratische Widerstand in Ungarn – in diesen Ländern die geistige Bindung an Europa paradoxerweise gestärkt und darüber hinaus erlaubt, neue Bande zwischen den Nationen zu knüpfen, die einander durch die Vergangenheit und das kommunistische Regime entfremdet worden sind. Die Vertreter dieser Fegefeuerhypothese wiesen schon vor zwanzig Jahren darauf hin, dass sich die damals gerade befreiten Gesellschaften des mittleren und östlichen Europas ganz erheblich von jenen aus der Zeit vor dem Kommunismus unterschieden. Mittlerweile ist es gegenstandslos, von den

„neuen Demokratien“ zu sprechen, aber auch gleich nach der Wende waren die demokratischen Strukturen in den früheren Ostblockstaaten zwar neu, in den Herzen und Köpfen der dort lebenden Menschen war die Sehnsucht nach Demokratie jedoch stets präsent. Und nichts beflügelt derart wie die Sehnsucht nach Freiheit. Sie macht es möglich, Visionen zu entwickeln.

Mehrmals, zuletzt in meiner Festrede zum Tag der deutschen Einheit vor zweieinhalb Jahren in Potsdam, erinnerte ich daran, dass der Umbruch der Jahre 1989/90, der Fall der Berliner Mauer und all die – oft nicht einfachen – Veränderungen der letzten zwei Jahrzehnte kaum möglich gewesen wären ohne die beispiellose Opferbereitschaft, Entschlossenheit und das Freiheitsstreben der Osteuropäer selbst.

Die ost- und mitteleuropäischen Länder konnten den Weg des demokratischen Wandels vor allem dank den Anstrengungen der eigenen Völker einschlagen. Mit Nachdruck gilt es zu betonen, dass die Ordnung von Jalta und Potsdam nicht in die Brüche gegangen ist, weil die westliche Welt von der Sowjetunion schließlich die Einhaltung der Verpflichtungen erzwungen hat, die die Alliierten auf der Krimkonferenz im Februar 1945 gegenüber den europäischen Völkern in ihrer Erklärung über Nachkriegseuropa eingegangen sind. Diese Ordnung ist gescheitert, weil primär die Völker Ost- und Mitteleuropas selbst nicht mehr Willens waren, die totalitäre Vorherrschaft des Sowjetimperiums zu dulden, und Moskau aus politischen wie wirtschaftlichen Gründen nicht mehr in der Lage war, sich diesen Bestrebungen zu widersetzen.

Selbstverständlich haben westliche Demokratien die Unabhängigkeitsambitionen der mitteleuropäischen Völker materiell, moralisch und politisch unterstützt. Es war aber letztendlich die entschiedene Haltung vieler Polen, Tschechen, Ungarn, Ostdeutscher und Balten nötig, um diese Bestrebungen in die Tat umzusetzen. Diese Menschen haben eine enorme Entschlossenheit an den Tag gelegt. Aber sie haben in den drauffolgenden Jahren auch zum größten Teil die Kosten der wirtschaftlichen Transformation zu spüren bekommen.

Wer von Ihnen in den letzten Wochen in Berlin war, sah vielleicht auf der Straße Unter den Linden das riesige Transparent auf dem derzeit leerstehenden Gebäude der ehemaligen polnischen Botschaft, fast direkt gegenüber der russischen Vertretung. „Es begann am Runden Tisch“ ist dort zu lesen. Diese Aufschrift erinnert an den Ursprung der friedlichen Wende in Mitteleuropa, nämlich an die Warschauer Gespräche am Runden Tisch zwischen der damals noch regierenden kommunistischen Partei und den Angehörigen der oppositionellen Gewerkschaft „Solidarność“, der Katholischen Kirche und anderer gesellschaftlicher Gruppen vom 6. Februar bis zum

5. April 1989. An diesem Tisch wurde buchstäblich die Revolution von 1989 ausgehandelt, das Schicksal des Ostblocks besiegelt und Kräfte freigesetzt, die bald die Berliner Mauer und den gesamten Eisernen Vorhang zu Fall brachten. Der Runde Tisch symbolisiert den friedlichen Übergang von der Diktatur zur Demokratie, dessen Früchte wir heute ernten.

In meinen Gastkommentaren für *Die Welt* von August 1989 erstattete ich dem deutschen Leser einen Lagebericht aus der ganz frischen Perspektive des Zeitzeugen, damals noch voller Fragen und Unsicherheit: „Kommt es zum Wunder an der Weichsel; wird erstmals die Alleinherrschaft der Kommunisten in einem Ostblockland gebrochen?“ Und ich prognostizierte schon damals: „Am Ende dieses Jahrtausends erleben wir die Wiederbelebung der abendländisch-christlichen Werte in Europa. Wir sehen den Triumph der Freiheit, der Menschenwürde, der alten Ideale des Abendlandes. Ein Jahrhundert grausamer Erfahrungen geht zu Ende. Wir können ohne Pessimismus in die Zukunft schauen – erstmals in den letzten Jahrzehnten. Die Ereignisse von 1989, diese wichtigsten Ereignisse der Geschichte des 20. Jahrhunderts, sollen für uns alle, egal ob wir am Rhein, an der Elbe oder an der Weichsel leben, lehrreich sein.“

Ich erinnere mich als Angehöriger der Kriegsgeneration noch sehr genau an Hitlers Siegesparade in Warschau am 5. Oktober 1939, als sein „Tausendjähriges Reich“ zu triumphieren schien – wie sieht das aus der Rückschau 70 Jahre später aus? Die Gründung der Konzentrationslager, die Ausrottung ganzer Völker, der Krieg, die sogenannte Befreiung der ost- und mitteleuropäischen Länder durch die Rote Armee, die Ersetzung einer grausamen Diktatur durch eine andere grausame Diktatur, die Trümmerlandschaften Polens, Deutschlands und Europas – wer ahnte damals, wie Europa einige Jahrzehnte später aussehen würde? Was für „Tausendjährige Reiche“ im Laufe der Menschheitsgeschichte triumphieren und vergehen werden? Aus diesen Erfahrungen der Geschichte sollten wir endgültig lernen, dass kein Machtgebilde von Menschenhand für die Ewigkeit existiert, dass der Wille zur Freiheit und zur Menschenwürde stärker ist als die Macht, die aus dem Lauf der Gewehre kommt und von den Polizeiknüppeln ausgeht.

Und weil ich schon über die Wiederholbarkeit der Geschichte sprach, möchte ich gleich ein anderes und viel früheres – Ihnen vielleicht wenig bekanntes, in meinem Land dagegen im öffentlichen Bewusstsein tief verankertes – Ereignis erwähnen, das unmittelbar mit der Thematik der heutigen Veranstaltung in Zusammenhang steht als eines der ersten historischen Anzeichen der erwachenden integralen Eigenschaft europäischer Identität: nämlich das Bedürfnis nach Freiheit, Selbstbestimmung und

demokratischer Ordnung. Fast genau zweihundert Jahre vor den Gesprächen am Runden Tisch feierte bereits die Demokratie einen Siegeszug in dem damaligen königlichen Warschau. Ich spreche hier von der Verfassung vom 3. Mai 1791, an die in Polen bis heute der Nationalfeiertag erinnert. Sie gilt aus mehreren Gründen als Symbol, und man sollte bei Gelegenheit daran erinnern, dass es sich um das erste Grundgesetz in Europa (noch vor der französischen Verfassung von 1791) und das zweite Dokument dieser Art weltweit (nach der Verfassung der Vereinigten Staaten von 1787) handelt. Die Maiverfassung war nicht allein Ausdruck des Willens zur Erneuerung des Staates im Angesicht einer realen Gefahr für den weiteren Bestand Polens. Wichtig war auch eine andere Perspektive: Ihre Grundlage bestand nämlich in dem damals neuartigen politischen Versuch der Bildung einer völlig anderen Beziehung zwischen dem Bürger und dem Staat, als sie bisher bestand, sowie zwischen den verschiedenen Gewalten innerhalb der staatlichen Struktur selbst. Die Verfassung von 3. Mai 1791 war damit nicht bloß das erste niedergeschriebene Grundgesetz in Europa. In ihr kommt vielmehr zum ersten Mal auf praktischer Ebene das Modell der dreifachen Teilung der Gewalten (von Montesquieu) und der Idee eines Sozialvertrags (*contrat social* von Jean-Jacques Rousseau) zur Anwendung. Schließlich – und das sollte ebenfalls nicht außer Acht gelassen werden – war die Maiverfassung eine Kompromisslösung zwischen dem Adel und dem Bürgertum. Sie wurde schon damals zum Ausdruck einer „Revolution ohne Blutvergießen“ – wie einer von ihren Schöpfern, der große Denker, Politiker und zugleich fortschrittliche katholische Geistliche Hugo Kołłątaj postulierte. Zwei Jahrhunderte vor der friedlichen Revolution des Jahres 1989.

Zu späteren Zeiten kehrten die Ideen der Maiverfassung von 1791 in verschiedenen wichtigen Momenten der polnischen Geschichte zurück. Das moderne, demokratische Grundgesetz des jungen, unabhängigen Polen nach über 100 Jahren der Besatzung und staatlicher Nichtexistenz – die sog. Märzverfassung von 1921 – schöpfte reichlich aus der Tradition der Verfassung vom 3. Mai. Sogar die politische Wende von 1989 setzte eine gesellschaftliche Vereinbarung – einen Sozialvertrag – voraus (er bestanden in der Rückgabe der Macht von den Kommunisten) und führte zu einer Erneuerung der staatlichen Strukturen Polens unter Beachtung von demokratischen und rechtsstaatlichen Regeln, vor allem der Grundidee der Gewaltenteilung (Legislative, Exekutive und Judikative).

Man sollte vielleicht überlegen, ob auf diesen und auch anderen ersten europäischen Versuchen der Etablierung demokratischer Gesellschaften nicht eventuell ein historischer Fluch lastete. Die polnische Maiverfassung

von 1791 hatte keine Chance bekommen, ihre Wirkung zu entfalten, und Polen verschwand für 120 Jahre von den Karten Europas. Die Weimarer Republik von 1919 wurde bald von den Nagelstiefeln der Nationalsozialisten zertrampelt. Auch das polnische Grundgesetz von 1921 war lediglich wenige Jahre bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in Kraft. Und die Entwicklung der westeuropäischen Demokratien nach 1945 verlief ein halbes Jahrhundert lang im Schatten des Kalten Krieges. Erst seit 1989 scheint es, als würden die demokratischen Prinzipien in Europa eine erste reale Chance auf ein dauerhaftes Bestehen bekommen.

Bei meinem heutigen Vortrag möchte ich aber nicht nur über die geschichtlichen Wurzeln der Demokratie sprechen. Die Rolle des Historikers ist nämlich erst dann sinnvoll, wenn er aus dem Geschehenen auch Schlussfolgerungen für die Gegenwart ziehen kann. Welche Parallelen ergeben sich also aus den früheren Erfahrungen mit der Demokratie für das vereinte Europa von heute? Welche nützlichen Erfahrungen kann meine Generation vermitteln? Ist die Fähigkeit zu Visionen, von der ich früher gesprochen habe, eine nicht mehr erforderliche Eigenschaft? Ist es noch notwendig, sich über die Demokratie Gedanken zu machen? Ich versuche einige persönliche Überlegungen mit Ihnen zu teilen, um aufzuzeigen, dass dieses höchste Gut nie vernachlässigt werden sollte.

Aus der Perspektive eines Polen, der sein bewusstes Leben in der jungen, zweiten Republik der Zwischenkriegszeit begann, den Zweiten Weltkrieg mit allen seinen tragischen und heldenhaften Kapiteln überlebte, der (u. a. von der Gefängniszelle aus) gleichzeitig mit der Einführung der neuen kommunistischen Machtordnung in den mittel- und osteuropäischen Staaten die Entstehung sowie den Fall der Volksrepublik Polen beobachtete und schließlich aktiv an der Wiedergeburt der eigenen wahrhaftig unabhängigen und rechtsstaatlichen Heimat beteiligt war, aus allen diesen Lebenserfahrungen resultieren folgende zusammengefasste Reflexionen.

Die Grundidee der demokratischen Gesellschaft liegt in ihrer gepflegten Vielfalt. Diese Vielfalt der Meinungen entscheidet letztendlich über ihre Stärke und Funktionalität. Damit ein auf demokratischer Grundlage verlaufender Entscheidungsprozess zum Erfolg führen kann, muss die ihm als Fundament dienende Konfrontation der Standpunkte auf eine für möglichst viele Beteiligte akzeptable Kompromisslösung ausgerichtet sein. Demokratie ist daher, um sich der Worte des früheren britischen Premierministers Clement Attlee aus seiner Ansprache im Jahre 1945 zu bedienen: „Machtausübung mittels Diskussion, die nur dann effektiv ist, wenn sich die Diskussionen besänftigen lassen.“ Das nicht wegzudenkende Element der demokratischen Idee ist daher der Verständigungswille. Anders ausgedrückt:

die Bereitschaft zum Dialog. Zum Dialog zwischen Vertretern unterschiedlicher, manchmal gegenseitiger Meinungen, Standpunkte, Sichtweisen. Das heutige Modell der westlichen Demokratie entspringt dem zivilisatorischen Boden, der von jahrhundertelangen kulturellen und sozialen Prozessen bereitet wurde. Es ist das Vermächtnis unseres historischen Erbes und stellt gegenwärtig die am weitesten fortgeschrittene Form der Organisation zwischenmenschlicher Beziehungen dar. Die historische Erfahrung lehrt jedoch, dass jede demokratische Gesellschaft – egal wie stabil sie scheinen mag – stets vor ganz konkreten Herausforderungen steht. Die möchte ich kurz aufzählen.

Die erste lässt sich als Herausforderung der Beteiligung formulieren. Der schweizerische Schriftsteller Max Frisch, der in seinen Werken alle Formen des Totalitarismus bekämpfte, hat für die Demokratie eine simple und aussagekräftige Definition gefunden. Sie bedeutet, nach seinen Worten, „sich in eigene Angelegenheiten einzumischen“. Von dieser Interpretation fühlen sich leider nicht immer die Bürger selbst angesprochen. Dabei scheint es sehr einfach zu begreifen: um Einfluss zu haben, ist Engagement notwendig! Der bedeutende polnische Publizist und Essayist Ryszard Kapuściński notierte einst in einem seiner Texte: „Meistens spricht man über die Vorteile der Demokratie, seltener über ihre Pflichten. Dabei legt die Demokratie, um überhaupt funktionieren zu können, allen enorme Pflichten auf, in erster Linie die Pflicht der Teilnahme. Doch die Praxis dieser Teilnahme ist selten dort vorhanden, wo entsprechende Tradition fehlt. Deshalb gibt es in der Welt so viele schwache Scheindemokratien.“

Die Probleme mit der Teilnahme am öffentlichen Leben sind am deutlichsten in solchen Schlüsselmomenten zu sehen wie z. B. allgemeinen Parlaments- oder Präsidentschaftswahlen. Die mangelnde Beteiligung oder gar das Desinteresse der Wähler wird zum Hintereingang für populistische Bewegungen, deren Wähler üblicherweise leichter zu mobilisieren sind. Manchmal wird damit sogar ein breiter Weg für Xenophobie und Intoleranz geöffnet. Auf der anderen Seite kann eine starke Präsenz extremer oder undemokratischer Kreise im öffentlichen Diskurs paradoxerweise – wenn rechtzeitig auf sie reagiert wird – einen Impuls für die Demokratie und für eine Gegenbewegung der Vernunft darstellen.

Das Wesen der Demokratie liegt also im Engagement. Die Teilnahme an der Politik des eigenen Landes gibt nicht bloß eine Chance, eigene Ziele durchzusetzen (oder diese zumindest zum Gegenstand der öffentlichen Debatte zu machen). Sie stärkt auch das Gefühl der Zugehörigkeit und der Identität. Das schlimmste Leiden der Demokratie ist dagegen die Passivität der Bürger. Sie hat ihre Quelle entweder in Gleichgültigkeit oder politischer

Ignoranz oder auch im mangelnden Glauben an den Sinn persönlicher Beteiligung. Nach der ersten enthusiastischen Anfangsphase der politischen Veränderungen nach 1989 wurde mit immer geringerer Wahlbeteiligung in vielen ehemaligen Ostblockländern eine Krise der neu erlangten Demokratie sichtbar. Die Ursache dafür war Unfähigkeit der Menschen in einer schwierigen materiellen Lage zu begreifen, dass sie Einfluss auf die Politik der eigenen Gemeinde oder der eigenen Stadt nehmen müssen, damit sich die Dinge zum Besseren wenden. Diesen politischen Zusammenhang, diese Ursache-Folge-Kette, verstanden die Menschen in ihrem Alltag nicht, sie waren ja seit Jahrzehnten daran gewöhnt, dass Entscheidungen für sie und ohne ihre Zustimmung, ja ohne jede Beteiligung getroffen wurden. Die Konsequenz war, dass die neugewählten Parlamente und Regierungen nur ein sehr schmales Fundament und keine ausreichende Legitimation hatten.

Vergessen wir dabei nicht, was Demokratie in erster Linie bedeutet: nämlich Selbstständigkeit. Der Mangel an dieser fundamentalen Fähigkeit war im Grunde – neben der Angst und dem Zwang – einer der Pfeiler der diktatorisch regierten Gesellschaften, wo immer eine breite Gruppe von Bürgern existierte, die bereit waren, auf das selbstständige Treffen von Entscheidungen zu verzichten. „Die glücklichen Sklaven sind die erbittertsten Feinde der Freiheit“, heißt es in den Aphorismen von Marie von Ebner-Eschenbach. Denn die Beseitigung von Beschränkungen macht es notwendig, über das eigene Leben selbst zu entscheiden. Ja, Demokratie und Freiheit können also durchaus anstrengend, sogar unbequem sein. Sie brauchen Visionen und manchmal Mut, die eigenen Ziele durchzusetzen.

Daraus ergibt sich die zweite Herausforderung für demokratische Systeme: Die Ausbildung einer bewussten bürgerlichen Gesellschaft. In einem meiner Texte, der gleich nach der Wende von 1989 publiziert wurde und in dem ich den weiteren Weg für die Mittel- und Osteuropäer zu prognostizieren versuchte, schrieb ich von dem menschlichen Faktor als dem allerwichtigsten Problem beim Aufbau demokratischer Gemeinwesen in allen von einer kommunistischen Diktatur befreiten Gesellschaften: „Die Freiheit mag man in einer Nacht erlangen, wenn die Mauern der Unfreiheit fallen. Aber um was für eine Freiheit handelt es sich dann: die Freiheit der freien Meinungsäußerung? Die Freiheit, fremde Leute zu verleumden und zu attackieren? Die Freiheit zu neofaschistischen, fremdenfeindlichen oder antisemitischen Auswüchsen? Oder die Freiheit, kluge politische Entscheidungen zu treffen? Letzteres erreichen wir sicher nicht von heute auf morgen. Das erfordert eine umfassende Erziehung der Menschen zu eigenständigem Denken und Handeln, ein schwieriges Unterfangen.“

Diese Herausforderung richtet sich natürlich auch an den Staat, der eine entsprechende Entfaltung des gesellschaftlichen Bürgerengagements sichern soll. Nicht durch übertriebene Bevormundung und Ingerenz, sondern durch möglichst weitgehenden Bewegungsraum für bürgerliche Eigeninitiativen. Ich denke hier an einen Staat, der nicht stört. Der den Bürgern möglichst weitgehend freie Hand lässt und unnötige Beschränkungen aus dem Weg räumt, oft anachronistische Überbleibsel der vergangenen Epochen, des mangelnden Vertrauens und der Angst totalitärer Eliten vor dem eigenen Volk. Denn Freiheit bedeutet Vertrauen.

Die nächste große Herausforderung für jede wahrlich demokratische Gesellschaft hängt mit dem Schutz der Minderheiten zusammen und mit der Entwicklung eines umfassenden Bewusstseins gemeinsamer Zugehörigkeit. Entgegen der gängigen Meinung basiert das demokratische System nicht bloß auf dem Willen der Mehrheit, sondern darauf, den Verpflichtungen gegenüber jenen nachzukommen, die – um es kolloquial auszudrücken – keine ausreichende Durchsetzungskraft haben, um ihre eigenen Interessen auf der öffentlichen Bühne durchzusetzen. Der weltbekannte polnische Philosoph aus Oxford, Leszek Kołakowski, drückte dies in seiner zwar drastischen, dennoch anschaulichen Formulierung aus: „Wenn 51 Prozent der Gesellschaft die übrigen 49 Prozent umbringen will, dann bin ich kein Demokrat.“ Ein ähnlicher Gedanke stand vermutlich hinter den Worten des amerikanischen Ökonomen Murray Rothbard: „Mord ist Mord und Aggression ist Aggression, egal wie viele Bürger eine solche Praxis zulassen und billigen. Am Begriff der Mehrheit gibt es nichts Heiliges. Auch der lynchende Mob ist doch in der Mehrheit ...“

Vergessen wir auch nicht, dass viele totalitäre Diktaturen, darunter die Nationalsozialisten in Deutschland, unter demokratischen Bedingungen zur Macht kommen konnten, weil die noch junge Demokratie unzureichenden Schutz vor den Irrwegen des Populismus und vor der Gefahr des blinden Hasses gegenüber gewissen Gruppen von Mitbürgern bot. „Auch unter den Auspizien der Demokratie lauert die Dummheit und lässt sich Hass mobilisieren“, pflegte Willy Brandt zu warnen. Die weitere Herausforderung für die Demokratie ist daher die Verantwortung und mit ihr die Rückbesinnung auf fundamentale Grundwerte der zwischenmenschlichen Beziehungen. Papst Johannes Paul II. erinnerte in seiner Enzyklika *Centesimus Annus* an Schlussfolgerungen aus den historischen Erfahrungen: „Eine Demokratie ohne Werte verwandelt sich, wie die Geschichte beweist, leicht in einen offenen oder hinterhältigen Totalitarismus.“ Europa hat hier gute Grundlagen: Denn bei seiner ganzen kulturellen, sprachlichen und nationalen Diversität hat es auch einen sehr deutlichen und klaren gemeinsamen Wertekatalog.

Die letzte Herausforderung für die moderne Demokratie ist in ihrem Wesen als Diskussionsplattform integriert. Es ist nämlich die teilweise schon angesprochene Fähigkeit zur Konfliktlösung durch öffentliche Thematisierung und konstruktiven Dialog. „Demokratie ist ein Instrument zur Lösung, Beseitigung oder manchmal auch Abschwächung von Konflikten ohne Gewaltanwendung“, sprach der schon zitierte Prof. Kołakowski. Konflikte und Spannungen existieren in jeder Gemeinschaft und können manchmal verheerende Folgen haben. Deshalb ist es laut Günter Grass unter demokratischen Bedingungen nicht zulässig, dass sie durch Vernachlässigung, Stillschweigen oder provisorische Maßnahmen toleriert werden. Eine Gesellschaft, die eigene Konflikte – auch historischer Natur – konserviert, hört auf, demokratisch zu sein.

Vor dem Hintergrund der heutigen Jubiläumsveranstaltung, bei der wir eigentlich die Demokratie feiern, möchte ich zusammenfassend unterstreichen, dass jede demokratische Gemeinschaft nur unter Bedingungen des Dialogs, der gegenseitigen Achtung und des Vertrauens funktionieren kann, bei gleichzeitigem Bewusstsein von den eigenen Pflichten wie Engagement und Suche nach Verständigungswegen. Erfolgreiche Demokratie erfordert Anstrengung und Engagement. Enden möchte ich deshalb mit den Worten des nicht mehr lebenden einstigen Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, eines ehemaligen AuschwitzHäftlings, den ich persönlich sehr geschätzt habe. Ich empfinde sie als sehr kluges Motto der heutigen Veranstaltung und der gesamten Vortragsreihe zur Demokratie und Verfassung: „Demokratie kann niemandem aufgezwungen werden. Sie ist auch kein Geschenk, das man ein für alle Mal besitzen kann. Sie muss tagtäglich erkämpft und verteidigt werden.“

Berlin, die Stadt meiner Erinnerungen¹

Erlauben Sie, dass ich als einer der Eröffnungsredner nicht die vielfältigen polnischen Spuren in Berlin aufzähle. Die Zeit ist zu knapp, und Sie werden ohnehin bald in den Ausstellungsräumlichkeiten ihren verschlungenen historischen Pfaden folgen können. Vielmehr ist es meine Absicht, auf die heutige Veranstaltung aus einer persönlichen Perspektive zu blicken, denn für mich – genauso wie für viele von Ihnen, nehme ich an – ist Berlin wesentlich mehr als nur des Ziel gelegentlicher Besuche. Es ist eine Stadt, mit der mich unzählige Erinnerungen und Freundschaften verbinden – das gebe ich, der ich eng mit meiner eigenen Heimatstadt Warschau verbunden bin, ohne Scheu zu.

Häufig wird behauptet, Städte und Orte würden eine eigene Seele haben. Und es stimmt tatsächlich; es sind jedoch die Menschen, die den Geist der Städte und Orte prägen. Es sind Menschen verschiedener Generationen, die im Jahresverlauf Straßenzüge und Häuser mit Leben erfüllen, alle edlen und guten, wie auch dunklen Eigenschaften und Charakterzüge inbegriffen. Berlin ist nicht anders. Seine Geschichte umfasst Kapitel, die an glänzende kulturelle und wissenschaftliche Entwicklung erinnern, an Freiheitswillen und Streben nach Demokratie. Aber auch solche, aus denen dem Betrachter Abgründe des Hasses entgegenschauen. Kapitel, auf die jeder stolz sein kann, und manche, die die Menschheit mit Scham erfüllen sollten.

Und in all diese Kapiteln sind zahlreiche polnische Schicksale verstrickt. Biografien von Menschen, die hier im Laufe von Jahrhunderten gelebt, gearbeitet, auch gelitten haben. Die zum Prunk und zur Entwicklung dieser Stadt beitrugen. Zu ihrem offenen, weltlichen Charakter. Darüber erzählt diese Ausstellung. Und was ich an ihrem Konzept sehr wichtig finde – vor allem vor dem Hintergrund der anderen gegenwärtigen historischen Diskurse, die in der Öffentlichkeit ausgetragen werden: Sie erzählt mit Nachdruck davon, was verbindet, nicht von dem, was trennt. Von Vorteil ist auch, dass sie dem Publikum eine sehr breite historische Perspektive

¹ Ansprache bei der Eröffnung der Ausstellung „Wir Berliner!“, Berlin, 19. März 2009. Der Text stammt aus dem Archiv von Władysław Bartoszewski.

eröffnet. Denn wir haben uns leider daran gewöhnt, nur die neuesten Seiten in der deutsch-polnischen Geschichte aufzuschlagen. Es ist erfrischend und manchmal überraschend, daran erinnert zu werden, dass diese Seiten zu einem reichen und weit in die Vergangenheit zurückreichenden Buch gehören. Und vielleicht hilft uns diese Ausstellung auch, uns selbst zu vergegenwärtigen, dass sie auch von uns erzählt. Wie ich glaube, ist nämlich ein Teil des Geistes vieler hier heute Anwesender – egal ob Deutscher oder Polen – in Berlin daheim. Um abschließend die Worte der schönen Ballade von Reinhard Mey zu paraphrasieren, tragen wir nämlich alle den Staub von Berliner Straßen auf unseren Schuhen mit uns herum.

Errungenschaften und Verpflichtungen¹

2009 ist ein besonderes Jahr. Ein Jahr von Gedenkveranstaltungen und runden Jubiläen. Vor zwanzig Jahren hat Europa eine Chance auf Freiheit und Selbstbestimmung erhalten und diese auch zum eigenen Vorteil wahrgenommen. Und vor fünf Jahren, die inzwischen wie eine halbe Ewigkeit scheinen, wurde mit der Erweiterung der Europäischen Union die aufgezogene Teilung des Kontinents offiziell aufgehoben. Diese Ereignisse haben Mühe, Anstrengung und Opferbereitschaft gekostet, aber selten ist es möglich, ohne Anstrengung, ohne Mühe und ohne Opferbereitschaft das Antlitz der Welt zum Besseren zu verändern. Und es scheint mir durchaus passend, über dieses veränderte, vereinte und zusammenwachsende Europa gerade im Magdeburger Dom zu sprechen, der ebenfalls in diesem Jahr das runde Jubiläum seines 800-jährigen Bestehens feiert. Eine riesige Zeitspanne, und doch eine, die symbolisch das Gemeinsame an der Europäischen Seele unterstreicht.

Genauso symbolisch ist für mich auch die Auszeichnung mit dem Kaiser-Otto-Preis: Ich sehe darin nämlich eine Krönung meiner Aufgabe, eines Auftrags, der mir aufgrund oder manchmal auch gerade trotz schmerzlicher Erlebnisse zum Lebensinhalt wurde.

Neulich, bei der Eröffnung einer Berliner Ausstellung, die sich zum Ziel gesetzt hat, an Schicksale der in der deutschen Hauptstadt seit Generationen anwesenden Polen und an die Spuren ihres kulturellen Beitrags zu erinnern, sprach ich von dem oft leider übersehenen Vorteil, das deutsch-polnische Verhältnis in einer breiteren zeitlichen Perspektive zu betrachten. Denn wir haben uns daran gewöhnt, nur die neuesten Seiten unserer gemeinsamen Geschichte aufzuschlagen. Es ist erfrischend und manchmal überraschend, darauf hingewiesen zu werden, dass diese Seiten zu einem reichen und weit in die Vergangenheit zurückreichenden Buch gehören.

Der Kaiser-Otto-Preis ist für mich genau aus dem gleichen Grund sehr bedeutend. Denn diese Ehrung erinnert an die jahrtausendlange Tradi-

¹ Dankesrede nach der Verleihung des Kaiser-Otto-Preises, Magdeburg, 7. Mai 2009. Der Text stammt aus dem Archiv von Władysław Bartoszewski.

tion der kulturellen oder einfach zwischenmenschlichen Verflechtungen an dieser Stelle Europas. Dass mein Name in einem solchen Kontext als Preisträger erscheint, neben den beiden früheren Laureaten, betrachte ich als große Ehre. Aus persönlicher und beruflicher Sicht. Darüber hinaus freut es mich, den Preis in der historischen Stadt Magdeburg in Empfang nehmen zu dürfen, wo die erwähnte reiche Tradition der Völkerverständigung stets auch in schwierigsten Zeiten präsent und lebendig war, in allen Epochen: von der Zeit des Namensgebers der Auszeichnung bis zu Wegbereitern der Aussöhnung nach dem Krieg wie dem in Polen sehr geschätzten Günter Särchen.

Mit dem Kaiser-Otto-Preis – heißt es in der Verleihungsbegründung – soll das persönliche Engagement des Laureaten für den europäischen Einigungsprozess gewürdigt werden, vor allem in Bezug auf die Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas. Damit bedeutet diese Auszeichnung in meinen Augen nicht nur die Anerkennung des bislang Erreichten, sondern zugleich trägt sie eine dringende Verpflichtung in sich. Nämlich jene, auch an die Menschen zu denken, die – genauso wie früher Polen – nun außerhalb dieses von uns mit Stolz betrachteten europäischen Neubaus bleiben. Ich denke hier nicht zuletzt an die Ukraine, an Weißrussland, Moldawien, Georgien, Aserbaidschan und Armenien, also an jene Länder, deren demokratische Entwicklung im Rahmen des von Polen und Schweden eingeleiteten Projektes der sog. „Östlichen Partnerschaft“ gefördert werden soll. Dieses Projekt ist übrigens das Hauptthema des gerade in Prag stattfindenden EU-Gipfels und gehört zu den größten Herausforderungen des gegenwärtigen Europas, denn seine künftige Stabilität hängt in großem Maße davon ab, inwieweit es gelingt, diese Region möglichst nah an die Zone der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu binden. Darin sehe ich eine weitere Lebensaufgabe, ganz im Sinne des Kaiser-Otto-Preises. Wenn nicht mehr für mich, dann für die nächsten Brückenbauer.

Demokratische Legitimation der Europäischen Union und gemeinsame Werte als Grundlage der EU-Reform¹

Wolfgang Schäuble machte unlängst in der *Stuttgarter Zeitung* (18. Februar 2009) eine Bemerkung, die – wie ich denke – als ein gutes Motto unserer heutigen Veranstaltung dienen könnte: „Freiheitliche Verfassungen leben ja nicht davon, dass der Staat alles regelt, sondern dass die von ihnen profitierenden Bürger und Institutionen selbst wissen, dass Freiheit auch eigene Verantwortung bedeutet.“ Über diese Verantwortung möchte ich in meinem Vortrag sprechen. Aber nicht nur über die Verantwortung der Demokraten, sondern – etwas umformulierend – über unsere Verantwortung gegenüber der Demokratie. Und gegenüber Europa.

Vor fast einem Jahr ist der engagierte Europäer und mein persönlicher Freund, Professor Bronisław Geremek, tragisch verunglückt. Im Kontext der anwachsenden Probleme, mit denen die Europäische Union konfrontiert wird, pflegte er zu sagen, dass die EU in gewissem Maße dem eigenen Erfolg zum Opfer zu fallen droht. Oder positiv ausgedrückt: Dass sie eine gewisse kritische Masse erreicht hat. Und tatsächlich war die bisherige Entwicklung der EU eine Erfolgsgeschichte, obwohl dies gelegentlich vergessen wird.

Es genügt allein, auf die Schaffung des effizient funktionierenden europäischen Binnenmarktes hinzuweisen, wodurch früher das wirtschaftliche Wachstum Westeuropas neuen Schwung erhalten hat und dank dessen gegenwärtig die neuen Mitgliedsstaaten enorme Entwicklungsmöglichkeiten gewinnen. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nimmt langsam – wenn auch mühevoll und nicht ohne Schwierigkeiten – Gestalt an, darunter eine wichtige Komponente: die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Ferner sollte ich hinweisen auf eine Reihe wichtiger Entscheidungen in Bezug auf den Raum der Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit und – was von besonders spürbarer Bedeutung für die Bürger der Union ist – auf die Erweiterung des Schengen-Raumes, wo die Grenzen im

¹ Ansprache anlässlich der Konferenz „Europa heißt Freiheit. Über die Verantwortung von Demokraten“, Berlin, 14. Mai 2009. Der Text stammt aus dem Archiv von Władysław Bartoszewski.

physischen Sinne abgeschafft wurden und die Menschen nahezu uneingeschränkte Bewegungsfreiheit erhalten haben.

Ein Zeichen der Erfolgsgeschichte der Europäischen Union ist schließlich auch das diesjährige fünfte Jubiläum der „großen“ Erweiterung. Es war bestimmt eine genauso mutige wie notwendige Entscheidung, die dazu geführt hat, dass in den Jahren 2004 und 2007 die Zahl der Mitgliedsstaaten von 15 auf 27 angewachsen ist. Das führte zur politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung der Demokratie und der Marktwirtschaft in Mittel- und Osteuropa, aber gab gleichzeitig neue Impulse für ein schnelleres wirtschaftliches Wachstum auch in den „alten“ Mitgliedsländern. Die „große“ Erweiterung von 2004 und die Nachfolgende in 2007 besiegelten die Epoche des politischen Wandels in der Region, die in den denkwürdigen Wendejahren 1989/90 begonnen hatte. Heute blickt die Union einer weiteren Erweiterung und der möglichen Aufnahme der Länder des Westbalkans, angefangen mit Kroatien, entgegen. Auch diesmal ist es eine Entscheidung von erstrangiger Bedeutung für die Stabilisierung der demokratischen Rechtsordnung in diesem – wie die Geschichte gezeigt hat sehr konfliktanfälligen – Winkel des Kontinentes.

Und dennoch, trotz all dieser erwähnten Erfolge steht die gegenwärtige Union ohne Zweifel vor einer tiefen und ernstzunehmenden Krise. Dabei geht es nicht bloß um die Niederlage des Verfassungsvertrages oder Probleme mit der Ratifizierung des sog. Lissabonner Vertrages. Sie sind nämlich eher symptomatische Erscheinungen der allgemeinen Lage der EU und deren Folgen. Es geht vielmehr um tiefer reichende Fragen. Sie betreffen die Gestalt des inneren Systems der Union, der ökonomischen Richtung der weiteren Entwicklung des Binnenmarktes, der künftigen Bedeutung der EU in den internationalen Beziehungen, der Fortsetzung der Erweiterungsstrategie und der Position einzelner Mitgliedsstaaten im Entscheidungsprozess der Union. Und ein umfassender, gemeinsamer Nenner in dieser Krise ist eine gewisse Ratlosigkeit der modernen Demokratien bei ihrer Auseinandersetzung mit den Herausforderungen der Globalisierung. Praktischen Ausdruck findet dies z. B. in den Vorwürfen, die Union werde von sog. „politischen Eliten“ manipuliert und diese Manipulierung bestehe darin, dass „europäische Bürokratie“ eine möglichst weitgehende Machtkonzentration anstrebe, und zwar auf Kosten der Souveränität der Mitgliedsstaaten und auf Kosten des durchschnittlichen Bürgers selbst. Unabhängig von der Einschätzung solcher Vorwürfe offenbaren sie ein deutliches Problem, das sich als Mangel an demokratischer Legitimation der EU definieren lässt.

Davon, wie den oben genannten Herausforderungen begegnet wird und die erwähnten Probleme gelöst werden, hängt ab, ob die künftige Europäische

Union zum wichtigen, ernstzunehmenden und glaubwürdigen Partner bei Entscheidungen von globaler Bedeutung wird. Auch davon, ob sie es schafft, effektiv für die Sicherheit der eigenen Mitgliedsländer zu sorgen. Ob sie die Erweiterung der Sphäre der Stabilität, Demokratie und Marktwirtschaft vorantreiben kann. Ob sie imstande sein wird, die Erweiterungsstrategie fortzusetzen. Ob sie die Konkurrenzfähigkeit der Mitgliedsstaaten steigern kann und damit auf die Herausforderungen der Globalisierung reagiert.

Es bleibt also erstens die Frage nach dem Wesen der gegenwärtigen Krise. Und zweitens die Frage nach den Lösungsmöglichkeiten. Wie erwähnt, die Niederlage des Verfassungsvertrages oder die Probleme im Zusammenhang mit dem Lissabonner Vertrag haben nicht viel zu tun mit der Natur der andauernden Krise selbst. Es ist nämlich – meiner Meinung nach – offensichtlich, dass die Ablehnung des Verfassungsvertrages im Jahr 2005 in Frankreich und in den Niederlanden aus völlig anderen Gründen geschah. Für die negative Einstellung gegenüber dem Lissabonner Vertrag im Verlauf des Referendums in Irland am 12 Juni 2008 war – laut Umfragen – zu 40 Prozent das fehlende Wissen über den Inhalt des Vertrages entscheidend, zu 20 Prozent die Angst um die irische Identität und zu 17 Prozent mangelndes Vertrauen in die eigenen Politiker. Kurz gesagt: Die Mehrheit jener, die in Irland den Vertrag abgelehnt haben, tat dies aus Gründen, die nicht bzw. nur indirekt verbunden waren mit der geplanten Reform der Europäischen Union. Und auch der Erweiterungsprozess hat nur bedingten und begrenzten Einfluss auf das Ausmaß der gegenwärtigen EU-Krise, obwohl er natürlich eine ernste institutionelle Herausforderung darstellt, wenn wir bedenken, dass die Zahl der Mitgliedsstaaten von ursprünglich 6 auf mittlerweile 27 angestiegen ist, mit der Perspektive von 30 in der näheren Zukunft.

Wie es scheint – das habe ich bereits kurz angedeutet –, zeigt sich das Wesen der Krise besonders in der Ratlosigkeit der EU und ihrer Mitglieder gegenüber den Globalisierungsherausforderungen und gegenüber den daraus resultierenden Problemen wie der Notwendigkeit einer weitergehenden Liberalisierung des Binnenmarktes, der Festigung der politischen Identität der EU, der Einführung neuer Managementmethoden in gemeinsamen Angelegenheiten, der neuen Definition von staatlicher Souveränität der Mitgliedsstaaten und den inneren strukturellen Veränderungen in den Mitgliedsländern selbst. Dazu kommen andere wichtige Fragen, die die Lage zusätzlich erschweren, wie z. B. der gesellschaftliche Alterungsprozess, Arbeitslosigkeit, Umweltschutz und – in letzter Zeit besonders aktuell – die Finanz- und Wirtschaftskrise.

Es ist nicht meine Aufgabe, und darüber hinaus übersteigt es sowohl meine Kompetenzen als auch das Thema der heutigen Konferenz, zu allen

diesen Punkten Stellung zu nehmen. Es wäre in der knappen Zeit wohl auch kaum möglich. Aber ich möchte mich auf jene Voraussetzungen konzentrieren, von denen die Bedingungen zur Überwindung der gegenwärtigen EU-Krise abhängen und die einen Erfolg in europäischer und globaler Perspektive ermöglichen sollten. An dieser Stelle möchte ich auf zwei, wie ich denke, stets aktuelle Thesen zurückgreifen, die ich bereits vor zehn Jahren formuliert habe, als ich – damals im Amt des polnischen Außenministers – über die künftigen Reformen der EU reflektierte. Ich stellte fest, dass über die neue Gestalt der EU vor allem auf zweierlei Weise entschieden werden kann: erstens durch eine klare Formulierung des gemeinsamen Wertekatalogs. Ohne Einstimmigkeit in diesem Punkt wird kein realer Fortschritt der Integration möglich sein. Zweites – und das ist im Kontext der heutigen Konferenz besonders hervorzuheben – durch Sicherung umfassender demokratischer Legitimation der EU-Strukturen. Aufrufe zur „Durchschaubarkeit“ und „Bürgernähe“ sind natürlich sinnvoll und wichtig, aber gegenwärtig reichen sie nicht mehr aus. Die künftige Union muss die Bedingungen einer modernen Demokratie erfüllen.

Meiner Ansicht nach waren dies damals Angelegenheiten von erstrangiger Bedeutung für die EU, und sie bleiben es bis heute. Andere Fragen sind ebenfalls wichtig, spielen aber eine zweitrangige Rolle. Man muss und man sollte auf allen fraglichen Gebieten nach Lösungen suchen. Solche Kompromisse waren bekanntlich sowohl im Verfassungsvertrag verankert wie auch neulich im Lissabonner Vertrag. Ihr gemeinsamer, sinn- und stabilitätsverleihender Nenner sind jedoch die gemeinsamen Werte, die im Rahmen einer gemeinsamen, demokratisch legitimierten Union realisiert werden.

Die nicht unkomplizierte Ratifizierungsprozedur des Lissabonner Vertrages nähert sich nun ihrem Ende. Dieser Vertrag – ähnlich wie der vorherige Verfassungsvertrag – mag kein Paradebeispiel einer idealen internationalen Legislatur sein. Das wäre auch wahrscheinlich im Fall eines Abkommens, welches von 27 Staaten verhandelt wurde und das Ergebnis eines schwierigen Kompromisses darstellt, kaum möglich. Für mich ist es jedoch am wichtigsten, inwieweit er den beiden bereits genannten Voraussetzungen entgegen kommt, die in meinen Augen zu den Bedingungen für den Erfolg der gesamten Union gehören. Mit Überzeugung möchte ich feststellen, dass der Vertrag von Lissabon (der sich am Kompromiss orientiert, welcher bereits im Verfassungsvertrag ausgearbeitet wurde) sowohl dem gemeinsamen Wertekatalog mehr Aussagekraft verleiht als auch die demokratische Legitimation der EU entscheidend stärken wird.

Wenn es um den Wertekatalog geht, muss man vor allem unterstreichen, dass der Lissabonner Vertrag in die Präambel des neuen Vertrages

über die Europäische Union einen Absatz einführt, der übrigens schon im Verfassungsvertrag vorhanden war und der an die polnische Verfassung anknüpft. Dieser Absatz, der den gemeinsamen Bezugspunkt für alle Europäer bilden soll, lautet: „Schöpfend aus dem kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe Europas, aus dem sich die unverletzlichen und unveräußerlichen Rechte des Menschen sowie Freiheit, Demokratie, Gleichheit Und Rechtsstaatlichkeit als universelle Werte entwickelt haben“.

Davon abgesehen, beinhaltet der Lissabonner Vertrag zwei fundamentale Entscheidungen von potenziell großem Einfluss auf den Schutz der Grundrechte: Er verleiht der Charta der Grundrechte einen rechtlichen Charakter; er schafft die juristische Grundlage und verpflichtet zugleich die EU zum Beitritt zur Europäischen Konvention für Menschenrechte.

Zugegeben: Diese beiden Vorschläge des Lissabonner Vertrages stellen die Union und ihre Mitgliedsstaaten vor eine Reihe rechtlicher und politischer Probleme. Einerseits führen sie – wie gesagt – zum verstärkten Grundrechtesschutz in der Union und dienen der Konsolidierung des europäischen Schutzsystems der Grundrechte (verankert in dem Mechanismus des Europarates). Auf der anderen Seite müssen jedoch zahlreiche Fragen in Hinsicht auf die Zusammenarbeit zwischen der EU und dem Europarat geklärt werden (ich meine hier in erster Linie die Beziehungen zwischen dem Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte). Es stellt sich auch die Frage nach dem Umfang der Gültigkeit und Anwendung der Charta der Grundrechte sowohl im Fall der Europäischen Institutionen als auch im Fall der inneren Angelegenheiten der einzelnen Mitgliedsstaaten.

Nichtsdestotrotz sind – wie ich schon erwähnte – die Vorschläge des Lissabonner Vertrages von fundamentaler Bedeutung, und man darf sich ihnen nicht entziehen. Auf ihrer Grundlage kann die EU einen eigenen, ausdrucksstarken Katalog von Grundrechten erhalten, der jedoch im Einklang mit dem Katalog der Europäischen Menschenrechtskonvention steht. Und der Beitritt der Europäischen Union zur Menschenrechtskonvention wird sich wiederum positiv auf die Stärkung der Rechte der EU-Bürger auswirken sowie auf das gesamteuropäische System des Menschenrechtsschutzes. Es ist also eine Richtung, die es sich mit allen Kräften zu unterstützen lohnt.

Der Vertrag von Lissabon beinhaltet auch eine ganze Reihe von Vorschlägen, die auf eine Festigung der demokratischen Legitimation der EU und der Demokratie überhaupt abzielen. Von all diesen Vorschlägen rückt – wie ich schätze – die gestärkte Rolle des Europäischen Parlaments in den Vordergrund, insbesondere die Teilnahme der nationalen Parlamente an den

Angelegenheiten der Gemeinschaft. Diesem zweiten Thema wird in den meisten Mitgliedsstaaten – darunter in Polen – zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Ich muss gestehen, dass ich mit gewisser Verwunderung beobachtet habe und immer noch beobachte, wie sich die Parlamentarier in manchen Ländern verbissen gegen den Vertrag wehren, der gerade ihnen und den nationalen Parlamenten eine besonders starke Position bei der Kontrolle der EU-Entscheidungen garantiert. Es geht dabei doch nicht bloß um den bekannten Mechanismus, der den nationalen Parlamenten erlaubt, die Beachtung des Subsidiaritätsgrundsatzes im Auge zu behalten. Vielmehr würden die nationalen Parlamente – nach dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages – die Möglichkeit bekommen, alle wichtigen Handlungen im Rahmen des gemeinsamen Raumes von Freiheit, Sicherheit und Gerechtigkeit zu überwachen (besonders die Arbeit von Europol und Eurojust). Sie bekommen auch Kontrollinstrumente bei grundlegenden Entscheidungen über die strukturellen Angelegenheiten der EU wie z. B. bei dem Übergang von der Einstimmigkeit im Rat zur Mehrheitsentscheidung oder von dem speziellen Entscheidungsverfahren zum ordentlichen Entscheidungsverfahren.

Selbstverständlich müssen die Mitgliedsstaaten und ihre nationalen Parlamente (sprich: die Parlamentarier), um diese Möglichkeiten des Lissabonner Vertrages zu nutzen, ihre eigene Effektivität steigern. Ich habe den Eindruck, dass dies der Grund sein könnte, der in meinem – und nicht nur meinem – Land manche Abgeordneten zur ablehnenden Haltung gegenüber dem Vertrag bewegt.

Unabhängig von der gestärkten Rolle der nationalen Parlamente beinhaltet der Lissabonner Vertrag eine Reihe anderer Anregungen mit positivem Einfluss auf die Demokratie in der EU. Bedenken wir in erster Linie jene Vorschläge, die sich auf die Stärkung der Position der Bürger beziehen oder auf eine Konkretisierung der Rolle der Staaten im Integrationsprozess. Seit dem Vertrag von Maastricht wird immer stärker die Stellung der Bürger betont. Angestrebt wird auf verschiedene Weise eine stärkere öffentliche Unterstützung für den Integrationsprozess. Man versucht, auch die Bürger direkt oder indirekt immer mehr in die Angelegenheiten des gemeinsamen Europas zu engagieren. Diese Bemühungen resultieren aus der Überzeugung, dass es nicht gelingt, die Europäische Union allein in Anlehnung an die Mitgliedsstaaten zu erreichen. Ihre Entwicklung muss auf den Bürgern basieren und von ihnen getragen werden. Der Vertrag von Lissabon stärkt somit die Position des Bürgers in der EU, seinen Einfluss und seine Rechte.

Bislang bleibt die Europäische Union eine internationale Organisation, und ihre einzigen Mitglieder sind die Staaten, was ihnen natürlich einen wichtigen Status im Rahmen der Organisation verleiht. Die Union

funktioniert nach dem Grundsatz, der besagt, dass ihr Macht von den Mitgliedsstaaten übertragen wird. Entscheidend ist also, dass den Mitgliedern eine entsprechende Teilnahme an den Entscheidungen der EU-Institutionen zugesichert wird. Der Lissabonner Vertrag garantiert die Gleichstellung der Staaten, was an sich kein Hindernis darstellt, den Mechanismus der Entscheidungsfindung um die qualifizierte Mehrheit zu erweitern. Unabhängig von den Kontroversen ist meiner Meinung nach der Grundsatz der sogenannten doppelten Mehrheit (in dem also die Zahl der Staaten und das demografische Potenzial der EU berücksichtigt werden) eine durchaus demokratische Lösung. Jedoch kann die Abstimmung nach der Regel der qualifizierten Mehrheit nur bei gleichzeitiger Beachtung der Minderheitenrechte als demokratisch gelten. In diesem Kontext entwickelte sich in der Rechtsprechung und Praxis der EU der Begriff der sog. „blockierenden Minderheit“. Der Vertrag von Lissabon bleibt bei diesem Konzept, entwickelt es sogar weiter und verstärkt es. Er hat positiven Einfluss auf die demokratische Legitimation der Union auch durch weitere Demokratisierung der strukturellen und prozeduralen Lösungen auf EU-Ebene. Zu erwähnen wäre beispielsweise in erster Linie das Streben nach einem möglichst repräsentativen Charakter solcher Funktionen wie dem Vorsitz des Europäischen Rates, dem Vorsitz der Kommission und dem Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die mit qualifizierter Mehrheit gewählt werden.

Die Demokratisierung der EU vollzieht sich auch bei der Weiterentwicklung der rechtlichen Prozeduren. Insbesondere hat man in Bezug auf die Ausarbeitung neuer Revisionsverträge beschlossen, dass in diesen Prozess ein Konvent einbezogen wird. Unter seinen Mitgliedern werden sich künftig Repräsentanten des Europäischen Parlaments, der nationalen Parlamente und der Regierungen der Mitgliedsstaaten befinden.

Wie schon angedeutet, die demokratische Legitimation der EU ist deshalb so bedeutend, weil die Mitgliedsstaaten weitgehende Kompetenzen an die Union übertragen haben und weil sie ihrerseits demokratischen Einfluss auf die Ausübung dieser Kompetenzen behalten müssen. Gleichzeitig ist auch ein stärkeres Engagement der Bürger selbst in die Entscheidungen der Gemeinschaft notwendig, denn ihre Funktionalität und ihr Sinn hängen weitgehend von dem öffentlichen Verständnis und von der Akzeptanz für die Integrationsidee ab. Der Erfolg der EU hängt damit zusammen, inwieweit sich die Bürger mit ihr identifizieren und emotional wie auch praktisch in die gemeinsamen Angelegenheiten involviert sind.

Der Vertrag von Lissabon macht einen Schritt in diese Richtung. Man muss sich dabei bewusst sein, dass die EU selbst kein Staat ist. Daher kön-

nen ihre demokratischen Mechanismen nicht direkt mit jenen korrespondieren, die wir aus der Definition der Demokratie als einer staatlichen Organisationsform kennen. Unsere Erwartungen hinsichtlich der demokratischen Legitimation der EU müssen immer ihren spezifischen Charakter berücksichtigen

Einige Reflexionen möchte ich abschließend auch der Lage in den „neuen“ Mitgliedsstaaten widmen, darunter in Polen. Zu den schon erwähnten Problemen kommen dort andere wichtige Themen aus der Zeit der Etablierung der Rechtsstaatlichkeit, der demokratischen Strukturen und der Parteisysteme nach 1989. Trotz solider rechtsstaatlicher, demokratischer und marktwirtschaftlicher Rahmen und trotz der Mitgliedschaft in internationalen Organisationen (der EU und der NATO), die diesen Rahmen zusätzlich verstärken, ist in diesen Ländern nach wie vor eine gefährliche Neigung zu populistischen Verlockungen vorhanden – die übrigens auch den „alten“ europäischen Demokratien nicht fremd ist. Und zu den Bereichen besonderer Anfälligkeit für populistische Politik gehört der Status des Individuums und die Garantie der Grundrechte. In manchen mittel- und osteuropäischen Staaten war und ist ein gewisses Syndrom des „neuen EU-Mitglieds“ sichtbar, d. h. nach Jahrelangen Anstrengungen und nach der Erlangung des strategischen Ziels der EU-Mitgliedschaft benehmen sich viele so, als würden sie weiter neben der Union existieren oder sogar in den europäischen Strukturen – zu denen sie gehören und die sie selbst mitgestalten – eine Gefahr für eigene Interessen sehen.

Diese Probleme kamen in verschiedenem Ausmaß in allen Staaten der Visegrád-Gruppe zum Vorschein. In Polen vor allem in den Jahren 2006–2007. Das Besondere an meinem Land war und bleibt jedoch, dass die EU-Mitgliedschaft stets eine starke öffentliche Befürwortung von bis zu 80 Prozent genießt. Auch das Verständnis für die notwendige EU-Reform ist vorhanden. Trotz der vielen Probleme auf innenpolitischer und europäischer Ebene sehe ich also Anlass für einen gemäßigten Optimismus. Vieles wird jedoch davon abhängen, ob der Lissabonner Vertrag in Kraft tritt. Es ist schade, dass in den Diskussionen, die man ihm widmet, so wenig über seine Rolle für die Stärkung der Demokratie gesprochen wird.

Optimismus bewahren. Polen und Deutschland in der Europäischen Union¹

2009 ist ein Jahr der Jahrestage. Über die Polen sagt man – nicht zu Unrecht –, dass sie Gefallen daran finden, die Jahrestage der Niederlagen und Tragödien feierlich zu begehen. An solchen fehlt es auch nicht im Jahr 2009. Am 1. September haben wir den siebzigsten Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges begangen. 1939 war ich siebzehn Jahre alt, ich habe gerade das Abitur gemacht. Dieses Jahrestages müssen Polen und Deutsche, Juden und Russen sowie andere Nationen gedenken. Er verbindet nämlich auf eine besonders brutale Art und Weise ihr Schicksal und ihre Geschichte.

Aber das Jahr 2009 bringt Polen doch vor allem auch fröhliche Jahrestage: den zwanzigsten Jahrestag des Runden Tisches, den zwanzigsten Jahrestag der seit Jahrzehnten ersten halbfreien Parlamentswahlen, der Wahl von einem hervorragenden Oppositionsvertreter – Tadeusz Mazowiecki – zum Premierminister. Das Jahr 2009 brachte den zehnten Jahrestag des Beitritts Polens zur NATO sowie die fünfjährige Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union. Der Beitritt von unserem Land zur Europäischen Union am 1. Mai 2004 gehört meines Erachtens zu den größten Errungenschaften von der unabhängigen Dritten Republik Polen. Die Mitgliedschaft Polens in der EU bestimmt seinen Platz auf dem europäischen Kontinent und in den transatlantischen Beziehungen für die kommenden Jahrzehnte. Dieses Ereignis muss natürlich im Zusammenhang mit der vor knapp zwanzig Jahren erreichten fundamentalen politischen Wende 1989/90 gesehen werden.

Es lohnt sich, daran zu erinnern, dass sich die Hauptausrichtungen der Politik des unabhängigen Polens, die von Premierminister Tadeusz Mazowiecki und von dem damaligen Außenminister Krzysztof Skubiszewski gestaltet wurde, auf drei Fragen konzentrierten: die Schaffung einer guten

¹ Rede anlässlich der deutsch-polnischen Konferenz „Fünf Jahre Mitgliedschaft Polens in der EU“ am 26. Mai 2009 in Warschau, veranstaltet von der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Koźmiński-Universität. Władysław Bartoszewski, „Optimismus bewahren. Polen und Deutschland in der Europäischen Union“, in: *Die Politische Meinung*, September 2009, S. 17–21. Übersetzung: Iwona Latwińska, Stephan Raabe.

Nachbarschaft; die Begründung einer soliden regionalen Politik in Mittel- und Osteuropa und die Wiederherstellung einer angemessenen Position für Polen unter den demokratischen Staaten, die sich an den Prinzipien der Marktwirtschaft orientieren. Diese letzte Zielsetzung beinhaltete eine möglichst schnelle Einbindung Polens in die Sicherheitsstrukturen der westlichen Welt und anschließend die Mitgliedschaft in der EU.

Es ist also zu betonen, dass der Assoziation mit der EU und der anschließenden Mitgliedschaft eine konkrete Orientierung der Entwicklung des polnischen Staates zugrunde lag, die auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Achtung von Menschenrechten und Privateigentum beruhen sollte. Darüber hinaus zielte diese Ausrichtung auf die feste Verankerung Polens unter denjenigen Staaten, die nach denselben Prinzipien handeln, also auf der Grundlage von gemeinsamen Werten.

Die Begründung einer soliden Politik in unserer Region erforderte vor allem eine Neugestaltung der Beziehungen zwischen Polen und seinen Nachbarn im Osten, Süden und im Westen. Dabei ist zu beachten, dass in allen diesen Richtungen Staatsgründungsprozesse vorstättengingen, darunter – im Westen – der schnell voranschreitende Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands. Von polnischer Seite wurde dieser Prozess stark unterstützt, und zwar bereits seit der Anfangsphase der „Solidarność“, denn in der deutsch-polnischen Zusammenarbeit, der Lösung der deutschen Frage, sah man einen wesentlichen Faktor zur Schaffung einer neuen europäischen Ordnung und zugleich eine wichtige Bedingung dafür, an der europäischen Integration teilzuhaben.

Wichtigster Partner Deutschland

Der Prozess der Wiedervereinigung Deutschlands, der parallel zur Anfangsphase der Systemtransformation Polens verlief, war somit für uns von wesentlicher Bedeutung: Deutschland wurde zu einem der wichtigsten Partner auf dem Weg Polens in die NATO und EU. Ohne Zweifel wurde seitens des demokratischen Polens und des vereinigten Deutschlands in den ersten Jahren viel getan, um eine „Interessengemeinschaft“ zu verwirklichen. Das „Problem der Grenze“ wurde ein für alle Mal gelöst – die vereinigte Bundesrepublik bestätigte, dass die deutsch-polnische Grenze im Sinne des Völkerrechts endgültig festgelegt ist. Es wurden Bestimmungen verabschiedet, um den Polen deutscher Herkunft und den polnischen Menschen in Deutschland den Status einer nationalen Minderheit beziehungsweise kul-

turelle Rechte zu gewährleisten; es wurden Grundlagen zur Entwicklung von guten Beziehungen in allen Bereichen geschaffen.

Noch wichtiger war jedoch der Weg zur Mitgliedschaft Polens im Sicherheitsbündnis, der NATO, und in der EU. Die Zeit bis zum EU-Beitritt am 1. Mai 2004 zeugte von großer Entschlossenheit in der Umsetzung dieses strategischen Zieles und vom politischen Konsens diesbezüglich in Polen. Sie zeugte auch davon, dass die Bundesrepublik damals zu Recht als einer der wichtigsten Verbündeten Polens bezeichnet wurde und das strategische Ziel trotz teilweise verschiedener Interessen zu erreichen half.

In den letzten Jahren gaben in Polen zunehmend diejenigen den Ton an, die auf eine besondere Art und Weise nationale Interessen definieren wollten und unter dieser Perspektive auch die „deutsch-polnische Interessengemeinschaft“ neu bewerteten, die – wie gesagt – den Ausgangspunkt für die Beziehungen zwischen dem unabhängigen Polen mit dem wiedervereinigten Deutschland darstellte und eine der zentralen Grundlagen der neuen Außenpolitik unseres Landes nach 1989 war. Im besten Fall dachte man, dass dieses noble Konzept der Interessengemeinschaft der Vergangenheit angehöre, und im schlimmsten Fall, dass es ein für die polnischen Interessen schädliches Konzept gewesen sei, weil es die polnischen Interessen vernachlässigt und stattdessen die deutschen Interessen bevorzugt habe. Andere urteilen hingegen, indem sie sich nach dem kühlen Kalkül der „Realpolitik“ richten, dass die deutsch-polnische Interessengemeinschaft derzeit durch eine „provinzielle Nachbarschaft mitten in Europa mit marginaler Bedeutung für den Rest des Kontinents“ charakterisiert wird.

Wider den Alltagspopulismus

Ich lehne solche Urteile ab und bin überzeugt, dass man von den *ad hoc* geäußerten Urteilen der sogenannten „Realpolitik“ und dem politischen Alltagspopulismus absehen sollte. Im Jahr 1989 wurden feste politische Paradigmen mit strategischer Bedeutung für den europäischen Kontinent formuliert und dabei auch die Hauptausrichtung der polnischen Politik und der deutsch-polnischen Beziehungen bestimmt. Ihr gemeinsamer Nenner bleibt das, worum man in Polen in den Jahrzehnten nach dem Krieg kämpfte: die Zugehörigkeit Polens zur Gemeinschaft der demokratischen Staaten, deren Wirtschaft sich auf das Privateigentum stützt und die eine gemeinsame Kultur sowie gemeinsame, in der christlichen Tradition wurzelnde Werte haben.

Hauptsäulen für Polen

Die Hauptsäulen dieser Politik sind zu einer festen Konstruktion für den polnischen Staat geworden. Von sehr grundsätzlicher Bedeutung ist dabei die Erlangung der Mitgliedschaft in der EU. Heutzutage relativiert man immer häufiger die Zugehörigkeit Polens zu dieser Gemeinschaft, indem man die Mitgliedschaft „kleinredet“. Das führt in die Irre, denn der Abschluss der Beitrittsverhandlungen war einer der wichtigsten Erfolge des unabhängigen Polens. Er bedeutete nicht nur eine feste Verankerung in der Organisation von demokratischen und modernen Staaten, sondern auch (oder vielleicht vor allem) die Überwindung der wirkmächtigen psychologischen Selbstbeschränkung der polnischen Gesellschaft in der Volksrepublik Polen nach 1945.

Es trifft nicht zu, dass Polen nach dem Beitritt zur EU die Orientierung verloren habe, das heißt, dass es nicht recht wisse, in welche Richtung es gehen und was es mit dem erlangten Beitritt tun solle. Ich bin vielmehr der Meinung, dass eine Debatte über die Formen der Beteiligung an den internationalen Beziehungen, darunter insbesondere an supranationalen Organisationen wie der EU, in jedem demokratischen Staat sinnvoll und heutzutage sogar notwendig ist. Unser Leitziel in diesen Debatten ist eindeutig: Im strategischen Interesse Polens liegt eine starke und handlungsfähige Union, denn nur solch eine EU kann das Solidaritätsprinzip gewährleisten; nur solch eine EU kann zum wichtigen Faktor in der kontinental-regionalen und globalen Entscheidungsfindung werden. Manche Politiker in Polen hatten vielleicht Probleme, dieses Ziel zu verstehen. Kein Problem damit hatte und hat die polnische Bevölkerung, die konsequent auf sehr hohem Niveau die Mitgliedschaft in der EU befürwortet und trotz verschiedener Mäander in den Ratifizierungsprozeduren die Verabschiedung des Verfassungsvertrages entschieden befürwortet und das möglichst schnelle Inkrafttreten des Lissabonner Vertrags bejaht

Eine feste Säule und bislang die einzige Sicherheitsgarantie für uns in der Welt war und ist die Nordatlantische Allianz. Dabei weiß ich auch die Bedeutung der bilateralen Beziehungen zu schätzen. Sie sind wichtig. Aber meine Generation hat Erfahrung mit verschiedenen Sicherheitsgarantien für unsere Souveränität. Derzeit sind wir Mitglied der in der Welt führenden Allianz, und eine wichtige Ergänzung dazu wird allmählich die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU: Sie stellt keine Konkurrenz, sondern eben eine Ergänzung dar. Diese Bedingungen zu entwerten ist unklug und sogar schädlich. Denn auch hier ist das Ziel eindeutig: Polen muss sich intensiv in den Ausbau der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU als einer wichtigen Ergänzung der NATO einbrin-

gen, so wie das bereits in der ersten Sicherheitsstrategie der EU vom Dezember 2003 definiert ist. Nur auf diese Weise kann man die euroatlantischen Beziehungen vollständig garantieren und zugleich die EU zu einem vollwertigen, strategischen, politischen Akteur auf der globalen Ebene ausbauen, damit die EU nicht, wie das einmal von Zbigniew Brzezinski bezeichnet wurde, „ein politischer Parasit“ bleibt, der an Entscheidungsprozessen teilnehmen möchte, ohne dabei viel an Handlungsmacht anbieten zu können. Polen kann nur in einem starken, das heißt in einem sicheren Europa sicher sein. Es gibt keinen anderen Weg!

Und schließlich die gute Nachbarschaft. Man könnte sagen, dass Polen jetzt eine gute Nachbarschaft hat beziehungsweise haben sollte. Die Wende von 1989/90 war diesbezüglich von grundsätzlicher Bedeutung: Der Status quo, insbesondere in territorialer Hinsicht, wurde bestätigt, und die Fragen des Schutzes von nationalen Minderheiten wurden prinzipiell geregelt. Es wurde jener „Pakt für Frieden und Stabilität“ verabschiedet, der zum Ausgangspunkt bei den Bemühungen um die Mitgliedschaft in der NATO und in der EU wurde. Dabei dürfen wir nicht vergessen, dass die Geschichte der Nachbarschaft in unserer Region voll von tragischen Ereignissen ist.

Mit der Erinnerung in die Zukunft

Der Blick in die Vergangenheit und die Identifikation von Rahmenbedingungen und Grundsatzentscheidungen allein reichen allerdings nicht aus. Ich möchte vor einer falschen Selbstzufriedenheit warnen, die zum Verlust einer nüchternen Bewertung führen würde. Die letzten zwanzig Jahre bestätigten, dass insbesondere Polen und Deutsche sich nicht die Sünde der Unterlassung leisten können und sich stets an die tragische Vergangenheit erinnern sollten, wenn sie ihre Beziehungen entwickeln und neue Herausforderungen annehmen. Dabei ist es besonders wichtig, dass gerade die deutsche Gesellschaft das historische Gedächtnis über die Vergangenheit kultiviert. In meiner Rede vom 28. April 1995 während der Sondersitzung von Bundestag und Bundesrat zum fünfzigsten Jahrestag des Kriegsendes stellte ich Folgendes fest: „Die historische Erinnerung und Reflexion müssen unsere Beziehungen begleiten. Sie sollten jedoch nicht die Hauptmotivation dafür darstellen, sondern den Weg für die gegenwärtigen und in die Zukunft gerichteten Motivationen bahnen.“ Mehr als zehn Jahre nach dieser Rede kann ich feststellen, dass die dort geäußerte Botschaft durchaus aktuell ist. Wenn wir an die Zukunft denken, dürfen wir nie die Vergangenheit vergessen.

Verschwindende Generation

Staunen Sie also bitte nicht, wenn von einem Menschen meiner Generation manchmal scharfe, vielleicht zu verbitterte Worte fallen. Meine Generation, die Zeitzeugen von Auschwitz, die Opfer von Vertreibungen, Umsiedlungen, die Teilnehmer von Aufständen und diejenigen, die die Brutalität des letzten Krieges erfahren haben – diese Menschen verlassen uns. Mein Freund Jan Nowak-Jeziorański ist nicht mehr unter uns; Mieczysław Pszon, Jan Karski, Szymon Wiesenthal, Irena Sendler, Bronisław Geremek sind auch nicht mehr unter uns ... Das waren Menschen, die großes Unglück und Verstöße gegen grundlegendste Menschenrechte erfahren haben. Gleichzeitig gehörten sie zu denjenigen, die als Erste die Hand zur Versöhnung ausgestreckt haben. Jetzt erscheint eine neue Generation von sogenannten *spin doctors*, die für nationale Interessen und das historische Gedächtnis zuständig sind und dabei vor allem mit der populistischen Unterstützung der Gesellschaft rechnen. Das ist eine andere Welt, in der die fundamentalen Werte auf der Strecke bleiben.

Wenn ich merke, dass das Lebenswerk dieser verschwindenden Generation in Frage gestellt wird, zur Beute von blinden Vasallen, Gedankenlosigkeit, Bitterkeit, Neid oder gar politischer Dummheit wird, äußere auch ich manchmal bittere Worte. Das, was für einen Teil von jungen Zuhörern in diesem Saal etwas Selbstverständliches ist – Demokratie, Menschenrechte, Reisefreiheit, die Freiheit, in jedem Teil der Welt zu studieren, Respekt für Menschen und andere Völker –, das war das Handlungsziel meiner Generation. Die Mitgliedschaft in der NATO und in der EU, gute Nachbarschaft und eine solide Verständigung zwischen den Polen und Deutschen, dies alles sollte unser Ziel verwirklichen.

Krzysztof Skubiszewski, Mitbegründer der Außenpolitik des unabhängigen Polens, wurde im Laufe der schwierigen Verhandlungen 1990 nach der Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen gefragt. Seine Antwort lautete: „Ich muss Optimist sein!“ In dieser Antwort steckte die entschiedene Überzeugung von dem Ziel und von der Strategie. Die Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union erlaubt es mir heute – fast zwanzig Jahre nach den Worten Skubiszewskis – mit voller Überzeugung zu sagen: Ich bin gelassen, wenn es um die Zukunft Polens geht, und ich bin gelassen, wenn es um die Zukunft der Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschen geht. Ich bin und bleibe Optimist.

Die unterschätzte Normalität¹

Der Richeza-Preis wird heute zum ersten Mal verliehen, für mich aber – was Sie vielleicht überraschen wird – ist es nicht die erste Preisverleihung, die mit der Person der Heiligen Richeza von Lothringen zusammenhängt. Am 7. Mai erhielt ich im Dom zu Magdeburg aus den Händen des Bürgermeisters Dr. Lutz Trümper den Kaiser-Otto-Preis 2009, benannt nach dem bekanntlich dort ruhenden Otto dem Großen, dem Urgroßvater mütterlicherseits – wenn ich die dynastischen Verflechtungen richtig enträtselt habe – der Patronin der heutigen Preisverleihung. Ich darf mir wohl scherzhaft die Bemerkung erlauben, dass ich damit fast schon zum Ehrenmitglied der ottonischen Familie geworden bin.

Beide Auszeichnungen ergänzen sich sehr gut, denn die erste – der Kaiser-Otto-Preis – unterstreicht vor allem die europäische Perspektive und die deutsch- polnischen Beziehungen als Teil des gesamteuropäischen Einigungsprozesses, während die zweite – der Richeza-Preis – in erster Linie ganz konkret an die reiche Tradition der Beziehungen unserer beiden Völker anknüpft. Und sie ist für mich ganz besonders wichtig, allein schon aufgrund des engeren unmittelbaren Bezugs zur Urgeschichte der Staatlichkeit meiner Heimat. Sie symbolisiert die Bedeutung der Idee des Dialogs und der Gemeinschaft. Solcher Gemeinschaftssinn war durchaus charakteristisch für die ersten Kapitel unserer gemeinsamen Geschichte. Seit der Annahme des Christentums durch den Polanen-Fürst Mieszko als Folge seiner Vermählung mit Dobrawa, der Prinzessin von Böhmen, begann in den früher hauptsächlich von Machtkämpfen gekennzeichneten Beziehungen mit dem ottonischen Reich eine gewisse – wenn auch nicht ganz konfliktfreie – Stabilität zu herrschen. Wie der bekannte deutsche Historiker Klaus Zernack in seinem Buch *Otto der Große und die slawischen Reiche* schreibt: „Aus der Konkurrenz um die Expansion in das Slawenland zwischen Elbe und Oder war Kooperation im Rahmen des erneuerten *Imperium Romanum* Ottos des Großen geworden.“

¹ Ansprache zur Verleihung des Richeza-Preises, Abtei Brauweiler, 4. September 2009. Der Text stammt aus dem Archiv von Władysław Bartoszewski.

Diese geschichtliche Periode wurde durch eine weitere symbolische Figur geprägt, nämlich die des heiligen Adalbert (Wojciech), der während seiner Mission im Land der Prußen (Pruzen) im Jahre 997 erschlagen und dessen Leichnam von dem polnischen Herzog Bolesław dem Tapferen zurück nach Gnesen überführt wurde, um dort bestattet zu werden (erst später, nach dem Polnisch-Böhmischen Krieg, fanden seine Überreste die letzte Ruhestätte im Prager Veits Dom). Der heilige Adalbert und sein Märtyrertod sind im Kontext der heutigen Veranstaltung natürlich wesentlich, denn er war zu Lebzeiten eng mit Kaiser Otto dem III. verbunden, dem Onkel unserer Richeza. Otto der III stand unter großem Einfluss des Märtyrers und brach bald nach dessen Ermordung von Rom nach Gnesen auf. Dort, im März des runden Jahres 1000, wurde von dem Jungen Kaiser und dem polnischen herrschen Bolesław ein politisch-militärisches Bündnis bestätigt – die sog. Gnesener Übereinkunft. Dieses Datum ist vor allem in der polnischen Geschichte markant, nicht zuletzt aus dem Grund, weil Bolesław der Tapfere durch Otto den III. mit königlichen Rechten versehen wurde, u. a. mit dem Recht zur selbstständigen Ernennung der Bischöfe. Die Erlaubnis zur Gründung der ersten Erzbischöflichen Metropole in Gnesen mit drei Bistümer in Krakau, Breslau und Kolberg bedeutete *de facto* die Anerkennung der politischen Unabhängigkeit des frühen polnischen Staates.

Bei dem Gnesener Treffen wurde auch die – tatsächlich erst dreizehn Jahre später vollzogenen – Heirat der jungen Richeza mit dem Sohn Bolesławs des Tapferen, Mieszko dem II., vereinbart. Ihr 18-jähriger Aufenthalt in Polen – darunter 6 Jahre als Königin nach dem Tod des mächtigen Schwiegervaters – sollte zur besonders ehrenvollen und zugleich besonders tragischen Etappe ihres Lebens werden. Als ihr Verdienst wird bis heute angesehen, dass trotz des Verfalls Polens infolge unglücklicher Intrigen und Machtkämpfe in ihrem Umfeld die Idee und das Bewusstsein der frisch geborenen Staatlichkeit so weit Wurzeln schlagen konnten, dass sie in den kommenden Jahrhunderten und in künftigen schmerzlichen Probezeiten nicht mehr zu beseitigen waren.

Als erfahrener Redner glaube ich unter Ihnen eine gewisse Verunsicherung zu spüren, denn wir sind noch in der Vorgeschichte der deutsch-polnischen Beziehungen und die schwierigsten Kapiteln liegen noch vor uns. Aber Sie brauchen sich nicht zu sorgen, ich möchte in meiner Dankesrede nicht mehr über die Vergangenheit sprechen. Auch nicht mehr über ihre dunkelsten Seiten, nicht über Schuld und Reue, über Vergebung und Versöhnung. Darüber wurde in den letzten Tagen anlässlich des 70. Jahrestages des Kriegsausbruchs ausreichend gesprochen. Wenn wir nun über die gemeinsame Zukunft nachdenken wollen, müssen wir über das gewohnte

Denken in diesen Kategorien längst hinausgehen. Die Begriffe der Vergebung und Versöhnung waren bahnbrechend, als der Grundstein unserer vorsichtigen Annäherung nach tragischen Kriegserfahrungen gelegt wurde. Auch während der Wendezeit spielten sie eine entscheidende Rolle bei der Errichtung geregelter Beziehungen zwischen dem von Kommunismus und sowjetischer Herrschaft befreiten Polen und der jungen, wiedervereinigten Bundesrepublik. Mittlerweile aber begegnen sich die jungen Europäer viel unbelasteter von der Vergangenheit als die Menschen früherer Generationen, von der meinen ganz zu schweigen. Sie leben bereits im gemeinsamen Europa und sind für die Zukunft bestens ausgerüstet.

Das bedeutet keineswegs, dass wir uns von der Vergangenheit distanzieren sollten. Im Gegenteil: Sie verleiht das Gefühl der Identität und der Zugehörigkeit – nicht zuletzt dank Symbolfiguren wie der heiligen Richeza oder wie dem heiligen Adalbert. Es ist die Erinnerung an die gemeinsame kulturelle Tradition – hier in der Abtei Brauweiler so gut zu spüren – und es ist andererseits das Gedenken an die Opfer der tragischen Geschichte, die der heutigen Partnerschaft einen besonderen Sinn verleiht. Sie bedeutet eine Verpflichtung zur Stärkung der Gemeinschaft und der guten Nachbarschaft im Rahmen des vereinten Europas.

Damit möchte ich einen besonderen Wert auf die Bedeutung der einfachen und alltäglichen Normalität in den Beziehungen der Deutschen und Polen legen. In ihr sehe ich den unscheinbaren und leider im Gewirr der großen patriotischen Gesten oft übersehenen Schlüssel, um über unsere gemeinsame Gegenwart und Zukunft zu sprechen. Diese Normalität ist eben das, was ich mir für die Polen und Deutschen am meisten wünsche. Wir sind auf Nachbarschaft angewiesen und haben im Laufe der gemeinsamen Geschichte verschiedene Modelle des Umgangs miteinander ausprobiert, manche davon sehr tragisch und schmerzvoll.

Eine gute und fruchtbare Nachbarschaft ist dabei keineswegs Konflikt- und Spannungsfrei. Aber wir haben seit zwanzig Jahren erstmals die Möglichkeit, die ernstzunehmenden Streitfragen öffentlich zu diskutieren, unsere Standpunkte vorzutragen und gemeinsam Lösungen auszuarbeiten. Darin sehe ich die größte Errungenschaft des gegenwärtigen deutsch-polnischen Nachbarschaftsverhältnisses.

Gerade in Nordrhein-Westfalen sind meine Worte von der Nachbarschaft keineswegs fehl am Platz. Kaum ein anderes Bundesland ist nämlich mit Polen durch so zahlreiche Verflechtungen und menschliche Schicksale verbunden. Viele meiner Landsleute kamen hierher noch vor dem Ersten Weltkrieg auf der Suche nach Beschäftigung. Weitere stießen in den Zwischenkriegsjahren dazu. Auch in der Zeit des Krieges wurden zahlreiche

polnische Zwangsarbeiter hierher gebracht. Und nach 1945 haben in nordrhein-westfälischen Ortschaften dann politische Emigranten und schlesische Spätaussiedler ihr Zuhause gefunden. Die Spuren all dieser Menschen sind nach wie vor sichtbar.

Geschichtsbücher sprechen meistens mit Vorliebe von Kriegen und Krisen. Vom Leid und Unglück. Wenn ich mir deshalb als Historiker ein Geschichtsbuch der Zukunft vorstellen sollte, dann wäre es mein Wunsch, dass das Kapitel über die deutsch-polnischen Beziehungen im 21. Jahrhundert lediglich eine Seite oder einen kurzen Aufsatz umfasst. Eine langweilige und kaum nennenswerte, bloß aus historischer Pflicht festgehaltene Aufnahme der normalen Nachbarschaftsverhältnisse im stabilen, sicheren und von Wohlstand geprägten Europa.

Und wenn ich mich vor jemandem fürchte, dann am meisten vor ewiggestrigen Politikern, die in dieses imaginäre Geschichtsbuch gern um jeden Preis als Hauptdarsteller eintreten würden, um es mit glorreichen Fakten anzureichern. Denn die einzigen und wahren Helden der Gegenwart und Zukunft sind und sollten jene meist anonymen Menschen sein, die unter den heutigen günstigen Bedingungen einfach ihre Lebensaufgaben zum eigenen und zum gemeinsamen Wohl erfüllen. Unter ihnen sehe ich die künftigen Preisträger des Richeza-Preises, den ich heute als erster Laureat aus den Händen von Herrn Ministerpräsident Dr. Rüttgers mit Stolz und Dankbarkeit annehmen darf.

Manchmal lohnt es sich, frech zu sein¹

Erlauben Sie, dass ich meine Laudatio mit der Erinnerung an eine andere Preisverleihung und einen anderen Preisträger beginne. Im Jahre 1998 ist nämlich anlässlich der Vergabe des Deutsch-Polnischen Preises ein Artikel in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* erschienen mit dem vielsagenden Titel „Leiser als Adenauer und de Gaulle, aber mindestens so mutig“. Diese Überschrift charakterisierte auf sehr zutreffende Weise den damaligen Laureaten Günter Särchen, einen verdienten Wegbereiter der deutsch-polnischen Aussöhnung, der im Rückblick auf seinen eigenen Lebensweg im Brief an Bischof Alfons Nossol schrieb: „Es waren von Gott beschützte wunderbare Jahrzehnte. *Wunderbar*, weil vieles, was wir taten, nur durch einen wunderbaren Eingriff möglich war. Lese ich heute in meinen Unterlagen, so erschrecke ich über meine damalige naive Gläubigkeit. Ich erschrecke über meinen Mut.“

An Günter Särchen erinnere ich deshalb, weil der von ihm eingeschlagene Pfad auch für die heutigen Träger des Dialog-Preises 2009 richtungweisend war. Die Aktivitäten der von ihm mitbegründeten Aktion Sühnezeichen oder sein „Polenseminar“, aus dem 1985 die Anna-Morawska-Gesellschaft hervorgegangen ist, waren prägend für viele Anhänger der demokratischen Bürgerbewegung innerhalb der DDR, die großen Wert auf inoffizielle Kontakte mit der polnischen Opposition legten. Dazu gehörten auch Ludwig Mehlhorn und Wolfgang Templin.

Ludwig Mehlhorn sprach selbst über dieses Verhältnis und über das Erbe Günter Särchens: „In der DDR hat Särchen absolut Pionierarbeit geleistet. Er hat das als seine Lebensaufgabe gesehen und ist dieser Aufgabe treu geblieben. Das nötigt mir hohen Respekt ab. Er hat dadurch Wege gebahnt für Leute aus der jüngeren Generation wie mich, aber auch für Hunderte wenn nicht Tausende andere. [...] Was ich später getan habe und was über seinen Ansatz hinausging [...] wäre nicht möglich, wenn er

¹ Laudatio auf die DIALOG-Preisträger Ludwig Mehlhorn und Wolfgang Templin, *Vermold*, 6. November 2009. Vgl.: Władysław Bartoszewski, „Es lohnt sich frech zu sein ...“. Laudatio auf die DIALOG-Preisträger Ludwig Mehlhorn und Wolfgang Templin“, in: *DIALOG. Deutsch-Polnisches Magazin* 10/2009–2010 (90), S. 8–12.

nicht die Erstkontakte gehabt hätte. Also das fußt alles auf der Saat, die er gesät hat. Insofern bin ich sein Kind.“

Auf der anderen Seite berichtete auch Wolfgang Templin unlängst in einem Interview für die polnische Ausgabe des Wochenblattes *Newsweek* über seine Vorbilder und nannte dabei unter anderem den im Juli verstorbenen polnischen Philosophen Leszek Kołakowski. Kołakowski wurde übrigens – und das ist in diesem Zusammenhang wohl kein Zufall – genauso wie Särchen im Jahre 1927 geboren, und auch wenn er seine Lebensaufgabe auf etwas andere Weise verwirklichte, so bestand das Ziel seiner Arbeit doch ebenfalls in dem Streben nach Überwindung des Hasses und Bewahrung der Menschenwürde, ein Engagement das u. a. 1977 in der Ehrung mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels Anerkennung fand. Kołakowski, ein junger Kommunist, der in seinen späteren Jahren wie kein anderer zur Entlarvung des Marxismus beigetragen hat und zum intellektuellen Leuchtturm der demokratischen Oppositionsbewegung – nicht nur in Polen – wurde, musste für Templin allein schon aufgrund von ähnlichen Erfahrungen bei der Abkehr von der naiven Ideenwelt zum Bezugspunkt auf der persönlichen Suche nach dem weiteren Lebensweg werden, einer Suche, bei der sich Kontakte mit freiheitlich und demokratisch gesinnten Kreisen in Polen als entscheidend erwiesen haben.

Prägend für Ludwig Mehlhorn war die schon erwähnte Mitwirkung im Rahmen von Aktion Sühnezeichen und der Evangelischen Studentengemeinde ab 1969 sowie seine Mitarbeit an unterschiedlichen Friedens- und Menschenrechtsinitiativen ab 1975, was ihm seitens des Staates Hausdurchsuchungen, Verhöre sowie Berufs- und ein langjähriges Auslandsreiseverbot einbrachte. Ausschlaggebend für die spätere Tätigkeit von Wolfgang Templin war vor allem ein Studienaufenthalt in Polen von 1976 bis 1977, in der Zeit also, als in meinem Land das Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) entstand und eine organisierte Widerstandsbewegung gegen die kommunistische Diktatur Fuß fasste. Diese Zeit gab ihm die Möglichkeit, seine Weltanschauung zu revidieren und erste Kontakte zur polnischen Opposition zu knüpfen, die er in den nachfolgenden Jahren u. a. bei der Mitwirkung an unabhängigen Friedensgruppen vertiefte. Wolfgang Templin erinnerte sich an diese Etappe seines Lebens in dem schon zitierten *Newsweek*-Interview: „Wenn ich auf mein Curriculum Vitae in der DDR zurückblicke, dann ist nicht der Anfang, sondern der spätere Weg bemerkenswert. Und Polen war hier eindeutig richtungweisend. Als ich in Polen ankam, war ich fast 30. Ohne Illusionen, hatte ich sehr kritische Einstellung zum Kommunismus, aber ich wusste damals noch nicht, wohin mich das führen wird.“

In den achtziger Jahren war Ludwig Mehlhorn Verfasser und Herausgeber illegaler Schriften. *Aufrisse* und *Spuren* sind nur wenige Beispiele. Darüber hinaus übersetzte er aus dem Polnischen und organisierte literarische Lesungen in Privatwohnungen. Wolfgang Templin trat 1983 aus der SED aus und wurde zwei Jahre später zum Mitbegründer der Oppositionsgruppe Initiative Frieden und Menschenrechte, deren Selbstverständnis Ludwig Mehlhorn in seinem Aufsatz „Der politische Umbruch in Ost- und Mitteleuropa und seine Bedeutung für die Bürgerbewegung in der DDR“ so beschreibt: „Es gilt die in Jalta beschlossene Teilung Europas zu überwinden. Wir unterstützen eine Politik, die der Blockauflösung und der Aufhebung dieser Teilung dient.“ Die Initiative Frieden und Menschenrechte zielte auf die Herausbildung einer kritischen Öffentlichkeit ab und deklarierte entschlossen: „Die etablierte Macht ist an solchen Veränderungen nicht interessiert. Die Garantie politischer Freiheitsrechte kann deshalb nicht von den Herrschenden erwartet werden, sondern muss gegen sie durchgesetzt werden.“

Die beiden Lebensläufe erwähne ich in einem Atemzug, weil sie charakteristisch für den Weg ostdeutscher Oppositioneller sind. Oppositionsbewegungen in Polen und der ehemaligen DDR sind im Grunde kaum miteinander zu vergleichen, sowohl weil der geringere öffentliche Widerstand gegen die kommunistische Obrigkeit in Ostdeutschland nicht der Skala der allgemein präsenten Ablehnung der Diktatur in Polen entsprach als auch aufgrund der unterschiedlichen Tradition und schließlich der unterschiedlichen politischen Lage beider Ostblockstaaten. In Polen verlief der Widerstand gegenüber der Staatsgewalt nach einem tief verwurzelten und von Generation zu Generation überlieferten Muster, denn der Staat war Jahrzehntlang mit dem Besatzer oder Okkupanten gleichgesetzt. Im Grunde befand sich also die polnische Gesellschaft vom Ende des 18. Jahrhunderts mit kurzer Atempause während der Zwischenkriegszeit in einem anhaltenden, permanenten Verteidigungszustand, was natürlich prägend für die Mentalität sein musste. Wie Professor Klaus Ziemer, Leiter des Deutschen Historischen Instituts in Warschau, bemerkte, erfreute sich der Ausdruck „Dissident“ in Polen keiner Popularität, weil die Oppositionellen eigentlich als die wahren Träger der nationalen Identität und Normen galten. Wolfgang Templin fasst diesen Unterschied in knappe Worte: „Ich glaube, die Polen waren einfach frecher. Hatten mehr Mut. Machten schneller den Mund auf.“

Von Frechheit und Mundaufmachen war in der DDR unterdessen kaum die Rede. Die ostdeutsche Gesellschaft wurde förmlich erzogen in der Tradition der paternalistischen Beziehung zwischen dem Staat und seinen Bürgern, die zwar historisch gesehen begrenzte Mitentscheidungs-

möglichkeiten hatten, dafür aber – seit Bismarcks Sozialreform – zumindest ein Minimum an sozialer Sicherheit genossen. In diesem Modell gab es – anders als in Polen – eine positive Einstellung gegenüber dem Staat. In Verbindung mit fehlenden demokratischen Erfahrungen (denn die kurzen Jahre der Weimarer Republik hinterließen wohl kaum denkwürdige Spuren in der Mentalität) begünstigte dies keineswegs einen Bedarf an bürgerlichem Engagement oder gar einer Opposition. Dazu kamen auch massive Repressalien der kommunistischen Sicherheitskräfte, die dafür sorgten, dass sich der Widerstandswille gegen die alleinrichtige SED-Politik in engen Grenzen hielt. Die DDR war nicht nur als Staat sondern vor allem als Gesellschaft von allen Ostblockländern am stärksten an der Sowjetunion orientiert und galt nicht ohne Grund als sozialistischer Musterschüler. Man spricht sogar von dem besonders bizarren Fall des „preußischen Kommunismus“, einer Verbindung, die vor allem in den Augen der Polen sehr ablehnend betrachtet wurde.

Missverstehen Sie bitte meine Äußerungen nicht als reine Kritik des Konformismus, der mangelnden Bereitschaft zu Engagement oder des fehlenden Selbstbestimmungswillens der ostdeutschen Gesellschaft, sondern fassen Sie meine Worte eher als Lob für diejenigen auf, die trotz akuter staatlicher Unterdrückung sowie dürftiger öffentlicher Unterstützung den Mut und den Willen fanden – die Worte von Wolfgang Templin paraphrasierend –, frech zu sein.

Wer von der Opposition in der DDR spricht, darf natürlich über einen Umstand nicht hinwegsehen, den es in keinem anderen Ostblockstaat gab, nämlich die Teilung Deutschlands und somit die Existenz der Bundesrepublik als einer Alternativwirklichkeit und eines Zufluchtsortes für die Gegner des SED-Regimes. Auch in meinem Land war selbstverständlich die politische Flucht in den Westen verbreitet, es existierten aktive Emigrationszentren, die der Opposition mit dringend benötigter Hilfe und Unterstützung dienten, ein zweites Polen mit anderem politischen System, das den Flüchtigen hätte Asyl bieten können, gab es dennoch nicht. Und man muss in diesem Zusammenhang bedenken, dass mehr als 3 Millionen DDR-Bürger tatsächlich in die Bundesrepublik ausreisten, ausgewiesen wurden oder unter lebensbedrohlichen Bedingungen geflüchtet sind. Oft gerade diejenigen, die am meisten Mut und Bereitschaft hatten, um nach Freiheit zu streben, Widerstand zu leisten oder potenzielle Oppositionsstrukturen zu organisieren. Den Gebliebenen – vor allem nach dem Mauerbau – blieb meist wenig Hoffnung. Das alles hat – laut Professor Ziemer – entschieden das Widerstandspotenzial geschwächt und übrigens auch innerhalb der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung zu Konflikten geführt.

Ein Wichtiger Unterschied zwischen der Opposition in Polen und der DDR bestand auch darin, dass die Kraft der polnischen Widerstandsbewegung auf dem Zusammenwirken von Intellektuellen und Arbeitern basierte, was ihr den notwendigen Massencharakter verlieh, den es in der DDR bis Herbst 1989 so nicht gab. „Die Erhebung der Ost-Berliner Arbeiter im Juni 1953 und ihr gewaltsames Ende zeigte die Aussichtslosigkeit, mit spontanen, von einem bloßen Freiheits- und Gerechtigkeitsstreben diktierten Aktionen die sowjetische Militärmacht besiegen zu können“, erklärt Ludwig Mehlhorn in seinem schon zitierten Aufsatz über die Bürgerbewegung in der DDR. Und weiter: „Im Gegenteil konsolidierte sich die Macht der SED. Der 17. Juni hinterließ bei der damals aktiven Generation ein Trauma, das bis in den Herbst 1989 nachwirkte.“ Unter den ostdeutschen Bedingungen war es also kaum mehr möglich, klassische Oppositionskreise zu aktivieren, nämlich Arbeiter, Studenten und Intellektuelle. Was blieb, waren im Grunde die kirchennahen Gruppen, obwohl auch dies nicht zu vergleichen ist mit der Rolle der katholischen Kirche Polens als geistiges Zentrum des Widerstandes, Asyl des halbfreien öffentlichen Lebens und zugleich als Hüter nationaler und freiheitlicher Werte. Die Evangelische Kirche in der DDR galt natürlich auch als Bezugspunkt für die ostdeutsche Bürgerrechtsbewegung und – wie am Beispiel der Tätigkeit von Günter Särchen angesprochen – als Initiator von Versöhnungsgesten und Kontakten mit Oppositionellen in Polen. Aber das alles fand statt vor dem Hintergrund der praktischen Durchsetzung der Regel „Kirche im Sozialismus“, die in vielen Fällen einer Anpassung an die Wirklichkeit, nicht ihrer Infragestellung diente.

Kontakte kirchennaher Gruppen und Gesellschaften in beiden Ländern erwiesen sich aber als wichtige Austauschplattform gegen das totalitäre System. Beziehungen zwischen der Aktion Sühnezeichen und ZNAK waren zwar nicht primär gegen die Diktatur gerichtet und zählten nicht zu den oppositionellen Aktivitäten schlechthin, haben aber wichtige Voraussetzungen geschaffen. Ludwig Mehlhorn, der an diesen Aktivitäten beteiligt war, spricht hier vor allem von authentischem Dialog in Abgrenzung zur vorherrschenden ideologischen Verlogenheit. Kräftige Impulse für die Bürgerbewegungen in der DDR gingen später von der Entstehung des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter und der Gesellschaft für wissenschaftliche Kurse in Polen und der Charta 77 in der Tschechoslowakei aus. Man setze viel daran, diese Kontakte auszubauen, obwohl der Aufbau der Oppositionsbewegung in der DDR durch massive Reiseverbote in andere Ostblockstaaten sehr behindert wurde. Wie Basil Kerski in seinem Beitrag von der *Rolle nichtstaatlicher Akteure in den deutsch-polnischen Beziehungen vor 1990* schreibt,

wurde die Entwicklung eines dichten Kontaktnetzes zwischen demokratischen Oppositionsgruppen durch die Schließung der deutsch-polnischen Grenze für den visafreien Verkehr im Oktober 1980 bis zum Mauerfall fast unmöglich gemacht. Mehlhorn und Templin wirkten dennoch weiter als Träger der polnischen Oppositionsidee in der DDR, auch wenn dieser Standpunkt der ostdeutschen Oppositionellen zu den tief verwurzelten und von der Parteiführung bewusst unterstützten antipolnischen Stereotypen des DDR-Durchschnittsbürgers im Widerspruch stand. Laut der *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989* (Bonn 1997) von Ehrhart Neubert waren ostdeutsche Bürgerrechtler wohl die einzige Gruppe, die sich mit der polnischen antikomunistischen Bewegung identifizierte und sich durch die Ereignisse im Nachbarland motivieren und inspirieren ließ, auch wenn bei dieser Inspiration manchmal Realismus die Oberhand gewann. So sprach Markus Meckel in seinem Text „Aufbrüche“ aus dem 1994 erschienenen Band *Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit* (Köln 1994): „Mit Bewunderung schauten wir nach Polen. Wir dachten mit Bestürzung, dass etwas Ähnliches mit Deutschland wohl nicht möglich wäre.“

Das Unmögliche wurde aber möglich. Und erst nach dem Mauerfall entstand erneut die ungehinderte Möglichkeit, die früheren Kontakte wieder aufzunehmen. Ludwig Mehlhorn initiierte sogar 1990 eine gemeinsame Erklärung polnischer und ostdeutscher Oppositioneller, die eine kritische Bilanz der bisherigen Beziehungen beider Länder zog und zu einem Neuaufbau der Beziehungen aufrief, unterschrieben u. a. von Wolfgang Templin.

Ich sprach schon davon, dass die heutigen Preisträger zum authentischen Dialog zwischen Polen und Deutschen beigetragen haben, und zwar in einer Zeit der offiziellen Verlogenheit, als hinter dem Schild lautstarker Freundschaftserklärungen alles seitens der Machthaber unternommen wurde, um den Antagonismus zu stärken. Die kommunistischen Regimeführer wussten es, mit nationalistischen Vorurteilen die eigenen Völker zu manipulieren. Diese politische Instrumentalisierung der Emotionen war im traumatischen deutsch-polnischen Verhältnis besonders leicht. Wolfgang Templin und Ludwig Mehlhorn haben trotzdem Kontakte zu Regimegegnern im Nachbarland aufgenommen und sie als Motivation zum eigenen Handeln verstanden. In diesem Zusammenhang ist die Anerkennung ihrer Tätigkeit durch die Verleihung des Dialog-Preises im Jubiläumsjahr 2009 eine längst fällige und verdiente Geste.

Erlauben Sie, dass ich abschließend kurz meine Worte wiederhole, die ich schon anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels im Jahre 1986 in der Frankfurter Pauluskirche äußerte: „Die Generation, der ich angehöre, hat mit eigenen Augen die Mauern und

Drahtverhaue gesehen, welche die Menschen trennten: die Mauern des Ghettos in Warschau und anderswo, die Mauer, die jahrelang durch Jerusalem lief, und die Mauer die bis heute Berlin teilt. Es scheint das Wichtigste zu sein, all das zu unterstützen, was die Menschen verbindet, und sich all dem zu widersetzen, was die Menschen gegen Ihren Willen trennt.“ Ludwig Mehlhorn erinnerte sich später an den Eindruck, den dieser Aufruf bei den ostdeutschen Oppositionellen hinterließ: „Hätte die DDR-Opposition Sätze formuliert, in denen die Berliner Mauer neben der des Warschauer Ghettos auftaucht, wäre dieser Kurs als abenteuerlich und Ausdruck reaktionären Bewusstseins gewertet worden – nicht etwa nur von SED und Staatssicherheit. Auch bei der kulturellen Elite, in den Kirchen und in der politischen Öffentlichkeit in beiden deutschen Staaten hätte sie sich verdächtig gemacht und Sympathien verspielt. Bartoszewski indessen konnte niemand unterstellen, die deutsche Schuld verharmlosen zu wollen.“

Wie sich also letztendlich herausgestellt hat: Manchmal lohnt es sich, frech zu sein ... Ich gratuliere Ihnen, vor allem drücke ich mit dieser Laudatio meinen Dank aus!

Ein Denkmal, das die Mauer zum Einsturz brachte¹

Bei zahlreichen Anlässen hatte ich bereits die Möglichkeit, Helmut Kohls Verdienste – mir als einem Polen liegen naturgemäß die Annäherung und Aussöhnung zwischen unseren Ländern und Völkern am meisten am Herzen – zu würdigen. Aber die heutige Preisverleihung gibt mir die Gelegenheit, über den geschätzten Laureaten in einem breiteren Kontext zu sprechen. Denn Helmut Kohl ist nicht „nur“ aus rein politischer Sicht als Hauptprotagonist der deutschen Vereinigung und würdiger Nachfolger des Adenauerschen Erbes bei der Gestaltung des europäischen Einigungsprozesses zu betrachten. Nein, all dies sehe ich generell als die Früchte einer konsequent durchgesetzten Vision, die er einst knapp mit den Worten formulierte: „Vom deutschen Boden muss in Zukunft immer Frieden ausgehen.“

Seine Lebensphilosophie blieb stets inspiriert und geprägt von einfachen, aber im Alltag Mühe abverlangenden christlichen Werten, die einen dazu bewegen, sich immer gegen die Versklavung, gegen Unterdrückung und gegen jede Vergewaltigung der fundamentalen Menschenrechte einzusetzen. Was bedeutet eigentlich der Einsatz für Menschenwürde? In meinen Augen heißt es, nach einer Welt zu streben, in der dem individuellen Geist und den Schöpfungskräften freie Entwicklungsmöglichkeiten garantiert sind und in der diese nicht von menschenverachtenden totalitären Ideologien gefährdet werden. In diesem Sinn ist die heutige Preisverleihung für Helmut Kohl wohl verdient, denn er hat dazu entschieden beigetragen, dass Millionen Europäer heute in einer Welt leben, in der sie ihr Schicksaal – aufs Gute oder aufs Schlechte – selbst in den Händen halten. In der ihre persönliche Würde nicht im Schatten autoritärer Macht zu bloßem Schein degradiert wird. Sich in diesem Sinne für Menschenwürde einzusetzen, heißt nicht selten unter den real existierenden Bedingungen gegen eine Mauer zu laufen. Helmut Kohl ist gegen eine solche Mauer gelaufen und hat durch

¹ Laudatio, gehalten anlässlich der Verleihung des Roland Berger Preises für Menschenwürde an Bundeskanzler a. D. Helmut Kohl, Berlin, 26. April 2010. Władysław Bartoszewski, „Laudatio“, in: Roland Berger Preis für Menschenwürde 2010. Impressionen/Dokumentation der Preisverleihung, Berlin 26. April 2010.

persönliches Engagement diese Mauer – im durchaus buchstäblichen Sinne – zum Einsturz gebracht. Er hat dem schmerzenden Riss am Körper des deutschen Volkes und in der deutschen Seele zur allmählichen Heilung verholfen und er hat die Tür zum vorher undenkbaaren Zusammenwachsen des scheinbar für ewig auseinandergerissenen Europas eröffnet.

Es stimmt zwar, dass der politische und soziale Umbruch der Jahre 1989/90 als Folge des aufgestauten und aufbrausenden Freiheitswillens der Mittel- und Osteuropäer ohnehin nicht mehr in Schranken zu halten gewesen wäre. Aber solche historische Augenblicke brauchen nicht nur den Willen der Massen, sondern auch die Vision der Einzelnen. Helmut Kohl gehörte zu diesen Visionären der europäischen Politik. Er war unter jenen, die die Zeit erkannt haben und die Gunst der Stunde zu nutzen wussten. Nicht für alle war diese Vision damals selbstverständlich. Helmut Kohl war jedoch ein Politiker, dem der „Wind der Geschichte“ Flügel verlieh; der es verstanden hat, dass sich für Deutschland eine Möglichkeit der Wiedervereinigung öffnete, und der einen Zusammenhang zwischen dieser Chance und der Wiedergeburt der Demokratie im früheren Ostblock sah.

Ich kenne Helmut Kohl privat und weiß, dass er ein Mensch des Handelns ist, der für sich keinen öffentlichen Ruhm und keinen Ehrenplatz auf dem Piedestal wünscht. Er sagte von sich selbst: „Ich bin kein Denkmal. Die stehen ziemlich einsam in der Gegend.“ Und doch schauen wir den Tatsachen ins Gesicht: Er ist zum Denkmal geworden. Für Deutschland ist sein Name ein Inbegriff der Freiheit in der Einheit und für die mitteleuropäischen Staaten – darunter für Polen – ein Symbol des neuen Verhältnisses mit der vereinten Bundesrepublik auf der Grundlage von Versöhnung und Interessengemeinschaft. Helmut Kohl verkörpert all das, was wir in der Politik am meisten benötigen, insbesondere zur Zeit der großen Herausforderungen: Klarheit der Visionen. Eindeutigkeit der Werte. Glaubwürdigkeit. Und Konsequenz in den Taten, von der er einmal sagte: „Der Wind des Zeitgeistes weht heute da und morgen da. Und wer sich danach richtet, der wird vom Winde verweht.“ Und abschließend, er ist gewissermaßen – was die heutige Preisverleihung lediglich formell, wenn auch auf bewegende Art bestätigt – ein Synonym für Treue gegenüber den Menschenrechten und der Menschenwürde.

Ja, Helmut Kohl ist und wird ein Denkmal bleiben. Aber einsam, lieber Freund, stehst Du gewiss nicht!

Das Tor ist offen¹

Aachener Zeitung: Herr Bartoszewski, wie steht es um die deutsch-polnischen Beziehungen wenige Tage vor der Karlspreis-Verleihung?

Władysław Bartoszewski: Wir sind seit 1999 in der Nato, seit 2004 in der Europäischen Union, wir arbeiten intensiv und ganz nahe zusammen, auch in anderen Organisationen, die Polen und die Deutschen. Das sind heute Normalitäten. Die Zusammenarbeit funktioniert sehr gut, weniger durch große Worte, sondern durch die Gemeinsamkeiten im Alltag; denn die Menschen an der deutsch-polnischen Grenze essen dasselbe, trinken dasselbe, haben ähnliche Bräuche, ähnliche Feiertage, ähnliche Lieder, normale Leute, keine Exoten!

A. Z.: Wie hoch ist in Polen die Akzeptanz der Europäischen Union?

W. B.: Sehr hoch. Die pro-europäischen Polen haben einen mächtigen Helfer gehabt – den Papst aus Polen. Er hat knapp vor der Entscheidung über den EU-Beitritt Polens bei seinen Sonntagspredigten und in den Mittwochsaudienzen stets einige Sätze über die Bedeutung der EU gesagt – auf Polnisch, und das wurde nach Polen gesendet. Millionen Polen haben gehört, was unser Papst dazu meinte.

A. Z.: Und diese Stimmung herrscht heute auch noch?

W. B.: Ja. Noch viel stärker; denn wir haben viele junge Leute, wir sind ein relativ junges Volk. Und die Jungen bewegen sich auch gerne in Europa, auch auf dem Arbeitsmarkt, zum Beispiel in Großbritannien. Einige Hunderttausend Polen leben in Irland, beide Nationen sind trinkfest! Im Ernst: Es gibt keine psychologischen Probleme. Und für die Engländer sind Polen die idealen Einwohner: fleißig, katholisch, aus Europa. Die Bewegungsfreiheit, die Offenheit Europas, die überall mögliche Anwesenheit, immer besser ausgebildete polnische Fachleute, die gerne gesehen sind.

A. Z.: Manche Polen werfen Donald Tusk vor, er stehe den Deutschen zu nahe.

W. B.: Tusk ist Kaschube und kommt aus der kaschubischen Gruppe, die im Grunde genommen polnisch, deutsch und kaschubisch gesprochen hat. Und

¹ Interview mit Władysław Bartoszewski von Bernd Mathieu, *Aachener Zeitung*, 30. April 2010.

in der Familie hat man deutsche und polnische Lieder gesungen, getrunken, geweint, getanzt, einfache Leute im Korridor und in Danzig. Eine Besonderheit, die aus der Geschichte kommt. Was kann Tusk dafür? Der Großvater wurde in der Nacht vom 1. auf den 2. September 1939 verhaftet und ins KZ Stutthoff auf dem Gelände der Freien Stadt Danzig gebracht. Er wurde als Häftling, ohne es zu wissen, deutscher Bürger, weil Danzig nach dem 1. September plötzlich deutsch war! Und er wurde in die Wehrmacht einberufen, ist aber bei der ersten Möglichkeit geflüchtet und hat in der polnischen Armee gekämpft. Wer hat denn mehr gelitten als diese Leute?

A. Z.: Lassen Sie uns über Stationen deutscher und polnischer Geschichte in der Neuzeit reden. Im Dezember 1970 war der berühmte ...

W. B.: ... Kniefall.

A. Z.: ... von Willy Brandt am Mahnmal des Warschauer Ghettos. Wie haben Sie das damals empfunden?

W. B.: Ich war in Warschau und stand unter großem Druck der polnischen Stasi. Jeden Tag ab acht Uhr wurde ich mehrere Stunden verhört. Deswegen war ich nicht selber Zeuge. Ich habe davon im Hörfunk erfahren. Brandt habe ich persönlich etwas später kennengelernt und hatte einige vertrauliche Gespräche mit ihm. Die polnische Bevölkerung hat das nicht so verstanden, wie Brandt es verstanden oder gemeint hat. Man sagte: Zu recht ist er auf die Knie gefallen vor dem Denkmal der ermordeten Juden. Aber man hat schon gefragt: Warum hat er keine Blumen am Grab des unbekanntes Soldaten niedergelegt? Irgendwie war die ganze Angelegenheit verpfuscht: Das war am 7. Dezember, und schon am 14. Dezember gab es bereits erste Zeichen des aktiven Widerstandes der Arbeiterschaft in Danzig. Nur innerhalb weniger Tage wurde die Regierung gestürzt und ersetzt. Die inneren Probleme bestimmten den Alltag, nicht Brandts Kniefall. Einfach ein Zufall der Geschichte.

A. Z.: Es gab bereits vor 1970 erste deutsch-polnische Annäherungen, noch nicht-staatliche.

W. B.: Schon in den sechziger Jahren hatte sich zwischen Deutschen und Polen viel entwickelt: die katholischen und protestantischen Kontakte, der Bensberger Kreis mit dem jungen Theologen Ratzinger, Memorandum der Evangelischen Kirche Deutschlands, der Brief der polnischen Bischöfe 1965. Das alles waren Steine in dem Mosaik, Beispiele des guten Willens. Auf diese Weise ist die öffentliche Meinung stark beeinflusst worden.

A. Z.: Wann geschah der entscheidende Umbruch in der polnischen Gesellschaft?

W. B.: Bei der Formierung der politischen Opposition in der siebziger Jahren hat die gar nicht vorhandene, virtuelle deutsche Bedrohung durchaus noch eine Rolle gespielt. Aber es gab schon viele, für die klar war, dass wir über die Zukunft nur gemeinsam nachdenken sollten. Ohne freies Polen, auch das war allen klar, würde es kein wiedervereinigtes Deutschland geben. Und ohne wiedervereinigtes Deutschland hatten wir russische Garnisonen bis zur Elbe. Auch das war Kalkül. Anders als in der DDR war die Mehrheit der polnischen Professoren nicht Parteimitglied, nur 15 Prozent waren in der Partei, 85 nicht! Die Kirche hatte einen großen Einfluss, und im Oktober 1978 wurde Wojtyła zum Papst gewählt.

A. Z.: Das wichtigste Datum?

W. B.: Schauen Sie: 1978 der polnische Papst, 1980 „Solidarność“. Bei seiner Deutschlandreise hat er am 25. September 1978 in der Münchener Liebfrauenkirche deutsch gepredigt – als Gast des damaligen Erzbischofs Ratzinger. Dann ist er nach Krakau zurückgekehrt, praktisch sofort nach Rom geflogen, dort wurde er zum Papst gewählt. Seine letzte öffentliche Äußerung im Ausland war in München. Das hängt alles zusammen, und das hat alles eine Rolle gespielt: Da haben sich in der Kirche die unterschiedlichsten Leute versammelt, Ungläubige inklusive. Das war schon etwas Einmaliges im Ostblock. Und Entscheidendes, ja!

A. Z.: Es folgte die Gründung von „Solidarność“.

W. B.: Ja, im August 1980 wurde „Solidarność“ gegründet, nach anderthalb Jahren hatten wir jedoch bereits Kriegsrecht. Ungefähr 15 000 Leute wurden in einer Woche verhaftet. Da haben wir Zeichen großer Solidarität der bundesdeutschen Gesellschaft gespürt, eine wesentlich größere Solidarität der Deutschen als der Franzosen oder der Engländer oder der Amerikaner.

A. Z.: Hat Sie das überrascht?

W. B.: Für Leute wie mich mit vielen deutschen Freunden und Bekannten war das keine revolutionäre Erscheinung. Ich hatte über viele Jahre sehr enge Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland, vor allem zu kirchlichen Kreisen, etwa zur Aktion Sühnezeichen, aber auch zu anderen. Für mich ist das alles eine Kette von Ursachen und Folgen.

A. Z.: 1978 Papstwahl, 1980 „Solidarność“.

W. B.: 1979 der erste Papstbesuch in Polen!

A. Z.: Waren die Wahl eines Polen zum Papst und die Gewerkschaftsbewegung die wichtigsten Initiativen auf dem Weg zum Fall des Eisernen Vorhangs und zu einem neuen Europa?

W. B.: Ja, ja. Dasselbe behauptet Helmut Kohl! Bei seinem Besuch in Berlin hat der Papst zu Kohl am Brandenburger Tor gesagt: „Herr Bundeskanzler, ich stehe hier unter dem Brandenburger Tor. Dieses Tor ist offen, Deutschland ist wiedervereint, und mein Land ist frei.“ Kohl hat in diesem kurzen Gespräch in seiner direkten Antwort die Ereignisse in Polen und die deutsche Wiedervereinigung eng miteinander verbunden.

A. Z.: Lech Wałęsa hat im vergangenen Jahr in Berlin gesagt, nicht Michail Gorbatschow, sondern „Solidarność“ sei allein entscheidend gewesen.

W. B.: Er übertreibt wohl.

A. Z.: 1986 haben Sie in ihrem Buch *Herbst der Hoffnungen*. *Es lohnt sich anständig zu sein* geschrieben: In meinen Träumen sehen die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen so aus, dass, wenn man in Deutschland Pole sagt, dies nichts anderes bedeutet, als wenn man irgendwo sagt: Schau mal, ein Holländer, ein Schwede, ein Engländer, ein Franzose. Haben wir das schon geschafft?

W. B.: Damals war Deutschland nicht wiedervereint, niemand diskutierte darüber, damals war kein Gorbatschow da. Er erschien auf der politischen Bühne, als die ersten Exemplare dieses Buches schon verkauft waren. Ja: Wir haben das geschafft.

A. Z.: Wie haben Sie über den frühen Gorbatschow gedacht, was haben Sie von ihm erwartet?

W. B.: Ich habe relativ früh erkannt, dass Gorbatschow die Sowjetunion reformieren wollte. Er wusste, dass mit den bis dahin üblichen Methoden der Unterdrückung von Ländern wie Polen oder Ungarn nichts mehr gehen würde. Mehr Freiraum schaffen, Kompromisse finden, das hat er gewollt. Ich selber war weit entfernt vom Enthusiasmus der Massen in Deutschland 1987 und 1988. Ich habe damals gesagt: Es kann sein, dass er guten Willens ist, aber er ist auch nicht frei, und seine Vorstellungen und unsere Vorstellungen über die Demokratie und über die Freiheit, über den Rechtsstaat sind nicht identisch. Seine Frau Raissa, eine bedeutende, eine tüchtige Frau, hat eine große Rolle gespielt. Sie war Professorin für Marxismus-Leninismus. Er war kein Intellektueller, sie war es! 1988, als ich erfuhr, dass es bald Runde Tische geben würde, da habe ich schon Hoffnung gehabt, aber ich habe immer gedacht, es gibt keine Veränderungen in Polen ohne Veränderungen in der DDR, also Lockerungen, nicht Wiedervereinigung, eine sozialistische, keine kommunistische Republik, natürlich ohne Honecker. Im Vergleich mit Ungarn, mit uns, war das in der DDR damals noch sehr wackelig mit dem Potenzial an Veränderungen.

A. Z.: Haben Sie geglaubt, dass Gorbatschow letztlich so weit gehen würde und könnte?

W. B.: Ich habe nicht direkt mit ihm sprechen können, ich war nur ein Professor, politisch gar nichts. Ich glaube, Gorbatschow selber hat nicht gewusst, wie weit er gehen wird. Die deutsche Wiedervereinigung mit Nato-Zugehörigkeit war sicher nicht geplant. Dazu muss ich sagen: Ich halte Helmut Kohl nicht für ein Genie, aber er hat die Gunst der Stunde fast genial genutzt. Ich habe mehrere Jahre mit ihm und unseren Frauen Ferien in St. Gilgen am Wolfgangsee gemacht. Wir haben Ausflüge unternommen, Spaziergänge, haben lange miteinander gesprochen. Ich habe die Regeln des politischen Spiels von Kohl kennengelernt und geschätzt! Die Hartnäckigkeit von Kohl hat mir imponiert.

A. Z.: Was zeichnet den designierten Karlspreisträger Tusk aus?

W. B.: Er wird in Aachen nach dem Papst und nach Geremek als dritter Pole geehrt. Geremek und Tusk waren in derselben Partei, meistens zerstritten, aber doch in derselben Partei. Sie haben ähnliche programmatische Vorstellungen, jedoch sehr differenziert. Geremek war intellektuell, kein Arbeiterjunge wie Tusk, andere Biografie. Tusk hat sich enorm entwickelt. Tusk ist gewachsen, ich freue mich sehr darüber. Er ist ein anderer Mensch als noch vor einigen Jahren. Er ist ein liberal-konservativer, sicherlich nicht CDU-ähnlicher Politiker. Er passt eher zu einem Politiker wie früher Genscher.

Die Summe der Errungenschaften vieler Menschen¹

Zusammen mit meinen sehr herzlichen Dankesworten möchte ich Ihnen ehrlich gestehen, dass ich bei Preisverleihungen wie der heutigen, wo ich selbst die Ehre habe, als Preisträger auf dem Podium zu stehen, mir manchmal innerlich die Frage stelle, ob es nicht doch zu viel Würdigung für einen einzelnen Menschen ist. Ob einer das Recht auf Preise und Ehrungen hat, wenn es sich doch in Wirklichkeit um Früchte nicht bloß eines individuellen Lebens handelt, sondern um die Summe der Leistungen vieler, die ihrerseits ebenfalls zumindest einen Bruchteil solcher Auszeichnungen wie dem „Polonicus“ verdienen.

Die Welt ist nämlich so paradox aufgebaut, dass kleine Gesten der Politiker zu großen Schritten werden, aber erst mehrere kleine Schritte einzelner Menschen diesen politischen Gesten eigentlichen Sinn und wahren Inhalt verleihen. Denn im Grunde sind Beziehungen zwischen Völkern und Staaten unter demokratischen Bedingungen nie ausschließlich dem guten Willen (oder dessen Mangel) der aktuellen Verantwortungsträger ausgesetzt. Aber auch totalitäre Regimes – wie die neueste Geschichte bestens beweist – können ihre Mauern nicht auf Dauer verteidigen und Animositäten schüren. Nicht durch das Verbreiten von Angst, nicht mit Gewalt. Wenn nur die Menschen, vom Gefühl gemeinsamer Zugehörigkeit geleitet, entschlossen genug sind, diese zum Sturz zu bringen.

Vor wenigen Tagen, am 26. April, hielt ich aus ähnlichem Anlass die Laudatio bei der Verleihung des Roland Berger Preises für Menschenwürde, verliehen für den Beitrag zur Einigung Europas – an meinen persönlichen Freund, den Altbundeskanzler Helmut Kohl. Ich sprach dort darüber, dass historische Momente gewisse Hauptprotagonisten brauchen, also Personen, die über ausreichend Visionskraft und Mut verfügen, um den Willen vieler zu konkretisieren. Sozusagen um den ersten Funken zu geben, der die Leidenschaft der Massen entflammen lässt. Gleichzeitig aber wäre jeder kühnste Visionär und jeder mutigste Held kraftlos und einsam ohne das

¹ Dankesrede anlässlich der Verleihung des Polonicus-Preises, verliehen vom Polnischen Kongress in Deutschland, Aachen, 1. Mai 2010. Der Text stammt aus dem Archiv von Władysław Bartoszewski.

persönliche Engagement der vielen, ohne ihre Beharrlichkeit, ohne den sprichwörtlichen Tropfen, der tausendfach den Stein höhlt.

Es gibt Menschen, die aufgrund ihrer Verdienste Denkmälern gleichen. Ich selbst habe zu viel Distanz zu meinem Leben, um vor Ihnen als ein solcher Hauptprotagonist des deutsch-polnischen Dialoges stehen zu wollen. Denn meine persönliche Rolle sehe ich anders und habe darüber auch ein bisschen schon gestern während des Vortrags über den Anstand vor den Schülern des Aachener Geschwister-Scholl-Gymnasiums gesprochen. Meine Lebenstätigkeit bezeichnete ich als geprägt von leidenschaftlicher Hingabe an das, was mir immer wichtig schien, verbunden mit starkem Mitverantwortungsgefühl und einem tiefen christlichen Grundverständnis und Moralsystem. Und was schien und scheint mir wichtig? Zum einen, niemals aufzuhören vor der schlummernden Unmenschlichkeit im Menschen zu warnen. Die Erfahrungen meiner Jugendjahre haben mich dazu veranlasst, alles konsequent zu unternehmen, um die Erinnerung daran zu bewahren, was passiert, wenn man dem Hass und gegenseitiger Verachtung freie Hand lässt. Dabei waren meine Beweggründe niemals von Vergeltungssucht geleitet, sondern von einem Gemeinschaftssinn und Verantwortungsbewusstsein für die Zukunft. Zudem war für mich immer die Verbundenheit mit dem eigenen Land eine Quelle der Motivation. Ich glaube, dies unterscheidet mich – abgesehen vielleicht von dem Alter – nicht von den meisten unter Ihnen.

Wenn ich also den Preis mit reinem Gewissen annehmen soll, dann erlauben Sie bitte, dass ich ihn zumindest symbolisch der Erinnerung an jemanden widme, den ich für die wahre Galionsfigur der deutsch-polnischen Aussöhnung und Verständigung in der neuesten Geschichte halte und dessen Lebenswerk vor allem in der Schlüsselzeit der deutschen Wiedervereinigung und des Freiheitstriumphes in Polen das Verhältnis unserer beiden Staaten und Völker nachhaltig prägen sollte. Ich meine den unlängst in Warschau verstorbenen Außenminister a. D., Professor Krzysztof Skubiszewski, der als direkter Mitgestalter der Grundlagen der neuen polnischen Außenpolitik richtungweisend war für die Zukunft, an der wir heute teilnehmen dürfen.

Ich danke Ihnen also nochmals für diese Ehre und wage abschließend die Behauptung, dass die wahren Preisträger bei dem heutigen Anlass wir alle – Sie alle – sind. Denn Sie sind tagtäglich daran beteiligt, vielschichtige Kontakte zwischen Polen und Deutschen zu unterhalten. Am Arbeitsplatz. In der Familie. Alle von Ihnen treffen dabei auf die eine oder andere Schwierigkeit. Doch keine Beziehung – nicht die zwischen Menschen, nicht die zwischen Völkern – ist doch im Grunde einfach und kann es auch wohl nicht sein. Aber wären schließlich solche Preise wie der „Polonicus“ ohne wirkliche Mühe verdient?

Wir, Deutsche und Polen, haben Vertrauen zueinander gefasst¹

Flensburger Tageblatt: LÜBECK. Einen Höhepunkt des 4. Baltic Media Forum bildete ein Gespräch zweier ehemaliger Außenminister zum deutsch-polnischen Verhältnis, Hans-Dietrich Genscher (83) leitete das Auswärtige Amt in Bonn von 1974–1992 und war maßgeblicher Architekt der Wiedervereinigung Deutschlands. Er setzte sich für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens ein und trieb die Aussöhnung zwischen den ehemaligen „Erbfeinden“ Deutschland und Polen voran. Das tat auch Władysław Bartoszewski (88), der 1995 und 2000–2001 Außenminister in Warschau war. Der Auschwitz-Überlebende lebte in den achtziger Jahren in Deutschland. Das Gespräch, das wir in Auszügen publizieren, moderierte Claudia Spiewak vom NDR.

Claudia Spiewak: Die Versuchung liegt nahe, mit zwei „elder statesmen“ wie Ihnen zurückzuschauen. Ich möchte aber lieber einen Blick in die Zukunft wagen. Was bedeutet die „Doppelwahl“ von Bronisław Komorowski zum polnischen Staatschef und von Christian Wulff zum Bundespräsidenten für die Beziehungen unserer Länder?

Władysław Bartoszewski: Gute Beziehungen zur Bundesrepublik gehören zur Staatsräson Polens. Bronisław Komorowski, den ich seit 28 Jahren persönlich kenne, versteht das sehr gut. Er weiß, wie man mit den Deutschen ins Gespräch kommt. Es könnte also sein, dass unsere Beziehungen noch besser werden.

Hans-Dietrich Genscher: Ich habe mich über die Klugheit der Wahlentscheidung des polnischen Volkes sehr gefreut. Ich glaube, dass wir jetzt zwei Präsidenten in unseren Ländern haben, die die große Bedeutung des deutsch-polnischen Verhältnisses zu würdigen wissen. Aber etwas anderes ist noch viel wichtiger: Hier sitzen zwei ehemalige Außenminister und reden über die Innenpolitik ihrer Länder, als ob sie in einem Staat leben

¹ Gespräch von Claudia Spiewak mit Władysław Bartoszewski und Hans-Dietrich Genscher anlässlich des 4. Baltic Media Forum in Lübeck. In: *Flensburger Tageblatt*, 16. Juli 2010.

würden. Im europäischen Parlament schließen sich Parteien verschiedener Länder zu Fraktionen zusammen. Das ist eine vollkommen neue Realität, die wir hier erleben. Das ist für mich ein großes europäisches Wunder.

Claudia Spiewak: Sind die guten deutsch-polnischen Beziehungen gesichert?

Hans-Dietrich Genscher: Davon gehe ich aus. Es war allerdings kein einfacher Weg bis hierher, denn die Wunden, die geschlagen wurden, waren tief. Polen war das Land, das unter der Besetzung durch Nazi-Deutschland am meisten gelitten hat. Wir haben das Schicksal der Vertriebenen erlebt. Das zu überwinden, war eine wichtige Aufgabe. Denken Sie an Willy Brandts Kniefall in Warschau. Wir haben später die Oder-Neiße-Grenze anerkannt. Und wenn Sie sich die menschliche Nähe in der jüngeren Generation angucken, dann haben wir allen Grund zur Zuversicht.

Władysław Bartoszewski: Nach den infernalischen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts sind fast alle Europäer klüger geworden. Die bitteren Lehren der Vergangenheit sitzen uns tief in den Knochen. Gewalt lehnen wir ab. Ein Beispiel: In meiner Familie gibt es Deutsche, Polen, Kanadier und Briten – sie alle leben in Warschau. Ich denke, wir können einigermaßen beruhigt sein.

Hans-Dietrich Genscher: Ich möchte noch eine Erinnerung an den polnischen Papst Johannes Paul II. anfügen. Als er mich lange vor dem Fall der Mauer zum ersten Mal zu einer Audienz empfangen hat, war ich skeptisch. Er war das katholische Kirchenoberhaupt, ein Pole, ich dagegen ein Deutscher, ein Protestant aus der Heimat Luthers, ein Liberaler. Da hat er mir gütig seine Hand auf meine gelegt und gesagt: Aber wir haben doch ein gemeinsames Ziel. Wir wollen, dass unsere Völker wieder in Einheit und Freiheit leben. Das hat uns Deutsche und Polen lange verbunden. Heute sind wir beide Mitglieder in Nato und EU. Das zeigt, wie schicksalhaft unsere Länder miteinander verbunden sind.

Władysław Bartoszewski: Lassen Sie mich auch eine Geschichte erzählen. Ich war Ende der fünfziger Jahre als Journalist für eine katholische Wochenzeitung in Krakau tätig. Mein Chef war der spätere polnische Papst, Karol Wojtyła, der damals Erzbischof in Krakau war. Eines Tages meldete sich eine Gruppe ostdeutscher protestantischer Friedensaktivisten bei der Redaktion. Sie wollten kommen, um sich zu versöhnen. Da sagte Wojtyła zu mir: Du warst in Auschwitz, du sprichst deutsch, du solltest sie führen. Das war für mich eine große Herausforderung. Doch dann habe ich die jungen Leute

gesehen. Sie waren 17, 18, 19 Jahre alt und hatten nichts mehr mit dem Krieg zu tun. Und sie lebten genauso versklavt unter dem Kommunismus wie wir. Wir haben Vertrauen zueinander gefasst. Ich habe unter ihnen so viele Freunde gewonnen, dass ich noch heute, ein halbes Jahrhundert später, gute Kontakte nach Deutschland habe.

Claudia Spiewak: Herr Genscher, beim Baltic Media Forum blicken wir auf den Ostseeraum. Überbewerten wir die deutsch-polnischen Beziehungen nicht, wenn wir sie als entscheidend für die Entwicklung in der Region ansehen?

Hans-Dietrich Genscher: Gäbe es eine deutsch-polnische Gegnerschaft, könnten wir politisch nicht vom Ostseeraum sprechen. Deshalb ist unser Verhältnis für die Entwicklung in der Region von entscheidender Bedeutung.

Claudia Spiewak: Lassen wir im Ostseeraum nicht Russland außen vor?

Hans-Dietrich Genscher: Natürlich haben wir, Polen und Deutsche, ein großes Interesse daran, dass Russland in die friedliche Entwicklung im Ostseeraum eingebettet wird. Das ist eine gemeinsame Verantwortung, die wir tragen.

Claudia Spiewak: Herr Bartoszewski, die Flugzeugkatastrophe von Smolensk und der tragische Tod des polnischen Präsidenten Lech Kaczyński auf dem Weg zum gemeinsamen russisch-polnischen Gedenken an das Massaker von Katyn haben die beiden Länder einander näher gebracht. War das mehr als eine Momentaufnahme?

Władysław Bartoszewski: Die polnisch-russischen Beziehungen sind historisch stark belastet. Jahrzehntlang wurde das Morden an Zehntausenden Polen in Katyn in Russland verschwiegen. Das hat sich nach dem Unglück in Smolensk verändert, und das ist von großer Bedeutung.

Claudia Spiewak: Der Ostseeraum war nach dem Ende des Kalten Krieges von besonderer Bedeutung. Hier stand das Zusammenwachsen der Völker auf dem Prüfstand. Aber spielt die Musik nicht längst andernorts?

Hans-Dietrich Genscher: Nein, der Ostseeraum drückt etwas anderes aus. In der immer größer gewordenen EU spielen inzwischen die Regionen eine ganz besondere Rolle. Ich habe schon vor langer Zeit gesagt, dass die nördlichen Bundesländer sehr viel engere Beziehungen zu Skandinavien haben werden als zu den süddeutschen Ländern, die wiederum an die Alpenregion angebunden sind. Deshalb war es so wichtig, den Ostseeraum als Region im Bewusstsein der Menschen zu verankern. Und die Region ist inzwischen ein eigenständig handlungsfähiger Teil der EU.

Władysław Bartoszewski: Die Geschichte der Wikinger und der Hanse hat für Europa eine ähnliche Bedeutung wie die Geschichte des alten Rom. Wir sollten deshalb – im Rahmen der EU! – die Kontakte zwischen den Ostseeanrainern noch stärker institutionalisieren. Lübeck ist der richtige Ort, daran zu erinnern.

Solidarität im eigenen Interesse¹

In meinem Leben war mir die recht seltene – dazu noch für einen Polen – Möglichkeit gegeben, fünf nacheinander folgende deutsche Bundespräsidenten persönlich zu kennen, angefangen mit der Vereidigung Richard von Weizsäckers im Jahre 1984, also im Verlauf des gesamten letzten Vierteljahrhunderts. Der vor fünf Jahren verstorbene Johannes Rau² gehört unter ihnen zu jenen Menschen, die ich bis heute in guter, freundlicher Erinnerung behalte, mit aufrichtiger Sympathie und Verbundenheit.

Kennengelernt habe ich ihn im September 1986 während des Deutschen Katholikentages in Aachen, bei dem ich damals anwesend war. Ich kam als Privatmann und zu jener Zeit Gastprofessor an bayerischen Universitäten dorthin, vor allem aber als polnischer Katholik im Rahmen der übernationalen Glaubensgemeinschaft. Johannes Rau kannte ich zwar noch nicht persönlich, aber er war mir gut bekannt nicht nur als in den Reihen seiner Partei geschätzter, allgemein anerkannter und gesellschaftlich engagierter Mensch, Ministerpräsident des größten Landes der damaligen Bundesrepublik – Nordrhein-Westfalens. Er kam also von seinem Amtssitz in Düsseldorf als amtierendes Landesoberhaupt und gleichzeitig als gläubiger Christ zum Katholikentag nach Aachen. Es war mir dabei durchaus bewusst, dass er gelegentlich hinter vorgehaltener Hand als „Bruder Johannes“ bezeichnet wurde, eben aufgrund seiner Art, den christlichen Glauben öffentlich zu leben.

Von unserem damaligen ersten Treffen vor inzwischen schon fünfundzwanzig Jahren ist mir u. a. ein kleiner anekdotischer Umstand in Erinnerung geblieben: Im Verlauf des feierlichen Empfangs wurde nämlich den Gästen des Katholikentages die – übrigens ausgezeichnet zubereitete – Kartoffelsuppe *à la* Rau serviert. Das erschien mir einfach menschlich sympathisch.

In den ersten Monaten des Jahres 1988, als ich noch immer als Gastprofessor in Bayern beschäftigt war, erhielt ich von Jürgen Weiss – einem

¹ Ansprache zum 80. Geburtstag von Johannes Rau am 24. Januar 2011 in Berlin. Der Text stammt aus dem Archiv von Władysław Bartoszewski.

² Johannes Rau, geboren am 16. Januar 1931 in Wuppertal, gestorben am 27. Januar 2006 in Berlin.

deutschen Diplomaten, den ich persönlich sehr gut aus seiner beruflichen Dienstperiode in der BRD-Botschaft in Warschau in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre kannte – den Vorschlag, die Einladung von Ministerpräsident Johannes Rau zu einem längeren Gespräch bezüglich seiner geplanten Polenreise anzunehmen. Jürgen Weiss selbst arbeitete zur damaligen Zeit als außenpolitischer Berater des Nordrhein-Westfälischen Ministerpräsidenten, gleichzeitig war er weiterhin verbunden mit dem Auswärtigen Amt in Bonn.

Unser Treffen fand im Haus des Landes Nordrhein-Westfalen in Bonn statt. Zum Hauptthema des mehrstündigen und sehr offenen Gesprächs unter sechs Augen, ohne besonderes Protokoll und Zeremonien, gehörte die Vorbereitung des offiziellen Besuches von Johannes Rau in Polen. Rau hielt diese Reise für seine eigene moralische Verpflichtung. Als einer der führenden deutschen Sozialdemokraten sah er darin die Chance für eine wichtige Unterstützungsgeste gegenüber der polnischen Bevölkerung, die im Jahre 1988 nach wie vor mit den langjährigen Folgen des sog. Kriegsrechts (eingeführt von General Wojciech Jaruzelski im Dezember 1981) leben musste. Um die etwas „heiklen“ Bedingungen rund um die geplante Rau-Reise richtig zu verstehen, muss man daran erinnern, dass sieben Jahre früher, in der Zeit der Kriegsrechtseinführung in Polen, der sozialdemokratische Bundeskanzler Helmut Schmidt es nicht für berechtigt und möglich hielt, politisch klar Stellung gegenüber den Ereignissen in Polen zu beziehen. Dieser Mangel an eindeutiger Reaktion der westdeutschen Regierung führte zu einer gewissen Begriffsverwirrung unter den Polen, die sich ja noch sehr gut an die Besuche von Willy Brandt in den Jahren 1970 und 1977 erinnern konnten. Damals, genau wie 1988, war in Warschau derselbe General Jaruzelski an der Macht als sog. Vorsitzender des Staatsrates – ein strukturelles Modell, welches übrigens allen Deutschen mit Kenntnissen über die Lage und Machtverhältnisse in der ehemaligen DDR wohl bekannt sein sollte.

Von den Zehntausenden Verhafteten und Internierten infolge der Einführung des Kriegsrechts blieben 1988 zwar nur noch sehr wenige in Gefängnissen, aber alle Polen lebten weiterhin ohne Möglichkeit der freien Meinungsäußerung und öffentlichen Tätigkeit. Johannes Rau unterhielt in seinem Land Nordrhein-Westfalen viele Kontakte mit Angehörigen alteingesessener Familien polnischer Abstammung – heute deutschen Bürgern – und besaß ein gutes Verständnis der Lage in Polen. Auch sein Berater Jürgen Weiss hatte eine ausgeprägt freundliche Einstellung zur polnischen demokratischen Opposition und zu den Bemühungen der Gewerkschaftsbewegung für eine mögliche Lockerung der Freiheitsbegrenzungen in der Volksrepublik als einem Mitgliedsstaat des Warschauer Vertrages.

Es war natürlich klar, dass Johannes Rau während seiner Polenvisite einerseits Gespräche mit den offiziellen Staatsvertretern führt, andererseits – als Christ – auch dem Oberhaupt der polnischen katholischen Kirche, Kardinal Józef Glemp, seinen Besuch abstattet. Fest im Reiseprogramm stand auch der Besuch der ehemaligen Vernichtungsstätte der Juden durch das nationalsozialistische „Dritte Reich“ bei der Ortschaft Treblinka, wo die Mehrheit der Warschauer Juden während des Krieges ihr Leben verloren hat. Es blieben aber noch eventuelle weitere wichtige Punkte zu besprechen.

Meinerseits habe ich vor allem darauf hingewiesen, dass ich ein Treffen – am besten auf dem Gelände der BRD-Botschaft in Warschau – mit führenden Oppositionellen für notwendig halte, zumindest mit Tadeusz Mazowiecki und Bronisław Geremek – beide sollten schon in den nächsten Monaten eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung des neuen Polens und beim Bau der neuen deutsch-polnischen Beziehungen spielen. Ich habe Johannes Rau auch geraten, das in Warschau gelegene Grab des Märtyrers und katholischen Priesters Jerzy Popiełuszko zu besuchen, der von Funktionären des kommunistischen Sicherheitsdienstes im Herbst 1984 entführt und auf brutalste Weise ermordet wurde. Popiełuszko wird in Polen als Nationalheld verehrt und wurde *nota bene* im Jahre 2010 von Papst Benedikt XVI. seliggesprochen. Ich versicherte Johannes Rau, dass ich selbst die Nachricht über seine geplante Besichtigung der Ruhestätte von Popiełuszko nach Polen überbringen werde, damit es vielen Polen Mut macht und für Akzeptanz und einen freundlichen Empfang des deutschen Gastes sorgt. Alle meine Ratschläge wurden in vollem Umfang angenommen und im Verlauf der Polenreise in den Tagen 1.–3. Juni 1988 tatsächlich verwirklicht.

Der nächste Besuch von Johannes Rau in Polen – noch immer in seiner Funktion als Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens – fand nur ein Jahr später – 1989 – statt, aber schon unter völlig veränderten Bedingungen, denn bereits nach der Wende und nach der Bildung der ersten nichtkommunistischen Regierung in Warschau unter der Führung von Tadeusz Mazowiecki. Den Anlass dafür lieferte der runde 50. Jahrestag des Kriegsbeginns durch das „Dritte Reich“. Rau nahm an polnischen Gedenkfeierlichkeiten teil, dabei war es noch zwei Monate vor der ersten historischen Visite des Bundeskanzlers Helmut Kohl und dem Fall der Berliner Mauer im November 1989. Ich lebte damals noch – nicht mehr lange vor meiner Amtsübernahme als erster Botschafter des neuen Polens in Österreich – weiter in Bayern als Gastprofessor, konnte aber von Deutschland aus die positiven Reaktionen der polnischen Öffentlichkeit auf den Besuch von Rau beobachten und miterleben.

Am 28. April 1995, als Außenminister des neuen Polens, hatte ich die Ehre und Freude vor beiden Kammern des deutschen Parlaments aufzutreten, auf Einladung der Bundestagvorsitzenden, Prof. Rita Süßmuth. Vorsitzender des Bundesrates war eben Johannes Rau. Wir alle drei sprachen damals anlässlich des 50. Jahrestages des Kriegsendes. Diese Feier fand ein breites und positives Echo in der deutschen Öffentlichkeit.

Vier Jahre später, im Mai 1999, begrüßte ich mit persönlicher Freude die Nachricht über die Wahl von Johannes Rau zum Bundespräsidenten des vereinten Deutschlands, in einer ganz neuen weltpolitischen und europäischen Konstellation als bei unseren ersten Kontakten. Polen war damals seit kurzer Zeit einer der Verbündeten der Bundesrepublik in der NATO und die Beziehungen unserer Völker standen auf der stabilen Grundlage des Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991, dessen rundes – zwanzigstes – Jubiläum wir in diesem Jahr feiern werden.

Am 1. Juli 1999 habe ich als einziger polnischer Gast – abgesehen von dem polnischen Botschafter – die Vereidigung von Johannes Rau in Berlin miterleben können. In dieser neuen Funktion hat er bald danach, am 1. September 1999 in Gdańsk/Danzig an der Gedenkfeier zum 60. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges teilgenommen und in seiner damaligen Ansprache bedeutende Sätze formuliert:

Es gibt Orte mit besonderer historischer Bedeutung. Die Westerplatte erinnert an den Krieg, der heute vor 60 Jahren mit dem Überfall Deutschlands auf Polen begonnen hat. Dieser Krieg hat unaussprechbares Leid gebracht – zuerst über Millionen von Menschen in Polen, dann über ganz Europa und schließlich auch über uns Deutsche. Viele Polen haben in diesem Krieg gekämpft: Gegen Überfall und Besatzung, aber auch für Toleranz, für Achtung vor dem Leben und für die Würde des anderen. Sie haben die Werte der Zivilisation verteidigt, die für alle gelten. Viele haben dafür ihr Leben gelassen. Wir trauern um alle Opfer der Barbarei. [...] Versöhnung und gute Nachbarschaft sind nicht selbstverständlich. Sie sind die Frucht langen, manchmal schmerzhaften Bemühens. Es ist gut, wenn sich zwei Präsidenten begegnen, die die Übereinstimmung der Interessen ihrer Völker an der Schwelle zum neuen Jahrhundert kennen. Gute Nachbarschaft zwischen Polen und Deutschen, mehr noch, freundschaftliches Miteinander im gemeinsamen europäischen Haus – das muß im Alltag, in vielen Begegnungen der Menschen wachsen.

In seiner damaligen Rede in Danzig sprach Johannes Rau auch über die oft vergessenen – bei Weitem nicht nur tragischen – Verflechtungen der deutschen und polnischen Schicksale:

Polen und Deutsche haben eine Geschichte, die länger währt als die Jahre von Krieg und Völkermord. Sie ist auch voller Beispiele der Gemeinsamkeit, die uns heute ermutigen können. Polen und Deutsche haben eine gemeinsame Geschichte auch befruchtender Nachbarschaft: Das Treffen zwischen Boleslaw dem Tapferen und Kaiser Otto III. vor 1000 Jahren in Gnesen war ein früher Ausdruck der Idee einer europäischen Friedensordnung zwischen verschiedenen Reichen und Nationen – ein Vorbild für das heutige europäische Einigungswerk.

Polen und Deutsche haben eine gemeinsame Geschichte großer Wissenschaftler: Kopernikus, Hevelius, Schopenhauer, Fahrenheit begreifen wir heute nicht mehr als nationales Eigentum, sondern als Vertreter einer grenzüberschreitenden Kultur.

Polen und Deutsche haben auch eine gemeinsame Freiheitsgeschichte: Sie begann mit dem polnischen Aufstand des Jahres 1830, der für die Demokraten in Europa, vor allem in Deutschland, Ansporn und Ermutigung war.

In den 80er Jahren unseres Jahrhunderts entstand in Polen eine neue Freiheitsbewegung, die hier in Danzig ihren Ausgang nahm und die zum Fall des Eisernen Vorhangs wesentlich beigetragen hat. Uns Deutschen hat diese Freiheitsbewegung des polnischen Volkes die staatliche Einheit möglich gemacht. Daran möchte ich an diesem Tag und an diesem Ort dankbar erinnern.

Und in Hinsicht auf das gegenwärtige und künftige deutsch-polnische Verhältnis im vereinten Europa:

Unsere beiden Länder haben die Chance, die Zukunft gemeinsam zu gestalten. Wir sind heute Verbündete in der Nordatlantischen Allianz. Wir wollen bald auch Partner in der Europäischen Union sein. Wir sind durch die Geschichte des Leids und der Hoffnung in einer Weise verbunden, wie Deutschland das nur noch mit Frankreich, unserem großen Nachbarn im Westen, ist. Wir sollten aus unseren Erfahrungen darauf drängen, dass drei Gebote den Umgang der Völker Europas miteinander bestimmen: 1. die Ächtung des Nationalismus; 2. Humanität als Maßstab allen politischen Handelns und 3. gute Nachbarschaft als produktive Quelle gemeinsamer Entwicklung. Das zu Ende gehende Jahrhundert war ein Jahrhundert der Kriege. Lassen Sie uns gemeinsam dafür arbeiten, dass Polen, Deutsche, alle Europäer am Ende des nächsten Jahrhunderts sagen können: Das 21. Jahrhundert war ein Jahrhundert des Friedens.

Erlauben Sie mir noch eine Erinnerung persönlicher Art. Im Herbst 2001 ging zusammen mit der herannahenden Parlamentswahl in Polen auch meine eigene Dienstzeit als Außenminister meines Landes zu Ende. Von deutscher Seite wurde ich damals auf wertvolle Weise gewürdigt. Der deutsche Außenminister Joschka Fischer hat mich zum Treffen der deutschen

Botschafter nach Berlin eingeladen. Neben Günter Verheugen hielt ich einen Vortrag vor den versammelten Leitern der weltweiten diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik. Im Anschluss erhielt ich am gleichen Tag die Einladung des Bundespräsidenten Rau nach Bellevue, wo mir feierlich das Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen wurde – die höchste deutsche Auszeichnung für einen Ausländer – in Anerkennung, wie es in der Verleihungsurkunde heißt, „der um die Bundesrepublik Deutschland erworbenen besonderen Verdienste“. Dieser finale – wie es damals schien – Akzent meines Engagements für die deutsch-polnischen Beziehungen hatte auch eine kleine anekdotische Seite: Vor der Zeremonie vertiefte ich mich mit Johannes Rau derart ins Gespräch, dass alle Versammelten gezwungen waren, eine halbe Stunde lang auf uns zu warten, bis wir schließlich beide mit Verspätung und beschämt auf dem Podium erschienen und die Verleihung ihren Lauf nehmen konnte.

In den darauffolgenden Jahren hat Johannes Rau in Deutschland mehrere polnische Delegationen empfangen, nahm auch an unzähligen deutsch-polnischen Veranstaltungen teil. In seiner Funktion als Bundespräsident stattete er meiner Heimat noch mehrere Besuche ab. Im März 2000 war er in Gnesen bei der Feier des 1000-jährigen Jubiläums des Treffens von Boleslaw Chrobry und Otto III. anwesend. Im November 2002 besuchte er Breslau/Wrocław anlässlich der Feier des 300-jährigen Bestehens der dortigen Universität (zwei Jahre später erinnerte er sich in der bekannten Ansprache vor dem polnischen Parlament daran mit den Worten: Ich habe „mitemlebt, dass der weltoffene Geist dieser Hochschule alle Brüche und alle Zäsuren überdauert hat“). Bei einem weiteren Besuch in Polen, diesmal in Danzig – am 29. Oktober 2003 – unterschrieb Johannes Rau zusammen mit dem damaligen polnischen Staatsoberhaupt Aleksander Kwaśniewski die sog. „Danziger Erklärung zum europäischen Dialog über Umsiedlung, Flucht und Vertreibung“, in der es u. a. mutig heißt:

Jede Nation hat das selbstverständliche Recht, um sie zu trauern, und es ist unsere gemeinsame Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass Erinnerung und Trauer nicht missbraucht werden, um Europa erneut zu spalten. Deshalb darf es heute keinen Raum mehr geben für Entschuldigungsansprüche, für gegenseitige Schuldzuweisungen und für das Aufrechnen der Verbrechen und Verluste.

Während seiner letzten Polenreise sprach Johannes Rau vor den beiden Kammern des polnischen Parlaments, am 30. April 2004, am Vortag des Beitritts Polens zur Europäischen Union. Schon mit den ersten Sätzen seiner damaligen Rede hat er die Herzen der Zuhörer gewonnen:

Eine solche Einladung ist für jeden ausländischen Politiker eine Auszeichnung. Für mich, den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland, hat sie angesichts der wechsellvollen Geschichte unserer Völker eine ganz besondere Bedeutung. Hier in Warschau im Sejm zu sprechen, das berührt mich sehr. Warschau – der Name dieser großen europäischen Metropole ruft viele Bilder in uns hervor, weckt viele Assoziationen: Da ist die moderne, elegante Hauptstadt der Vorkriegszeit – aber auch die Erinnerung an deutsche Besetzung und an polnischen Widerstand, an Zerstörung und Vernichtung. Untrennbar sind mit der polnischen Hauptstadt in allen Sprachen der Welt zwei Begriffe verbunden: „Warschauer Ghetto“ und „Warschauer Aufstand“. In diesem Jahr erinnern wir uns in besonderer Weise an den Warschauer Aufstand, der am 1. August 1944 begonnen hat. Der Wiederaufbau der Stadt, auch dieses Saales, aus Ruinen nach dem Kriege bezeugt den Selbstbehauptungswillen des polnischen Volkes. Für unsere beiden Völker ist der Name dieser Stadt auch verbunden mit dem Bild des knieenden Willy Brandt am Denkmal für die Helden des Ghetto-Aufstandes. Ein Bild, das so viel gesagt hat, was man in Worte nicht fassen kann. Heute ist Warschau die Hauptstadt eines freien und selbstbewussten Polen, Hauptstadt eines Volkes, das nie aufgegeben hat in dem Kampf um seinen Platz unter den freien Nationen Europas.

Johannes Rau würdigte vor den polnischen Parlamentariern die Leistungen Polens auf dem „steinigen“ Weg in die EU und die Fähigkeit „in so kurzer Zeit derart vielem eine neue Richtung zu geben“. Er erinnerte an die Unterstützung seitens der Bundesrepublik, gab aber zugleich offen zu und kündigte an, der Beitritt der neuen Mitgliedsstaaten sei wahrlich kein westeuropäischer Gnadentakt, sondern historische Notwendigkeit: „Er liegt in unserem gemeinsamen Interesse an einer guten Zukunft für unseren ganzen Kontinent. Solidarität soll auch in Zukunft unser Handeln bestimmen. Alte und neue Mitglieder sind Teil der europäischen Familie, in der Solidarität gegeben und erwartet wird. Das heißt, dass es bei allem Wettbewerb auch in dieser Familie fair zugehen muss – auf allen Feldern der Politik.“

Und er schloss mit den polnischen Worten: „Bez Polski, Europa to nie Europa!“ (Ohne Polen ist Europa nicht Europa!)

Als parteiloser polnischer Politiker, der im Verlauf eines halben Jahrhunderts konsequent an dem Brückenbau zwischen Polen und Deutschland und zwischen den Polen und den Deutschen mitgewirkt hat werde ich Johannes Rau bis zu meinem eigenen Lebensende als einen vertrauenswürdigen Partner und Freund meines Landes, vor allem aber einfach als edlen und guten Menschen in Erinnerung behalten.

Auf dem richtigen, gemeinsamen Weg¹

Ich freue mich, dass ich heute zusammen mit zahlreichen Ministern an den deutsch-polnischen Regierungsgesprächen unter der Leitung von Frau Ministerpräsidentin Ewa Kopacz und Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel teilnehmen darf.

Über die Polen pflegt man – nicht ganz ohne Grund – zu sagen, dass sie gern Jahrestage von Niederlagen und nationalen Tragödien begehen. Aber das kommende Jahr 2016 bringt einen positiven Jahrestag: das 25-jährige Jubiläum des deutsch-polnischen Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit.

Im Verlauf dieser Jahre hat sich eine Infrastruktur der deutsch-polnischen Beziehungen entwickelt. Viele Projekte hätte es nie gegeben ohne eine Entschlossenheit der politischen Eliten und der Akteure des zivilgesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. Ich weiß es hoch zu schätzen, dass ich als zweimaliger Außenminister Polens und Parlamentarier selbst einen Beitrag zu diesem Werk leisten durfte.

Die vergangenen Jahre waren eine Bestätigung, dass sich vor allem die Polen und die Deutschen keine Sünde der Unterlassung leisten dürfen. Bei dem Aufbau der Beziehungen auf europäischer oder multilateraler Ebene müssen sie stets die grundlegenden Interessen ihrer bilateralen Kontakte berücksichtigen.

In den letzten Jahren sprechen wir immer öfter von der „deutsch-polnischen Interessensgemeinschaft“. Eine Interessensgemeinschaft ist nicht ein für alle Mal gegeben. Sie ist eine flexible Struktur: Sie verlangt von uns ständige Bemühung und Aufmerksamkeit, man muss sie also immer aufs Neue definieren und mit Inhalten füllen. In der Praxis der Zusammenarbeit tauchen auch Differenzen auf. Eine Interessensgemeinschaft zeigt sich aber dort, wo sogar die schärfsten Konfrontationen nicht gegen die Grundlagen der Zusammenarbeit gerichtet sind.

¹ Bei dem hier abgedruckten Text handelt es sich um eine von Władysław Bartoszewski geplante Ansprache anlässlich der deutsch-polnischen Regierungsgespräche in Warschau am 27. April 2015. Sie wurde von Ministerpräsidentin Ewa Kopacz vorgetragen. Übersetzung: Marcin Barcz.

Deshalb sollten wir uns stets daran erinnern, dass bilaterale Kontakte und Initiativen ständige Pflege und regelmäßige Arbeit brauchen. Alle Anzeichen von Unterschätzung unserer Beziehungen oder von mangelndem Interesse am Nachbarland sollten uns zu noch intensiverem Engagement motivieren.

Ausgezeichnete persönliche Kontakte (sichtbar in den Begegnungen der Regierungschefs und in der konkreten Zusammenarbeit zwischen unseren Ministern) sollten einen entsprechenden Ausdruck in der realen, positiven Entwicklung der bilateralen Beziehungen finden.

Es ist uns bewusst, welche wichtige Rolle die deutsch-polnischen Initiativen spielten und immer noch spielen: das Deutsch-Polnische Jugendwerk, die Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit oder die Stiftung Deutsch-Polnische Aussöhnung. Wir wissen heute, wie wichtig es ist, diese Organisationen weiter zu unterstützen.

Das Jubiläum im kommenden Jahr ist für die Polen und die Deutschen eine Möglichkeit, auf die Errungenschaften der bisherigen bilateralen und internationalen Zusammenarbeit zu blicken, und zugleich eine ausgezeichnete Gelegenheit, um Schlussfolgerungen aus der bisherigen – nicht immer parallel verlaufenden – Umsetzung von Vertragsbestimmungen zu ziehen sowie eine neue Aufgabenagenda auszuarbeiten.

Deshalb sind die Gespräche des Runden Tisches in Bezug auf die Unterstützung der Polonia und der Polen in Deutschland sowie der deutschen Minderheit in Polen so wichtig. Beunruhigend ist das fehlende Interesse auf der Ebene der Bundesregierung bzw. der jeweiligen Landesregierungen für die Förderung des Unterrichts in polnischer Muttersprache.

Historische Themen bleiben für uns immer noch sensibel. Auch bei neuen Herausforderungen müssen wir uns stets an die Vergangenheit erinnern, die historische Erinnerung bewahren und entschlossen auf alle Versuche von Geschichtsfälschung reagieren. Indem wir an die Zukunft denken, dürfen wir die Vergangenheit weder vergessen noch verfälschen.

Alles in allem sind wir aber auf dem richtigen, gemeinsamen Weg!

Marcin Barcz

Statt eines Nachworts

Das Engagement von Władysław Bartoszewski für die deutsch-polnischen Beziehungen ist ein integraler und überragender Teil seiner inzwischen abgeschlossenen 93-jährigen Biografie. Die Bedeutung des „Brückenbauers“ Bartoszewski kann erst jetzt eingehend dokumentiert und objektiv beurteilt werden. Abgesehen von den im vorliegenden Band zitierten Ausschnitten aus Laudationes, die anlässlich verschiedener Preisverleihungen gehalten wurden, lohnt es sich auch, an einige deutsche Stimmen zu erinnern, die spontan zum 80. oder 85. Geburtstag von Władysław Bartoszewski formuliert wurden. Die meisten von ihnen behalten nach wie vor ihre Aktualität. Der frühere Bundeskanzler Helmut Kohl schrieb in seinem Beitrag zur Festschrift aus dem Jahr 2002:

Wir können dankbar sein für das neue, gute nachbarschaftliche Verhältnis, das in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten zwischen beiden Staaten aufgebaut werden konnte. An dieser Entwicklung haben viele Persönlichkeiten in Politik und Gesellschaft beider Länder großen Anteil. Dazu gehört für mich vor allem Władysław Bartoszewski. Er hat einen bedeutenden Anteil daran, dass sich die Beziehungen zwischen den beiden Staaten in den letzten Jahren wieder positiv entwickelten. Ich erinnere nur an seine zahlreichen Vorträge und publizistischen Beiträge, die uns Deutschen sein Land nähergebracht haben. Auch sein mit zahlreichen Ehrungen gewürdigtes wissenschaftliches Wirken an deutschen Universitäten in den 80er Jahren leistete einen wichtigen Beitrag zum gegenseitigen Verständnis. Seine weitsichtige und kluge politische Arbeit als Außenminister [steht] für die Verlässlichkeit Polens als Nachbar Deutschlands und als Mitglied der europäischen Völkerfamilie. Am 80. Geburtstag Władysław Bartoszewskis ehren wir einen großen polnischen Patrioten und einen überzeugten Europäer. In den zurückliegenden Jahren hat er sich als ein treuer Freund der Deutschen erwiesen. Auf ihn konnten sich die Deutschen immer verlassen. Er war mir in der ganzen Zeit, seit wir uns kennen, ein zuverlässiger Freund und Ratgeber. Die vielen Jahre der Freundschaft und Kameradschaft erfüllen mich mit großer Dankbarkeit. Mögen ihm noch viele Jahre in Gesundheit und mit Schaffenskraft beschieden sein, auch zum Wohle der nachbarschaftlichen Beziehungen. [...] Unvergesslich sind für mich die noblen Worte von Władysław Bartoszewski, die er als Außenminister am 28. April 1995 allen Abgeordneten im Deutschen Bundestag

zurief: Die Verträge bedeuteten in seinen Augen *den Abschluss der tragisch belasteten Zeit in den gegenseitigen Beziehungen von Deutschen und Polen*. Sie seien eine *optimistische Vorankündigung eines neuen Gefüges im Rahmen der gemeinsamen europäischen Ordnung*.¹

Aus derselben Publikation stammen die Fragmente von zwei anderen Aussagen, die das Ansehen von Bartoszewski und die Wahrnehmung seiner Arbeit in Deutschland gut charakterisieren. Die ehemalige Bundestagspräsidentin, Prof. Rita Süßmuth, schreibt:

Die schmerzlichen Erfahrungen und Spuren der Vergangenheit werden bleiben, aber von Generation zu Generation können wichtige Schritte erreicht werden, ein neues und nachbarschaftliches Miteinander in einem gemeinsamen Europa auf Dauer zu ermöglichen. In seiner Rede zum 50. Jahrestag des Kriegsendes hat Władysław Bartoszewski in der Feierstunde des Bundestages den Weg gezeigt. [...] Die Aussagen dieser beeindruckenden Rede haben sich mir und den Abgeordneten des Deutschen Bundestages tief eingeprägt. Immer wieder ist von ihr die Rede. Nichts wurde vertuscht, nichts verschwiegen, was die Vergangenheit betraf. Aber diese Rede war bei aller Erinnerung auf die Gegenwart und Zukunft bezogen, auf die gemeinsamen Aufgaben von Polen und Deutschen in einem erweiterten und geeinten Europa. Ob als Professor, als Botschafter oder als Außenminister, Władysław Bartoszewski engagierte sich wie kaum ein anderer sehr früh nach dem 2. Weltkrieg für die Annäherung zwischen Deutschland und Polen. Er klärte auf, suchte den Dialog, brachte Deutsche und Polen zusammen. Opfer im Widerstand gegen die Diktatur, fand er Wege der verbotenen und erlaubten Kommunikation. Er verband jüdisches und christliches Geistesleben und als Hochschullehrer an verschiedenen deutschen Universitäten gab er Wissen, Bildung und Vision an die junge Generation weiter. Er ist zugleich ein *homo politicus*, ein leidenschaftlicher Repräsentant der *vita activa*. Der Widerstand, der Wechsel zwischen Freiheit und Gefängnis haben ihn geprägt in seiner klaren Sicht der menschlichen und politischen Verhältnisse, seiner scharfsinnigen geistigen Analyse, seiner Geisteshaltung, seiner Menschenzugewandtheit. Stets ist er von der Überzeugung ausgegangen: *Wer einen Menschen rettet, rettet die ganze Welt*. Mir persönlich bleibt er ein großes Vorbild, ein Wegweiser. Wir deutsche haben ihm zu danken und sind dankbar für seinen Einsatz für unser Land.²

¹ Helmut Kohl, „Śasiedztwo z przyszłością: Niemcy i Polska w Europie“ [Nachbarschaft mit Zukunft: Deutschland und Polen in Europa], in: *Prawda i pojednanie. W 80. rocznicę urodzin Władysława Bartoszewskiego* [Wahrheit und Versöhnung. Festschrift zum 80. Geburtstag von Władysław Bartoszewski], Warszawa 2002, S. 325 f.

² Rita Süßmuth, „Stosunki polsko-niemieckie i wspólna odpowiedzialność za Europę“ [Die deutsch-polnischen Beziehungen und die gemeinsame Verantwortung für Europa], in: *Prawda i pojednanie*, S. 563.

Der ehemalige Ministerpräsident von Sachsen, Prof. Kurt Biedenkopf:

Für Heinrich Böll war Władysław Bartoszewski ein leidenschaftlicher Pole, leidenschaftlicher Katholik, leidenschaftlicher Humanist; für den Staat Israel, weil er unter der deutschen Besatzung Polens Juden das Leben rettete, ein Gerechter unter den Völkern und für viele Institutionen in Polen, Deutschland und anderen Ländern ist er zahlreicher bedeutender Preise und Ehrungen wert. Ob als Widerstandskämpfer, Journalist, Wissenschaftler oder Politiker, stets ist er sich und seinen Idealen treu geblieben. Für mich ist Bartoszewski ein Verfechter von Freiheit, Demokratie und europäischer Einigung, dem ich größte Hochachtung schenke. [...] Einer, der diese Wurzeln Europas nie aus dem Blick verloren hat, und auf den wir uns in dieser Frage als Bündnispartner stets verlassen können. [...] Ihm sei gewünscht, dass er noch viele Jahre die Kraft haben möge, sich für die große Idee eines geeinten Europa einzusetzen, das mehr ist als ein Wirtschaftsverbund und stark und frei durch seine gemeinsame und vielfältige Kultur.³

Von vielen Gratulationsbriefen zum 85. Geburtstag im Jahr 2007 waren für Władysław Bartoszewski vor allem die Worte des früheren Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, der zu seinen Altersgenossen zählt, von besonderem Wert:

Im Leben unserer Generation wie auch auf meinem eigenen Lebensweg wurde es das Wichtigste, durch die Jahrzehnte hindurch das Engagement für die polnisch-deutschen Beziehungen als entscheidendes Motiv zu verstehen für die eigene Arbeit. Dies gab für mich den Ausschlag, politische Verantwortung zu übernehmen. Unsere Aufgabe war und bleibt, daran zu arbeiten, dass es im polnisch-deutschen Verhältnis vorangeht. Niemand hat dabei so entscheidend gewirkt wie Sie, der *leidenschaftliche Pole, leidenschaftliche Katholik, leidenschaftliche Humanist*, wie Sie Heinrich Böll treffend charakterisierte. Mit Ihrer moralischen und intellektuellen Autorität setzen Sie sich unermüdlich und mit überzeugender Zuversicht für die deutsch-polnischen Beziehungen ein, gerade auch dann, wenn diese zugleich patriotische wie europäische Sicht nicht von allen Seiten geteilt zu werden scheint. Mein inniger Dank gilt Ihnen für Ihre Verdienste um die Unumkehrbarkeit der deutsch-polnischen guten Nachbarschaft im vereinten Europa. Ihnen, herzlich verehrter Freund, wünsche ich weiterhin Tatkraft und Erfolg für unsere gemeinsame deutsch-polnische und europäische Sache.⁴

³ Kurt Biedenkopf, „Jak zjednoczyć Europę?“ [Wie wird Europa vereint?], in: *Prawda i pojednanie*, S. 421.

⁴ Brief in der Sammlung der Ossoliński-Nationalbibliothek in Wrocław/Breslau.

Abschließend die Worte von Prof. Bernhard Vogel aus dem Dokumentarfilm „Der Brückenbauer“ der polnischen Regisseurin Zofia Kunert. Dieser 2017 entstandene Film mit zahlreichen Zeitzeugenaussagen gehört zu den ersten Versuchen einer posthumen Zusammenfassung des deutsch-polnischen Lebenswegs von Władysław Bartoszewski:

Die Rolle von Bartoszewski kann man gar nicht hoch und wichtig genug einschätzen. Er ist einer der wenigen und wichtigsten Brückenbauer der Freundschaft zwischen Polen und Deutschen geworden. [...] Diese schwierigen Beziehungen, die Opfer auf deutscher Seite durch die Vertreibung, die Opfer auf polnischer Seite durch den Nationalsozialismus in ganz ungeahntem Ausmaß, waren für ihn ein Impuls, die Brücke zu bauen. Beschreiten mussten sie allerdings andere, nicht er allein.



Delegation der polnischen Znak-Gruppe auf einem Seminar mit Pax Christi in Münster, 28.–30. November 1975; von links: K. Kozłowski, W. Wieczorek, W. Bartoszewski, J. Hannelowa, B. Dembiński (Ossoliński-Nationalbibliothek in Wrocław)



Panelgespräch „Intellektuelle und Politik“ am 17. September 1977 in Köln (Ossoliński-Nationalbibliothek in Wrocław)

Das polnische Volk geht wieder durch eine dunkle Stunde seiner leidvollen Geschichte...

Zwei Namen, zwei Porträts: „Solidarność“-Chefredakteur Tadeusz Mazowiecki und PEN-Generalsekretär Władysław Bartoszewski ...

Zwei Namen von tausenden von Arbeitern und Intellektuellen, die infolge des Kriegsrechts, das am 13. Dezember 1981 in Polen verkündet wurde, gefangen sind.

Sie sollen an unsere Pflicht zur Solidarität mit den polnischen Menschen erinnern, von denen viele in den jahrelangen gemeinsamen Bemühungen um ein besseres deutsch-polnisches Verhältnis unsere Freunde geworden sind.

Wir werden nicht aufhören, ihre Freilassung zu fordern, denn was sie erreichen wollen, muß weiter unsere Unterstützung finden: Eine freierliche und demokratische Gesellschaft.

Das polnische Volk geht wieder durch eine dunkle Stunde seiner leidvollen Geschichte. Dieses Volk hat nach den Worten des polnischen Papstes nach allem, was es erlitten hat – allein sechs Millionen Tote im Zweiten Weltkrieg –, ein moralisches Recht auf Souveränität.



Tadeusz Mazowiecki, Chefredakteur der 'Solidarność'



Władysław Bartoszewski, Generalsekretär des PEN-Clubs, Wladyslaw Bartoszewski

Bitte schließen Sie sich dieser Aktion an:

- Unterstützen Sie die Gefangenen und die Angehörigen durch eine Spende auf unsere Konten.
- Schicken Sie uns den Aufruf mit Ihrer Unterschrift zurück.
- Beten Sie für unsere Freunde und für das polnische Volk.
- Helfen Sie mit, daß Polen, auch wenn es von den ersten Seiten der Tageszeitungen und vom 1. Platz der Nachrichtensendungen verschwindet, einen Platz in unseren Herzen behält und das humanitäre und politische Engagement weitergeht.

Aufruf

Tausende von gewählten Vertretern und Mitgliedern der polnischen freien Gewerkschaft Solidarność werden in Gefängnissen und Lagern festgehalten. Sie brauchen unsere moralische und materielle Unterstützung.

Die deutsche Sektion der internationalen katholischen Friedensbewegung Pax Christi und die Unterzeichner rufen die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland auf, die Inhaftierten und ihre Angehörigen zu unterstützen.

Bitte adressieren und datieren Sie an:
Pax Christi, Postfach 148 86, 8000 Frankfurt/Main 1

Sie schließen auch mit unserer Unterstützung
den Aufruf „Solidarność für Gefangene in Polen“ an.

Name: _____
 Adresse: _____
 PLZ/Ort: _____
 Tel./Telefax: _____
 Unterschrift: _____

Flugblatt von Pax Christi nach der Einführung des Kriegsrechts in Polen mit Fotos von Tadeusz Mazowiecki und Władysław Bartoszewski (Ossoliński-Nationalbibliothek in Wrocław)



Władysław Bartoszewski an der Katholischen Universität Eichstätt im akademischen Jahr 1985/86 (Foto: Ursula Zeidler, Sammlung der Ossoliński-Nationalbibliothek in Wrocław)



Mit Ehefrau Zofia in Wilsede (Lüneburger Heide), 1986
(Ossoliński-Nationalbibliothek in Wrocław)



Mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker, Verleihung des Friedenspreises
des Deutschen Buchhandels am 5. Oktober 1986 in Frankfurt am Main
(Ossoliński-Nationalbibliothek in Wrocław)



Foto mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker mit persönlicher Widmung:
„Herrn Professor Wladyslaw Bartoszewski in hoher Achtung und Dankbarkeit,
Juli 1990“ (Ossoliński-Nationalbibliothek in Wrocław)



Władysław Bartoszewski im Bundestag in Bonn am 28. April 1995
(Ossoliński-Nationalbibliothek in Wrocław)



Władysław Bartoszewski im Bundestag in Bonn am 28. April 1995
(Ossoliński-Nationalbibliothek in Wrocław)



Mit Kardinal Friedrich Wetter und Akademieleiter Franz Henrich SJ. Verleihung des Romano-Guardini-Preises an der Katholischen Akademie in Bayern, München, 13. Oktober 1995 (Ossoliński-Nationalbibliothek in Wrocław)



Außenminister Władysław Bartoszewski (Polen), Hervé de Charette (Frankreich) und Klaus Kinkel (Deutschland) am 26. Oktober 1995 in Paris (Ossoliński-Nationalbibliothek in Wrocław)



Mit Bundeskanzler Helmut Kohl am 2. Juli 1997 in Bonn
(Ossoliński-Nationalbibliothek in Wrocław)



Mit Bundesaußenminister Joschka Fischer in Warschau am 15. November 2000
(Ossoliński-Nationalbibliothek in Wrocław)



Verleihung des Großkreuzes des Bundesverdienstordens. Mit Bundespräsident Johannes Rau am 3. September 2001 in Berlin (Ossoliński-Nationalbibliothek in Wrocław)



Mit Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen
bei der Verleihung des Richeza-Preises, Abtei Brauweiler, 4. September 2009
(Sammlung M. Barcz)



Letzter Besuch von Wladyslaw Bartoszewski in Deutschland.
Vorstellung der deutschen Ausgabe von *Mein Auschwitz* am 20. Januar 2015
in Berlin-Wannsee
(Foto: M. Barcz)

Steter Tropfen höhlt den Stein? Was ich zu den Deutschen und über die Deutschen in einem halben Jahrhundert gesagt habe ist die deutsche Ausgabe eines 2011 in Polen von Władysław Bartoszewski publizierten Bandes mit Essays, Pressebeiträgen, Interviews, öffentlichen Vorträgen und offiziellen Reden, die aus verschiedenen Anlässen entstanden und sich an verschiedene Adressaten richteten: an die Aktivisten der deutsch-polnischen Annäherung, an die Mitglieder katholischer Kreise und an deutsche und europäische Politiker. Die Texte widmen sich einerseits dem Zweiten Weltkrieg, seinen langfristigen Folgen und dem deutsch-polnischen Dialog in der Nachkriegszeit, andererseits enthalten sie Betrachtungen über die europäische Integration in der Zeit der Jahrhundertwende sowie die Rolle Polens und Deutschlands in der Europäischen Union. Vor allem die letztgenannten Überlegungen, in denen der Autor jene Symptome einer Krise der demokratischen Ordnung und die ansteigende Welle von Populismus vorherzusehen scheint, die wir gegenwärtig in Europa und auf der Welt beobachten, geben Anlass zu tieferen Reflexionen über die historischen Kapitel des vergangenen „Jahrhunderts der Gewalt“ und über unsere Gegenwart.

Das Publikationsprojekt wurde in Zusammenarbeit des Zentrums für Historische Forschung Berlin der Polnischen Akademie der Wissenschaften mit der Konrad-Adenauer-Stiftung, dem Leibniz-Institut für Bildungsm Medien | Georg-Eckert-Institut in Braunschweig, dem Muzeum Pana Tadeusza, Zakład Narodowy im. Ossolińskich in Wrocław und der Bartoszewski-Initiative der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Berlin realisiert.

Die Online-Fassung ist zugänglich unter:

<https://publikacje.pan.pl/dlibra>

